

Fördermodelle für Strom aus erneuerbaren Energien im polnischen Recht unter Berücksichtigung europarechtlicher und rechtsvergleichender Aspekte

Dissertation
zur Erlangung des akademischen Grades
Doctor iuris (Dr. iur.)
der Juristischen Fakultät der Universität Rostock

vorgelegt von
Małgorzata Anna Hartwig, LL.M.

Erstgutachter: Prof. Dr. Dr. Felix Ekardt, LL.M., M.A.
Zweitgutachter: Prof. Dr. Michael Rodi

Jahr der Einreichung: 2019
Jahr der Verteidigung: 2019

Abkürzungen

ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
AZ.	Aktenzeichen
Beschl.	Beschluss
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
ca.	circa
Ct.	Cent
EE	erneuerbare Energien
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EUR	Euro
f.	folgende
ff.	fortfolgende
Fn.	Fußnote
ggf.	gegebenenfalls
GW	Gigawatt
i.V.m.	in Verbindung mit
kW	Kilowatt
m	Meter
MW	Megawatt
MW _t	Megawatt thermisch
Nr.	Nummer
PLN	Złoty (polnische Währung)
PV	Fotovoltaik
poln.	polnisch
Pos.	Position
Rn.	Randnummer
S.	Seite
SA	Sąd Apelacyjny (polnisches Oberlandesgericht)
SN	Sąd Najwyższy (polnischer Bundesgerichtshof)
sog.	sogenannt
Twh	Terrawattstunde
u.a.	unter anderem
u.ä.	und ähnliche
Urt.	Urteil
usw.	und so weiter

VerfG	Verfassungsgericht
vgl.	vergleiche
z.B.	zum Beispiel

Literaturverzeichnis

Abkürzungen	1
Literaturverzeichnis.....	4
A. Problemstellung, Methodik und Gang der Untersuchung.....	8
I. Problemstellung.....	8
II. Methodik.....	10
III. Gang der Untersuchung.....	14
B. Energiewirtschaftliche Rahmenbedingungen der Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien.....	15
I. Strom aus erneuerbaren Energien im polnischen Energiemix	15
II. Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien in Polen im Kontext der internationalen und europäischen Klimapolitik.....	17
1. Hintergrund	17
2. Emissionshandel.....	20
3. Energieeffizienz	23
4. Erneuerbare Energien.....	28
5. Sektorenübergreifende Perspektive.....	29
6. Zusammenfassung.....	30
III. Dokumente der Klimapolitik der Republik Polen im Bereich der erneuerbaren Energien.....	30
1. Allgemeine richtungsweisende Strategiedokumente	31
2. Bereichsspezifische Strategiedokumente	34
3. Zusammenfassung.....	39
C. Grundlagen der rechtlichen Rahmenbedingungen für Strom aus erneuerbaren Energien.....	40
I. Überblick über die geschichtliche Entwicklung der rechtlichen Regelungen zur Förderung des Stroms aus erneuerbaren Energien	40
II. Akteure	48
1. Parlament	49
2. Regierung	50
3. Zentralorgane	51
4. Verwaltungseinheiten.....	53
5. Beteiligte nach dem OZE-G.....	54
6. Juristische Personen	57
7. Zwischenfazit	58
III. Der nationale rechtliche Rahmen für die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien	58
1. Verfassungsrechtliche Grundlagen für die Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien	60
2. Einfachgesetzliche Ebene	61
IV. Zusammenfassung	75

D. Fördermodelle für Strom aus erneuerbaren Energien im Allgemeinen.....	76
I. Systematik der Fördermodelle von Strom aus erneuerbaren Energien	76
1. Preisgesteuerte Fördermodelle	77
2. Mengengesteuerte Fördermodelle.....	77
II. Ausschreibungen für die Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien.....	77
1. Einführung in die Ausschreibungsmodelle	77
2. Mögliche Ausgestaltungsoptionen des Ausschreibungsmodells	78
III. Quotenmodell für die Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien.....	82
1. Einführung in die Quotenmodelle.....	82
2. Ausgestaltungsoptionen des Quotenmodells mit Zertifikate-Handel	83
IV. Einspeisevergütung für die Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien	85
V. Zusammenfassung	86
E. Rechtliche Rahmenbedingungen der Fördermodelle für Strom aus erneuerbaren Energien in Polen	87
I. Quotenmodell mit Zertifikate-Handel	87
1. Berechtigte	87
2. Verpflichtete.....	88
3. Quotenverpflichtung	89
4. Zertifikate.....	98
5. Stromeinkaufsverpflichtung.....	108
6. Kontroll- und Strafmechanismus	112
7. Abwälzungsmechanismus	112
8. Zwischenfazit	114
II. Abrechnungsverpflichtung für Strom aus Mikroanlagen	114
1. Abrechnung der eingespeisten Strommengen.....	115
2. Berechtigte Anlagenbetreiber	115
3. Berechtigte Strommengen.....	116
4. Dauer der Abrechnungsverpflichtung	116
5. Abrechnungsverpflichtung als Förderung?	116
III. Ausschreibungsmodell	117
1. Ausschreibungsdesign.....	118
2. Interventionsausschreibung.....	143
3. Ausschreibungsrunden unter Teilnahme ausländischer Bieter	144
4. Erste Ausschreibungssitzung für Strom aus erneuerbaren Energien	146
5. Abwälzungsmechanismus	151
6. Zwischenfazit	155
IV. Übergang	157
1. Übergangsregelungen.....	158
2. Wechsel zwischen den Fördermodellen.....	158
3. Bestandsschutz	159
4. Zwischenfazit	162
V. Ausblick.....	162
VI. Zusammenfassung	163

F.	Zusätzliche Mechanismen der Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien in Polen.....	164
I.	Regeln und Bedingungen der Stromerzeugung in Mikro-, Klein- sowie Agrarbiogasanlagen und Anlagen für flüssige Biobrennstoffe	164
1.	Mikroanlagen	164
2.	Kleinanlagen	164
3.	Stromerzeugung aus Agrarbiogas	165
II.	Zusätzliche Fördermechanismen	166
1.	Netzanschlussvorrang	166
2.	Verteilungs-/Übertragungsvorrang	167
3.	Kürzung der Netzanschlusskosten	167
4.	Befreiung von Konzessionsgebühren.....	167
5.	Verbrauchssteuerentlastung	168
6.	Zwischenergebnis.....	169
III.	Herkunftsnachweise	169
IV.	Flexible Kooperationsmechanismen	171
1.	Das Konzept der flexiblen Kooperationsmechanismen auf europäischer Ebene.....	171
2.	Flexible Kooperationsmechanismen im polnischen Recht	172
V.	Zusammenfassung	173
G.	Rechtlicher Rahmen der Projektentwicklung im Bereich der erneuerbaren Energien in Polen	174
I.	Anschluss an das Stromnetz allgemeiner Versorgung	174
1.	Netzanschlussvertrag	175
2.	Netzanschlussbedingungen	179
3.	Ausführung des Netzanschlussvertrags	186
4.	Erleichterungen für Mikroanlagen	186
5.	Zwischenfazit	187
II.	Errichtung der EE-Anlagen	187
1.	Umweltverträglichkeitsbescheid	187
2.	Raumordnung	189
3.	Baugenehmigung	192
4.	Abstandsregelung	194
5.	Zwischenfazit	196
III.	Konzession	197
1.	Konzessionspflicht	197
2.	Betroffene EE-Anlagen	197
3.	Erteilung	198
4.	Konzession als Förderungsvoraussetzung	199
5.	Zwischenfazit	199
IV.	Zusammenfassung	200
H.	Vereinbarkeit der polnischen Fördermodelle für Strom aus erneuerbaren Energien mit höherrangigem Recht	201

I.	Vereinbarkeit der Regelungen über die Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien mit der polnischen Verfassung.....	201
II.	Vereinbarkeit der polnischen Regelungen über die Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien mit dem Recht der Europäischen Union	203
1.	Vereinbarkeit der polnischen Fördermodelle für Strom aus erneuerbaren Energien mit Ausschreibungen im europäischen Primärrecht	203
2.	Grundsätzliche Vereinbarkeit der polnischen Fördermodelle für Strom aus erneuerbaren Energien mit dem europäischen Sekundärrecht	230
3.	Zusammenfassung.....	233
I.	Rechtsvergleichende Betrachtung	233
I.	Fördermodelle für Strom aus erneuerbaren Energien in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung des Ausschreibungsmodells	234
1.	Allgemeine Fördergrundsätze nach den Regelungen des EEG 2017.....	234
2.	Fördermodelleregeln für Strom aus erneuerbaren Energien im deutschen Recht	240
II.	Vergleich des Fördermodells für Strom aus erneuerbaren Energien über Ausschreibungen im polnischen und im deutschen Recht	250
1.	Ziel und Vergleichbarkeit	250
2.	Allgemeines	251
3.	Vergleich ausgewählter Aspekte der Fördermodelle über Ausschreibungen	252
4.	Zusammenfassung.....	260
J.	Zusammenfassung in Thesen	262
Literatur		267

A. Problemstellung, Methodik und Gang der Untersuchung

I. Problemstellung

Es besteht Bedarf nach einer umfassenden Darstellung der rechtlichen Bestimmungen über die Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien in Polen. Die bisherigen wissenschaftlichen Arbeiten decken das Themenfeld nicht ab, denn in deren Rahmen wird überwiegend lediglich ein Teil der für die Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien relevanten Fragenkomplexe (auszugsweise) erörtert. In den Fokus geraten üblicherweise die Aspekte der finanziellen Unterstützung. Dies mag zwar auf den ersten Blick – zumindest aus der Perspektive der Akteure des Wirtschaftslebens – als der wichtigste Maßstab erscheinen, anhand dessen der potenzielle Investor über das Schicksal der Realisierung der grünen Projekte entscheidet. Die Entscheidung über den Investitionsstart wird durch individuelle Motivation des potenziellen Projektentwicklers sowie weitere, (besser) erfassbare Umstände, wie organisatorische Hürden der Teilnahme an Fördermodellen, also z.B. die konkrete Ausgestaltung der Fördermodelle und eventuelle Erleichterungen im Vergleich zu Anforderungen an die Realisierung von anderen Investitionsprojekten (mit-)beeinflusst. Einen nicht unerheblichen Einfluss übt ebenfalls ein allgemeines Investitionsklima aus. Unter dieses ist ebenfalls die Frage einzuordnen, ob die politischen Ziele im Bereich der erneuerbaren Energien (als Grundlage für die Ermittlung des Potenzials für die Entwicklung von unternehmerischen Projekten) klar und beständig definiert sind sowie ob die Qualität der Werkzeuge zu ihrer Umsetzung gesichert ist. In juristischer Hinsicht zu erwähnen ist hier die Anzahl und die Qualität der gesetzlichen Vorschriften, Gewährleistung eines entsprechenden Vertrauensschutzes im Falle von (grundlegenden) Gesetzesänderungen und der Kompliziertheitsgrad des Investitionsprozesses, insbesondere der Realisierung der wichtigsten Meilensteine, wie Erlangung eines Netzanschlusses oder einer Baugenehmigung.

Ferner ist eine weitere Dimension zu beachten. Die Strukturen der Förderung für Strom aus erneuerbaren Energien in vielen europäischen Ländern (darunter in Polen und in Deutschland) befinden sich derzeit im Wandel. Insbesondere die Aspekte der Kosten der Fördermodelle und ihre Vereinbarkeit mit dem europäischen Recht bewegen manche Länder zum Umdenken bezüglich der implementierten und oft nicht erfolglosen (zumindest in Hinblick auf den zu verzeichnenden Ausbau) Förderstrukturen. Für die optimale Planung und Ausgestaltung des nationalen Modells können die im Nachbarland eingeführten Fördersysteme als Anregung für die eigene Gesetzgebung dienen. In dieser Hinsicht ist ein Beitrag für die Entwicklung einer gesamteuropäischen Rechtswissenschaft nicht zu unterschätzen.¹ Die Rechtssysteme kommen sich heutzutage – nicht zuletzt wegen der europarechtlichen Vorgaben – beständig näher, sodass eine Europäisierung des Privatrechts zu beobachten ist.² Da die Veränderungen durch Recht die Veränderungen im Recht erfordern, ist ein transnationales Verständnis erforderlich.³

¹ von Hoffmann, Bernd/Thorn, Karsten, Internationales Privatrecht einschließlich der Grundzüge des Internationalen Zivilverfahrensrechts, 8. Auflage 2005, S. 61.

² Zu ausgewählten Aspekten der Internationalisierung des Umweltrechts siehe beispielsweise Ekardt, Felix/Neumann, Nina, Liberalisierter Welthandel und Umweltschutz. Produktionsbezogene Handelsbeschränkungen und Border Tax Adjustments für umweltschädlich im Ausland hergestellte Produkte, ZfU 2/2008, S. 183 ff.

³ Franzius, in: Müller, Thorsten/Kahl, Hartmut [Hrsg.], Erneuerbare Energien in Europa, 1. Auflage 2015, S. 84.

Die Rechtsangleichung schreitet fort und fördert gleichzeitig die wirtschaftliche Kooperation der Nachbarländer und der Privaten. Die geografische Nachbarschaft der Mitgliedstaaten kann die wirtschaftlichen Wechselwirkungen der nationalen Entwicklungstendenzen prägen. Ausbau und wirtschaftlicher Erfolg bestimmter Branchen befördern Absatzmöglichkeiten für Waren und Dienstleistungen aus dem Ausland. So verhält es sich auch in Bezug auf Polen und Deutschland. Die deutschen Unternehmen mit ihrer jahrzehntelangen Erfahrung in der Entwicklung der EE-Projekte sind natürliche Ansprechpartner für die polnischen Akteure dieser Branche. Überdies kann ein entsprechendes juristisches Umfeld für die grüne Wirtschaft für aus Deutschland kommende Investoren gute Chancen begründen, selbst in die grüne Projektentwicklung in Polen einzusteigen. Eine deutschsprachige Ausarbeitung der relevanten Fragenkomplexe kann infolgedessen praktische Relevanz für die Interessenten aufweisen, die nach Investitionsmöglichkeiten in Polen suchen oder sich über das rechtliche Umfeld des Wirtschaftszweigs erkundigen möchten.

Es ergibt sich daher ein Bedarf nach einer Erörterung und Analyse der juristischen Rahmenbedingungen für die Entwicklung von Projekten für die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien. Die vorliegende juristische Arbeit wird sich demnach auf die Darstellung und Analyse der Fördermodelle für Strom aus erneuerbaren Energien im polnischen Recht konzentrieren. Da in der Praxis das Fördermodell nicht isoliert von dem juristischen Umfeld für die Umsetzung der begünstigten Konzepte betrachtet werden kann, wird diese Darstellung durch die Ausführungen betreffend die grüne Projektentwicklung begleitet. Bei der Ausarbeitung wird ein deutlicher Fokus auf die Perspektive des Anlagenbetreibers/Projektentwicklers, als eines „Anwenders“ der einschlägigen Rechtsnormen, ausgerichtet.⁴ Eine Gesamtdarstellung der Förderregelungen für Strom aus erneuerbaren Energien wäre ohne eine grenzüberschreitende Betrachtung nicht vollständig. Daher werden in der Arbeit die Aspekte der Vereinbarkeit der polnischen Fördermodelle für Strom aus erneuerbaren Energien mit europäischem Recht thematisiert und es erfolgt ein kompakter Rechtsvergleich mit den einschlägigen Regelungen in dem Nachbarland Deutschland.

Es können folgende Zielsetzungen der vorliegenden Arbeit abgeleitet werden:

- deskriptive Bestandsanalyse und Auslegung der für die Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien zentralen Rechtsvorschriften. Die Darstellung soll Informationszwecken dienen, um die Regelungen auch den deutschen Lesern zugänglich zu machen. Dies soll ebenfalls als Anregung zur Analyse für die Einschätzung durch die deutschen Investoren dienen, welche Chancen und Risiken die Investitionen in Polen mit sich bringen.
- Prüfung der Vereinbarkeit mit dem Recht der Europäischen Union. Es wird ein Versuch unternommen zu eruieren, ob die am gewählten Stichtag geltenden Rechtsnormen mit dem Recht der Europäischen Union vereinbar sind. Dabei wird der Fokus auf die Vereinbarkeit mit den beihilferechtlichen Vorschriften und der Warenverkehrsfreiheit ausgerichtet.
- Vergleich der dargestellten polnischen Förderregelungen mit den deutschen Rechtsvorschriften. Somit soll der mit dem deutschen Fördermodell für Strom aus erneuerbaren

⁴ Denn erst die Vollzugsebene entscheidet darüber, ob die Norm den vorausgesetzten Ziel erreichen kann, Siehe S. 10f.

Energien vertraute Leser auf die Unterschiede zwischen den beiden Systemen aufmerksam gemacht werden, was zu einer Einschätzung der diesbezüglichen rechtlichen Situation in Polen verhelfen soll.

Wegen des ständigen Wandels von rechtlichen Bestimmungen ist hinsichtlich einer präzisen Übersicht unabdingbar, einen Zeitpunkt zu wählen, auf den sich die Erwägungen beziehen. Als Stichtag wählt die Autorin den 31. März 2017.

II. Methodik

Das Zusammenleben in menschlichen Gemeinschaften ist nicht bereits abschließend durch genetisch bestimmte Verhaltensmuster gesteuert. Für ein funktionierendes Miteinander von Menschen in den geschaffenen Gesellschaftsstrukturen mussten die biologisch geprägten Verhaltensmuster durch die kulturell entstandenen Normen ergänzt werden.⁵ So sind beispielsweise die Normen der Sitten und des Brauchtums, der Sozialmoral, der Religion und nicht zuletzt des Rechts entstanden.⁶ Die Verhaltensnormen, darunter die rechtlichen Regelungen sind partiell als Einzelreaktionen auf akute Notstände entwickelt worden.⁷ Zu Teilen entstehen sie als Ausdruck oder Bemühung zur Verwirklichung von bestimmten Sinn- oder Zielvorstellungen der beteiligten Menschengruppen. Die rechtlichen Normen können infolgedessen als Instrument der Selbstorganisation, Selbstdisziplinierung einer Gemeinschaft, die selbst (zumindest in demokratischen Rechtssystemen) entschieden hat, die Normen zu schaffen, eingestuft werden. Das Recht ist daher als ein Instrument der Verhaltenssteuerung zu betrachten.⁸

Was aber bedeutet die Steuerung von Verhaltensmustern? Steuerung bzw. Governance handelt von der realen Umsetzung bestimmter als richtig vorausgesetzter politischer Ziele – und zwar, sofern sie nicht relativ von allein zustande kommt, durch effektive (wirksame) Instrumente der Verhaltensbeeinflussung.⁹ Governance beantwortet daher die Frage des „Wie“. Dabei ist die Effektivität von Effizienz¹⁰ zu differenzieren.¹¹ Effektivitätsmängel, also Steuerungsdefizite, lassen sich bei politisch-rechtlichen Instrumenten in Regelungsdefizite,

⁵ Zippelius, Reinhold, Verhaltenssteuerung durch Recht und kulturelle Leitideen, Wissenschaftliche Abhandlung von Reden zur Philosophie, Politik und Geistesgeschichte, Band 33, S. 5.

⁶ Zippelius, Reinhold, Verhaltenssteuerung durch Recht und kulturelle Leitideen, Wissenschaftliche Abhandlung von Reden zur Philosophie, Politik und Geistesgeschichte, Band 33, S. 5.

⁷ Dies ist z.B. im Bereich des Umweltsrechts sehr gut sichtbar, Ritter, Ernst-Hasso, Umweltpolitik und Rechtsentwicklung, NVwZ 1987, 929.

⁸ Zippelius, Reinhold, Juristische Methodenlehre, 6. Auflage 1994, S. 1 f., auch wenn die Vorstellung, dass Recht eine instrumentale Wirkung hat, relativ jung ist, so und zur geschichtlichen Entwicklung des Ansatzes Franzius, Claudio, Die Herausbildung der Instrumente indirekter Verhaltenssteuerung im Umweltrecht der Bundesrepublik Deutschland, Schriften zum Umweltrecht, Band 99, S. 18ff.

⁹ Ekardt, Felix, Theorie der Nachhaltigkeit. Ethische, rechtliche, politische und transformative Zugänge – am Beispiel von Klimawandel, Ressourcenknappheit und Welthandel, 2., wesentlich überarbeitete Auflage, 2016, (im Folgenden: Theorie der Nachhaltigkeit), § 1 D. III. 1.

¹⁰ Abschätzung eines Steuerungsinstruments nach Maßgaben der Effizienz kann oft nicht sinnvoll durchgeführt werden, da das Bild aufgrund zahlreicher Wechselwirkungen verzerrt wird, Ekardt, Felix, Theorie der Nachhaltigkeit, § 1 D. III. 2.

¹¹ Ekardt, Felix, Theorie der Nachhaltigkeit, § 1 D. III. 2: „Effektivität bezeichnet die Wirksamkeit z.B. von politisch-rechtlichen oder auch sonstigen Maßnahmen und Prozessen im Hinblick auf ein Ziel wie etwa die Nachhaltigkeit (wobei genau solche Ziele zulässig sind, die innerhalb der Abwägungen im Gerechtigkeitsrahmen gefunden werden). Dagegen beschreibt Effizienz i.e.S. im Steuerungsdiskurs (...) die monetär fassbaren Wirkungen eines effektiven Instruments“.

die das Recht auf dem Papier sowie Vollzugsdefizite und Bewertungsdefizite, die seine praktische Anwendung betreffen, unterteilen.¹² Als (Unter-)Aspekte der Effektivität können insbesondere Durchsetzbarkeit der Normen, dynamische Anreizwirkung oder Akzeptanz der Normanwender erwähnt werden.¹³ Für die Governanceforschung ist es essenziell, das menschliche Verhalten und dessen Ursachen zu kennen, wobei das Letztere sowie die Kausalität zwischen den Motiven und dem Verhalten streng genommen grundsätzlich nicht erfassbar sind.¹⁴

Die Wirkung eines Steuerungsinstruments wird durch seine Ausgestaltung, seinen Umfang, die ausgewählten Steuerungsmittel oder durch andere parallel eingreifende (Steuerungs-)Instrumente positiv oder negativ (Wechselwirkung¹⁵) beeinflusst. Im Bereich der erneuerbaren Energien bedeutet dies, dass z.B. allein ein rechtliches Gebot, dass jeder Bürger auf seiner Immobilie eine PV-Anlage zur Erzeugung von Grünstrom errichten soll, sich nur bedingt als effektiv erweisen würde. Ein Teil der Personen würde sich bei der Beachtung der Vorgaben allein durch das Rechtsbefolgungsgebot leiten lassen. Die anderen würden das Gebot selbst möglicherweise hinterfragen und ihm anschließend aus den Gründen folgen, die in dem Gebot selbst nicht oder nur mittelbar enthalten sind, z.B. aus Überzeugung, durch die Errichtung einer Grünstromerzeugungsanlage einen wichtigen Beitrag für den Umweltschutz zu leisten und damit (auch) eine bestimmte (pro-ökologische) Werthaltung zum Ausdruck bringen zu können. Sollte bereits fast jeder Bürger eine Grünstromerzeugungsanlage besitzen und das rechtliche Gebot lediglich einen seit Jahren existierenden Status quo wiedergeben, könnte das Gebot durch viele aus einer Normalitätsvorstellung gefolgt werden. Die anderen würden wahrscheinlich zuerst versuchen, das individuelle (subjektive) Kosten-Nutzen-Verhältnis zu ermitteln, oder eventuelle Konflikte abwägen. Dabei können kulturelle, darunter ökonomische Aspekte von Relevanz sein: Wird die Errichtung von Grünstromerzeugungsanlagen als sozialer Aufstieg oder Abstieg erachtet? Ist die Errichtung mit anderen in der Gesellschaft geschätzten Werten vereinbar? Bringt die Errichtung einen wirtschaftlichen Vorteil?¹⁶ Der Wirkung dieser Verhaltensantriebe kann durch eine geschickte Ausgestaltung der (Rechts-)Norm zumindest partiell entgegengesteuert werden. Die Kenntnis des menschlichen Verhaltens erlaubt, die richtigen Steuerungsmittel einzusetzen. Hierzu kann sich das Recht der Ge- und Verbote bedienen, und seine Befolgung kann mithilfe der vom

¹² Bei Vollzugsdefiziten handeln die Rechtsanwender rechtswidrig und bei Bewertungsdefiziten unter Ausnutzung von Ermessensspielräumen rechtmäßig (aber eben „zielverfehlend“) *Ekardt, Felix*, Theorie der Nachhaltigkeit, § 1 D. III. 2.

¹³ *Ekardt, Felix*, Theorie der Nachhaltigkeit, § 1 D. III. 2.

¹⁴ *Ekardt, Felix*, Theorie der Nachhaltigkeit, § 1 D. III. 2. Dort auch zu den Schwierigkeiten bei der Ermittlung und Analyse von menschlichem Verhalten und seinen Ursachen. Es sollte auch klar sein, dass nicht nur das Wissen über menschliches Verhalten sondern auch über (grundlegende) Steuerungsprobleme einschließlich ihres Verhältnisses zu bestimmten Steuerungsansätzen für die Wirksamkeit der Instrumente wichtig ist, siehe *Ekardt, Felix/Spangenberg, Joachim/Hennig, Bettina/Wessel, Magnus/Henkel, Marianne/Wieding, Jutta*, Ökonomische Bewertung und ökonomische Instrumente im Natur- und Biodiversitätsschutz, BUND 2015, S. 16.

¹⁵ Siehe z.B. Fn. 30.

¹⁶ Beispiele für die Handlungsmotivation siehe *Ekardt*, in: *Ekardt, Felix [Hrsg.]*, Generationengerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit. Philosophische, juristische, ökonomische, politologische und theologische Neuansätze, 2006, S. 28. Eine Motivationsstruktur ist nicht nur bei einzelnen Menschen, sondern auch z.B. bei Vollzugsbehörden zu beobachten, *Ekardt, Felix*, Information, Partizipation, Rechtsschutz. Prozeduralisierung von Gerechtigkeit und Steuerung in der Europäischen Union, 2004, S. 56.

Staat zur Verfügung stehenden Instrumente ggf. unter Anwendung von Zwang durchgesetzt werden.¹⁷ Zudem können Anreize zur Anwendung kommen. Bei den positiven (z.B. Subventionen) oder negativen (z.B. Lenkungsabgaben) Anreizen behält der Bürger grundsätzlich die Wahl, diese zu befolgen oder auch nicht.¹⁸ Die Instrumente in Form der Anreize eignen sich demzufolge insbesondere für die Bereiche, wo ein flexibler Rechtsvollzug oder sogar ein Regelungsverzicht geboten sind.¹⁹ Zur Seite stehen hier beispielsweise ökonomische, informale oder organisatorische Instrumente.²⁰ Die positiv wirkenden Anreize offenbaren den Vorteil, dass sie dem Abbau der Bürokratie, der Steigerung der Normbefolgungsbereitschaft der Betroffenen oder der Lenkung der Vermeidungskosten dorthin, wo sie am kostengünstigsten stattfinden können, dienen können.²¹ Angesichts dieser Vorteile kommt im Bereich der erneuerbaren Energien den Subventionen eine besondere Bedeutung zu.²²

Damit die Normen befolgt werden können, muss ihr Regelungsgehalt festgestellt werden oder zumindest feststellbar sein. Die Norm ist von der Tatsache zu trennen.²³ Jede Wissenschaft hat ihre eigene(n) Methode(n) der Inhaltserkenntnis und die der Rechtswissenschaft ist die juristische Methodenlehre, die sich der Auslegung bedient.²⁴ Auch in Bezug auf Recht als Steuerungsinstrument können die Methoden der Auslegung von Gesetzestexten eingesetzt werden.²⁵ Nach der klassischen Auslegungstheorie von Savigny sollen mit der Auslegung des Gesetzes die dem Gesetz innewohnenden Gedanken des Gesetzgebers rekonstruiert werden.²⁶

¹⁷ Ge- und Verbote, die an einzelnen Anlagen oder Tätigkeiten ansetzen, führen paradigmatisch zu Steuerungsproblemen wie Rebound-Effekten, Verlagerungseffekten, Zielschwächen, Vollzugsproblemen, Abbildbarkeitsproblemen, so und zu den einzelnen Problemen *Ekardt, Felix/Hennig, Bettina*, Ökonomische Instrumente und Bewertungen der Biodiversität. Lehren für den Naturschutz aus dem Klimaschutz? 2015, S. 92 ff.; *Ekardt, Felix*, *Theorie der Nachhaltigkeit*, § 6 D. IV.

¹⁸ Es kann auch von direkter und indirekter Verhaltenssteuerung die Rede sein, *Behlau/Lutz/Schütt*, in: *Behlau, Volker/Lutz, Jana/Schütt, Manuel*, Klimaschutz durch Beihilfen. Eine Analyse des beihilferechtlichen Rahmens für energie- und umweltpolitische Maßnahmen, 2012, S. 23 ff.

¹⁹ *Franzius, Claudio*, Die Herausbildung der Instrumente indirekter Verhaltenssteuerung im Umweltrecht der Bundesrepublik Deutschland, Schriften zum Umweltrecht, Band 99, S. 103 f., der als Beispiele entsprechend Abgaben, Haftungsrecht, „neue Instrumente“ (z.B. Zertifikate), Informationen, Absprachen, Organisation kollektiver Eigenvorhaben (z.B. Zielvorgaben) und Organisation individueller Eigenverantwortung (z.B. Umweltaudit) nennt.

²⁰ *Franzius, Claudio*, Die Herausbildung der Instrumente indirekter Verhaltenssteuerung im Umweltrecht der Bundesrepublik Deutschland, Schriften zum Umweltrecht, Band 99, S. 103.

²¹ *Behlau/Lutz/Schütt*, in: *Behlau, Volker/Lutz, Jana/Schütt, Manuel*, Klimaschutz durch Beihilfen. Eine Analyse des beihilferechtlichen Rahmens für energie- und umweltpolitische Maßnahmen, 2012, S. 27.

²² *Behlau/Lutz/Schütt*, in: *Behlau, Volker/Lutz, Jana/Schütt, Manuel*, Klimaschutz durch Beihilfen. Eine Analyse des beihilferechtlichen Rahmens für energie- und umweltpolitische Maßnahmen, 2012, S. 28.

²³ Sog. Sein-Sollen-Scheidung, siehe *Ekardt, Felix*, *Theorie der Nachhaltigkeit*, § 1 D. II.; *Ekardt, Felix/Susnjar, Davor*, Tatsachen und Tatsachenunsicherheiten im nationalen, europäischen und internationalen Umweltrecht. Zugleich zur Sein-Sollen-Scheidung im Recht, UTR 93 (2007), S. 277 ff.

²⁴ *Krüper, Julian*, Grundlagen des Rechts, 3. Auflage 2017, S. 176.

²⁵ Angenommen, dass eine „richtige“ Auslegung eines juristischen Texts möglich ist, da die Rechtswissenschaft etwas anderes als eine Tatsachenerhebung ist, *Ekardt, Felix*, *Theorie der Nachhaltigkeit*, § 1 D. III. 3.

²⁶ *Savigny*, System des heutigen Römischen Rechts I, 1984, S. 213. Allerdings dürfte eine weitgehend normbeschreibend ausgerichtete Rechtswissenschaft hinter ihren Möglichkeiten und potenziellen Funktionen zurückbleiben, so *Steininger, Andreas*, Die Jurisprudenz auf Erkenntnissuche? – Ein Plädoyer für eine Neuorientierung der Rechtswissenschaft, NJW 2015, 1072 ff., der einen strukturwissenschaftlichen Ansatz vorschlägt.

Es werden vier Auslegungsmöglichkeiten unterschieden: Wortlaut, historische, systematische und teleologische Auslegung.²⁷

Allerdings zeigt erst die empirische Folgenkenntnis, welche Auslegungsalternative einen bestimmten Zweck zu erreichen am besten geeignet ist.²⁸ Denn erst die Vollzugsebene entscheidet darüber, ob die Gesetzesnorm mit dem durch die („richtige“) Auslegung ermittelten Inhalt das vorausgesetzte Ziel herbeiführen kann oder wird. Denn das Recht ist lediglich eine Sollensordnung.²⁹ Beispielsweise bedeutet eine gesetzliche Festlegung in Bezug auf Neuanlagen von bestimmten förderfähigen Volumen an Strom aus erneuerbaren Energien nicht, dass auch faktisch so viele Anlagen errichtet werden, dass das Volumen ausgeschöpft werden kann. Das Festhalten an einem bestimmten förderfähigen Volumen in einer gesetzlichen Regelung mag zwar bei manchen ein zufriedenstellendes Gefühl auslösen, bereits etwas „erreicht“ zu haben.³⁰ Allerdings bleiben, solange die Norm nicht realisiert ist – also die Strommengen nicht erzeugt sind –, die Ziele der Norm nicht erreicht, das Steuerungsinstrument erweist sich somit als ineffektiv. Diese Vollzugsdefizite können ihre Ursache in der Norm selbst, einer sonstigen normativen Ebene oder außerhalb des (strikten) gesetzlichen Regelungswerks, z.B. der Verhaltenssteuerung, haben.

Eine gesetzliche Regelung wird selten als ein Steuerungsinstrument gelten können, sondern erst die Zusammensetzung von einzelnen Regelungen, d.h. eine rechtliche Norm. Bei komplexeren Vorhaben kann die Heranziehung von mehreren Rechtsnormen notwendig oder geboten sein, die ursprünglich mit der einschlägigen Zielsetzung in keiner Verbindung standen. Der Bereich der Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien bietet hier ein hervorragendes Beispiel. Allein die Errichtung einer Anlage zur grünen Stromerzeugung führt nicht dazu, dass (mehr) Grünstrom in das Netz allgemeiner Versorgung fließen wird. Notwendig ist ein Netzanschluss, die (dauerhafte) Einspeisung und die Lieferung von Strommengen zu den Endverbrauchern. Die Anlage muss zudem technisch betrieben werden, was z.B. aus Sicherheitsgründen nicht dem Belieben des Betreibers überlassen werden kann. Aus Gründen der Sicherheit (z.B. wegen möglicher Störfälle) und Raumgestaltung tangieren die Standortauswahl und die Errichtung der Anlage bauplanungs- und bauordnungsrechtliche Vorgaben. Die wirtschaftlichen Anreize zur grünen Stromerzeugung, die in die Förderinstrumente für erneuerbare Energien eingebaut sind (oder sogar ihr zentrales Element bilden) können im Kontext des primären oder sekundären Europarechts ausgewertet werden. Die Liste der Rechtsnormen, in deren Kontext die Modelle für die Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien betrachtet oder ausgewertet werden können, kann je nach ausgewähltem Ansatz variieren. Die große Mehrheit der für die Erstellung der vorliegenden Arbeit ausgewerteten Literatur orientiert sich nach oder bezieht sich auf die einzelnen Abschnitte der Realisierung von sogenannten grünen Projekten, d.h. die Handlungsmodule, die grundsätzlich nacheinander absolviert werden müssen, damit ein Projekt in der realen

²⁷ Savigny, System des heutigen Römischen Rechts I, 1984, S. 212 ff. Um den Sinn und Zweck der Norm zu ermitteln, ist es zulässig, sich allen denkbaren Argumentenformen zu bedienen, sofern sie widerspruchsfrei eingesetzt werden können, Schwintowski, Hans-Peter, Juristische Methodenlehre, 2005, S. 80 ff., der an dieser Stelle Argumentformen (z.B. Analogieschluss, Umkehrschluss, Erst-recht-Schluss), Präjudizen und richterliche Rechtsfortbildung erwähnt.

²⁸ Ekardt, Felix, Theorie der Nachhaltigkeit, § 1 D. III. 3.

²⁹ Ekardt, Felix, Theorie der Nachhaltigkeit, § 1 D. III. 2.

³⁰ Siehe Ekardt, Felix, Theorie der Nachhaltigkeit, § 1 D. III. 3.

Welt vollgezogen werden kann. Als Projekt wird dabei ein Abschnitt von der Errichtung der Grünstromerzeugungsanlage bis zur (Sicherung einer dauerhaften) Stromeinspeisung verstanden. Es geht daher weit über das strikt verstandene Fördermodell hinaus, das eine (wirtschaftliche) Anreizwirkung für die Erzeugung von Grünstrom schaffen soll. Die Komplexität und Breite des Regelungswerks bieten Raum für (weitere) potenzielle Vollzugsdefizite und stellen damit zusätzliche Herausforderungen an die Effektivität der Regelung.

Die Effektivität ist in dem Sinne zu verstehen, dass die Ausgestaltung der Norm und/oder eine geschickte Nutzung von menschlichen Verhaltensantrieben, Kompatibilität mit anderen Steuerungsinstrumenten und/oder die Durchsetzungskraft im Falle von Wechselwirkungskonflikten zu einem Erfolg, also zur Realisierung der Ziele, die mit der Norm angestrebt sind, in dem gebotenen Umfang führt.³¹ Die Komplexität der Welt, Vielzahl von Verhaltensantrieben und Instrumenten sowie Maßnahmen führt dazu, dass die Wirkung eines Instruments – ob normativ oder nicht – sich selten lediglich auf den Strang zwischen dem Instrument und dem (angestrebten) Ziel beschränkt. Zum anderen bedeutet dies gleichzeitig, dass die Erreichung des Ziels der Instrumente durch andere Elemente unterstützt werden kann. Beispielsweise könnten im Bereich der erneuerbaren Energien entsprechend ausgestaltete Informations- und Imagekampagnen das „Ansehen“ der grünen Stromerzeugung in der Gesellschaft aufwerten und damit bestimmte Verhaltensantriebe der Menschen beeinflussen.

III. Gang der Untersuchung

Die vorliegende Arbeit ist in zehn Kapitel (A. bis J.) gegliedert.

Das Kapitel A. legt das untersuchte Problem fest und erläutert die Methodik der Arbeit sowie den Gang der Untersuchung.

Das Kapitel B. stellt energiewirtschaftliche Rahmenbedingungen der Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien in Polen dar. Dort sind neben der Darstellung der Daten zum polnischen Energiemix die Erläuterungen zum Kontext der internationalen und europäischen Klimapolitik sowie den grundlegenden polnischen politischen Strategiedokumenten enthalten.

Im Kapitel C. werden Grundlagen der rechtlichen Rahmenbedingungen für Strom aus erneuerbaren Energien in Polen erläutert. Das Kapitel enthält insbesondere einen Überblick über die geschichtliche Entwicklung der einschlägigen Regelungen, die Vorstellung der beteiligten Akteure sowie die Charakteristika des einschlägigen rechtlichen Regelungswerks.

Dem Kapitel D. ist insbesondere die Erläuterung der möglichen Fördermodelle für Strom aus erneuerbaren Energien zu entnehmen, wobei der Fokus auf die Ausschreibungs- und Quotenmodelle sowie die Einspeisevergütung ausgerichtet wird.

Das Kapitel E. ist einer detaillierten Analyse der rechtlichen Normen zur Förderung für Strom aus erneuerbaren Energien in Polen gewidmet. Nach der Erläuterung des Quotenmodells mit Zertifikatehandel folgt die Darstellung der sog. Abrechnungsverpflichtung und des Ausschreibungsmodells sowie der allgemeinen Übergangsregeln.

31

In Kapitel F. werden den Leser zusätzliche Mechanismen der Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien nähergebracht. Dort findet er Ausführungen zu den Regeln und Bedingungen der Stromerzeugung in Mikro-, Klein- sowie Agrarbiogasanlagen und Anlagen für flüssige Biobrennstoffe, zusätzlichen Fördermechanismen, Herkunftsnachweisen und flexiblen Kooperationsmechanismen.

Kapitel G. hat die rechtlichen Rahmen der Projektentwicklung im Bereich der erneuerbaren Energien zum Gegenstand. Es werden Fragenkomplexe wie der Anschluss an das Netz allgemeiner Versorgung, Errichtung der EE-Anlagen sowie Konzession für die Stromerzeugung thematisiert.

In Kapitel H. wird die Vereinbarkeit der Fördermodelle für Strom aus erneuerbaren Energien in Polen mit höherrangigem Recht untersucht. Zum einen wird die Konformität der Regelungen mit der polnischen Verfassung und zum anderen mit dem europäischen Recht geprüft. Bei den letztgenannten wird der Schwerpunkt auf das Beihilfenrecht gelegt. Dort wird auch die Vereinbarkeit der Fördermodelle mit dem sekundären EU-Recht in kompakter Form analysiert.

Das Kapitel I. ist der rechtsvergleichenden Betrachtung der polnischen und deutschen Regelungen zur Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien gewidmet.

In Kapitel J. wird die Arbeit mit einer Zusammenfassung der Ergebnisse in Thesen abgerundet.

B. Energiewirtschaftliche Rahmenbedingungen der Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien

Die Regelungen betreffend die Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien in Polen, wie auch andere Konzepte für die Unterstützung von diversen Fragenkomplexen sind nicht isoliert, sondern in einem bestimmten Kontext zu betrachten. Bei der Fülle von Aspekten, unter denen die Förderung von Grünstrom betrachtet werden kann, rücken die energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den Fokus. Dabei sind insbesondere sowohl die faktischen (im Sinne von physischen) Aspekte als auch die klimapolitischen Aspekte für einen aussagekräftigen Überblick entscheidend.

I. Strom aus erneuerbaren Energien im polnischen Energiemix

Der Strom aus erneuerbaren Energien nimmt bereits einen festen Platz im polnischen Energiemix ein. Im Nachfolgenden werden für ein (besseres) Verständnis des polnischen Elektrizitätsmarkts einige der wichtigsten Eckdaten zum polnischen Strommarkt dargestellt, damit die Stellung der erneuerbaren Energien sowie Hintergründe und (mögliche) Auswirkungen der in weiteren Teilen der Arbeit besprochenen rechtlichen Ausführungen besser verständlich werden.

Die Bruttostromerzeugung betrug in Polen im Jahr 2016 162 626 GWh und ist im Vergleich zu 2015 um 0,5 % gestiegen.³² Die Struktur der Energieerzeugung im Vergleich zu früheren

³² URE-Vorsitzender, Bericht über die Tätigkeit des Vorsitzenden der Energieregulierungsbehörde für das Jahr 2016, Warschau April 2017, S. 40. Der Bruttostromverbrauch betrug im Jahr 2016 164 625 GWh und ist im Vergleich zum Jahr 2015 um 2,2 % gestiegen.

Jahren hat sich nicht wesentlich geändert.³³ Dominant bleibt die Stromerzeugung aus Steinkohle mit 81 348 GWh und Braunkohle mit 51 204 GWh installierter Leistung. Die Gas-, Industrie- und Industriewasserkraftwerke haben im Jahr 2016 entsprechend 5 773 GWh, 10 130 GWh und 2 399 GWh installierter Leistung erreicht. Nach dem Jahresbericht des Vorsitzenden der Energieregulierungsbehörde der erneuerbaren Energiequellen wurden im Jahr 2016 am stärksten Windkraftanlagen mit 11 623 GWh repräsentiert und für andere erneuerbare Energiequellen wurde die Stromerzeugung mit einem Volumen von 146 GWh registriert. Der Anteil von erneuerbaren Energiequellen in der polnischen Bruttostromerzeugung betrug daher im Jahr 2016 7 %.³⁴ Hinsichtlich der installierten Leistung der EE-Anlagen gibt der URE-Vorsitzende an, sie habe Ende März 2017 8 440,459 MW betragen. Die meiste installierte Leistung unter den EE-Anlagen in Polen entfällt auf Biomasse (1 297,970 MW), gefolgt von Windkraftanlagen (5 813,236 MW) und Wasserkraftanlagen (993,992 MW) sowie Biogasanlagen (235,257 MW) und PV-Anlagen (100,004 MW).³⁵

Der Bruttostromverbrauch in Polen steigt derzeit. Im Jahr 2016 betrug er 164 625 GWh, die Steigerung im Vergleich zum Jahr 2015 beträgt 2,2 %.³⁶

Was die Akteursstruktur des Stromgroßhandelsmarkts in Polen betrifft, ist sie durch eine Handvoll von größeren Playern bei einer lediglich parallelen Aktivität einer Vielzahl von kleineren Akteuren dominiert. Dementsprechend besitzen lediglich 6 Akteure mehr als jeweils 5 % Anteile an installierter Kapazität der Stromerzeugungseinheiten des polnischen Markts. Dabei kontrollieren die drei größten Akteure 50,8 % der Erzeugungskapazitäten.³⁷

Die erzeugte Energie kann auf dem Markt veräußert werden, der generell ähnlich wie in anderen europäischen Ländern konstruiert ist. Die Hauptveräußerungsform der elektrischen Energie durch die Energieerzeuger sind regulierte Märkte, insbesondere die Stromwarenborse.³⁸

³³ URE-Vorsitzender, Bericht über die Tätigkeit des Vorsitzenden der Energieregulierungsbehörde für das Jahr 2016, Warschau April 2017, S. 41.

³⁴ Aus dem Bericht über die Tätigkeit des Vorsitzenden der Energieregulierungsbehörde für das Jahr 2016, Warschau April 2017 ergibt sich allerdings nicht, in welche Gruppe von Stromerzeugungsanlagen die Mischfeuerungsanlagen, in denen fossile und nicht fossile Energie eingesetzt werden, in der Statistik eingeordnet worden sind.

³⁵ Angaben des URE-Vorsitzenden vom 17.05.2017, Stand für den 31.03.2017; die Daten erfassen die Anlagen, die eine Konzession für die Erzeugung grüner Energie, eine Eintragung in ein Register regulierter Tätigkeit, geführt durch den URE-Vorsitzenden, oder eine Eintragung in ein Register regulierter Tätigkeit, geführt durch den Vorsitzenden der Agrarmarktbehörde, erlangt haben, sowie Mikroanlagen, die einen Antrag auf die Erteilung von Zertifikaten gestellt haben. Angaben zu weiteren Anlagen werden aufgeführt.

³⁶ URE-Vorsitzender, Bericht über die Tätigkeit des Vorsitzenden der Energieregulierungsbehörde für das Jahr 2016, Warschau April 2017, S. 40.

³⁷ URE-Vorsitzender, Bericht über die Tätigkeit des Vorsitzenden der Energieregulierungsbehörde für das Jahr 2016, Warschau April 2017, S. 42 f.; Anteil der drei größten Player betreffend die Stromerzeugung beträgt 54,9 %.

³⁸ Bericht über die Tätigkeit des Vorsitzenden der Energieregulierungsbehörde für das Jahr 2016, Warschau April 2017, S. 44. Die Erzeuger haben 64,7 TWh an die Stromhandelsunternehmen, 66,0 TWh an die regulierten Märkte, 10,0 TWh an den Bilanzmarkt, 2,5 TWh an die Endverbraucher und 3,2 TWh an sonstige Erwerber veräußert. Die Stromhandelsunternehmen haben dafür 131,7 TWh an andere Stromhandelsunternehmen, 90,8 TWh an regulierte Märkte, 5,1 TWh an den Bilanzmarkt, 116,7 TWh an Endabnehmer und 19,3 TWh an andere Erwerber veräußert sowie zusätzlich 2,9 TWh exportiert.

Die Strompreise werden bis auf bestimmte Ausnahmen grundsätzlich nach den Freimarktregeln bestimmt. Eine der wichtigsten Ausnahmen begründen die Strompreise für Haushalte, deren Höhe einer Bestätigung des Vorsitzenden der Energieregulierungsbehörde bedarf. Für das IV. Quartal des Jahres 2015 betrug der durchschnittliche Strompreis 459,8 PLN/MW (ca. 114,95 EUR/MW).³⁹

II. Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien in Polen im Kontext der internationalen und europäischen Klimapolitik

1. Hintergrund

Die Begrenztheit der fossilen Brennstoffe, der Klimawandel⁴⁰ und nicht zuletzt die Steuerungsdefizite des Energie- und Klimaschutzrechts⁴¹ haben die politischen Entscheidungsträger dazu bewegt, die fossilen Brennstoffe (mindestens) weitgehend zurückzudrängen und die Treibhausgasemissionen zu reduzieren.⁴² Die internationalen Tendenzen haben die Klimapolitik der Europäischen Union geprägt: von der ersten Klimakonferenz in Genf 1979 über die Gründung des UN-Klimagremiums IPCC bis zum Erdgipfel in Rio de Janeiro im Jahr 1992, an dem die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC)⁴³ verabschiedet worden ist. Im Rahmen der dritten Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen haben die Vertragsstaaten ein sogenanntes Kyoto-Protokoll unterzeichnet⁴⁴. Die Europäische Union ist sowohl der UNFCCC⁴⁵ als auch dem Kyoto-Protokoll⁴⁶ beigetreten.

Mit dem Kyoto-Protokoll haben sich die Vertragsstaaten verpflichtet, die Emissionen von Treibhausgasen im Zeitraum von 2008 bis 2012 um mindestens 5 % gegenüber 1990 zu reduzieren. Für diese erste Verpflichtungsperiode beabsichtigt die Republik Polen die Minderung der Treibhausgasemissionen um 6 % im Vergleich zum Basisjahr 1988.⁴⁷ Auf der Klima-

³⁹ URE-Vorsitzender, Bericht über die Tätigkeit des Vorsitzenden der Energieregulierungsbehörde für das Jahr 2016, Warschau April 2017, S. 51.

⁴⁰ Angenommen, dass der Klimawandel eine Tatsache ist, *Ekardt, Felix, Theorie der Nachhaltigkeit, § 1 D. II.; Ekardt, Felix/Hennig, Bettina, Ökonomische Instrumente und Bewertungen der Biodiversität. Lehren für den Naturschutz aus dem Klimaschutz?*, 2015, S. 34; *Ekardt, Felix/van Riesten, Hilke/Hennig, Bettina, CCS als Governance- und Rechtsproblem*, ZfU 4/2011, S. 409.

⁴¹ Zum Begriff des Klimaschutzrechts *Ekardt/Hennig*, in: *Ekardt, Felix/Hennig, Bettina/Hyla, Anna, Landnutzung, Klimawandel, Emissionshandel und Bioenergie 2010*, in: S. 24 ff.

⁴² *Ekardt, Felix/Valentin, Florian, Das neue Energierecht*, 1. Auflage 2015, S. 21.

⁴³ Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen vom 09.05.1992, ratifiziert durch die Republik Polen am 28.07.1994, BGBl. 96 Nr. 53 Pos. 238.

⁴⁴ Das Protokoll von Kyoto zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen vom 11.12.1997, BGBl. 2005 Nr. 203 Pos. 1684.

⁴⁵ Beschluss des Rates vom 15.12.1993 über den Abschluss des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen, AZ.: 94/69/EG, Abl. EU Nr. L 033 vom 07/02/1994 S. 0011 – 0012.

⁴⁶ Entscheidung des Rates vom 25.04.2002 über die Genehmigung des Protokolls von Kyoto zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen im Namen der Europäischen Gemeinschaft sowie die gemeinsame Erfüllung der daraus erwachsenden Verpflichtungen, AZ.: 2002/358/EG, Abl. EU Nr. Nr. L 130 vom 15/05/2002 S. 0001 – 0003.

⁴⁷ Annex B des Kyoto-Protokolls und Art. 5 der Entscheidung 9/CP.2 der Vereinten Nationen vom 19. Juli 1996. Im Jahr 2010 hat Polen die Minderung von 28,9 % im Vergleich zum Basisjahr erreicht, *Rapport National greenhouse gas inventory data for the period 1990-2010 der Vereinten Nationen* vom 16.11.2012, dort Tabelle 5.

konferenz in Doha wurde das Kyoto-Protokoll bis 2020 verlängert.⁴⁸ Die geplante Verschärfung der Reduktionsziele der EU auf minus 30 % im Jahr 2020 im Vergleich zu 1990 ist am Widerstand Polens gescheitert. Die gesamte EU hat sich zu einer Reduzierung von 20 % verpflichtet (was grundsätzlich den Vorgaben der RL 2003/87/EG⁴⁹ entspricht), die gemeinsam durch die EU-Staaten erreicht werden soll. Zusätzlich ist jeder Mitgliedstaat zu einer Reduzierung in dem Umfang verpflichtet, der sich aus der Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates Nr. 406/2009/EG⁵⁰ ergibt. Für Polen führt die Entscheidung Nr. 406/2009/EG eine Obergrenze von 14 % hinsichtlich der Treibhausgasemissionen 2020 bezogen auf die Emissionen im Jahr 2005 ein.

Das Kyoto-Protokoll wurde auf der Weltklimakonferenz in Paris weiterentwickelt.⁵¹ Die Vertragsparteien haben sich auf eine Reduktion der Treibhausgasemissionen dergestalt geeinigt, dass die globale Erwärmung weit unter 2 °C bleibt. Das Pariser Abkommen ist am 04. Oktober 2016 in Kraft getreten.⁵²

Im Rahmen der sog. 20-20-20-Ziele sollen bis 2020 der Energieverbrauch und die Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 um 20 % gesenkt und der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung im Vergleich zum Jahr 1990 um 20 % gesteigert werden.⁵³ Für die Umsetzung der unverbindlichen Ziele wurden die legislativen Instrumente ergriffen, insbesondere die entsprechenden Richtlinien im Bereich der erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und des Emissionshandels verabschiedet.

Auf den 20-20-20-Zielen baut die europäische Klima- und Energiepolitik für den Zeitraum 2020-2030 auf. Nach dem Vorschlag der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2014⁵⁴ sollen eine 40 %-Minderung der Treibhausgasemissionen und ein 27-%-Zuwachs der erneuerbaren Energien gegenüber 1990 erreicht werden. Darüber postuliert die Kommission,

⁴⁸ Doha amendment of the Kyoto Protocol, Article 1.A. Zum 12.04.2017 wurde die durch das Kyoto-Protokoll zum Inkrafttreten der Novellierung verlangte Mindestzahl von Vertragsstaaten, welche die Novellierung ratifizieren müssen, noch nicht erreicht.

⁴⁹ Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und Rates vom 13.10.2003 über ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Gemeinschaft und zur Änderung der Richtlinie 96/61/EG des Rates, ABl. EU 2003 L 275, 32. In das polnische Recht implementiert mit dem Gesetz vom 22. Dezember 2008 über Emissionshandel von Treibhaus- und anderen Gasen, BGBl. 2004, Nr. 281, Pos. 2748 mit weiteren Änderungen.

⁵⁰ Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates Nr. 406/2009/EG vom 23.04.2009 über die Anstrengungen der Mitgliedstaaten zur Reduktion ihrer Treibhausgasemissionen mit Blick auf die Erfüllung der Verpflichtungen der Gemeinschaft zur Reduktion der Treibhausgasemissionen bis 2020, L 140/136.

⁵¹ Adoption of the Paris Agreement, Proposal by the President, Draft Decision -/CP.21, 12.12.2015, FCCC/CP/2015/L.9./Rev.1. Zu der Analyse der einzelnen Artikel des Pariser Abkommens siehe *Ekardt, Felix/Wieding, Jutta*, Rechtlicher Aussagegehalt des Paris-Abkommen – eine Analyse der einzelnen Artikel, ZfU-Spezial Parisabkommen, 2016, S. 36 ff.

⁵² Das Europäische Parlament und der Rat haben der Ratifizierung ihre Zustimmung erteilt, Beschluss des Rates vom 05.10.2016 über die Ratifizierung des im Rahmen des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen abgeschlossenen Übereinkommens von Paris im Namen der Europäischen Union, Nr. (EU) 2016/1841, Abl. L 282 vom 19.10.2016, S. 1-18, damit wurde die Anzahl der Vertragsparteien erreicht, deren Zustimmung zum Inkrafttreten des Abkommens notwendig war.

⁵³ Europäische Kommission, Mitteilung der Kommission an den Europäischen Rat und das Europäische Parlament, Eine Energiepolitik für Europa, Brüssel 10.01.2007, KOM (2007)1.

⁵⁴ Europäische Kommission, Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, Brüssel 22.01.2014, KOM (2014) 015.

2030 Energieeinsparungen in Höhe von 30 % im Vergleich zum Jahr 1990 zu erreichen. Die Mitgliedstaaten haben sich der Meinung der Kommission angeschlossen und sich im Oktober 2014 über die neuen Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 verständigt⁵⁵ sowie die voranstehend genannten 40-27-30-Ziele als verbindliche EU-Mindestziele angenommen.⁵⁶

Die europäische Klimapolitik steuert in Richtung eines integrierten europäischen Binnenmarkts, Dekarbonisierung der Energieversorgung, Entwicklung der Regeln für die Gewährleistung der Versorgungssicherheit in Europa und Kopplung der Märkte.⁵⁷ Auf diesen Grundlagen soll eine belastbare Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimapolitik entstehen.⁵⁸ Der Wille zu konkreten Schritten in Richtung Netzausbau, Energieeffizienz, Nutzung der heimischen und nachhaltigen Ressourcen für die Gewährleistung der Versorgungssicherheit und die Umsetzung der 2030-Klimaziele durch legislative Maßnahmen, für ein verbessertes Strommarktdesign sowie regionale Zusammenarbeit im Energiebereich wurde durch die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten formuliert.⁵⁹

Der Erreichung der gesetzten klimapolitischen Ziele soll der Einsatz der Klimaschutzinstrumente dienen.⁶⁰ Zu den wichtigsten Zielen gehören jene im Bereich des Emissionszer-

⁵⁵ *Europäischer Rat*, Schlussfolgerungen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030, Tagung des Europäischen Rates 23./24.10.2014, SN 79/14. Das Energieeffizienzziel kann optionsweise auf 30 % angehoben werden.

⁵⁶ Eine essenzielle Rolle bezüglich der erneuerbaren Energien und Energieeffizienz bei der Erzielung der Minderung der Treibhausgasemissionen – ohne dabei das wirtschaftliche Wachstum zu dämpfen – nimmt das folgende Dokument der *Europäischen Kommission* ein: EU-Roadmap für eine Dekarbonisierung der europäischen Energieversorgung bis 2050, Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, Energiefahrplan 2050, Brüssel 15.12.2011, KOM (2011)885. Auf Basis der Kommissionsvorschläge zur Strukturreform des Emissionshandels (*Europäische Kommission*, Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und Rates über die Einrichtung und Anwendung einer Marktstabilitätsreserve für das EU-System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten und der Änderung der Richtlinie 2003/87/EG, 22.01.2014, COM (2014) 20) haben sich die Mitgliedstaaten auch für eine Reform des Emissionshandels und damit die Einführung einer Marktstabilitätsreserve ausgesprochen (bei Überschüssen im CO₂-Zertifikate-Markt sollen Emissionsrechte dem Markt entzogen und in die Reserve eingestellt werden. Bei übermäßiger Knappheit sollen zusätzlich Emissionsrechte dem Markt zugeführt werden können, siehe: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, www.bmwi.de/DE/Themen/Industrie/Industrie-und-Umwelt/klimaschutz,did=338374.html, abgerufen am 07.05.2017).

⁵⁷ *Europäische Kommission*, Fortschritte auf dem Weg zur Vollendung des Energiebinnenmarktes, Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, Brüssel 13.10.2014, COM (2014) 634.

⁵⁸ *Europäische Kommission*, Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank. Rahmenstrategie für eine krisenfeste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzstrategie, Brüssel 25.02.2015, COM (2015) 80.

⁵⁹ *Europäischer Rat*, Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates, Brüssel 20.03.2015, EUCO 11/15.

⁶⁰ Teilweise werden das Zusammenspiel und die Wechselwirkung der gleichzeitig eingesetzten Instrumente mit dem Argument kritisiert, die beiden Ansätze höben sich aufgrund ihrer unterschiedlichen Stoßrichtungen gegenseitig auf, während andere Autoren an dem Instrumentenmix festhalten und nur ihre bessere Koordination fordern, *Steffens, Juliane in: Säcker, Franz Jürgen [Hrsg.]*, EEG 2014, Energierecht Sonderband, 3. Auflage 2015, EEG Einl., Rn. 81 ff. mit weiteren Nachweisen; Zum Zusammenspiel von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz siehe *Hennig, Bettina in: Ekardt, Felix/Hennig, Bettina/Unnerstall, Herwig [Hrsg.]*, Erneuerbare Energien. Ambivalenzen, Governance, Rechtsfragen, 2012, S. 140 ff. Zu der Diskussion siehe z.B. *Mathes, Felix Ch.*, Der Instrumenten-Mix einer ambitionierten Klimapolitik im Spannungsfeld von Emissionshandel und anderen Instrumenten, von Mai 2010,

tifikathandels, die Förderung von erneuerbaren Energien und die Steigerung der Energieeffizienz. Den europäischen Trends folgend und mit dem Ziel der Entwicklung einer emissionsarmen Wirtschaft bei der Sicherstellung einer nachhaltigen Entwicklung des Landes⁶¹ hat auch die Republik Polen die Klimaschutzinstrumente eingeführt. Ihre Ausgestaltung ist nicht nur durch die internationalen Vorgaben, sondern auch durch die nationalen Zielsetzungen und Herausforderungen geprägt.

2. Emissionshandel

Der Emissionshandel ist eines der Instrumente, welche die Erreichung der Klimaschutzziele ermöglichen sollen.⁶²

1) Europarechtliche Rechtsgrundlagen für den Emissionshandel

In der Europäischen Union wurde der Emissionshandel für Treibhausgase bzw. Treibhausgaszertifikate durch den Erlass der Richtlinie Nr. 2003/87 über ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten eingeführt. Diese Richtlinie soll zur Einführung der sich aus dem Kyoto-Protokoll ergebenden Pflichten⁶³ der EU zur Reduktion der Emission von Treibhausgasen – insbesondere CO₂ – beitragen.⁶⁴ Das Grundkonzept der Richtlinie Nr. 2003/87 geht dahin, dass einerseits bestimmte Anlagen einer Genehmigungspflicht unterliegen sollen, damit sie Treibhausgase emittieren dürfen. Andererseits soll diese Genehmigung nur unter (u.a.) der Voraussetzung erteilt werden, dass sich die Unternehmen verpflichten, qualifizierte Emissionsrechte (Zertifikate) zur Emission von dem Anwendungsbereich der Richtlinie unterfallenden Treibhausgasen in der Höhe des Ausstoßes zurückzugeben. Die handelbaren Berechtigungen sollen von den Mitgliedstaaten nach bestimmten Kriterien an die Unternehmen verteilt werden, wobei diese Verteilung zunächst kostenlos erfolgte.⁶⁵ Die Richtlinie Nr. 2003/87 wurde in wichtigen Punkten durch die RL

<http://www.oeko.de/oekodoc/1020/2010-078-de.pdf>, abgerufen am 07.05.2017.

⁶¹ *Wirtschaftsministerium*, Entwurf des Nationalen Plans der Entwicklung der emissionsarmen Wirtschaft vom 04.08.2015, S. 50, http://www.mg.gov.pl/files/upload/10460/NPRGN_konsultacje%20i%20uzgodnienia%20zewn%C4%99trzne.pdf, abgerufen am 23.11.2015.

⁶² Zum Beitrag des Emissionshandels für die Erreichung der europäischen Klimaziele und Problemstellen in der Ausgestaltung siehe z.B. *Ekardt, Felix*, *Jahundertaufgabe Energiewende*. Ein Handbuch. 1. Auflage 2014, S. 100 ff.

⁶³ Mit dem Kyoto-Protokoll haben sich die Vertragsparteien verpflichtet, die Treibhausgasemissionen im Vergleich zum Jahr 1990 um mindestens 5 % zu senken. Polen wurde zu einer Reduktion der Treibhausgasemissionen in der ersten Verpflichtungsperiode (2008 – 2012) um 6 % im Vergleich zu dem für Polen geltenden Basisjahr 1988 verpflichtet (die ganze EU um 8 % im Vergleich zum Jahr 1990). Die Verpflichtung wurde auf Polen rechtsverbindlich durch die Entscheidung des Rates vom 25.04.2002 über die Genehmigung des Protokolls von Kyoto zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen im Namen der Europäischen Gemeinschaft sowie die gemeinsame Erfüllung der daraus erwachsenden Verpflichtungen Nr. 2002/358/EG, L 130/1 übertragen. Daneben werden sog. Joint Implementation (partnerschaftliche Projekte zwischen zwei Vertragsstaaten) sowie Clean Development Mechanism (CDM) (partnerschaftliche Projekte zwischen einem Industrievertragsstaat und einem Entwicklungsvertragsstaat) eingeführt.

⁶⁴ *Epiney, Astrid* in: *von Landmann, Robert/Rohmer, Gustav [Hsg.]*, *Umweltrecht*, 75. Ergänzungslieferung 2015, Art. 192 AEUV, Rn. 113.

⁶⁵ *Epiney, Astrid* in: *von Landmann, Robert/Rohmer, Gustav [Hrsg.]*, *Umweltrecht*, 75. Ergänzungslieferung 2015, Art. 192 AEUV, Rn. 114.

2009/29⁶⁶ modifiziert. Der Anwendungsbereich der RL 2003/87/EG wurde um bestimmte Anlagen und Tätigkeiten erweitert und der Emissionshandel in erheblichem Maß zentralisiert. Die Zuteilung der Zertifikate erfolgt seit 2013 durch Versteigerung.⁶⁷ Optional können die Mitgliedstaaten eine Ausnahmeregelung beantragen und nach der Erfüllung von anspruchsvollen Benchmarks und nach der Vorlage eines Nationalplans kostenlos eine bestimmte Anzahl an Zertifikaten erlangen.⁶⁸ Um die Verlagerung der Produktion durch bestimmte energieintensive Industriesektoren in Staaten ohne Verpflichtung zum Emissionszertifikaterwerb (Carbon Leakage) zu vermeiden, sieht die RL 2009/29 Sonderregelungen für die betroffenen Industriezweige vor.

2) Nationale Rechtsgrundlagen

Die Republik Polen hat die Möglichkeit der Optionsausübung für die kostenlose Zuteilung der Emissionszertifikate genutzt. Der entsprechende Antrag der Republik Polen wurde durch die Europäische Kommission mit diversen Anmerkungen akzeptiert.⁶⁹

In Polen regelt das Treibhausgasemissionsgesetz (THG-G-PL) vom 12. Juni 2015 den Treibhausgasemissionshandel.⁷⁰ Mit dem THG-G-PL soll das polnische Recht an die europäischen Regelungen angepasst werden.⁷¹

⁶⁶ Richtlinie 2009/29/EG des Europäischen Parlaments und Rates vom 23.04.2009 zur Änderung der Richtlinie 2003/87/EG zwecks Verbesserung und Ausweitung des Gemeinschaftssystems für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten, ABl. EU L 140/63. In das polnische Recht implementiert mit dem Gesetz vom 28. April 2011 über das Treibhausgasemissionsgesetz, BGBl. 2011, Nr. 122, Pos. 695 mit weiteren Änderungen.

⁶⁷ Verordnung (EU) Nr. 1031/2010 der Kommission vom 12.11.2010 über den zeitlichen und administrativen Ablauf sowie sonstige Aspekte der Versteigerung von Treibhausgasemissionszertifikaten gemäß der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Gemeinschaft mit weiteren Änderungen, ABl. EU L 302, 1.

⁶⁸ Art. 10 c RL 2003/87/EG; siehe *Gerner, Daria*, Zuteilung der CO₂-Zertifikate in einem Emissionshandelssystem, Kassel University Press 2012, S. 69.

⁶⁹ Mit der Entscheidung der Kommission vom 13.07.2012, AZ.: C (2012) 4609, wurde Polen eine kostenlose Zuteilung der Zertifikate an die in der Entscheidung genannten Anlagen mit einer maximalen Gesamtmenge von 404.650.234 Zertifikate bis 2020 erlaubt. Von 347 Investitionen, auf die sich der polnische Nationalplan bezog (siehe Entscheidung der Europäischen Kommission vom 22.01.2014, AZ.: C (2013) 6648 final, Rn. 16, wurden letztlich 140 als mit Art. 10c RL 2003/87/EG vereinbar erklärt. Zu der kostenlosen Zuteilung siehe auch Beschluss der Kommission Nr. 2013/44/EU vom 05.09.2013 über nationale Umsetzungsmaßnahmen für die übergangsweise kostenlose Zuteilung von Treibhausgasemissionszertifikaten gemäß Artikel 11 Absatz 3 der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, KOM (2013) 5666, ABl. L 240/27.

⁷⁰ Gesetz über den Treibhausgasemissionshandel vom 12.06.2015, BGBl. 2012, Nr. 122, Pos. 695.

⁷¹ Begründung zum THG-G-PL, S. 2 ff., samt Aufzählung der umgesetzten EU-Rechtsnormen. In der Umsetzung der RL 2003/87/EG hat Polen das Gesetz vom 22.12.2004 über den Handel mit Treibhausgasen und anderen Emissionen, BGBl. 2004, Nr. 281, Pos. 2784 und in der Umsetzung der RL 2009/29/EG das Gesetz vom 28.04.2011 über den Handel von mit Treibhausgasemissionen, BGBl. 2011, Nr. 122, Pos. 695, verabschiedet. Ausführlich zum Emissionshandel in Polen, auch im Kontext des EU-Rechts siehe z.B. *Stoczkiewicz, Marcin/Warso-Buchanan, Agnieszka [Hrsg.]*, Derogacje od transformacji. Bezplatne uprawnienia EU ETS dla elektroenergetyki w Polsce, ClientEarth 2015, <https://www.documents.clientearth.org/wp-content/uploads/library/2016-06-10-derogacje-od-transformacji-ce-pl.pdf>, abgerufen am 07.06.2017.

a. Treibhausgasemissionsgesetz

Das THG-G-PL ist weitgehend darauf ausgerichtet, die Regelungen des europäischen Rechts umzusetzen und zu konkretisieren, dementsprechend konzentriert es sich auf die entsprechenden Fragenkomplexe.

Das THG-G-PL inkludiert beispielsweise die nationalen Regelungen zum Unionsregister⁷² – einer technischen Grundlage des Emissionshandels. Im EU-Bereich des Registers werden jegliche Prozesse und Transaktionen des EU-Emissionshandels ausgeführt.⁷³ Die Aufgaben des nationalen Verwalters übernimmt in Polen die Landesstelle für die Bilanzierung und Verwaltung der Emissionen.⁷⁴ Für Monitoring und Abrechnung der Emissionen ist der Umweltminister zuständig, der durch die Landesstelle als Sachverständigenstelle unterstützt wird.⁷⁵ Mit dem TGH-G-PL werden die Berichterstattungs-, Informations- und Verwaltungspflichten verschärft und an die EU-Vorgaben angepasst.⁷⁶ Viel Aufmerksamkeit widmet das TGH-G-PL dem Verfahren für die Schätzung der Emissionen aus den Luftfahrzeugen, deren Betreiber keinen Sitz im Gebiet der Republik Polen haben – damit nutzt Polen die entsprechende, durch das EU-Recht eingeräumte Möglichkeit als freiwillige Option. Ein Kontroll- und Strafmechanismus soll eine rechtmäßige und termingerechte Erfüllung der Vorgaben des TGH-G-PL gewährleisten.⁷⁷

b. Kostenlose Zuteilung der Emissionszertifikate für Stromerzeugung

Die Regeln der kostenlosen Zuteilung der Emissionszertifikate regelt das TGH-G-PL auf differente Weise – je nachdem ob die Zuteilung auf die Erzeugung anderer als der Erzeugung elektrischer Energie, auf die Stromerzeugung, auf die sog. Neuanlagen oder Luftverkehrsfahrzeuge erfolgt. Das THG-G-PL sieht den Einsatz von entsprechenden Korrekturmechanismen für den Fall einer wesentlichen Minderung oder Aufgabe der Produktionstätigkeit durch die Anlagen vor. Die Anwendungsfälle und der Verlauf des Verfahrens für die Rückgabe der überschüssigen Zertifikate oder ihres Gegenwerts sowie der Änderung der Berechtigung für den Fall der Aufgabe oder wesentlichen Senkung der Tätigkeit sind ebenso im THG-G-PL geregelt.

c. Stromerzeugung

Aufgrund der Nutzung der Ausnahme einer übergangsweisen kostenlosen Zuteilung von Zertifikaten zur Modernisierung der Stromerzeugung⁷⁸ durch die Republik Polen können in Polen bestimmten Stromerzeugungsanlagen kostenlose Emissionszertifikate zugeteilt⁷⁹

⁷² Kapitel 2 THG-G-PL.

⁷³ Verordnung (EU) Nr. 389/2013 der Kommission vom 02.05.2013 zur Festlegung eines Unionsregisters gemäß Richtlinie 2003/87/EG, ABl. L 122/1. Mehr zu dem Unionsregister beispielsweise auf der Website der Deutschen Emissionshandelsstelle beim Umweltbundesamt, www.dhst.de/DE/Service/Unionsregister/Aufbau/Aufbau_node.html, abgerufen am 26.08.2015.

⁷⁴ Im Sinne des Gesetzes vom 17.07.2009 über das System der Verwaltung von Treibhaus- und anderen Gasemissionen. BGBl. 2009, Nr. 130, Pos. 1070.

⁷⁵ Kapitel 12 TGH-G-PL.

⁷⁶ Gesetzesbegründung zum TGH-G-PL, S. 49.

⁷⁷ Begründung zum TGH-G-PL, S. 57.

⁷⁸ I.S.v. Art. 10 c RL 2003/87/EG.

⁷⁹ Die Zuteilung der Emissionszertifikate gilt als Beihilfe i.S.v. Art. 107 Abs. 1 AEUV. Der Wert der zugeteilten Zertifikate wird nach den modellbasierten Prognosen für CO₂-Preise in der dritten

werden.⁸⁰ Der Erhalt der Zertifikate ist allerdings abhängig von der Erfüllung von ausgewählten Aufgaben durch die privilegierte Anlage aus dem Nationalen Investitionsplan, dessen Maßnahmen die Modernisierung des Energiesektors, die Verbesserung der Infrastruktur, die Diversifizierung der Stromerzeugung und die Diversifizierung der Lieferungsquellen adressieren. Die kostenlosen Zertifikate werden den Anlagenbetreibern als Gegenwert für die zum Zwecke der Durchführung der Maßnahmen aus dem Nationalen Aktionsplan getätigten und in einem Sach- und Finanzjahresbericht aufgelisteten Kosten zugeteilt.⁸¹

d. Versteigerung

Der Erwerb der Emissionszertifikate soll künftig im Wege einer Versteigerung erfolgen. Unter Bezugnahme auf die Verordnung (EU) Nr. 1031/2010 der Kommission vom 12. November 2010⁸² führt das TGH-G-PL die notwendigen nationalen Regelungen ein.⁸³ Polen hat sich gegen die Teilnahme an einer gemeinsamen Versteigerungsplattform entschieden.⁸⁴ Für die Durchführung der Versteigerung ist die Landesstelle zuständig. Die Einnahmen aus der Versteigerung werden dem Landeshaushalt, darunter mindestens 50 % für die Realisierung der in dem TGH-G-PL erwähnten Zwecke, zugeführt. Die Berichterstattung über die Verwendung dieser Finanzmittel fällt in den Aufgabenbereich des Umweltministers. Emissionszertifikate sind veräußerbar und gültig in dem Abrechnungszeitraum, für den sie zugeteilt wurden.⁸⁵ Das TGH-G-PL führt – mit bestimmten Änderungen – für den Betreiber der Anlagen die Pflicht für die Einholung einer Emissionsgenehmigung fort.

3. Energieeffizienz

1) Europarechtliche Rechtsgrundlagen für Energieeffizienz

Im Bereich der Energieeffizienz⁸⁶ verfolgt die Europäische Union ein indikatives Energieeffizienzziel in Höhe von mindestens 27 % Energieeinsparungen bis 2030. Das zentrale Instrument ist die Energieeffizienz-Richtlinie vom 4. Dezember 2011.⁸⁷ Die Mitgliedstaaten

Handelsperiode ermittelt, Anhang VI zu der Mitteilung der Kommission über den Leitfaden für die fakultative Anwendung von Artikel 10c der Richtlinie 2003/87/EG, AZ.: 2011/C 99/03, ABl. C 99/9.

⁸⁰ Art. 27 ff. THG-G-PL.

⁸¹ Wird eine Investition nicht abgeschlossen, hat der Anlagenbetreiber die erhaltenen Zertifikate oder ihren Gegenwert zurückzugeben. Die Maßnahmen aus dem Nationalen Aktionsplan können durch Eigen- oder Fremdfinanzierung im Rahmen derselben Kapitalgruppe oder durch die Mitfinanzierung der Investitionsprojekte des Verteilungsnetzbetreibers (Gas und/oder Strom) erteilt werden.

⁸² Siehe Fn. 67.

⁸³ Art. 49 ff TGH-G-PL.

⁸⁴ Polen (sowie Deutschland und Griechenland) hat das Joint Procurement Agreement to procedure common auction platforms vom 09.11.2011 nicht unterzeichnet. Mangels nationaler Ausführungsvorschriften konnte die Errichtung der Plattform noch nicht vergeben werden. Für die Übergangsphase wird Polen eine andere, ausländische Plattform nutzen (müssen).

⁸⁵ Art. 15 und 16 THG-G-PL.

⁸⁶ Zum Begriff der Energieeffizienz siehe *Freiherr von Bredow, Hartwig*, Energieeffizienz als Rechts- und Steuerungsproblem unter besonderer Berücksichtigung der erneuerbaren Energien, 2013, S. 37ff.

⁸⁷ Richtlinie 2012/27/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25.10.2012 zur Energieeffizienz, zur Änderung der Richtlinien 2009/125/EG und 2010/30/EU und zur Aufhebung der Richtlinien 2004/8/EG und 2006/32/EG, L 315. Die Richtlinie wurde erlassen, als noch die sog. 20-20-20-Ziele galten. Im November 2016 hat die Europäische Kommission die Steigerung der Energieeffizienzziele auf 30 % bis 2030 vorgeschlagen, siehe Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den

können die Unternehmen entweder zur Erfüllung der Einsparverpflichtungssysteme, durch welche die jährlichen Einsparungen bei Endkunden erreicht werden sollen, oder zur Einführung der Maßnahmen gleicher Wirkung verpflichtet. Neben der Energieeffizienz-Richtlinie führt die Europäische Union zahlreiche weitere Maßnahmen zur Erreichung der Einsparungsziele, wie z.B. die Gebäudeenergieeffizienzrichtlinie⁸⁸, die Ökodesign-Richtlinie⁸⁹ oder die Energie-Labeling-Richtlinie⁹⁰ ein.

2) Nationale Regelungen für Energieeffizienz

Das polnische nationale Ziel für die Energieeinsparung bis 2016 wurde vor der Verabschiedung des aktuellen Energieeffizienzgesetzes⁹¹ auf mindestens 9 % des jährlichen Durchschnittsverbrauchs aus den Jahren 2001 bis 2005 bestimmt.⁹² Aktuell sollen sich die Landesziele aus dem Landesaktionsplan ergeben, der durch den Energieminister alle 3 Jahre zu erstellen ist.⁹³ Das EnEffG bestimmt allerdings, dass die nachfolgend besprochenen Hauptfördermaßnahmen bis zum 31. Dezember 2020 eine Energieeinsparung von mindestens 2 645 000 Tonnen des Öläquivalents herbeiführen sollen.⁹⁴

a. Hauptfördermaßnahmen

Als Hauptförderinstrument für die Steigerung der Energieeffizienz gilt in Polen das Modell der sog. weißen Zertifikate.

Danach werden die als für die Herbeiführung von Energieeffizienz definierten Subjekte verpflichtet, als Nachweis der Erfüllung der Quote Energieeffizienzsertifikate, sog. weiße Zertifikate, zu erwerben und zur Einziehung vorzulegen. Diese Zertifikate können die

Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank, Saubere Energie für alle Europäer, 30.11.2016, COM (2016) 860 final, S. 5.

⁸⁸ Richtlinie 2010/31/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19.05.2010 über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden, L 133/13.

⁸⁹ Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21.10.2009 zur Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung energieverbrauchsrelevanter Produkte, L 285/10.

⁹⁰ Richtlinie 2010/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19.05.2010 über die Angabe des Verbrauchs von Energie und anderer Ressourcen durch energieverbrauchsrelevante Produkte mittels einheitlicher Etiketten und Produktinformationen, L 153/1.

⁹¹ Gesetz vom 20.05.2016 über Energieeffizienz, BGBl. 2016, Nr. 0, Pos. 831 (EnEffG), in Kraft getreten am 01.10.2016.

⁹² Art. 4 Abs. 1 des Gesetzes vom 15.04.2011 über Energieeffizienz, BGBl. 2011, Nr. 94, Pos. 551 mit weiteren Änderungen (EnEffG a.F.). Das Ziel wurde in der Realisierung der Bestimmungen der Richtlinie 2006/32/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 05.04.2006 über Endenergieeffizienz und Endenergieleistungen und zur Aufhebung der Richtlinie 93/76/EWG des Rates, ABl. L 114/64, festgesetzt.

⁹³ Art. 4 Abs. 1 EnEffG. Siehe Seite 37 f. Dass die Landesenergieeffizienzziele nicht in einem Gesetz verankert sind, sondern durch ein Dokument der Judikative festgelegt werden, ist grundsätzlich negativ zu beurteilen: Die Festlegung der nationalen Energieeinsparziele wird den Veränderungen im politischen Umfeld stärker ausgesetzt. Zudem ist ein Aktionsplan kein verbindliches, sondern ein allgemeines, richtungsweisendes Dokument. Den dort verankerten Vorgaben wird ein anderer Rang zugemessen, als wenn sie in einem Gesetz festgelegt würden.

⁹⁴ Art. 18 EnEffG. Das EnEffG konkretisiert allerdings nicht, in Bezug auf welchen Zeitpunkt die Einsparung erfolgen soll. Aus der gesetzlichen Regelung ergibt sich auch nicht, ob die Leistung einer Ersatzzahlung als Alternative für die Nichterfüllung der Energieeffizienzmaßnahme (siehe Beschreibung der Hauptfördermaßnahmen) auch auf die Zielerfüllung angerechnet wird.

Verpflichteten entweder für die erbrachten Energieeffizienzmaßnahmen erlangen oder von Dritten erwerben.⁹⁵ Alternativ können sie grundsätzlich eine Ersatzzahlung leisten.

a) Verpflichtete

Der Kreis der Verpflichteten schließt vier Gruppen von Personen ein.⁹⁶ Erstens sind dies Energieunternehmen, die Strom, Wärme oder Erdgas an jene verkaufen, die an das Netz allgemeiner Versorgung auf dem Gebiet der Republik Polen angeschlossen sind. Weiter verpflichtet sind die Endabnehmer, die an das Netz allgemeiner Versorgung auf dem Gebiet der Republik Polen angeschlossen und Mitglieder der Warenbörse sind – und zwar in Bezug auf die in eigenem Namen abgeschlossenen Transaktionen auf der Warenbörse. Überdies gehören zu dem Kreis der Verpflichteten die Endabnehmer, die an das Netz allgemeiner Versorgung auf dem Gebiet der Republik Polen angeschlossen sind und Gas entweder EU-intern oder im Rahmen der Vorschriften über die Akzisesteuer erwerben. Schließlich sind durch die Verpflichtung die Warenbörse- und Maklerunternehmen in Bezug auf die Transaktionen auf der Warenbörse betroffen, die im Auftrag der Endabnehmer, die an das Netz allgemeiner Versorgung auf dem Gebiet der Republik Polen angeschlossen sind, erfolgen.

b) Vorhaben für die Verbesserung der Energieeffizienz

Das EnEffG legt fest, welche Arten von Maßnahmen der Herbeiführung der Energieeffizienz dienen.⁹⁷ Zu ebendiesen zählen u.a. die Isolierung von Leitungsinstallationen, Gebäudeumbau, Modernisierung oder Austausch von z.B. Beleuchtung oder Haushaltsgeräten, Energierückgewinnung in industriellen Prozessen, Verringerung von Energieverlusten oder Nutzung zu Heizungszwecken ausschließlich von KWK-Anlagen. Ein detailliertes Verzeichnis von Maßnahmen zur Herbeiführung von Energieeffizienz wird durch den Energieminister bekannt gegeben.⁹⁸

c) Weiße Zertifikate

Für die Realisierung der Maßnahmen für die Verbesserung der Energieeffizienz können die Verpflichteten auf Antrag von dem URE-Vorsitzenden sog. weiße Zertifikate zugeteilt bekommen.⁹⁹ Der Verpflichtete hat als Nachweis der geplanten Verbesserung der Energieeffizienz ein energetisches Audit¹⁰⁰ des geplanten Vorhabens durchzuführen.¹⁰¹ Die Ergebnisse des Audits entscheiden über den Wert der zugeteilten Zertifikate: Dieser entspricht dem Öläquivalent der zur Einsparung vorgesehenen Energiemengen.¹⁰² Nach dem Abschluss

⁹⁵ Art. 10 Abs. 1 EnEffG.

⁹⁶ Art. 10 Abs. 1 i.V. m. Abs. 2 EnEffG.

⁹⁷ Art. 19 Abs. 1 EnEffG.

⁹⁸ Art. 19 Abs. 2 EnEffG; aktuell: Bekanntmachung des Energieministers vom 23.11.2016 über das detaillierte Verzeichnis von Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz, BGBl. 2016, Nr. 0, Pos. 1184.

⁹⁹ Art. 20 EnEffG.

¹⁰⁰ Siehe auch *URE-Vorsitzender*, Mitteilung über die Verpflichtung zur Durchführung eines energetischen Audits seit dem Inkrafttreten des Energieeffizienzgesetzes am 01. Oktober 2016, Warschau 27.09.2016, Nr. 46/2016.

¹⁰¹ Art. 10 Abs. 1, Art. 20 Abs. 5, Art. 36 ff. EnEffG.

¹⁰² Art. 21 Abs. 3, Art. 22 EnEffG.

der Maßnahme hat der Verpflichtete erneut ein energetisches Audit durchzuführen, um den faktischen Eintritt der geplanten Energieeinsparung nachzuweisen.¹⁰³

Die weißen Zertifikate sind handelbare Börsenware und können veräußert werden.¹⁰⁴ Die Übertragung der Zertifikate erfolgt in dem Zeitpunkt einer entsprechenden Eintragung in das Energieeffizienzsertifikate-Register.¹⁰⁵ Die weißen Zertifikate können demzufolge nicht nur als Nachweis für die Realisierung der Energieeffizienzmaßnahmen dienen; sie können ebenfalls eine Einnahmequelle für die Verpflichteten begründen, die bereit sind, den vorhandenen Überschuss an weißen Zertifikaten zu veräußern.

d) Höhe und Erfüllung der Verpflichtung

Die Verpflichteten haben grundsätzlich die Obliegenheit, jährlich eine Einsparung von 1,5 % zu erreichen. Je nach der Gruppe der Verpflichteten bezieht sich die Verpflichtung entweder auf die entsprechend veräußerte elektrische Energie oder importierte Erdgasmengen und wird im Öläquivalent ausgedrückt.¹⁰⁶

Die Erfüllung der Verpflichtung ist durch die Vorlage von weißen Zertifikaten mit entsprechendem Wert nachzuweisen.

Alternativ steht den Verpflichteten grundsätzlich die Möglichkeit offen, bis zu einem gesetzlich festgelegten Umfang eine Ersatzzahlung zu leisten, statt die weißen Zertifikate zur Einziehung vorzulegen.¹⁰⁷ Danach kann die Verpflichtung im Jahr 2017 bis zu einem Umfang von 20 % und im Jahr 2018 bis zu einem Umfang von 10 % durch die Ersatzzahlung erfüllt werden.¹⁰⁸ Die Ersatzleistung beträgt im Jahr 2017 1 500 PLN pro Tonne des Öläquivalents.¹⁰⁹ Die Zahlung ist auf das Bankkonto des Nationalfonds für Umweltschutz und Wasserwirtschaft zu entrichten, das die eingezahlten Finanzmittel für die Realisierung von Energieeffizienzmaßnahmen einsetzt.¹¹⁰

b. Weitere Fördermaßnahmen

Neben dem Modell der weißen Zertifikate bestehen in Polen weitere Maßnahmen, welche die Förderung der Energieeffizienz adressieren. Ein besonderer Fokus liegt auf der Wärmedämmung von Gebäuden.¹¹¹ Danach können die begünstigten Vorhaben durchführenden Investoren u.a. zinsgünstige Darlehen oder projektbezogene Zuschüsse über

¹⁰³ Art. 23 EnEffG. Der URE-Vorsitzende überprüft die Angaben aus den energetischen Audits, Art. 26 EnEffG.

¹⁰⁴ Art. 30 Abs. 1 EnEffG.

¹⁰⁵ Art. 30 Abs. 3 EnEffG.

¹⁰⁶ Art. 14 EnEffG. Die gesetzliche Regelung lässt sich so lesen, dass die vorgegebene Einsparung jeweils jährlich zu erzielen ist.

¹⁰⁷ Art. 11 EnEffG.

¹⁰⁸ Art. 11 Abs. 1 EnEffG. Der Umfang kann grundsätzlich vergrößert werden, wenn der Verpflichtete nachweist, dass er die weißen Zertifikate wegen des mangelnden Angebots auf dem Markt nicht habe erwerben können.

¹⁰⁹ Art. 12 Abs. 2 EnEffG, 1 500 PLN = ca. 375 EUR. Für das Jahr 2018 steigt die Gebühr um 5 %, Art. 12 Abs. 3 EnEffG.

¹¹⁰ Art. 12 Abs. 5 und 6 EnEffG.

¹¹¹ Angaben des Wirtschaftsministeriums, www.mg.gov.pl/bezpieczenstwo+gospodarcze/Energetyka/Efektywnosc+energetyczna, abgerufen am 02.09.2015. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu der Förderung der Wärmedämmung sind insbesondere im Gesetz vom 21. November 2008 über die Förderung der Wärmedämmung und Renovierung enthalten, BGBl. 2008, Nr. 223, Pos. 1459.

den Fonds der Wärmedämmung und Renovierung erhalten. An der Förderungsstruktur beteiligt ist auch z.B. der Nationalfonds für Umweltschutz und Wasserwirtschaft,¹¹² insbesondere im Hinblick auf die Investitionen in öffentliche oder energieeffiziente Gebäude.

Eine Vorbildrolle für die Einführung der Maßnahmen der Energieeffizienz sollen die Einrichtungen des öffentlichen Rechts erfüllen, indem sie bei der Ausführung ihrer gesetzlichen Aufgaben mindestens zwei durch das EnEffG aufgelistete Projekte für die Verbesserung der Energieeffizienz zu nutzen haben.¹¹³

Bis 2016¹¹⁴ wurde zudem das Projekt „The Concreted Action for the Energy Efficiency Directive“¹¹⁵ realisiert.

Für die Realisierung der Energieeffizienzziele wurden ebenfalls Finanzmittel aus anderen als den zuvor genannten Quellen, wie z.B. Eigenmittel der Einrichtungen des öffentlichen Rechts sowie die nicht rückzahlbaren Finanzmittel aus dem Kohäsionsfonds und dem operationellen Programm für Infrastruktur und Umwelt, eingesetzt.¹¹⁶

c. Auswertung und Ausblick

Das Energieeffizienzgesetz vom 20. Juni 2016 hat das davor geltende Energieeffizienzgesetz vom 15. April 2011 abgelöst. Zum einen hat sich das in dem alten Gesetz verankerte Anreizmodell für die Energieeffizienzmaßnahmen (Ausschreibungen) als suboptimal erwiesen.¹¹⁷ Zum anderen haben die bestehenden Regelungen die Energieeffizienzrichtlinie nicht vollständig umgesetzt, sodass eine Anpassung an das EU-Recht notwendig gewesen ist.¹¹⁸ Diese Mängel sollte das neue Energieeffizienzgesetz korrigieren.¹¹⁹ Die Ergebnisse bleiben abzuwarten.¹²⁰

¹¹² Siehe auch Seite 53.

¹¹³ Art. 6 ff. EnEffG.

¹¹⁴ Angaben des Wirtschaftsministeriums, www.mg.gov.pl/bezpieczenstwo+gospodarcze/Energetyka/Efektywnosc+energetyczna, abgerufen am 02.09.2015; siehe auch die Website des Projekts <http://www.esd-ca.eu/>, abgerufen am 17.06.2017.

¹¹⁵ Das Ziel des Projekts soll die Schaffung einer Austauschplattform zu der EnergieeffizienzRL sein, www.esd-ca.eu.

¹¹⁶ Begründung zum 2. EnergieeffizienzG, S. 2.

¹¹⁷ Kritisiert wurden u.a. administrative Hürden, die für die Teilnahme an der Ausschreibung bestanden/genommen werden mussten, der Kompliziertheitsgrad der Prozedur und die überlange Frist für die Entscheidung über den Ausgang der Ausschreibung; an den Ausschreibungen beteiligte sich nicht nur eine wesentlich kleinere Anzahl an Teilnehmern als erwartet; auch die Ergebnisse der Ausschreibungen lagen unter den Erwartungen, siehe z.B. *Kołodziej, Roman*, Doświadczenia z pierwszego przetargu na białe certyfikaty, <http://www.bialecertyfikaty.com.pl/artykuly/doswiadczenia-z-pierwszego-przetargu-na-biale-certyfikaty>, abgerufen am 01.06.2017; *Ben Amer, Anis* Białe certyfikaty – czyli o tym, że początki bywają trudne, http://knpers.amu.edu.pl/?page_id=968, abgerufen am 01.06.2017.

¹¹⁸ Die Republik Polen wurde durch die Europäische Kommission ermahnt, die Energieeffizienzrichtlinie rechtsgemäß umzusetzen, siehe die Antwort des Staatssekretärs im Wirtschaftsministerium, Herrn Jerzy Witold Pietrewicz, auf die Interpellation Nr. 32926 vom 29.06.2016, <http://www.sejm.gov.pl/sejm7.nsf/InterpelacjaTresc.xsp?key=2857C6CA>, abgerufen am 01.06.2016, wonach die Republik Polen mit dem Schreiben vom 22.07.2014 Nr. SG-Greffe (2014) D/10411 aufgefordert wurde, die besagte Richtlinie umzusetzen (die Umsetzungsfrist ist am 05.06.2014 abgelaufen.). Ende 2016 wurde Polen erneut aufgefordert, die ordnungsgemäße Umsetzung der Richtlinie zu vollziehen, Pressemitteilung Energy Efficiency: Commission requests ESTONIA and POLAND to fully transpose the EU Energy Efficiency Directive, <http://ec.europa.eu/energy/en/energy-efficiency-commission-requests-estonia-and-poland-fully-transpose-eu-energy-efficiency>, abgerufen am 01.06.2017.

Der aktuelle Stand der Umsetzung der Energieeffizienzziele bietet allerdings keinen Anlass zu beträchtlichem Optimismus. Nach dem EnEffG a.F. war für die Auswertung der polnischen Politik im Bereich der Energieeffizienz auf nationaler Ebene der Wirtschaftsminister zuständig, der alle zwei Jahre einen Rapport über die Realisierung der Landesziele der Energieeinsparung und die Vorgaben des Landesaktionsplans über die Energieeffizienz zu erstellen und dem Ministerrat vorzulegen hatte.¹²¹ Der letzte vor dem Stichtag des 1. Januar 2016 angefertigte Rapport stammt aus dem Jahr 2013.¹²² Der Rapport beurteilt die Durchsetzung der Landesziele der Energieeinsparung und die Vorgaben des Landesaktionsplans über die Energieeffizienz bei Woiwoden und Ministerien. Danach wurden die Energieeffizienzmaßnahmen grundsätzlich entweder nicht oder nicht ausreichend eingesetzt. Als Gründe dafür wurden insbesondere nicht ausreichendes Wissen in Bezug auf Fragenkomplexe rund um das Thema der Energieeffizienz, fehlende Finanzmittel sowie eine nicht ausreichende Anzahl an Fachpersonalkräften genannt.¹²³ In der Gesetzesbegründung zum EnEffG wird ausgeführt, dass die Republik Polen einen „wesentlichen Fortschritt“ in der Erreichung der Energieeffizienzziele erreicht habe,¹²⁴ konkrete Angaben fehlen allerdings.

Eine konsequente Steigerung der Energieeffizienz ist nicht nur mit Blick auf die drohenden negativen Konsequenzen anzustreben, die der Republik Polen seitens der EU-Institutionen im Falle der Verfehlung der Ziele drohen. Die polnische Wirtschaft bleibt weiterhin eine der energieintensivsten in der EU. Dies wirkt sich negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit der polnischen Wirtschaft aus und steigert die Abhängigkeit des Lands von dem Import von fossilen Energieträgern.¹²⁵ Die Verbesserung der Energieeffizienz bedeutet die Steigerung der Kosteneffizienz von Vorhaben, der Innovation der Wirtschaft sowie im Endeffekt der Lebensqualität der Bürger.

4. Erneuerbare Energien

Eines der wichtigsten Instrumente der Klimapolitik ist ferner die Förderung der Energieerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen. Der zentrale Rechtsakt ist aktuell die Erneuerbare-Energien-Richtlinie.¹²⁶ Sie sieht verbindliche nationale Gesamtziele der EU-

¹¹⁹ Gesetzesbegründung des EnEffG, S. 1 bis 3. Wegen des notwendigen Umfangs an Anpassungen hat sich der Gesetzgeber entschieden, nicht das EnEffG a.F. zu novellieren, sondern ein neues EnEffG zu verabschieden, Gesetzesbegründung, S. 1.

¹²⁰ Dass das EnEffG mit dem EU-Recht vereinbar sei, wird kurz auf der letzten Seite der Gesetzesbegründung zum EnEffG festgestellt, dort S. 29.

¹²¹ Art. 8 EnEffG.

¹²² *Wirtschaftsminister*, Rapport des Wirtschaftsministers von 2013 über insbesondere die Informationen zu der Realisierung des nationalen Ziels im Bereich des sparsamen Umgangs mit Energie sowie des Landesaktionsplans für Energieeffizienz für das Jahr 2011 samt der Einschätzung und Schlussfolgerungen aus ihrer Durchsetzung, Monitor Polski vom 02.08.2013, Pos. 673.

¹²³ Rapport des Wirtschaftsministers von 2013, siehe Fn. 122.

¹²⁴ Gesetzesbegründung zum EnEffG, S. 1.

¹²⁵ Veröffentlichung des ThinkThanks ClientEarth, Ustawa o efektywności energetycznej wymaga nowelizacji, <https://www.pl.clientearth.org/ustawa-o-efektywnosci-energetycznej-wymaga-nowelizacji/>, abgerufen am 01.06.2017.

¹²⁶ Richtlinie 2009/28/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23.04.2009 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen und zur Änderung und anschließenden Aufhebung der Richtlinien 2001/77/EG und 2003/30/EG (EE-RL, Erneuerbare-Energien-Richtlinie). Am 30.11.2016 hat die *Kommission* eine Mitteilung an das Europäische Parlament, den Rat, den Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank Saubere Energie für alle Europäer, COM(2016) 860 final, vorgestellt, die drei Ziele verfolgen soll: Vorrang der

Mitgliedstaaten vor. Für Polen ist ein Ziel von 15 % am gesamten Endenergieverbrauch festgelegt.¹²⁷ Um diese Ziele zu erreichen, können die Mitgliedstaaten auf die in der Richtlinie vorgesehenen Förderinstrumente zurückgreifen oder an sog. flexiblen Kooperationsmechanismen teilnehmen. Die rechtlichen nationalen Rahmenbedingungen für die Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien wie Fördermodelle und flexible Kooperationsmechanismen werden in weiteren Teilen der vorliegenden Arbeit ausgeführt.

5. Sektorenübergreifende Perspektive

Die Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien ist jeweils in einem breiteren Kontext zu betrachten. Im umweltpolitischen Diskurs dominiert infolge der energiewirtschaftlichen Entwicklung und der damit verbundenen Regulierungsanforderungen stetig ansteigend eine sektorenübergreifende Betrachtung.¹²⁸ Durch diese Entwicklungen werden immer mehr Aspekte mit Grünstrom, seiner Förderung (oder besser gesagt mit – ggf. (partiell) unterbleibendem – Erfolg seiner Förderung) tangiert. Zu nennen sind hier insbesondere die im Folgenden erwähnten Trends.

Zum einen ist in den letzten Jahren eine (verstärkte) Integration der grünen Stromerzeugung und Sektorenkopplung zu beobachten. Durch die Energiewende haben es erneuerbare Energien nicht nur in den Verkehrssektor oder in den Gebäudewärmesektor geschafft. Die Steigerung des Anteils der erneuerbaren Energien im Gesamtenergiemix wirkt sich auf weitere Sektoren aus, z.B. die Förderung der Bioenergie und ökologische Agrarwende.¹²⁹ Nach dem Konzept der Kreislaufwirtschaft wird den eingesetzten Stoffen ferner „ein weiteres Leben“ gegeben.¹³⁰ Die Stoffe sollen im Kreislauf gehalten und weiterverwendet werden (dürfen). Die Vielfalt der Ressourcen und ihrer Einsatzmöglichkeiten begründet eine erhebliche Herausforderung für eine optimale Ausgestaltung der Kreislaufmodelle. An den

Energieeffizienz, Erreichen einer globalen Führungsrolle bei den erneuerbaren Energien und ein faires Angebot für die Verbraucher (Saubere Energie für alle Europäer, S. 4). Damit sollen die Hindernisse in Form von Investitionsunsicherheit im Energiebereich, Regelungsdefizite bei staatlichen Förderprogrammen und ineffiziente Verwaltungsabläufe aus dem Weg geräumt werden, *Schulz, Thomas/Losch, Ruth*, Die geplante Neufassung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie, *EnWZ* 2017, S. 107 ff. Die Erneuerbare-Energien-Richtlinie soll überarbeitet werden, der Entwurf der Kommission liegt vor (Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (Neufassung) vom 23.02.2017, COM (2016) 767 final) (Entwurf-EE-RL). Hinsichtlich der Ausbauziele von erneuerbaren Energien soll nach dem Entwurf-EE-RL (Art. 3 Abs. 1) bis 2030 ein Ziel von mindestens 27 % des Bruttoendenergieverbrauchs der EU erreicht werden, die nationalen Ziele legen die Mitgliedstaaten selbst fest unter Einhaltung der Regeln aus der neuen EE-RL (Art. 3 Abs. 2 Entwurf-EE-RL). Bezüglich der Ausgestaltung der Fördermodelle gibt die Kommission vor, dass sie offen, transparent, wettbewerbsfördernd, nichtdiskriminierend und kosteneffizient gestaltet werden sollen, ansonsten verbleibt es bei der Entscheidungsfreiheit der Mitgliedstaaten (Art. 4 Abs. 3 Entwurf-EE-RL); die Beihilfavorschriften sind dabei einzuhalten (Art. 6 Abs. 1 Entwurf-EE-RL).

¹²⁷ Anhang I, Lit. A zu der EE-Richtlinie; siehe auch Begründung zum OZE-G, S. 1, wo Bezug auf die europarechtliche Zielsetzung aus der EE-Richtlinie genommen wird.

¹²⁸ *Schneidewind, Uwe*, Fünf Megatrends im Ressourcenschutz, *EnWZ* 2017, 145.

¹²⁹ Zum Fragenkomplex siehe umfassend *Hennig, Bettina*, Nachhaltige Landnutzung und Bioenergie, Ambivalenzen, Governance, Rechtsfragen, März 2017.

¹³⁰ Siehe z.B. *Ekardt, Felix/Holzzapfel, Nadine/Ulrich, Andrea E.*, Nachhaltigkeit im Bodenschutz – Landnutzung und Ressourcenschonung, Phosphor-Düngung und Bodenbiodiversität als Rechtsproblem, Umwelt- und Planungsrecht 2010, S. 260 ff.

Begriff der (Verschwendungs-)Vermeidung¹³¹ ist der Begriff der Suffizienz¹³² eng gekoppelt. Die erneuerbaren Energiequellen sind jedoch begrenzt.¹³³ Die Herausforderungen, die mit knappen Ressourcen zusammenhängen, werden nicht alleine durch technische Lösungen bewältigt werden können. Um die Wachstumseffekte, die auf die Effizienzgewinne zurückzuführen sind (Rebound), ausgleichen zu können, ist eine entsprechende Suffizienzpolitik einzuleiten.¹³⁴ Dies allerdings erfordert eine breit gefächerte Änderung des Lebensstils und kann durch die durch Grundrechte gekennzeichneten Grenzen eingeschränkt sein. Je mehr die ökologischen Fragenkomplexe miteinander verknüpft sind und je tiefer sie immer breitere Felder beeinflussen, desto mehr zeigt sich ein Bedarf nach Ausarbeitung neuer Governance-Muster. Die Interaktionen zwischen den Feldern werden zu komplex, um sich erfolgreich durch alte Ansätze leiten zu lassen. Die Komplexität der Abläufe und der wissenschaftliche Fortschritt lassen die Sparte Digitalisierung an Bedeutung gewinnen. E-Mobilität, Smart Home, Smart City erfordern den Einsatz von neuen, digitalen Techniken. Mit ihrer Hilfe kann die Integration von Strom aus erneuerbaren Energien besser (und intensiver) gelingen.

6. Zusammenfassung

Angetrieben durch die Vorgaben aus internationalen Verpflichtungen führt Polen einen Mix von klima- und energiepolitischen Instrumenten ein. Es wurden hierbei insbesondere Mechanismen für die Reduktion der Treibhausgasemissionen, Energieeffizienz sowie Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien eingeführt. Die Instrumente laufen grundsätzlich parallel zueinander und die Problematik der Sinnfälligkeit ihrer gleichzeitigen Einführung (Wechselwirkung) scheint zumindest nicht im Vordergrund zu stehen. Die Förderung (und Nutzung) von Strom aus erneuerbaren Energien ist nicht isoliert, sondern im Kontext der aktuellen Trends in der Ressourcenschonungspolitik zu betrachten.

III. Dokumente der Klimapolitik der Republik Polen im Bereich der erneuerbaren Energien

Das Bestehen und die Ausgestaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen für die Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien sind politisch bedingt und hängen sowohl von internationalen als auch von nationalen Entwicklungen und Vorgaben ab. Die Entscheidung über die Einführung, Ausgestaltung und Umsetzung der Fördermodelle für Strom aus erneuerbaren Energien ist demzufolge weitgehend politisch (mit-)gesteuert.

Die Vorgaben über die Ausgestaltung der Energiepolitik Polens resultieren aus den Bestimmungen des Gesetzes über die Energiewirtschaft.¹³⁵ Danach ist die polnische Energiepolitik

¹³¹ Zum Zusammenspiel von Effizienz und Suffizienz siehe z.B. v. Weizsäcker, Ernst Ulrich/Hargroves, Karlosn/Smith, Michael, Faktor Fünf: die Formel für nachhaltiges Wachstum, 2010.

¹³² Siehe z.B. Ekardt, Felix, Energie- und Klimawende, Hemmnisse, Suffizienz, Mengensteuerung und die Grundrechte, Einige Fragen von Nachhaltigkeit und erneuerbaren Energien, Februar 2012; derselbe, Suffizienz: Politikinstrumente, Grenzen von Technik und Wachstum und die schwierige Rolle des guten Lebens, Soziologie und Nachhaltigkeit 2015, Nr. 4.

¹³³ Ekardt, Felix/Neumann, Werner/Wieding, Jutta/Schmidt-Kanefendt, Hans-Heinrich, Grundlagen und Konzepte einer Energiewende 2050, BUND, S. 27.

¹³⁴ Schneidewind, Uwe, Fünf Megatrends im Ressourcenschutz, EnWZ 2017, 145.

¹³⁵ Gesetz über die Energiewirtschaft vom 15.04.1997, BGBl. 1997, Nr. 54, Pos. 348 mit späteren Änderungen, im Folgenden „EnR“.

entsprechend dem Prinzip der nachhaltigen Entwicklung des Lands für einen Zeitraum von mindestens 20 Jahren zu planen.¹³⁶ Sie soll u.a. die Aspekte betreffend den Ausbau von Erneuerbare-Energien-Anlagen und Energieerzeugungskapazitäten aus nationalen Energiequellen bestimmen.¹³⁷ Bei der Gestaltung der Energiepolitik berücksichtigt werden soll die in der polnischen Verfassung verankerte Pflicht der öffentlichen Gewalt, die Öko-Politik zu fördern, damit für jetzige und künftige Generationen eine ökologische Sicherheit gewährleistet werden kann.¹³⁸

Die Entwicklungsrichtung der polnischen Energiepolitik im Bereich der erneuerbaren Energien legt derzeit primär eine Reihe von zentralen, richtungsweisenden Strategiedokumenten fest, die durch bereichsspezifische Dokumente ergänzt und konkretisiert werden.

1. Allgemeine richtungsweisende Strategiedokumente

Die allgemeinen Strategiedokumente definieren die für mehrere Jahre oder Jahrzehnte angesetzten Programme und Strategien, welche die Richtung der gewünschten Entwicklungen vorgeben sowie oft allgemein formulierte Maßnahmen zu ihrer Umsetzung vorschlagen. Ein unmittelbarer und/oder mittelbarer Bezug zu den für die Erneuerbare-Energien-Branche relevanten Fragenkomplexen kann in einer Vielzahl polnischer politischer Strategiedokumente eingesehen werden. Den umfassendsten Einfluss auf die Gestaltung der Politik im Bereich der erneuerbaren Energien in Polen haben nach Ansicht der Autorin die Strategie der Landesentwicklung bis 2020, die Energiepolitik Polens bis 2030, die Strategie der nachhaltigen Entwicklung sowie Vorgaben für das nationale Programm der Entwicklung der emissionsarmen Wirtschaft.

1) Strategie der Landesentwicklung 2020

„Strategie der Landesentwicklung 2020“¹³⁹ ist das zentrale Dokument, in dessen Rahmen die Strategie der Entwicklung der Republik Polen bis zum Jahr 2020 festgelegt wird. Das Dokument befasst sich auch mit den energiebezogenen Fragenkomplexen. Im Strategiebereich „Wettbewerbsfähige Wirtschaft“¹⁴⁰ definiert das Ziel 6. „Energiesicherheit und Umwelt“ die Verbindung eines harmonischen Wirtschaftswachstums mit Anforderungen des Umweltschutzes als eine der wichtigsten Entwicklungs Herausforderungen für die kommenden Jahre.¹⁴¹ Danach sollen Maßnahmen für die Änderung der Struktur der Energiequellen und die Verbesserung der Energieeffizienz im Bereich der Energieerzeugung und Energienutzung ergriffen werden.

¹³⁶ Art. 15 EnR.

¹³⁷ Art. 14 EnR. Die Regelung, dass die Energiepolitik primär das Ziel verfolgen soll, die Energiesicherheit des Lands zu gewährleisten sowie die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und ihre Energieeffizienz zu steigern (§ 12 Abs. 1 EnR), wurde ersatzlos gestrichen.

¹³⁸ Art. 74 Abs. 1 der polnischen Verfassung.

¹³⁹ Verabschiedet vom Ministerrat mit dem Beschluss vom 25.09.2012 über die Strategie der Landesentwicklung 2020, Monitor Polski vom 22.11.2012, Pos. 882 (Strategie der Landesentwicklung).

¹⁴⁰ „Wettbewerbsfähige Wirtschaft“ ist neben „Funktionsfähiger und effektiver Staat“ und „Soziale und territoriale Kohäsion“ einer der drei Strategiebereiche der Landesentwicklungsstrategie und in 7 Ziele unterteilt: „Stärkung der makroökonomischen Stabilität“, „Steigerung der Effizienz der Wirtschaft“, „Steigerung der Innovation der Wirtschaft“, „Entwicklung des Humankapitals“, „Steigerung der Nutzung der digitalen Technologien“, „Energiesicherheit und Umwelt“, „Steigerung der Effizienz von Transport“.

¹⁴¹ Strategie der Landesentwicklung 2020, S. 117 ff.

Die „Strategie der Landesentwicklung 2020“ ist eng mit 9 Landesentwicklungsdokumenten verzahnt. Im Bereich der erneuerbaren Energien ist insbesondere die „Strategie Innovation und Effizienz der Wirtschaft“¹⁴² zu erwähnen. Nach ihren Vorgaben sollen Anreize zur Entwicklung der EE-Technologien, der Forschung auf dem Gebiet der Nutzung der grünen Energie oder der Umsetzung von grünen Initiativen wie „business & diversity“, welche die Nutzung der regionalen Potenziale für die Wirtschaft fördern, angestrebt werden.

Das Landesentwicklungsdokument „Strategie Energiesicherheit und Umwelt“¹⁴³ plädiert für den Einsatz der Potenziale der erneuerbaren Energien hinsichtlich der Gewährleistung der Energiesicherheit Polens. Damit die Erzeugung grüner Energie gesteigert werden kann, sollen die bestehenden Hindernisse ausgeräumt werden. Im Fokus stehen die Vereinfachung der Verwaltungsprozeduren, Ausbau und Modernisierung der Stromnetze, Vereinheitlichung der Auslegung der auf erneuerbare Energien anzuwendenden Rechtsvorschriften, eine Modifikation des Fördermodells für Strom aus erneuerbaren Energien sowie die Steigerung der Akzeptanz der grünen Energie unter den Bürgern.¹⁴⁴

2) Die Energiepolitik Polens bis 2030

Die Energiepolitik Polens bis 2030¹⁴⁵ (im Folgenden „PEP 2030“) ist ein strategisches Dokument, das aktuell¹⁴⁶ die Richtung der polnischen Politik im Bereich der Energie festlegt. Als Ziele der polnischen Energiepolitik bis 2030 definiert PEP 2030 die Verbesserung der Energieeffizienz, Steigerung der Sicherheit der Brennstoff- und Energieversorgung, Diversifikation der Stromerzeugung durch die Einführung der Atomkraft, Ausbau der erneuerbaren Energiequellen, Ausbau der wettbewerbsfähigen Brennstoff- und Energiemärkte sowie die Einschränkung der Umwelteinwirkung der Energiewirtschaft.¹⁴⁷

Als Ausbauziel für erneuerbare Energien soll gemäß PEP 2030 der Anteil von 15 % im Stromverbrauch bis 2020 erreicht und anschließend in den Folgejahren gesteigert werden. Zudem soll bis 2020 ein Anteil von 10 % an Biokraftstoffen im Transportsektor erreicht werden. Als Ziele werden gleichfalls der Schutz der Wälder vor einer übermäßigen Nutzung

¹⁴² Ministerrat, Strategie Innovation und Effizienz der Wirtschaft, Anhang zum Beschluss des Ministerrates Nr. 7 vom 15.01.2013, Monitor Polski 2013 Pos. 73, http://www.me.gov.pl/files/upload/20046/SIEG_PL_wersja%20ksiazkowa.pdf, abgerufen am 20.04.17.

¹⁴³ Ministerrat, Strategie Energiesicherheit und Umwelt, verabschiedet am 15.04.2014, http://www.kigeit.org.pl/FTP/PRCIP/Literatura/008_3_Strategia_Bezpieczenstwo_Energetyczne_i_Srodowisko_2020.pdf, abgerufen am 20.04.17.

¹⁴⁴ Strategie Energiesicherheit und Umwelt, S. 51 f. Für die Stromerzeugung aus Biomasse soll eine zentrale Stelle eingerichtet werden.

¹⁴⁵ Polityka energetyczna Polski do 2030 roku des Ministerrates vom 20.11.2009, Anhang zum Beschluss des Ministerrates Nr. 202/2009, der die Energiepolitik Polens bis 2025 (Polityka Energetyczna do 2025 roku), Anhang zu der Bekanntmachung des Ministers für Wirtschaft und Arbeit vom 01.07.2005, Pos. 562, ersetzt hat und beschlossen durch den Beschluss des Sejm am 22.05.2009, Monitor Polski 2009, Nr. 34, Pos. 501. <http://www.me.gov.pl/Energetyka/Polityka+energetyczna>, abgerufen am 20.04.2017.

¹⁴⁶ Die Arbeiten für die Erstellung eines Entwurfs der „Energiepolitik Polens bis 2050“ haben begonnen. Laut der Meldung auf der Website des Energieministeriums (<http://www.me.gov.pl/Energetyka/Polityka+energetyczna>, abgerufen am 20.04.2017) ist das Hauptziel der Energiepolitik bis 2050 die Schaffung der Bedingungen für eine konstante und nachhaltige Entwicklung der polnischen Wirtschaft, Schaffung der Energiesicherheit sowie die Deckung des Energiebedarfs der Industrie und der Haushalte. Der Entwurf des Dokuments wurde im Herbst 2015 zur öffentlichen Konsultation weitergeleitet.

¹⁴⁷ PEP 2030, S. 4.

für Holzgewinnung, die Nutzung der bestehenden Pumpenkraftwerke für die Energieerzeugung und Steigerung der Diversifizierung der Lieferquellen sowie die Schaffung optimaler Entwicklungsbedingungen genannt.¹⁴⁸ Die Ziele sollen u.a. durch die Aufrechterhaltung der Fördermodelle für die Erzeuger der Energie aus erneuerbaren Energiequellen¹⁴⁹ und weitere spezielle Maßnahmen¹⁵⁰ erreicht werden.

Die Realisierung der genannten Ziele soll mehrere positive Auswirkungen bedingen, von denen insbesondere die Erreichung eines höheren Grads an Unabhängigkeit von Energielieferungen aus dem Ausland, Diversifizierung der Versorgungsquellen durch den Ausbau dezentraler Energieversorgung aus regional verfügbaren Ressourcen mit niedrigem oder auf null reduziertem Ausstoß umweltverschmutzender Emissionen sowie Entwicklung der wirtschaftlich schwächeren, aber an EE-Ressourcen reichen Regionen zu nennen sind.¹⁵¹

3) Strategie der nachhaltigen Entwicklung Polens bis 2025

„Strategie der nachhaltigen Entwicklung Polens bis 2025“ ist ein Strategiedokument der polnischen Regierung,¹⁵² das der Ausgestaltung eines Umfelds für die wirtschaftliche Entwicklung des Lands dienen soll, das die Umwelt in möglichst geringem Maße gefährdet.¹⁵³ Danach soll der Ausbau der erneuerbaren Energien in ökonomischen¹⁵⁴ und

¹⁴⁸ PEP 2030, S. 19.

¹⁴⁹ PEP 2030, S. 19. PEP 2030 nennt hier als Beispiel das Zertifikatmodell, trifft aber keine weiteren Festlegungen. Nicht erwähnt wird eine technologiespezifische Ausgestaltung des Fördermodells. Die Fördermaßnahmen sollen entsprechend den 4 Bereichen (elektrische Energie, Wärme, Kälte und erneuerbare Energien im Transport) diversifiziert werden.

¹⁵⁰ PEP 2030 erwähnt an dieser Stelle u.a. die Beibehaltung der Befreiung der Stromerzeugung von der Akzisesteuer, Schaffung der Bedingungen für die Erleichterung von Offshore-Investitionen, unmittelbare Förderung der Errichtung der EE-Anlagen und des Ausbaus der Netze, was den Netzanschluss der Anlagen erleichtern wird, Förderung der Entwicklung der Technologien und des Anlagenbaus für den Einsatz von bioabbaubaren Stoffen. Der im PEP 2030 angekündigte Plan der Errichtung mindestens einer Biogasanlage in jeder Gemeinde wurde nicht konkretisiert und bisher nicht realisiert.

¹⁵¹ PEP 2030, S. 18.

¹⁵² Beschluss des Ministerrates, erlassen aufgrund der Resolution des Sejms vom 02.03.1999, Monitor Polski Nr. 8 vom 11.03.1999 Pos. 96. Die Resolution ist aus dem Bedarf nach der Entwicklung einer neuen Umweltpolitik und ihrer Kopplung an das wirtschaftliche und das soziale Wirtschaftswachstum entstanden; der Bedarf hatte seine Wurzel in der Entstehung von neuen Gefahren für die Umwelt, internationalen Verpflichtungen und Vorbereitung des EU-Beitritts. In der Resolution wird der verfassungsrechtliche Begriff der Nachhaltigkeit (Art. 5 der polnischen Verfassung) definiert. Danach wird die Befriedigung von laufenden und künftigen Bedürfnissen der Gesellschaft als gleichberechtigt behandelt. Nach dem Wortlaut der Resolution soll die zu verfassende Strategie der nachhaltigen Entwicklung Polens bis 2025 die Bemühungen um den Erhalt des Natur- und Kulturerbes mit dem Zivilisations- und Wirtschaftsfortschritt unter Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen harmonisch in Einklang bringen. In der Strategie selbst wird hinsichtlich der Definition der Nachhaltigkeit Bezug auf die verkürzte Definition nach dem sog. Brundtland-Bericht genommen, wonach die Nachhaltigkeit als eine Entwicklung bezeichnet wird, die den Bedürfnissen der jetzigen Generation dient, ohne die Möglichkeiten der Befriedigung der Bedürfnisse künftiger Generationen zu gefährden (Nr. 1.2.1. der genannten Strategie). Mehr zu dem Thema siehe: *Ekardt, Felix*, Theorie der Nachhaltigkeit: Rechtliche, ethische und politische Zugänge – am Beispiel von Klimawandel, Ressourcenknappheit und Welthandel, 2., vollständig überarbeitete und aktualisierte Auflage 2016. Zu Nachhaltigkeit siehe auch Fn. 341 und 1146.

¹⁵³ Pkt. 1.1. der Strategie der nachhaltigen Entwicklung Polens bis 2025.

¹⁵⁴ Z.B. Wissenschaftsförderung durch den Staat, um die Effizienz der Energienutzung zu steigern und die Herstellungsprozesse auf Energie aus erneuerbaren Energien zu stützen, Ziff. 3.2. der Strategie.

ökologischen¹⁵⁵ sowie – mittelbar – sozialen¹⁵⁶ Dimensionen verwirklicht werden. Die allgemeinen Bestimmungen der Strategie sollen bei der Entwicklung von sektoralen (Strategie-)Dokumenten berücksichtigt werden.¹⁵⁷

4) Die Vorgaben für das nationale Programm der Entwicklung der emissionsarmen Wirtschaft

„Die Vorgaben für das nationale Programm der Entwicklung einer emissionsarmen Wirtschaft“¹⁵⁸ ist ein weiteres richtungsweisendes Strategiedokument für die Vorbereitung eines entsprechenden, detaillierten Programms. Die Vorgaben richten sich an jegliche Wirtschaftszweige und zielen darauf ab, eine moderne, energieeffiziente, innovative sowie global konkurrenzfähige Wirtschaft aufzubauen. Das Programm soll zu einer Reduktion der Treibhausgasemissionen führen und die Herbeiführung des sich daraus ergebenden sozialen, ökonomischen und ökologischen Nutzens gewährleisten.

2. Bereichsspezifische Strategiedokumente

Die durch die allgemeinen Strategiedokumente vorgegebene Richtung der Entwicklung des Lands wird durch bereichsspezifische Dokumente konkretisiert und/oder ergänzt. Die Strategien werden in diesen detaillierter und die Lösungsansätze konkreter beschrieben. Für die Förderung von elektrischer Energie aus erneuerbaren Energien von Bedeutung sind die bereichsspezifischen Strategiedokumente insbesondere auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und Reduktion der Treibhausgasemissionen.

1) Strom aus erneuerbaren Energien

Mit der Festlegung der Ausbauziele, der Analyse der aktuellen Situation im Bereich der erneuerbaren Energien sowie der Formulierung der Lösungsansätze für die Behebung der identifizierten Problemstellen als Hauptthemen beschäftigen sich im Bereich der erneuerbaren Energien insbesondere drei Strategiedokumente: „Strategie der Entwicklung der erneuerbaren Energien“, „Landesaktionsplan im Bereich der erneuerbaren Energien“ und der „Rapport über die Ausbauziele für Strom aus erneuerbaren Energien“.

¹⁵⁵ Die Garantie der Wirtschaftlichkeit der Nutzung der erneuerbaren Energiequellen und die Wiederverwertung der Stoffe sollen durch eine hierauf ausgerichtete Finanz- und Steuerpolitik wettbewerbsfähig gemacht werden, Ziff. 3.3. der Strategie der nachhaltigen Entwicklung Polens bis 2025.

¹⁵⁶ In die Vorgaben aus Ziff. 3.1. der Strategie, in welchen es um die Garantie des Zugangs zur Beschäftigung, insbesondere durch die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen geht, kann die Förderung insbesondere von Anlagen für dezentrale Energieversorgung hineingelesen werden.

¹⁵⁷ Ziff. 1.1. der Strategie der nachhaltigen Entwicklung Polens bis 2025.

¹⁵⁸ „Die Vorgaben für das nationale Programm der Entwicklung einer emissionsarmen Wirtschaft“ vom August 2011, beschlossen durch den Ministerrat am 16.08.2011. Der Entwurf des Wirtschaftsministeriums bezüglich des „Nationalen Programms der Entwicklung einer emissionsarmen Wirtschaft“ liegt vor. Danach strebt die polnische Regierung eine emissionsarme Energieerzeugung, Verbesserung der Effizienz des Umgangs mit Rohstoffen und Materialien, darunter Abfällen, sowie die Förderung der nachhaltigen Konsumtionsmuster an. Der Entwurf des „nationalen Programms der Entwicklung einer emissionsarmen Wirtschaft“ (Version 4 vom 04.08.2015) erwähnt im Bereich der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien u.a. die Entwicklung der Nutzung der erneuerbaren Energien, darunter Biomasse- und PV-Technologien im Prosumentensektor (S. 59 ff.) und die Modernisierung des Stromnetzes für eine möglichst maximale Nutzung des EE-Potenzials (S. 56), http://konsultacje.gov.pl/sites/default/files/project-files/Narodowy%20Program%20Rozwoju%20Gospodarki%20Niskoemisyjnej_1.pdf, abgerufen am 17.06.2017.

a. Strategie der Entwicklung der erneuerbaren Energien

Die „Strategie der Entwicklung der erneuerbaren Energien“¹⁵⁹ ist durch das polnische Parlament über drei Jahre vor dem EU-Beitritt Polens (2004) verabschiedet worden und bildet die Grundlage für die Entwicklungsmaßnahmen im Bereich der erneuerbaren Energien. Das genannte Dokument setzt die Steigerung des Anteils der erneuerbaren Energien bei 7,7 % im Jahr 2010 an bis 14 % im Jahr 2020. Um dies zu erreichen, müsse Polen die auf dem Weg zum Ziel stehenden Hindernisse beseitigen. Nach den Angaben in der „Strategie“ begründet eine der Herausforderungen insbesondere die Steigerung der Wirtschaftlichkeit der EE-Projekte. Dass die Realisierung der EE-Projekte bislang grundsätzlich nicht wirtschaftlich ist, sei auf die Barrieren beim Zugang zu den entsprechenden Technologien,¹⁶⁰ auf Informationsmängel¹⁶¹ und auf Mängel in der Fachausbildung¹⁶² zurückzuführen. Als problematisch bezeichnet die „Strategie der Entwicklung der erneuerbaren Energien“ auch unzureichende gesetzliche Regelungen, die kein eindeutiges Programm für den Einsatz von erneuerbaren Energien festlegen.¹⁶³ In der „Strategie der Entwicklung der erneuerbaren Energien“ wird propagiert, die rechtlichen, ökonomischen, technischen und andere Maßnahmen zu ergreifen, damit die Ausbauziele im Bereich von erneuerbaren Energien erreicht werden können.

b. Landesaktionsplan im Bereich der erneuerbaren Energien

Zur Verfassung eines Landesaktionsplans im Bereich der erneuerbaren Energien ist die Republik Polen gemäß Art. 4 Abs. 1 der Richtlinie 2009/28/EG verpflichtet. Der polnische Landesaktionsplan im Bereich der erneuerbaren Energien¹⁶⁴ strebt die Erfüllung der Ausbauziele, zu denen Polen international verpflichtet ist – insbesondere aus den Klimaschutzpakten und der Richtlinie 2009/28/EG – an. Zu diesem Zweck sollen neue, technologiespezifische Regeln der Förderung der erneuerbaren Energien ausgearbeitet werden, wonach die Höhe der Förderung nach Größe und Inbetriebnahme- oder Modernisierungsdatum der Anlagen variiert. Die Förderung für die dezentrale Energieversorgung sowie die Gewährleistung des Bestandsschutzes sollen berücksichtigt werden.¹⁶⁵ In dem Dokument wird das Inkrafttreten eines Gesetzes über die Förderung der erneuerbaren

¹⁵⁹ Beschlossen im September 2000 durch den Umweltminister aufgrund der Verpflichtung aus der Resolution des polnischen Unterhauses vom 08.07.1999 über die Steigerung der Nutzung der erneuerbaren Energien, Monitor Polski 1999, Nr. 25, Pos. 365.

¹⁶⁰ In Polen gebe es zu wenige Wirtschaftseinheiten, welche die EE-Technologien in großer Masse produzieren. Für einen ausreichenden Import aus dem Ausland fehle es an notwendigen Steuerbegünstigungen.

¹⁶¹ Der Zugang zu Informationen über mögliche günstige Standorte für die einzelnen EE-Technologien ist unzureichend. Es fehlen überdies Informationen über die Hersteller, Zulieferer, Berater sowie über die Projektentwicklung im Bereich der erneuerbaren Energien.

¹⁶² Es fehlen nicht nur die entsprechenden Ausbildungsprogramme im Rahmen der schulischen Ausbildung. Auch der Kenntnisstand der Ingenieure, Projektentwickler, Architekten sowie der Vertreter aus der Energieindustrie, der Banken als auch der Entscheidungsträger bezüglich der Fragenkomplexe rund um erneuerbare Energien ist unzureichend.

¹⁶³ Es ist anzumerken, dass das Strategiedokument entstanden ist, bevor die Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien über das Quotenmodell mit Zertifikate-Handel eingeführt wurde, siehe Seite 40 ff.

¹⁶⁴ Wirtschaftsminister, Krajowy Plan Działania w zakresie energii ze źródeł odnawialnych, beschlossen durch den Ministerrat am 07.12.2010, http://www.me.gov.pl/files/upload/12326/KPD_RM.pdf, abgerufen am 24.04.2017.

¹⁶⁵ Landesaktionsplan im Bereich der erneuerbaren Energien, S. 30 ff.

Energien angekündigt, mit dem die bisherigen gesetzlichen Regelungen im Bereich der Förderung von erneuerbaren Energien vereinfacht werden sollen. Dies trage zu einer Steigerung des Investitionsvolumens im grünen Sektor bei. Bezüglich der Ausgestaltung des Fördermodells für Strom aus erneuerbaren Energien spricht sich der Aktionsplan für seine grundsätzliche Beibehaltung (damals Quotenmodell mit Zertifikate-Handel) aus, allerdings mit notwendigen Änderungen.¹⁶⁶ Dagegen lässt die Aktualisierung des Landesaktionsplans¹⁶⁷ die Frage der Ausgestaltung des künftigen Fördermodells durch das künftige Gesetz über die Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien unbeantwortet.

Welche Maßnahmen im Bereich der erneuerbaren Energien umgesetzt werden sollen, konkretisiert Anhang 3 zu dem Landesaktionsplan.¹⁶⁸ Insbesondere soll auf den Bestand eines Fördermechanismus für Strom aus erneuerbaren Energien nicht verzichtet werden. Ferner sollen gezielt Maßnahmen für Biomasse und Offshorewind eingeleitet werden; bis 2020 soll in jeder Gemeinde mindestens eine Biogasanlage errichtet und es sollen die Voraussetzungen für eine verbesserte Entscheidungsfindung für den Bau von Offshore-Anlagen geschaffen werden. In den Fokus sollen auch eine direkte Förderung für die Erstellung von Netzanschlüssen sowie eine entsprechende Stimulierung der polnischen Industrie für die Herstellung von EE-Technologien rücken.¹⁶⁹

c. Rapport über die Ausbauziele für Strom aus erneuerbaren Energien für 2010-2019

Der Rapport über die Ziele für den Ausbau der erneuerbaren Energien auf dem Gebiet der Republik Polen im Landesverbrauch für die Jahre 2010 bis 2019¹⁷⁰ legte kraft der Ermächtigung im EnR¹⁷¹ und in Übereinstimmung mit internationalen Verpflichtungen Polens die Ausbauziele für den Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch des Lands fest. Dabei richtet er sich insbesondere an den Vorgaben der Erneuerbare-Energien-Richtlinie aus. Nach dem Rapport über die Ausbauziele soll der EE-Anteil in Bruttostromverbrauch von 7,53 % im Jahr 2010 auf 16,78 % im Jahr 2019 steigen.¹⁷²

Zu den Maßnahmen, welche die Erreichung der Ausbauziele ermöglichen sollen, zählen u.a. die Beibehaltung der Mechanismen für die Förderung der Grünstromerzeugung – beispielsweise durch das Quotenmodell mit Zertifikate-Handel – und die Befreiung der grünen Stromerzeugung von der Akzisesteuer. Des Weiteren werden z.B. die Schaffung von Bedingungen zur Erleichterung der Entscheidungsfindung über die Projektentwicklung im Bereich der

¹⁶⁶ Beispielsweise betreffend die Mindestdauer der Förderung für die jeweilige Anlage.

¹⁶⁷ Die Ergänzung zum Aktionsplan im Bereich der erneuerbaren Energien vom 02.12.2011. Seitdem wurde der Landesaktionsplan nicht aktualisiert (Stand 24.04.2017), http://www.me.gov.pl/files/upload/12326/uzupe%C5%82nienie%20KPD_www.pdf, abgerufen am 24.04.2017.

¹⁶⁸ Programm der Ausführungsmaßnahmen für 2009-2012 vom 10.11.2009.

¹⁶⁹ Maßnahmen Nr. 4.2., 4.5., 4.6., 4.7., 4.8.

¹⁷⁰ Anhang zu der Bekanntmachung des Wirtschaftsministers vom 24.05.2011, Monitor Polski 2011, Nr. 43, Pos. 468, beschlossen durch den Ministerrat am 12.04.2011, Rapport über die Ausbauziele.

¹⁷¹ Art. 9 f. EnR. Die Ermächtigungsgrundlage des Art. 9 f. EnR wurde durch den Art. 1 Pkt. 14 des Gesetzes vom 26.07.2013 über die Änderung des Energiegesetzes und bestimmter anderer Gesetze, BGBl. 2013, Nr. 0, Pos. 984, das am 11.09.2013 in Kraft getreten ist, aufgehoben. Die Beantwortung der Frage, ob der Wegfall einer Ermächtigungsgrundlage auch zum Wegfall der auf ihr beruhenden Dokumente führt, sprengt den Rahmen dieser Arbeit.

¹⁷² Rapport über die Ausbauziele, S. 2. Die Zwischenziele sind wie folgt: 2011: 8,85 %, 2012: 10,19 %, 2013: 11,13 %, 2014: 12,19 %, 2015: 13 %, 2016: 13,85 %, 2017: 14,58 %, 2018: 15,64 %, 2019: 16,78 %.

erneuerbaren Energien, die direkte Förderung im Bereich des Netzanschlusses sowie die Stimulierung der polnischen Industrie für die Herstellung der EE-Technologien angestrebt.¹⁷³

2) Energieeffizienz

Im Bereich der Energieeffizienz gilt die Aufmerksamkeit insbesondere dem Landesaktionsplan für Energieeffizienz 2014 vom 20. Oktober 2014.¹⁷⁴ Der Plan ist einerseits in Ausführung der aus dem Energieeffizienzgesetz¹⁷⁵ erwachsenden Verpflichtung des Wirtschaftsministers zur Vorlage eines Landesaktionsplans für Energieeffizienz alle drei Jahre, zum ersten Mal bis 31. Dezember 2016 entstanden. Andererseits wurde er erstellt, damit Polen seine Verpflichtung aus der Energieeffizienz-RL zur Übermittlung des Nationalen Energieeffizienz-Aktionsplans der Europäischen Kommission erfüllen kann.¹⁷⁶

Zu diesem Zweck sollen in Polen mehrere Maßnahmen eingeleitet werden.¹⁷⁷ Diese umfassen insbesondere horizontale Maßnahmen (z.B. weiße Zertifikate,¹⁷⁸ Informationskampagnen), Maßnahmen im Bereich der Effizienz bei Gebäuden und öffentlichen Institutionen (z.B. Präferenzkredite für Sanierungsmaßnahmen, Energiemanagementsysteme in öffentlichen Gebäuden), Maßnahmen für die Steigerung der Energieeffizienz im Industriebereich und kleinen und mittleren Unternehmen (z.B. diverse Operationsprogramme), Maßnahmen im Bereich Transport sowie Maßnahmen im Bereich Energieeffizienz bei der Energieerzeugung und -lieferung.

3) Reduktion der Treibhausgasemissionen

Im Bereich der Reduktion der Treibhausgasemissionen hat die polnische Regierung zwei Hauptdokumente erstellt, welche die Wege zu einer emissionsärmeren Wirtschaft ebnen sollen. Eine positive Auswirkung auf die Erreichung der Reduktionsziele haben auch die Maßnahmen, die sich aus anderen Strategiedokumenten ergeben.¹⁷⁹

¹⁷³ Rapport über die Ausbauziele, S. 18.

¹⁷⁴ Wirtschaftsministerium, Krajowy Plan Działań dotyczący efektywności energetycznej Polski 2014 vom 20.10.2014 http://www.me.gov.pl/files/upload/14830/KPDzEE%202014%20wer.1.9_OSTATECZNA.pdf, abgerufen am 14.04.2017.

¹⁷⁵ Art. 6 des EnEffG a.F. (vom 26.05.2000). Danach war der Plan bis zum 15. Mai des jeweiligen Jahres zu erstellen. Der erste Aktionsplan wurde im Jahr 2007 und der zweite im Jahr 2011 erstellt. Nach dem aktuellen EnEffG (vom 20.05.2016) hat der Energieminister den entsprechenden Aktionsplan alle 3 Jahre zu erstellen, § 4 Abs. 1. Der neue Aktionsplan soll der Europäischen Kommission bis zum 30.04.2017 vorgelegt werden, § 49 Abs. 1 EnergieeffizienzG vom 20.05.16; laut den Angaben auf der Internetpräsenz des Energieministeriums war die Erstellung des Plans bis zum 31.01.2017 beabsichtigt, <http://www.me.gov.pl/Energetyka/Efektywnosc+energetyczna/KPDEE>, abgerufen am 31.05.2017.

¹⁷⁶ Art. 24 Abs. 2 der RL Nr. 2012/27/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25.10.2012 zur Energieeffizienz, zur Änderung der Richtlinien 2009/125/EG und 2010/30/EU und zur Aufhebung der Richtlinien 2004/8/EG und 2006/32/EG, L 315/1. Die Erstellung des Plans kommt allerdings etwas verspätet – die Aktionspläne hatten die Mitgliedstaaten bis zum 30.04.2014 zu übermitteln.

¹⁷⁷ Landesaktionsplan für Energieeffizienz 2014, S. 19 ff.

¹⁷⁸ Siehe Seite 24 ff.

¹⁷⁹ Neben den in der Arbeit beschriebenen Dokumenten der Klimapolitik zu erwähnen ist beispielsweise das Vorhaben der polnischen Regierung, ein Dokument mit dem Titel „Nationaler Rahmen der Entwicklungspolitik der Alternativkraftstoffe“ zu erstellen. Das Strategiedokument soll u.a. die nationalen allgemeinen und speziellen Ziele für den Einsatz der elektrischen Energie im Transportbereich festlegen sowie die Wege zu ihrer Realisierung bestimmen; Information auf der Website des Bulletins der Kanzlei des Premierministers, <http://bip.kprm.gov.pl/kpr/form/r2094,Krajowe-ramy-polityki-rozwoju-infrastruktury->

a. Die Strategie der Reduktion der Treibhausgasemissionen in Polen bis 2020

Mit dem Dokument des Umweltministeriums aus dem Jahr 2003¹⁸⁰ ist aus der durch das Kyoto-Protokoll begründeten Verpflichtung die Pflicht der Republik Polen erwachsen, eine Strategie für die Erstellung und Durchsetzung der Landesstrategie zur Reduktion der Treibhausgasemissionen festzulegen.¹⁸¹ Dort werden die Ziele der polnischen Strategiepoltik für die Minderung des Ausstoßes an Treibhausgasen bestimmt. Danach soll sich die Republik Polen den Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft für den globalen Klimaschutz durch die Einführung von Regeln bezüglich einer nachhaltigen Entwicklung anschließen, sodass ein maximaler und langfristiger Nutzen im Bereich der Wirtschaft, Gesellschaft und Politik gewährleistet werden kann. Das Ziel soll durch den Einsatz von Instrumenten – insbesondere der Rationalisierung der Ressourcen- und Industrie- produktenutzung, Verbesserung des Energieverbrauchs, Stärkung der Wald- und Bodenressourcen sowie Rationalisierung der Abfallwirtschaft – erreicht werden.¹⁸² Der Weg dorthin führt über den Einsatz von kurz-, mittel- und langfristig angelegten Maßnahmen wie der Reduktion der Energieintensität der polnischen Wirtschaft im Jahre 2025 um 50 % im Vergleich zu 2000, der Steigerung der Nutzung der erneuerbaren Energien, der Steigerung der Energieeffizienz sowie der Reduktion der Treibhausgas-Emissionen in dem durch das Kyoto-Protokoll vereinbarten Umfang sowie die Umsetzung der internationalen Verpflichtungen.¹⁸³ Zur Minderung des Treibhausgas-Ausstoßes sollen regulatorische¹⁸⁴ und ökonomische¹⁸⁵ Marktfinanzinstrumente, Marktförderinstrumente¹⁸⁶ und weitere Unterstützungsmechanismen¹⁸⁷ eingesetzt werden.

b. Landesprogramm der Reduktion der Treibhausgasemissionen

Ein weiteres Dokument im Bereich der polnischen Strategie zur Minderung der Treibhausgasemissionen ist das „Landesprogramm der Reduktion der Treibhausgasemissionen“.¹⁸⁸ Der

paliw-alternatywnych.

html, abgerufen am 24.04.17. Die Erstellung des entsprechenden Entwurfs war bereits für das III. Quartal 2016 geplant.

¹⁸⁰ Polityka klimatyczna Polski. Strategie redukcji emisji gazow cieplarnianych. Beschluss des Ministerrates vom 04.11.2003 (THG-Strategie).

¹⁸¹ THG-Strategie, S. 4.

¹⁸² TGH-Strategie, S. 13.

¹⁸³ Im Rahmen von diesen Maßnahmen erwähnte rechtliche, organisatorische, bildungspolitische, gemischte, freiwillige und finanzielle Instrumente sind sektorspezifisch definiert und erstrecken sich auf Bereiche wie Energiewirtschaft, Industrie, Transport, Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Abfall- und Abwasserwirtschaft.

¹⁸⁴ Z.B. Emissionszuweisungen, integrierte Genehmigungen, technische Standards.

¹⁸⁵ Z.B. Gebühren für CO₂-Ausstoß und Strafmaßnahmen für Überschreitungen, Besteuerung und Steuerbegünstigungen, Technologietransfer, Vorzugskredite, Subventionen.

¹⁸⁶ Z.B. Emissionshandel, Kyoto-Mechanismen (JI, CDM), grüne Zertifikate, freiwillige Verpflichtungen, Marktinformationsmaßnahmen.

¹⁸⁷ Z.B. Forschungs- und Entwicklungsprogramme, Beratung, strategische Planung, Infrastrukturmanagement, Bildungsprogramme, Informationen in Medien.

¹⁸⁸ Wirtschaftsministerium, Entwurf des Landesprogramms zur Reduktion der Treibhausgasemissionen vom 04.08.2015, http://www.me.gov.pl/files/upload/10460/NPRGN_konsultacje%20i%20uzgodnienia%20zewn%C4%99trzne.pdf, abgerufen am 24.04.2017. Der Entwurf wurde am 04.08.2015 zur ressortinternen und öffentlichen Konsultation weitergeleitet. Zum Stichtag wurde der Abschluss des Abstimmungsverfahrens öffentlich nicht mitgeteilt.

Entwurf des Landesprogramms beruht auf dem Streben nach der Entwicklung einer modernen, ressourcenschonenden und energieeffizienten Wirtschaft in Polen, die innovativ und auf den europäischen sowie globalen Märkten wettbewerbsfähig ist.¹⁸⁹ Das Ziel des Programms besteht darin, den Anreiz zu Mechanismen zur Transformation der polnischen Wirtschaft in Richtung einer emissionsarmen Entwicklung zu geben, ohne die Prinzipien der Nachhaltigkeit zu verletzen.¹⁹⁰

3. Zusammenfassung

Die Strategie der Entwicklung der polnischen Energiepolitik ist in mehreren Dokumenten festgelegt. Die allgemeinen, richtungsweisenden Dokumente werden durch bereichsspezifische Dokumente konkretisiert und ergänzt. Die Vorgaben der polnischen Energiepolitik im Bereich der erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und Reduktion der Treibhausgasemissionen sind von den Maßgaben der europäischen und internationalen Dokumente in diesen Bereichen geprägt. Die zahlreichen nationalen Dokumente, die nach dem EU-Beitritt Polens entstanden sind, existieren parallel zu jenen aus der Zeit vor dem EU-Beitritt. Die Strategiedokumente überlappen sich thematisch, sodass die vorgegebene Steuerung denselben Fragenkomplexen unterschiedlicher Ziele dienen soll. So intendiert z.B. die polnische Energiepolitik, ein harmonisches und nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu erreichen. Dabei soll gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft gewährleistet werden. Das Wirtschaftswachstum soll möglichst umweltschonend realisiert werden. Gleichzeitig setzt Polen bei dem Ziel der Differenzierung der Energieerzeugung u.a. auf die Nutzung von Atomkraft. Parallel wird die Förderung der polnischen Wirtschaft im Bereich der technologischen Innovation und die Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit angestrebt.

Die weiteren Themen, denen in den Strategiedokumenten der polnischen Energiepolitik eine nicht unwesentliche Aufmerksamkeit gewidmet wird, sind die Sicherheit der Brennstoff- und Energieversorgung sowie die Herbeiführung der Unabhängigkeit von Energielieferungen aus dem Ausland. Dem soll u.a. nicht nur die Errichtung von Atomkraftwerken, sondern auch der Ausbau der erneuerbaren Energien dienen. Für die Ausbauziele im Bereich der erneuerbaren Energien setzt Polen allerdings ein eher bescheidenes Niveau an. Bis 2020 sollen in Polen 15 % der gesamten Energieerzeugung auf regenerative Stromerzeugung entfallen. Die Strategiedokumente lassen den ausführenden Entscheidungsträgern einen erheblichen Spielraum, wie dieses und andere voranstehend erwähnte Ziele erreicht werden sollen. In den Strategiedokumenten oft angesprochen wird die Stärkung der Nutzung der regionalen erneuerbaren Potenziale, um die Entwicklung der wirtschaftlich möglicherweise schwächeren Regionen anzukurbeln und auf die lokalen Bedürfnisse im Bereich der Energieversorgung einzugehen. Die Möglichkeiten einer dezentralen Energieversorgung werden infolgedessen zumindest partiell erkannt. Die Strategiedokumente erwähnen ebenfalls eine gezielte Förderung von Biogasanlagen und Offshore-Windkraftanlagen, was bisher leider keine

¹⁸⁹ Wirtschaftsministerium, Mitteilung vom 11.09.2015, <http://www.mg.gov.pl/Bezpieczenstwo+gospodarcze/Gospodarka+niskoemisyjna/Narodowy+Program+Rozwoju+Gospodarki+Niskoemisyjnej>, abgerufen am 24.04.17.

¹⁹⁰ Entwurf der Leitung des Wirtschaftsministeriums des Landesprogramms zur Reduktion der Treibhausgasemissionen vom 04.08.2015, S. 50.

großen Erfolge gezeitigt hat.¹⁹¹ Im Bereich der Photovoltaik scheinen die Strategiedokumente das verborgene Potenzial zu unterschätzen.

Ferner benennen die Strategiedokumente die Herausforderungen, die auf dem Weg zu der Erreichung der festgesetzten Ziele im Bereich der erneuerbaren Energien zu bewältigen sind. Die angesprochenen Probleme betreffen die Hürden bei der Erlangung eines Netzanschlusses, die Gewährleistung der Wirtschaftlichkeit der EE-Projekte, die Komplexität der gesetzlichen Regelungen, nicht ausreichende wirtschaftliche Förderung der grünen Stromerzeugung, steuerliche Überbelastung der Grünstromerzeuger sowie den ausbaufähigen Wissensstand in Bezug auf die technischen Aspekte der regenerativen Stromerzeugung.

Die einschlägigen Strategiedokumente im Bereich der polnischen Energiepolitik sprechen sich klar für die Förderung der Grünstromerzeugung durch entsprechende Modelle aus; ihre konkrete Ausgestaltung wird allerdings nicht vorgegeben. Die Stromerzeugung aus regenerativen Energiequellen ist in den Strategiedokumenten nicht als ein Ziel an sich definiert. Sie soll der Herbeiführung von übergeordneten Zielen wie insbesondere einem nachhaltigen und umweltfreundlichen Wirtschaftswachstum, Differenzierung der Energieversorgung und Gewährleistung der Energielieferungen dienen. Allerdings kann sich die Verfolgung dieser Ziele nicht nur positiv auf die Förderung und Entwicklung der Grünstromerzeugung auswirken. Beispielsweise fördert das Streben nach Energiesicherheit einerseits den Ausbau regenerativer Stromerzeugung (z.B. Ankurbeln der regionalen, dezentralen Stromerzeugung), andererseits wird dieser gefährdet (z.B. Vorantreiben der Realisierung der Atomkraftpläne). Aus den Strategiedokumenten ergeben sich überdies Lösungsansätze für die Ausgestaltung eines Umfelds, das die Entwicklung von erneuerbaren Energien intensiviert. Dies umfasst u.a. finanzielle Förderung, Steuerbefreiungen sowie Anreize für die nationale Wirtschaft zur Schaffung innovativer technischer Lösungen. An dieser Stelle ist auch ein stabiles politisches Umfeld zu erwähnen, das in den Strategiedokumenten nicht (eindeutig) benannt wird. Das letztgenannte kann aber ein positives Klima für die Planung und Umsetzung von grünen Projekten schaffen und damit zu der Realisierung der Ausbauziele beitragen.¹⁹²

C. Grundlagen der rechtlichen Rahmenbedingungen für Strom aus erneuerbaren Energien

I. Überblick über die geschichtliche Entwicklung der rechtlichen Regelungen zur Förderung des Stroms aus erneuerbaren Energien

Die ersten rechtlichen Regelungen über die Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien in Polen sind auf der Grundlage von Entwicklungen entstanden, deren Wurzeln bis in das XIX. Jahrhundert reichen. Das industrielle Wunder dieses Jahrhunderts sowie die sich

¹⁹¹ Siehe Seite 2 f.

¹⁹² Zu der polnischen Energiepolitik unter der Regierung der konservativen Partei Prawo i Sprawiedliwość nach der Erlangung der Macht von der liberalen Platforma Obywatelska siehe *Ancygier, Andrzej/Szulecki, Kasper*, Die polnische Energie- und Klimapolitik in der Verantwortung von PiS, Deutsches Polen Institut, Polen-Analysen, Nr. 175, S. 2 ff., http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen175.pdf?utm_source=newsletter&utm_medium=email&utm_campaign=Polen-Analysen+Nr.+175, abgerufen am 02.06.2017.

anschließenden Erfahrungen des I. und des II. Weltkriegs brachten nicht nur einen wachsenden Energiebedarf der polnischen Wirtschaft mit sich, sondern es zeigte sich auch die Notwendigkeit der Lieferung ausreichender Energiemengen sowie der Gewährleistung der Energiesicherheit. Es verwundert daher nicht, dass der erste Rechtsakt, der Beschluss des Ministerrates Nr. 192 über die Entwicklung kleineren Wasserenergiewirtschaft¹⁹³, welcher die Förderung von erneuerbaren Quellen zum Gegenstand hatte, primär das Ziel der Gewährleistung der Energiesicherheit verfolgte; die positive ökologische Auswirkung dieser Regelung wurde lediglich als Nebeneffekt gesehen.¹⁹⁴ Danach sollte sich die Förderung von Strom aus privilegierten Anlagen auf dezentraler Ebene konzentrieren. Mit dem erwähnten Beschluss sollten die Bürger animiert werden, Wasserkraftanlagen mit installierter Leistung bis zu 5 MW zu errichten. Der erzeugte Strom sollte selbst verbraucht und lediglich der Überschuss in das Netz allgemeiner Versorgung eingespeist werden. Allerdings gaben mangelnde gesetzliche Regelungen zu der Abnahmeverpflichtung seitens der zuständigen Netzbetreiber¹⁹⁵ sowie zur Vergütung des eingespeisten Stroms den mit inflationsbedingten wirtschaftlichen Schwierigkeiten kämpfenden Netzbetreibern die Möglichkeit,¹⁹⁶ die Abnahme des Stroms aus den entsprechenden Anlagen zu verweigern. Den Betreibern von Wasserkraftanlagen sollte der Bescheid des Industrie- und Handelsministers Nr. 26 vom 14. Juli 1993¹⁹⁷ helfen, mit dem die Höhe des staatlichen Zuschusses für die Deckung der mit der Abnahme des Grünstroms einhergehenden Zusatzkosten der Verteilungsunternehmen festgelegt wurde. Gleichzeitig wurde der Anwendungsbereich der Förderregelung auf andere erneuerbare Energiequellen erweitert. Allerdings konnten von der Förderung weiterhin nur die Anlagen mit installierter Leistung bis zu 5 MW profitieren. Die Kritik¹⁹⁸ an der Förderregelung hatte insbesondere das Außerachtlassen des Potenzials der Erzeugung grüner Energie aus größeren Anlagen zum Gegenstand. Nicht zuletzt diese kritischen Stimmen sowie die Beobachtung der Entwicklungen in Europa, wo die Elektrizitätsbinnenmarktsrichtlinie Nr. 96/92/EG Ende 1996¹⁹⁹ erlassen wurde, gaben in Polen den Anstoß für die Einführung eines umfassenderen Fördermodells von Strom aus erneuerbaren Energien.

Seit der polnischen Wende im Jahr 1989 ist parallel ein Prozess der Deregulierung²⁰⁰ und der Reorganisation²⁰¹ der polnischen Energiewirtschaft verlaufen. Dies hatte die Verabschiedung

¹⁹³ Beschluss des Ministerrates vom 07.09.1988 über die Entwicklung kleineren Wasserenergiewirtschaft, Monitor Polski Nr. 24, Pos. 214.

¹⁹⁴ Vgl. *Ratajczyk, Witold*, *Prądem pisane*, 2000, Nr. 1-2, S. 14.

¹⁹⁵ Vgl. Seite 108 ff.

¹⁹⁶ Vgl. *Ratajczyk, Witold*, *Prądem pisane*, 2000, Nr. 1-2, S. 14.

¹⁹⁷ Decyzja Ministra Przemysłu i Handlu vom 14.07.1993 über die Festlegung von amtlichen Preisen für elektrische Energie, die durch Energieversorgungsunternehmen in das Niederspannungsnetz aus Wasserkraftanlagen und anderen erneuerbaren Energien eingekauft wird

¹⁹⁸ Vgl. *Ratajczyk, Witold*, *Prądem pisane*, 2000, Nr. 1-2, S. 14.

¹⁹⁹ Richtlinie 96/92/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Dezember 1996 betreffend gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt, ABl. L 027 vom 30.01.1997.

²⁰⁰ Nach der Wende 1989 wurde in Polen der Sektor der Energiewirtschaft politisch als prioritär angesehen. Die ersten Vorschläge für die Deregulierung des Sektors kamen von der Weltbank sowie westeuropäischen Beratungsunternehmen. Mit dem Ziel vor den Augen, künftig der EU beizutreten, hat sich Polen für ein Modell eines sog. regulierten Monopols entschieden. Dies hatte u.a. die Auflösung der Gemeinschaft für Energiewirtschaft und Braunkohle (*Wspólnota Energetyki i Węgla Brunatnego*) und die Entstehung des bisher einzigen Übertragungsnetzbetreibers in Polen – der *Polskie Sieci Energetyczne Spółka Akcyjna* (PSE S.A., Polnische Energienetze AG) – zur Folge.

des Gesetzes über die Energiewirtschaft vom 10. April 1997²⁰² (EnR) zur Folge, welches die Grundlage für die Liberalisierung der polnischen Energiewirtschaft bildete. Das EnR wurde als ein zentrales Gesetz mit allgemeinem Charakter verabschiedet, das die Rahmenbedingungen der wirtschaftlichen Tätigkeit im Bereich aller Energieträger, bis auf Kohle, eingeführt und ggf. geordnet hat.

Mit dem Inkrafttreten des EnR hat der polnische Gesetzgeber Bestimmungen eingeführt, die u.a. eine Grundlage für die Platzierung der erneuerbaren Energien im polnischen Energiewirtschaftssystem begründet haben. Unter anderem wurde die Energieregulierungsbehörde²⁰³ (URE) eingerichtet, die Konzessionierung der Stromerzeugung eingeführt, die Pflicht zur Genehmigung der Tarife für die Strompreise für die Endabnehmer durch den URE-Vorsitzenden formuliert sowie die Verpflichtung zu der Abstimmung der Pläne der Netzbetreiber über die aktuelle und künftige Deckung des Energiebedarfs festgesetzt. Allerdings enthielt das EnR in Bezug auf die Regelungen zur Förderung des Grünstroms lediglich eine Verordnungsermächtigung für den Wirtschaftsminister, den Energieunternehmen eine Stromankaufsverpflichtung aufzuerlegen.²⁰⁴

Der Wirtschaftsminister hat auf die Verordnungsermächtigung erst zwei Jahre später zurückgegriffen und eine Ankaufspflichtverordnung²⁰⁵ eingeführt. Damit wurden die Netzbetreiber u.a. verpflichtet, den Grünstrom von den Anlagenbetreibern zu erwerben. Von der Verpflichtung erfasst waren jedoch nur Strommengen aus Anlagen mit installierter Leistung bis 5 MW und für den Preis lediglich in der Höhe des maximalen Tarifstrompreises, der für die an das Niederspannungsnetz des Unternehmens angeschlossenen Endabnehmer genehmigt wurde.²⁰⁶ Die Verknüpfung der Strompreise mit der Höhe der aktuellen Tarife hat sich zwar im Hinblick auf die immer stärkere Position der Energieunternehmen und dadurch verursachte wachsende Energiepreise für die Anlagenbetreiber als positiv erwiesen.²⁰⁷ Jedoch haben die nicht eindeutig formulierten einschlägigen Regelungen und ein Mangel an Sanktionen für den

²⁰¹ Mit der Restrukturierung sollte die Trennung der Stromerzeugung und der Stromverteilung vollzogen werden. Die Stromerzeuger sollten die elektrische Energie auf dem Angebotsmarkt und folglich an der Börse für den Marktpreis verkaufen. Die PSE S.A. sollte nach dem Single-buyer-Prinzip für die Stabilisierung des Markts verantwortlich sein. Weiter wurden die bisher staatlichen Energieunternehmen – bis auf die PSE S.A. – in private Einheiten umgewandelt. Ein Ende des Managements nach den Vorgaben der (kommunistischen) Planwirtschaft und die gestiegene Anzahl der Marktakteure hat anschließend zu der Entstehung neuer Stromhandelsregeln geführt. Im Rahmen des Stromgroßhandels haben die Energieunternehmen vielseitige Vereinbarungen zu den Mengen und Preisen der gehandelten elektrischen Energie getroffen. Die Strompreise für die Endabnehmer hat der Finanzminister im Wege einer Verordnung festgelegt.

²⁰² Siehe Fn. 136.

²⁰³ Siehe Seite 51.

²⁰⁴ Art. 9 Abs. 5 EnR in der Fassung vom 10.04.1997.

²⁰⁵ Verordnung vom 02.02.1999 über die Verpflichtung des Einkaufs des Stroms und der Wärme aus nicht fossilen Energieträgern und über den Umfang dieser Verpflichtung, BGBl. 1999 Nr. 13 Pos. 119 (AnkaufsPflVO).

²⁰⁶ §§ 1, 2 Nr. 2, 3 Nr. 1 der AnkaufsPflVO.

²⁰⁷ Die andere – negative – Seite der Medaille war die regionale Differenzierung der möglichen zu erzielenden Preise, da die Politik der Bildung der Stromtarife sich noch nicht vollständig etabliert hat und vorwiegend durch soziale und weniger wirtschaftliche Prämissen geprägt war, vgl. *Giermek, Krzysztof/Włodarczyk, Witold*, Rozwój odnawialnych źródeł energii w latach 1999-2004 – ocena mechanizmów wspierania, Bulletin URE, Nr. 1/2005.

Verstoß gegen die Ankaufsverpflichtung verhindert, dass das Potenzial der Bestimmungen zur Ankaufsverpflichtung voll ausgeschöpft wird.²⁰⁸

Ungeachtet der Diskussion in Fachkreisen über die Einführung von diversen Fördermodellen²⁰⁹ hat der Gesetzgeber nur kleine Schritte in Richtung der Stärkung der Förderung von Grünstrom unternommen und lediglich auf die Erweiterung der bisherigen Regulierungsrahmen gesetzt. Aufgrund der erweiterten Verordnungsermächtigung im EnR²¹⁰ hat der Wirtschaftsminister im Jahr 2000 die AnkaufsPflVO II²¹¹ erlassen und damit eine Einkaufsquote²¹² eingeführt. Danach müssen die verpflichteten Energieunternehmen einen bestimmten Prozentsatz (von 2,4 % im Jahr 2001 bis 7,5 % im Jahr 2010 und in den Folgejahren) der durch sie jährlich verkauften Stromgesamtmengen mit Grünstrom erfüllen. Ein Grundstein des jahrelang geltenden zentralen Förderungsmodells von Strom aus erneuerbaren Energien in Polen – Quotenverpflichtung mit Zertifikate-Handel – wurde errichtet. Die entstehenden geplanten und begründeten Kosten der Erfüllung der Quotenverpflichtung durften die Verpflichteten bei der Berechnung der Stromtarife berücksichtigen²¹³ und dementsprechend auf die Endverbraucher abwälzen. Damit wurde nicht nur ein Anreiz für die Erfüllung der gesetzlichen Stromankaufsverpflichtung, sondern auch die Grundlage für einen bundesweiten Ausgleichsmechanismus geschaffen.

Eine weitere Stärkung der Stellung der erneuerbaren Energien in der polnischen Energiewirtschaft kam mit der Novelle des EnR vom 12. Juli 2002.²¹⁴ Seitdem wurde die Verpflichtung zum Ankauf von Strom aus erneuerbaren Energien in das EnR aufgenommen und erhielt damit Gesetzesrang.²¹⁵ Des Weiteren wurde eine Pönale für die Nichterfüllung der Quotenverpflichtung eingeführt.²¹⁶

²⁰⁸ Siehe *Giermek, Krzysztof/Włodarczyk, Witold*, Rozwój odnawialnych źródeł energii w latach 1999-2004 – ocena mechanizmów wspierania, Bulletin URE, Nr. 1/2005, S. 32 ff.; *Muras, Zdzisław*, Energetyka odnawialna – dwa reżimy prawne, jedno rozliczenie, Bulletin URE, Nr. 1/2006, S. 35.

²⁰⁹ Diskutiert wurde insbesondere die Einführung der Förderung über eine Einspeisevergütung (vgl. z.B. *Kulaowski, Wojciech*, Możliwości wzrostu wykorzystania energii odnawialnej ze źródeł odnawialnych w Polsce – intencje a rzeczywistość, Rynek Energii 2000, Nr. 3, S. 7 f.), über Preisvergünstigungen (vgl. z.B. *Romaniszyn, Wojciech*, Ekofinanse 1998, Nr. 8, S. 34 ff.) oder über ein Ausschreibungsmodell (vgl. z.B. *Bukowska, Joanna/Ejdys, Joanna/Poskrobko, Bazyli*, Ekonoiczne i prawne aspekty wykorzystania energii odnawialnych w Polsce, Prawo i Środowisko 1999, Nr. 1, S. 82 ff.).

²¹⁰ Art. 9 Abs. 3 EnR vom 26.05.2000, BGBl. 2000, Nr. 48, Pos. 555.

²¹¹ Verordnung vom 15.12.2000 über die Verpflichtung zum Ankauf von Strom aus nichtkonventionellen und erneuerbaren Quellen sowie aus Kraft-Wärme-Kopplung und von Wärme aus nichtkonventionellen und erneuerbaren Quellen sowie über den Umfang der Verpflichtung, BGBl. 2000, Nr. 122, Pos. 1336.

²¹² § 2 Nr. 1 AnkaufsPflVO II.

²¹³ § 4 AnkaufsPflVO II.

²¹⁴ BGBl. 2002, Nr. 135 Pos. 1144.

²¹⁵ § 9a EnR in der Fassung vom 24.07.2002. Damit wurden auch die Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der auf die Verordnungsbasis gestützten Stromankaufsverpflichtung beseitigt. Zwar ist in Polen auch die Verordnung im Katalog der Rechtsquellen erwähnt (Art. 87 Abs. 1 der Verfassung der Republik Polen vom 2.04.1997, BGBl. 1997 Nr. 78 Pos. 483), allerdings gilt dies nur dann, wenn die Verordnungsbestimmungen sich im Rahmen der gesetzlichen Verordnungsermächtigung bewegen. Eine bisher geltende, entsprechend weite Verordnungsermächtigung konnte aber bezweifelt werden. Weiterhin konnte auch ein Verstoß der durch die Verordnung begründeten Ankaufsverpflichtung gegen die Gewerbefreiheit (Art. 22 Verfassung) nicht ausgeschlossen werden.

²¹⁶ § 56 lit. a EnR in der Fassung vom 24.07.2002.

Mit der AnkaufsVerpflVO III vom 30. Mai 2003²¹⁷ wurden erneuerbare Energien und erneuerbare Wärme als Energie aus erneuerbaren Quellen wie Wasser, Wind, Biomasse, Biogas, Photovoltaik, Solar und Geothermie definiert.²¹⁸ Als förderfähig wurde zum ersten Mal auch die sog. Mischfeuerung²¹⁹ anerkannt. Die Verpflichteten konnten danach auf ihre Quote anteilig die Strommengen anrechnen, die in Anlagen erzeugt wurden, in denen gleichzeitig Biomasse oder Biogas sowie nicht erneuerbare Einsatzstoffe vermischt und verstromt werden. Eine vergleichsweise günstige Stromerzeugung in Mischfeuerungsanlagen hat sich auf die Höhe der Preise für diese Energiemengen ausgewirkt und dazu geführt, dass die zum Stromankauf Verpflichteten bevorzugt haben, die Quote mit Strom aus Mischfeuerungsanlagen zu erfüllen. Dies hatte zur Folge, dass im Jahr nach dem Inkrafttreten der AnkaufsVerpflVO III kaum neue EE-Anlagen in Betrieb gegangen sind.²²⁰ Die (unmittelbare) Förderung der Stromerzeugung aus Mischfeuerungsanlagen sollte dann jahrelang als ein Zeichen der Subventionierung der Kohleindustrie und Aushöhlung der Unterstützung der Erneuerbare-Energien-Branche kritisiert werden.

Ein weiterer Schritt in der Entwicklung der Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien wurde durch den mit Wirkung zum 1. Mai 2004 erfolgten EU-Beitritt der Republik Polen und seine Vorbereitung veranlasst.²²¹ Die Notwendigkeit der Anpassung²²² des polnischen Rechts an das Recht der EU sowie die Kritik an den bestehenden Regelungen über die Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien in Fachkreisen haben zu einer weiteren Novelle des EnR geführt. Aufbauend auf den bereits bestehenden Regelungen ist mit der Änderung des EnR vom 2. April 2004²²³ das Fördermodell für Strom aus erneuerbaren Energien über das Quotenmodell mit Zertifikate-Handel²²⁴ eingeführt worden. Die Novelle ist im Anschluss durch die Verordnung vom 9. Dezember 2004²²⁵ ergänzt und konkretisiert worden. Danach konnten die Betreiber von EE-Anlagen für die erzeugten Mengen von Strom aus erneuerbaren Energiequellen bei dem URE-Vorsitzenden Zertifikate beantragen. Die Anlagenbetreiber sowie die Stromhändler sind verpflichtet worden, dem Elektrizitätsunternehmen, dem sie den Grünstrom veräußert hatten, die entsprechende Anzahl der Zertifikate zu übergeben. Das

²¹⁷ Verordnung vom 30.03.2003 über den detaillierten Umfang der Verpflichtung zum Ankauf der elektrischen Energie und Wärme aus erneuerbaren Energiequellen sowie der elektrischen Energie aus Kraft-Wärme-Kopplung, BGBl. 2003, Nr. 104 Pos. 971.

²¹⁸ § 4 Abs. 1 AnkaufsVerpflVO III.

²¹⁹ § 4 Abs. 2 und 3 AnkaufsVerpflVO III.

²²⁰ *Giermek, Krzysztof/Włodarczyk, Witold*, Rozwój odnawialnych źródeł energii w latach 1999-2004 – ocena mechanizmów wspierania, Bulletin URE Nr. 1/2005.

²²¹ Vertrag über den Beitritt der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik zur Europäischen Union 16.04.2003, ABl. L236 vom 23.09.2003, BGBl. 2004 Nr. 90 Pos. 864, im Folgenden „Beitrittsvertrag“.

²²² Konkret gemeint war in diesem Zusammenhang insbesondere die Richtlinie 2001/77/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27.09.2001 zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen im Elektrizitätsbinnenmarkt, Begründung der Novelle vom 02.04. 2004, Druck Nr. 2559, S. 13.

²²³ BGBl. 2004, Nr. 91, Pos. 875.

²²⁴ Art. 9e EnR in der Fassung vom 02.04.2004.

²²⁵ Verordnung des Wirtschaftsministers vom 09.12.2004 über den detaillierten Umfang der Verpflichtung zum Ankauf elektrischer Energie und Wärme aus erneuerbaren Energiequellen, BGBl. 2004, Nr. 267, Pos. 2655 und 2656.

Elektrizitätsunternehmen hatte die erworbenen Zertifikate als Nachweis der Erfüllung der Quotenverpflichtung dem URE-Vorsitzenden zur Einziehung vorzulegen.

In der weiteren Entwicklung des Fördermodells wurden der Verkauf grüner Energie und die Veräußerung der Zertifikate voneinander entkoppelt. Die Novelle des EnR vom 4. Mai 2005²²⁶ hat die Verpflichtung der Elektrizitätsversorgungsunternehmen begründet, die Quote wahlweise entweder mit Zertifikaten oder durch Leistung einer Ersatzzahlung zu erfüllen.²²⁷ Für die Nichterfüllung der Quote musste der Verpflichtete eine Pönale in der nach den gesetzlichen Vorgaben zu ermittelnden Höhe entrichten. Unabhängig von der Handelbarkeit der grünen Eigenschaft der in EE-Anlagen erzeugten Energie, deren Umweltfreundlichkeit durch die Zertifikate bescheinigt worden ist, ist die Verpflichtung zum Einkauf des physischen EE-Stroms sogenannten „Käufern vom Amts wegen“ auferlegt worden. Die Käufer sind von Amts wegen verpflichtet worden, die ihnen angebotenen grünen Strommengen zu dem durchschnittlichen Strompreis für das Vorjahr zu erwerben. Die Betreiber von EE-Anlagen durften daher den physischen Strom sowie die Zertifikate unabhängig voneinander an unterschiedliche Verpflichtete veräußern und daher mehr Gewinne erzielen. Die Novelle vom 4. Mai 2005 ist durch den Erlass der Quotenverordnung,²²⁸ in welcher die Höhe der Quote festgesetzt worden ist, ergänzt worden. Die Förderung der Erzeugung von Strom in Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen ist in das Fördermodell mit der Novelle des EnR vom 12. Januar 2007 aufgenommen worden.²²⁹

Das EnR ist anschließend mehrmals novelliert worden. Ein Grund für die weiteren Änderungen des EnR, der Ausführungsverordnungen und anderer Nebengesetze ist u.a. ein dynamisches Wachstum der polnischen Volkswirtschaft, die vielfältige Entwicklung von Energiesektoren und die zunehmende Aufbaudynamik der erneuerbaren Energien.²³⁰ Die Novellen im Bereich der erneuerbaren Energien hatten beispielsweise die Einführung von zusätzlichen Maßnahmen zur Förderung der Erzeugung grüner Energie zum Gegenstand.²³¹ Aus der Fülle von rechtlichen Vorgaben ist eine kaum überschaubare Masse an gesetzlichen Regelungen im Bereich der Energiewirtschaft und die Notwendigkeit einer umfassenden Reform immer virulenter geworden.

Im Jahr 2012 hat der Wirtschaftsminister die Ergebnisse der Arbeiten anhand eines Vorschlags für eine entsprechende Reform präsentiert. Ein Reformpaket – das sog. Große Dreipack – sollte das damals geltende EnR in drei Hauptgesetze aufspalten: in ein reformiertes Energierechtsgesetz,²³² ein erstes Gasrechtsgesetz²³³ und ein erstes Erneuerbare-

²²⁶ BGBl. 2005, Nr. 62, Pos. 552.

²²⁷ Art. 9e EnR in der Fassung vom 04.03.2005.

²²⁸ Verordnung des Wirtschaftsministers vom 19.12.2005 über den detaillierten Umfang der Verpflichtung zum Erwerb und zur Vorlage zur Einziehung der Zertifikate, Erhebung der Ersatzgebühr sowie des Verkaufs elektrischer Energie und Wärme aus erneuerbaren Energiequellen, BGBl. 2005, Nr. 261, Pos. 2187.

²²⁹ BGBl. 2007, Nr. 21, Pos. 124.

²³⁰ Vgl. *Lowitzsch, Jens/Goebel, Katarzyna*, Zur Reform des polnischen Energierechts, ZNER 2013, S. 30.

²³¹ Insbesondere die Kürzung der realen Netzananschlusskosten von EE-Anlagen bis 5 MW um 50 %, Einführung des Übertragungsvorrangs für Grünstrom, Befreiung der Betreiber von EE-Anlagen bis 5 MW von Konzessionsgebühren und Gebühren für Erwerb und Registrierung der grünen Zertifikate sowie die Befreiung der Erzeugung des Stroms aus erneuerbaren Energien von der Akzisesteuer.

²³² Entwurf des Wirtschaftsministers Nr. UC7.

²³³ Entwurf des Wirtschaftsministers Nr. UC6.

Energien-Gesetz.²³⁴ In dem Entwurf des Erneuerbare-Energien-Gesetzes hat der Wirtschaftsminister insbesondere die Einführung einer technologiespezifischen Förderung sowie einer Förderdauer von 15 Jahren propagiert, um für jede Technologie ein garantiertes Förderniveau gewährleisten zu können.²³⁵

Die Arbeiten an dem Großen Dreipack haben sich lange hingezogen. Die Frist für die Umsetzung der Richtlinie 2009/28/EG²³⁶ für die Mitgliedstaaten (5. Dezember 2010) war längst abgelaufen.²³⁷ Die Europäische Kommission hat Polen wegen Nichtumsetzung der EU-Vorschriften vor dem Gerichtshof verklagt.²³⁸ Daraufhin²³⁹ hat Polen eine komprimierte Reform – sog. Kleiner Dreipack²⁴⁰ – vorbereitet. In dem Kleinen Dreipack sollten die Regelungen aus dem Großen Dreipack extrahiert werden, dessen Umsetzung die schnellstmögliche und volle²⁴¹ Anpassung des polnischen Rechts an die europäischen Vorgaben hätte ermöglichen können. Das Ziel wurde nicht vollständig erreicht, auch nach dem Inkrafttreten des Kleinen Dreipacks am 11. September 2013²⁴² bemängelte die EE-Branche eine nicht ausreichende Umsetzung des EU-Rechts.²⁴³

Der polnische Gesetzgeber führte die Arbeiten an dem Erneuerbare-Energien-Gesetz fort. In Hinblick auf die Notwendigkeit, den Vorgaben des EU-Rechts Genüge zu tun und die

²³⁴ Entwurf des Wirtschaftsministers Nr. UC8.

²³⁵ Siehe Begründung zum Entwurf des Wirtschaftsministers Nr. UC8, S. 12.

²³⁶ Richtlinie 2009/28/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen und zur Änderung und anschließenden Aufhebung der Richtlinien 2001/77/EG und 2003/30/EG, ABl. L 140 vom 05.06.2009.

²³⁷ Art. 27 Abs. 1 und Art. 28 RL 2009/28/EG.

²³⁸ Pressemitteilung der Europäischen Kommission vom 21.03.2013, abrufbar unter http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-259_de.htm, abgerufen am 29.01.2016.

²³⁹ Veranlasst u.a. durch die Androhung der Erhebung eines täglichen Zwangsgelds in Höhe von 133 228,80 EUR.

²⁴⁰ Drs. Nr. 946.

²⁴¹ Drs. Nr. 946, Begründung des Entwurfs, S. 41.

²⁴² Gesetz vom 26.07.2013 über die Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes und diverser anderer Gesetzen, BGBl. 2013, Nr. 0, Pos. 984.

²⁴³ Zur Kritik siehe z.B. Rybski, Robert/Stoczkiewicz, Marcin, Analiza prawna “Mały Trójpak” a dyrektywa 2009/28/WE z dnia 23 kwietnia 2009 r. w sprawie promowania stosowania energii ze źródeł odnawialnych, ClientEarth, 24.06.2013; Lasocki, Karol, Czego nie ma w projekcie ustawy o OZE, cire.pl, 09.01.2012.

Strategie der polnischen Energiepolitik²⁴⁴ zu erfüllen, wurde am 20. Februar 2015 das Erneuerbare-Energien-Gesetz (im Folgenden „OZE-G“) verabschiedet.²⁴⁵ Kurz darauf nahm die Europäische Kommission die Klage gegen Polen wegen der Nichtumsetzung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie zurück.²⁴⁶ Das OZE-G bereitete die Umstellung des Fördermodells für Strom aus erneuerbaren Energien vor – die Förderung über das Ausschreibungsmodell sollte der Regelfall werden. Bestimmte kleinere Anlagen sollten das Recht erhalten, eine Einspeisevergütung zu beziehen. Für die Bestandsanlagen wurde grundsätzlich eine Möglichkeit des Verbleibs in dem Quotenmodell vorgesehen. Die Reform des Fördermodells strebte ein kosteneffizientes²⁴⁷ Erreichen der Ausbauziele an.²⁴⁸ Die Überleitung des Fördermodells wurde ursprünglich für den 1. Januar 2016, an dem das für das neue Förderregime zentrale Kapitel 4. des OZE-G in Kraft treten sollte, geplant. Wenige Tage vor dem Jahreswechsel, am 29. Dezember 2015, verabschiedete das polnische Parlament eine Novelle des OZE-G²⁴⁹, mit der die Systemumstellung im Wesentlichen um ein halbes Jahr verschoben wurde. Das Ziel der Novelle war ursprünglich die Behebung von Interpretationsunklarheiten diverse Regelungen des OZE-G betreffend und damit die potenzielle Gefahr eines (teilweisen) Ausfalls des Förderungsanspruchs der betroffenen Anlagenbetreiber sowie die Behebung der Zweifel an der Vereinbarkeit der Regelungen über die Einspeisevergütung mit dem europäischen Beihilferecht.²⁵⁰ Letztlich beschränkte sich die Reform vom 29. Dezember 2015 auf eine zeitliche Verschiebung der Systemumstellung sowie die Anpassung des Wortlauts des OZE-G an die Schaffung einer neuen Verwaltungseinheit – des Ministeriums für Energie. Die Interpretationszweifel bezüglich zahlreicher Regelungen des OZE-G, die durch die Branche bemängelt und der Regierung im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens gemeldet wurden, wurden durch die Dezembernovelle 2015 grundsätzlich nicht behoben.

²⁴⁴ Polityka energetyczna Polski do 2030 roku des Ministerrates vom 20.11.2009, Anhang zum Beschluss des Ministerrates Nr. 202/2009, der die Energiepolitik bis 2025 (Polityka Energetyczna do 2025 roku, Anhang zu der Bekanntmachung des Ministers für Wirtschaft und Arbeit vom 01.07.2005, Pos. 562) ersetzt hat. Als die Kernziele der Energiepolitik Polens bis 2030 wurden die Verbesserung der Energieeffizienz, Steigerung der Sicherheit der Lieferung der Brennstoffe und Energie, Diversifikation der Energieerzeugung durch die Einführung der Stromerzeugung aus Atomkraft, Ausbau der erneuerbaren Energien, Entwicklung der Konkurrenzmärkte für Brennstoffe und Energie sowie die Beschränkung der Einwirkung der Energiewirtschaft auf die Umwelt definiert, S. 4-5. Die Konkretisierung der Energiepolitik Polens bis 2030 im Bereich der erneuerbaren Energien wurde in dem Landesaktionsplan im Bereich der erneuerbaren Energiequellen sowie seiner Ergänzung festgelegt, siehe Seite 34.

²⁴⁵ Gesetz vom 20.02.2015 über erneuerbare Energien, BGBl. 2005, Nr. 0 Pos. 478.

²⁴⁶ Pressemitteilung der Europäischen Kommission vom 26.02.2015, http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-4499_de.htm, abgerufen am 12.05.2017.

²⁴⁷ In der Begründung der Einführung der Ausschreibungen als Hauptfördermodell für Strom aus erneuerbaren Energien nimmt der Gesetzgeber Bezug auf die Vorgaben der Leitlinien für staatliche Umweltschutz- und Energiebeihilfen 2014-2020, ABl. 2014/C 200/01, Begründung des OZE-G, S. 1-10.

²⁴⁸ Begründung des OZE-G, S. 1-10.

²⁴⁹ Gesetz vom 29.12.2015 über die Änderung des Gesetzes über erneuerbare Energien und des Energiegesetzes, BGBl. 2015, Nr. 0, Pos. 2365.

²⁵⁰ Regierungsbegründung der OZE-G Novelle zum Änderungsentwurf vom 24.08.2015, S. 1.

Ein halbes Jahr später wurde das OZE-G erneut novelliert.²⁵¹ Mit der Gesetzesänderung wurden u.a. die Vorschriften über die Einspeisevergütung für EE-Anlagen mit installierter Leistung bis 40 kW gestrichen.²⁵² Der polnische Gesetzgeber schaffte das Modell des Feed-In-Tariffs ab, bevor es eingeführt wurde²⁵³, und zwar mit der Begründung, dass – wie das internationale Beispiel zeige – das Modell nicht effektiv sei.²⁵⁴ Anstelle der Einspeisevergütung führte die Novelle eine Abrechnungsverpflichtung ein, wobei bezweifelt werden kann, dass diese Regelung überhaupt als Förderung gelten kann.²⁵⁵ Die Novelle vom 22. Juni 2016 hat auch eine Reihe von weitgehenden Änderungen in das Ausschreibungsmodell eingeführt. Die endgültige Ausgestaltung des Fördermodells (Stichtag 31. März 2017) wird in weiteren Teilen der Arbeit detailliert thematisiert. An dieser Stelle sind allerdings Mängel an dem Gesetzgebungsverfahren zu äußern. Die umfangreiche Novelle vom 22. Juni 2016 wurde in kurzer Zeit nach der Dezembervernovelle 2015 verabschiedet und dies ohne formalisierte öffentliche Konsultationen sowie ohne interministerielle Absprachen.²⁵⁶ Eine Folgenabschätzung der Novelle wurde nicht vorgenommen – obwohl sie eine Reihe von den für die Attraktivität des Fördermodells von Strom aus erneuerbaren Energien entscheidenden Regelungen eingeführt hat.²⁵⁷

II. Akteure

An den Fördermodellen für Strom aus erneuerbaren Energien in Polen sind zahlreiche Akteure mit differentem Status und unterschiedlichen – selbst und/oder fremddefinierten – Zuständigkeiten beteiligt. Ein Teil der Akteure ist z.B. durch seine gesetzgebenden oder

²⁵¹ Gesetz vom 22.06.2016 über die Änderung des Gesetzes über erneuerbare Energien und diverse weitere Gesetze, BGBl. 2016, Nr. 0, Pos. 925. Mit dem Gesetz wurden auch umfangreiche Änderungen des EnR vorgenommen. Das Novellierungsgesetz ist am 01.07.2017 in Kraft getreten.

²⁵² Art. 44 Abs. 10 bis 13, 15 bis 18 und 20 OZE-G in der Fassung von vor der Novelle vom 22.06.2017.

²⁵³ Die Regelungen über die Einspeisevergütung des OZE-G in der Fassung vor der Novelle des 22.06.2017 sind nicht in Kraft getreten.

²⁵⁴ Siehe S. 116 f.

²⁵⁵ Der Anlagenbetreiber speist die erzeugten Strommengen in das Netz allgemeiner Energieversorgung ein und im Gegenzug erhält er einen Preisnachlass für die aus dem Netz bezogenen Strommengen, siehe Seite 114 ff.

²⁵⁶ Das Gesetz wurde im Energieministerium vorbereitet, allerdings als Vorschlag einer Gruppe von Abgeordneten zur Abstimmung gestellt, weshalb diverse für Regierungsvorschläge notwendige Prozesse umgangen werden konnten, welche die Entwürfe von Parlamentariern nicht durchlaufen müssen, z.B. die erwähnte öffentliche Konsultation. Dies ist als Abkehr von der guten Praxis der Gesetzgebung einzustufen, siehe ClientEarth, *Zmiany w ustawie o OZE: polskim rodzinom odebrano taryfy gwarantowane* vom 06.05.2016, <https://www.pl.clientearth.org/zmiany-w-ustawie-o-oze-polskim-rodzinom-odebrano-taryfy-gwarantowane/>, abgerufen am 19.05.2017.

²⁵⁷ Eine knappe, wenig aufschlussreiche Folgenabschätzung wurde in die Gesetzesbegründung zu der Novelle vom 22.06.2016 integriert (dort S. 62-63). Diese entspricht in keinerlei Hinsicht den Anforderungen an eine Folgenabschätzung eines Gesetzes, siehe Richtlinien für die Anfertigung einer Gesetzesfolgenabschätzung und die Durchführung von öffentlichen Konsultationen im Rahmen des Regierungsrechtsetzungsverfahrens aufgrund des Beschlusses Nr. 190 des Ministerrates vom 29.10.2013 Arbeitsordnung des Ministerrates; siehe *Bąk, Mięczyński/Bednarz, Paulina/Kulawczuk, Przemysław/Szczyński, Anna*, *Kodeks rzetelnych praktyk legislacyjnych*, Instytut Badań nad Demokracją i przedsiębiorstwem prawnym, Warszawa Januar 2007, <http://iped.pl/pliki/publikacje/kodeks2007-1.pdf>, abgerufen am 18.06.2017. Es ist daher fraglich, ob entsprechende Analysen, die üblicherweise vor der Anfertigung einer Folgenabschätzung durchzuführen sind, erfolgt sind. Dies lässt Zweifel an der Richtigkeit der gewählten Lösungen aufkommen, insbesondere mit Blick auf die durch die Branchenakteure erhobene und in dieser Arbeit aufgegriffene Kritik.

verwaltungsrechtlichen Funktionen Bestandteil der polnischen Staatsgewalt und infolgedessen fachkundigen Beobachtern aus anderen Bereichen/Zusammenhängen bekannt. Für den Zweck der Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien haben diverse dieser staatlichen Einrichtungen entweder neue Zuständigkeiten erhalten oder können die thematisch neuen Fragenkomplexe im bereits bestehenden Rahmen bearbeiten.

Die Strukturen der Fördermechanismen, an denen notwendigerweise die Personen des Zivilrechts (Anlagenbetreiber, Netzbetreiber etc.) beteiligt sind, machen es notwendig, den Privaten neue Aufgaben aufzuerlegen und sie auf diese Weise (besser) in den Fördermechanismus zu integrieren. Durch die Bestimmung von Rechten und Pflichten aus den Fördermodellen schafft das OZE-G ein neues Netz an Verbindungen zwischen den dort erwähnten Subjekten und verleiht ihnen neue Rollen. Über das Ob und Wie der Beteiligung an Fördermodellen entscheidet die Staatsgewalt nicht immer unmittelbar beispielsweise durch eine Zuweisung von neuen Zuständigkeiten. Durch die Einführung von Fördermodellen werden für die Wirtschaft Anreize geschaffen, in einem Bereich (verstärkt) tätig zu werden bzw. zu bleiben. Die Aussicht eines wirtschaftlichen Nutzens bewegt Unternehmen dazu, Kontakte zu knüpfen und Initiativen zu ergreifen, die dem (neuen) Geschäftsfeld dienlich sind. So entstehen zum Beispiel Branchenvereine, von denen ein Teil sogar grenzüberschreitend tätig ist.

Ferner zu nennen sind Einrichtungen, welche die Förderung oder die Mitgestaltung des für den Ausbau von erneuerbaren Energien positiven wissenschaftlichen, technischen, gesellschaftlichen oder politischen Umfelds zum Schwerpunkt ihrer Tätigkeit gemacht haben.

1. Parlament

Die Grundfunktion des polnischen Parlaments besteht in der Verabschiedung der Gesetze und Beschlüsse. Damit bestimmt das Parlament die Hauptrichtungen der Tätigkeit des polnischen Staats in allen Bereichen, auch im Bereich der Energiewirtschaft. Das polnische Parlament besteht aus zwei Kammern: Sejm²⁵⁸ (Unterhaus) sowie Senat²⁵⁹ (Oberhaus). Die Aufgabe des Senats besteht vor allem darin, über die Billigung der durch den Sejm verabschiedeten Gesetze zu entscheiden.

In die parlamentarische Arbeit im Bereich der Energiewirtschaft stark eingebunden ist der Außerordentliche Ausschuss für die Angelegenheiten der Energiewirtschaft und der Energiequellen.²⁶⁰ Seine Aufgaben bestehen in der Prüfung der Entwürfe der Gesetze im Bereich (u.a.) der Energiepolitik des Staats, Mechanismen für die Energiesicherheit, Funktionsweise des Energiemarkts und der Konzessionspolitik. Der Ausschuss war daher an den Arbeiten an dem Entwurf des OZE-Gesetzes, bis zur Verabschiedung durch das Parlament, beteiligt und nimmt Stellung zu den Änderungen der Gesetze aus dem Bereich der Energiewirtschaft,²⁶¹ wie z.B. EnR oder Umweltgesetz.²⁶²

²⁵⁸ <http://www.sejm.gov.pl/Sejm7.nsf/home.xsp>.

²⁵⁹ <http://www.senat.gov.pl/>.

²⁶⁰ Komisja Nadzwyczajna do spraw energetyki i surowców energetycznych, berufen durch den Beschluss des Sejm vom 08.11.2013.

²⁶¹ <http://www.sejm.gov.pl/SQL2.nsf/poskomprocla?OpenAgent&7&2604&NES>.

²⁶² Gesetz von 27.04.2001, Gesetz über Umweltschutz (Umweltgesetz - UmweltG), BGBl. 2001, Nr. 62, Pos. 627 mit weiteren Änderungen.

2. Regierung

Auf der Ebene der Exekutive kommt den Mitgliedern der polnischen Regierung eine zentrale Bedeutung für die Ausgestaltung der Rahmenbedingungen für die Energiewirtschaft und damit auch für die Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien zu. Die umfassendste Zuständigkeit haben in diesem Bereich Energieminister, Wirtschaftsminister, Umweltminister und Finanzminister.

1) Energieminister

Der Energieminister ist das oberste Organ der Staatsverwaltung im Bereich der Energiewirtschaft.²⁶³ Zu den Zuständigkeiten des Energieministers gehören vornehmlich die Angelegenheiten der Energiepolitik, Energiesicherheit, der Energiemärkte, Energieinfrastruktur sowie internationaler Zusammenarbeit auf diesen Gebieten.²⁶⁴

Im Bereich der erneuerbaren Energien hat der Energieminister insbesondere eine richtungsweisende und kontrollierende Funktion. Beispielsweise bereitet er den Landesaktionsplan im Bereich der erneuerbaren Energien vor und aktualisiert diesen, ferner überwacht er die Realisierung der dort festgelegten Ziele und berichtet hierüber.²⁶⁵ Aufgrund der zahlreichen Verordnungsermächtigungen im OZE-G übt er unmittelbar Einfluss auf die Festlegung der Bedingungen der Zulassung²⁶⁶ zur Inanspruchnahme der Förderung, wirtschaftliche Attraktivität des Anreizsystems für die Anlagenbetreiber²⁶⁷ und damit die Höhe der Kosten des Fördermodells aus. Zu erwähnen ist die Kompetenz des Energieministers zur Bestimmung des Umfangs der ausgeschriebenen grünen Energie und damit seine zentrale Rolle in dem Ausschreibungsmodell.²⁶⁸ Der Energieminister ist verpflichtet, diverse Bestimmungen zur Optimierung der Verfahrensabläufe²⁶⁹ zu treffen. Damit der Energieminister seine Aufgaben korrekt erfüllen kann, sind bestimmte andere Akteure verpflichtet, ihm die notwendigen Informationen in den gesetzlich festgelegten Fristen zur Verfügung zu stellen.²⁷⁰

2) Wirtschaftsminister

Zu den Zuständigkeiten des Wirtschaftsministers gehören Fragenkomplexe aus dem Bereich insbesondere der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Ausland, Innovation, Ausübung der wirtschaftlichen Tätigkeit, Förderung der Wirtschaft im In- und Ausland sowie der

²⁶³ <http://www.me.gov.pl/>. Siehe Art. 7a des Gesetzes vom 04.09.1997 über die Dienststellen der Regierungsverwaltung, BGBl. 1997 Nr. 141 Pos. 943 mit weiteren Änderungen. Das Energieministerium wurde mit der Novelle des Gesetzes über die Dienststellen der Regierungsverwaltung vom 19.11.2015, BGBl. 2015, Nr. 0, Pos. 1960, berufen.

²⁶⁴ Art. 1 Abs. 4 des Gesetzes über die Änderung des Gesetzes über die Dienststellen der Regierungsverwaltung vom 19.11.2015, BGBl. 2015, Nr. 0, Pos. 1960, mit dem das Energieministerium geschaffen wurde.

²⁶⁵ Art. 126 ff OZE-G. Siehe Seite 34.

²⁶⁶ Erlass der Verordnung über die technischen Parameter der Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien (Art. 61 OZE-G).

²⁶⁷ Z.B. Zuständigkeit zum Erlass einer Verordnung über die Höhe des Höchstpreises, Art. 77 Abs. 1 OZE-G.

²⁶⁸ Z.B. Festlegung der in der jeweiligen Ausschreibungsrunde ausgeschriebenen Strommengen (z.B. Art. 73 Abs. 7 OZE-G.).

²⁶⁹ Z.B. Vorbereitung von Musterformularen nach Art. 10 Abs. 5 OZE-G.

²⁷⁰ Z.B. über die Ergebnisse der Ausschreibung, Stromerzeugung aus Mikroanlagen, Jahresrapport von der Abrechnungsstelle (siehe unten).

Zusammenarbeit mit Wirtschaftsverbänden.²⁷¹ Auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien hat er im Vergleich zum Energieminister eine ergänzende Funktion. Der Wirtschaftsminister ist zuständig für die Angelegenheiten, die zwar grundsätzlich keine zentralen Fragenkomplexe der Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien sind, aber z.B. die Wirtschaftlichkeit der EE-Projekte beeinflussen können oder den Umfang der Belastung der verpflichteten Akteure²⁷² betreffen.

3) Umweltminister

Mit dem durch ihn geleiteten Umweltministerium kümmert sich der Umweltminister durch die Mitwirkung bei der Bestimmung der Umweltpolitik des Staats um den Zustand der Umwelt in Polen und nimmt Einfluss auf eine langfristige Entwicklung des Staats, die durch den Schutz der Natur und der Menschenrechte zur Befriedigung der Bedürfnisse der gegenwärtigen und künftigen Generationen realisiert werden soll.²⁷³ Zusammen mit u.a. dem Wirtschaftsminister und dem Minister für Landwirtschaftsentwicklung erfüllt er Aufgaben in Zusammenhang mit dem Funktionieren des Grünstrommarkts in vielen Sektoren.²⁷⁴ Durch die Realisierung von zahlreichen Verordnungsermächtigungen und als beteiligtes Organ in individuellen Verwaltungsverfahren nimmt er (un)mittelbar Einfluss auf die Möglichkeit der praktischen Umsetzung der EE-Projekte.

3. Zentralorgane

Zu dem Kreis der für den Bereich der Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien bedeutenden Akteure zählen überdies diverse Zentralorgane.

1) Vorsitzende der Energieregulierungsbehörde

Der Vorsitzende der Energieregulierungsbehörde (URE-Vorsitzender) ist ein Zentralorgan der Regierungsverwaltung, dessen Zuständigkeitsgebiet sich durch den festgelegten politisch-institutionellen Rahmen²⁷⁵ definiert und dem Bereich der Regulierung der Brennstoff- und Energiewirtschaft sowie der Wettbewerbsförderung zuzuordnen ist.²⁷⁶ Der URE-Vorsitzende erfüllt seine Aufgaben mithilfe der ihm unterstellten Energieregulierungsbehörde.²⁷⁷

Der URE-Vorsitzende erfüllt im Rahmen der aktuellen Fördermodelle von Strom aus erneuerbaren Energien zahlreiche Aufgaben im Zusammenhang mit der Funktionsweise des Markts der erneuerbaren Energien in den Bereichen Elektroenergetik, Wärme, Kälte und Transport.²⁷⁸ Das OZE-G weist ihm ebenfalls vielfältige administrative Funktionen zu.²⁷⁹

²⁷¹ Art. 9 des Gesetzes über die Änderung des Gesetzes über die Dienststellen der Regierungsverwaltung v. 19.11.2015, BGBl. 2015, Nr. 0, Pos. 1960

²⁷² Der Wirtschaftsminister entscheidet beispielsweise über die Berechnungsweise der Intensivität des Stromverbrauchs, nach welcher die Möglichkeit der Umlagebefreiung (Art. 53 Abs. 4 OZE-G.) festgelegt wird, oder über die Senkung der Quotenverpflichtung (Art. 60 OZE-G.)

²⁷³ Erklärung des Umweltministeriums, https://www.mos.gov.pl/misja_wizja/, abgerufen am 25.01.2015.

²⁷⁴ Art. 128 Abs. 1 Nr. 3 OZE-G.

²⁷⁵ Vgl. Sowa, Mariusz, *Niezależne organy administracji*, Polskie wydawnictwo ekonomiczne 2012, S. 158.

²⁷⁶ Siehe Art. 21 ff. EnR

²⁷⁷ <http://www.ure.gov.pl/>.

²⁷⁸ Art. 128 OZE-G.

²⁷⁹ Der URE-Vorsitzende stellt z.B. die Zertifikate aus und nimmt sie zwecks Einziehung entgegen (z.B. Art. 45 und Art. 52 OZE-G), erteilt die Herkunftsnachweise (Art. 122 OZE-G), gibt die Ausschreibungen bekannt, organisiert und führt sie durch, worunter auch der Erlass der Ausschreibungsordnung und die

Zudem inkludieren die Aufgaben des URE-Vorsitzenden die Überwachung der Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen durch bestimmte andere Akteure der EE-Branche.²⁸⁰

Der URE-Vorsitzende verfügt insofern über eine herausgehobene Stellung, als die Nichterfüllung diverser Pflichten ihm gegenüber mit Pönalen bedroht ist.²⁸¹ Außerdem führt der URE-Vorsitzende verschiedene Register,²⁸² hat bestimmte Rapportpflichten²⁸³ zu erfüllen und steht im ständigen Austausch mit anderen Akteuren.²⁸⁴ Der URE-Vorsitzende bestellt ebenfalls den sog. verpflichteten Verkäufer.²⁸⁵

Stellung und Rolle des URE-Vorsitzenden gehen in der Praxis weit über seine gesetzlichen Aufgaben hinaus. Für die Berechtigten und Verpflichteten aus den Fördermodellen ist er durch die ihm gemäß OZE-G zugewiesenen Aufgaben ein relevanter Ansprechpartner bezüglich der Anwendung der Rechtsvorschriften zu den Förderregelungen. Der URE-Vorsitzende erlässt diverse Mitteilungen, die den Inhalt unklarer Regelungen des OZE-G interpretieren. Die Informationen haben zwar keine rechtliche Bindungskraft, entwickeln jedoch eine erhebliche praktische Wirkung – nicht zuletzt wegen nicht selten fehlender gesetzlich klar definierter Verhaltenshinweisen – und beeinflussen die Vereinheitlichung von Verhaltensmustern der beteiligten Akteure. Die Mitteilungen des URE-Vorsitzenden haben inzwischen so sehr an Bedeutung gewonnen, dass sie in die Auslegung der Gesetzestexte einbezogen werden und ihnen dabei eine derartige Bedeutung wie der Gesetzesbegründung zugemessen wird.²⁸⁶ Der URE-Vorsitzende wird dementsprechend weitgehend in die Rolle des Gesetzgebers eingesetzt.²⁸⁷

2) Agrarmarktagentur

Die Agrarmarktagentur²⁸⁸ ist eine Person des öffentlichen Rechts unter Aufsicht des Agrar- sowie Finanzministers und erfüllt die Aufgaben einer Zahlstelle ELER/EGFL.²⁸⁹ Ihre Zustän-

Überprüfung der Erfüllung der formellen Voraussetzungen durch die Teilnehmer (Art. 71 ff. OZE-G) fallen, und berechnet die Höhe der EEG-Umlage (Art. 98 OZE-G).

²⁸⁰ Z.B. Art. 39 Abs. 5 OZE-G, Art. 84 OZE-G.

²⁸¹ Z.B. Art. 168 f. OZE-G.

²⁸² Z.B. der Stromerzeuger aus Kleinanlagen Art. 8 OZE-G, siehe Seite 164.

²⁸³ Z.B. Art. 17 OZE-G.

²⁸⁴ Z.B. Verteilungsnetzbetreiber Art. 6 OZE-G, Betreiber von Kleinanlagen Art. 9 OZE-G, Narodowy Fundusz Ochrony Środowiska Art. 69 OZE-G, Börsenbetreiber Art. 124 OZE-G, Wirtschaftsminister Art. 127 OZE-G.

²⁸⁵ Z.B. Art. 40 OZE-G. Siehe Seite 54.

²⁸⁶ Durch die Branche wird teilweise kritisiert, dass der URE-Vorsitzende in manchen Fällen seinen Ermessensspielraum, den ihm das OZE-G oder EnR verleiht, unverhältnismäßig nutze oder sogar überschreite; dies sei z.B. bei der ersten Ausschreibungssitzung am 30.12.2016 erkennbar, als der URE-Vorsitzende im Rahmen des Präqualifikationsverfahrens von den Antragstellern Angaben forderte, die im OZE-G nicht vorgesehen sind, siehe *Malicka, Ewa*, Vizevorsitzende der Gesellschaft der Entwicklung von kleinen Wasserkraftanlagen (Towarzystwo Rozwoju Małych Elektrowni Wodnych (TRMEW)) in der Stellungnahme der TRMEW zu der ersten Ausschreibungssitzung am 30.12.2016 vom 09.01.2017, Pierwsza Aukcja zakończona fiaskiem, http://trmew.pl/index.php?id=71&tx_ttnews%5Btt_news%5D=271&cHash=a74d642e7fd19b2d22f4b56ff2f51049, abgerufen am 02.06.2017.

²⁸⁷ Eine große Bedeutung, die den Äußerungen des URE-Vorsitzenden beigemessen wird, hat auch den Grund, dass nur wenige juristische Ausarbeitungen existieren, welche die aktuellen Vorschriften interpretieren.

²⁸⁸ Agencja Rynku Rolnego, <http://www.arr.gov.pl/>.

digkeit erstreckt sich auf mehrere Bereiche der Finanzierung, der Durchführung oder des Monitorings der europäischen oder nationalen Agrarpolitik. Das OZE-G verleiht insbesondere dem Vorsitzenden der Agrarmarktagentur diverse Kompetenzen im Bereich der Aufsicht über die Erzeugung von Agrarbiogas oder die Erzeugung elektrischer Energie aus Agrarbiogas.²⁹⁰

3) Generaldirektor für den Umweltschutz und die Regionaldirektoren für den Umweltschutz

Der Generaldirektor für den Umweltschutz ist ein Zentralorgan der Regierungsverwaltung.²⁹¹ Seine Aufgaben²⁹² konzentrieren sich insbesondere auf die Teilnahme an der Realisierung der Umweltpolitik in Bereichen wie der Überwachung des Investitionsprozesses, der Aufsicht über die Haftung für Umweltschäden oder der Umweltverträglichkeitsprüfung.

Dem Generaldirektor für den Umweltschutz ist für jede Woiwodschaft ein Regionaldirektor für Umweltschutz unterstellt. Der Regionaldirektor ist durch seine Aufgaben – u.a. Erlass von Bescheiden nach dem Naturschutzgesetz²⁹³ und Durchführung der Verfahren nach dem Gesetz über die Vorbeugung und Behebung von Umweltschäden²⁹⁴ – unmittelbar an dem Investitionsprozess der EE-Anlagen beteiligt.

4) Vorsitzender des Amts für Wettbewerbs- und Verbraucherschutz

Der Vorsitzende des Amts für Wettbewerbs- und Verbraucherschutz ist ein Zentralorgan der Regierungsverwaltung, dessen Zuständigkeit im Bereich des Wettbewerbsschutzes, der Begutachtung der Beihilfeprojekte und des Verbraucherschutzes liegt.

4. Verwaltungseinheiten

In der Struktur der Fördermodelle für Strom aus erneuerbaren Energien beteiligt sind ebenfalls die polnischen Verwaltungseinheiten. Die Projektentwickler kommen in allen Phasen der Realisierung der EE-Projekte von den Verwaltungseinheiten am meisten mit den Vertretern der Gemeinden in Berührung. Die Gemeinde ist die polnische Verwaltungseinheit der dritten Stufe.²⁹⁵ Ihr steht die Planung und Organisation der Stromversorgung²⁹⁶ und der Maßnahmen zum Zwecke der Rationalisierung des Stromverbrauchs und der Promotion der Energieeffizienz auf dem Gebiet der Gemeinde zu.²⁹⁷ Die Gemeindevorsteher sind für den

²⁸⁹ Im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 des Rates vom 21.06.2005 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik, ABl. L 209 vom 11.08.2005, S. 1 ff. mit weiteren Änderungen.

²⁹⁰ Z.B. Pflichten der Verteilungsnetzbetreiber zur Information an den Vorsitzenden der Agrarmarktagentur nach Art. 21 Abs. 1 OZE-G, Kontrolltätigkeit nach Art. 33 OZE-G, Pflichten der Erzeuger zur Information an den Vorsitzenden der Agrarmarktagentur nach Art. 216 OZE-G.

²⁹¹ *Karski, Leszek/Piotr, Korzeniowski*, Model prawny regulacji odnawialnych źródeł energii, Centrum Badań i Innowacji Pro-Akademia, 2012, S. 175.

²⁹² Verordnung des Premierministers vom 12.11.2008 über die Verleihung des Status der Generaldirektion für den Umweltschutz, BGBl. 2008, Nr. 202, Pos. 1205.

²⁹³ Naturschutzgesetz vom 16.04.2004, BGBl. 2004, Nr. 92 Pos. 880 mit weiteren Änderungen.

²⁹⁴ Gesetz über die Vorbeugung und die Behebung von Umweltschäden vom 13. April 2007, BGBl. 2007, Nr. 75, Pos. 439 mit weiteren Änderungen.

²⁹⁵ Die Republik Polen ist in 16 Woiwodschaften aufgeteilt, die aus insgesamt 380 Landkreisen (samt Städten mit den Rechten der Landkreise) und diese wiederum aus insgesamt 2 478 Gemeinden bestehen, Hauptstatistikamt, Juli 2016.

²⁹⁶ Art. 18 Abs. 1 Nr. 1 EnR, Art. 19 Abs. 1 EnR.

²⁹⁷ Art. 18 Abs. 1 Nr. 4 EnR.

Erlass der Umweltbescheide zuständig,²⁹⁸ die zu einer der wichtigsten Etappen auf dem Weg zur Erlangung der Baugenehmigung für die Errichtung von größeren EE-Anlagen gehören. Zu erwähnen sind überdies Verwaltungseinheiten, die für die raumordnungsrechtlichen Fragenkomplexe der Entwicklung der EE-Projekte zuständig sind.²⁹⁹

5. Beteiligte nach dem OZE-G

Die Gruppe der zuvor erwähnten Einrichtungen im Bereich der Fördermodelle für Strom aus erneuerbaren Energien ergänzen die Akteure, die nach dem OZE-G und EnR als solche in das Förderkonzept für Strom aus erneuerbaren Energien im polnischen Recht einbezogen sind.

1) Energieversorgungsunternehmen

Der Begriff des Energieversorgungsunternehmens ist weit definiert. Nach der Definition im OZE-G ist ein Energieversorgungsunternehmen ein Subjekt, das eine wirtschaftliche Tätigkeit im Bereich der Erzeugung, Umwandlung, Speicherung, Übertragung, Verteilung, Distribution und Handel von Brennstoffen oder Energie sowie im Bereich der Übertragung des Kohlendioxids ausübt.³⁰⁰ Die Energieversorgungsunternehmen sind im Rahmen des Fördermodells für Strom aus erneuerbaren Energien mit vielen Aufgaben betraut und müssen diverse Pflichten erfüllen.³⁰¹

2) Verpflichteter Verkäufer

Die Institution des verpflichteten Verkäufers ist aus dem Organ des sog. Verkäufers von Amts wegen entstanden. Nach dem EnR war der sog. Verkäufer von Amts wegen ein Grundversorger,³⁰² der die ihm gesetzlich auferlegten Aufgaben erfüllt hat. Unter anderem war er – vor dem 01. Januar 2016 – zum Erwerb des ihm durch die Anlagenbetreiber angebotenen Grünstroms zu dem gesetzlich festgelegten Preis verpflichtet. Das OZE-G schafft – ohne entsprechende Definition – eine neue Institution des verpflichteten Verkäufers,³⁰³ der die Aufgaben des Verkäufers von Amts wegen im Bereich des Einkaufs des Grünstroms übernimmt. Der verpflichtete Verkäufer wird für den Zuständigkeitsbereich jedes der vier polnischen Übertragungsnetzbetreiber für das Folgejahr durch den URE-Vorsitzenden aus den Verkäufern der elektrischen Energie festgelegt, die in dem Zeitraum vom 1. Januar bis 31. August des Jahres das größte Verkaufsvolumen erzielt haben.³⁰⁴ Der verpflichtete Verkäufer kann, muss aber nicht dasselbe Energieunternehmen sein wie der Grundversorger.

3) Erzeuger (Anlagenbetreiber)

Eine signifikante Rolle schreibt das OZE-G dem Erzeuger zu. Der Erzeuger ist nach den Bestimmungen des OZE-G³⁰⁵ ein Subjekt, das seinen Sitz auf dem Gebiet eines der Mitgliedstaaten der EU oder der EFTA hat und Strom aus erneuerbaren Energiequellen auf

²⁹⁸ Siehe Seite 187.

²⁹⁹ Vgl. S. 189 ff.

³⁰⁰ Art. 2 Nr. 28 OZE-G mit Verweis auf Art. 3 Nr. 12 EnR.

³⁰¹ Z.B. bezüglich der Erfüllung der Quotenverpflichtung, siehe Seite 89 ff., oder im Rahmen des Umlagesystems, siehe Seite 143 ff.

³⁰² Art. 3 Nr. 29 EnR.

³⁰³ Art. 40 ff. OZE-G.

³⁰⁴ Art. 40 Abs. 2 bis 6 OZE-G.

³⁰⁵ Art. 2 Nr. 39 OZE-G.

dem Gebiet der Republik Polen oder der polnischen ausschließlichen Wirtschaftszone³⁰⁶ erzeugt. In der vorliegenden Arbeit wird der Erzeuger auch mit dem Begriff Anlagenbetreiber bezeichnet. Der Anlagenbetreiber ist der Hauptberechtigte aus den Fördermechanismen für Strom aus erneuerbaren Energien und durch seine Erzeugeraktivität der Hauptträger der Fördermodelle.

4) Prosument

Eine Art des Erzeugers ist der Prosument. Der Begriff des Prosumenten wurde in das OZE-G im Kontext der Abrechnungsverpflichtung in Bezug auf die in sogenannten Mikroanlagen erzeugte Grünenergie aufgenommen.

Als Prosument wird ein Endabnehmer der elektrischen Energie bezeichnet, der elektrische Energie aufgrund eines mit dem Netzbetreiber abgeschlossenen Komplexvertrags erwirbt sowie die elektrische Energie ausschließlich zum Eigenverbrauch, der keinen kaufmännischen Zielen dient, in einer Mikroanlage³⁰⁷ erzeugt.³⁰⁸ Bei einem Komplexvertrag handelt es sich um einen Vertrag zwischen dem Netzbetreiber und dem Endabnehmer über den gleichzeitigen Einkauf und die Lieferung elektrischer Energie, dessen Inhalt zu Teilen durch das EnR geregelt ist.³⁰⁹ Der Prosument ist demzufolge gleichzeitig ein Endabnehmer elektrischer Energie aus dem Netz allgemeiner Versorgung sowie ein Erzeuger grüner Energie in einer Mikroanlage.

5) Verteilungsnetzbetreiber und Übertragungsnetzbetreiber

Eine nicht unerhebliche Rolle im Bereich der erneuerbaren Energien erfüllen naturgemäß die Netzbetreiber: der Übertragungsnetzbetreiber³¹⁰ und der Verteilungsnetzbetreiber.³¹¹ In Polen existieren ein Übertragungsnetzbetreiber (Polskie Sieci Elektroenergetyczne S.A.³¹²) und 172 Verteilungsnetzbetreiber,³¹³ wobei fünf von diesen eine bedeutende Rolle auf Landesniveau einnehmen.³¹⁴ Die Rolle der Netzbetreiber kommt insbesondere in Angelegenheiten rund um die Errichtung des Netzanschlusses in der Phase der Projektrealisierung und der Strom-

³⁰⁶ Siehe auch Seite 64 f.

³⁰⁷ Siehe unter 68 f.

³⁰⁸ Art. 2 Nr. 27a OZE-G. Die Formulierung der Definition scheint noch nicht ausgereift zu sein. Unklar ist die rechtliche Einstufung von gängigen Situationen, in denen eine Immobilie, die Strom aus der gegenständlichen EE-Anlage bezieht, sowohl Gewerbe- als auch Wohnzwecken dient (z.B. ein Übersetzer kommt seiner Tätigkeit von zu Hause aus nach).

³⁰⁹ Siehe Art. 5 EnR. Mit dem Abschluss des Komplexvertrags regelt der Endabnehmer sein Verhältnis zu seinem aktuellen Stromanbieter sowie gleichzeitig zu dem Verteilungsnetzbetreiber, an dessen Netz allgemeiner Versorgung der Endabnehmer angeschlossen ist. Der Abschluss eines Komplexvertrags erfolgt auf freiwilliger Basis und kann nicht erzwungen werden. Die vielen praktischen Vorteile des Komplexvertrags überzeugen jedoch zahlreiche Verbraucher, einen solchen abzuschließen.

³¹⁰ Art. 2 Nr. 25 OZE-G mit Verweis auf Art. 3 Nr. 24 EnR.

³¹¹ Art. 2 Nr. 23 OZE-G mit Verweis auf Art. 3 Nr. 25 EnR.

³¹² <http://www.pse.pl/index.php>. Zum historischen Hintergrund siehe ab Seite 40.

³¹³ <http://bip.ure.gov.pl/bip/rejstry-i-bazy/operatorzy-systemow-el/787,Operatorzy-systemow-elektroenergetycznych-dane-adresowe-i-obszary-dzialania.html>.

³¹⁴ RWE Stoen Operator Sp. z o.o. <http://www.rwestoenoperator.pl/>, PGE Dystrybucja S.A. www.pgedystrybucja.pl/, ENEA Operator Sp. z o.o. www.operator.enea.pl/, Tauron Dystrybucja S.A. www.tauron-dystrybucja.pl/, Energa-Operator S.A. www.energa-operator.pl/.

einkaufsverpflichtung in der Phase der Nutzung des Hauptfördermodells sowie der Abrechnungsverpflichtung zum Tragen.

6) Umlagestelle (Abrechnungsverwaltung AG)

Die Umlagestelle ist eine zentrale Stelle in dem Ausgleichsmechanismus des Fördermodells für Strom aus erneuerbaren Energien.³¹⁵ Zu ihren Aufgaben gehört im Rahmen des Ausschreibungsmodells für die Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien die Beschaffung und Verwaltung der Finanzmittel sowie deren Auszahlung an den berechtigten Anlagenbetreiber (zur Deckung eines sog. Minussaldos³¹⁶).³¹⁷

Die Aufgaben der Umlagestelle erfüllt derzeit die Abrechnungsverwaltung AG. Die Abrechnungsverwaltung AG (Zarządca Rozliczeń S.A.)³¹⁸ wurde lange vor dem Inkrafttreten des OZE-G ins Leben gerufen.³¹⁹ Ihr Ziel war (und ist weiterhin), die Deckung der Erzeugerkosten, die infolge der Beendigung der Dauerverträge über den Verkauf elektrischer Energie entstanden sind, abzuwickeln.³²⁰ Nun wird die Abrechnungsverwaltung AG mit zusätzlichen Aufgaben im Rahmen des Umlagesystems betraut, in dessen Rahmen die an die berechtigten Anlagenbetreiber gezahlten Fördermittel auf die Endverbraucher abgewälzt werden. Damit erfüllt die Abrechnungsverwaltung AG die Aufgaben der Umlagestelle³²¹ und führt das Umlagekonto.³²²

Der alleinige Aktionär der Gesellschaft ist der polnische Staat³²³ und als solcher nimmt er Einfluss auf die Besetzung der Organe der Gesellschaft. Das Gesetz über die Daueraufträge

³¹⁵ Art. 102 bis 113 OZE-G.

³¹⁶ Siehe 134 ff.

³¹⁷ Art. 107 OZE-G.

³¹⁸ <http://www.zrkd.pl/index.php>.

³¹⁹ Gesetz vom 29.06.2007 über die Regeln der Deckung von Kosten, die bei den Erzeugern infolge von vorzeitiger Auflösung der Dauerverträge betreffend den Verkauf von Kapazitätsauslastung und elektrischer Energie entstanden sind, BGBl. 2007, Nr. 130, Pos. 905 mit weiteren Änderungen, Gesetz über Daueraufträge.

³²⁰ Die mit dem Gesetz über Daueraufträge gemeinten Dauerverträge für den Verkauf der elektrischen Energie wurden in den 1990er-Jahren des 20. Jahrhunderts zwischen den Großerzeugern und dem staatlich kontrollierten Übertragungsnetzbetreiber PSE SA abgeschlossen. Sie gewährten bestimmten Energieerzeugern einen den Marktpreis übersteigenden Abnahmepreis für die erzeugten Strommengen, was die Modernisierung und Erweiterung der Erzeugungseinheiten und damit den Vollzug der durch den polnischen Staat beabsichtigten Anpassung des polnischen Versorgungssystems an die europäischen Maßstäbe ermöglichen sollte.³²⁰ Die Dauerverträge wurden nach dem Beitritt der Republik Polen zur EU als mit dem Beihilferecht nicht vereinbar erklärt. Daraufhin hat der polnische Staat ein Förderprogramm vorbereitet, wonach die Verträge auf der Grundlage einer Absprache mit den Erzeugern gegen Gewährleistung von Ausgleichszahlungen bis zum Ablauf der Laufzeit des Dauervertrags aufgelöst wurden. Die Grundlage dafür schuf das Gesetz über Daueraufträge. Die Förderzahlungen wurden durch die Europäische Kommission als Beihilfe, die allerdings nach der Methode für verlorene Kosten mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar ist, eingestuft (Entscheidung der Kommission vom 25.09.2007, K (2007) 4319, Art. 4 Abs. 2). Die Förderkosten werden auf die Endverbraucher in Form einer sog. Übergangsgebühr umgelegt (Art. 8 ff. des Gesetzes über langfristige Strombezugsvereinbarungen). Mit dem Management und mit der Auszahlung der finanziellen Mittel im Rahmen der Erfüllung der Regelungen des Gesetzes über Dauerverträge wurde die Abrechnungsverwaltung AG betraut.

³²¹ Art. 106 OZE-G.

³²² Siehe Seite 153 f.

³²³ Ursprünglich war der alleinige Aktionär die PSE SA, die dem polnischen Staat die Aktien der Abrechnungsverwaltung AG am 07.07.2016 übertragen hat, Information auf der Website der Abrechnungsverwaltung AG, <http://www.zrkd.pl/ofirmie.php>, abgerufen am 25.08.2016.

schaft in Bezug auf die Abrechnungsverwaltung eine Reihe von Ausnahmen von den allgemeinen handels- oder gesellschaftsrechtlichen Regeln, welche den Fortbestand der Funktionsweise der Abrechnungsverwaltung AG unterstützen sollen.³²⁴

6. Juristische Personen

Den Kreis der Akteure im Fördermodell von Strom aus erneuerbaren Energien ergänzen zahlreiche juristische Personen des öffentlichen Rechts und des Zivilrechts.

Zu erwähnen ist der Nationalfonds für Umweltschutz und Wasserwirtschaft³²⁵ (NFOŚiGW). Der NFOŚiGW ist eine juristische Person des öffentlichen Rechts und auf der Grundlage des Umweltgesetzes tätig.³²⁶ Der NFOŚiGW samt der ihm untergeordneten Woiwodschaft NFOŚiGW bildet den Kern des Systems der Finanzierung der Projekte zum Umweltschutz. Eine der Hauptaufgaben des NFOŚiGW ist der schnelle und gezielte Einsatz der zugewiesenen europäischen Fördermittel und die Erteilung von Zuschüssen für Öko-Projekte mit dem Ziel, die internationalen Verpflichtungen der Republik Polen im Bereich des Umweltschutzes zu unterstützen. Ein Teil der dem NFOŚiGW zur Verfügung stehenden Fördermittel fließt aus der Zahlung der Ersatzzahlung als alternativer Methode der Erfüllung der Quotenverpflichtung in dem Quotenmodell mit Zertifikate-Handel.³²⁷

Die Akteure der EE-Branche können ebenfalls auf das Angebot der Nationalen Agentur für Achtung der Energie AG zurückgreifen.³²⁸ Sie bietet umfassende Beratungsdienstleistungen und Schulungen im Bereich der Energieeffizienz und des nachhaltigen Wachstums für Unternehmer und die Baubranche sowie Gutachten-, Bildungs- und Werbetätigkeit im Bereich der erneuerbaren Energien an.

Erwähnenswert ist zudem die Tätigkeit des ersten polnischen privaten Wissenschaftsinstituts – des Institutes der Erneuerbaren Energie GmbH³²⁹ (IEO) –, das die Forschungs- und Entwicklungstätigkeit mit Beratung für die Wirtschaft in den Bereichen der Windkraft, Photovoltaik, Biogas und Biomasse und der energiewirtschaftlichen Planung verbindet. Das IEO wirkt auf die Realisierung der sozialen und öffentlichen Ziele für die dezentrale Energieversorgung hin und befasst sich mit der Entwicklung und Vermarktung der Technologien für die erneuerbaren Energien und intelligente Netze.

Im Bereich der erneuerbaren Energien sind in Polen auch Vereine aktiv, welche die Interessen der im Bereich der erneuerbaren Energien tätigen Unternehmen vertreten. Durch ihre weit gestreute Aktivität zeichnet sich im Bereich der Förderung des Grünstroms die Polnische Wirtschaftskammer für Erneuerbare und Dezentrale Energien³³⁰ (im Folgenden „PIGEOR“)

³²⁴ Art. 52 ff. Gesetz über Daueraufträge; die Regelungen betreffen z.B. die Ausgabe von Wertpapieren oder die Möglichkeit ihrer Pfändung, Bestimmungen zur Umwandlung etc.

³²⁵ Narodowy Fundusz Ochrony Środowiska i Gospodarki Wodnej, NFOŚiGW, <https://www.nfosigw.gov.pl/>.

³²⁶ Art. 400 ff. Umweltgesetz. Die Satzung des NFOŚiGW bestimmt die Verordnung des Umweltministers vom 07.12.2010 über den Status des Nationalfonds für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, BGBl. 2010, Nr. 240, Pos. 1609.

³²⁷ Siehe Seite 93.

³²⁸ Krajowa Agencja Poszanowania Energii S.A., <http://www.kape.gov.pl/index.php/pl/>, berufen durch den Beschluss des Sejm vom 09.11.1990 über die Richtlinien der Energiepolitik der Republik Polen bis 2010.

³²⁹ Instytut Energetyki Odnawialnej sp. z o.o., IEO, <http://www.ieo.pl/>.

³³⁰ Polska Izba Gospodarcza Energii Odnawialnej i Rozproszzonej („PIGEOR“), <http://www.pigeor.pl/>.

aus. Die PIGEOR vertritt die Interessen der in der Erneuerbare-Energien-Branche tätigen Mitgliedsunternehmen und leistet insbesondere Lobby-, Beratungs- und Bildungsarbeit.

Ferner sind in dem Bereich der erneuerbaren Energien auch Vereine aktiv, deren Tätigkeit sich auf eine bestimmte grüne Technologie fokussiert, ohne den Blick auf die ganze Branche zu verlieren. Von diesen Vereinen am aktivsten ist das polnische Pendant des deutschen Bundesverbandes WindEnergie e.V., der polnische Windenergieverband.³³¹ Präsent sind auch die Verbände im Bereich der Photovoltaik³³² und der Biomasse/Biogas.³³³ Diese Vereine sehen ihre Aufgaben nicht nur in Vertretung der Interessengruppen aus der jeweiligen Technologie, sondern beispielsweise in der Aufklärung der Bevölkerung über die Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien sowie der kontinuierlichen Förderung der Schaffung eines für die Entwicklung der erneuerbaren Energien in Polen positiven Umfelds. Nicht zu unterschätzen ist die Tätigkeit der grenzüberschreitenden Zusammenschlüsse von Branchenunternehmen. Als Beispiel zu nennen ist der Deutsch-Polnische-Windenergie Club e.V. (im Folgenden „DPWEC“)³³⁴ Der DPWEC vereinigt diverse deutsche und polnische Unternehmen der gesamten Projektentwicklungskette (von Herstellern bis zu Anlagenbetreibern) im Bereich der Windenergie und bietet eine grenzüberschreitende Austauschplattform. Die wachsende Anzahl der Mitglieder des DPWEC verdeutlicht den Bedarf an grenzüberschreitender, deutsch-polnischer Kooperation im Bereich der erneuerbaren Energien.

7. Zwischenfazit

In Polen ist im Bereich der Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien die Aktivität diverser Akteure zu beobachten. Der Kreis der Beteiligten erstreckt sich von der Gesetzgebungsebene über die ausführende Gewalt der Regierung und Verwaltung und Justiz, die über die Rechtmäßigkeit des Förderkonzepts und seiner Umsetzung wacht, und über Zusammenschlüsse von Bürgern, wie z.B. Verbände, bis zu einzelnen Unternehmen und Privatpersonen. An der Gestaltung und Durchführung der Fördermodelle beteiligt sind zahlreiche Mitwirkende, die in dem polnischen Energiesystem größtenteils bereits existent waren, ihre Tätigkeit jedoch auf oft neue oder erweiterte Einsatzfelder erstrecken mussten und/oder konnten. Ein Teil der Akteure ist an dem Fördersystem durch wirtschaftliche, technische, wissenschaftliche oder lobbyistisch unterstützende Funktion beteiligt oder in Ansehung der (wirtschaftlichen) Chancen, die in der Tätigkeit in dem durch die Fördermodelle mitgestalteten Umfeld gesehen werden.

III. Der nationale rechtliche Rahmen für die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien

Die Förderung der Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien ist in Polen durch rechtliche Bestimmungen (unmittelbar oder mittelbar) auf allen Ebenen der Normenhierarchie

³³¹ Polskie Stowarzyszenie Energetyki Wiatrowej, PSEW, <http://www.psew.pl/pl/>.

³³² Polskie Stowarzyszenie Energetyki Fotowoltaicznej (PSEF) und Polskie Towarzystwo Energetyki Słonecznej (ISES).

³³³ Polska Izba Biomasy <http://www.biomasa.org.pl/kontakt.html> und Polska Biomasa Stowarzyszenie Producentów <http://www.polska-biomasa.pl/>.

³³⁴ www.dpwec.de.

geregelt. Die einschlägigen rechtlichen Bestimmungen werden durch Verwaltungsakte der zuständigen Behörden (z.B. Energieregulierungsbehörde) ergänzt.

Auf der Gesetzesebene sind im Kontext der Fördermodelle für Strom aus erneuerbaren Energien insbesondere zwei Gesetze zu erwähnen: das Energiewirtschaftsgesetz (EnR) sowie das polnische Erneuerbare-Energien-Gesetz (OZE-G), die man entsprechend mit dem deutschen EnWG³³⁵ und dem EEG³³⁶ vergleichen könnte. Sie inkludieren u.a. die Regelungen zu den Fördermodellen und zu den zusätzlichen Fördermechanismen für Strom aus erneuerbaren Energien sowie zu energiewirtschaftlichen Fragenkomplexen rund um regenerative Stromerzeugung und Netzanschluss der EE-Anlagen. Für den Bereich der erneuerbaren Energien von großer Bedeutung sind zudem die Bestimmungen zu Raumordnung und Umweltrecht, da diese wichtige Meilensteine in der Entwicklung der grünen Projekte regeln und in der Praxis oft darüber entscheiden, ob sich Projektentwickler dazu entschließen, eine grüne Investition zu tätigen. Die einschlägigen Gesetze sind nicht isoliert, sondern in Verbindung mit anderen Gesetzen, Nebengesetzen sowie sonstigen Rechtsnormen, wie zum Beispiel Verordnungen zu lesen, zu deren Erlass sie oft eine Ermächtigung begründen.³³⁷

Die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahre³³⁸ haben zahlreiche und nicht selten umfangreiche Novellierungen der für die Erneuerbaren-Energien-Branche einschlägigen Rechtsnormen zur Folge. Aus mehrfachen Änderungen auf dem nicht nur juristisch, sondern auch technisch komplizierten Gebiet wie der Energiewirtschaft, resultiert oftmals die Notwendigkeit weiterer Novellierungen, um übersehene Folgen der früheren Änderungen nachzujustieren oder Interpretationsunklarheiten auszuräumen. Dies führt dazu, dass die Gesetze an vielen Stellen schwer zu durchschauen sind; viele Artikel mit einer Vielzahl von Absätzen mit mehrstufiger Nummerierung ziehen sich über mehrere Textseiten. Bei manchen Novellierungen wird die Systematik der Gesetze nicht eingehalten; nach einem neuen Artikel kommen nicht selten weitere neue Artikel, die thematisch (systematisch) mit den vorangegangenen nicht oder lediglich locker zusammenhängen. Dies macht die Gesetze anfällig für Fehler und Unstimmigkeiten und sorgt für Interpretationsschwierigkeiten.³³⁹

Diese Art und Weise der Umsetzung gesetzgeberischer Techniken erschwert die Ermittlung des Normeninhalts. Die Rechtsnormfindung wird zudem behindert durch eine Vielzahl von Normgebern, zahlreiche und umfangreiche Verordnungsermächtigungen an diverse Minister oder mehrere Minister gleichzeitig sowie die Delegation der Konkretisierung der Normen-inhalte an weitere Stellen (z. B. Regulierungsbehörde). In praktischer Hinsicht ist die Rechts-normfindung dadurch erschwert, dass eine konsolidierte Fassung nicht immer zugänglich ist. Überdies sind die Suchmaschinen, die durch die Staatseinrichtungen zur Verfügung gestellt werden, nicht ausreichend, um zuverlässig die aktuell geltenden Gesetzesnormen aufzufinden.

³³⁵ Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz - EnWG) vom 07.07.2005, BGBl. I S. 1970, 3621 mit weiteren Änderungen.

³³⁶ Siehe Fn. 1378.

³³⁷ Wegen der großen Anzahl von einschlägigen Bestimmungen auf der untergesetzlichen Ebene werden die wichtigsten von ihnen bei den jeweiligen Themenkomplexen in weiteren Teilen der Arbeit entsprechend erwähnt.

³³⁸ Siehe Seite 40 ff.

³³⁹ Zugleich wird das Instrument der systematischen Auslegung an anderen Stellen, wo möglicherweise sauber gearbeitet wurde, geschwächt.

Zu bemängeln ist außerdem die unzureichende Transparenz des Gesetzgebungsverfahrens dahingehend, dass viele Dokumente dieses Verfahrens nicht immer (online) zugänglich sind. Damit ist die Möglichkeit des Zugriffs auf Materialien, die bei der Auslegung unklar formulierter Gesetzesnormen helfen könnten, deutlich eingeschränkt. Die zugänglichen Gesetzgebungsmaterialien liefern in vielen Fällen keine zufriedenstellende Auslegungshilfe; die Gesetzesbegründungen beschränken sich nicht selten auf die bloße Wiedergabe der (vorge schlagenen) Rechtsnormen und werden im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens häufig nicht aktualisiert, sodass die Erklärungen für novellierte oder neu eingeführte Normen oftmals fehlen.

1. Verfassungsrechtliche Grundlagen für die Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien

In der polnischen Verfassung ist ein Bezug auf die Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien nicht direkt zu finden. Er lässt sich allerdings aus breiten verfassungsrechtlichen Grundlagen für den Umweltschutz herleiten.

Nach der polnischen Verfassung ist die Sicherung des Umweltschutzes eine der Hauptaufgaben des polnischen Staats,³⁴⁰ die u.a. unter Beachtung des Prinzips der nachhaltigen Entwicklung realisiert werden soll.³⁴¹ Die Realisierung der Ziele des Umweltschutzes rechtfertigt eine partielle Einschränkung der verfassungsrechtlichen Freiheiten und Rechte³⁴², wie z.B. der verfassungsrechtlich geschützten Freiheit auf die Ausübung wirtschaftlicher Tätigkeit.³⁴³ Der Staat ist zur Verfolgung einer derartigen Ökopolitik verpflichtet, die ausreichende Bedingungen für die Realisierung des Umweltschutzes gewährleistet.³⁴⁴ Darüber hinaus obliegt es den Organen der öffentlichen Gewalt, im Zusammenhang mit den Verpflichtungen im Bereich des Gesundheitsschutzes der Umweltzerstörung vorzubeugen.³⁴⁵ Zudem ist verfassungsrechtlich jedermann für die Erhaltung des gegebenen Umweltzustands verantwortlich und haftet für seine selbst verursachte Verschlechterung.³⁴⁶ Alle diese Grundregeln verbindet das Prinzip der Sorge um das Gemeingut und der Verantwortung

³⁴⁰ In Art. 5 der polnischen Verfassung wird der Umweltschutz neben der Wahrung der Unabhängigkeit und Unantastbarkeit des Territoriums, der Gewährleistung der Freiheits-, Menschen- und Bürgerrechte und des Schutzes des Nationalerbes erwähnt.

³⁴¹ Das polnische Verfassungsrecht enthält keine Definition der Nachhaltigkeit. Polnische Autoren verstehen Nachhaltigkeit u.a. als eine Auslegungsrichtlinie, die dort eingesetzt wird, wo Zweifel an der Richtung oder an dem Umfang der Pflichten des Staats nach Art. 5 der polnischen Verfassung aufkommen. Der Inhalt des Prinzips der Nachhaltigkeit wird durch die Solidarität der Republik Polen mit anderen Völkern der Welt und durch die Humanität geprägt. Die Grundlagen für ein solches Verständnis der Nachhaltigkeit sind in der Präambel der polnischen Verfassung zu sehen, die sich auf die allgemeine Werte wie Gerechtigkeit, Güte und Schönheit bezieht, siehe *Rakoczy, Bartosz*, *Wolność działalności gospodarczej, a ochrona środowiska. Zasada zrównoważonego rozwoju*, „Rzeczpospolita”, 31.05.2006, S. C4; *Rakoczy, Bartosz*, *Komentarz do art. 5 Konstytucji Rzeczypospolitej Polskiej*, 25.11.2013, Lex 29.30.2015. Siehe Fn. 152 und 1146.

³⁴² Art. 31 der polnischen Verfassung.

³⁴³ Art. 22 der polnischen Verfassung.

³⁴⁴ Art. 74 der polnischen Verfassung.

³⁴⁵ Art. 31 der polnischen Verfassung.

³⁴⁶ Art. 86 der polnischen Verfassung.

künftigen Generationen gegenüber.³⁴⁷ Der Umweltschutz wird auch als ein wichtiger Aspekt der energetischen Sicherheit des Staats angesehen.³⁴⁸

Die Umweltpolitik soll insoweit eine Integrationsachse der divergenten Politikbereiche und nachhaltiger Landesentwicklung sowie der Harmonisierung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ziele mit Zielen des Umweltschutzes werden. Als Instrumente der Umweltpolitik des Staats kommen primär die Änderung der Modelle der Herstellung und des Konsums von Gütern, die Minderung der Material-, Wasser- und Energieintensität der Wirtschaft sowie die Entwicklung der besten zugänglichen Techniken und guten Praxen, deren praktische Umsetzung in der Landwirtschaft in Betracht.³⁴⁹ Die Schaffung der Bedingungen für die Realisierung des Umweltschutzes durch den Staat soll unter Einbeziehung der Bürger erfolgen.³⁵⁰ Dazu gehört u.a. das Recht auf Information, das u.a. das Bewusstsein für umweltfreundliches Handeln steigern und ein Instrument werden soll, das es den Bürgern ermöglicht, die Umsetzung der Verpflichtung durch den Staat zu kontrollieren. Ein weiteres Element ist die staatliche Förderung der Aktivität der Bürger in Bezug auf Umweltschutz, wozu zwei Komponenten gehören: die Schaffung der rechtlichen Rahmenbedingungen sowie die Ausarbeitung einer entsprechenden Handlungspraxis der staatlichen Organe. Darin ist ebenfalls die Verpflichtung zur finanziellen Unterstützung der Bürger zu sehen, gleich ob aus nationalen (regionalen) Haushalten oder internationalen Förderquellen,³⁵¹ umweltfreundliche Maßnahmen zu ergreifen. Die Förderung der Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien ist damit verfassungsrechtlich legitimiert. Die Anregung einer bestimmten Aktivität der Bürger durch finanzielle, staatlich gesteuerte Anreize bedarf oft der Einführung von Kontroll- und Strafmechanismen, um die Rechtmäßigkeit und die praktische Umsetzung der Fördermaßnahmen zu gewährleisten. Damit auch diese Elemente der Ausgestaltung der Fördermodelle legitimiert werden, darf kein Verstoß gegen (andere) Prinzipien der Verfassungsordnung vorliegen.

2. Einfachgesetzliche Ebene

Auf der einfachgesetzlichen Ebene ist im Bereich der Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien insbesondere das OZE-G einschlägig. Die energiewirtschaftlichen, für die grüne Stromerzeugung relevanten Rechtsbestimmungen sind wiederum im großen Umfang dem EnR zu entnehmen. Eine weitaus breitere Masse an gesetzlichen Bestimmungen kommt zur Anwendung in Bezug auf die Entwicklung von EE-Projekten. Die Rechtsbestimmungen lassen sich grob in jene unterteilen, die insbesondere umweltrechtliche Belange zum Gegenstand haben, und jene, die raumordnungsrechtliche Fragenkomplexe betreffen, wobei die Trennung sich nicht eindeutig durchführen lässt. Nachstehend wird eine Auswahl der wichtigsten Regelungen expliziert, die je nach Sachverhalt zur Anwendung kommen können.

Die angesprochenen Gesetze haben grundsätzlich einen Rahmencharakter und sind in Zusammenhang mit zahlreichen anderen Gesetzen, Verordnungen, die infolge von

³⁴⁷ Vgl. *Bartosiewicz, Michał*, Kommentar zu art. 74 Konstytucji Rzeczypospolitej Polskiej, Lex 2014.09.15.

³⁴⁸ Urt. des poln. VerfG vom 06.06.2006, AZ.: K. 23/2005, OTK-A 2006, Nr. 6, Pos. 62.

³⁴⁹ Vgl. *Pankau, Felix*, in: *Brodecki, Zdzisław* [Hrsg.]/*Gończ, Elżbieta/Lost-Siemińska, Dorota/Majkowska-Szulc, Sylwia/Pankau, Feliks/Pyć, Dorota/Tyszecki, Andrzej*, *Ochrona środowiska*, Lex, 29.07.2014.

³⁵⁰ *Rakoczy, Bartosz*, Kommentar zu art. 5 Konstytucji Rzeczypospolitej Polskiej, 25.11.2013, Lex 29.30.2015.

³⁵¹ *Garlicki, Leszek*, *Konstytucja Rzeczypospolitej Polskiej. Komentarz*, Band I, Wydawnictwo Sejmowe 1999, Art. 74, S. 4.

gesetzlichen Ermächtigungen durch zuständige Minister erlassen wurden, oder anderen Rechtsnormen zu lesen. Der Umfang und das Ziel der Arbeit erlauben dabei keine detaillierte Darstellung aller für die Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien einschlägigen Rechtsnormen.

1) Gesetz über die Energiewirtschaft (EnR)

Das EnR³⁵² reguliert u.a. Fragenkomplexe wie die Ausgestaltung der Energiepolitik des Staats, die Regeln und Bedingungen der Energieversorgung und -nutzung, die Regeln der Ausübung der wirtschaftlichen Tätigkeit von Energieversorgungsunternehmen sowie der Tätigkeit der zuständigen Staats- und Verwaltungsorgane im Bereich der Energiewirtschaft. Dem EnR sind die wichtigsten Regeln für den Netzanschluss der Stromerzeugungsanlagen zu entnehmen. Obwohl die meisten für die Förderung der erneuerbaren Energien relevanten Bestimmungen aus dem EnR exkludiert und in das OZE-G aufgenommen wurden und das EnR entsprechend novelliert wurde, bleibt das EnR das Gerüst für die energiewirtschaftlichen Rechtsnormen über die Tätigkeit im Bereich der erneuerbaren Energien.

2) Gesetz über Erneuerbare Energien (OZE-G)

Das zentrale Gesetz hinsichtlich der Rahmenbedingungen der Förderung für Strom aus erneuerbaren Energien ist das Gesetz über Erneuerbare Energien.³⁵³

a. Ziel und Zweck des OZE-G

Ziel und Zweck des OZE-G sind in dem Wortlaut des Gesetzes nicht enthalten und müssen erst ermittelt werden. Ein Umriss der Entwicklungen, die das OZE-G verfolgt, lässt sich in gewissem Umfang der Begründung zu diesem Gesetz entnehmen.

Danach soll im Rahmen der allgemeinen Ziele mithilfe des OZE-G die Diversifizierung der Quellen der Stromerzeugung, die derzeit bis ca. 90 % auf Kohle basieren, erreicht werden.³⁵⁴ Eine der Säulen des angestrebten Energiemixes der Republik Polen³⁵⁵ sollen die erneuerbaren Energiequellen werden. Bei der Verwirklichung eines weiteren Ziels, der Senkung der Umweltbelastung und Steigerung der Energiesicherheit, ist der Ausbau der erneuerbaren Energien essenziell, wobei eine tragende Rolle der dezentralen Energieversorgung zugewiesen wird, um die Stromtransportverluste zu verringern und dadurch die Energiesicherheit zu verbessern sowie gleichzeitig die Menge des CO₂-Ausstoßes zu minimieren.³⁵⁶ Hinsichtlich der zu erreichenden nationalen Ausbauziele nimmt die Begründung zum OZE-G Bezug auf die Strategiedokumente der Republik Polen³⁵⁷ sowie die für Polen aus der Erneuerbare-Energien-Richtlinie erwachsenden Verpflichtungen. Danach soll die Republik Polen bis zum Jahr 2020 einen Anteil von Energie aus erneuerbaren Quellen von 15 % am Bruttoendenergieverbrauch erreichen.³⁵⁸

³⁵² Siehe Fn. 136.

³⁵³ Siehe Fn. 245.

³⁵⁴ Begründung des OZE-G, S. 1.

³⁵⁵ Vgl. die Ausbauziele für Polen, Seite 6 ff.

³⁵⁶ Begründung des OZE-G, S. 1.

³⁵⁷ Die Energiepolitik Polens bis 2030 (siehe Seite 31) und der Landesaktionsplan im Bereich der erneuerbaren Energien (siehe Seite 34).

³⁵⁸ Anhang 1 Lit. A der RL 209/28/EG, Landesaktionsplan für erneuerbare Energien, S. 18.

Ferner soll das OZE-G einen Beitrag für eine effektive Nutzung der erneuerbaren Energiequellen leisten. Das OZE-G soll zudem die ausgewogene Nutzung der erneuerbaren Energien anregen, mit der die langfristige Politik der wirtschaftlichen Entwicklung der Republik Polen, die Erfüllung der internationalen Verpflichtungen sowie die Steigerung der Innovation und Wettbewerbsfähigkeit der polnischen Wirtschaft durchgesetzt werden sollen. Das OZE-G soll der Ausarbeitung von Mechanismen und Instrumenten für die Förderung der Erzeugung von Strom, Wärme, Kälte und Biogas in EE-Anlagen dienen. Die Begründung zum OZE-G adressiert ebenfalls die Entwicklung einer optimalen und ausgewogenen Versorgung der Endabnehmer mit Strom, Wärme, Kälte und Biogas aus erneuerbaren Energiequellen. Mit dem OZE-G soll auch die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen infolge der Inbetriebnahme von neuen EE-Anlagen und die Sicherung der Nutzung der Nebenprodukte und Reste aus der Landwirtschaft für Energiezwecke erreicht werden.³⁵⁹

Die vagen Formulierungen sowie der Verzicht auf die Aufnahme von Ziel und Zweck des OZE-G in seinen Wortlaut sind kritisch zu beurteilen. Zwar hat die Ziel- und Zweckbestimmung eines Gesetzes keine unmittelbare Rechtswirkung³⁶⁰ und die Betroffenen können daraus keine direkten Ansprüche ableiten. Sie kann aber als eine zuverlässige Orientierungsstütze der Akteure der Erneuerbare-Energien-Branche bezüglich der geplanten Entwicklungen in dem betroffenen Wirtschaftsbereich dienen und damit die Investitionssicherheit in grüne Projekte steigern. Eine Gesetzeszweckbestimmung kann fernerhin informatorische und symbolische Wirkung entfalten.³⁶¹

Auf diese positiven Folgen der Aufnahme des Ziels und Zwecks des OZE-G in den Gesetzeswortlaut hat der polnische Gesetzgeber verzichtet. Die Begründung zum OZE-G liefert nur einen Umriss der angestrebten Ziele und des Zwecks des OZE-G und kann naturgemäß nur im Rahmen einer Auslegungshilfe ausgewertet werden. Aber auch das ist erschwert, da die in der Begründung zum OZE-G gewählten Formulierungen der Begründung den Zweck und das Ziel des OZE-G an vielen Stellen vermischen. Hierdurch verlieren die Ausführungen an Ausdruckskraft und Klarheit.

b. Anwendungsbereich

Nachfolgend wird der sachliche und persönliche Anwendungsbereich des OZE-G dargelegt. Die Aspekte des zeitlichen Anwendungsbereichs des OZE-G werden bei der Darstellung der Überführung des Fördermodells von Strom aus erneuerbaren Energien vom Quotenmodell mit Zertifikate-Handel auf Ausschreibungen mit angesprochen.³⁶²

a) Sachlicher Anwendungsbereich

Der sachliche Anwendungsbereich³⁶³ des OZE-G ist in allgemeinen Vorschriften des Gesetzes definiert. Danach regelt das OZE-G zum einen die Voraussetzungen und Regeln der Ausübung der Tätigkeit im Bereich der Erzeugung elektrischer Energie aus erneuerbaren Energiequellen und aus Agrarbiogas in Erneuerbare-Energien-Anlagen sowie der Erzeugung

³⁵⁹ Begründung des OZE-G, S. 4.

³⁶⁰ Frenz, Walter in: Frenz, Walter/Müggenborg, Hans-Jürgen/Cosack, Tilman/Ekardt, Felix [Hrsg.], EEG, Erneuerbare Energien-Gesetz Kommentar, 4. Auflage, § 1 Rn. 1.

³⁶¹ Nusser, Jan, Zweckbestimmungen in Umweltschutzgesetzen, S. 28.

³⁶² Siehe Seite 157 ff.

³⁶³ Art. 1 Abs. 1 Nr. 1 bis 6 OZE-G.

elektrischer Energie aus flüssigen Biokraftstoffen. Zum anderen legt das Gesetz die Mechanismen und Instrumente der Förderung der Erzeugung von elektrischer Energie aus erneuerbaren Energien, von Agrarbiogas und von Wärme in Erneuerbare-Energien-Anlagen fest.

Weiterhin bestimmt das OZE-G die Voraussetzungen der Erteilung der Herkunftsnachweise für den in EE-Anlagen erzeugten Strom aus erneuerbaren Energien. Ferner sind Gegenstand der Bestimmungen des OZE-G die Regeln der Realisierung des Landesaktionsplans im Bereich der erneuerbaren Energien.³⁶⁴ Das OZE-G bestimmt zudem die Rahmenbedingungen der internationalen Zusammenarbeit im Bereich der erneuerbaren Energien und gemeinsamer Investitionsprojekte.³⁶⁵ Und es legt die Regeln für die Zertifizierung der Installateure der EE-Anlagen fest.

b) Räumlicher Anwendungsbereich

Der räumliche Anwendungsbereich des OZE-G wird durch seinen Wortlaut nicht angesprochen. Es ist daher davon auszugehen, dass der Geltungsbereich des Gesetzes sich auf das ganze Rechtsgebiet der Republik Polen erstreckt.

Insbesondere hinsichtlich der Förderung der Stromerzeugung aus Offshore-Windkraftanlagen stellt sich allerdings die Frage, ob das OZE-G seinen territorialen Anwendungsbereich auch auf das Gebiet der polnischen Ausschließlichen Wirtschaftszone (im Folgenden „polnische AWZ“) erstreckt. Die Grenzen der polnischen AWZ sowie den Umfang der dort geltenden polnischen Staatsgewalt regelt das Gesetz über die Seegebiete der Republik Polen und über maritime Ordnung.³⁶⁶ Nach dem allgemeinen Prinzip ist in der polnischen AWZ das polnische Recht anzuwenden, wenn sein Geltungsbereich auf dieses Gebiet durch eine rechtliche Bestimmung erstreckt wird. Explizit wurde in dem Gesetz über die Seegebiete der Republik Polen und über die maritime Ordnung die Geltung des polnischen Umweltrechts in der polnischen AWZ fixiert.³⁶⁷ Zudem hat die Republik Polen in der polnischen AWZ ein souveränes Recht u.a. in Bezug auf Erforschung, Verwaltung und Gewinnung der natürlichen Ressourcen sowie in Bezug auf andere wirtschaftliche Unternehmungen.³⁶⁸ Weiterhin hat die Republik Polen in der polnischen AWZ das Recht, dort künstliche Inseln und sonstige Bauten zu errichten; in Bezug auf bestimmte Tätigkeiten, die diese Bauten zum Gegenstand haben, ist die polnische Staatsgewalt ausschließlich.³⁶⁹

Aus den voranstehend genannten Normen ergibt sich, dass die Republik Polen das Recht hat, zumindest in planungsrechtlicher Hinsicht³⁷⁰ Regelungen für die Errichtung von Offshore-Windkraftanlagen in der polnischen AWZ zu erlassen. Dies bedeutet allerdings nicht, dass die

³⁶⁴ Siehe Seite 35.

³⁶⁵ Siehe Seite 171.

³⁶⁶ Gesetz vom 21.03.1991 über die Seegebiete der Republik Polen und über die maritime Ordnung, BGBl. 1991, Nr. 32, Pos. 131 mit späteren Änderungen.

³⁶⁷ Art. 18 des Gesetzes über die Seegebiete der Republik Polen und über die maritime Ordnung.

³⁶⁸ Art. 17 Nr 1. des Gesetzes über die Seegebiete der Republik Polen und über die maritime Ordnung.

³⁶⁹ Art. 19 und 21 des Gesetzes über die Seegebiete der Republik Polen und über die maritime Ordnung.

³⁷⁰ Problematisch ist auch die Geltung von anderen Gesetzen in der polnischen AWZ, z.B. des polnischen Zivilgesetzbuches, Das Gesetz vom 23.04.1968 – Zivilgesetzbuch, BGBl. 1964, Nr. 16, Pos. 93, (ZGB). Die Entwickler der Offshore-Projekte sollten bei der Gestaltung ihrer Vertragsbeziehungen diesen Umstand entsprechend beachten.

dort errichteten Offshore-Windkraftanlagen den Förderanspruch nach dem OZE-G erlangen, auch wenn sie die hierzu im OZE-G vorgeschriebenen Voraussetzungen erfüllen. Dafür müsste die Anwendbarkeit der einschlägigen Regelungen des OZE-G auf die polnische AWZ eindeutig geregelt werden. Eine generelle Erstreckung des Geltungsbereichs des OZE-G auf die polnische AWZ wurde nicht bestimmt. Jedoch verbindet das OZE-G die grüne Stromerzeugung in der polnischen AWZ mit dem Förderanspruch über die Person des über das Fördermodell berechtigten Anlagenbetreibers (Erzeugers³⁷¹). Nach der Definition im OZE-G ist ein Erzeuger ein Subjekt, das seinen Sitz in dem Gebiet eines Mitgliedstaats der EU oder der EFTA hat und den Strom aus erneuerbaren Energiequellen auf dem Gebiet der Republik Polen oder der polnischen AWZ erzeugt. Die rechtliche Konstruktion ermöglicht den Anlagenbetreibern von Offshore-Windkraftanlagen mit einem Standort in der polnischen AWZ, an der Förderung über das Ausschreibungsmodell zu partizipieren und entsprechend hiervon zu profitieren – wenn alle anderen Voraussetzungen dafür erfüllt sind.³⁷²

c. Geförderte erneuerbare Energien

Der sachliche Anwendungsbereich des OZE-G erstreckt sich u.a. auf die Mechanismen und Instrumente der Förderung der Energieerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen. Die Feststellung, welche Energien zu den erneuerbaren Energien im Sinne des OZE-G gehören und damit unter den Anwendungsbereich des Gesetzes fallen, ist demgemäß von zentraler Bedeutung.

Das OZE-G zählt abschließend die primären Energieträger auf, bezüglich welcher für die aus ihnen erzeugte elektrische Energie – nach Erfüllung von weiteren Voraussetzungen – erfolgreich ein Förderanspruch geltend gemacht werden kann. Erneuerbare Energien sind danach erneuerbare, nicht fossile Energiequellen, zu denen Windenergie, solare Strahlungsenergie, aerothermische Energie, geothermische Energie, hydrothermale Energie, Wasserkraftenergie, Energie aus Wellen, Strömen und Gezeiten sowie Energie aus Biomasse, Biogas, Agrarbiogas und flüssigen Biokraftstoffen gehören.³⁷³ Grubengas wird nicht als erneuerbare Energie aufgezählt. Die Erzeugung von elektrischer Energie aus Grubengas wird lediglich eingeschränkt gefördert; förderfähig sind nur über das Quotenmodell mit Zertifikate-Handel und nur die KWK-Bestandsanlagen, die Grubengas einsetzen. Auf die Definition der erneuerbaren Energien im OZE-G nimmt ebenso das EnR Bezug,³⁷⁴ womit die einschlägigen Regelungen aus dem Bereich der erneuerbaren Energien in Bezug auf beispielsweise die Förderung von regenerativer Stromerzeugung oder den Netzanschluss von grünen Projekten (besser) abgestimmt werden können.

Außer dem Begriff der erneuerbaren Energien legt das OZE-G detaillierter bestimmte Begriffe fest, welche die Bestandteile der Definition bilden. Eigene Definitionen wurden aerothermischer, geothermaler und hydrothermalen Energie und Wasserkraft sowie Biomasse, Biogas, Agrarbiogas und Biokraftstoffe zugedacht.

³⁷¹ Siehe Seite 54.

³⁷² Siehe Seite 118. Von der Untersuchung des Quotenmodells mit Zertifikate-Handel wird mangels praktischer Relevanz abgesehen, da unter diesem Förderregime keine Offshore-Anlagen betrieben werden.

³⁷³ Art. 2 Nr. 22 OZE-G.

³⁷⁴ Art. 3 Nr. 20 EnR. Das EnR nimmt Bezug auf das OZE-G auch hinsichtlich der Definition z.B. der Mikroanlage (Art. 3 Nr. 20b), der Kleinanlage (Art. 3 Nr. 20c) und der EE-Anlage (Art. 3 Nr. 20h).

Aerothermische Energie bedeutet nicht von Menschen herbeigeführte Energie, die in Form von Wärme in der Luft in einem bestimmten Gebiet gespeichert ist.³⁷⁵ Geothermale Energie ist im OZE-G als eine nicht von Menschen herbeigeführte Energie, die in Form von Wärme unter der Erdoberfläche gespeichert ist, definiert.³⁷⁶ Hydrothermale Energie legt das OZE-G als eine nicht von Menschen herbeigeführte Energie fest, die in Form von Wärme in Oberflächengewässern gespeichert ist.³⁷⁷ Darüber hinaus liefert das OZE-G eine Definition von Wasserkraftenergie; diese ist danach eine kinetische Energie der Binnenoberflächengewässer, mit Ausnahme der Energie der Pumpenarbeit von Pumpenspeicherwerken und Wasserkraftanlagen mit einem Pumpenglied.³⁷⁸ Bemerkenswert ist, dass nach der Definition der erneuerbaren Energien nach dem OZE-G Wasserkraft neben den Energien aus Wellen, Strömen und Gezeitenenergie erwähnt ist und damit als ein anderer Primärenergieträger gilt. Für den Grünstrom aus Anlagen, die für die Erzeugung von elektrischer Energie Wellen, Ströme und Gezeitenenergie nutzen, sollen daher keine Fördereinschränkungen erfolgen, die technologiespezifisch für Wasserkraft eingeführt worden sind.³⁷⁹

Im OZE-G finden sich ebenfalls die Definitionen von Biomasse, Biogas, Agrarbiogas und Biokraftstoffen. Nach der Legaldefinition ist Biomasse eine feste oder flüssige Substanz pflanzlicher oder tierischer Herkunft, die einer Biodegradation unterliegt, die aus Erzeugnissen, Abfällen und Resten der Landwirtschafts- und Waldproduktion sowie der ihre Erzeugnisse verarbeitenden Industrie stammt, als auch aus Getreidekörnern, welche die Qualitätsanforderungen des Art. 7 der Verordnung (EU) Nr. 1272/2009 der Kommission vom 11. Dezember 2009 mit gemeinsamen Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates hinsichtlich des An- und Verkaufs von landwirtschaftlichen Erzeugnissen im Rahmen der öffentlichen Intervention (L 349/1 v. 29. Dezember 2009, S. 1 mit späteren Änderungen) erfüllen, und aus Getreidekörnern, die dem Interventionskauf nicht unterfallen, als auch biologisch abbaubaren Industrie- und Kommunalabfällen tierischer oder pflanzlicher Herkunft, darunter Kläranlagen oder Wasseraufbereitungs- und Abfalldeponieanlagen, insbesondere von Klärschlamm, in Übereinstimmung mit gesetzlichen Regelungen bezüglich der Einordnung dieses Teils der Energie als aus thermischer Behandlung von Abfällen gewonnener Energie.³⁸⁰ Ein Gas, das aus Biomasse, insbesondere infolge der Verarbeitung von tierischen oder pflanzlichen Abfällen, aus Kläranlagen oder aus Abfalldeponien gewonnen wird, definiert das OZE-G als Biogas.³⁸¹ Das OZE-G erarbeitet auch den Begriff des Agrarbiogases. Danach ist Agrarbiogas ein Gas, das infolge der Methangärung von landwirtschaftlichen Rohstoffen, Nebenprodukten der Landwirtschaft, flüssigem oder festem Viehdung, Nebenprodukten, Abfällen oder Resten der Verarbeitung landwirtschaftlicher Rohstoffe oder Waldbiomasse oder Pflanzenbiomasse aus anderen als als Landwirtschafts- oder Waldflächen eingetragenen Gebieten gewonnen wird, mit Ausnahme von Biogas aus

³⁷⁵ Art. 2 Nr. 9 OZE-G.

³⁷⁶ Art. 9 Nr. 10 OZE-G.

³⁷⁷ Art. 2 Nr. 11 OZE-G.

³⁷⁸ Art. 2 Nr. 12 OZE-G.

³⁷⁹ Siehe z.B. die Berechtigten aus dem Fördersystem über das Quotenmodell mit Zertifikate-Handel, S. 87 f.

³⁸⁰ Art. 2 Nr. 3 OZE-G.

³⁸¹ Art. 2 Nr. 1 OZE-G.

Kläranlagen und Abfalldeponien.³⁸² Nach der Legaldefinition der Biokraftstoffe handelt es sich dabei um flüssige Kraftstoffe, die für andere energetische Zwecke als für den Transport eingesetzt werden, darunter für die Erzeugung von elektrischer Energie oder Wärme, die aus Biomasse oder aus hochwertigen Getreidekörnern hergestellt und in Anlagen eingesetzt werden, welche die Emissionsstandards erfüllen,³⁸³ soweit derartige Standards nach den Rechtsbestimmungen über Umweltschutz erlassen worden sind.³⁸⁴

Außer den voranstehend definierten Begriffen fehlt es an gesetzlicher Klarstellung weiterer einzelner Energiequellen, die durch die Definition von erneuerbaren Energien im Sinne des OZE-G erfasst werden. Die Energie aus Wellen, Strömen und Gezeiten³⁸⁵ erhält keinen eigenen Fördertatbestand, sodass die entsprechende Definition hinsichtlich der Möglichkeit der Inanspruchnahme des Förderanspruchs nicht essenziell ist. Im OZE-G fehlt ebenso die Definition von Windenergie und solarer Strahlungsenergie. Die Definition der solaren Strahlungsenergie lässt sich für die Zwecke der Anwendung der gesetzlichen Regelungen über die Förderung von grüner Stromerzeugung relativ problemlos aus dem allgemein herrschenden technischen Verständnis des Begriffs herleiten. Grundsätzlich gilt dies gleichsam für die Windkraft an sich. Allerdings kann der Mangel an ausreichenden Anhaltspunkten im OZE-G zu der Unterscheidung zwischen Windenergie an Land (onshore) und Windenergie auf See (offshore) zu Schwierigkeiten führen, da diese Unterscheidung in vielen Aspekten der Förderung für Strom aus diesen Energiequellen von entscheidender Bedeutung ist, wie beispielsweise bei den Fördervoraussetzungen oder der maximalen Förderdauer.³⁸⁶

d. Anlagen für die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien

Für die Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien von zentraler Bedeutung ist der Begriff der Erneuerbare-Energien-Anlage. Die finanzielle Förderung kann nur dann in Anspruch genommen werden, wenn die grünen Strommengen in einer Erneuerbare-Energien-Anlage (EE-Anlage) erzeugt wurden – soweit auch die weiteren Voraussetzungen der Förderung erfüllt wurden. Im OZE-G finden sich mehrere Anlagenbegriffe. Zum einen definiert das Gesetz die EE-Anlage im Allgemeinen. Es liefert zudem Definitionen von spezifischen Gruppen von EE-Anlagen in Bezug auf ihre Größe oder ihre Technologie. Die getrennt definierten EE-Anlagen bilden einen Unterfall der EE-Anlagen, sodass, wenn im OZE-G die Rede von EE-Anlagen ist, grundsätzlich alle EE-Anlagen gemeint sind – es sei denn, dass für eine besondere Gruppe von Anlagen spezielle Regelungen getroffen werden.

Im Folgenden werden differente Definitionen von EE-Anlagen dargestellt. Der Beschreibung der gesetzlichen Definitionen der EE-Anlage(n) folgt der Versuch der Beschreibung der Begriffe der Bestands- und Neuanlagen, die zwar in das OZE-G als solche nicht

³⁸² Art. 2 Nr. 2 OZE-G.

³⁸³ Vgl. z.B. Art. 146 Umweltgesetz, siehe Fn. 262.

³⁸⁴ Art. 2 Nr. 4 OZE-G.

³⁸⁵ Das OZE-G nennt nicht die Salzgradientenergie (Osmosekraft), die bei der Vermischung von Süßwasser mit Salzwasser entsteht.

³⁸⁶ Solange nach den planungsrechtlichen Vorschriften die Errichtung von Windkraftanlagen auf dem Küstenmeer ausgeschlossen ist (siehe S. 74 f.), hat die Frage, ob die Windkraftanlagen, die zwischen Festland (Basislinie) und der Grenze der polnischen AWZ errichtet wurden, zu Onshore- oder Offshore-Windkraftanlagen im Sinne des OZE-G gehören, eher theoretische Bedeutung.

aufgenommen oder dort definiert worden sind, deren Einführung insbesondere im Hinblick auf die Überführung der Fördermodelle jedoch die Handhabung des Themas erleichtern kann.

a) Erneuerbare-Energien-Anlage

Nach dem ersten Teil der Legaldefinition der EE-Anlage im OZE-G³⁸⁷ ist eine Erneuerbare-Energien-Anlage ein separater Zusammenschluss von Einrichtungen zur Erzeugung von Energie aus derselben Technologie, indem elektrische Energie oder Wärme aus erneuerbaren Energiequellen erzeugt wird, oder alternativ ein separater Zusammenschluss von baulichen Objekten, die der Erzeugung von Agrarbiogas dienen, sowie jeweils ein an diesen Zusammenschluss angeschlossener Energiespeicher oder Agrarbiogasspeicher.³⁸⁸ Der Anlagenbegriff findet Anwendung auf Bestands- und Neuanlagen³⁸⁹ und ist für jedes der Fördermodelle einschlägig.

Der Wortlaut des Anlagenbegriffs ist unklar und wirft zahlreiche Interpretationsprobleme auf. Fraglich ist beispielsweise, ob eine EE-Anlage aus mehreren Stromerzeugungseinheiten bestehen kann und wenn ja, wie dies zu handhaben ist. Die Frage ist beispielsweise in Bezug auf die Berechnung der Dauer der Förderung relevant. Es bleibt zu entscheiden, ob für die Dauer der Förderung die erstmalige Stromerzeugung aus der ersten Stromerzeugungseinheit (z.B. in der ersten Windkraftanlage des Windparks) oder aus der letzten Stromerzeugungseinheit der Anlage ausschlaggebend ist. Weder das OZE-G selbst noch die Dokumente aus dem Gesetzgebungsverfahren bieten eine klare Antwort auf die Frage, was genau unter dem Begriff der „Einrichtungen zur Erzeugung der Energie“ zu verstehen ist und wie weit die Begrifflichkeit zu fassen ist.

b) Hybridanlage

Die Novelle vom 28. Juni 2016 hat in das OZE-G den Begriff der Hybridanlage³⁹⁰ eingeführt. Danach ist unter einer Hybridanlage ein Zusammenschluss von mindestens zwei EE-Anlagen zu verstehen, die zur Stromerzeugung ausschließlich erneuerbare Energien einsetzen und die unterschiedliche Verfügbarkeit aufweisen. Zudem soll der Zusammenschluss ein funktional und territorial kohärentes System sein, das dem Abnehmer eine ständige Lieferung von elektrischer Energie entsprechend den Vorschriften des EnR gewährleistet. Wenn das System durch einen Stromspeicher für die in der Hybridanlage erzeugte elektrische Energie unterstützt wird, gilt der aus dem Speicher ausgespeiste Strom als Grünstrom. Laut Gesetzesbegründung³⁹¹ bezweckt die Einführung des neuen Begriffs die Unterstützung von Anlagen, die durch die Integration von unterschiedlichen erneuerbaren Energien eine erhöhte Stabilität der Stromerzeugung aufweisen. Daraus kann konkludiert werden, dass der

³⁸⁷ Art. 2 Nr. 13 OZE-G.

³⁸⁸ Die Definition der EE-Anlage wurde im Zuge der Novellierung des OZE-G geändert. Nach dem davor geltenden Begriff mussten die Stromerzeugungseinheiten noch zusätzlich an demselben Netzanschlusspunkt angeschlossen sein und der Strom oder die Wärme aus derselben Energiequelle erzeugt werden. Auf diese Elemente verzichtet die aktuelle Definition. Insbesondere die Voraussetzung des Anschlusses an einem Netzanschlusspunkt wurde in der Branche stark kritisiert, darunter der Mangel der Definition des Begriffs des Netzanschlusspunkts sowie die Unsicherheit bezüglich der Rechtsfolgen zahlreicher möglicher Konstellationen (z.B. Zubau einer Neuanlage an den Netzanschlusspunkt einer Bestandsanlage).

³⁸⁹ Siehe Seite 158 f.

³⁹⁰ Art. 2 Nr. 11a) OZE-G. Die Hybridanlage sollte nicht mit einem Hybridsystem verwechselt werden, das zu den Mischfeuerungsanlagen gehört, siehe Seite 70 f.

³⁹¹ Gesetzesbegründung zu der OZE-G-Novelle vom 22.06.2016, S. 47.

Gesetzgeber unter einer Hybridanlage einen Zusammenschluss von mindestens zwei EE-Anlagen versteht, die grundsätzlich unabhängig voneinander funktionieren können und von denen mindestens eine Grünstrom aus nicht fluktuativen Energiequellen (Stabilitätsanfordernis) erzeugt. Die Realisierung der so verstandenen Hybridanlagenprojekte kann für die Investoren neue Möglichkeiten eröffnen, diverse Synergieeffekte der Projektentwicklung sowie zusätzliche Handlungsalternativen im Rahmen des Ausschreibungsmodells³⁹² zu nutzen. Allerdings wirft der Begriff der Hybridanlage zahlreiche Fragen auf, die für eine entsprechende Projektentwicklung von nicht unerheblicher Bedeutung sein dürften.³⁹³ Während daher die Idee des Gesetzgebers, ein Konzept der Hybridanlage und damit einhergehende neue Handlungsalternativen für die Anlagenbetreiber zu generieren, positiv zu bewerten ist, ist demgegenüber die mangelhafte gesetzliche Umsetzung negativ zu beurteilen.³⁹⁴

c) Mikro- und Kleinanlagen für die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien

Im OZE-G finden sich neben der allgemeinen Definition einer EE-Anlage die Definitionen von Mikroanlagen und Kleinanlagen. Die Einführung dieser speziellen Definitionen erleichtert die Handhabung der Regelungen für die erfasste Gruppe von kleineren EE-Anlagen.

Das OZE-G führt die Definition der Mikro- und Kleinanlage aus dem EnR fort. Sie werden aus dem Kreis der EE-Anlagen ausgesondert, die bestimmte Größen der installierten Leistung nicht überschreiten und an das Stromnetz mit bestimmter Nennspannung angeschlossen sind. Danach ist eine Mikroanlage eine EE-Anlage mit einer installierten Leistung bis einschließlich 40 kW und angeschlossen an das Stromnetz mit Nennspannung von unter 110 kV oder eine KWK-Anlage mit einer installierten Leistung bis einschließlich 120 kW.³⁹⁵ Die Kleinanlage ist eine EE-Anlage mit einer installierten Leistung über 40 kW und nicht

³⁹² Hybridanlagen, die z.B. aus einer Onshore-Windkraftanlage und einer Biomasseanlage bestehen, können in der Ausschreibungsrunde für die Anlagen mit einem Ertrag von über 3 504 MWh/MW/Jahr starten und ebenfalls für die Strommengen, die in der Windkraftanlage erzeugt wurden, ein höheres Preisangebot abgeben, als eine selbstständige Windkraftanlage in „ihrer“ Ausschreibungsrunde („andere“) erzielen könnte. Es ergibt sich nicht nur ein Vorteil in Bezug auf die zugänglichen Ausschreibungsrunden, sondern auch in Bezug auf die Höhe des möglichen zu erzielenden Referenzpreises.

³⁹³ Offen sind beispielsweise folgende Fragenkomplexe: Was ist konkret unter „unterschiedlicher Verfügbarkeit“ zu verstehen: Eine tatsächliche grüne Stromerzeugung in unterschiedlichen Technologien oder unterschiedliche Ertragskraft (z.B. Windkraftanlagen an einem windstarken oder -schwachen Standort)? Welche Kriterien entscheiden über die Entstehung einer Hybridanlage und auf welchem Zeitpunkt ist für die Beurteilung abzustellen? Bleibt ein Zusammenschluss von EE-Anlagen eine Hybridanlage, nachdem er eine solche geworden ist, oder kann die Anlage wieder in die einzelnen EE-Anlagen aufgesplittet werden? Können sowohl Bestands- als auch Neuanlagen zu einer Hybridanlage zusammengefasst werden? Nach welchen Kriterien werden funktionale und territoriale Kohärenz der Hybridanlage beurteilt? Können einzelne EE-Anlagen auch Teile von unterschiedlichen Hybridanlagen bilden? Wie werden Fristen festgelegt (z.B. erstmalige Stromerzeugung, Abrechnungszeiträume): bezüglich jeder der EE-Anlagen getrennt oder einheitlich für die ganze Hybridanlage, wenn einheitlich, welches Datum ist relevant? Was ist unter Stabilität der Energieversorgung zu verstehen, z.B. Stromeinspeisung in jederzeit derselben Menge oder lediglich eine unterbrechungsfreie Lieferung und wie werden die Grenzwerte bestimmt? Muss eine Hybridanlage einen einzigen Erzeuger haben oder darf jede der zusammengefassten EE-Anlagen von einer anderen Person betrieben werden?

³⁹⁴ Als Alternative wäre empfehlenswert, beispielsweise für die bestimmten Anlagenkonstellationen konkrete Privilegien/Erleichterungen zu begründen, statt neue, aber nicht ausreichend definierte Konstellationen zu schaffen.

³⁹⁵ Art. 2 Nr. 19 OZE-G.

mehr als 200 kW sowie angeschlossen an das Stromnetz mit Nennspannung von unter 110 kV oder eine KWK-Anlage mit einer installierten Leistung von über 120 kW bis einschließlich 600 kW.³⁹⁶

d) Mischfeuerungsanlagen für die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien

Das OZE-G führt gleichfalls die Definitionen für die Anlagen, welche mit geförderter Mischfeuerung betrieben werden, ein.

Nach der allgemeinen Definition ist eine Mischfeuerungsanlage eine EE-Anlage, in der elektrische Energie oder Wärme aus Biomasse, flüssigen Biobrennstoffen, Biogas oder Agrarbiogas mit anderen Brennstoffen erzeugt wird.³⁹⁷ Für den Begriff der Mischfeuerungsanlage von Relevanz ist ferner die Definition der aufgeteilten Vorrichtung – einer der Technologien der Stromerzeugung in Mischfeuerungsanlagen. Eine aufgeteilte Vorrichtung ist eine Vorrichtung zur Erzeugung elektrischer Energie oder Wärme in getrennten Produktionsvorgängen.³⁹⁸ Faktisch den Mischfeuerungsanlagen hinzuzurechnen sind auch die sog. Hybridsysteme.³⁹⁹ Sie sind als EE-Anlagen definiert, die elektrische Energie oder elektrische Energie und Wärme erzeugen, in denen getrennt hergestellte erneuerbare (Einsatz von Hilfsstoffen ist unschädlich) und nicht erneuerbare Einsatzstoffe eingesetzt werden und die mithilfe eines gemeinsamen Kollektors arbeiten.⁴⁰⁰ Der Begriff der Mischfeuerungsanlage(n) erfordert nicht, dass die jeweilige Einrichtung für Mischfeuerungszwecke geplant und entsprechend errichtet worden ist; es ist ausreichend, dass die bestehende Nicht-EE-Anlage entsprechend umgebaut wird.⁴⁰¹

e) KWK-Anlagen für die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien

Das OZE-G definiert nicht KWK-Anlagen, sondern die Technologie einer hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplung.⁴⁰² Die Kraft-Wärme-Kopplung selbst wird nicht definiert. Der in der vorliegenden Arbeit genutzte Begriff der KWK-Anlage benennt eine EE-Anlage,⁴⁰³ in der Strom unter Einsatz der Technologie von Kraft-Wärme-Kopplung erzeugt wird.

³⁹⁶ Art. 2 Nr. 18 OZE-G.

³⁹⁷ Art. 2 Nr. 15 OZE-G. Die Formulierung der Definition der Mischfeuerungsanlage ist in sich widersprüchlich: Sie soll eine EE-Anlage sein, in der auch fossile Brennstoffe eingesetzt werden, während nach der Definition der EE-Anlagen dort nur regenerative Energiequellen eingesetzt werden können. Die Definition einer Mischfeuerungsanlage dient daher der Schaffung einer Fiktion dergestalt, dass bei dem Einsatz bestimmter fossiler Energieträger eine EE-Anlage nicht aufhört, eine solche zu sein.

³⁹⁸ Art. 2 Nr. 35 OZE-G.

³⁹⁹ Nicht zu verwechseln mit Hybridanlagen.

⁴⁰⁰ Art. 2 Nr. 34 OZE-G.

⁴⁰¹ Die Definition der Mischfeuerungsanlage, die vor dem Inkrafttreten des OZE-G nach EnR galt, hatte auch diese Umbaumöglichkeit angeboten. So haben die meisten Energiekonzerne entsprechende Umbaumaßnahmen vollzogen, um in den Genuss der Förderung über das Quotenmodell mit Zertifikate-Handel zu kommen. Die Umbaumaßnahmen betrafen ca. 21,4 GW von insgesamt 30 GW der Erzeugungskapazitäten der Energiekonzerne, *Derski, Bartłomiej*, Kto straci na współspalaniu?, <http://wysokienapiecie.pl/oze/548-kto-straci-na-wspolspalaniu> vom 16.12.2014, abgerufen am 25.04.2017.

⁴⁰² Art. 2 Nr. 38 OZE-G mit Verweis auf das EnR (dort Art. 3 Nr. 38).

⁴⁰³ Siehe Seite **Fehler! Textmarke nicht definiert.**

f) Bestands- und Neuanlage für die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien

Weiter ist, zumindest für die Zwecke einer einfacheren Bearbeitung der Fragenkomplexe, die mit der Überführung des Fördermodells für Strom aus erneuerbaren Energien in Polen vom Quotenmodell auf Ausschreibungen zusammenhängen, der Begriff der Bestands- und Neuanlage anzuführen.

Der polnische Gesetzgeber hat keine Legaldefinition von Bestands- und Neuanlagen geliefert. Im OZE-G führt er allerdings einen Stichtag ein, der darüber entscheidet, ob auf eine bestimmte Anlage grundsätzlich die Regelungen des alten Förderregimes (Quotenmodell mit Zertifikate-Handel) oder des neuen Regimes (Ausschreibungsmodell oder Abrechnungsverpflichtung) anzuwenden sind. Der besagte Wendepunkt ist der Zeitpunkt der erstmaligen Stromerzeugung in dieser Anlage.⁴⁰⁴ Liegt der Zeitpunkt vor dem Inkrafttreten des Kapitels 4. des OZE-G, unterliegt die EE-Anlage grundsätzlich dem alten Regime. Sie ist infolgedessen eine Bestandsanlage. Hingegen unterfallen EE-Anlagen, die Strom erstmalig nach dem Inkrafttreten des Kapitels 4. des OZE-G erzeugt haben, grundsätzlich dem Regime des Ausschreibungsmodells bzw. der Abrechnungsverpflichtung.⁴⁰⁵ Sie werden daher als Neuanlagen bezeichnet.

An der Qualifizierung der EE-Anlagen als Neu- oder Bestandsanlage ändert es nichts – zumindest für die Zwecke der vorliegenden Ausarbeitung –, wenn eine EE-Anlage, die den Strom erstmalig vor dem Inkrafttreten des Kapitels 4. des OZE-G erzeugt hat, eine Teilnahmeerklärung abgegeben und infolge ihrer erfolgreichen Beteiligung an einer Ausschreibungsrunde einen Förderanspruch über das Ausschreibungsmodell erlangt hat.⁴⁰⁶

e. Zwischenfazit

Das OZE-G ist ein zentrales Gesetz für den rechtlichen Förderrahmen von Strom aus erneuerbaren Energien. Als Ziel und Zweck des Gesetzes können u.a. das Streben nach Diversifizierung der Quellen der Stromerzeugung, effektive Nutzung der erneuerbaren Energiequellen sowie Erfüllung der internationalen Verpflichtungen der Republik Polen im Bereich der regenerativen Stromerzeugung identifiziert werden. Diese Motive wurden nicht in den Wortlaut des Gesetzes aufgenommen, sondern ergeben sich erst aus der Gesetzesbegründung, was ihnen nicht die beabsichtigte Bindungskraft verleiht. Der sachliche Anwendungsbereich des OZE-G erstreckt sich u.a. auf Fördermodelle und Fördermechanismen für grüne Stromerzeugung. Räumlich ist das OZE-G zwar prinzipiell ausschließlich auf dem Gebiet der Republik Polen anwendbar, aber Offshore-Windkraftanlagen, die in der polnischen Ausschließlichen Wirtschaftszone errichtet werden, können auch von der finanziellen Förderung profitieren. Der Anspruch auf Förderung kann in Bezug auf die Strommengen geltend gemacht werden, die in bestimmten Technologien in EE-Anlagen erzeugt wurden, sodass diesen Begriffen eine zentrale Bedeutung zukommt. Als förderfähig nennt das OZE-G die Strommengen aus Windenergie, solarer Strahlungsenergie, aerothermischer Energie, geothermischer Energie, hydrothermaler Energie, Wasserkraftenergie, Energie aus Wellen, Strömen und Gezeiten sowie Energie aus Biomasse, Biogas, Agrarbiogas und flüssigen Biokraftstoffen. Die meisten dieser Technologien werden

⁴⁰⁴ Art. 41 Abs. 1 und Art. 42 Abs. 1 OZE-G.

⁴⁰⁵ Siehe S. 118.

⁴⁰⁶ Siehe S. 124 f.

legaldefiniert. Als problematisch erweist sich insbesondere die Unterscheidung zwischen Onshore- und Offshore-Windkraftanlagen, die keine eigene Definition erhalten, aber unterschiedliche Fördertatbestände zugewiesen bekommen haben. Der Begriff der EE-Anlage ist im OZE-G legaldefiniert. Die Legaldefinition der EE-Anlage verursacht allerdings zahlreiche Interpretationsschwierigkeiten, aus welchen viele Probleme in der Praxis resultieren könnten. Daneben führt das Gesetz die Begriffe der Hybridanlage, Mikro- und Kleinanlagen, Mischfeuerungsanlagen und KWK-Anlagen ein, die grundsätzlich als Unterfälle der EE-Anlagen verstanden werden können.

3) Umweltrechtliche Vorschriften

Die Nutzung der natürlichen Ressourcen soll in Übereinstimmung mit dem Prinzip der Nachhaltigkeit erfolgen.⁴⁰⁷ Übertragen auf den Bereich des Umweltrechts kann dies die Einhaltung der Regeln für den Schutz der natürlichen Umwelt, der Bedingungen der Einführung von Stoffen oder Energie in die Umwelt sowie die Tragung der Kosten für die Umweltnutzung bedeuten.⁴⁰⁸ Die hierzu anzuwendenden allgemeinen Prinzipien und Regimes im polnischen Rechtssystem sind auf der unterverfassungsrechtlichen Ebene insbesondere im Umweltgesetz⁴⁰⁹ niedergelegt. Zu den Leitprinzipien, die im Rahmen des Umgangs mit Umwelt anzuwenden sind, gehören nach dem Umweltgesetz das Präventionsprinzip, der Grundsatz der Vorsorge, der Grundsatz der Komplexität, das Verursacherprinzip und das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung. In welchem formellen Rahmen diese Prinzipien umzusetzen sind, entscheidet eines der drei Regimes, unter welches das jeweilige Vorhaben fällt. Die Regeln des ersten Regimes erlauben jedermann, seine persönlichen Bedürfnisse mit der Nutzung der Elemente der natürlichen Umwelt zu befriedigen. Fällt das Vorhaben unter die Regelungen des zweiten Regimes, darf die Umweltnutzung stattfinden, solange keine Genehmigung nach den Vorschriften des Umweltgesetzes verlangt wird. Nach dem dritten Regime ist der Interessierte zu der Nutzung der Umwelt lediglich berechtigt, wenn er eine rechtlich vorgeschriebene Genehmigung vorlegen kann. Die detaillierten Regelungen ergeben sich entweder direkt aus dem Umweltrecht, aus anderen Gesetzen, auf die das Umweltrecht unter Umständen verweist, oder aus entsprechenden Verordnungen. Das Umweltrecht schafft daher den Rahmen für die umweltbezogene Tätigkeit, darunter die Tätigkeit der Akteure der Erneuerbare-Energien-Branche. Da die grüne Projektentwicklung auf die Nutzung der natürlichen Ressourcen ausgerichtet ist, kann im Regelfall von einer grundsätzlichen Überschneidung mit dem Anwendungsbereich des Umweltgesetzes ausgegangen werden. Auf die Entwicklung und den Betrieb von EE-Anlagen werden insbesondere die Vorschriften des Umweltgesetzes in Bezug auf die Nutzung von Anlagen und Einrichtungen, Schutz der Erdoberfläche, Lärmschutz und Schutz vor Auswirkungen der elektromagnetischen Felder, Schutz der Luft sowie Schutz von Pflanzen und Tieren anzuwenden sein.

Neben dem Umweltgesetz können im Bereich des Umweltschutzes bei der Entwicklung von grünen Projekten zum Zwecke der Inanspruchnahme der finanziellen Förderung von Strom

⁴⁰⁷ Siehe Fn. 152, 341 und 1145.

⁴⁰⁸ *Zajdler, Robert*, Regulacje prawa krajowego dotyczące inwestycji w farmy wiatrowe (wybrane aspekty), Insytut Sobieskiego 2012, S. 63.

⁴⁰⁹ Gesetz von 27.04.2001, Gesetz über den Umweltschutz (Umweltgesetz - UmweltG), BGBl. 2001, Nr. 62, Pos. 627 mit weiteren Änderungen.

aus erneuerbaren Energien im Sinne des OZE-G auch zahlreiche weitere Bestimmungen Anwendung finden.

Weiterhin sollten die Projektentwickler beispielsweise die Vorschriften des Naturschutzgesetzes⁴¹⁰ beachten. Das Naturschutzgesetz bestimmt Ziele, Regeln und Formen des Umgangs mit belebter und unbelebter Natur sowie mit der Landschaft. In Bezug auf die EE-Anlagen von Bedeutung sind vorliegend insbesondere die Vorschriften über den Erhalt der ökologischen Prozesse und der Stabilität der Ökosysteme, Gewährleistung der Existenzkontinuität von Tierarten samt ihren Lebensräumen sowie Schutz der Landschaft. Das Naturschutzgesetz ist für den an Errichtung und Betrieb von EE-Anlagen Interessierten insbesondere relevant in Bezug auf die Platzierung der geplanten Anlagenstandorte in der Nähe von oder auf besonders ausgewiesenen Zonen, wie z.B. Naturparks, Naturschutzgebieten, Natura 2000 oder ökologische Flächenstilllegungen.

Bei der Errichtung der EE-Anlagen können ferner die Fragenkomplexe des Schutzes der landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Flächen, der Rekultivierung und Verbesserung der Nutzungsqualität von Relevanz sein. Die einschlägigen Vorschriften ergeben sich insbesondere aus dem Gesetz über den Schutz von landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Flächen.⁴¹¹ Hinsichtlich der Errichtung und des Betriebs von EE-Anlagen betreffen die einschlägigen Bestimmungen insbesondere die Änderung der Zweckbestimmung der Flächen auf nicht landwirtschaftliche oder nicht forstwirtschaftliche Zwecke.

Weiterhin zu beachten ist das Gesetz über die Zurverfügungstellung der Umweltinformationen und über den Umweltschutz, die Beteiligung der Öffentlichkeit am Umweltschutz und über die Umweltverträglichkeitsprüfung.⁴¹² Das Gesetz schafft ein rechtliches Instrumentarium für die Feststellung des Einflusses eines geplanten Projekts auf bestimmte Teile der Umwelt (Luft, Wasser, Boden, Fauna und Flora, Landschaft, Menschen etc.). Die Umweltverträglichkeitsprüfung dient dazu, die Handlungen zu identifizieren, die dazu notwendig sind, dem unerwünschten Einfluss vorzubeugen oder ihn zu minimieren.

Im Zusammenhang mit umweltbezogenen Fragenstellungen im Bereich der erneuerbaren Energien kommt ebenso das Gesetz über Abfälle zur Anwendung.⁴¹³ Seine Regelungen sind insbesondere für EE-Projekte, die einen Einsatz von Biomasse beabsichtigen, einschlägig. Nach den Bestimmungen des Gesetzes über Abfälle ist beispielsweise eine Genehmigung für die Verwertung oder den Transport der Abfälle oder die Erzeugung von Abfällen in Form von Garrückständen oder Schlämmen einzuholen. Dahingehend ist zudem das Gesetz über Düngungsmittel und Düngung⁴¹⁴ zu beachten.

⁴¹⁰ Gesetz vom 16.04.2004 über Naturschutz (Naturschutzgesetz – NatSchG), BGBl. 2004, Nr. 92, Pos. 880.

⁴¹¹ Gesetz vom 03.02.1995 über den Schutz von landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Flächen, BGBl. 1995, Nr. 16, Pos. 78 mit späteren Änderungen.

⁴¹² Gesetz vom 3. Oktober 2008 über die Zurverfügungstellung der Umweltinformationen und über den Umweltschutz, Beteiligung der Öffentlichkeit am Umweltschutz und über die Umweltverträglichkeitsprüfung, BGBl. 2008 Nr. 199, Pos. 1227 mit späteren Änderungen, (UmweltG).

⁴¹³ Gesetz vom 14.12.2012 über Abfälle, BGBl. 2013, Nr. 0, Pos. 21 mit späteren Änderungen.

⁴¹⁴ Gesetz vom 10.07.2007 über Düngungsmittel und Düngung, BGBl. 2007, Nr. 147, Pos. 1033 mit späteren Änderungen.

Insbesondere bei Wasserkraftanlagen ist der Projektentwickler verpflichtet, die Bestimmungen des Wassergesetzes⁴¹⁵ zu erfüllen. Das Wassergesetz regelt u.a. die Fälle, in denen eine wasserrechtliche Genehmigung einzuholen ist. Diese ist grundsätzlich dann notwendig, wenn Gewässer zur Energieerzeugung genutzt sowie Wassereinrichtungen errichtet werden sollen. Zudem regelt das Wassergesetz u.a. die Voraussetzungen der Einleitung der Abfälle in Gewässer oder Boden, was insbesondere im Falle der Biogasanlagen von Bedeutung ist.

4) Raumordnungs- und baurechtliche Vorschriften

Die raumordnungs- und baurechtlichen Fragenkomplexe sind ebenso durch eine Vielzahl gesetzlicher Bestimmungen geregelt. Im Zentrum steht das Gesetz über Planung und Raumordnung.⁴¹⁶ Es legt die Regeln der Raumordnungspolitik der kommunalen Einheiten und der Einheiten der Regierungsverwaltung fest und bestimmt die Regeln für die Zweckbestimmung der Flächen, ihre Nutzung und Bewirtschaftung. Dem Gesetz über Planung und Raumordnung sind die Vorschriften zu den Dokumenten der ersten und zweiten Planungsebene (entsprechend Flächennutzungsplan und Bebauungsplan) zu entnehmen. Weiter sind die Bestimmungen des Gesetzes über die Immobilienwirtschaft⁴¹⁷ zu beachten, die im Bereich der EE-Projektentwicklung namentlich auf standortbezogene Fragestellungen Einfluss nehmen können. Das Gesetz regelt u.a. Fragenkomplexe im Zusammenhang mit Teilung oder Flurbereinigung von Grundstücken. Raumordnungsrechtliche Fragenkomplexe betreffend die See regelt das Gesetz über Seegebiete der Republik Polen und die Seeverwaltung.⁴¹⁸ Es bestimmt die Rechtslage im polnischen Seegebiet, die Küstenlinie sowie die Kompetenzen der Organe der Meeresverwaltung. Dies hat besondere Bedeutung u.a. für die Errichtung und den Betrieb von Offshore-Windkraftanlagen. Das Gesetz verbietet die Errichtung von Windkraftanlagen auf Binnenmeergewässern und im Küstenmeer,⁴¹⁹ sodass die Entwicklung dieser EE-Projekte lediglich in der Ausschließlichen Wirtschaftszone denkbar ist.⁴²⁰

Die Errichtung von EE-Anlagen erfordert die Übereinstimmung mit einer Reihe von weiteren raumordnungs- und baurechtlichen Gesetzen. Das Gesetz über öffentliche Straßen⁴²¹ regelt den minimalen Abstand der Einrichtungen zu öffentlichen Straßen. Dem Luftfahrtgesetz⁴²² sind wiederum die Regeln zum erlaubten Einfluss der EE-Anlagen auf die zivile Luftfahrt zu entnehmen. Durch die Regelungen des Luftfahrtgesetzes betroffen sind insbesondere die Windkraftanlagen. Die Regeln für die Errichtung der EE-Anlagen sind in großem Umfang dem Baugesetzbuch zu entnehmen,⁴²³ das u.a. die Fälle sowie Voraussetzungen der Einholung

⁴¹⁵ Gesetz vom 18.07.2001 Wassergesetz, BGBl. 2001, Nr. 115, Pos. 1229 mit späteren Änderungen.

⁴¹⁶ Gesetz vom 27.03.2003 über Planung und Raumordnung, BGBl. 2003, Nr. 80 Pos. 717 mit späteren Änderungen.

⁴¹⁷ Gesetz vom 21.08.1997 über Immobilienwirtschaft, BGBl. 1997, Nr. 115, Pos. 741 mit späteren Änderungen.

⁴¹⁸ Gesetz vom 21.03.1991 über Seegebiete der Republik Polen und Seeverwaltung, BGBl. 1991, Nr. 32, Pos. 131.

⁴¹⁹ Art. 23 Abs. 1a des Gesetzes über Seegebiete der Republik Polen und Seeverwaltung.

⁴²⁰ Vgl. die Regelungen des räumlichen Anwendungsbereichs des OZE-G, S. 64.

⁴²¹ Gesetz vom 21.03.1985 über öffentliche Straßen, BGBl. 1985, Nr. 14, Pos. 60 mit weiteren Änderungen.

⁴²² Gesetz vom 03.07.2002 Luftfahrtgesetz, BGBl. 2002, Nr. 130, Pos. 1112.

⁴²³ Art. 28 ff. des Gesetzes vom 07.07.1994 Baugesetzbuch, BGBl. 1994, Nr. 89, Pos. 414 mit weiteren Änderungen.

der Baugenehmigung festlegt. Die Bestimmungen zu der Ausführung von geologischen Arbeiten, unterirdischen Abfalldeponien oder Anforderungen an den Schutz von Grundwasser ergeben sich insbesondere aus dem Gesetz über geologische Arbeiten und den Bergbau.⁴²⁴ Das Gesetz kann insbesondere zur Anwendung bei der Errichtung von Biogasanlagen oder Windkraftanlagen mit Tiefgründung gelangen.

5) Zwischenfazit

Die Realisierung grüner Projekte zum Zwecke der Inanspruchnahme der finanziellen Förderung über die Fördermodelle von Strom aus erneuerbaren Energien erfordert die Beachtung einer Fülle gesetzlicher Regelungen. Geregelt werden generell alle Schritte von der Planungs- über die Errichtungsphase bis zur Inanspruchnahme der finanziellen Förderung. Die Regelungen zu den Fördermodellen ergeben sich speziell aus dem OZE-G. Zu den restlichen Fragenkomplexen existieren insbesondere energiewirtschaftliche, umweltrechtliche sowie raumordnungs- und baurechtliche Vorgaben, welche durch spezielle Rechtsnormen geregelt werden.

IV. Zusammenfassung

Die ersten gesetzlichen Regelungen, welche die Erzeugung grünen Stroms – zumindest als Nebeneffekt – gefördert haben, sind in Polen Ende der 1980er-Jahre des 20. Jahrhunderts verabschiedet worden. Seitdem evolvieren die Rechtsnormen von der Förderung der Stromerzeugung aus lediglich kleineren Wasserkraftanlagen bis zur Unterstützung von grüner Stromerzeugung aus grundsätzlich allen anderen regenerativen Energiequellen. Die Beschleunigung der Schaffung entsprechender Förderrahmen resultiert insbesondere aus der Notwendigkeit der Anpassung der polnischen Regelungen an das Recht der Europäischen Union. So ist zunächst das erste Fördersystem über das Quotenmodell mit Zertifikate-Handel fortentwickelt worden, um es anschließend einer Reform zu unterziehen, die seine Überleitung in das Ausschreibungsmodell vollziehen soll. Das Funktionieren der Fördermodelle für Strom aus erneuerbaren Energien involviert diverse Akteure. Beteiligt sind neben der Gesetzgebungsebene auch die ausführende Gewalt der Regierung und Verwaltung sowie die Justiz, welche die Rechtmäßigkeit des Förderkonzepts gewährleisten soll. Zu dem Kreis der Beteiligten gehören auch Zusammenschlüsse von Bürgern, wie z.B. Verbände, sowie einzelne Unternehmen und Privatpersonen, zu denen u.a. die Förderhauptbegünstigten gehören. Die Realisierung der grünen Projekte zum Zwecke der Inanspruchnahme der finanziellen Förderung über die Fördermodelle von Strom aus erneuerbaren Energien erfordert die Beachtung einer Fülle von gesetzlichen Regelungen. Geregelt werden grundsätzlich alle Schritte von der Planungs- über die Errichtungsphase bis zur Inanspruchnahme der finanziellen Förderung. Die Regelungen zu den Fördermodellen ergeben sich speziell aus dem OZE-G. Die restlichen Fragenkomplexe werden insbesondere über energiewirtschaftliche, umweltrechtliche sowie raumordnungs- und baurechtliche Vorschriften geregelt. Es ergibt sich ein dichtes Netz an gesetzlichen Regelungen, die auf allen Stufen der grünen Projektentwicklung beachtet werden müssen.

⁴²⁴ Gesetz vom 09.06.2011 über geologische Arbeiten und Bergbau, BGBl. 2011, Nr. 163, Pos. 981 mit späteren Änderungen.

D. Fördermodelle für Strom aus erneuerbaren Energien im Allgemeinen

Die Strategiedokumente im Bereich der Energiepolitik Polens geben den (weiteren) Ausbau der erneuerbaren Energien vor und legen die Ausbauziele fest. Die Vorgaben können bzw. sollen durch den Einsatz mehrerer Maßnahmen erfüllt werden. Unter den Maßnahmen zur Realisierung der Ausbauziele werden Fördermodelle für Strom aus erneuerbaren Energien genannt. Die Entscheidung darüber, welches Fördermodell oder in welcher Ausgestaltung es eingesetzt werden soll, wird grundsätzlich dem Gesetzgeber überlassen. Bei der Wahl eines geeigneten Fördersystems stehen der polnischen Regierung mehrere denkbare Modelle zur Auswahl.

I. Systematik der Fördermodelle von Strom aus erneuerbaren Energien

Zu den Fördermodellen für Strom aus erneuerbaren Energien ist bisher keine einheitliche Systematik⁴²⁵ entstanden. In der Literatur werden die Fördermodelle unterschiedlich klassifiziert:⁴²⁶ Die direkten Fördermodelle haben zum Ziel, die Grünstromerzeugung unmittelbar zu stimulieren, während die indirekten ein für die Realisierung dieses Ziels günstiges Umfeld schaffen sollen. Möglich ist zudem die Unterscheidung zwischen regulatorischen (durch den Gesetzgeber vorgeschriebenen) und nichtregulatorischen (auf freiwilligen Vereinbarungen oder schlicht Marktmechanismen beruhenden) Fördermaßnahmen. Ferner kann eine Klassifizierung nach Modellen für die Förderung von Investitionen oder von Produkten durchgeführt werden. Schließlich ist eine Unterteilung nach preis- oder mengengesteuerten Modellen⁴²⁷ denkbar. In der Praxis wird allerdings nur selten ausschließlich eines der möglichen Förderinstrumente eingesetzt; die Regel zeigt sich vielmehr als Mix mehrerer Fördermaßnahmen⁴²⁸ oder ihrer Ausgestaltungsformen.⁴²⁹

Für einen Mix mehrerer unterschiedlicher Fördermodelle für die Erzeugung von Grünstrom hat sich auch die Republik Polen entschieden. Als Ausgangspunkt für die Darstellung der für Polen relevanten Hauptfördermodelle für Strom aus erneuerbaren Energien wird die Klassifizierung nach preis- oder mengengesteuerten Modellen gewählt und dementsprechend näher erläutert. Diesen Ausführungen folgt die Darstellung von möglichen Ausgestaltungsoptionen der drei am meisten eingesetzten Fördermodelle für Strom aus

⁴²⁵ *Komorowski, Thomas*, Quotenmodelle zur Förderung erneuerbarer Energien, Rechtsrahmen und Gestaltungsoptionen des Gesetzgebers, Schriftenreihe Umwelt-Recht-Gesellschaft 2006, S. 46.

⁴²⁶ *Sliwiok-Born, Daniel*, Wettbewerb statt EEG-Umlage? Ein Vorschlag zur Entlastung der Stromverbraucher durch Förderung von Verkaufsgemeinschaften für Strom aus erneuerbaren Energien, Mohr Siebeck 2014, S. 151. Siehe dort weitere Literaturnachweise. Mehr zur Klassifizierungsoptionen siehe *Oschmann, Volker*, Strom aus erneuerbaren Energien im Europarecht, Nomos Verlagsgesellschaft, 1. Aufl. 2002, S. 65 ff.

⁴²⁷ Dabei ist anzumerken, dass die Mengensteuerung sich letztlich auf die Preise und die Preissteuerung sich auf die Mengen auswirkt, siehe *Ekard, Felix* Die vermeintliche Erfolgsgeschichte Energiewende, Klimawende, europäischer Umweltschutz, in § 6 E. I. der Theorie der Nachhaltigkeit: Rechtliche, ethische und politische Zugänge – am Beispiel von Klimawandel, Ressourcenknappheit und Welthandel, 2., vollständig überarbeitete und aktualisierte Auflage 2016.

⁴²⁸ *Oschmann, Volker*, Strom aus erneuerbaren Energien im Europarecht, Nomos Verlagsgesellschaft, 1. Aufl. 2002, S. 66. Siehe auch *Busch, Per-Olof*, Die Diffusion von Einspeisevergütungen und Quotenmodellen: Konkurrenz der Modelle in Europa, Rapport der Forschungsstelle für Umweltpolitik der FU Berlin vom März 2003, <http://userpage.fu-berlin.de/ffu/download/rep-2003-03.pdf>, abgerufen am 28.11.2015.

⁴²⁹ Für Beispiele der Ausgestaltungsformen in der internationalen Praxis siehe einen Bericht der Austrian Wind Energy Association „Vergleich der Fördersysteme für erneuerbare Energien“, Februar 2015, <https://www.igwindkraft.at/mmedia/download/2015.03.25/142729200772414.pdf>, abgerufen am 28.11.2015.

erneuerbaren Energien,⁴³⁰ die ihren Platz auch im polnischen Rechtssystem eingenommen haben.

1. Preisgesteuerte Fördermodelle

Bei den preisgesteuerten Fördermodellen wird für die erzeugte und in das Netz allgemeiner Versorgung eingespeisten Strommengen grundsätzlich ein gesetzlich festgelegter Preis garantiert.⁴³¹ An das Modell gekoppelt ist generell eine Verpflichtung des zuständigen Netzbetreibers, die angebotenen Grünstrommengen abzunehmen und mit vorgegebenen Tarifen zu vergüten. Im Rahmen der preisgesteuerten Fördermodelle sind grundlegend zwei Ausgestaltungsansätze zu unterscheiden, die jeweils eine unterschiedlich starke Orientierung an der Strompreisentwicklung aufweisen und daher den Anlagenbetreiber unterschiedlichen Preisrisiken aussetzen: feste Einspeisevergütungsmodelle und Prämienmodelle.⁴³²

2. Mengengesteuerte Fördermodelle

Im Falle der mengengesteuerten Förderinstrumente wird zentral ein bestimmtes Kontingent an Elektrizität vorgegeben, das aus erneuerbaren Energien hergestellt werden soll.⁴³³ Dabei wird oftmals über die Zusammensetzung des Kontingents entschieden, sodass eine technologie-spezifische Förderung möglich wird. Die häufigsten Erscheinungsformen der mengen-gesteuerten Fördermodelle für Grünstrom sind Quotenmodelle und Ausschreibungsmodelle.

II. Ausschreibungen für die Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien

1. Einführung in die Ausschreibungsmodelle

Auktionen sind Mechanismen, die den Preis und die Allokation von Gütern aus dem Vergleich konkurrierender Gebote bestimmen. Ihr besonderes Merkmal ist die Bindung an exakte Regeln, die festlegen, wer bieten kann, welche Gebote zulässig sind, welches Gebot den Zuschlag erhält und welche Preise zu zahlen sind.⁴³⁴

Grundlegend unterschieden wird zwischen Verkaufsauktionen und Kaufauktionen. Im ersten Fall soll das Gut für den höchstmöglichen Preis veräußert und im zweiten Fall für den möglichst niedrigsten Preis gekauft werden. Weiterhin wird auktionstheoretisch zwischen Ein- und Mehrgüterauktionen differenziert.⁴³⁵ In den Eingüterauktionen werden in einer Auktion mehrere Einheiten eines Guts gemeinsam als Paket und in den Mehrgüterauktionen separat versteigert.⁴³⁶

⁴³⁰ Siehe unter www.res-legal.eu.

⁴³¹ *Oschmann, Volker*, Strom aus erneuerbaren Energien im Europarecht, Nomos Verlagsgesellschaft, 1. Aufl. 2002, S. 67.

⁴³² *Kröger, James*, Die Förderung erneuerbarer Energien im Europäischen Elektrizitätsbinnenmarkt, Nomos 2015, S. 126.

⁴³³ *Oschmann, Volker*, Strom aus erneuerbaren Energien im Europarecht, Nomos Verlagsgesellschaft, 1. Aufl. 2002, S. 69.

⁴³⁴ *Wolfstetter, Elmar*, Auktionen und Ausschreibungen, Bedeutung und Grenzen des „linkage“-Prinzips, <http://edoc.hu-berlin.de/series/sfb-373-papers/1998-31/PDF/31.pdf>, abgerufen am 17.11.2015; vgl. *Berninghaus, Siegfried/Ehrhart, Karl-Martin/Güth, Werner*, Strategische Spiele, Eine Einführung in die Spieltheorie, 3. Aufl. 2010, S. 231.

⁴³⁵ *Hauser, Eva/Weber, Andreas/Zipp, Alexander/Leprich, Uwe* Bewertung von Ausschreibungsverfahren als Finanzierungsmodell für Anlagen erneuerbarer Energienutzung, Institut für Zukunftssysteme GmbH, Endbericht (korrigierte Endversion) 26.06.2014 (IZES-Endbericht), S. 22.

⁴³⁶ IZES-Endbericht, S. 22.

Die Auktionen für erneuerbare Energien sind überwiegend Mehrgüterkaufauktionen. Bei ihrer Ausgestaltung kann sich der Auktionator diverser Optionen bedienen und durch einen entsprechenden Einsatz dieser Steuerungsmechanismen das Marktverhalten der (un-)mittelbar beteiligten Akteure beeinflussen. Durch ein Zusammenspiel von Regeln der Marktliberalisierung und des freien Wettbewerbs kann der Auktionator eine kosteneffiziente⁴³⁷ Gewinnung der ausgeschriebenen Güter erreichen.⁴³⁸ Allerdings inkludieren differente Designkonstellationen zahlreiche Herausforderungen, die der Auktionator identifizieren, abwägen und – nach den festgelegten Zielen der Ausschreibung – durch entsprechende Ausgestaltung vorweg ausräumen soll. Zu den heikelsten Punkten zählen insbesondere eine niedrige Realisierungsquote der bezuschlagten Projekte, im Vergleich zu anderen Fördermodellen ein höheres wirtschaftliches Risiko der beteiligten Akteure, Schwierigkeiten bei der Beibehaltung der Akteursvielfalt und das Risiko eines kollusiven Verhaltens der Bieter.⁴³⁹

Für die Ausgestaltung der Ausschreibungen sind diverse Ausgestaltungsoptionen möglich. Zu den aus Sicht der Autorin wichtigsten Stellschrauben gehören insbesondere die Festlegung der Ziele des Ausschreibungsmodells, seines institutionellen Rahmens, der Adressaten und der Zulassungsvoraussetzungen. Weiterhin gehört dazu die Festlegung des Ausschreibungsgegenstands und die Ausgestaltung des Ausschreibungsverfahrens, Entscheidungen über die Handelbarkeit der Zuschläge, die Einführung einer Pönale und/oder die Möglichkeit von Nachverhandlungen sowie die Größe des Ausschreibungsvolumens und die Frequenz der Ausschreibungsrunden sowie die Transparenz des Förderdesigns.

2. Mögliche Ausgestaltungsoptionen des Ausschreibungsmodells

Die Ausgestaltung des Designs von Ausschreibungen für die Förderung von erneuerbaren Energien soll verständlicherweise nicht das Ziel an sich sein, sondern als ein Werkzeug zur Realisierung der (meistens politisch gesteuerten) Absichten des Gesetzgebers – Auktionators im weiteren Sinne – verstanden werden. Das Ausschreibungsdesign kann sowohl ein als auch mehrere Haupt- oder Nebenziele⁴⁴⁰ verfolgen.

Nach der Festlegung der klaren Ziele, welche die Ausschreibungen verfolgen sollen, soll der Auktionator den institutionellen Rahmen für die Beschaffung des ausgeschriebenen Guts festlegen. Hier kann der Auktionator einem Single-Buyer-Konzept, einem zentralisierten oder einem zentralen Planungskonzept folgen.⁴⁴¹ Des Weiteren sind die Adressaten der Ausschrei-

⁴³⁷ Bei der Beurteilung der Kosteneffizienz sind nicht nur die Höhe der Förderung, sondern auch die Gesamtkosten des Systems und Nutzens wichtig – angenommen, ihre objektive und fehlerfreie Ermittlung ist möglich. Dies wiederum ist nicht mehr die Frage des „Ob“, sondern des „Wie“ des Ausschreibungsmodells.

⁴³⁸ *de Vos, Rolf/Klessman, Corinna*, How to design a successful auction for renewable energy projects, Energypost, 22.05.2014, <http://www.energypost.eu/design-successful-auction-renewable-energy-projects/>, abgerufen am 07.05.2017.

⁴³⁹ *de Vos, Rolf/Klessman, Corinna*, How to design a successful auction for renewable energy projects, Energypost, 22.05.2014, <http://www.energypost.eu/design-successful-auction-renewable-energy-projects/>.

⁴⁴⁰ Die Nebenziele können gleich mit den Folgen der Auswahl von bestimmten Ausgestaltungsoptionen des Ausschreibungsdesigns sein, wie z.B. Senkung oder Erhöhung der Akteursvielfalt.

⁴⁴¹ IZES-Endbericht, S. 30. Danach: Im Single-Buyer-Konzept tritt der Staat als alleiniger Nachfrager auf und geht entsprechende Vergütungsverträge ein; in einem zentralisierten Planungskonzept wickelt der Staat die Ausschreibungen und Auktionsprozesse zentral ab, die Vergütungsverträge können jedoch zwischen dezentralen Institutionen (z. B. Netzbetreiber) und den Anbietern der Leistungen geschlossen werden; bei einem dezentralen Planungskonzept können sowohl Ausschreibungen als auch Auktionen von dezentralen

bungen zu definieren. Möglich sind öffentliche oder geschlossene Ausschreibungen.⁴⁴² Eine Auswirkung auf die potenzielle oder tatsächliche Anzahl der Teilnehmer an den Ausschreibungen haben neben der Festlegung des begünstigten Teilnehmerkreises die weiteren Elemente des Ausschreibungsdesigns.⁴⁴³

Ein weiterer wichtiger Aspekt bei der Ausgestaltung des Ausschreibungsdesigns ist die Festlegung der Zulassungsvoraussetzungen für die Teilnahme an dem Fördermodell. Diese können an die Erfüllung von finanziellen, formellen oder technischen Präqualifikationsanforderungen⁴⁴⁴ geknüpft sein, welche die notwendigen Vorleistungen der Kandidaten festlegen. Die Präqualifikationsanforderungen entscheiden dementsprechend mittelbar über das Realisierungsstadium des Projekts, das zu der Ausschreibung zugelassen wird. Als weitere Folge entscheiden sie über die Verteilung des Realisierungsrisikos zwischen dem Auktionator und dem Bieter: Mit dem Fortschritt des Realisierungsstadiums des Projekts verschiebt sich das Risiko immer mehr auf die Bieterseite.

Je nachdem, ob innerhalb der energiepolitischen Ziele der Förderung des Stroms aus erneuerbaren Energien eine oder mehrere bestimmte Technologien besonders gefördert werden sollen, kann die Ausschreibung technologiespezifisch oder technologie-neutral ausgestaltet werden.⁴⁴⁵ Zusätzliche Spezifizierungen können durch Differenzierung der Projekte, z.B. Standortdifferenzierung, erreicht werden.⁴⁴⁶ Denkbar sind auch weitere Optionen, wie teilnehmerbezogene Mengenbegrenzungen (um hohe Marktkonzentration zu vermeiden) oder Einführung von Preislimits (um die Ausübung von Marktmacht zu vermeiden).⁴⁴⁷

Die Ausgestaltungsoptionen des Ausschreibungsdesigns können die zu kontrahierenden Güter oder deren Vergütung zum Gegenstand haben. Im Bereich der erneuerbaren Energien werden es überwiegend Stromerzeugungskapazität oder eine Energiemenge sein, wobei die Kombination dieser beiden oder ihre Detaillierung denkbar sind.⁴⁴⁸ Die Vergütung für die Lieferung des bezuschlagten Ausschreibungsgegenstands kann ebenfalls differierend ausgestaltet werden. Zumeist wählt der Auktionator eine fixe Einspeisevergütung⁴⁴⁹ pro erzeugter Energieeinheit. Weitere Ausgestaltungsoption ist eine Bonus-Vergütung pro erzeugter oder

Institutionen durchgeführt und anschließend von diesen ebenfalls die Verträge abgeschlossen werden. Siehe auch *Fürstenwerth, Daniel/Praetorius, Barbara/Redl, Christian*, Ausschreibungen für Erneuerbare Energien, Welche Fragen sind zu prüfen? Agora Energiewende Juni 2014, S. 13 f.

⁴⁴² Die Teilnahmevoraussetzungen werden dann entsprechend entweder objektiv festgelegt, sodass grundsätzlich jeder frei ist, diese Voraussetzungen zu erfüllen und an den Ausschreibungen teilzunehmen, oder derart festgelegt, dass der Kreis der Teilnehmer so definiert ist, dass die anderen Akteure zu der Teilnahme an Ausschreibungen unabhängig von ihren Bemühungen nicht zugelassen werden.

⁴⁴³ Niedrige Teilnahmekosten (z.B. niedrige Teilnahmegebühren, siehe auch zu Präqualifikationsanforderungen), geringe Komplexität (insbesondere zur Ermutigung kleiner Akteure, allerdings in Abwägung zu Mechanismen zur Vermeidung strategischen Verhaltens), geringe strategische Unsicherheit (z.B. durch die Lieferung von Informationen, die optimale Risikoeinschätzung und -management erlauben), Mechanismen zur Vermeidung von Interessenkonflikten (z.B. wenn die ausschreibende Stelle über die Erzeugungseinheiten verfügt oder solche plant).

⁴⁴⁴ Vgl. IZES-Endbericht, S. 30.

⁴⁴⁵ IZES-Endbericht, S. 31.

⁴⁴⁶ IZES-Endbericht, S. 31.

⁴⁴⁷ IZES-Endbericht, S. 31.

⁴⁴⁸ IZES-Endbericht, S. 32.

⁴⁴⁹ Zu möglichen Ausgestaltungsoptionen der Einspeisevergütung siehe Seite 85 ff.

vermarkteter Energieeinheit, wobei die Anlagenbetreiber den Strom selbst vermarkten.⁴⁵⁰ Denkbar sind zudem hybride Optionen.⁴⁵¹ Die Vergütung kann an die Erfüllung zusätzlicher Anforderungen geknüpft sein, wie z.B. Mindestdauer der Verfügbarkeit der Anlage.⁴⁵²

Von nicht unerheblicher Bedeutung für den Erfolg des Ausschreibungsdesigns ist der Ablauf des Verfahrens, in welchem die Vergütungsrechte erteilt werden.⁴⁵³ Im Bereich erneuerbarer Energien werden weltweit insbesondere *Sealed-bid*- und *Descending-Clock*- sowie *Hybrid*-Modelle eingesetzt.⁴⁵⁴ Das durch den Auktionator gewählte Verfahren soll mit entsprechenden sog. Aktionsregeln ausgestattet werden, welche die Abgabe der Gebote regeln.⁴⁵⁵ In dem *Sealed-bid*-Verfahren gibt jeder Bieter ein Angebot mit einer bestimmten Menge und Preis ab. Die Zuschläge werden erteilt, bis die ausgeschriebene Menge ausgeschöpft ist oder keine Gebote mehr bestehen. Dieses sog. statische Verfahren kann mehrere Ausgestaltungen aufweisen. Im Falle des sog. *Pay-as-bid*-Verfahrens erfolgt die Bezahlung entsprechend der Gebote. In den sog. *Uniform-price*-Ausschreibungen erhalten sämtliche Zuschläge denselben Preis: entweder in der Höhe des höchsten noch zugeschlagenen Angebots (*pay-as-cleared*) oder in der Höhe des günstigsten nicht mehr angenommenen Angebots (*Vickrey-Auktion*). Aufgrund der einfachen Ausgestaltung wird die *Sealed-bid*-Ausschreibung sowohl durch den Auktionator als auch durch die Bieter wegen des vergleichsweise geringen Vorbereitungs- und Kostenaufwands geschätzt. Das Verhalten der Bieter ist für den Auktionator transparent und bietet eine gute Grundlage für eine zuverlässige Auswertung der Ergebnisse der Ausschreibung.⁴⁵⁶ Da in dem *Uniform-price*-Modell jeder erfolgreiche Bieter den Zuschlag in gleicher Höhe erhält, wird dieses Design als gerecht betrachtet. Dagegen kann das *Pay-as-bid*-Modell mit Zuschlägen in unterschiedlicher Höhe einen diskriminierenden Eindruck erwecken, was allerdings grundsätzlich nicht auf Akteure mit sehr unterschiedlicher Kostenstruktur zutreffen sollte.⁴⁵⁷ Da in dem *Uniform-price*-Modell die (großen) Bieter in der Regel über ihren Grenzkosten liegende Gebote abgeben, zieht die Preiserhöhung die kleineren Akteure an. Dies wiederum ist für die Konkurrenz nach dem Abschluss der Auktion(-srunde) förderlich.⁴⁵⁸ Das *Descending-Clock*-Verfahren beginnt mit der Bekanntgabe einer hohen Prämie durch den Auktionator; die Menge des Ausschreibungsgegenstands muss nicht bekannt gegeben werden. Die Bieter nennen Preis und Menge. Wenn die gebotene Menge die ausgeschriebene Menge übersteigt, bieten die Teilnehmer neue Preise und neue Mengen. Die Runden werden wiederholt, bis die abgegebenen Gebote das ausgeschriebene Gegenstandsvolumen decken. Das *Descending*-

⁴⁵⁰ IZES-Endbericht, S. 32.

⁴⁵¹ Beispielsweise eine gleitende Marktprämie im Direktvermarktungsmodell des deutschen Fördersystems, siehe Seite 238 ff.

⁴⁵² IZES-Endbericht, S. 32.

⁴⁵³ IZES-Endbericht, S. 32.

⁴⁵⁴ Maurer, Luiz, T.A./Barroso, Luiz A. Electricity Auctions: An overview of efficient practices, The World Bank, Washington D.C. 2011, (World Bank Study), S. 9 ff.; Agora Energiewende, Ausschreibungen für erneuerbare Energien, Juni 2014, (Agora) S. 17 ff.

⁴⁵⁵ Dazu gehören u.a. die Form der Gebote, der Zeitpunkt der Abgaben, Möglichkeiten der Änderung oder Rücknahme der Gebote, die einen Einfluss auf die Aktivität und Zufluss von Informationen an die Bieter haben. Vgl. Morey, Mathew J., Power Market Auction Design, Edison Electric Institute, 2001, S. 30.

⁴⁵⁶ World Bank Study, S. 9.

⁴⁵⁷ World Bank Study, S. 9.

⁴⁵⁸ World Bank Study, S. 9.

Clock-Verfahren ermöglicht eine aktive Preisfindung. Es erlaubt den Bietern, im Laufe der Ausschreibungsrunde die Gebote entsprechend den aufgezeigten Informationen anzupassen. Dies hat die Steigerung der Effizienz der Ausschreibung und Minimierung des Risikos des Fluchs des Gewinners zur Folge. Gleichzeitig wird ein Raum für strategisches Bieterverhalten eröffnet,⁴⁵⁹ was einen Einfluss auf den Ausgang und die Bewertung der Ausschreibungsrunde hat.⁴⁶⁰ Bei einem *Hybrid*-Verfahren werden zwei (oder mehr) Auktionsvarianten dergestalt miteinander kombiniert, dass die Auktionsprozesse aus jedem Verfahren grundsätzlich nacheinander durchgeführt werden. Dies erlaubt es, in der weiteren Phase die Nachteile der früheren Phase auszugleichen. Diese Ausgestaltungsoption zeichnet sich durch eine hohe Komplexität aus, sodass das Zusammenspiel von Anreizen und Folgen vor der Einleitung des Verfahrens genau zu untersuchen ist.⁴⁶¹

Eine weitere Frage, welche der Auktionator bei der Ausgestaltung des Auktionsdesigns zu beantworten hat, ist die Zulassung der Handelbarkeit der Vergütungsrechte. Die Handelbarkeit der Vergütungsrechte erhöht die Wahrscheinlichkeit der Projektrealisierung und führt zur Minimierung des Risikos der Bezahlung der Pönale für die Nichtrealisierung.⁴⁶² Die Einführung der Handelbarkeit erfordert allerdings ein zusätzliches komplexes rechtliches Regelwerk sowie eine geeignete Überwachung, um u.a. die Entstehung eines zweiten Markts zu vermeiden oder die Betrugsanfälligkeit der Option auszuschließen (oder zumindest zu minimieren).

Oft geht die Ausgestaltung des Ausschreibungsdesigns weit über den Zeitpunkt der Zuschlagerteilung und führt Mechanismen ein, die in die Realisierungsphase der Projekte eingreifen. In einer Vielzahl an Ausschreibungsmodellen werden beispielsweise Pönalen eingeführt, welche die Realisierung von bezuschlagten Projekten oder die Inbetriebnahme bereits vergebener EE-Anlagen sicherstellen sollen.⁴⁶³ Die Wahrscheinlichkeit der Realisierung der Projekte kann durch die Möglichkeit von eventuellen Nachverhandlungen zwischen dem erfolgreichen Bieter und der ausschreibenden Stelle gesteigert werden.⁴⁶⁴ Einerseits kann die Möglichkeit der Verhandlungen zur Vermeidung der Verzögerung bei der Errichtung der Anlagen beitragen. Andererseits schaffen die Nachverhandlungen für die Bieter einen Anreiz, zum Zwecke der Steigerung der Erfolgswahrscheinlichkeit Gebote unter den Projektvollkosten abzugeben in der Hoffnung auf einen finanziellen Nachschlag im Rahmen der Nachverhandlungen.⁴⁶⁵

⁴⁵⁹ World Bank Study, S. 10.

⁴⁶⁰ Agora, S. 17.

⁴⁶¹ World Bank Study, S.11; IZES-Endbericht, S. 24.

⁴⁶² IZES-Endbericht, S. 33. Die Einführung der Handelbarkeit erlaubt dem erfolgreichen Bieter die Zuschlagsrechte zu veräußern, wenn er beispielsweise kein (wirtschaftliches) Interesse mehr an der Realisierung des gegenständlichen Projekts hat oder die Realisierung für ihn nicht mehr möglich ist. Die Handelbarkeit der Zuschläge ist strikt von der Möglichkeit der Veräußerung der Projekte (Projektgesellschaften), denen die Zuschlagsrechte zustehen, zu unterscheiden.

⁴⁶³ IZES-Endbericht, S. 33. Die Pönale kann finanzieller (z.B. Strafzahlung) oder formeller (z.B. Verbot der Teilnahme an weiteren Ausschreibungen) Art sein und sofort oder stufenweise nach der Erfüllung der Fälligkeitsvoraussetzungen (z.B. Überschreitung der Frist für die Inbetriebnahme der Anlage) fällig werden.

⁴⁶⁴ IZES-Endbericht, S. 33.

⁴⁶⁵ IZES-Endbericht, S. 33.

Für die Ausgestaltung des Ausschreibungsmodells von Relevanz ist zudem die Entscheidung über das Volumen der kontrahierten Güter sowie über die Frequenz der Ausschreibungsrunden. Die Erzeugung der Knappheit und Stimulation des Wettbewerbs können die Senkung der Höhe der gebotenen Preise zur Folge haben. Allerdings bringt dies die Gefahr, dass die Bieter unterhalb der Gestehungskosten bieten, um überhaupt an das knappe Gut zu gelangen. Die beiden Folgen würden dann die Realisierungsrate und folglich den Ausbau der erneuerbaren Energien unter Umständen negativ beeinflussen. Von der Frequenz der Ausschreibungsrunden hängt die Kontinuität der Realisierung der Projekte und damit des Ausbaus ab. Sie kann auch Einfluss auf die Struktur der Marktakteure aufweisen: Grundsätzlich können lediglich Player mit entsprechendem Kapital und ausreichenden organisatorischen Kapazitäten etwaige Durststrecken zu der nächsten Ausschreibungsrunde ohne Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz überbrücken.

Für die Ausgestaltung des Ausschreibungsdesigns von Bedeutung ist eine entsprechende Information über die (wesentlichen) Elemente der Ausschreibung, insbesondere über das Volumen der kontrahierten Güter sowie über die Frequenz der Ausschreibungsrunden,⁴⁶⁶ die den (potenziellen) Bietern vor oder nach der Abgabe des Zuschlags erteilt wird. Hierzu gehören der Inhalt der Informationen sowie der Vorlauf, mit dem die Informationen gegeben werden. Eine rechtzeitig geschaffene, zuverlässige Informationslage lässt eine ausreichende Anzahl von Teilnehmern erwarten.⁴⁶⁷ Allerdings kann zu weit gewährte Transparenz ein kollusives Verhalten der Bieter erleichtern oder ein solches sogar initiieren.

Neben den dargestellten Optionen zur Ausgestaltung des Ausschreibungsmechanismus sind weitere Alternativen denkbar. Mit einzelnen Stellschrauben am Design können diverse Problemfelder beeinflusst werden. Dem Auktionator sollte jedoch bewusst sein, dass mit zunehmender Komplexität der Ausschreibungsformalien auch die Gefahr widersprüchlicher Anreize steigt⁴⁶⁸ und das Ausschreibungsverfahren seine Ziele zu verfehlen oder unerwünschte Nebeneffekte hervorzurufen droht.

III. Quotenmodell für die Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien

1. Einführung in die Quotenmodelle

Im Rahmen des Quotenmodells wird einer bestimmten Gruppe von Akteuren (Verpflichtete) vorgeschrieben, einen bestimmten Mindestanteil (Quote) an Strom aus erneuerbaren Energien von den Betreibern von Anlagen für die Erzeugung von Grünstrom (Begünstigte) innerhalb einer festgelegten Periode zu erwerben oder diese Quote an Grünstrom selbst zu erzeugen.⁴⁶⁹ Manche Quotenmodelle werden zusätzlich mit Zertifikate-Handel kombiniert.⁴⁷⁰

In der Ausprägung des Quotenmodells ohne Zertifikate-Handel können die Verpflichteten die Erfüllung der Quote durch nachgewiesene Eigenerzeugung oder Ankauf entsprechender

⁴⁶⁶ IZES-Endbericht, S. 33.

⁴⁶⁷ World Bank Study, S. 91.

⁴⁶⁸ IZES-Endbericht, S. 32.

⁴⁶⁹ *Drillisch, Jens*, Quotenmodell für regenerative Stromerzeugung. Ein umweltpolitisches Instrument auf liberalisierten Elektrizitätsmärkten, Oldenbourg Instrieverlag, München 2001, S. 39 f.

⁴⁷⁰ *Komorowski, Thomas*, Quotenmodelle zur Förderung erneuerbarer Energien, Rechtsrahmen und Gestaltungsoptionen des Gesetzgebers, Schriftenreihe Umwelt-Recht-Gesellschaft 2006, S. 46 ff.

Stromprodukte belegen. Die ordnungsgemäße Erfüllung der Quote wird durch geeignete Kontroll- und Sanktionsmechanismen sichergestellt.

Wird das Quotenmodell durch den Handel mit Zertifikaten unterstützt, werden die Zertifikate grundsätzlich für die Zertifizierung der regenerativen Stromerzeugung oder die durch die regenerative Stromerzeugung vermiedenen Emissionen aus konventionellen Anlagen eingesetzt. Im ersten Fall werden die Veräußerung der in EE-Anlagen erzeugten Strommengen und der Verkauf von für die Erzeugung dieses Stroms erteilten Zertifikaten aneinander gekoppelt und können nicht getrennt abgewickelt werden. Im zweiten Fall ist es für die Betreiber der EE-Anlagen möglich, den Stromverkauf sowie den Nachweis der Umweltqualität der erzeugten Elektrizität voneinander zu lösen und an differente Käufer zu veräußern. Im Quotenmodell mit Zertifikate-Handel weisen die Verpflichteten die Quotenerfüllung am vorgegebenen Stichtag durch einen Beleg des Erwerbs (und Besitzes) einer ausreichenden Anzahl an Zertifikaten nach. Meistens steht es dann den Verpflichteten frei, die Quote alternativ durch Eigenerzeugung zu erfüllen.

Polen hat sich bei der Auswahl des Quotenmodells für die Option mit Zertifikate-Handel entschieden, sodass im Folgenden diese Ausgestaltung des Fördersystems näher dargestellt wird.

2. Ausgestaltungsoptionen des Quotenmodells mit Zertifikate-Handel

Quotenregelungen mit Zertifikate-Handel weisen eine Vielzahl von Strukturelementen auf, die sich jeweils auf divergierende Weise gestalten lassen.⁴⁷¹ Denkbar ist die Zusammensetzung von folgenden Strukturelementen: Verpflichtete, Begünstigte, Bemessungsgrundlage, Quotenhöhe, Quotenfestlegung, Erfüllungsmechanismus, Zertifikate, Kontrolle, Sanktionsmechanismus sowie weitere komplementäre Instrumente.⁴⁷²

Die Auswahl der Verpflichteten richtet sich grundsätzlich nach dem Verursacherprinzip: Der Verursacher von negativen externen Effekten soll monetär für die von ihm hervorgerufenen Schäden aufkommen.⁴⁷³ Als mögliche Verpflichtete kommen insbesondere die Endverbraucher, Lieferanten, Netzbetreiber oder Stromerzeuger in Betracht.⁴⁷⁴ Mit der steigenden Anzahl an Verpflichteten steigt die Anfrage an Zertifikaten, was sich vorteilhaft auf die Marktsituation der Begünstigten auswirken kann. Die breiteste Nachfragegruppe wird angesprochen, wenn zur Erfüllung der Quote die

⁴⁷¹ Bergmann, Heidi/Timpe, Christof/Klann, Uwe/Langniß, Ole/Nitsch, Joachim/Cames, Martin/Voß, Jan-Peter, Umsetzungsaspekte eines Quotenmodells für Strom aus erneuerbaren Energien, Abschlussbericht im Auftrag des Ministeriums für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg, Freiburg-Stuttgart-Heidelberg, August 2011, S. 20.

⁴⁷² Bergmann, Heidi/Timpe, Christof/Klann, Uwe/Langniß, Ole/Nitsch, Joachim/Cames, Martin/Voß, Jan-Peter, Umsetzungsaspekte eines Quotenmodells für Strom aus erneuerbaren Energien, Abschlussbericht im Auftrag des Ministeriums für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg, Freiburg-Stuttgart-Heidelberg, August 2011, S. 21.

⁴⁷³ Himmer, Richard.-E., Energiezertifikate in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Eine rechtsvergleichende und europarechtliche Analyse quotengestützter Zertifikatshandelssysteme zur Förderung erneuerbarer Energien, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 1. Auflage 20015 (weiter zitiert als: Himmer, Richard.-E., Energiezertifikate (...)), S. 42.

⁴⁷⁴ Bergmann, Heidi/Timpe, Christof/Klann, Uwe/Langniß, Ole/Nitsch, Joachim/Cames, Martin/Voß, Jan-Peter, Umsetzungsaspekte eines Quotenmodells für Strom aus erneuerbaren Energien, Abschlussbericht im Auftrag des Ministeriums für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg, Freiburg-Stuttgart-Heidelberg, August 2011, S. 21.

Letztverbraucher verpflichtet werden. Dies bedarf allerdings geeigneter Koordinationsmaßnahmen, da diese Ausgestaltungsoption sich auf die gesamte Wertschöpfungskette auswirkt.⁴⁷⁵ Indes können die Stromendverbraucher nicht zuletzt durch ihre hohe Anzahl einen (mittelbaren) Kostendruck auf die Stromerzeuger ausüben und so möglichst niedrige Stromkosten zu erzielen versuchen. Der Kostendruck würde geringer ausfallen, wenn als Verpflichtete die Netzbetreiber⁴⁷⁶ bestimmt würden, sodass die Grünstromkosten auf eine kleinere Gruppe als die der Stromendverbraucher abgewälzt werden könnten. Die Verpflichtung der Erzeuger konventioneller elektrischer Energie führt zu einer niedrigeren Nachfrage. Bei der Verpflichtung der Stromlieferanten ist der Kostendruck auf die Erzeuger des Grünstroms von der Marktposition der Stromhändler und der Möglichkeit, ihre Kosten wettbewerbsneutral auf die Verbraucher umzulegen, abhängig.⁴⁷⁷

Eng an die Frage bezüglich des Kreises der Verpflichteten geknüpft ist die Problematik der Bemessungsgrundlage der Verpflichtung. Diese kann sich je nach Verpflichtetem beispielsweise an Verbrauch oder Bezug des Stroms aus dem Netz oder an einem Anteil einer Abgabe an die Stromendverbraucher orientieren.⁴⁷⁸

Die Begünstigten des Quotenmodells mit Zertifikate-Handel sind die Betreiber von Anlagen zur Verstromung von regenerativen Energieträgern, denen das Recht eingeräumt wird, Zertifikate zu erhalten und anschließend zu vermarkten.⁴⁷⁹ Für die Konkretisierung des Kreises der Begünstigten entscheidend ist folglich die Definition der erneuerbaren Energiequellen, die Auswahl der privilegierten Energieträger und der privilegierten Anlagenbetreiber sowie eventuell die Einbeziehung von anlagenbezogenen Kriterien, wie Alter (Bestands- und Neuanlagen), Größe (Mikro- bis Großanlagen) und Wirtschaftlichkeit der Anlagen.⁴⁸⁰

Da die Zertifikate an sich lediglich eingeschränkt einen Marktwert erlangen können, wird die Nachfrageseite der Zertifikate grundsätzlich durch die Ausgestaltung der Quote geregelt. Sie zielt darauf ab, die nach dem Rationalitätsmaßstab entstandenen Defizite der Angebotsseite auszugleichen.⁴⁸¹ Die Quote kann sich alleine auf die Zertifikate erstrecken. Sie kann allerdings auch so ausgestaltet werden, dass die Verpflichteten einen Anteil des erzeugten, vermarkteten, durchgeleiteten oder verbrauchten Grünstroms zu decken haben und ihnen dabei die Möglichkeit eingeräumt wird, ersatzweise Zertifikate zu erwerben.⁴⁸² Dabei kann die Höhe der Quote einheitlich für alle Technologien oder in Abhängigkeit von Stromgestehungskosten der jeweiligen Technologie ausgestaltet werden.⁴⁸³ Die erste Variante birgt das Risiko einer nicht ausreichenden Förderungshöhe von (zu einem bestimmten Zeitpunkt) teureren Technologien einerseits und der Überförderung der preisgünstigeren

⁴⁷⁵ Himmer, Richard.-E., Energiezertifikate (...), S. 44.

⁴⁷⁶ Was allerdings nicht mit dem Verursacherprinzip vereinbar wäre.

⁴⁷⁷ Himmer, Richard.-E., Energiezertifikate (...), S. 43.

⁴⁷⁸ Bergmann u.a., Umsetzungsaspekte eines Quotenmodells (...), S. 22.

⁴⁷⁹ Himmer, Richard.-E., Energiezertifikate (...), S. 37.

⁴⁸⁰ Bergmann u.a., Umsetzungsaspekte eines Quotenmodells (...), S. 22.

⁴⁸¹ Vgl. Himmer, Richard.-E., Energiezertifikate (...), S. 41.

⁴⁸² Himmer, Richard.-E., Energiezertifikate (...), S. 44.

⁴⁸³ Bergmann u.a., Umsetzungsaspekte eines Quotenmodells (...), S. 22.

Stromerzeugungswege andererseits. Die zweite Variante kann zu der Entstehung von Teilmärkten für bestimmte Technologien führen, wo grundsätzlich niedrigerer Wettbewerb herrscht, was zu einer vergleichsweise verstärkten Förderung dieser Technologien führen kann.

Die Quote kann entweder durch eine freiwillige Verpflichtung oder durch einen hoheitlichen Akt festgelegt werden. Eine freiwillige Verpflichtung bietet zwar das Potenzial, die proökologische Einstellung der einzelnen Akteure zu fördern (und zu nutzen), eignet sich jedoch nicht als Mittel zur Erfüllung der (ambitionierten) Ausbauziele.⁴⁸⁴ Da der Gesetzgeber lediglich einen beschränkten Zugang zu den für die optimale Festlegung der Quote notwendigen Informationen hat und er die Quote generell nur für eine abstrakt zu definierende und nicht individuell für die jeweilige Anlage geltende Größe bestimmen kann, birgt eine gesetzliche Festlegung der Quote die Gefahr einer zu hohen oder einer zu niedrigen Festsetzung der Verpflichtung im Vergleich zu dem, was unter optimalen Bedingungen bestimmt werden könnte.

Für die Ausgestaltung des Quotenmodells von Bedeutung ist das Design der Mechanismen für die Erfüllung der Quote. Wichtig ist die Festlegung eines Verpflichtungszeitraums, an dessen Ende der Nachweis der Erfüllung der Quote zu erbringen ist (Nachweis der Stromerzeugung, des Bezugs des Grünstroms oder des Zertifikatankaufs). Die zur Einziehung vorgelegten Zertifikate können nach dem Ablauf des Verpflichtungszeitraums eingelöst und thesauriert oder für ungültig erklärt werden.⁴⁸⁵

IV. Einspeisevergütung für die Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien

Die Modelle der Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien über Einspeisevergütung haben grundsätzlich zwei grundlegende Charakteristika: die Abnahmeverpflichtung und die Vergütungsverpflichtung.⁴⁸⁶ Die Abnahmeverpflichtung stellt sicher, dass die in den privilegierten Grünstromerzeugungsanlagen produzierten Strommengen durch den zuständigen Netzbetreiber oder das Energieversorgungsunternehmen abgenommen werden. Die Vergütungsverpflichtung begründet den Anspruch der Anlagenbetreiber auf die Vergütung für den erzeugten – und ggf. eingespeisten – Strom zu einem festen Abnahmepreis. Der Abnahmepreis liegt höher als der durchschnittliche Strommarktpreis, da in der Regel die Gestehungskosten der Grünstromerzeugung die Kosten der Erzeugung von Energie aus fossilen Energiequellen übersteigen.

Hinsichtlich der Ausgestaltung der Vergütung im Rahmen der Einspeisevergütung kann der Grünstromerzeuger einen Anspruch entweder auf die Vergütung in einer festen Höhe oder auf eine Prämie haben. Nach der letzten Alternative erhält er einen Aufschlag, der sich an dem Strommarktpreis orientiert.⁴⁸⁷ Damit die Stromerzeuger nicht zu hohen Preisvolatilitäten

⁴⁸⁴ Vgl. *Bergmann u.a.*, Umsetzungsaspekte eines Quotenmodells (...), S. 23.

⁴⁸⁵ *Himmer, Richard.-E.*, Energiezertifikate (...), S. 45.

⁴⁸⁶ *Roßegger, Ulf*, Förderung Erneuerbarer Energien zur Stromerzeugung in Deutschland und im Vereinigten Königreich, BWV 2014, S. 11.

⁴⁸⁷ *Roßegger, Ulf*, Förderung Erneuerbarer Energien zur Stromerzeugung in Deutschland und im Vereinigten Königreich, BWV 2014, S. 13.

ausgesetzt sind, können Obergrenzen eingeführt werden.⁴⁸⁸ Denkbar ist ebenfalls eine Kombination ebendieser Ausgestaltungsformen.

Ein weiterer Baustein des Fördermodells über Einspeisevergütung ist die Bestimmung der Höhe der finanziellen Vergütung. Als Grundlage für die Berechnung der Höhe der Förderung können beispielsweise die vermiedenen externen Kosten im Vergleich zur konventionellen Energieerzeugung, die Stromgestehungskosten der Grünstromerzeugung (wie z.B. die Anlagenkosten für Errichtung, Wartung, Standort, die Kapitalkosten, eine gewisse Gewinnmarge) oder die Kombination von mehreren Faktoren hinsichtlich der Stromerzeugung (z.B. Tageszeit, Technologien, Einsatzstoffe) dienen.⁴⁸⁹ Die Differenzierung nach Erzeugungstechnologie und Anlagengröße ist überdies möglich und ebenso denkbar ist eine Anpassung der Höhe der Vergütung für Neuanlagen durch Einführung einer Degression. Die eventuelle Degression sollte dergestalt bestimmt werden, dass die Investoren weiterhin den Anreiz haben, Erneuerbare-Energien-Projekte zu entwickeln, aber gleichzeitig gezwungen sind, einen Technologiefortschritt zu schaffen oder zu nutzen, um die Effizienz der Stromerzeugung zu steigern. Weiterhin durchführbar ist die Einführung von Mengenbeschränkungen. Durch die Bestimmung eines Ausbaurkorridors kann eine Deckelung der Höhe der Förderung für Neuanlagen eingeführt werden.⁴⁹⁰

Zu einer vollständigen Ausgestaltung der Förderung über Einspeisevergütung ist die Klärung weiterer Fragen notwendig – wie jener des Kreises der Berechtigten und Verpflichteten aus dem Fördermodell. Wichtig sind ferner die Bestimmung der Anforderungen an Projekte und Betreiber, der Dauer des Förderzeitraums, die Ausgestaltung des Verfahrens der Leistung der Vergütung und sein institutioneller Rahmen. Für eine optimale Funktionsweise unentbehrlich sind Monitoring und Controlling des Fördermodells und seiner Auswirkungen samt einem Strafmechanismus für die Nichterfüllung der auferlegten Verpflichtungen. Die Ausgestaltung der Elemente kann sich grundsätzlich an den voranstehend dargestellten Optionen für Ausschreibungen und Quotenmodell orientieren, sodass hierauf verwiesen wird.

V. Zusammenfassung

In der bisherigen Praxis der Förderung der Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien wurden mehrere Modelle entwickelt. Sie lassen sich u.a. nach preis- und mengengesteuerten Modellen systematisieren. Zu der ersten Gruppe gehört beispielsweise das Fördermodell über Einspeisevergütung. Zu der zweiten Gruppe zählen u.a. Quoten- und Ausschreibungsmodelle. Die Fördermodelle für Strom aus erneuerbaren Energien, die Optionen ihrer Ausgestaltung sowie ihres Zusammenspiels bieten dem Staat umfassende Steuerungsmöglichkeiten. Eine geschickte und an die Bedürfnisse und Gegebenheiten des Lands angepasste Auswahl dieser Steuerungselemente hilft, die staatlichen Ziele im Bereich der erneuerbaren Energien zu erreichen. Durch die Schaffung oder Unterbindung bestimmter Anreize kann über die Fördermodelle Einfluss auf die Struktur der Erneuerbare-Energien-Branche genommen

⁴⁸⁸ Roßegger, Ulf, Förderung Erneuerbarer Energien zur Stromerzeugung in Deutschland und im Vereinigten Königreich, BWV 2014, S. 13.

⁴⁸⁹ Roßegger, Ulf, Förderung Erneuerbarer Energien zur Stromerzeugung in Deutschland und im Vereinigten Königreich, BWV 2014.

⁴⁹⁰ Roßegger, Ulf, Förderung Erneuerbarer Energien zur Stromerzeugung in Deutschland und im Vereinigten Königreich, BWV 2014, vgl. S. 13.

werden. Die Vor- und Nachteile sowie Chancen und Risiken der Fördermodelle und ihrer Ausgestaltungsoptionen sind entsprechend zu untersuchen, auszuwerten und nachzuverfolgen.

E. Rechtliche Rahmenbedingungen der Fördermodelle für Strom aus erneuerbaren Energien in Polen

In Polen wird die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien über zwei Modelle gefördert: Quotenmodell mit Zertifikate-Handel und Ausschreibungsmodell. Das Quotenmodell ist in Polen historisch als erstes eingeführt worden, daher wird es hier zuerst erörtert. Da als Fördermodell auch die sog. Abrechnungsverpflichtung verstanden werden kann und sie auf einem Teil der Regelungen für das Quotenmodell basiert, werden ihre Bestimmungen entsprechend thematisiert. Nach ihrer Darstellung folgt die Besprechung des Ausschreibungsmodells. Im Anschluss werden die Übergangsregelungen für die Überleitung vom Quotenmodell zum Ausschreibungsmodell expliziert.

I. Quotenmodell mit Zertifikate-Handel

Bei der Ausgestaltung des Quotenmodells hat sich die Republik Polen jahrelang für ein Quotenmodell mit Zertifikate-Handel entschieden. Die Vermarktung des physischen Stroms aus erneuerbaren Energien wurde von der Vermarktung seiner durch die Zertifikate nachgewiesenen grünen Qualität entkoppelt. Um eine reale Nachfrage zu schaffen, hat der Gesetzgeber eine Verpflichtung zum Erwerb der Zertifikate sowie einen entsprechenden Kontroll- und Strafmechanismus in Bezug auf die zum Erwerb der Zertifikate verpflichteten Akteure eingeführt.

1. Berechtigte

Das OZE-G begründet eine personenbezogene Berechtigung zur Inanspruchnahme des Fördermodells. Berechtigt ist grundsätzlich der Betreiber einer EE-Anlage, wenn die (personen- und nicht personenbezogenen) Voraussetzungen der Förderung erfüllt sind. Konkreter gesagt sind die durch das Quotenmodell mit Zertifikate-Handel begünstigten Akteure – mit einigen Ausnahmen – die Erzeuger von Strom aus erneuerbaren Energien in einer Bestandsanlage oder in einer nach dem Inkrafttreten des Kapitels 4. des OZE-G modernisierten Bestandsanlage.⁴⁹¹

Auf die Förderung können allerdings nicht alle der genannten Betreiber der Bestandsanlagen zurückgreifen. Das OZE-G führt hier betreiber- oder technologieabhängige Einschränkungen ein. Von den Erzeugern von Grünstrom in Mikroanlagen können den Anspruch auf die Erteilung der Zertifikate lediglich die gewerbetreibenden Erzeuger geltend machen.⁴⁹² Von der Förderung profitieren nicht die Betreiber von Wasserkraftanlagen mit installierter Gesamt-

⁴⁹¹ Art. 44 Abs. 1 OZE-G. Der Gesetzgeber liefert keine Definition der Modernisierung einer EE-Anlage. Wegen der Anzahl möglicher Varianten der Definition der Modernisierung einer EE-Anlage ist eine hohe Zahl an Streitigkeiten zwischen den Berechtigten und dem URE-Vorsitzenden, als der für die Erteilung der Zertifikate zuständigen Stelle, zu befürchten. Nach der durch den URE-Vorsitzenden am 21.12.2015 über die Anwendung der Vorschriften des OZE-G aus Anlass der OZE-G-Novellierung vom 29.12.2015 erlassenen Mitteilung wird der Zubau neuer Stromerzeugungseinheiten als Modernisierung der EE-Anlage eingestuft. Dies lässt auch *a maiore ad minus* darauf schließen, dass der Austausch der Generatoren gegen leistungsfähigere Einheiten ebenso als Modernisierung der Anlage einzustufen ist.

⁴⁹² Art. 44 Abs. 1 i.V.m. § 41 Abs. 1 Nr. 2 OZE-G.

leistung von über 5 MW.⁴⁹³ Von der Förderung ausgeschlossen sind die grundsätzlich förderfähigen Mikrobestandsanlagen, die mit dem verpflichteten Verkäufer einen Stromkaufvertrag mit halbjähriger Abrechnung der eingespeisten und bezogenen Strommengen abgeschlossen haben.⁴⁹⁴

Werden die grünen Strommengen in KWK-Anlagen erzeugt, erlangt der Berechtigte neben dem Anspruch auf die Erteilung sog. grüner Zertifikate für die Stromerzeugung in begünstigten Bestandsanlagen zusätzlich einen Anspruch auf die Erteilung von sog. KWK-Zertifikaten.⁴⁹⁵ Der Kreis der durch die KWK-Zertifikate Berechtigten ist breiter gefasst. Die hier besprochenen Ausnahmen betreffend den Kreis der Berechtigten aus grünen Zertifikaten gelten nicht für die Stromerzeugung aus KWK-Anlagen. Möglich ist demzufolge, dass die Betreiber bestimmter EE-Anlagen die Förderung über KWK-Zertifikate, nicht aber über die grünen Zertifikate erlangen.

2. Verpflichtete

Neben dem Kreis der Berechtigten definiert das OZE-G auf der anderen Seite ebenso die Gruppe der Einheiten, die verpflichtet sind, die Zertifikate zu erwerben. Der Kreis derer, welche die Quotenverpflichtung zu erfüllen haben, ist für die grünen Zertifikate sowie für die KWK-Zertifikate gleich gefasst.⁴⁹⁶

Zum einem sind zum Erwerb von Zertifikaten die Industrieabnehmer verpflichtet, die im Vorjahr mindestens 100 GWh Strom verbraucht und eine Stromverbrauchserklärung⁴⁹⁷ abgegeben haben. Die Verpflichtung erstreckt sich weiter auf die Energieunternehmen, die Strom erzeugen oder diesen an Endabnehmer verkaufen und die nicht den voranstehend genannten Industrieabnehmern zuzurechnen sind. Ferner erfasst die Verpflichtung die Endabnehmer, die keine Industrieabnehmer sind und gleichzeitig zu den Mitgliedern einer polnischen Stromwarenborse gehören – dies allerdings nur in Bezug auf die im eigenen Namen durchgeführten Transaktionen. Weiter gehören zum Kreis der Verpflichteten Endabnehmer, die keine Industrieabnehmer und gleichzeitig Mitglieder einer polnischen Verrechnungsstelle sind – bezüglich der im eigenen Namen durchgeführten Transaktionen außerhalb der Börse. Schließlich sind Verpflichtete die Makler(waren)unternehmen in Bezug auf die Transaktionen, die an der Stromwarenborse im Auftrag der Endabnehmer, die keine Industrieabnehmer sind, durchgeführt worden sind.

⁴⁹³ Art. 44 Abs. 11 OZE-G. Der Gesetzgeber begründet die Kürzung der Förderung (auch in Bezug auf die Stromeinkaufsverpflichtung) für Wasserkraftanlagen mit installierter Leistung über 5 MW damit, dass die Stromerzeugung in derartigen Wasserkraftanlagen so günstig sei, dass es keiner zusätzlichen Förderung bedürfe. Weiter soll der Entzug des Anspruchs auf eine Stromeinkaufsverpflichtung die Betreiber dieser Anlagen dazu bewegen, ihren Betrieb in Bezug auf den Tagesenergiebedarf zu optimieren (Begründung zum OZE-G, S. 49 f.). Es wird auch angeführt, dass Wasserkraftanlagen, teils erheblich, auf die Umwelt einwirken können, weshalb sie in mehreren Ländern nicht als grüne Technologie anerkannt werden (Begründung zum OZE-G, S. 11).

⁴⁹⁴ Art. 44 Abs. 14 i.V.m. Abs. 13 OZE-G.

⁴⁹⁵ Art. 44 Abs. 2 OZE-G.

⁴⁹⁶ Art. 9a Abs. 2 EnR, Art. 52 OZE-G.

⁴⁹⁷ Es handelt sich um eine Erklärung dem URE-Vorsitzenden gegenüber betreffend u.a. die Zugehörigkeit zu den bestimmten Wirtschaftszweigen, erworbenen Strommengen und die Intensität der Energienutzung, Art. 52 Abs. 3 OZE-G.

3. Quotenverpflichtung

Das OZE-G legt Inhalt und Umfang der Verpflichtung zum Erwerb von Zertifikaten fest, was als Quotenverpflichtung bezeichnet wird.

Die Quotenverpflichtung besteht in der Verpflichtung zum Erwerb einer bestimmten Quote an jeweiligen Zertifikaten in Bezug auf die gesetzlich festgelegte Berechnungsgrundlage. Alternativ kann die Quote durch die Erbringung einer Ersatzzahlung erfüllt werden.⁴⁹⁸ OZE-G und EnR führen zwei getrennte Quotenverpflichtungen ein. Die eine ist in Bezug auf grüne Zertifikate zu erfüllen. Bis zu einem gewissen Umfang kann sie alternativ mit Agrarbiogaszertifikaten erfüllt werden. Die zweite Quotenverpflichtung ist unabhängig von der ersten Quotenverpflichtung bezüglich der KWK-Zertifikate zu erfüllen. Zum Nachweis der Erfüllung der jeweiligen Quote haben die Verpflichteten die Obliegenheit, die erworbenen Zertifikate dem URE-Vorsitzenden zur Einziehung vorzulegen.

1) Höhe der Quote

Die Verpflichteten haben jährlich eine bestimmte Anzahl an grünen Zertifikaten (ggf. an Agrarbiogaszertifikaten, darunter an sog. blauen Zertifikaten) sowie an KWK-Zertifikaten zu erwerben. Die erforderliche Anzahl orientiert sich an einem gesetzlich festgelegten Prozentsatz der Berechnungsgrundlage. Entscheidend sind die durch den Verpflichteten verkauften und als Berechnungsgrundlage für die Bemessung der Quotenverpflichtung herangezogenen Strommengen (ggf. diese als Äquivalent der entsprechenden Biogasmengen im Falle von blauen Zertifikaten): sog. Quote. Die Höhe der Quote ist unterschiedlich für grüne, blaue und KWK-Zertifikate festgesetzt.

a. Höhe der Quote für grüne Zertifikate

Für die grünen Zertifikate beträgt die Quote im Regelfall 19,35 % der Berechnungsgrundlage.⁴⁹⁹ Ungeachtet der gesetzlichen Festlegung kann die Höhe der Quote geändert werden. Das OZE-G enthält eine Verordnungsermächtigung für den Energieminister, die Quote durch den Erlass einer Verordnung zu senken.⁵⁰⁰ Eine Ermächtigung zur Erhöhung der Quote ist nicht vorgesehen. Sollte sich der Energieminister für den Erlass einer Verordnung entscheiden, mit der er die Höhe der Quote senkt, muss er zu diesem Zweck eine entsprechende Verordnung bis zum 31. August des Vorjahrs erlassen. Für die Entscheidungsfindung hat er mehrere Aspekte zu berücksichtigen. Der Energieminister soll

⁴⁹⁸ Art. 52 Abs. 1 Nr. 1 und 2 OZE-G, Art. 9a Abs. 1 Nr. 1 und 2 EnR.

⁴⁹⁹ Art. 59 Nr. 1 OZE-G. Die Quote betrug im ersten Halbjahr 2016 15 % (Art. 188a Abs. 2 Pkt. 1 OZE-G) und wurde durch die Novelle vom 22.06.2017 auf dem Niveau belassen, das durch die Dezembernovelle eingeführt wurde. Mit der Novelle vom 22.06.2017 wurde die Quote für das zweite Halbjahr 2016 auf den Wert von 14,35 % gesenkt (Art. 190 Abs. 2 OZE-G). Allerdings wurde gleichzeitig ab dem zweiten Halbjahr 2016 die Quotenverpflichtung in Bezug auf die blauen Zertifikate eingeführt und auf das Niveau von 0,65 % der Berechnungsgrundlage festgesetzt (14,35 % + 0,65 % = 15,00 %), vgl. S. 90.

⁵⁰⁰ Art. 60 OZE-G. In dem Gesetzgebungsverfahren der OZE-G-Novelle vom 22.06.2016 wurde in dem Bericht der Kommission der Energieangelegenheiten und der Staatskasse über den Gesetzesentwurf der Abgeordneten über die Änderung des Gesetzes über erneuerbare Energien und weitere Gesetze (Drucksache Nr. 551-A vom 09.06.2016) der Vorschlag gemacht, die Ermächtigung des Wirtschaftsministers zur Senkung der Quotenhöhe auf 17,00 % und zwar mit einer bis zum 30.11.2016 gefassten Entscheidung sowie mit Wirkung erst ab 2021 zu beschränken. Die Problematik der weitgehenden Zuständigkeit des Wirtschaftsministers war daher in dem Gesetzgebungsverfahren zumindest präsent. Der Vorschlag hat sich allerdings nicht durchgesetzt; es verbleibt dabei, dass die Möglichkeit des Energieministers zur Senkung durch nur allgemeine und unscharfe Voraussetzungen eingeschränkt wird.

danach u.a. die internationalen Verpflichtungen der Republik Polen, den Anteil der grünen Energie im nationalen Stromsystem sowie die Mengen grüner Energie aus Mikro- und Kleinanlagen im nationalen Stromsystem berücksichtigen. Er hat zwar bei der Entscheidungsfindung die gesetzlich vorgegebenen Aspekte zu beachten, dennoch verbleibt die Entscheidung über die Senkung und über den Umfang der Senkung der Quote in seinem Ermessen. Das Konstrukt, nach dem die gesetzlichen Regelungen durch eine einfache Verordnung geändert werden können, wirft die Fragen der Verfassungsmäßigkeit auf, nicht zuletzt wegen der Verletzung der Normenhierarchie. Es fällt überdies auf, dass dem Energieminister durch eine Verordnungsermächtigung zur Senkung der Höhe der Quote ein einfaches Instrument an die Hand gegeben wurde, über die Nachfrageseite des Zertifikate-Handels derart gravierend entscheiden und damit auch auf den Erfolg des Fördermodells Einfluss nehmen zu können. Dass die Höhe der Quote – zumindest im Vergleich zur Durchführung eines regulären parlamentarischen Verfahrens – derart leicht geändert werden kann, dürfte sich auf die Berechtigten nicht vertrauensfördernd auswirken.

Den Verpflichteten ist durch den Gesetzgeber ermöglicht worden, die Quote alternativ anders als mit grünen Zertifikaten zu erfüllen. Statt für den Erwerb grüner Zertifikate kann sich der Verpflichtete für den Einkauf von Agrarbiogaszertifikaten entscheiden. Die erworbenen Zertifikate werden dann auf die Quotenverpflichtung in Bezug auf die grünen Zertifikate angerechnet. Die Quote kann dementsprechend lediglich mit grünen Zertifikaten, mit grünen Zertifikaten und Agrarbiogaszertifikaten oder nur mit Agrarbiogaszertifikaten erfüllt werden. Da der Strom aus Agrarbiogas auch durch das Quotenmodell mit Zertifikate-Handel geförderter Grünstrom ist, hat der Gesetzgeber die Gefahr der Doppelförderung erkannt und dem durch eine entsprechende Regelung vorgebeugt: Auf die Erfüllung der Quote wird nicht der Erwerb grüner Zertifikate angerechnet, die den Berechtigten für Strommengen ausgestellt wurden, für die sie einen Antrag auf die Erteilung von Agrarbiogaszertifikaten gestellt haben.⁵⁰¹

b. Höhe der Quote für sog. blaue Zertifikate und Agrarbiogaszertifikate

Mit der OZE-G-Novelle vom 22.06.2016 wurde mit Wirkung zum 01.07.2016 die Struktur der Quotenverpflichtung für die grünen Zertifikate geändert. Bisher konnte der Verpflichtete frei entscheiden, ob er die Quote mit grünen Zertifikaten, Agrarbiogaszertifikaten oder einem Mix dieser beiden erfüllt. Mit der genannten Novelle wurde aus der Quotenverpflichtung betreffend die grünen Zertifikate die Quotenverpflichtung für den Erwerb von Agrarbiogaszertifikaten ausgesondert.⁵⁰² Die Höhe der Quote wurde auf 0,65 % festgelegt. Diese Quote kann lediglich mit Agrarbiogaszertifikaten erfüllt werden; diesbezüglich besteht keine Möglichkeit einer alternativen Quotenerfüllung durch die Vorlage von grünen Zertifikaten. Die Quote für die grünen Zertifikate kann allerdings, wie bereits expliziert, weiterhin alternativ mit Agrarbiogaszertifikaten erfüllt werden.

⁵⁰¹ Art. 58 Abs. 1 OZE-G.

⁵⁰² Art. 59 Nr. 2 OZE-G. Siehe Fußnote 499. Die Verpflichtung wurde während des Gesetzgebungsverfahrens betreffend die Novelle vom 22.06.2016 in das OZE-G eingeführt. Eine schriftliche Begründung für die Einführung der Verpflichtung ist der Website des Sejms nicht zu entnehmen. Siehe die Information des URE-Vorsitzenden Nr. 54/2016 betreffend die Erfüllung der Verpflichtung zur Erlangung und Einziehung der grünen Zertifikate oder Agrarbiogaszertifikate oder zur Leistung einer Ersatzzahlung für das Jahr 2016, Seite 5.

c. KWK-Zertifikate

Die Ausgestaltung der Höhe der Quotenverpflichtung bezüglich der KWK-Zertifikate ist komplexer ausgestaltet als bezüglich der grünen Zertifikate und variiert je nach Art der KWK-Zertifikate.⁵⁰³ Damit wird den differenten Arten der KWK-Anlagen Rechnung getragen.

Die Quote für die sog. gelben Zertifikate wächst von 6,0 % im Jahr 2016 über 7,0 % im Jahr 2017, um im Jahr 2018 die Höhe von 8,0 % der Berechnungsgrundlage zu erreichen. Die Quote für die sog. lila Zertifikate beträgt im Jahr 2016 1,5 % und steigt im Jahr 2017 auf 1,8 %, um im Jahr 2018 2,3 % der Berechnungsgrundlage zu erreichen. Die Quote für die sog. roten Zertifikate bleibt ab dem Jahr 2014 bis einschließlich 2018 auf demselben Niveau und beträgt 23,2 % der Berechnungsgrundlage.

Die Förderung der KWK-Anlagen über KWK-Zertifikate ist nach dem Jahr 2018 laut geltenden Rechtsvorschriften nicht mehr vorgesehen.

2) Berechnungsgrundlage der Quotenverpflichtung

Alleine aus der Höhe der Quotenverpflichtung ergibt sich nicht, welche Menge an Zertifikaten der Verpflichtete jeweils konkret erwerben muss. Die Höhe der Quote wird nicht in einer Anzahl der Zertifikate angegeben, sondern ergibt sich in Bezug auf die Berechnungsgrundlage. Diese wird grundsätzlich aufgrund gesetzlich bestimmter Strommengen, die unterschiedlich für die grüne und die blaue Verpflichtung sowie bezüglich der KWK-Zertifikate bestimmt werden, festgelegt.⁵⁰⁴

Die Berechnungsgrundlage für die Erfüllung der Quote der grünen Verpflichtung bezieht sich entweder auf die Summe von elektrischer Energie, die sich aus den einbezogenen grünen Zertifikaten oder für die Erzeugung von Strom aus Biogas oder anderen erneuerbaren Energiequellen in Bezug auf die gesetzlich definierten Strommengen ergibt. Zu diesen Strommengen zählen zum einen solche, die an Endabnehmer veräußert wurden, die keine Industrieabnehmer sind. Zum anderen handelt es sich um Strommengen, die im jeweiligen Jahr zum Eigenverbrauch im Rahmen der im eigenen Namen abgeschlossenen Börsentransaktionen erworben worden sind. Weiter sind dies Strommengen, die im jeweiligen Jahr zum Eigenverbrauch außerhalb der Börse, aber im Rahmen von Transaktionen bei der polnischen Abrechnungsstelle oder dem Landestresor von Wertpapieren⁵⁰⁵ erworben worden sind. Zudem sind es Strommengen, die im jeweiligen Jahr im Auftrag der Endabnehmer an der (Strom-)Börse sowie zum Eigenverbrauch eingekauft worden sind. Die Berechnungsgrundlage für die Erfüllung der blauen Verpflichtung bezieht sich auf die hier benannten Strommengen als Äquivalent für die Mengen an Biogas, die nach dem Inkrafttreten des Kapitels 4. des OZE-G erzeugt worden sind.

Hinsichtlich der Erfüllung der Quote an KWK-Zertifikaten gelten folgende Regeln: Für die Industrieabnehmer sind die erworbenen Strommengen maßgebend. Die Elektrizitätsversorgungsunternehmen, deren Tätigkeit in der Erzeugung oder dem Verkauf elektrischer Energie besteht und die diese Energie an den Endabnehmer veräußern, haben die Quotenverpflichtung

⁵⁰³ Art. 9a Abs. 11 EnR.

⁵⁰⁴ Art. 9a Abs. 12 EnR, Art. 59 OZE-G.

⁵⁰⁵ Krajowy Depozyt Papierów Wartościowych S.A. ist eine Aktiengesellschaft des polnischen Staats, die hauptsächlich für die Führung und Überwachung der Registrierung von Wertpapieren zuständig ist.

bezüglich der an die Endabnehmer, die keine Industrieabnehmer sind, verkauften Strommengen zu erfüllen. Für die Endabnehmer, die keine Industrieabnehmer und gleichzeitig Mitglieder einer polnischen Stromwarenborse sind, erstreckt sich der Umfang der Verpflichtung auf die an der Stromwarenborse durch die Endabnehmer, die keine Industrieabnehmer sind, im eigenen Namen erworbenen Strommengen. Für die Makler(waren)unternehmen berechnet sich die Quotenverpflichtung in Bezug auf die Strommengen, die sie an der Stromwarenborse im Auftrag der Endabnehmer, die keine Industrieabnehmer sind, erworben haben.

3) Erfüllung der Quotenverpflichtung

Die Verpflichteten können ihre Quotenverpflichtung auf zwei unterschiedliche Arten erfüllen. Die Erfüllung der Quotenverpflichtung soll dabei primär durch die Einziehung der gesetzlich geforderten Menge an Zertifikaten erfolgen. Alternativ können die Verpflichteten eine Ersatzzahlung leisten. Durch die Ausübung seiner Wahloption hinsichtlich der Art und Weise der Quotenerfüllung kann der Verpflichtete *de facto* entscheiden, wohin die finanziellen Fördermittel (Einnahmen aus dem Zertifikate-Handel) fließen sollen: über den Zertifikatspreis an die Betreiber begünstigter EE-Anlagen oder über die Ersatzzahlung an deren Empfänger (der Nationale Fonds für Umweltschutz und Wasserwirtschaft). Der Mechanismus erlaubt zwar einerseits eine wettbewerbsähnliche Steuerung der Preise der Zertifikate⁵⁰⁶ und die Senkung der Gesamtkosten des Fördermodells. Andererseits resultiert somit die Schwankung der Zertifikatspreise und damit eine Unsicherheit der Betreiber von EE-Anlagen bezüglich deren Wirtschaftlichkeit, was wiederum die Effektivität des gesamten Fördermodells beeinflusst. Die Novellierung des OZE-G brachte damit zusätzliche Voraussetzungen, wann die Quote nicht mit Zertifikaten, sondern über eine Ersatzzahlung erfüllt werden kann.

Die (unter bestimmten Umständen alternative) Erfüllung der Quote durch die Ersatzleistung kann in Bezug auf die volle oder nur auf einen Teil der Quotenverpflichtung erfolgen. Falls die Verpflichteten bezüglich der bestimmten Strommengen aus der Berechnungsgrundlage weder die entsprechende Anzahl an Zertifikaten noch die Ersatzzahlung in geforderter Höhe leisten, müssen sie eine Strafzahlung entrichten. Die Quotenverpflichtung muss jeweils neu in vollem Umfang für grundsätzlich jedes Kalenderjahr erfüllt werden, für das die Quote gesetzlich festgesetzt wurde.⁵⁰⁷

a. Einziehung der Zertifikate

Der Verpflichtete kann die Quote mit erworbenen Zertifikaten erfüllen.⁵⁰⁸ Die Erfüllung der Quote bzw. des Quotenteils tritt allerdings nicht schon im Zeitpunkt des Erwerbs der Zertifikate ein. Die erworbenen Zertifikate werden erst durch ihre Einziehung auf die zu erfüllende Quotenverpflichtung angerechnet. Gemäß der Regelung üben die Verpflichteten Einfluss auf den Zeitpunkt der Erfüllung der Quotenverpflichtung aus. Sie können demgemäß die erworbenen Zertifikate kumulieren und im gewählten Zeitpunkt die Einziehung vornehmen. Da die Zertifikate kein Gültigkeitsdatum haben, dürfen die Verpflichteten grundsätzlich frei entscheiden, in welcher Verpflichtungsperiode die erworbenen Zertifikate

⁵⁰⁶ Siehe Seite 105 f.

⁵⁰⁷ Siehe Art. 67 Abs. OZE-G, Art. 9m Abs. 14 EnR.

⁵⁰⁸ Art. 52 Abs. 1 Nr. 1) OZE-G, Art. 9a Abs. 1 Nr. 1 EnR.

zur Erfüllung der Quote eingezogen werden.⁵⁰⁹ Dabei haben sie das Stichdatum des 30. Juni des jeweiligen Folgejahres zu beachten; die Zertifikate, die bis dahin eingezogen werden, werden automatisch auf die Erfüllung der Quote für das Vorjahr angerechnet.⁵¹⁰ Dabei spielt es keine Rolle, zu welchem Zeitpunkt oder für die im welchen Jahr erzeugten Strommengen die Zertifikate den Berechtigten zugeteilt und anschließend an die Verpflichteten veräußert worden sind.

Um die Einziehung der Zertifikate in die Wege zu leiten, müssen die Verpflichteten einen entsprechenden Antrag an den URE-Vorsitzenden richten. Die Einziehung kann die erworbenen Zertifikate im Ganzen oder nur Teile derselben erfassen.⁵¹¹ Mit der Einziehung erlöschen die handelbaren Rechte aus den Zertifikaten⁵¹² und die Zertifikate dürfen nicht weiter gehandelt werden.

b. Ersatzzahlung

Um die Quotenverpflichtung zu erfüllen, können sich die Verpflichteten alternativ zur Einziehung der Zertifikate grundsätzlich dafür entscheiden, eine Ersatzzahlung zu entrichten. Die Ersatzzahlung ist jährlich bis zum 30. Juni des Folgejahres auf das Bankkonto des Nationalen Fonds für Umweltschutz und Wasserwirtschaft für das jeweilige Verpflichtungsjahr zu entrichten.⁵¹³

Die Höhe der Ersatzzahlung wird nach einem gesetzlich festgelegten Muster für den jeweiligen Verpflichteten individuell berechnet. Das Muster ist für die Quote bezüglich der grünen Zertifikate anders als für Quote hinsichtlich der KWK-Zertifikate festgelegt.

a) Grüne Zertifikate und Agrarbiogaszertifikate

Die Höhe der Ersatzzahlung für die grünen und die blauen Zertifikate (auch für die Agrarbiogaszertifikate) wird nach einem Berechnungsmuster bestimmt. Sie wird ermittelt durch die Multiplikation einer gesetzlich festgelegten Ersatzgebühr und des Unterschieds zwischen den Strommengen in Bezug auf die Zertifikate, die durch den jeweiligen Verpflichteten einzuziehen waren, und den Strommengen, auf die Zertifikate durch ihn tatsächlich eingezogen wurden.⁵¹⁴ Die Höhe der Ersatzgebühr ist im OZE-G bestimmt und beträgt derzeit 300,03 PLN pro 1 MW.⁵¹⁵

Durch den Verpflichteten kann nicht ohne Weiteres eine Ersatzzahlung zur Erfüllung der Quote geleistet werden. Das OZE-G führt hierfür zwei Einschränkungstatbestände ein.

Zum einen wird die Wahlfreiheit der Verpflichteten bezüglich der Art und Weise der Erfüllung der Quote eingeschränkt, wenn der monatlich oder jährlich durchschnittlich gewichtete Preis der Zertifikate⁵¹⁶ unter dem Wert von 75 % der aktuell geltenden

⁵⁰⁹ Art. 67 Abs. 2 OZE-G, Art. 9m Abs. 14 EnR.

⁵¹⁰ Art. 67 Abs. 2 OZE-G, Art. 9m Abs. 14 EnR.

⁵¹¹ Art. 65 Abs. 1 OZE-G, Art. 9m Abs. 8 EnR.

⁵¹² Art. 67 Abs. 1 OZE-G.

⁵¹³ Art. 9a Abs. 15 EnR, Art. 68 Abs. 2 OZE-G.

⁵¹⁴ Art. 56 OZE-G.

⁵¹⁵ Art. 56 OZE-G; 300,03 PLN entsprechen ca. 75,00 EUR.

⁵¹⁶ Der monatliche gewichtete Zertifikatspreis wird monatlich berechnet und zum ersten Arbeitstag des jeweiligen Monats durch den Betreiber der Strombörse veröffentlicht. Bei der Berechnung der Höhe des Preises werden die Börsenpreise der Zertifikate aller Börsensitzungen der letzten 3 Monaten vor dem

Ersatzzahlung liegt. In diesem Fall kann der Verpflichtete seine Quote ausschließlich durch die Einziehung von Zertifikaten erfüllen.⁵¹⁷ Die Einschränkung der Freiheit des Verpflichteten sollte sich auf die Nachfrageseite des Zertifikate-Handels auswirken und als Mechanismus gegen den Verfall der Zertifikatspreise dienen.⁵¹⁸ In der Praxis wird die Regelung die Verpflichteten allerdings nur in bestimmten Situationen zum Erwerb der Zertifikate auf dem Markt bewegen, z.B. wenn sie die entsprechende Anzahl der Zertifikate nicht bereits kumuliert oder sonst durch vertragliche Abreden den Erwerb der benötigten Menge an Zertifikaten gesichert haben.

Auch verursacht die Formulierung der Ausnahmeregelung Interpretationsschwierigkeiten. Unklar ist beispielsweise, ob die Verpflichtung sich stets auf die ganze jeweilige Verpflichtungsperiode bezieht oder nur auf den Zeitraum, in dem die Börsenpreise der Zertifikate unter das bestimmte Niveau sinken. Sollte die eingeschränkte Quotenverpflichtung sich lediglich auf den Zeitabschnitt der Verpflichtungsperiode beziehen, ist zu untersuchen, bezüglich welcher Strommengen die Höhe der Verpflichtung berechnet wird. Es ist zu klären, ob für die Berechnung der konkreten Höhe der Quotenverpflichtung für diesen Abschnitt der Verpflichtungsperiode ein entsprechender Anteil der Berechnungsgrundlage (z.B. wäre für einen Monat 1/12 der Strommengen in der Verpflichtungsperiode des jeweiligen Verpflichteten bei der Berechnung der Höhe der Quotenverpflichtung zu berücksichtigen) in Ansatz gebracht wird oder nur die Strommengen, die für den fraglichen Zeitabschnitt tatsächlich anfallen.

Zum zweiten wird die Wahlfreiheit des Verpflichteten in Bezug auf die Art und Weise der Quotenerfüllung eingeschränkt, wenn die Höhe der Ersatzzahlung für die jeweilige Strommenge gleich oder höher ist als die Höhe des monatlich oder jährlich durchschnittlich gewichteten Preises für die Zertifikate für diese Strommenge.⁵¹⁹ Die Quotenverpflichtung kann dementsprechend erst dann durch die Leistung einer Ersatzzahlung erfolgen, wenn die Ersatzzahlung niedriger ausfallen würde als der zu entrichtende Zertifikatspreis. Zum Nachweis hat der Verpflichtete seine erfolglosen Kaufbemühungen von grünen oder blauen Zertifikaten zu dokumentieren. Er hat demnach zu belegen, dass er an sechs Börsensitzungen ab dem Anfang des jeweiligen Verpflichtungsjahres bis zum 31. Mai des Folgejahres Angebote zum Kauf entsprechender Zertifikate abgegeben hat und mangels Verkaufsangeboten die Zertifikate nicht erwerben konnte.⁵²⁰ Erst die erfolgreiche Erbringung dieses Nachweises erlaubt ihm, die Quotenverpflichtung über die Ersatzzahlung zu erfüllen. Die Erforderlichkeit der Nachweiserbringung und die damit einhergehende Einschränkung der Freiheit der Verpflichteten hinsichtlich der Art und Weise der Quotenerfüllung hat das Potenzial, sich stimulierend auf die Nachfrageseite des Zertifikate-Markts und damit auf die Zertifikatspreise auszuwirken. Allerdings ist auch diese Ausnahmeregelung nicht frei von Interpretationsschwierigkeiten. Ähnlich wie bei der ersten Ausnahmeregelung ist die Frage

Monat, in dem der durchschnittliche Preis veröffentlicht wurde, einbezogen. Für die Berechnung des jährlichen durchschnittlichen gewichteten Preises werden die Börsenpreise der Zertifikate aller Börsensitzungen im Vorjahr berücksichtigt. Der jährliche durchschnittliche gewichtete Börsenpreis wird am ersten Arbeitstag des jeweiligen Jahres veröffentlicht; Art. 47 Abs. 3 bis 6 OZE-G.

⁵¹⁷ Art. 47 Abs. 2 i.V.m. Art. 47 Abs. 3 OZE-G.

⁵¹⁸ Begründung OZE-G, S. 19.

⁵¹⁹ Art. 47 Abs. 2 OZE-G.

⁵²⁰ Art. 47 Abs. 7 OZE-G.

nach der Bestimmung einschlägiger Zeitperioden zu stellen.⁵²¹ Überdies ist nicht eindeutig, was unter einem Mangel an Verkaufsangeboten zu verstehen ist: ein vollständiger Mangel an Verkaufsangeboten oder das Vorliegen von Verkaufsangeboten in lediglich unzureichendem Umfang. Die besseren Argumente sprechen für die Annahme der zweiten Auslegungsalternative.⁵²²

b) KWK-Zertifikate

Die Berechnung der Höhe der Quotenverpflichtung in Bezug auf die KWK-Zertifikate erfolgt in mehreren Schritten. Sie ist über die Addition von drei Multiplikationen vorzunehmen.⁵²³ Addiert werden die Multiplikation der Höhe der Ersatzgebühr für die gelben, der Ersatzgebühr für die roten und der Ersatzgebühr für die lila Zertifikate jeweils mit den Strommengen, bezüglich welcher die geltende Quotenverpflichtung für die jeweiligen Zertifikate nicht erfüllt worden ist. Für die gelben Zertifikate beträgt die Ersatzgebühr 15 % bis 110 % des durchschnittlichen Strommarktpreises auf dem Wettbewerbsmarkt.⁵²⁴ Für die

⁵²¹ Nach der Mitteilung des URE-Vorsitzenden Nr. 14/2017 vom 14.03.2017 über die Erfüllung der Quotenverpflichtung durch Erlangung und Einziehung von Zertifikaten für die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien oder durch Leistung einer Ersatzzahlung im Lichte der Regelung des Art. 47 OZE-G ist bei der Bestimmung der einschlägigen Preise auf den Zeitpunkt der Antragstellung über die Einziehung der Zertifikate abzustellen. Diese Interpretation liefert zwar eine sehr praxisnahe Lösung, kann allerdings nicht durch den Wortlaut des OZE-G bestätigt werden.

⁵²² Gegen die Annahme der ersten Alternative spricht die historische Auslegung: Vor der Novelle vom 22.06.2016 war die Erfüllung der Quote über die Leistung einer Ersatzzahlung möglich, wenn auf den sechs Börsensitzungen der Verpflichtete die entsprechenden Zertifikate nicht erworben hat und auch keine Zertifikate zum Verkauf angeboten wurden. Der neue Gesetzeswortlaut stellt auf einen „Mangel von Verkaufsangeboten“ ab. Gegen die erste Alternative spricht auch folgende Überlegung: Der Fall, dass über mehrere Sitzungen keine Zertifikate zum Verkauf angeboten werden, ist eher unwahrscheinlich, sodass die besprochene Ausnahmeregelung mit dem Inhalt fast nie zur Anwendung kommen würde. Im Lichte dessen, dass die Ausnahmeregelung auf den Abbau des Zertifikateüberangebots abzielen scheint, zeigt sich die zweite Auslegungsalternative als naheliegender. Allerdings sprechen gegen die zweite Alternative die möglichen negativen praktischen Folgen dieser Auslegung. Dürfte der Verpflichtete die Quote durch die Leistung einer Ersatzzahlung nur dann erfüllen, wenn in den Börsensitzungen die Zertifikate nicht in ausreichendem Umfang zum Verkauf angeboten wurden, würde dies zu einem Bieterkampf zwischen den Verpflichteten um die wenigen Zertifikate führen. Die Zertifikatspreise würden infolgedessen zumindest bis zur Höhe der Wirtschaftlichkeitsgrenze der Verpflichteten getrieben. Die Wirtschaftlichkeitsgrenze würde sich dann an der Höhe der Strafzahlung orientieren, die der Verpflichtete im Falle der Nicht- oder unrechtmäßigen Erfüllung der Quotenverpflichtung zu befürchten hat, da dieser Betrag für ihn – bei der Nichteinziehung von Zertifikaten – eine finanzielle Sowieso-Belastung bedeutet. Dies kann mit der Systematik der Quotenverpflichtung (primär die Verpflichtung zum Erwerb von Zertifikaten, alternativ Leistung einer Ersatzzahlung und erst infolge des Versäumnisses die Pflicht zur Entrichtung einer Strafzahlung) nicht vereinbar sein. Die Höhe der Ersatzgebühr würde dann ihre Korrekturwirkung für die grundsätzlich freimarktwirtschaftliche Festlegung der Zertifikatspreise verlieren. Die Strafzahlung würde als neuer Orientierungssatz gelten, was zu einer überplanmäßigen Verstärkung der Fördersystematik aufseiten der Anlagenbetreiber führen könnte. Nach der Abwägung der Argumente für die erste und zweite Auslegungsalternative der Ausnahmeregelung ist festzustellen, dass bessere Gründe für die Annahme der zweiten Alternative sprechen. Die Anwendung der Ausnahmeregelung mit diesem Normeninhalt würde möglicherweise zur (unplanmäßigen) Stärkung der Position der Berechtigten führen. Der Eintritt dieser Folge ist jedoch in Zeiten des noch andauernden und in der Branche kritisierten Überangebots an Zertifikaten in ihrer schärfsten Ausprägung eher nicht zu erwarten und vielleicht sogar notwendig, um das Problem des Überangebots zu beheben.

⁵²³ Art. 9a Abs. 10 EnR.

⁵²⁴ Im Sinne von Art. 23 Abs. 2 Nr. 18 lit. b EnR. Der durchschnittliche Strompreis auf dem Wettbewerbsmarkt wird durch den URE-Vorsitzenden berechnet und bekannt gegeben. Im Jahr 2016 betrug der Preis 169,70 PLN/MWh (ca. 42,42 EUR/MWh), siehe Mitteilung des URE-Vorsitzenden Nr. 17/2017 vom 28.03.2017.

roten Zertifikate ist die Ersatzgebühr auf 5 % bis 40 % des durchschnittlichen Strommarktpreises auf dem Wettbewerbsmarkt festgelegt. Noch höher liegt die Ersatzgebühr für die lila Zertifikate, welche sich auf 30 % bis 120 % des durchschnittlichen Strommarktpreises auf dem Wettbewerbsmarkt beläuft.

Die konkrete Höhe der Ersatzgebühr für die KWK-Zertifikate wird für das Vorjahr bis zum 31. Mai des Folgejahres durch den URE-Vorsitzenden innerhalb der voranstehend erörterten gesetzlichen Grenzen festgelegt.⁵²⁵ Dabei orientiert er sich an den Strommarktpreisen im Vorjahr. Ausschlaggebend sein sollen die Mengen der elektrischen Energie aus KWK-Anlagen, die Differenz zwischen den Stromerzeugungskosten in KWK-Anlagen und den Strommarktpreisen auf dem Wettbewerbsmarkt, die Höhe der Strompreise für Endabnehmer sowie der Grad der Bewirtschaftung von Grubenmethan.⁵²⁶

Die Möglichkeit der Erfüllung der Quotenverpflichtung durch die Einziehung von KWK-Zertifikaten wird ähnlich wie in dem oben erörterten Fall bezogen auf grüne Zertifikate eingeschränkt. Die KWK-Quote kann durch die Leistung einer Ersatzzahlung erfüllt werden, wenn die Höhe der Ersatzzahlung für die jeweilige Strommenge gleich oder höher ist als die Höhe des monatlich oder jährlich durchschnittlich gewichteten Preises für die Zertifikate für diese Strommenge.⁵²⁷ Die Quotenverpflichtung kann dementsprechend erst dann durch die Leistung einer Ersatzzahlung erfolgen, wenn die Ersatzzahlung niedriger ausfallen würde als der zu entrichtende KWK-Zertifikatspreis.

c. Strafzahlung

Die Quotenverpflichtung soll idealerweise durch die Einziehung der Zertifikate erfüllt werden, die der Verpflichtete von den Berechtigten erworben hat. Alternativ (falls keiner der diese Wahlfreiheit einschränkenden Tatbestände vorliegt) können die Verpflichteten eine Ersatzzahlung leisten, die auf die Quotenverpflichtung angerechnet wird. Die Erfüllung der Quote ist daher für die Verpflichteten mit organisatorischem Aufwand und finanzieller Belastung verbunden. Es liegt daher nahe, dass die Verpflichteten als gewinnorientierte Unternehmen die Quotenverpflichtung nicht (immer) beziehungsweise nicht in voller Höhe freiwillig erfüllen könnten, was die Wirksamkeit des gesamten Fördermodells infrage stellen könnte. Daher hat der Gesetzgeber einen Strafmeechanismus eingeführt, der die Verpflichteten zur Erfüllung der Quote bewegen soll. Danach muss der Verpflichtete, der die Quote weder durch die Einziehung der Zertifikate noch durch die Erbringung der Ersatzzahlung erfüllt, eine Strafzahlung leisten.⁵²⁸ Die Strafzahlung wird durch den URE-Vorsitzenden festgelegt. Diese darf 15 % der Höhe der Einnahmen des betroffenen Unternehmens nicht überschreiten.⁵²⁹ Für die Berechnung der Untergrenze der Strafzahlung sieht das OZE-G ein Muster vor.⁵³⁰ Danach darf die Strafzahlung das Ergebnis der Multiplikation des Faktors 1,3 und der Höhe der am Fälligkeitstag nicht entrichteten Ersatzgebühr nicht unterschreiten.

⁵²⁵ Art. 9a Abs. 13 und 14 EnR, Art. 23 Abs. 2 Pkt. 18 lit. b EnR.

⁵²⁶ Für das Jahr 2017 betragen die Zahlungen: gelbe Zertifikate 120,00 PLN/MWh (ca. 30,00 EUR/MWh), lila Zertifikate 10,00 PLN/MWh (ca. 2,50 EUR/MWh), rote Zertifikate 56,00 PLN/MWh (ca. 14,00 EUR/MWh), Mitteilung des URE-Vorsitzenden Nr. 26/2016 vom 30.05.2017.

⁵²⁷ Art. 46a i.V.m. 47 Abs. 2 OZE-G.

⁵²⁸ Art. 168 Nr. 1 OZE-G, Art. 56 Abs. 1 Nr. 1a EnR.

⁵²⁹ Art. 170 Abs. 1 OZE-G, Art. 56 Abs. 3 EnR.

⁵³⁰ Art. 170 Abs. 2 OZE-G, Art. 56 Abs. 2a EnR.

Gegen die Entscheidung des URE-Vorsitzenden kann der Betroffene innerhalb von 14 Tagen nach ihrer Zustellung einen Widerspruch bei dem polnischen Wettbewerbsgericht einlegen. Das Verfahren in Bezug auf grüne und blaue Zertifikate wird nach den Regeln des polnischen Zivilverfahrensbuchs⁵³¹, in Bezug auf die KWK-Zertifikate nach den Vorschriften über das Verwaltungszwangsverfahren⁵³² geführt. Die Strafzahlungen sind auf das Bankkonto des zuständigen Finanzamts zu leisten.⁵³³

4) Befreiungen von der Quotenverpflichtung für stromintensive Unternehmen

Diverse stromintensive Unternehmen sind in einem bestimmten Umfang von der Verpflichtung, die gesetzlich vorgegebene Quote zu erfüllen, befreit. Begünstigt sind Unternehmen, die zu gesetzlich vorgegebenen Wirtschaftszweigen gemäß der polnischen Systematik der Wirtschaftszweige⁵³⁴ gehören und dem URE-Vorsitzenden eine Befreiungserklärung vorgelegt haben.⁵³⁵

Der Umfang der Befreiung richtet sich nach der Stromintensität des Unternehmens. Als Stromintensität wird das Verhältnis der Kosten der für eigene Zwecke erworbenen oder selbsterzeugten elektrischen Energie und der durchschnittlichen Bruttowertschöpfung des betroffenen Unternehmens der letzten drei Jahre vor dem Jahr der Erfüllung der Verpflichtung definiert.⁵³⁶ Das OZE-G ermächtigt den Energieminister, eine Verordnung über die genaue Berechnungsweise der Stromintensität zu erlassen.⁵³⁷ Danach zählen zu den Kosten der elektrischen Energie, die bei der Berechnung der Stromintensität berücksichtigt werden, u.a. die entrichtete Ersatzzahlung, die erbrachte OZE-Umlage und andere Kosten der Beteiligung an dem Fördermodell für Strom aus erneuerbaren Energien.⁵³⁸

Die Befreiung von der Quotenverpflichtung wird den berechtigten Industrieabnehmern in Form einer Absenkung der Höhe der Quotenverpflichtung gewährt.⁵³⁹ Die begünstigten stromintensiven Unternehmen werden verpflichtet, die Quotenpflicht in Bezug auf den vorgegebenen Prozentsatz der für Eigenverbrauch erworbenen elektrischen Energie in der maßgeblichen Periode zu erfüllen. Liegt die Stromintensität zwischen 3 % und 20 %, ist die Quote in Bezug auf 80 % der Berechnungsgrundlage zu erfüllen. Bei einer Stromintensität

⁵³¹ Art. 169 Abs. 2 und 3 OZE-G.

⁵³² Art. 56 Abs. 7 EnR.

⁵³³ Art. 175 Abs. 2 OZE, Art. 56 Abs. 4 EnR. Anders als die Ersatzzahlungen, die an NFOSiGW geleistet werden und zwingend umweltschutzbezogene Ziele fördern, fließen die Strafzahlungen in die allgemeine Staatskasse. Der durch das OZE-G veranlasste Finanzfluss kann daher im Endeffekt zur Förderung jedes beliebigen durch den Staat finanziell unterstützten Zwecks eingesetzt werden. Die Regelung mag daher vielleicht den Strafcharakter der Strafzahlung unterstreichen und ihre Fahndung erleichtern, steht aber im Widerspruch zu den Grundsätzen der Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien.

⁵³⁴ Polska Klasyfikacja Działalności (PKD), im Sinne des Gesetzes vom 29.06.1995 über die öffentliche Statistik, BGBl. 1995, Nr. 88, Pos. 439.

⁵³⁵ Art. 53 Abs. 1 i.V.m. Art. 52 Abs. 3 OZE-G. Die Befreiungserklärung muss folgende Informationen beinhalten: Erklärung über die Tätigkeit nach dem PKD, verbrauchte sowie zum Eigenverbrauch erworbene Strommengen, Stromintensität sowie die von der Quotenverpflichtung umfassten Strommengen.

⁵³⁶ Art. 53 Abs. 2 OZE-G.

⁵³⁷ Art. 53 Abs. 4 OZE-G. Verordnung des Energieministers vom 09.12.2016 über die Berechnung der Stromintensität durch den Industrieabnehmer, BGBl. 2016, Nr. 0, Pos. 2054.

⁵³⁸ § 1 Abs. 2 der Verordnung über die Berechnung der Stromintensität durch den Industrieabnehmer.

⁵³⁹ Art. 53 Abs. 1 OZE-G.

von über 20 % bis einschließlich 40 % beträgt die Berechnungsgrundlage 60 % und sinkt auf 15 % bei einer Stromintensität von über 40 %.

Für das Jahr 2016 haben insgesamt 51 Industrieabnehmer die Inanspruchnahme der Befreiung von der Quotenverpflichtung gemeldet. 15 von ihnen werden zu 80 %, 21 zu 60 % und 15 zu 15 % von der jeweiligen Quotenverpflichtung befreit.⁵⁴⁰

5) Zwischenfazit

Die Quotenverpflichtung sorgt für die Schaffung eines gesetzlich gesteuerten Nachfragemarkts für die Zertifikate. Die Höhe der Quotenverpflichtung wird getrennt für sog. grüne, blaue und KWK-Zertifikate berechnet. Von der Erfüllung der Quote sind in einem bestimmten Umfang bestimmte stromintensive Industrieabnehmer befreit. Die Quote für grüne Zertifikate kann alternativ mit sog. Agrarbiogaszertifikaten erfüllt werden. Ferner kann die Quote grundsätzlich entweder durch die Einziehung der Zertifikate oder durch die Entrichtung einer Ersatzzahlung erfüllt werden.⁵⁴¹ Erfüllt der Verpflichtete die Quote nicht (vollständig) auf die vorgegebene Art und Weise, muss er eine Strafzahlung entrichten. Das Anreizsystem funktioniert grundsätzlich optimal, wenn die Höhe der Ersatzzahlung die Höhe des Marktpreises für die jeweiligen Zertifikate übersteigt und die Höhe der Strafzahlung unterschreitet. Während das Verhältnis der Höhe der Ersatzzahlung und der Strafzahlung durch ein gesetzliches Muster festgelegt ist, kann das Verhältnis der Höhe der Ersatzgebühr und der Höhe der Zertifikatspreise variieren, da Letztere nicht an die Strompreise gekoppelt ist. Wie die Quotenverpflichtung erfüllt wird, kann auch durch interne Beweggründe des Verpflichteten beeinflusst sein. Beispielsweise kann dieser den administrativen Aufwand, der mit dem Erwerb der Zertifikate oder mit der Entrichtung der Ersatzzahlung verbunden ist, zugunsten der Wahl der Option der Entrichtung der Ersatzzahlung abwägen.

4. Zertifikate

Die gesetzlichen Regelungen zu den Zertifikaten sind umfangreich. Die einschlägigen Rechtsnormen legen Arten, Form und Inhalt der Zertifikate fest. Sie bestimmen die Strommengen, für welche die Zertifikate beantragt werden können. Das Gesetz definiert ebenfalls die Regeln für die Ausstellung der Zertifikate, die entsprechende Eintragung in das jeweilige Register sowie weitgehend den Zertifikate-Handel.

⁵⁴⁰ Information des URE-Vorsitzenden vom 14.04.2017, erlassen gemäß Art. 199 Abs. 2 i.V.m. 52 Abs. 3 OZE-G.

⁵⁴¹ Nach der Information über die Erfüllung der Quotenverpflichtung in den Jahren 2013-2015, Bericht über die Tätigkeit des URE-Vorsitzenden für das Jahr 2016 vom April 2017, Seite 213, wird die Quote wie folgt erfüllt:

Jahr	Verkauf von grüner Energie an Endverbraucher (MWh)	Strommengen, die sich aus den eingezogenen Zertifikaten ergeben (MWh)	Höhe der Ersatzgebühr (PLN)	Strom-mengen, die sich aus der Ersatzgebühr ergeben (MWh)	Erfüllung der Quotenverpflichtung (%)	Gefordertes Niveau der Erfüllung der Quotenverpflichtung (%)
2013	123 370 626,794	14 805 216,830	7 013 596,98	23 587,009	12,02	12,00
2014	123 634 352,012	16 218 638,973	5 879 903,22	19 597,718	13,13	13,00
2015	124 000 000,000	16 769 346,426	3 701 707,870	12 337,792	13,56	14,00

1) Arten der Zertifikate

Das OZE-G räumt den Berechtigten die Möglichkeit ein, einen Anspruch auf die Ausstellung von Zertifikaten geltend zu machen. Den berechtigten Erzeugern von Strom aus erneuerbaren Energien stehen zwei Arten von Zertifikaten zur Verfügung, wobei eine Art drei Untergruppen hat. Im Fachjargon erhalten die Arten der Zertifikate unterschiedliche Farben als informelle Bezeichnung.

a. Grüne Zertifikate

Die sog. grünen Zertifikate sind für Erzeuger elektrischer Energie aus erneuerbaren Energiequellen gedacht, die zur Inanspruchnahme der Förderung über das Quotenmodell berechtigt sind. Die Berechtigten können demzufolge – bei der Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben – die Förderung in Form dieser grünen Zertifikate in Anspruch nehmen.

Die grünen Zertifikate werden getrennt für Strommengen erteilt, die aus Agrarbiogas oder die aus anderen erneuerbaren Energien erzeugt worden sind.⁵⁴²

b. Agrarbiogaszertifikate

Neben den Zertifikaten für die grüne Stromerzeugung sieht das Gesetz Zertifikate für die Erzeugung von Agrarbiogas (im Fachjargon als „braune Zertifikate“ bezeichnet) vor. Die Agrarbiogaszertifikate bescheinigen die Erzeugung und Einspeisung des Agrarbiogases in das Gasverteilungsnetz.⁵⁴³ Obwohl die Förderung der Agrarbiogaserzeugung über Agrarbiogaszertifikate in das Fördersystem der Stromerzeugung aus regenerativen Energiequellen über das Quotenmodell mit Zertifikate-Handel integriert ist, wird sie vorliegend nicht konkretisiert, da sie nicht direkt auf die Förderung der Stromerzeugung abzielt.

c. KWK-Zertifikate

Die Erzeugung von Strom aus KWK-Anlagen wird zusätzlich durch KWK-Zertifikate gefördert.⁵⁴⁴ Im Rahmen der KWK-Zertifikate sind drei Fördertatbestände je nach der Größe oder Technologie vorgesehen. Die sog. gelben Zertifikate werden für die Stromerzeugung aus gasförmigen Brennstoffen in KWK-Anlagen mit installierter Leistung unter 1 MW zugeteilt. Die sog. lila Zertifikate können die Erzeuger von Strom aus KWK-Anlagen in Anspruch nehmen, in denen das bei den unterirdischen Arbeiten in den aktiven, zu schließenden oder Gruben freigesetzte und erfasste Methan eingesetzt wird. Die lila Zertifikate werden auch für die Erzeugung von Strom aus Biomasse zugeteilt.⁵⁴⁵ Die Finanzierung über die sog. roten Zertifikate können Betreiber von KWK-Anlagen, die nicht unter einen der soeben erwähnten Fördertatbestände fallen, für die Grünstromerzeugung erhalten.

d. Kombination

Die Anhäufung von Ansprüchen auf die Ausstellung diverser Arten von Zertifikaten für dieselben Strommengen (Kombination) ist grundsätzlich nicht ausgeschlossen. Zulässige

⁵⁴² Art. 44 Abs. 1a OZE-G, eingefügt durch die Novelle vom 22.06.2016. Die Unterscheidung ermöglicht es, die Erfüllung der sog. grünen und sog. blauen Quotenverpflichtung nachzuvollziehen.

⁵⁴³ Art. 48 Abs. 1 und 2 OZE-G.

⁵⁴⁴ Art. 9a und Art. 9l EnR.

⁵⁴⁵ Biomasse im Sinne von Art. 1 Abs. 1 Pkt. 2 des Gesetzes über Biokomponenten und flüssige Biokraftstoffe.

Kombinationen differenter Arten von Zertifikaten ermöglichen den begünstigten Anlagenbetreibern, für bestimmte Sachverhalte zusätzliche Einnahmen zu erzielen.

Die Geltendmachung des Anspruchs auf die Ausstellung der grünen Zertifikate steht der Geltendmachung des Anspruchs auf die Ausstellung von KWK-Zertifikaten⁵⁴⁶ grundsätzlich nicht im Wege. Nicht zugelassen ist auch die Kombination der grünen mit braunen Zertifikaten.⁵⁴⁷ Bei den KWK-Zertifikaten ist gesetzlich auch die Verbindung der gelben mit roten Zertifikaten verboten.

2) Form und Inhalt

Form und Inhalt der Zertifikate sind gesetzlich vorgegeben. Die Zertifikate werden ausschließlich in elektronischer Form ausgestellt und nach ihrer Ausstellung digital direkt an das jeweilige Register weitergeleitet. Die Zertifikate enthalten gesetzlich bestimmte Angaben, zu denen u.a. Informationen gehören, welche die Identifizierung des Berechtigten und der gegenständlichen EE-Anlage ermöglichen. Weiterhin erwähnt werden die Nummer der Konzession, die Registernummer der Erzeuger in Kleinanlagen oder die Erklärung über die Anmeldung der Mikroanlage bei dem zuständigen Netzbetreiber. Aus dem Zertifikat sind zudem die Menge der erzeugten grünen Energie und der Erzeugungszeitraum ersichtlich. Überdies sind dort ggf. Angaben über das Unternehmen zu machen, das der Anlagenbetreiber mit der Abwicklung des Zertifikate-Handels betraut hat.⁵⁴⁸

Die KWK-Zertifikate weisen einen ähnlichen Inhalt wie die grünen Zertifikate auf, sind jedoch um die für KWK-Zertifikate spezifischen Angaben erweitert.⁵⁴⁹ Danach sollen die KWK-Zertifikate beispielsweise Angaben zu dem Heizwert der eingesetzten Einsatzstoffe, den Mengen der in der Anlage eingesetzten Nutzwärme sowie der Art und Weise ihrer Nutzung sowie der gesparten Primärenergie enthalten.

Die Geltungsdauer der Zertifikate wird nicht explizit geregelt. Die Zertifikate erlöschen nicht automatisch. Sie müssen daher nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt veräußert oder zur Einziehung vorgelegt werden, damit sie ihre Gültigkeit behalten.⁵⁵⁰ Allerdings erlischt nach dem Auslaufen der Förderdauer die Quotenverpflichtung: Mit dem Wegfall der Nachfrageseite fällt der Marktwert der Zertifikate.

3) Begünstigte Strommengen

Der Berechtigte erhält die Zertifikate als Bestätigung der grünen Qualität der erzeugten Strommengen. Die Zertifikate belegen, dass die elektrische Energie in EE-Anlagen erzeugt worden ist.⁵⁵¹ Der Anspruch auf Erteilung der Zertifikate besteht grundsätzlich bezüglich der gesamten in der Anlage erzeugten Strommenge. Die Regelung sieht allerdings diverse anlagen- oder strommengenbezogene Ausnahmen vor. Danach sind besondere Vorschriften in Bezug auf modernisierte Anlagen und Mischfeuerungsanlagen erlassen worden. Von

⁵⁴⁶ Art. 44 Abs. 2 OZE-G.

⁵⁴⁷ Art. 44 Abs. 12 OZE-G.

⁵⁴⁸ Art. 46 Abs. 9 OZE-G.

⁵⁴⁹ Art. 91 Abs. 2 EnR.

⁵⁵⁰ Die Anlagenbetreiber häufen die erworbenen Zertifikate grundsätzlich nicht an und veräußern sie laufend, da dies für die meisten Anlagenbetreiber für die Deckung der regelmäßig anfallenden Kosten essenziell ist.

⁵⁵¹ Art. 44 Abs. 1 OZE-G.

Ausnahmen werden ebenfalls die Strommengen, die zu negativen Strombörsenpreisen erzeugt worden sind, sowie durch KWK-Zertifikate geförderte Strommengen erfasst. Außerdem muss die Erzeugung begünstigter Strommengen die Anforderungen an Nachhaltigkeit erfüllen, damit der betroffene Anlagenbetreiber auf die Förderung über Zertifikate zugreifen kann.

a. Modernisierte Bestandsanlagen

Der Gesetzgeber hat Einschränkungen für die Berechnungsgrundlage eingeführt, aufgrund der die Zertifikate für den in modernisierten Bestandsanlagen erzeugten Grünstrom erteilt werden können. Hinsichtlich der Bestandsanlagen, die nach dem Inkrafttreten des Kapitels 4. des OZE-G modernisiert worden sind, besteht der Anspruch anteilig an dem Zuwachs der installierten Leistung.⁵⁵² Im Falle der Modernisierung der Mischfeuerungsanlagen, in denen Biomasse, Biogas oder Agrarbiogas eingesetzt werden, sowie im Falle von dezidierten Mischfeuerungsanlagen werden die Zertifikate auf der Grundlage eines Anteils der Modernisierungskosten erteilt, wobei die Obergrenze bei 75 % des Anfangswerts der Anlage ausgerichtet ist.⁵⁵³

b. Mischfeuerungsanlagen

Für die Mischfeuerungsanlagen, in denen Strom aus Biogas, Agrarbiogas, Biomasse und flüssigen Biobrennstoffen erzeugt wird, sowie für dezidierte Mischfeuerungsanlagen hat der Gesetzgeber eine Mengenbeschränkung eingeführt. Die Zertifikate können für die im jeweiligen Jahr erzeugten Strommengen zugeteilt werden, welche die in den Jahren 2011 bis 2013 in dieser Anlage aus Biogas, Agrarbiogas, Biomasse und flüssigen Biobrennstoffen erzeugten Strommengen nicht überschreiten.⁵⁵⁴ Für diese Anlagen, mit Ausnahme dezidiert Mischfeuerungsanlagen, bestimmt der Ministerrat kraft einer Verordnungsermächtigung im OZE-G zusätzlich die Höhe und Gültigkeitsdauer eines Berichtigungskoeffizienten, um den der Anspruch auf die Zuteilung der Zertifikate reduziert wird.⁵⁵⁵ Dabei hat er die Energiepolitik, insbesondere die Richtung der Entwicklung von erneuerbaren Energien zu beachten. Diese allgemein gefasste Verordnungsermächtigung gewährt dem Ministerrat einen breiten Entscheidungsspielraum. In diesem Rahmen wird dem Ministerrat ebenfalls die Möglichkeit gegeben, einen Berichtigungsfaktor größer als 1 auf eine unbestimmte Zeit zu beschließen und damit die Förderung von betroffenen Mischfeuerungsanlagen zu stärken. Die Entscheidung über die Höhe und Geltungsdauer des Berichtigungskoeffizienten beeinflusst die Menge von Zertifikaten auf dem Markt und damit die Höhe der Zertifikatspreise.

c. Die zu negativen Strombörsenpreisen erzeugten Strommengen

Die Zertifikate werden auch nicht für die Strommengen ausgestellt, die zu den Zeiten der negativen Strombörsenpreise erzeugt worden sind.⁵⁵⁶ Des Weiteren werden die Zertifikate

⁵⁵² Art. 44 Abs. 7 S. 1 OZE-G.

⁵⁵³ Art. 44 Abs. 7 S. 2 i.V.m. Abs. 8 OZE-G.

⁵⁵⁴ Art. 44 Abs. 8 OZE-G. Wurde der Betrieb nach dem 31.12.2013 aufgenommen, werden die Strommengen berücksichtigt, die ab dem 01.01.2014 bis zum Inkrafttreten des Kapitels 4. des OZE-G erzeugt worden sind, Art. 194a OZE-G.

⁵⁵⁵ Art. 44 Abs. 10 OZE-G. Der Ministerrat hat die Verordnung bis zum 30.06.2020 zu erlassen, Art. 208 Abs. 1 OZE-G. Zum Stichtag wurde eine entsprechende Verordnung noch nicht erlassen.

⁵⁵⁶ Art. 46 Abs. 4 und 5 OZE-G. Entscheidend ist der gewogene stündliche Durchschnittspreis des Transaktionsvolumens. Die Regelung steht einem Eigenverbrauch oder einer sonstigen Verwendung der erzeugten Strommengen nicht entgegen. – Durch den Ausschluss der Möglichkeit der Erteilung grüner Zertifikate

nicht für die Strommengen erteilt, bei denen die Messung auf eine Art und Weise erfolgt ist, die eine Feststellung der stündlich erzeugten Strommengen nicht erlaubt.⁵⁵⁷ Die beiden Ausnahmen greifen allerdings nur dann, wenn die negativen Strommengen an der Börse über mindestens 6 nacheinander folgende Stunden andauern.⁵⁵⁸ Für Anlagen, die nicht über die technischen Anforderungen verfügen, um eine stündliche Messung der erzeugten Strommengen vorzunehmen, werden die betroffenen Strommengen pauschal nach der installierten Leistung der Anlage berechnet.⁵⁵⁹

d. Anforderungen an Nachhaltigkeit

Eine weitere Einschränkung der Strommengen, bezüglich welcher Zertifikate ausgestellt werden dürfen, ergibt sich aus den Anforderungen an die Nachhaltigkeit der Stromerzeugung. Die Zertifikate werden nicht für die Strommengen erteilt, die aus bestimmten Einsatzstoffen, wie z.B. vollwertigem Holz oder fossilen Energieträgern erzeugt wurden oder die Anforderungen an den Anteil von Energiepflanzen und andere Voraussetzungen in Bezug auf die Einsatzstoffe nicht erfüllen.⁵⁶⁰ Im Falle der Erzeugung grüner Energie aus Biokraftstoffen sind zusätzlich die Anforderungen des Gesetzes über die Biokomponente und flüssige Biokraftstoffe⁵⁶¹ zu erfüllen.⁵⁶²

4) Ausstellung

Die Ausstellung der Zertifikate erfolgt auf einen Antrag des Berechtigten⁵⁶³ an den URE-Vorsitzenden.⁵⁶⁴ Den Antrag, dessen Inhalt und ihm beizufügende Unterlagen gesetzlich vorgegeben sind, stellt der Berechtigte über den zuständigen Netzbetreiber⁵⁶⁵ innerhalb von 45 Tagen nach dem Ende des Zeitraums der Erzeugung der grünen Energie, für welche die Zertifikate zugeteilt werden sollen.⁵⁶⁶ Die Frist für die Ausstellung der KWK-Zertifikate ist etwas kürzer und beträgt 14 Tage.⁵⁶⁷ Der Netzbetreiber bestätigt innerhalb von 14 Tagen ab dem Erhalt des Antrags die Erzeugung der beantragten Strommengen und leitet den Antrag an

wird den erzeugten Strommengen ihre grüne Qualität aberkannt, welche die Erzeuger sonst über den Zertifikate-Handel zu Geld machen können. Fraglich ist allerdings, ob die Regelung dem Ziel dienen kann, welches die Befürworter der 6-Stunden-Regelung oft verfolgen, nämlich der Beteiligung von Grünstromerzeugern am Risiko negativer Strompreise. Für die erzeugten physischen Strommengen erhält der Erzeuger einen festen Preis (siehe S. 108 ff.) unabhängig davon, ob er die Zertifikate bezieht. Es steht daher zu erwarten, dass die Nichterteilung der Zertifikate einen geringen Anreiz darstellen wird, die Stromproduktion zu stoppen.

⁵⁵⁷ Art. 46 Abs. 6 OZE-G.

⁵⁵⁸ Art. 46 Abs. 5 und 7 OZE-G.

⁵⁵⁹ Art. 46 Abs. 8 OZE-G.

⁵⁶⁰ Art. 44 Abs. 3. Die Regelung sanktioniert den Einsatz von u.a. einem anderen Holz als Energieholz, von vollwertigem Getreide, verunreinigter Biomasse oder bestimmten Biokraftstoffen in bestimmten EE-Anlagen. Zudem wird die Nichteinhaltung von Mindesteinsatzmengen lokaler Biomasse durch den Wegfall des Anspruchs auf die Erteilung der Zertifikate sanktioniert.

⁵⁶¹ Das Gesetz vom 25.08.2006 über Biokomponenten und flüssige Biokraftstoffe, BGBl. 2006, Nr. 169, Pos.1199.

⁵⁶² Art. 44 Abs. 4 OZE-G.

⁵⁶³ Art. 45 Abs. 1 OZE-G.

⁵⁶⁴ Art. 45 Abs. 1 OZE-G, Art. 91 Abs. 3 EnR.

⁵⁶⁵ Art. 45 Abs. 1 bis 4 OZE-G, Art. 9a Abs. 2 EnR.

⁵⁶⁶ Art. 45 Abs. 4 OZE-G.

⁵⁶⁷ Art. 91 Abs. 6 EnR.

den URE-Vorsitzenden weiter. Dieser stellt, je nach Sachverhalt, dem Berechtigten die Zertifikate aus, fordert ihn auf, die Antragsangaben zu ergänzen, oder lehnt den Antrag ab. Gegen den Bescheid des URE-Vorsitzenden kann der Berechtigte einen Widerspruch einlegen. Auf das Verfahren sind im Übrigen die Vorschriften des polnischen Verwaltungsverfahrensgesetzbuchs⁵⁶⁸ anzuwenden.⁵⁶⁹

5) Register

Die Zertifikate und die diesbezüglichen Verfahren (z.B. Erteilung, Einziehung, Verkauf, Erwerb) werden in einem zentralen Register erfasst. Für die KWK-Zertifikate und die grünen Zertifikate werden separate Register geführt. Die Register ermöglichen Schutz vor dem Missbrauch der gesetzlichen Regelungen, eine gewisse Kontrolle der Verhaltensweise der Akteure, die Führung der Statistik und dementsprechend die Auswertung des Fördermodells. Sie unterstützen gleichfalls die Transparenz des Fördersystems.

Das Register für grüne Zertifikate (Zertifikatregister) ist ein integraler Teil des Fördermodells für Strom aus erneuerbaren Energien.⁵⁷⁰ Es wird durch die Towarowa Gielda Energii S.A. (Energiewarenbörse AG)⁵⁷¹ zentral geführt. Seine Funktionsweise hat den gesetzlichen Vorgaben⁵⁷² zu entsprechen und wird detailliert bestimmt durch die Registerordnung, erlassen durch die Energiewarenbörse AG.⁵⁷³ In dem Zertifikatregister werden die Vorgänge in Bezug auf die dort erfassten Zertifikate aufgenommen. Registriert werden demnach die Eintragung, Übertragung, Einziehung und das Erlöschen der Zertifikate bzw. der Rechte aus den Zertifikaten.⁵⁷⁴ Die Grundlage für die jeweilige Eintragung ist eine entsprechende Entscheidung des URE-Vorsitzenden. Die Daten werden in dem individuellen Konto des jeweiligen Nutzers gespeichert. Die Nutzer sind laut der Registerordnung die Anlagenbetreiber, die zur Einziehung der grünen Zertifikate verpflichteten Personen, die zum Handel der grünen Zertifikate berechtigten Personen sowie die Personen, die berechtigt sind, die Rechte aus den grünen Zertifikaten über die genannten Personen zu erlangen.⁵⁷⁵

Ähnlich dem Zertifikatregister wird ein KWK-Zertifikatregister geführt. Für die Führung des KWK-Zertifikatregisters ist der Betreiber der Stromwarenborse zuständig.⁵⁷⁶

6) Zertifikate-Handel

Das polnische Quotenmodell wird um den Zertifikate-Handel erweitert. Die Zertifikate verkörpern die Ökoqualität der elektrischen Energie, die durch die Berechtigten unabhängig

⁵⁶⁸ Gesetz vom 14.06.1960 Verwaltungsverfahrensgesetzbuch (VVerfGB) BGBl. 1960, Nr. 30, Pos. 168.

⁵⁶⁹ Art. 46 OZE-G. Art. 91 Abs. 9 EnR.

⁵⁷⁰ Rejestr Świadectw Pochodzenia, <http://www.tge.pl/pl/4/rejestr-swiadectw-pochodzenia-rsp>. In Funktion seit dem 01.10.2005.

⁵⁷¹ Towarowa Gielda Energii S.A., <http://www.tge.pl/pl>.

⁵⁷² Art. 64 Abs. 2 OZE-G.

⁵⁷³ Ordnung über das Zertifikate-Register, geführt durch die Energiewarenbörse AG, http://www.tge.pl/fm/upload/RSP---dokumenty/2017/REGULAMIN_RP23022017.pdf, abgerufen am 28.04.2017.

⁵⁷⁴ Siehe Seite **Fehler! Textmarke nicht definiert.** ff.

⁵⁷⁵ § 5 der Registerordnung. Zum 28.04.2017 beträgt die Anzahl der Registernutzer 3 011 Einheiten, <http://www.tge.pl/pl/51/czlonkostwo-w-rsp>; die in dem Verzeichnis aufgeführten Nutzer werden nicht nach Kategorien sortiert.

⁵⁷⁶ Art. 9m Abs. 3 bis 7 EnR.

von der Veräußerung der physikalischen Energie abgesetzt werden kann.⁵⁷⁷ Damit ermöglicht der Zertifikate-Handel den Betreibern begünstigter EE-Anlagen, einen zusätzlichen Verdienst zu den Einnahmen aus der Veräußerung physikalischer Energie zu erzielen.

a. Übertragbarkeit der Zertifikate bzw. der Rechte aus den Zertifikaten

Die Zertifikate als solche sind nicht handelbar, obwohl der Begriff der „Handelbarkeit der Zertifikate“ sich auch in juristischen Ausführungen findet. Präzise ausgedrückt sind die Rechte an den jeweiligen Zertifikaten übertragbar.⁵⁷⁸ Diese Rechte an Zertifikaten sind eine Börsenware. Der Begriff der Rechte an Zertifikaten deckt sich grundsätzlich mit dem Begriff der buchmäßig verwalteten Wertpapiere.⁵⁷⁹

Die Rechte an Zertifikaten entstehen im Zeitpunkt ihrer Erfassung in dem Register. Die Übertragung der Rechte an Zertifikaten erfolgt durch eine entsprechende Registereintragung.⁵⁸⁰ Die Vorgänge werden auf dem Konto des jeweiligen Registernutzers entsprechend verzeichnet.

b. Die Rolle der Energiewarenbörse

Eine zentrale Rolle im Zertifikate-Handel spielt die Energiewarenbörse. Im Rahmen des Zertifikate-Handels gehen die Aufgaben der Stromwarenborse über ihre typische Funktion hinaus. Die Energiewarenbörse betreibt nicht nur den Strom- und Gashandel, sondern ist beispielsweise auch mit dem Zertifikate-Handel (insbesondere grüne, KWK- und weiße Zertifikate) betraut. Sie führt auch das jeweilige Zertifikatregister. Die Stromwarenborse ist ebenso für die Überwachung der Zertifikatspreise zuständig.⁵⁸¹ Auf ihrer Website werden die monatlichen und jährlichen gewichteten durchschnittlichen Zertifikatspreise veröffentlicht.⁵⁸² Diese Informationen erleichtern den Berechtigten und den Verpflichteten die Entscheidung über den Zeitpunkt der Veräußerung bzw. des Erwerbs der Zertifikate. Weiterhin hat die Energiewarenbörse dem berechtigten Verpflichteten eine Bescheinigung über seine Rechte an Zertifikaten zu erstellen, um ihm die Vorlage der Zertifikate zur Einziehung sowie den Nachweis der (teilweisen) Erfüllung der Quote zu ermöglichen.

c. Weitere Veräußerungsmöglichkeiten von Zertifikaten

Die Veräußerung und der Erwerb der Zertifikate können auch außerhalb des Börsenverkehrs in bilateralen Verträgen erfolgen. Viele dieser Vereinbarungen sind für die Dauer von

⁵⁷⁷ *Dul, Marek*, Gielly towarowe. Komentarz, ABC 2006, LEX.

⁵⁷⁸ Art. 63 Abs. 1 OZE-G, Art. 9m Abs. 1 EnR.

⁵⁷⁹ *Dul, Marek*, Gielly towarowe. Komentarz, ABC 2006, LEX.

⁵⁸⁰ Art. 63 Abs. 3 OZE-G, Art. 9m Abs. 2 und 3 EnR.

⁵⁸¹ Art. 47 OZE-G.

⁵⁸² Die Energiewarenbörse führt in Bezug auf grüne Zertifikate den Index PMOZE (für die Rechte aus grünen Zertifikaten für die Strommengen, deren Erzeugungszeitraum vor dem 01.03.2009 beginnt) und den Index PMOZE_A (für die Rechte aus grünen Zertifikaten für die Strommengen, deren Erzeugungszeitraum ab dem 01.03.2009 beginnt). Für die KWK-Zertifikate werden die Indizes PMGM, PMMET und PMEC geführt. Die Indizes OZEX und OZEX_A bezeichnen den gewogenen durchschnittlichen Preis aus allen Börsentransaktionen entsprechend den Indizes PMOZE und PMOZE_A. Ab dem 30.04.2016 werden zusätzlich zum OZEX auch die Indizes OZEX_A_TP (für Transaktionen über die Rahmenverträge) und OZEX_A_POLPX (gemeinsam für Transaktionen an der Börse und über Rahmenverträge) geführt. Der Index PMOZE-BIO wird für die Zertifikate geführt, welche die Erzeugung grüner Energie aus Biogas belegen, <https://www.tge.pl/>.

mehreren Jahren geschlossen. Durch die Rahmenverträge können die mit schwankenden Zertifikatspreisen einhergehenden Risiken minimiert werden: Die Vereinbarungen gewährleisten einen festen Preis und tragen zur finanziellen Planungssicherheit der beiden Vertragsparteien bei.⁵⁸³ Transaktionen, welche die Übertragung von Zertifikaten zum Gegenstand haben, werden auch über diverse Vermittlungsplattformen abgewickelt. Die Transaktionen, die außerhalb der Börse stattfinden, sind von der Verpflichtung zur entsprechenden Registereintragung erfasst.

d. Preise

Das OZE-G bestimmt keinen Mindest- oder Maximalpreis für die Zertifikate. Der Wert der Zertifikate wird grundsätzlich nach dem Prinzip von Angebot und Nachfrage bestimmt.⁵⁸⁴ Die Steuerung der Höhe der Zertifikatspreise durch marktwirtschaftliche Regeln hat deren Schwankung zur Folge. Die mangelnde Stabilität der Zertifikatspreise wird durch die Erneuerbare-Energien-Branche als eine erhebliche Schwäche des Fördermodells bemängelt.

Als kritisch für die Nachfrageseite an Zertifikaten wird in der EE-Branche insbesondere das Jahr 2012 angesehen. Damals wurden verstärkt Mischfeuerungsstechniken entwickelt und breit eingesetzt. Viele Energieunternehmen und Steinkohlekraftwerke haben dann eine Technologie der Mehrstofffeuerung von Steinkohle und Biomasse eingeführt, die mit relativ niedrigen Kosten installiert werden konnte. Für die in den Mischfeuerungsanlagen erzeugten Strommengen konnten die Kohlekraftwerksbetreiber die Zertifikate erlangen und sie für die Erfüllung ihrer Quotenverpflichtung einsetzen. Im Jahr 2012 wurden ca. 40 % aller erteilten Zertifikate für EE-Strom aus Mischfeuerungsanlagen erteilt. Dies hatte zur Folge, dass dieser Prozentsatz an Zertifikatsnachfrage vom Zertifikatmarkt „verschwunden“ war.⁵⁸⁵

Dies illustriert einen der entscheidenden Faktoren der Beeinflussung der Zertifikatspreise, und zwar die Menge der zu dem jeweiligen Zeitpunkt auf dem Markt verfügbaren Zertifikate.⁵⁸⁶ In dieser Hinsicht hat der steigende Ausbau der erneuerbaren Energien einen – dem wie in Polen ausgestalteten Quotenmodell mit Zertifikate-Handel immanenten – negativen Einfluss auf die Höhe der Zertifikatspreise: Mit steigender Anzahl an Zertifikaten auf dem Markt sinken deren Preise, wovon nicht nur die neu errichteten (und durch das Quotenmodell erfassten), sondern auch die bereits bestehenden EE-Anlagen betroffen sind. Vor diesem Hintergrund soll sich die

⁵⁸³ In manchen Verträgen werden Preisklauseln vereinbart, welche die Anpassung der vertraglichen Zertifikatspreise an die an der Börse zu erzielenden Zertifikatspreise vorsehen und damit das Preisrisiko zwischen den Vertragspartnern verteilen.

⁵⁸⁴ Für März 2017 betrug der durchschnittliche monatliche Börsenpreis für grüne Zertifikate 37,74 PLN/MWh (ca. 8,96 EUR/MWh) und ist um 54,97 PLN/MWh (ca. 13,05 EUR/MWh) im Vergleich zum Juni 2016 gesunken, als er bei 92,71 PLN/MWh (ca. 22,02 EUR/MWh) lag, Mitteilung der Energiewarenbörse AG, <https://tge.pl/pl/536/ceny-okresowe-oze>, abgerufen am 28.04.17. Zu der Preisbildung im Quotenmodell siehe z.B. *Dees, Philipp*, Preisbildung in Quotenmodellen zur Förderung Erneuerbarer Energien: Modellierung mit stochastischem Ansatz am Beispiel des schwedischen Quotenmodells, <http://docplayer.org/7206711-Preisbildung-in-quotenmodellen-zur-foerderung-erneuerbarer-energien-modellierung-mit-stochastischem-ansatz-am-beispiel-des-schwedischen-quotenmodells.html>, abgerufen am 11.06.2017.

⁵⁸⁵ Siehe *Horodko, Krzysztof/Sztuba, Wojciech*, Analiza scenariusza rozwoju polskiej energetyki odnawialnej. Polskiej Stworzyszenie Energetyki Wiatrowej, August 2013, S. 10 f.

⁵⁸⁶ Was beispielsweise nicht nur von den erzeugten Grünstrommengen und dementsprechend der für die grüne Qualität den Anlagenbetreibern erteilten Anzahl von Zertifikaten abhängt, sondern auch von der individuellen Entscheidung der Anlagenbetreiber, die Zertifikate zu einem bestimmten Zeitpunkt zu veräußern.

Überleitung des Fördermodells auf Ausschreibungen grundsätzlich positiv auf die Bestandsanlagen auswirken: Die neu gebauten EE-Anlagen werden sich an dem Zertifikatmarkt nicht beteiligen.⁵⁸⁷

Nicht ohne Bedeutung für den aktuellen Marktwert der Zertifikate ist selbst der Zeitpunkt ihrer Veräußerung bzw. des Erwerbs. Kurz vor der Frist für die Erfüllung der Quote kann die Nachfrage an Zertifikaten und dementsprechend der Zertifikatspreis steigen. Die Spekulation mit dem Zeitpunkt der Veräußerung der Zertifikate ist allerdings sowohl für die Berechtigten als auch für die Verpflichteten mit gewissen Risiken behaftet.

Im OZE-G finden sich lediglich wenige Regelungen, die geeignet sind, den Schwankungen von Zertifikatspreisen entgegenzuwirken. Als ein Preissteuerungsinstrument dient mittelbar die Ersatzgebühr. Ihre Höhe beeinflusst die wirtschaftliche Entscheidung des Verpflichteten über die Art und Weise der Erfüllung der Quote: Erwerb der Zertifikate oder Leistung der Ersatzgebühr. Je öfter die Quote durch die Zahlung der Ersatzgebühr erfüllt wird, desto niedriger ist die Nachfrage an Zertifikaten, und die Zertifikatspreise sinken. Das wiederum bedingt in der Regel die Steigerung der Nachfrage an Zertifikaten.

Um die Nachfrageseite des Zertifikate-Handels zu regeln und einer „Flucht“ der Verpflichteten in die Erfüllung der Quotenverpflichtung durch die Erbringung der Ersatzgebühr statt durch den Erwerb der Zertifikate vorzubeugen, hat das OZE-G einige Regelungen eingeführt. Zum einen erlangen die Betreiber von Mischfeuerungsanlagen einen Anspruch auf die Erteilung der Zertifikate nur für die Hälfte der förderfähigen Strommengen.⁵⁸⁸ Weiter sollen die Verpflichteten über die Möglichkeit der Erfüllung der Quote durch eine alternative Erbringung der Ersatzgebühr lediglich dann verfügen, wenn der durchschnittliche gewichtete monatliche oder jährliche Zertifikatspreis 75 % der geltenden Ersatzgebühr nicht übersteigt.⁵⁸⁹ Die Freiheit der Verpflichteten zur Erfüllung der Quote durch die Erbringung der Ersatzzahlung wird auch dann eingeschränkt, wenn die Höhe der Ersatzzahlung für die jeweilige Strommenge gleich oder höher ist als die Höhe des monatlich oder jährlich durchschnittlich gewichteten Preises für die Zertifikate für diese Strommenge.⁵⁹⁰ Bisher haben sich diese Regelungen nicht als besonders effektiv erwiesen.⁵⁹¹

In Bezug auf die Steuerung der Nachfrageseite an Zertifikaten sind die Regelungen zu der Möglichkeit der Verpflichteten, die Kosten der Erfüllung der Quotenverpflichtung auf ihre Stromkunden abzuwälzen, kritisch zu erwähnen.⁵⁹² Die Möglichkeit, die Kosten der Ersatzgebühr unabhängig von dem Anteil der Quote, der durch Einziehung der Zertifikate erfüllt wurde, abzuwälzen, schafft für die Verpflichteten grundsätzlich keinen zusätzlichen wirtschaftlichen Anreiz zu verstärkten Bemühungen, die Quote durch die Zertifikate zu erfüllen. – Beide Kosten fallen letztlich dem Endverbraucher zur Last.

⁵⁸⁷ Ein derartiger Einfluss der Einführung des Ausschreibungsmodells kann zum Zeitpunkt des Abschlusses dieser Arbeit nicht erkannt werden. Der Verfall der Zertifikatspreise (siehe Fn. 584) hält an. Da erst im Dezember 2016 die erste Ausschreibungsrunde abgeschlossen wurde und die dort bezuschlagten Projekte am Stichtag noch nicht ans Netz gegangen sind, wäre eine zusammenfassende Beurteilung verfrüht.

⁵⁸⁸ Siehe Seite 101 f.

⁵⁸⁹ Siehe Seite 92 ff.

⁵⁹⁰ Siehe Seite 93 ff.

⁵⁹¹ Siehe Fn. 584.

⁵⁹² Siehe Seite 112 f.

7) Förderdauer

Der Anspruch auf die Erteilung der grünen Zertifikate besteht für eine bestimmte, gesetzlich festgelegte Dauer. Der Berechtigte kann erfolgreich einen Antrag auf die Erteilung der Zertifikate in Bezug auf die Strommengen geltend machen, die in einem Förderzeitraum von 15 nacheinander folgenden Kalenderjahren erzeugt werden, allerdings nicht länger als für die Periode bis zum 31.12.2035.⁵⁹³ Für die begünstigten Bestandsanlagen, die nach dem Inkrafttreten des Kapitels 4. des OZE-G modernisiert worden sind, ist die Förderung maximal bis zum Ablauf des sechsten Monats nach dem Modernisierungsdatum möglich.⁵⁹⁴ Die Dauer der Förderung wird ab dem Tag der erstmaligen Stromerzeugung, die durch die Ausstellung eines Zertifikats bestätigt worden ist, gerechnet.⁵⁹⁵

Die Dauer der Förderung durch die KWK-Zertifikate ist gesetzlich nicht festgelegt. Durch die Steuerung der Nachfrageseite beschränkt der Gesetzgeber mittelbar die Dauer der Förderung bis Ende 2018, indem er die Quotenverpflichtung nur bis zu diesem Jahr vorsieht.⁵⁹⁶

8) Zwischenfazit

Die Betreiber von EE-Anlagen haben die Möglichkeit, für die Erzeugung der begünstigten Grünstrommengen beim URE-Vorsitzenden die Ausstellung diverser Zertifikate zu beantragen. Die Zertifikate bescheinigen die grüne Qualität der erzeugten Strommengen. Für die Stromerzeugung aus EE-Anlagen können die Anlagenbetreiber grundsätzlich grüne Zertifikate erhalten. Die Stromerzeugung aus Agrarbiogas- und KWK-Anlagen wird (zusätzlich) mit entsprechenden sogenannten braunen sowie lila, gelben und roten Zertifikaten gefördert. Die Zertifikate sind handelbar, und zwar unabhängig von dem Verkauf der physikalischen Energie. Der Zertifikate-Handel findet grundsätzlich an der Börse oder über

⁵⁹³ Art. 44 Abs. 5 OZE-G.

⁵⁹⁴ Art. 44 Abs. 6 OZE-G. Die Regelung zu der Dauer der Förderung über das Quotenmodell in Bezug auf modernisierte Anlagen weist für die Praxis gewichtige Interpretationsschwierigkeiten auf. Unklar ist, ob die Modernisierung der Anlage dazu führt, dass die kürzere 6-monatige Förderdauer auch auf die bestehenden Einheiten anzuwenden ist, oder ob die kürzere Förderdauer nur die modernisierten Einheiten betrifft. Gegen die erste Alternative sprechen Zweckmäßigkeitserwägungen. Der Zubau neuer Stromerzeugungseinheiten würde anderenfalls automatisch eine erhebliche Kürzung der Förderdauer für die bestehenden Einheiten und unzumutbare wirtschaftliche Einbußen des betroffenen Anlagenbetreibers nach sich ziehen. Diese Folge kann durch den Gesetzgeber nicht gewollt gewesen sein. Zweckmäßigkeitserwägungen sprechen hingegen für die Annahme der zweiten Interpretationsalternative. Mit der Beschränkung der Förderdauer für Strom aus nach dem Inkrafttreten des Kapitels 4. des OZE-G zugebauten Einheiten wird einer möglichen Umgehung der Vorschriften über die Förderdauer vorgebeugt: Ohne die Regelung könnte sich der Anlagenbetreiber durch einen stetigen Ausbau der Bestandsanlage de facto zeitlich uneingeschränkte Förderung sichern.

⁵⁹⁵ Art. 44 Abs. 5 OZE-G. Im Rahmen der Regelungen zu der Stromeinkaufsverpflichtung (siehe Seite 108 ff.) definiert das OZE-G als das Datum einer erstmaligen Stromerzeugung das Datum, an dem die Strommengen in das Netz allgemeiner Versorgung eingespeist wurden, Art. 40 Abs. 1a OZE-G. Die systematische Auslegung spricht gegen die Anwendung der Definition auf die Regelungen zu der Dauer der Förderung über Zertifikate. Gegen die Anwendung der Definition auf das Zertifikatmodell spricht auch die Überlegung, dass dann die grüne Qualität dieser Strommengen nicht gefördert werden könnte, wenn sie direkt und ohne „Umleitung“ über das Netz allgemeiner Versorgung zum Eigenverbrauch erzeugt wurden. Als Hinweis für die Bestimmung, wann eine erstmalige Stromerzeugung vorliegen kann, kann die Information des URE-Vorsitzenden vom 21.12.2015, S. 5 f. dienen. Danach reicht für die erstmalige Stromerzeugung bereits die Erzeugung der ersten Kilowattstunde in der Phase des Probetriebs einer EE-Anlage, allerdings nur in Bezug auf die installierte Leistung der Stromerzeugungseinheit, aus welcher der Strom kommt.

⁵⁹⁶ Siehe Seite 91 f.

Rahmenverträge statt. Die Preise werden nach dem marktwirtschaftlichen Prinzip von Angebot und Nachfrage bestimmt. Die Dauer der Förderung über die Zertifikate ist grundsätzlich auf einen Zeitraum von 15 Jahren, allerdings längstens bis zum 31.12.2035 beschränkt.

5. Stromeinkaufsverpflichtung

Im polnischen Fördermodell für Strom aus erneuerbaren Energien über das Quotenmodell mit Zertifikate-Handel ist der Handel mit der physikalischen elektrischen Energie aus erneuerbaren Energien von dem Zertifikate-Handel (Handel mit der grünen Qualität des Stroms) entkoppelt. Das gesetzliche Regelwerk definiert die Rahmenbedingungen des Stromeinkaufs. Zu diesen gehören insbesondere die Bestimmungen zu dem Inhalt des Anspruchs auf Stromeinkauf, die Festlegung des Kreises der begünstigten Anlagen, Umfang und Dauer der Einkaufsverpflichtung sowie der Strompreis.

1) Anspruch auf Stromeinkauf

Die Erzeuger grüner Energie können grundsätzlich für sämtliche in der EE-Anlage erzeugten Grünstrommengen gegen den verpflichteten Verkäufer einen Anspruch auf den Erwerb dieser Strommengen geltend machen.

a. Inhalt des Anspruchs

Die Anlagenbetreiber, die über das Modell des Quotensystems mit Zertifikate-Handel gefördert werden, haben gegen den verpflichteten Verkäufer einen Anspruch, dass dieser die ihm angebotenen Mengen erzeugter grüner Energie zu einem regulierten Preis erwirbt.⁵⁹⁷ Neu eingeführt wurde im OZE-G im Vergleich zu den früheren Förderregelungen die Verpflichtung zum Erwerb im Probetrieb erzeugter Energie.⁵⁹⁸ Die Dauer der Abnahmeverpflichtung der im Probetrieb erzeugten Strommengen ist durch das OZE-G auf 90 Tage ab der erstmaligen Einspeisung beschränkt.

Die Stromeinkaufsverpflichtung erstreckt sich auch auf Strommengen aus Mikroanlagen, darunter Mikroneuanlagen.⁵⁹⁹ Im Falle der Stromerzeugung aus Mikroanlagen, die nicht durch einen Gewerbetreibenden betrieben werden, umfasst die Stromeinkaufsverpflichtung die überschüssigen Strommengen aus der Stromerzeugung für die Zwecke des Eigenverbrauchs.

⁵⁹⁷ Art. 40 Abs. 1 OZE-G. Nach allgemeinen zivilrechtlichen Regeln führt allein die Abgabe eines Angebots nicht zum Abschluss eines Vertrags; dieser kommt erst dann zustande, wenn das Angebot angenommen wird. Es liegt nahe, dass der Gesetzgeber mit der Stromeinkaufsverpflichtung eine gesetzliche Fiktion der Annahme des Angebots des Anlagenbetreibers, den eingespeisten Grünstrom zu erwerben, geschaffen hat.

⁵⁹⁸ Art 42 Abs. 5 OZE-G. Die gesetzliche Verpflichtung wurde zwar neu eingeführt, aber sie entspricht der bisherigen Praxis, die sowohl durch die Anlagenbetreiber, Netzbetreiber als auch durch die Behörden gelebt wurde, *Szambelańczyk, Maciej*, Obowiązek zakupu energii elektrycznej z odnawialnych źródeł energii przez sprzedawcę zobowiązanego – wybrane zagadnienia, *cire.pl* vom 14.12.2015, <http://www.cire.pl/item,122045,2,0,0,0,0,0,obowiazek-zakupu-energii-elektrycznej-z-odnawialnych-zrodel-energii-przez-sprzedawce-zobowiazanego---wybrane-zagadnienia.html>, abgerufen am 28.04.2017. Im OZE-G fehlt die Definition des Probetriebs.

⁵⁹⁹ Art. 41 Abs. 1 OZE-G.

Die Kosten, die dem verpflichteten Verkäufer aus der Erfüllung der gesetzlichen Stromeinkaufsverpflichtung erwachsen, kann er bei der Berechnung der Preistarife für die Endverbraucher berücksichtigen.⁶⁰⁰ Damit werden diese Kosten auf die Endverbraucher abgewälzt.

b. Andienungspflicht

Bedingung für die Entstehung der Stromeinkaufsverpflichtung ist die Erfüllung einer Andienungspflicht durch den Anlagenbetreiber.⁶⁰¹ Der verpflichtete Verkäufer muss nur dann Grünstrom aus begünstigten Anlagen kaufen, wenn ihm sämtlicher in der jeweiligen Anlage erzeugter und in das Netz allgemeiner Versorgung eingespeister Strom angeboten wurde. Ist die Andienungspflicht nicht erfüllt, kann der Anlagenbetreiber den Ankauf des Stroms zu dem gesetzlich regulierten Preis nicht fordern. Weiter muss der Anlagenbetreiber den gesamten in der Anlage erzeugten und zum Verkauf an den verpflichteten Verkäufer bestimmten Strom diesem für einen Zeitraum von mindestens 90 aufeinander folgenden Kalendertagen ununterbrochen anbieten. Falls die Anlagenbetreiber den Strom an den verpflichteten Verkäufer für den gesetzlich festgesetzten Strompreis veräußern, kann die Regelung für sie eine Einschränkung der Veräußerungsfreiheit bedeuten. Durch die Andienungspflicht mit einer Dauer von mindestens 90 Tagen kann der Anlagenbetreiber nicht mehr spontan auf die Änderungen der Höhe der Strommarktpreise reagieren und den verpflichteten Verkäufer als eine Art von Absicherung nutzen und auf den Anspruch gegen ihn dann frei zurückgreifen, wenn die Strommarktpreise unter die Höhe des gesetzlichen Stromabnahmepreises fallen. Von der Andienungspflicht nicht erfasst sind die Mikroanlagen.⁶⁰²

2) Begünstigte Anlagen

Den Anspruch auf Stromeinkauf können die Betreiber von gesetzlich bestimmten EE-Anlagen geltend machen.

a. Allgemeine Regeln

Begünstigt sind die Bestandsanlagen sowie derartige Bestandsanlagen, die nach dem Inkrafttreten des Kapitels 4. des OZE-G modernisiert wurden.⁶⁰³ Von der Verpflichtung nicht erfasst sind Wasserkraftanlagen mit installierter Leistung über 5 MW.⁶⁰⁴ Den Anspruch auf den Stromeinkauf können die meisten Mikroanlagen ebenfalls geltend machen: die Mikroneuan-

⁶⁰⁰ Art. 40 Abs. 8 OZE-G.

⁶⁰¹ Art. 42 Abs. 2 OZE-G. Der Gesetzgeber stellt nicht klar, ob es sich um eine aufschiebende oder eine auflösende Bedingung handelt, Art. 89 ZGB. Die Gesamtkonstruktion der Stromeinkaufsverpflichtung sowie der Hintergrundgedanke der Andienungspflicht (Beschränkung der Möglichkeit eines (willkürlichen) Wechsels zwischen den gesetzlichen und marktgesteuerten Preisen je nach aktueller Preislage) lassen auf eine aufschiebende Bedingung schließen. Zweckmäßigkeitsgesichtspunkte, gründend auf denkbaren Schwierigkeiten bei der Abrechnung und der Feststellung des Umfangs der Rechte und Pflichten der Parteien in dem Zeitraum von 90 Tagen bis zum Ablauf der obligatorischen Dauer der Erfüllung der Andienungspflicht (die Feststellung der Entstehung der Einkaufsverpflichtung ist jedoch erst ex post nach Ablauf der 90 Tage der gesetzesmäßigen Erfüllung der Andienungsverpflichtung möglich) sprechen dagegen für die Annahme einer auflösenden Bedingung.

⁶⁰² Zwar spricht das OZE-G in Bezug auf die Mikroanlagen, die nicht durch einen Gewerbetreibenden betrieben werden, davon, dass von der Stromeinkaufsverpflichtung die überschüssigen Strommengen des Eigenverbrauchs erfasst sind (Art. 41 Abs. 1 Nr. 1 OZE-G). Jedoch sind in der die Andienungspflicht begründenden Regelung (Art. 42 Abs. 1 Nr. 1 und 2 OZE-G) die Mikroanlagen explizit ausgeschlossen.

⁶⁰³ Art. 42 Abs. 1 OZE-G.

⁶⁰⁴ Art. 42 Abs. 6 OZE-G. Anlagen mit einer installierten Leistung von über 5 MW dürfen demnach nicht anteilig von der Einkaufsverpflichtung profitieren.

lagen, die durch einen Gewerbetreibenden betrieben werden, sowie die Bestands- und Neumikroanlagen, welche nicht durch einen Gewerbetreibenden betrieben werden.⁶⁰⁵

b. Modernisierte Bestandsanlagen

Hinsichtlich der Anlagen, die nach dem Inkrafttreten des Kapitels 4. des OZE-G modernisiert wurden, sind zusätzliche Anforderungen zu erfüllen, damit der Anspruch auf die Einkaufsverpflichtung entstehen kann.⁶⁰⁶ Demnach dürfen die Einrichtungen zur Erzeugung von Strom in der modernisierten Anlage, die im Rahmen der Modernisierung eingebaut wurden, nicht später als 48 Monate vor der erstmaligen Stromerzeugung in der modernisierten Anlage hergestellt worden sein. Ferner müssen die Modernisierungskosten mindestens 30 % des Anfangswerts der modernisierten Anlage betragen. Zudem darf die modernisierte Anlage nicht zur Erzeugung elektrischer Energie aus Biomasse, flüssigen Biobrennstoffen, Biogas oder Agrarbiogas in Mischfeuerungsanlagen – mit Ausnahme der dezidierten Mischfeuerungsanlagen – eingesetzt werden. Es wird zudem verlangt, dass die Modernisierung der Anlage zur Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit geführt hat. Die Anforderung des Leistungszubaus kennt drei Ausnahmen: zum einen, wenn eine Nicht-EE-Anlage in eine EE-Anlage umgebaut wurde, mit Ausnahme von dezidierten Mischfeuerungsanlagen; zum zweiten, wenn aus einer Mischfeuerungsanlage eine EE-Anlage entstanden ist, die nicht zur Stromerzeugung in Mischfeuerungsanlagen eingesetzt wird; zum dritten im Falle von Wasserkraftanlagen mit installierter Leistung bis einschließlich 5 MW.

Zusätzlich ist für die modernisierten dezidierten Biomasseanlagen, dezidierten Mischfeuerungsanlagen und hybriden Mischfeuerungsanlagen eine Zubaugrenze zu beachten.⁶⁰⁷ Bezüglich dieser Anlagen entsteht die Stromeinkaufsverpflichtung nur dann, wenn die Anlagen 50 MW installierte Leistung oder 150 MWt Nennwärmeleistung nicht überschreiten.

3) Umfang

Die Einkaufsverpflichtung erstreckt sich grundsätzlich auf sämtliche dem verpflichteten Verkäufer durch den begünstigten Anlagenbetreiber angebotenen Strommengen. Von dieser Regel existieren gewisse Ausnahmen.

Bezüglich solcher Mikroanlagen, die nicht durch einen Gewerbetreibenden betrieben werden, besteht die Verpflichtung lediglich hinsichtlich der überschüssigen Strommengen bei der Stromerzeugung für eigene Zwecke. Die Stromeinkaufsverpflichtung erstreckt sich überdies auf den Zeitraum des Probetriebs. Allerdings wird dabei ein Zeitraum von 90 Tagen, gerechnet ab der erstmaligen Einspeisung des Grünstroms in das Netz des zuständigen Netzbetreibers zugrunde gelegt.⁶⁰⁸ Diese Regelung ist nicht auf dezidierte Mischfeuerungsanlagen sowie andere Mischfeuerungsanlagen anwendbar. Der in den nach dem Inkrafttreten des Kapitels 4. des OZE-G modernisierten Anlagen erzeugte Strom darf nur anteilig zu der Höhe der Modernisierungsaufwendungen berücksichtigt werden.⁶⁰⁹ Im Falle von Nicht-

⁶⁰⁵ Art. 41 Abs. 1 OZE-G.

⁶⁰⁶ Art. 42 Abs. 7 OZE-G.

⁶⁰⁷ Art. 42 Abs. 9 OZE-G.

⁶⁰⁸ Art. 42 Abs. 5 OZE-G. Dauert die Phase der Inbetriebnahme länger als 90 Tage, kann der Anlagenbetreiber für den über die 90 Tage hinausgehenden Zeitraum die Stromeinkaufsverpflichtung nicht erfolgreich geltend machen.

⁶⁰⁹ Art. 41 Abs. 3, Art. 42 Abs. 4 Nr. 2 OZE-G.

Mikroanlagen liegt der Wert bei maximal 75 % des Anfangswerts der modernisierten Anlage.⁶¹⁰ Zu vielen Schwierigkeiten in der Praxis kann führen, dass sich im OZE-G keine Definition oder kein Hinweis darauf findet, was unter dem Anfangswert einer modernisierten Anlage zu verstehen und wie dieser zu berechnen ist.⁶¹¹

4) Dauer

Der Anspruch auf die Stromabnahmeverpflichtung kann lediglich über einen bestimmten Zeitraum geltend gemacht werden. Die Dauer der Stromeinkaufsverpflichtung beträgt grundsätzlich 15 Jahre, allerdings maximal bis zum 31. Dezember 2035.⁶¹² Für die nach dem Inkrafttreten des Kapitels 4. des OZE-G modernisierten Bestandsanlagen besteht die Verpflichtung ab der erstmaligen Einspeisung von Strom in das Netz allgemeiner Versorgung und dauert maximal 6 Monate ab dem Inkrafttreten des Kapitels 4. des OZE-G.⁶¹³ Damit sind die Dauer der Stromeinkaufsverpflichtung und die Dauer des Anspruchs auf die Ausstellung der Zertifikate aufeinander abgestimmt. Die Dauer der Verpflichtung beginnt in den beiden voranstehend genannten Fällen am Tag der erstmaligen, durch die Ausstellung der Zertifikate bestätigten Stromerzeugung in der begünstigten Anlage.⁶¹⁴ Das Abstellen auf den Zeitpunkt der erstmaligen Stromerzeugung, der durch die Ausstellung der Zertifikate bestätigt worden ist, erlaubt eine sichere Feststellung des relevanten Datums, da die entsprechenden Daten im Zertifikatregister eingetragen sind.

5) Preis

Die Höhe des Preises für die im Rahmen der Stromeinkaufsverpflichtung veräußerten Strommengen ist gesetzlich festgelegt.⁶¹⁵ Sie entspricht der Höhe des durchschnittlichen Strompreises auf dem Wettbewerbsmarkt im Vorquartal. Den Preis gibt der URE-Vorsitzende bekannt.⁶¹⁶

6) Zwischenfazit

Der Anspruch des Bestandsanlagenbetreibers auf den Kauf der in der Anlage erzeugten Grünstrommengen ergänzt die Quotenverpflichtung und erlaubt es dem begünstigten Anlagenbetreiber, zusätzlich zu den Einnahmen durch den Verkauf der grünen Qualität des Stroms (Zertifikate) weitere Einnahmen durch den Verkauf des physischen Stroms zu erzielen. Die Stromeinkaufsverpflichtung ist als Recht des begünstigten Anlagenbetreibers konstruiert, sodass es ihm freisteht, den Strom an andere Käufer als den verpflichteten Verkäufer zu

⁶¹⁰ Art. 42 Abs. 4 Nr. 2 OZE-G.

⁶¹¹ Möglich ist z.B. die Annahme des Werts der ganzen Anlage im Zeitpunkt ihrer Inbetriebnahme, des Werts der ganzen Anlage unmittelbar vor ihrer Modernisierung, des Werts des modernisierten Anlagenteils (z.B. einer Windkraftanlage) im Zeitpunkt seiner Inbetriebnahme oder unmittelbar vor der Modernisierung. Weiterhin ist zu fragen, ob der Gesamtwert lediglich der einzelnen Anlagenteile oder der Wert der Anlage als Ganzes, ggf. mit entsprechenden gültigen behördlichen Genehmigungen und für den Betrieb der Anlage notwendigen Verträgen (z.B. Netzanschlussvertrag), also des ganzen EE-Projekts einschlägig ist.

⁶¹² Art. 42 Abs. 3 und 4 OZE-G.

⁶¹³ Art. 42 Abs. 4 Nr. 2 OZE-G.

⁶¹⁴ Art. 42 Abs. 3 und Abs. 4 Nr. 2 OZE-G.

⁶¹⁵ Art. 43 OZE-G.

⁶¹⁶ Nach der Mitteilung des URE-Vorsitzenden Nr. 18/2017 vom 28.03.2017 beträgt der durchschnittliche Strompreis auf dem Wettbewerbsmarkt für das IV. Quartal des Jahres 2017 168,88 PLN/MWh (ca. 40,11 EUR/MWh).

veräußern. Allerdings ist diese Freiheit durch die Andienungspflicht beschränkt. Durch diesen Entzug der Möglichkeit, jederzeit in die durch die Stromeinkaufsverpflichtung eröffnete Option des Stromverkaufs für einen festen Preis auszuweichen, erschwert der Gesetzgeber die Stellung der Anlagenbetreiber bei Preisverhandlungen mit anderen potenziellen Stromabnehmern. Außerdem kann eine so ausgestaltete Andienungspflicht Konsequenzen in Bezug auf Bilanzierungsdienstleistungen bedeuten und dazu führen, dass Betreiber von nicht steuerbaren Anlagen die Kosten des Einkaufs der Strommengen tragen, die über den erzeugten und unter den mitgeteilten Strommengen liegen.⁶¹⁷ Zudem wirft die Ausgestaltung der Stromeinkaufsverpflichtung diverse Interpretationsschwierigkeiten auf, die insbesondere in Bezug auf die modernisierten Anlagen entstehen. Die Netzbetreiber sind verpflichtet, den begünstigten Anlagenbetreibern die angebotenen Grünstrommengen für einen regulierten Preis in Höhe des durchschnittlichen Strompreises für das Vorquartal abzunehmen. Eine der Voraussetzungen der Entstehung dieser Stromeinkaufsverpflichtung ist die Erfüllung der 90-tägigen Andienungspflicht durch den Anlagenbetreiber. Den Anspruch auf die Stromeinkaufsverpflichtung kann der Anlagenbetreiber in der Regel über einen Zeitraum von 15 Jahren, allerdings nicht länger als bis zum 31. Dezember 2035 geltend machen.

6. Kontroll- und Strafmechanismus

Für eine korrekte und nicht missbräuchliche Ausübung der Rechte und Pflichten im Rahmen des Quotenmodells hat das OZE-G einen Kontroll- und Strafmechanismus entwickelt.

Es räumt dem URE-Vorsitzenden die Möglichkeit ein, die Angaben der Akteure zu kontrollieren, die sie im Rahmen ihrer Beteiligung an dem Fördermodell übermitteln müssen.⁶¹⁸ In Ausübung seiner Kontrollfunktionen darf der URE-Vorsitzende Einsicht in die Unterlagen nehmen oder die Vorlage (weiterer) Unterlagen fordern, die beispielsweise für die Inanspruchnahme der Zertifikate, die Erfüllung der Quotenverpflichtung oder die berechnete Inanspruchnahme der Befreiung für stromintensive Unternehmen von Bedeutung sind.

Verstöße gegen diverse Pflichten nach dem OZE-G haben den Charakter verwaltungsrechtlicher Delikte und werden im Rahmen eines verwaltungsrechtlichen Verfahrens geahndet.⁶¹⁹ Die Finanzmittel aus der Entrichtung der Strafen fließen in den Staatshaushalt.⁶²⁰

7. Abwälzungsmechanismus

Die Kosten der Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien, die den Verpflichteten durch die Erfüllung der Quotenverpflichtung entstehen, werden grundsätzlich auf die Endverbraucher abgewälzt. Die Verpflichteten können bestimmte Kosten in die Strompreistarife aufnehmen, die sie für ihre Stromkunden anwenden.

⁶¹⁷ Nach den allgemeinen Regeln auf dem Bilanzmarkt ist der Stromerzeuger verpflichtet, grundsätzlich einen Tag vor dem Tag der Einspeisung die einzuspeisende Strommenge dem Netzbetreiber mitzuteilen. In der überwiegenden Zahl der Fälle wird die aus fluktuativen Energiequellen erzeugte Strommenge naturgemäß von der mitgeteilten Strommenge abweichen. Sollte die mitgeteilte Strommenge niedriger sein als die erzeugte Strommenge, bleibt wegen der Andienungspflicht die überschüssige Menge nicht in der Verfügung des für die Bilanzierung verantwortlichen Unternehmens. Sollte die mitgeteilte Strommenge höher sein als die erzeugte Strommenge, kann der Anlagenbetreiber verpflichtet sein, die Kosten der Beschaffung der fehlenden Strommengen zu tragen.

⁶¹⁸ Art. 70 OZE-G.

⁶¹⁹ *Sachajko, Marek*, Kommentar zum Art. 56 EnR, Stand 09.08.2010, lex sigma online, Rn. 5.

⁶²⁰ *Sachajko, Marek*, Kommentar zum Art. 56 EnR, Stand 09.08.2010, lex sigma online, Rn. 6.

Die Tarife setzen sich zusammen aus Preisen und Gebühren sowie Regeln ihrer Anwendung auf die definierten Stromabnehmer.⁶²¹ Sie sollen einerseits u.a. die Deckung der berechtigten Kosten der wirtschaftlichen Tätigkeit der Energieunternehmen gewährleisten und andererseits die Stromabnehmer vor unberechtigter Erhöhung der Preise und Gebühren schützen.⁶²² Die Höhe der Tarife schlagen die Energieunternehmen vor und legen den Vorschlag dem URE-Vorsitzenden zur Bestätigung vor. Die Tarife dürfen dann angewendet werden, wenn sie entsprechend den gesetzlichen Maßstäben errechnet worden sind.⁶²³

Nach den Bestimmungen des OZE-G berücksichtigen die Energieunternehmen bei der Berechnung der Tarife die „berechtigten“ Kosten des Erwerbs und der Einziehung der Zertifikate sowie die Kosten der Ersatzgebühr.⁶²⁴ Dabei wird angenommen, dass jede durch die Verpflichteten an die Abnehmer veräußerte Stromeinheit in gleichem Umfang mit diesen Kosten belastet ist. Als berechtigt gelten Kosten, die notwendig sind, damit die Energieunternehmen die ihnen auferlegten Verpflichtungen im Bereich der Erzeugung, Umwandlung, Speicherung, Übertragung oder Verteilung der elektrischen Energie erfüllen können, die wirtschaftlich begründet sind und deren Tragung nach dem Prinzip der gebotenen Sorgfalt den Schutz der Interessen der Stromabnehmer berücksichtigt. In Anbetracht dessen, dass der Verpflichtete zur Erfüllung der Quote durch den Erwerb und die Vorlage zur Einziehung einer bestimmten Menge an Zertifikaten gesetzlich verpflichtet ist, dürfen zumindest der Preis für den Erwerb der Zertifikate sowie die Höhe der Ersatzgebühr als „berechtigt“ bei der Berechnung der Höhe der Stromtarife der Verpflichteten Berücksichtigung finden. Ob andere Kosten, wie z.B. die Kosten der Beauftragung von Dienstleistern oder Vermittlern zum Zwecke der Erfüllung der Quotenverpflichtung ebenso berücksichtigt werden dürfen, ist im Einzelfall anhand der gesetzlichen Maßstäbe zu entscheiden.

Die Möglichkeit der Abwälzung der berechtigten Kosten der Ersatzgebühr auf die Stromabnehmer hat zur Folge, dass diese für die wirtschaftliche oder strategische Entscheidung der Verpflichteten über die Art und Weise der Erfüllung der Quotenverpflichtung in jedem Fall finanziell eintreten müssen. Aus diesem Grunde ist kritisch zu hinterfragen, ob die Kosten der Ersatzgebühr stets als „berechtigt“ eingestuft und damit abgewälzt werden können. Denkbar wäre hier die Einführung einer zusätzlichen Voraussetzung für die Abwälzung der Kosten der Ersatzgebühr, wie etwa die Erfüllung der Quote durch eine Ersatzzahlung (nur) in Zeiten, in denen eine nach einem bestimmten Muster berechnete Knappheit der Zertifikate auf dem Markt vorliegen würde. Allerdings könnte eine zu weitgehende Einschränkung der Möglichkeit der Abwälzung der Kosten der Ersatzgebühr auf die Endverbraucher schnell zu einem Widerspruch zu dem Grundgedanken der Quotenverpflichtung führen. Es ist Aufgabe des Gesetzgebers, an dieser Stelle ein Gleichgewicht zu finden und es entsprechend umzusetzen.

⁶²¹ Art. 3 Nr. 17 EnR.

⁶²² Art. 45 EnR.

⁶²³ Einschlägig sind insbesondere Art. 44 ff. EnR sowie die Vorschriften der Verordnung des Wirtschaftsministers vom 18.8.2011 über detaillierte Regeln der Festsetzung und Berechnung der Tarife und Abrechnung im Energiehandel, BGBl. 2011, Nr. 189, Pos. 1126 mit weiteren Änderungen.

⁶²⁴ Art. 58 Abs. 2 und 3 OZE-G.

8. Zwischenfazit

Das Quotenmodell mit Zertifikate-Handel ist ein auslaufendes Fördermodell für Strom aus erneuerbaren Energien in Polen. Zu der Inanspruchnahme der Förderung berechtigt sind, mit wenigen Ausnahmen, die Betreiber von Bestandsanlagen. Die begünstigten Anlagenbetreiber haben die Möglichkeit, sich bei dem URE-Vorsitzenden die grüne Qualität der in EE-Bestandsanlagen erzeugten Strommengen in Form von sog. grünen Zertifikaten bestätigen zu lassen. Für die Stromerzeugung in KWK-Anlagen können sie zusätzlich sog. lila, gelbe oder rote Zertifikate erhalten. Die Rechte aus den Zertifikaten sind handelbar. Die Haupthandelsplattform ist die Stromwarenborse. Die Zertifikate können auch außerhalb der Börse in bilateralen Verträgen veräußert werden. Der Zertifikatspreis bestimmt sich nach den Marktregeln. Damit die Nachfrage nach Zertifikaten nicht nur ein unbedeutendes Niveau aufweist, hat der Gesetzgeber eine Quotenverpflichtung eingeführt. Danach haben die verpflichteten Energieunternehmen jährlich eine bestimmte Quote an Zertifikaten, die in Bezug auf bestimmte, erworbene Strommengen berechnet wird, zu erfüllen und zum Nachweis dem URE-Vorsitzenden zur Einziehung vorzulegen. Die Quote kann alternativ durch eine Ersatzzahlung erfüllt werden. Für säumige Verpflichtete sieht das OZE-G eine Strafzahlung vor. Das System ist dergestalt konstruiert, dass die Höhe der Ersatzzahlung die Höhe des Zertifikatspreises übersteigen soll, sodass die Verpflichteten einen Anreiz erhalten, die Quote mit Zertifikaten zu erfüllen. Obwohl der Mechanismus einen positiven Einfluss auf die Nachfrageseite der Zertifikate hat, wirkt er nicht den (erheblichen) Schwankungen der Zertifikatspreise entgegen. Das OZE-G führt weitere Mechanismen für die Stärkung der Nachfrage an Zertifikaten ein, deren tatsächliche Auswirkung auf die Praxis noch abzuwarten bleibt. Zusätzlich zu dem Handel mit Zertifikaten können die begünstigten Anlagenbetreiber Einnahmen aus der Veräußerung der grünen Energie erzielen. Die berechtigten Kosten, die den zu der Erfüllung der Quote verpflichteten Energieunternehmen aus dem Erwerb und der Einziehung der Zertifikate oder der Leistung der Ersatzzahlung entstehen oder für den mit der Stromeinkaufsverpflichtung belasteten Netzbetreiber anfallen, können über die Berücksichtigung in den Strompreistarifen auf die Endverbraucher abgewälzt werden. Die Förderung über das Quotenmodell mit Zertifikate-Handel ist für die Betreiber begünstigter Bestandsanlagen für einen Zeitraum von in der Regel 15 Jahren, allerdings längstens bis zum 31. Dezember 2035 vorgesehen.

II. Abrechnungsverpflichtung für Strom aus Mikroanlagen

In die gesetzlichen Regelungen betreffend die Stromeinkaufsverpflichtung im Rahmen des Quotenmodells mit Zertifikate-Handel sind Normen eingebettet, die durch den Gesetzgeber als Förderung grüner Stromerzeugung aus Mikroanlagen gedacht waren. Die Regelungen wurden mit der Novelle vom 22. Juni 2016 eingeführt und haben die bisherigen Fördervorschriften zu der Einspeisevergütung abgelöst. Nach den neuen Regelungen hat der verpflichtete Verkäufer den in einer Mikroanlage erzeugten Strom abzunehmen und entsprechend abzurechnen.

1. Abrechnung der eingespeisten Strommengen

Den verpflichteten Verkäufer⁶²⁵ trifft die Verpflichtung, die durch den Prosumenten⁶²⁶ in einer Mikroanlage erzeugten und in das Netz allgemeiner Versorgung eingespeisten Strommengen nach den gesetzlichen Vorgaben abzurechnen.⁶²⁷

Die Verpflichtung basiert auf der Überlegung, dass die Prosumenten (bereits) an das Netz allgemeiner Versorgung angeschlossen sind, über das sie den Strom beziehen. Die Abrechnung ist in diesem Kontext als Verrechnung der durch den Prosumenten in das Netz eingespeisten Strommengen auf die Strommengen, die aus dem Netz entnommen wurden, zu verstehen. Das OZE-G führt allerdings einen Korrekturfaktor ein, unter Berücksichtigung dessen die Abrechnung durchzuführen ist. Die Abrechnung der Strommengen aus Mikroanlagen mit installierter Leistung nicht über 10 kW erfolgt in dem Verhältnis 1 zu 0,8. Die Abrechnung der Strommengen aus den übrigen Mikroanlagen, also solchen mit installierter Leistung von über 10 kW bis einschließlich 40 kW, erfolgt in dem Verhältnis von 1 zu 0,7.⁶²⁸ Der Prosument kann somit für die eingespeisten Strommengen im Gegenzug eine bestimmte Strommenge, welche 70 % oder 80 % der eingespeisten Strommengen entspricht, aus dem Netz allgemeiner Versorgung beziehen. Für die restlichen Strommengen, also 30 % bzw. 20 % erhält der Prosument keine Gegenleistung. Er kann weder eine Leistung *in natura* in Form einer Stromlieferung noch eine (Einspeise-)Vergütung fordern. Diese 30 % oder 20 % der eingespeisten Strommengen stellt das OZE-G daher dem verpflichteten Verkäufer zur freien Verfügung.⁶²⁹

Über die abgerechneten Strommengen setzt der verpflichtete Verkäufer den berechtigten Prosumenten entsprechend den Abrechnungsperioden, die sich aus dem Komplexvertrag ergeben, in Kenntnis.⁶³⁰

2. Berechtigte Anlagenbetreiber

Von der Abrechnungsverpflichtung des verpflichteten Verkäufers erfasst sind die Strommengen, die erzeuger- und anlagenbezogene Voraussetzungen erfüllen: Die Stromabnahmeverpflichtung ist auf die grünen Strommengen anzuwenden, die durch einen Prosumenten in einer Mikroanlage erzeugt wurden. Der Gesetzgeber privilegiert daher nur Anlagen mit installierter Leistung bis einschließlich 40 kW, die zur Eigenstromerzeugung eingesetzt

⁶²⁵ Alternativ zu dem verpflichteten Verkäufer kann die Abrechnung ein anderer Stromanbieter durchführen, der durch den Prosumenten in dem Komplexvertrag gewählt wurde, Art. 40 Abs. 1a OZE-G. Der Einfachheit halber wird hier von dem verpflichteten Verkäufer gesprochen.

⁶²⁶ Siehe die Definition des Prosumenten, S. 55 f.

⁶²⁷ Art. 4 Abs. 1 und Abs. 3 OZE-G.

⁶²⁸ Der erste Entwurf der OZE-G-Novelle vom 22.06.2016 sah ein Verhältnis von 1 zu 0,8 vor für Mikroanlagen bis einschließlich 7 kW, ein Verhältnis von 1 zu 0,5 für Mikroanlagen von über 7 kW sowie ein Verhältnis von 1 zu 0,35 für Mikroanlagen, bezüglich welcher der Prosument eine öffentliche Förderung für den Erwerb der Anlage oder ihrer Teile erhalten hat, Art. 4 Abs. 1, Drucksache 478 vom 05.05.2016. Die Gesetzesbegründung schweigt zu den Hintergründen der Einführung genau dieser Schwellenwerte und Korrektoren. Entsprechende Berechnungen wurden nicht vorgestellt.

⁶²⁹ Piekłowski, Tadeusz, Dobra zmiana w ustawie oze? Newsletter Energie odnawialne, Rödl&Partner, März 2017, S. 7.

⁶³⁰ Art. 4 Abs. 6 OZE-G.

werden. Weitere Einschränkungen, beispielsweise in Bezug auf die Technologie oder den Standort liegen nicht vor.

Das OZE-G enthält auch keine Einschränkung hinsichtlich des Inbetriebnahmedatums der der Abrechnungsverpflichtung unterliegenden Mikroanlagen, sodass sowohl Bestands- als auch Neumikroanlagen erfasst sind.

3. Berechtigte Strommengen

Die Grundlage der Abrechnung bilden für den verpflichteten Verkäufer die individuellen Messstelledaten des Prosumenten, die er von dem zuständigen Verteilungsnetzbetreiber weitergeleitet bekommen hat.⁶³¹ Die Abrechnung erfolgt in den Abrechnungsperioden, die sich aus dem zwischen den Prosumenten und dem zuständigen Verteilungsnetzbetreiber abgeschlossenen Komplexvertrag ergeben. Der Abrechnung unterliegen die Strommengen, die nicht früher als 365 Tage vor der Ablesung der Messstelledaten in der jeweiligen Abrechnungsperiode erzeugt worden sind.⁶³²

4. Dauer der Abrechnungsverpflichtung

Der verpflichtete Verkäufer erfüllt die Abrechnungsverpflichtung über einen gesetzlich festgelegten Zeitraum. Die Abrechnungsverpflichtung besteht über einen Zeitraum von maximal 15 Jahren, allerdings nicht länger als bis zum 31. Dezember 2035.⁶³³ Die Dauer wird ab dem Datum der erstmaligen Erzeugung der elektrischen Energie aus erneuerbaren Quellen berechnet.⁶³⁴

5. Abrechnungsverpflichtung als Förderung?

Mit der Abrechnungsverpflichtung führt das OZE-G eine Konstellation ein, die nach Ansicht der Autorin schwerlich als eine Förderung angesehen werden kann.

Der Prosument erhält nach den Regelungen über die Abrechnungsverpflichtung für die erzeugten und eingespeisten Grünstrommengen keine finanzielle Zahlung. Er darf lediglich diese Strommengen gegen die aus dem Netz öffentlicher Versorgung bezogene Elektrizität aufrechnen. Im Endergebnis tauscht er die eigenerzeugte gegen die ihm durch den Strom-

⁶³¹ Art. 4 Abs. 2 und Abs. 3 OZE-G.

⁶³² Art. 4 Abs. 5 OZE-G.

⁶³³ Art. 40 Abs. 1b OZE-G.

⁶³⁴ Die Festlegung des Anfangsdatums, ab dem die Abrechnungsverpflichtung entsteht, ist unpräzise formuliert. Das Gesetz spricht von der „erstmaligen Erzeugung der elektrischen Energie aus erneuerbaren Quellen“. Dem Wortlaut der Regelung lässt sich nicht eindeutig entnehmen, ob zum Beispiel zum Zwecke der Festlegung der Förderdauer das Datum der erstmaligen Stromerzeugung an einem früheren Standort der Anlage berücksichtigt wird. Unklar ist auch, ob die erstmalige Stromerzeugung der Mikroanlage durch den jeweiligen Prosumenten gemeint ist oder ein eventueller Wechsel des Betreibers für das Anfangsdatum unschädlich ist. Zudem ist aus Sicht der Autorin negativ zu bewerten, dass als Anfangsdatum das Datum der erstmaligen Stromerzeugung und nicht z.B. der erstmaligen Stromeinspeisung in das Netz allgemeiner Versorgung gewählt wurde. Die vorgeschlagene Alternative wäre konsequent in Hinblick auf die Ausgestaltung der Abrechnungsverpflichtung: Sie besteht ja in der Verrechnung der eingespeisten und bezogenen Strommengen. Allein die Stromerzeugung reicht nicht aus, notwendig ist die Stromeinspeisung. Des Weiteren können durch das aktuell im OZE-G formulierte Anfangsdatum der Abrechnungsverpflichtung für den Prosumenten Nachteile entstehen, wenn die erstmalige Stromerzeugung und die erstmalige Stromeinspeisung (weit) auseinander liegen: In der Zwischenzeit läuft bereits die Förderdauer, obwohl die Abrechnungsverpflichtung nicht in Anspruch genommen werden kann.

anbieter veräußerte (fossile) Energie. Ein solcher Tausch könnte als Vorteil für den an dem Modell beteiligten Erzeuger angesehen werden, wenn er für ihn einen Mehrwert herbeiführen würde. Vorliegend darf aber der Prosument lediglich 70 % bzw. 80 % der erzeugten Energie gegen die Stromlieferung aus dem Netz tauschen. Den Rest gibt er ohne Gegenleistung. Diese Konstellation resultiert nach Ansicht der Autorin für ihn in einem Verlust.

Der Gesetzgeber verteidigt indessen die eingeführte Lösung.⁶³⁵ Er argumentiert, dass das in anderen europäischen Ländern eingeführte Modell der Feed-In-Tariffs nicht die Kapazität aufweise, die Stromerzeugung für den Eigenbedarf anzuregen, ohne dass ein Gewerbe betrieben werden muss. Diese Behauptung kann nicht belegt werden. Dass die Einspeisevergütung ein erfolgreiches Modell der Förderung von Eigenstromerzeugung sein kann – abgesehen von einer eventuell möglichen Optimierung des Systems –, hat zum Beispiel Deutschland bewiesen.⁶³⁶ Auch die Förderung über die Einspeisevergütung von nicht gewerbetreibenden Subjekten wird in der Europäischen Union praktiziert.⁶³⁷ Außer der kurzen Behauptung des Gesetzgebers wurden in der Gesetzesbegründung keine konkreten Angaben, Zahlen oder Berechnungen⁶³⁸ genannt, aufgrund derer die Entscheidung über die Einführung und die Wahl der Ausgestaltung der Abrechnungsverpflichtung gefallen ist.

Letztlich hat der Gesetzgeber ein intransparentes Modell eingeführt, das in anderen Ländern der Europäischen Union unbekannt ist, und dies ohne notwendige Analysen und Berechnungen zu präsentieren.⁶³⁹ Überdies kann in der Abkehr von der Einspeisevergütung die Aufgabe des ursprünglichen Ziels des OZE-G, die regionale Stromerzeugung zu unterstützen, erkannt werden.⁶⁴⁰

III. Ausschreibungsmodell

Das weitere Modell der Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien im polnischen Recht bildet das Ausschreibungsmodell. Nach dem Inkrafttreten des OZE-G ist dieses Fördermodell als Hauptfördermodell für Strom aus erneuerbaren Energien gedacht. Das Ausschreibungsmodell besteht parallel zu dem Quotenmodell mit Zertifikate-Handel und gilt grundsätzlich lediglich für Neuanlagen, kann aber durch bestimmte (Bestands-)Anlagen

⁶³⁵ Gesetzesbegründung der OZE-G-Novelle vom 22.06.2016, S. 44.

⁶³⁶ Vgl. *Ekardt, Felix*, Die vermeintliche Erfolgsgeschichte Energiewende, Klimawende, europäischer Umweltschutz, in § 1 B. II der Theorie der Nachhaltigkeit: Rechtliche, ethische und politische Zugänge – am Beispiel von Klimawandel, Ressourcenknappheit und Welthandel, 2., vollständig überarbeitete und aktualisierte Auflage 2016.

⁶³⁷ Z.B. in Griechenland, siehe <http://www.res-legal.eu/search-by-country/greece/single/s/res-e/t/promotion/aid/feed-in-tariff-ii-pv-on-rooftops/lastp/139>, abgerufen am 19.05.2017.

⁶³⁸ Keine Angaben zu der Berücksichtigung von faktischen Kosten des Betriebs der Mikroanlagen oder zu der Möglichkeit der Finanzierung des Projekts.

⁶³⁹ Aus den Änderungsvorschlägen der Organisation ClientEarth zu der Novelle des OZE-G vom 22.06.2016, S. 5, <http://www.documents.clientearth.org/wp-content/uploads/library/2016-05-31-poprawki-do-nowelizacji-ustawy-o-odnawialnych-zrodlach-energii-druk-476-ce-pl.pdf>, abgerufen am 19.05.2017. In der Gesetzesbegründung zu der Abrechnungsverpflichtung werden sogar unwahre Tatsachen verbreitet: Dort heißt es, dass die Einführung der Abrechnungsverpflichtung auf breite Zustimmung der Fachorganisationen gestoßen sei, z.B. des ThinkThanks ClientEarth; Client Earth bestreitet allerdings in aller Deutlichkeit, sich derart zustimmend geäußert zu haben, und kritisiert vielmehr die neue Regelung, Analiza projektu nowelizacji ustawy OZE, ClientEarth, 10.05.2016, S. 3, <http://www.documents.clientearth.org/wp-content/uploads/library/2016-05-10-analiza-projektu-nowelizacji-ustawy-o-oze-coll-pl1.pdf>, abgerufen am 19.05.2017.

⁶⁴⁰ Siehe Seite **Fehler! Textmarke nicht definiert.**

alternativ in Anspruch genommen werden. Den Rechtsrahmen des Ausschreibungsdesigns legt vorwiegend das OZE-G fest.

1. Ausschreibungsdesign

Das Design des Ausschreibungsmodells regelt u.a. den Kreis der im Rahmen des Fördermodells berechtigten Anlagenbetreiber, den Gegenstand und das Volumen des ausgeschriebenen Guts, die Voraussetzungen der Teilnahme an Ausschreibungssitzungen, den Verlauf des Gebotsverfahrens, die Bestimmung der maximalen Höhe der zu erreichenden Preise, die Regeln der Bekanntmachung der Ergebnisse der Ausschreibung, den Inhalt und die Höhe des Förderanspruchs und die Aufsichts- und Kontrollbestimmungen.

1) Berechtigte

Ähnlich wie beim Quotenmodell mit Zertifikate-Handel bestimmt das OZE-G den Kreis der Berechtigten zur Inanspruchnahme des Fördermodells personenbezogen: Der Anspruch auf die Förderung steht den Betreibern von EE-Anlagen zu, welche die gesetzlichen Förder Voraussetzungen erfüllen.

a. Allgemeine Regelungen

Das OZE-G regelt nicht direkt, dass die Betreiber von welchen Anlagen von der Förderung über das Ausschreibungsmodell profitieren können. Hinsichtlich des Alters der Anlagen ist im Umkehrschluss zu den Bestimmungen bezüglich der über das Quotenmodell förderberechtigten EE-Anlagen⁶⁴¹ zu konstatieren, dass kraft Gesetzes unter das Regime des Ausschreibungsmodells automatisch die Betreiber von Anlagen fallen, in denen die erstmalige Stromerzeugung⁶⁴² nach dem Inkrafttreten des 4. Kapitels des OZE-G erfolgt ist. Zur Förderung über das Ausschreibungsmodell berechtigt sind ebenfalls die Betreiber von Bestandsanlagen, die sich nach der Abgabe einer Teilnahmeerklärung an einer Ausschreibungsrunde erfolgreich beteiligt haben.⁶⁴³ Zudem ergibt sich aus einer Reihe einschlägiger Vorschriften, dass die Förderung über das Ausschreibungsmodell unabhängig von der Technologie, in der die Anlagen betrieben werden, gewährt werden kann.⁶⁴⁴ Die Einschränkung des Kreises von Anlagenbetreibern, die von der Förderung über das Ausschreibungsmodell profitieren können, ergibt sich mittelbar aus den Voraussetzungen des Präqualifikationsverfahrens und wird dort besprochen.

b. Energiecluster und Energiegenossenschaft

Die Novelle des OZE-G vom 22.06.2016 hat Begriffe eingeführt, die bisher den Regelungen über die Fördermodelle von Strom aus erneuerbaren Energien unbekannt gewesen sind: Energiecluster sowie Energiegenossenschaft.⁶⁴⁵

⁶⁴¹ Siehe Art. 42 Abs. 1 OZE-G sowie hier Seite 87.

⁶⁴² Vgl. Fußnote 595.

⁶⁴³ Siehe Seite 124. Zu dem Kreis der Berechtigten für die Abgabe einer Teilnahmeerklärung siehe dort.

⁶⁴⁴ Vgl. z.B. Art. 73 Abs. 3a OZE-G. Die Technologie oder der Betreiber der EE-Anlage determiniert allerdings, in welcher Ausschreibungsgruppe die jeweilige Anlage in den Wettbewerb starten kann.

⁶⁴⁵ Die sog. Energiecluster sowie Energiegenossenschaften existierten bereits vor dem Inkrafttreten der OZE-G-Novelle vom 22.06.2016, allerdings im Rahmen der zu dieser Zeit geltenden Gesetze. Das Gundkonzept von Clustern ist der polnischen Rechtsordnung beispielsweise aus dem Gebiet des Rechts des öffentlichen Auftragswesens bekannt. Die eingehende Analyse von ausgewählten, im Internet zur Verfügung gestellten

a) Energiecluster

Nach der Legaldefinition⁶⁴⁶ benennt der Energiecluster eine zivilrechtliche Vereinbarung⁶⁴⁷ von natürlichen Personen, Rechtspersonen, Wissenschaftseinheiten, Forschungsinstituten oder Verwaltungseinheiten. Die Tätigkeit des Energieclusters betrifft die Erzeugung sowie Bedarfsbilanzierung, Verteilung und den Umsatz der elektrischen Energie aus erneuerbaren Energiequellen oder anderen Quellen oder Brennstoffen. Die Tätigkeit des Clusters erstreckt sich nach den Bestimmungen des OZE-G auf die Netzspannungsebene von unter 110 kV⁶⁴⁸ und dies auf einem Gebiet, das nicht größer ist als das Verwaltungsgebiet einer Kommune oder von 5 Gemeinden.⁶⁴⁹ Der Energiecluster wird durch den Clusterkoordinator vertreten. Als Clusterkoordinator kann entweder eine zu diesem Zweck gegründete Genossenschaft, eine Vereinigung, eine Stiftung oder ein in der Clustervereinbarung genanntes Clustermitglied benannt werden.

Die Begründung des Entwurfs der Novelle vom 22.06.2016 nennt als Ausgangspunkt für die Einführung des Energieclusters den Bedarf an der Herbeiführung eines energetischen Ausgleichs auf lokaler Ebene und in ländlichen Gebieten. Die Idee des Energieclusters soll eine unternehmerisch und gesellschaftlich ausgerichtete Aktivität der Lokalbevölkerung fördern. Die Entwicklung der Energiecluster habe das Potenzial, eine energetische Autarkie der beteiligten Gebiete herbeizuführen.⁶⁵⁰

Der mögliche Tätigkeitsbereich des Energieclusters ist äußerst weit gefasst worden: Er kann sich sowohl auf die Erzeugung als auch auf die Verteilung und den Umsatz der erzeugten Energie erstrecken. Die Aktivität des Energieclusters sollte daher zusätzlich durch die energiewirtschaftlichen Rechtsvorschriften bestimmt sein. Gemäß einem Verweis im OZE-G finden auf den Energiecluster zumindest⁶⁵¹ die Rechtsvorschriften bezüglich des Unbundlings Anwendung.⁶⁵²

Clustervereinbarungen lässt erkennen, dass diese u.a. zu Absprachen über die finanzielle Beteiligung sowie die Haftungs- und Aufgabenverteilung zwischen den an einem Projekt beteiligten Personen gedient haben. Die Ausgestaltung der Clustervereinbarung und Anzahl sowie Inhalt eventueller weiterer Verträge zwischen den Clustermitgliedern hängen von dem jeweiligen Konzept des einzelnen Clusters ab. Ein gewisser, rechtlich gesicherter Handlungsspielraum der Clustermitglieder ist unerlässlich für den Erfolg dieser Tätigkeitsform.

⁶⁴⁶ Art. 1 Abs. 1 Nr. 15a OZE-G.

⁶⁴⁷ Auf den ersten Blick lässt der Begriff der zivilrechtlichen Vereinbarung an einen unbenannten Vertrag denken. Der Abschluss eines solchen Vertrags führt allerdings nicht zur Entstehung einer rechtsfähigen Person. In der Praxis werden daher vermutlich die an einem Cluster interessierten Personen auf die Organisationsformen zurückgreifen, welche die (handels- und gesellschaftsrechtlichen) Regelungen bezüglich der rechtsfähigen Personen anbieten.

⁶⁴⁸ Der Netzanschluss ist eines der Merkmale, die den Energiecluster von einer Stromerzeugungsinsel unterscheiden. Der Netzanschluss ermöglicht dem Energiecluster, die Energie zu veräußern, ohne eine direkte Netzverbindung zwischen den Beteiligten herzustellen. Zudem kann durch den Netzanschluss im Bedarfsfall die Energie entnommen werden.

⁶⁴⁹ Nach Art. 38a Abs. 4 OZE-G ist der Netzanschlusspunkt der Erzeuger und Abnehmer der Energie entscheidend, die Mitglieder des Clusters sind.

⁶⁵⁰ Begründung des Entwurfs der OZE-G-Novelle vom 22.06.2016, Seite 45. Ein Energiecluster könnte beispielsweise eine Windkraft- und eine Biogasanlage umfassen. Die Standortflächen könnten pachtähnlich durch die Clustermitglieder eingebracht werden. Die Einsatzstoffe für die Biogasanlage könnte der beteiligte Bauer liefern. Der Betrieb, die Instandsetzung etc. der Anlagen könnte einer ebenso am Cluster beteiligten Firma anvertraut werden. Die Tätigkeit des Clusters, die Koordinierung der Verteilung und des Umsatzes der erzeugten Energie könnte durch den Clusterkoordinator übernommen werden.

⁶⁵¹ Sollten auf die Energiecluster die energiewirtschaftlichen Vorschriften ohne Weiteres anzuwenden sein, wäre der Verweis des Art. 38a Abs. 2 OZE-G, siehe Fußnote 652, obsolet. Die Einführung des Verweises

Die Energiecluster sind ein Novum im Rahmen der Regelungen über die Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien. Stimmen aus der Praxis verlangen für eine reibungslose Funktionsweise von Energieclustern die Einführung von konkretisierenden Rechtsvorschriften sowie die Festlegung von zuständigen Ansprechpartnern.⁶⁵³

b) Energiegenossenschaft

Die Energiegenossenschaft⁶⁵⁴ ist als Genossenschaft im Sinne des Genossenschaftsgesetzes⁶⁵⁵ zu verstehen, deren Tätigkeit in der Erzeugung von Strom in EE-Anlagen mit installierter Leistung von maximal 10 MW oder von Biogas in EE-Anlagen mit einer Effizienz von maximal 40 Mln m³ oder von Wärme in EE-Anlagen mit KWK-Leistung von maximal 30 MW_t besteht. Nach der Definition gehören zu dem Tätigkeitsbereich der Energiegenossenschaft die Bedarfsbilanzierung, Verteilung und Umsatz von elektrischer Energie, Biogas oder Wärme für den Eigenbedarf der Energiegenossenschaft oder ihrer Mitglieder, die auf einem definierten Gebiet an das Verteilungsnetz mit einer Spannung von bis zu 110 kV oder an das Gas- oder Fernwärmenetz angeschlossen sind – und zwar auf dem Gebiet der ländlichen oder städtisch-ländlichen Gemeinden im Sinne der Rechtsvorschriften über öffentliche Statistik.⁶⁵⁶

Der Mehrwert der Einführung der Definition der Energiegenossenschaft wird erst deutlich, wenn die Energiegenossenschaft als ein sog. geschlossenes Verteilungssystem eingestuft wird.⁶⁵⁷ Auf Antrag der Genossenschaft kann der URE-Vorsitzende feststellen, dass sie die Voraussetzungen eines geschlossenen Verteilungssystems erfüllt. Dem Antrag wird stattgegeben, wenn die elektrische Energie ausschließlich an die Mitglieder der Energiegenossenschaft oder an den Netzbetreiber geliefert wird, wenn die Anzahl der Nutzer des Verteilungssystems der Genossenschaft niedriger ist als eintausend und wenn jeweils aus diesem System aus-

kann daher darauf hindeuten, dass die Energiecluster im Umkehrschluss keine zusätzlichen Anforderungen zu erfüllen haben, die sonst (Industrie-)Energieerzeuger oder -händler einhalten müssen. Dieses Verständnis würde der in der Begründung des Novellenentwurfs geäußerten Absicht des Gesetzgebers entsprechen, die Energieerzeugung durch die lokalen Akteure zu fördern. Andererseits könnte in diesem Fall das Rechtsinstitut des Energieclusters zur Umgehung der energiewirtschaftlichen Vorschriften genutzt werden. Zudem würde sich die Aktivität des Clusters ohne Anwendung der energiewirtschaftlichen Vorschriften in einem rechtlichen Vakuum bewegen, was auch nicht gewollt sein kann.

⁶⁵² Art. 38a Abs. 2 OZE-G, Art. 9d Abs. 1 und Abs. 7 EnR. Allerdings kann wegen der weit gefassten Ausnahmeregelungen im EnR (z.B. Beteiligung von mindestens einhunderttausend angeschlossenen Nutzern) vermutet werden, dass in der Praxis die Anforderungen an die rechtliche und organisatorische Trennung nur in seltenen Fällen eingehalten werden.

⁶⁵³ Siehe z.B. *Jodłowski, Adam/Kasnowski, Jakub*, Klaster energii – nowość w ustawie o OZE, *Wysokie Napięcie*, 27.07.2016, <http://wysokienapiecie.pl/oze/1638-klaster-energii-nowosc-w-ustawie-o-oze>, abgerufen am 02.05.2017; *Szydłowski, Kamil*, Klaster to nie wyspa energetyczna, *Teraz Środowisko*, 09.09.2016, <https://www.teraz-srodowisko.pl/aktualnosci/Klaster-to-nie-wyspa-energetyczna-2542.html>, abgerufen am 02.05.2017.

⁶⁵⁴ Art. 1 Abs. 1 Nr. 33a OZE-G. Der Bedarf der Einführung des Rechtsinstituts der Energiegenossenschaft, nicht zuletzt zum Zwecke der Förderung von Kleinbetreibern, wurde bereits vor dem Inkrafttreten der OZE-G-Novelle vom 22.06.2016 gemeldet, siehe z.B. *Frąckowiak, Adam/Szambelańczyk, Maciej*, Spółdzielnie energetyczne – sposoby wdrożenia w Polsce, *Czysta Energia*, Nr. 1/2015, http://www.cire.pl/pliki/2/prawo_szambelanczyko_kor_po_adpo_kor.pdf, abgerufen am 02.05.2017.

⁶⁵⁵ Gesetz vom 16.09.1982 über Genossenschaften, BGBl. 1982, Nr. 0, Pos. 21 mit späteren Änderungen, Genossenschaftsgesetz. Anders als im Falle von Energieclustern wurden den Energiegenossenschaften durch ihre Einbettung in die Vorschriften des Genossenschaftsgesetzes feste Rahmen in Bezug auf die Rechtspersönlichkeit vorgegeben.

⁶⁵⁶ In der Begründung zu der Novelle des OZE-G vom 22.06.2016 fehlen Ausführungen zu der Einführung des Rechtsinstituts der Energiegenossenschaft.

⁶⁵⁷ Art. 38b Abs. 1 OZE-G.

schließlich Abnehmer beliefert werden, die einen Komplexvertrag abgeschlossen haben. Der Betreiber eines dergestalt definierten geschlossenen Verteilungssystems gelangt in den Genuss einer Reihe von Ausnahmen im Bereich der energiewirtschaftlichen Regelungen.⁶⁵⁸ Danach ist er nicht nur von der Vorlage von Strompreistarifen an den URE-Vorsitzenden zur Genehmigung befreit, soweit diese nicht höher liegen als die durchschnittliche genehmigte Tariffhöhe für vergleichbare Betreiber in dem entsprechenden Gebiet. Dem Betreiber des geschlossenen Verteilungssystems ist es auch freigestellt, Endabnehmer, die keine Mitglieder der Energiegenossenschaft sind, an das System anzuschließen.⁶⁵⁹ Die gewährten Befreiungen führen zu einer maßgeblichen Einschränkung des Verwaltungsaufwands seitens der Energiegenossenschaften und damit zu einer deutlichen Steigerung der Praktikabilität des Konzepts der Energiegenossenschaften.

c. Internationale Akteure

Mit der Novelle vom 22.06.2016⁶⁶⁰ wurde der Kreis der Berechtigten um die Erzeuger von Grünstrom aus EE-Anlagen erweitert, die ihren Standort außerhalb der Republik Polen oder der polnischen AWZ⁶⁶¹ haben.⁶⁶² Das Ausschreibungsvolumen für diese Akteure ist allerdings erheblich eingeschränkt.⁶⁶³

2) Ausschreibungsgegenstand und Ausschreibungsvolumen

Bei der Auswahl des Ausschreibungsgegenstands hat der polnische Gesetzgeber auf die Ausschreibung der Arbeit gesetzt. Demnach wird die Menge der elektrischen Energie ausgeschrieben, die in den förderfähigen Stromerzeugungsanlagen zu produzieren ist. Das OZE-G bestimmt keinen festen Ausbaukorridor.⁶⁶⁴ Die konkreten Mengen und der Wert der aus-

⁶⁵⁸ Art. 38b Abs. 2 OZE-G.

⁶⁵⁹ Zudem ist der Betreiber des geschlossenen Verteilungssystems davon befreit, die Entwicklungspläne anzufertigen und vorzulegen, ein Verfahrensbuch über Verkehr und Betrieb des Netzes (siehe Art. 9g EnR) anzufertigen und für den Abnehmer seine standardisierten Nutzungsprofile anzufertigen, zu aktualisieren und ihm zur Verfügung zu stellen. Außerdem werden auf die Energiegenossenschaften die Vorschriften über die Ausgestaltung der Strompreistarife und über die Abrechnung des Stromumsatzes nicht angewandt, siehe Art. 38b Abs. 5 OZE-G.

⁶⁶⁰ Die Begründung der OZE-G-Novelle vom 22.06.2016 schweigt über die Gründe der Einführung dieser Regelung. Es kann jedoch mit guten Argumenten angenommen werden, dass diese der Vorbereitung der grenzüberschreitenden Ausschreibung (siehe Seite 144 ff.) dienen soll.

⁶⁶¹ Zum räumlichen Anwendungsbereich des OZE-G siehe Seite 64 ff.

⁶⁶² Bei der Festlegung des Berechtigtenkreises stützt sich der Gesetzgeber auf die im OZE-G legaldefinierten Begriffe wie „Erzeuger“ oder „EE-Anlage“. Dies kann darauf hindeuten, dass bezüglich der Berechtigung zur Teilnahme an Ausschreibungsrunden auf das Verständnis im Sinne des polnischen Rechts abgestellt wird. Dieser Umstand könnte zum Ausschluss diverser ausländischer Einheiten führen, die nach ausländischem Recht funktionieren und die Voraussetzungen nationaler Definitionen, nicht aber die polnischen Definitionen des Erzeugers bzw. der EE-Anlage erfüllen. Allerdings deuten die weiteren Voraussetzungen der Teilnahme an Ausschreibungen durch internationale Akteure (siehe Seite 144) darauf hin, dass die europarechtlichen sowie nationalen Vorschriften ausschlaggebend sein sollen: Zwei der Teilnahmevoraussetzungen sind die Erzeugung von Grünstrom im Sinne der RL 2009/28/EU sowie die Bestätigung der Grünstromerzeugung durch die zuständige Behörde des Herkunftslands des Teilnehmers. Bisher haben die Erwägungen lediglich eine theoretische Bedeutung, da es beispielsweise an einer notwendigen entsprechenden Absprache zwischen Polen und einem anderen Land über die Durchführung einer grenzüberschreitenden Ausschreibung fehlt (Art. 73 Abs. 10 Nr. 1 OZE-G).

⁶⁶³ Siehe Seite 121 f.

⁶⁶⁴ Die Strommengen, die ausgeschrieben werden können, können mittelbar u.a. aus den polnischen Ausbauzielen für Strom aus erneuerbaren Energien und dem aktuellen Anteil von Grünenergie im Stromsystem annähernd ermittelt werden. Diese Berechnung trifft allerdings weder eine Aussage über das tatsächliche

schriebenen Energie werden jährlich durch die Verordnung des Ministerrats jeweils bis zum 31. Oktober für das Folgejahr bestimmt und bekannt gegeben.⁶⁶⁵ Gemäß den Bestimmungen des OZE-G ist der Ministerrat verpflichtet, bei der Bestimmung der gesamten ausgeschriebenen Strommenge diverse Belange zu berücksichtigen. Der Ministerrat soll die Energiepolitik des Staats sowie den aktuellen Anteil an Strom und Brennstoffen aus erneuerbaren Energien, die Sicherheit des Energiesystems und die Verpflichtungen aus den internationalen Verträgen beachten. Darüber hinaus sollen die Umweltschutzelange sowie wirtschaftliche und soziale Ziele berücksichtigt werden, darunter der Beitrag der Strom- und Brennstoffherstellung aus erneuerbaren Energien an der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Die Entscheidung über die ausgeschriebene Strommenge soll ebenso Belange einer nachhaltigen Nutzung von Wasserbeständen sowie den Bedarf an einer effektiven Nutzung von Primärenergie bei gleichzeitiger Herstellung von Strom, Wärme, Kälte oder Brennstoffen aus erneuerbaren Energiequellen beachten.⁶⁶⁶ Abgesehen von diesen allgemeinen Vorgaben legt das OZE-G – wie voranstehend bereits ausgeführt – nicht fest, wie der Ausschreibungskorridor im Einzelnen – kurz- oder langfristig – ausgestaltet werden soll. Die potenziellen Investoren in grüne Projekte sind insofern von erheblicher Unsicherheit in Bezug auf die demnächst ausgeschriebenen Mengen betroffen. Dies sowie eine relativ späte Bekanntgabe (bis zum 31. Oktober für das Folgejahr) können die Investitionssicherheit negativ beeinflussen.

Die zur Ausschreibung vorgesehenen Strommengen sind separat für vier Gruppen von EE-Anlagen festzulegen: Bestandsanlagen, die nach dem Inkrafttreten des Kapitels 4. des OZE-G modernisiert wurden, sonstige Bestandsanlagen, Neuanlagen, die nach dem Inkrafttreten des Kapitels 4. des OZE-G modernisiert wurden, sowie sonstige Neuanlagen.⁶⁶⁷

3) Teilnahmevoraussetzung

Die Zulassung zu der Teilnahme an Ausschreibungsrunden ist möglich, wenn der Interessierte diverse formelle, technische und finanzielle Voraussetzungen erfüllt. Die Regelungen über die zu der Erlangung einer Teilnahmeerklärung berechtigten Bestandsanlagen in Verbindung mit dem Kreis der Berechtigten für den Abschluss eines Präqualifikationsverfahrens bestimmen gleichzeitig, welche Anlagen von dem Ausschreibungsmodell nicht profitieren können. Für diese Anlagen bleibt grundsätzlich lediglich die Möglichkeit der Beteiligung an der Förderung über das Quotenmodell.

Ausschreibungsvolumen noch über die zeitliche Verteilung. Die Verleihung der Kompetenz bezüglich dieser grundlegenden Entscheidung an die Regierung kann als ein Signal für die (gestiegene) Politisierung im Bereich des Ausbaus von Strom aus erneuerbaren Energien gedeutet werden.

⁶⁶⁵ Art. 72 Hs. 1 OZE-G, siehe S. 146 f. und S. 150 f.

⁶⁶⁶ Art. 72 Abs. 2 OZE-G. Mit dieser weitgehenden Verordnungsermächtigung wird dem Ministerrat ein breiter Ermessensspielraum bezüglich der auszuschreibenden Strommengen eingeräumt. In Verbindung mit der Tatsache, dass der Ausbaukorridor nicht gesetzlich festgelegt wurde, gibt die Verordnungsermächtigung dem Ministerrat einen faktischen enormen Einfluss auf die Möglichkeit der Erreichung der Ausbauziele. Die Übertragung einer solchen zentralen Angelegenheit wie der Ausschreibungsmengen auf den Ministerrat, ohne dabei die Grenzen des Ermessensspielraums konkret festzulegen, begegnet auch Zweifeln verfassungsrechtlicher Natur im Hinblick auf die Beachtung der Normenhierarchie.

⁶⁶⁷ Art. 72 Hs. 1 und 2 OZE-G.

a. Formelle Teilnahmevoraussetzungen

Zu den formellen Voraussetzungen der Teilnahme an Ausschreibungsrunden gehört im Falle von Neuanlagen ein erfolgreicher Abschluss eines Präqualifikationsverfahrens⁶⁶⁸ und im Falle von Bestandsanlagen die Abgabe einer Teilnahmeerklärung.⁶⁶⁹

a) Präqualifikationsverfahren

Der Erzeuger von Energie aus erneuerbaren Energiequellen in der jeweiligen Neuanlage, der die Teilnahme an der Ausschreibung beabsichtigt, muss ein Präqualifikationsverfahren erfolgreich abschließen, um an einer Ausschreibungsrunde teilnehmen zu dürfen.⁶⁷⁰

Das Präqualifikationsverfahren führt der URE-Vorsitzende auf Antrag des Interessierten durch.⁶⁷¹ Das OZE-G schreibt den Mindestinhalt⁶⁷² des Antrags sowie die notwendigen Anhänge⁶⁷³ vor. In Bezug auf die Zulassung der Errichtung der geplanten Anlage auf dem gewählten Standort sind dem Antrag ein Auszug aus dem Bebauungsplan oder – falls kein Bebauungsplan besteht – ein Auszug aus dem Bauvorbescheid beizufügen. Hinsichtlich des Netzanschlusses verlangt das OZE-G die Vorlage entweder eines abgeschlossenen Netzanschlussvertrags oder der durch den zuständigen Netzbetreiber aufgestellten Netzanschlussbedingungen.⁶⁷⁴ Falls für die Errichtung oder Modernisierung der Anlage eine Baugenehmigung⁶⁷⁵ gesetzlich verlangt wird, ist eine rechtskräftige⁶⁷⁶ vorzulegen.⁶⁷⁷ Des Weiteren benötigt der Antragsteller einen Sach- und Finanzplan für die Errichtung der Anlage; alternativ kann er eine Erklärung über den Abschluss der Anlagenerrichtung einreichen.⁶⁷⁸ Für die Offshore-Anlagen sind zusätzlich eine rechtskräftige Genehmigung für die Errichtung künstlicher Inseln in der polnischen AWZ⁶⁷⁹ sowie ein rechtskräftiger Umweltbescheid beizufügen.⁶⁸⁰ Die mit dem Antrag einzureichenden Unterlagen bestimmen das Entwicklungsstadium, in dem sich das EE-Projekt befinden muss, damit der Antragsteller das Präqualifikationsverfahren erfolgreich abschließen kann und in der Folge – nach der Erfüllung von weiteren Voraussetzungen – an der Ausschreibungsrunde teilnehmen darf.

⁶⁶⁸ Art. 78 Abs. 4 i.V.m. Art 76 Abs. 1 OZE-G.

⁶⁶⁹ Art. 75 Abs. 2 i.V.m. Art. 71 Abs. 1 OZE-G.

⁶⁷⁰ Art. 75 Abs. 1 OZE-G.

⁶⁷¹ Art. 75 Abs. 3 OZE-G.

⁶⁷² Art. 75 Abs. 4 OZE-G.

⁶⁷³ Art. 75 Abs. 5 OZE-G.

⁶⁷⁴ Art. 75 Abs. 5 Nr. 2) a) und b) OZE-G.

⁶⁷⁵ Siehe S. 192.

⁶⁷⁶ Die Voraussetzung einer „rechtskräftigen“ Baugenehmigung kann auf den ersten Blick zu einer Steigerung der Realisierungsquote der in den Ausschreibungsrunden bezuschlagten Projekte beitragen, da solche Projekte raumordnungstechnisch schon eine durchaus geregelte rechtliche Situation aufweisen und viele Schwierigkeiten auf dem Weg zur Projektentwicklung behoben haben. Andererseits setzt die Voraussetzung die Projektentwickler den zahlreichen verwaltungsrechtlichen Rechtsmitteln aus, die durch die Gegner des angestrebten EE-Projekts (allein) aus Protest gegen das geplante EE-Vorhaben eingeleitet werden können. Dies kann wegen der nur selten organisierten Ausschreibungsrunden einen erheblichen Einfluss auf die Entscheidung des betroffenen Projektentwicklers über die (zeitweise) Aussetzung des Projekts haben.

⁶⁷⁷ Art. 75 Abs. 5 Nr. 3) OZE-G.

⁶⁷⁸ Art. 75 Abs. 5 Nr. 5) OZE-G. Der Sach- und Finanzplan ist mit der Finanzierungszusage oder dem Erwerb der Anlagenteile nicht gleichzusetzen.

⁶⁷⁹ Art. 75 Abs. 5 Nr. 1) c) OZE-G.

⁶⁸⁰ Art. 75 Abs. 5 Nr. 4 OZE-G.

Aus der Perspektive von Projektentwicklern verursacht die gesetzliche Anforderung, dass die noch verbleibende Gültigkeitsdauer der Genehmigung für die Errichtung künstlicher Inseln, der Netzanschlussbedingungen, der Baugenehmigung und des Umweltbescheids im Zeitpunkt ihrer Einreichung nicht kürzer als sechs Monate sein darf, diverse zusätzliche erhöhte Koordinationsmaßnahmen.⁶⁸¹

Das Präqualifikationsverfahren vor dem URE-Vorsitzenden dauert maximal 30 Tage.⁶⁸² Ein erfolgreicher Abschluss des Verfahrens endet mit der Ausstellung einer Bescheinigung über die Zulassung zur Teilnahme an der Ausschreibung.⁶⁸³ Die Bescheinigung ist 12 Monate gültig, jedoch nicht länger als die Gültigkeitsdauer der Genehmigung für die Errichtung von künstlichen Inseln, der Netzanschlussbedingungen, der Baugenehmigung und des Umweltbescheids (falls erforderlich), die dem Antrag beigelegt wurden.⁶⁸⁴ Angesichts dessen, dass die Ausschreibungsrunden grundsätzlich nur einmal im Kalenderjahr stattfinden, kann die zeitliche Begrenzung der Gültigkeitsdauer der Bescheinigung unter Umständen für ein Projekt, das an früheren Runden nicht oder nicht erfolgreich teilgenommen hat und einen weiteren Teilnahmeversuch plant, die Notwendigkeit der Wiederholung des Präqualifikationsverfahrens bedeuten.

Eine eventuelle Absage der Ausstellung der Bescheinigung über die Teilnahme an der Ausschreibung erfolgt in Form eines Beschlusses. Gegen den Beschluss kann der Antragsteller innerhalb von 7 Tagen ab der Zustellung des Bescheids einen Widerspruch bei dem Wettbewerbsgericht⁶⁸⁵ in Warschau einreichen.⁶⁸⁶

b) Teilnahmeerklärung

Von der Absolvierung des voranstehend genannten Präqualifikationsverfahrens sind bestimmte Bestandsanlagen befreit. Die gesetzlich genannten Bestandsanlagen bedürfen für die Teilnahme an Ausschreibungsrunden lediglich der Abgabe einer Teilnahmeerklärung.⁶⁸⁷

Die Teilnahmeerklärung darf in Bezug auf die durch einen Gewerbetreibenden betriebenen Mikrobestandsanlagen sowie Bestandsanlagen bewilligt werden, wenn die erstmalige Stromerzeugung jeweils vor dem Inkrafttreten des 4. Kapitels des OZE-G stattgefunden hat, ggf. wenn die berechnete (Mikro-)Bestandsanlage nach dem Inkrafttreten des 4. Kapitels OZE-G modernisiert worden ist.⁶⁸⁸ Von dieser Grundregel existieren Ausnahmen. Von der

⁶⁸¹ Art. 75 Abs. 6 OZE-G. Das Abstellen auf den Zeitpunkt der „Einreichung der Unterlagen“ wirft Interpretationsschwierigkeiten auf. Unklar ist, ob damit schon der Zeitpunkt der Stellung des Antrags (Aufgabe bei der Post), zu dem die genannten Unterlagen Anhänge sind (auch wenn sie dem Antrag nicht physisch beigelegt sind), oder aber der Zeitpunkt der faktischen Einreichung der konkreten Unterlagen gemeint ist.

⁶⁸² Art. 76 Abs. 1 OZE-G.

⁶⁸³ Art. 75 Abs. 3 OZE-G.

⁶⁸⁴ Art. 76 Abs. 4 OZE-G. Die Anforderung führt einerseits dazu, dass die Projektentwickler die Projekte nur in einem eingeschränkten, durch die Gültigkeitsdauer diverser Bescheide bestimmten Zeitfenster in die Ausschreibung bringen. Andererseits trägt die Anforderung zum Erhalt der Rechtssicherheit und Qualität der Projekte bei: Nach dem Erlöschen der erteilten Genehmigungen müssen zum Zwecke der Projektrealisierung neue beschafft und damit eventuell verschärfte Vorschriften eingehalten werden.

⁶⁸⁵ Wydział XII Sąd Ochrony Konkurencji i Konsumentów Sądu Okręgowego w Warszawie, XII Wettbewerbskammer des Landgerichts in Warschau (Wettbewerbsgericht).

⁶⁸⁶ Art. 76 Abs. 2 und 3 OZE-G.

⁶⁸⁷ Art. 75 Abs. 2 i.V.m. Art. 71 Abs. 1 OZE-G.

⁶⁸⁸ Art. 71 Abs. 1 i.V.m. Art. 44 i.V.m. Art. 41 Abs. 1 Pkt. 2 lit. a) und b) OZE-G.

Möglichkeit der Abgabe einer Teilnahmeerklärung sind mehrere Bestandsanlagen ausgenommen.⁶⁸⁹ Die Teilnahme an Ausschreibungen wird den Mischfeuerungsbestandsanlagen mit Ausnahme von dezidierten Mischfeuerungsbestandsanlagen sowie den Wasserkraftbestandsanlagen mit installierter Leistung über 20 MW verwehrt. Ausgeschlossen sind ebenfalls EE-Bestandsanlagen mit installierter Leistung von über 50 MW, die für die Stromerzeugung Biomasse, flüssige Biokraftstoffe, Biogas oder Agrarbiogas einsetzen, mit Ausnahme von KWK-Anlagen mit installierter Leistung bis einschließlich 150 MWt, die diese Einsatzstoffe verwenden. Da diesen Bestandsanlagen die Zulassung zu einem Präqualifikationsverfahren verwehrt ist und gleichzeitig keine weitere Möglichkeit der Teilnahme an Ausschreibungsrunden vorgesehen worden ist, sind sie von der Förderung über das Ausschreibungsmodell ausgeschlossen. Eine Förderung können sie (weiterhin) bei Erfüllung der einschlägigen Voraussetzungen über das Quotenmodell erhalten.

b. Technische Teilnahmevoraussetzungen

Für den Verkauf des Stroms aus Neuanlagen sowie Anlagen, die nach dem Inkrafttreten des 4. Kapitels des OZE-G modernisiert worden sind, über Ausschreibungen schreibt der Gesetzgeber eine Reihe technischer Voraussetzungen vor.⁶⁹⁰

⁶⁸⁹ Art. 71 Abs. 2 OZE-G.

⁶⁹⁰ Die Autorin hat sich dafür entschieden, die hier erläuterten Vorgaben nach Art. 74 OZE-G im Rahmen der Teilnahmevoraussetzungen darzustellen, obwohl eine derartige Zuordnung nicht eindeutig ist. Nach dem Wortlaut des OZE-G ist die Erfüllung der Vorgaben nach Art. 74 OZE-G nicht als Erfüllung der Zulassungsvoraussetzungen zu den Ausschreibungsrunden, sondern als Voraussetzung für den Verkauf des Grünstroms über Ausschreibungen qualifiziert. Das OZE-G fordert im Rahmen des Präqualifikationsverfahrens auch keine Vorlage der Nachweise für die Erfüllung der Vorgaben nach Art. 74 OZE-G; dem URE-Vorsitzenden wurde die Überprüfung der Erfüllung dieser Vorgaben erst im Rahmen seiner Kontrollrechte nach Art. 84 OZE-G übertragen. Die Vorgaben nach Art. 74 OZE-G werden dafür im Kontext des Ausschreibungsgegenstands, Art. 73 Abs. 2 OZE-G, erwähnt. Danach gehören zu dem Ausschreibungsgegenstand die Strommengen aus EE-Anlagen „unter Berücksichtigung des Art. 74“. Nach dem Wortlaut der Regelung wäre es naheliegend anzunehmen, dass nach dem OZE-G die Strommengen, die in EE-Anlagen erzeugt wurden, welche die Vorgaben des Art. 74 OZE-G nicht erfüllen, kein Ausschreibungsgegenstand mehr sind. Eine derartige Interpretation begegnet aber Schwierigkeiten bezüglich der Möglichkeit der Bestimmung des Umfangs des Ausschreibungsgegenstands für begünstigte Bestandsanlagen, da in dem Zeitpunkt noch nicht bekannt ist, welche Anlagen sich für die Teilnahme an Ausschreibungen entscheiden und welche von ihnen die Vorgaben nach Art. 74 OZE-G erfüllen. Die Annahme, dass Art. 74 OZE-G im Rahmen des Ausschreibungsgegenstands und nicht der Zulassungsvoraussetzungen zu lesen ist, würde dann bedeuten, dass die EE-Anlage (die z.B. aus Bestands- und Neuerzeugungseinheiten besteht) als ganze zu der Ausschreibung zugelassen werden könnte, aber nur die Strommengen aus den Stromerzeugungseinheiten über die Ausschreibung verkauft werden könnten, welche die Vorgaben des Art. 74 OZE-G erfüllen. Auch systematische Überlegungen liefern keine eindeutige Antwort; die Regelung des Art. 74 OZE-G befindet sich in unmittelbarer Nachbarschaft der Regelungen über den Ausschreibungsgegenstand und unmittelbar vor der Regelung über die Teilnahmevoraussetzung für Bestandsanlagen (Abgabe der Teilnahmeerklärung). Für die potenziellen Bieter können die Vorgaben nach Art. 74 OZE-G *de facto* als Zulassungsvoraussetzung für die Teilnahme an Ausschreibungsrunden gesehen werden: Auch wenn sie sich formal an dem Bieterverfahren beteiligen könnten, werden sie Strommengen aus mit den Vorgaben nach Art. 74 OZE-G unvereinbaren Anlagen nicht vergütet bekommen. Es sprechen damit gewichtige Gründe dafür, die Vorgaben des Art. 74 OZE-G im Rahmen der Teilnahmevoraussetzungen darzustellen. Für diese Überlegung sprechen auch praktische Aspekte: Bereits aus den (Bau-)Genehmigungsunterlagen ist weitgehend ersichtlich, ob die zu errichtenden Anlagen die technischen Anforderungen erfüllen.

Neben den hier erläuterten technischen Voraussetzungen sind zusätzliche Regeln und Bedingungen der Stromerzeugung in EE-Anlagen zu beachten, siehe S. 164 f.

Das OZE-G gibt u.a. vor, dass bestimmte Anlagenteile ein gewisses Alter nicht überschreiten dürfen. Danach darf die in diesen Anlagen erzeugte elektrische Energie über eine Ausschreibung lediglich verkauft werden, wenn die Vorrichtungen für die Erzeugung der Energie, die bei dem Bau oder der Modernisierung der betreffenden Anlage eingebaut worden sind, nicht früher als 48 Monate und im Falle von Offshore-Anlagen nicht früher als 72 Monate vor der erstmaligen Stromerzeugung in der Anlage hergestellt worden sind.⁶⁹¹ Zwar schweigt die Begründung des OZE-G über die Hintergründe der Einführung dieser Regelung. Es liegt aber nahe, dass sie eingefügt worden ist, um zu verhindern, dass in die neu zu errichtenden oder zu modernisierenden EE-Anlagen Teile eingebaut werden, die bereits anderswo eingesetzt worden sind. Zwar ist dieser Ansatz zu loben,⁶⁹² jedoch ist die Regelung nicht zuletzt aufgrund diverser Interpretationsschwierigkeiten⁶⁹³ kritikwürdig.

Für die nach dem Inkrafttreten des Kapitels 4. des OZE-G modernisierten Anlagen stellt das OZE-G zusätzliche Anforderungen auf.⁶⁹⁴ Erstens muss eine Erweiterung⁶⁹⁵ der installierten Leistung stattfinden⁶⁹⁶. Zweitens dürfen die Modernisierungskosten der betroffenen Anlage 30 % des Anfangswerts der Anlage⁶⁹⁷ nicht unterschreiten. Drittens darf die modernisierte

⁶⁹¹ Art. 74 Abs. 1 OZE-G.

⁶⁹² Die Regelung hat das Potenzial, die Praxis zu unterbinden, bereits ausgediente Anlagenteile, insbesondere von Windkraftanlagen, aus dem Ausland zu importieren und sie in Polen erneut zu nutzen. Damit wird ein Anreiz gegeben, technologisch fortgeschrittenere Teile einzubauen, die auch höhere Standards erfüllen. Dies soll nicht zuletzt dem Interesse der Sicherheit der Anlagen und des technologischen Fortschritts dienen.

⁶⁹³ Die Regelung liefert keine Definition der Vorrichtung für die Erzeugung der Energie. Unklar ist beispielsweise, ob nur große Teile (z.B. Rotor einer Windkraftanlage) oder auch die kleinsten Teile, aus denen die großen Teile bestehen (z.B. Schrauben), von der Regelung erfasst sind. Nicht eindeutig ist ebenso der Begriff des Einbaus; es ist u.a. unklar, ob die Anforderungen nur in Bezug auf die Teile zu erfüllen sind, die dauerhaft mit der Anlage verbunden sind, oder auch hinsichtlich solcher, die nur für eine bestimmte Zeit eingefügt werden (z.B. vorübergehend, um geplante Modernisierungsmaßnahmen zu ermöglichen); ferner, ob verlangt wird, dass die Teile zu Bestandteilen der EE-Anlage im juristischen Sinne werden, oder ob eine weniger feste Verbindung ausreichend ist. Die Berücksichtigung eines Zeitmoments (dauerhafter/vorübergehender Einbau) würde die Einführung einer weiteren Konkretisierung erfordern.

⁶⁹⁴ Art. 74 Abs. 2 OZE-G.

⁶⁹⁵ Das OZE-G legt nicht fest, wie umfangreich die Erweiterung sein muss.

⁶⁹⁶ Von der Erfüllung der Voraussetzung werden folgenden Anlagen ausgenommen: Nicht-EE-Anlagen, die infolge der Umwandlung zu EE-Anlagen wurden (mit Ausnahme dezidiert Mischfeuerungsanlagen), Mischfeuerungsanlagen, aus denen EE-Anlagen wurden, die keine Mischfeuerungsanlagen sind, sowie Wasserkraftanlagen mit einer installierten Leistung über 5 MW, Art. 74 Abs. 3 OZE-G.

⁶⁹⁷ Unklar ist, was unter dem Anfangswert der Anlage zu verstehen ist. Das OZE-G gibt auch keinen Hinweis darauf, wie der Wert zu berechnen ist, also ob sich die Zahlen auf den Sachwert, Projektwert, Marktwert oder den Wert der getragenen Kosten beziehen sollen. Ein Hinweis kann der Begründung zum OZE-G (S. 66) entnommen werden; dort werden bei der Wiedergabe der betreffenden Regelung die Vorschriften über die „Abschreibung“ angesprochen, nähere Angaben werden nicht gemacht. Die Autorin geht davon aus, dass es sich um die Vorschriften über die steuerliche Abschreibung handelt. Allerdings stehen die unpräzise Nennung der (steuerrechtlichen) Vorschriften, die vielen möglichen Alternativen ihrer Anwendung sowie die eingeschränkte Auswirkung der Gesetzesbegründung auf die Ermittlung des Inhalts der dort besprochenen Rechtsnorm einer ausreichenden Konkretisierung der diskutierten Voraussetzung entgegen. An dieser Stelle ist noch zu erwähnen, dass die Einführung eines Prozentsatzes der minimalen Modernisierungskosten den positiven Effekt haben kann, dass dadurch einer Umgehung der Rechtsvorschriften über die Zulassung von Bestandsanlagen zu den Ausschreibungen in Fällen vorgebeugt wird, in denen die Bestandsanlage nur geringfügig modernisiert werden würde. Andererseits kann die Formulierung einer derartigen Voraussetzung zu unbilligen Folgen führen: Wenn beispielsweise bei einem aus mehreren Mühlen bestehenden Windpark nur eine Mühle modernisiert wird, kann die Regelung bewirken, dass der Modernisierungswert 30 % des ganzen Windparks betragen muss.

Anlage keine Mischfeuerungsanlage zur Erzeugung von Strom aus Biomasse, Biokraftstoff, Biogas und Agrarbiogas, mit Ausnahme der dezidierten Mischfeuerungsanlagen, sein.⁶⁹⁸ Von den in den modernisierten Anlagen erzeugten Strommengen dürfen über die Ausschreibung nur die Strommengen gefördert werden, die proportional auf die zugebaute installierte Leistung zurückzuführen sind.⁶⁹⁹

Des Weiteren führt das OZE-G Anforderungen an die maximale Größe dezidierte und hybrider Anlagen ein. Die in diesen Anlagen erzeugten Strommengen können über Ausschreibungen nicht veräußert werden, wenn die Größe der Anlagen 50 MW oder 150 MW_t überschreitet.⁷⁰⁰

c. Finanzielle Teilnahmevoraussetzungen

Als weitere Voraussetzung der Teilnahme an Ausschreibungen sieht das OZE-G das Erfordernis der Entrichtung einer Kautions vor.⁷⁰¹ Die Kautions beträgt 30 PLN/1 kW⁷⁰² und ist in Form einer Bankbürgschaft oder einer Einzahlung auf das Bankkonto des URE-Vorsitzenden zu erbringen. Die Kautions wird an die in der Ausschreibung erfolgreichen Bieter innerhalb von 60 Tagen nach der erstmaligen Stromerzeugung zurückgezahlt, an die Bieter, die den Zuschlag nicht erhalten und dem URE-Vorsitzenden eine schriftliche Erklärung über den Verzicht der Teilnahme an der nächsten Ausschreibung vorgelegt haben, 14 Tage nach dem Abschluss der Ausschreibung.⁷⁰³ Das OZE-G trifft keine Regelung zu der Rückzahlung der Kautions in anderen Fällen.⁷⁰⁴ Nicht geregelt ist auch die Frage einer eventuellen Verzinsung der auf das Bankkonto des URE-Vorsitzenden eingezahlten Beträge.

⁶⁹⁸ Art. 74. Abs. 2 OZE-G.

⁶⁹⁹ Art. 74 Abs. 5 S. 1 OZE-G. Für Anlagen, welche die Verpflichtung der Erweiterung der installierten Leistung nicht nachweisen müssen (siehe Fußnote 696), wird die Strommenge anteilig bezogen auf den Wert der Modernisierungskosten, jedoch begrenzt auf 75 % des Anfangswerts der Anlage, berechnet, Art. 74 Abs. 5 S. 2 OZE-G.

⁷⁰⁰ Art. 74 Abs. 4 OZE-G. Die Formulierung der Regelung lässt nicht eindeutig erkennen, wie die Größenbeschränkung konkret zu verstehen ist: Es werden entweder alle Strommengen ausgeschlossen, die in den erwähnten Anlagen erzeugt wurden, oder aber nur die, die auf die Erzeugungskapazität zurückzuführen sind, welche die genannten Größen überschreitet.

⁷⁰¹ Art. 78 Abs. 3 OZE-G.

⁷⁰² Dieselbe Höhe der Kautions gilt für Anlagen, die ein Präqualifikationsverfahren abschließen müssen, als auch für solche, die eine Teilnahmeerklärung abgeben müssen, auch wenn im letzteren Fall das mögliche Scheitern des Projekts wesentlich weniger wahrscheinlich ist, da es sich ja um bestehende und im Betrieb befindliche EE-Anlagen handelt. Die Verpflichtung der Erbringung der Kautions in der genannten Höhe auch im Falle von Bestandsanlagen sowie die Unklarheit in Bezug auf die Verzinsung der eingezahlten Kautionsbeträge kann unter den potenziellen Bietern als negativ beurteilt werden und sie unter Umständen davon abhalten, sich an den Ausschreibungen zu beteiligen: Um die Kautions zu entrichten, müssen sie Beträge in nicht unerheblicher Höhe ansammeln und – bis zum Eintritt der Auslegungsklarheit – riskieren, dass die Summen unverzinst eingelegt werden.

⁷⁰³ Art. 81 Abs. 4 a) und b) OZE-G.

⁷⁰⁴ Wie z.B. im Falle der Annullierung der Ausschreibung. Laut der Information des URE-Vorsitzenden vom 13.01.2017 über die Rückerstattung der Sicherheit in Form einer Kautions oder einer Bankbürgschaft nach Art. 78 Abs. 3 des Gesetzes über erneuerbare Energien (BGBl. 2005, Pos. 478 mit späteren Änderungen) wird festgehalten, dass die Sicherheit erst zurückerstattet wird, nachdem der Berechtigte dies verlangt hat. Stellt der Berechtigte keinen Rückerstattungsantrag, wird davon ausgegangen, dass die Kautions oder die Bürgschaft als Sicherheit für die eventuelle künftige Teilnahme an folgenden Auktionen verwendet werden soll. Als Fälle, in denen die Rückerstattung verlangt werden kann, führt die genannte Information lediglich die Nichtteilnahme an der Ausschreibung, die Nichtabgabe eines Angebots und die Rücknahme des Angebots auf. Die eventuelle Verzinsung der nicht rückerstatteten Beträge wird nicht angesprochen. Der

4) Gebotsverfahren

Die Ausschreibung wird durch den URE-Vorsitzenden nicht später als 30 Tage vor dem Beginn der Runde bekannt gegeben.⁷⁰⁵ Die Bekanntgabe informiert über den Termin der Ausschreibung, die Uhrzeit ihrer Eröffnung und ihres Abschlusses sowie über maximale Menge und Wert des Stroms aus erneuerbaren Energien, die in der Ausschreibung verkauft werden können.⁷⁰⁶

Die Ausschreibungsrunden werden prinzipiell nur einmal pro Jahr durchgeführt. Ein Nachrückverfahren ist möglich (siehe Seite 130 f.).

Im Rahmen dieser Ausschreibungsrunden werden getrennte Sparten für bestimmte Anlagengruppen geöffnet, die mit den Anlagengruppen identisch sind, für welche die auszuschreibenden maximalen Energiemengen bekannt gegeben werden (siehe oben). Es werden sieben Gruppen von berechtigten EE-Anlagen gebildet. Zu der ersten Gruppe gehören Anlagen mit einem Ertrag von über 3 504 MWh/MW/Jahr. Die zweite Gruppe bilden Anlagen, die zur Grünstromerzeugung bioabbaubare Industrie- und Kommunalabfälle tierischer oder pflanzlicher Herkunft einsetzen, darunter Abfälle aus Abfallbehandlung, Kläranlagen und Wasseraufbereitungsanlagen. Zur dritten Gruppe gehören Anlagen mit einem CO₂-Ausstoß von weniger als 100 kg/MWh und mit einem Ertrag von über 3 504 MWh/MW/Jahr. Der vierten und fünften Gruppe werden EE-Anlagen zugeordnet, die durch die Mitglieder eines Energieclusters oder Mitglieder einer Energiegenossenschaft betrieben werden. In der sechsten Gruppe finden sich die Anlagen für die Grünstromerzeugung ausschließlich aus Agrarbiogas. Unter die letzte, die siebte Gruppe werden alle anderen Anlagen subsumiert, die unter keine der voranstehend genannten Kategorien fallen.⁷⁰⁷ Das OZE-G behandelt durch die Einführung der Ausschreibungsgruppen die dort qualifizierten Anlagenarten als separat, während in der Praxis die Grenzen zwischen den einzelnen Gruppen fließend sind und es denkbar ist, dass eine Anlage mehreren Gruppen zugeordnet werden kann.⁷⁰⁸ Möglich ist daher, dass eine Technologie in unterschiedlichen Gruppen vertreten ist und je nach der aktuellen Zusammensetzung in diesen Gruppen und der aktuellen Situation bei der Festlegung der Referenzpreise unterschiedliche Chancen für einen Zuschlag erhält.

Rückerstattungsantrag muss in einer schriftlichen oder qualifizierten elektronischen Schriftform gestellt werden. Nach Ansicht der Autorin verschärft die genannte Information die einschlägigen Anforderungen des OZE-G in unzulässiger Weise, da das OZE-G einen Automatismus bezüglich der Rückerstattung der Sicherheit vorsieht.

⁷⁰⁵ Art. 78 Abs. 1 OZE-G.

⁷⁰⁶ Art. 78 Abs. 2 OZE-G.

⁷⁰⁷ Art. 73 Abs. 3a OZE-G.

⁷⁰⁸ Z.B. könnten Wasserkraftanlagen theoretisch in der Runde für die Anlagen mit CO₂-Ausstoß von nicht mehr als 100 kg/MWh und einem Ertrag von mindestens 3 540 MWh/MW/Jahr starten. Allerdings wäre es wegen der sich verändernden hydrologischen Bedingungen an einem Standort für viele Wasserkraftanlagen zu riskant, in dieser Ausschreibungsrunde zu starten und sich ggf. den negativen Konsequenzen der Unterschreitung der Ertragsgrenze von 3 540 MWh/MW/Jahr auszusetzen. Die Runde für die Anlagen mit einem Ertrag von mindestens 3 540 MWh/MW/Jahr scheint daher zumindest für einen Teil der Anlagen offen. Zudem könnten die Wasserkraftanlagen auch in der Runde für „andere“ Anlagen starten. Theoretisch möglich ist daher, dass Wasserkraftanlagen in 4 von 7 Ausschreibungsgruppen vertreten sind. Die Entscheidung des Bieters über die Beteiligung in der jeweiligen Runde gehört daher zu den strategischen Entscheidungen bezüglich der Teilnahme an den Ausschreibungen.

Die Ausschreibungsrunden werden für die oben genannten Gruppen jeweils getrennt für die EE-Anlagen mit installierter Leistung bis einschließlich 1 MW und für EE-Anlagen mit installierter Leistung über 1 MW organisiert.⁷⁰⁹ Die Schaffung einer gesonderten Sparte für Anlagen mit installierter Leistung bis einschließlich 1 MW kann sich als förderlich für die Akteursvielfalt erweisen. Die kleineren Projekte müssen so nicht in Wettbewerb um den niedrigsten Gebotspreis mit größeren Projekten treten.⁷¹⁰

a. Durchführung der Ausschreibungsrunden

Die Ausschreibungsrunden werden in einer Sitzung⁷¹¹ mittels einer elektronischen Plattform⁷¹² durchgeführt. Der Ministerrat bestimmt auf Antrag des Energieministers durch Verordnung die Reihenfolge der Durchführung der Ausschreibungsrunden.⁷¹³ Dabei sind die Ziele im Bereich der erneuerbaren Energien sowie das Potenzial des Lands in diesem Bereich zu berücksichtigen. Die Ausschreibungsrunde findet nur dann statt, wenn mindestens 3 gültige Gebote abgegeben worden sind.⁷¹⁴ Die Bieter geben ihre verdeckten⁷¹⁵ Gebote mittels der auf dieser Plattform zur Verfügung gestellten Formulare⁷¹⁶ ab und versehen sie mit einer elektronischen Unterschrift.⁷¹⁷ Je EE-Anlage darf lediglich ein Gebot abgegeben werden.⁷¹⁸ Der Bieter darf sein Gebot bis zu einer Stunde vor dem Schluss der Ausschreibung zurücknehmen.⁷¹⁹ Die Ausschreibung schließt der URE-Vorsitzende zu dem in der Bekanntmachung verlautbarten Zeitpunkt.⁷²⁰

Das OZE-G schreibt einen Mindestinhalt der Gebote vor.⁷²¹ Zu diesem gehört u.a. die Angabe von Menge und Preis des Stroms, die der Bieter über die Ausschreibung zu veräußern beabsichtigt, sowie Angaben zum Netzanschlusspunkt. Darüber hinaus hat das Gebot beispielsweise die Verpflichtung des Bieters zu enthalten, mit der Erzeugung des Stroms in der Anlage bis zu einem bestimmten Zeitpunkt zu beginnen, und die Verpflichtung, für die Erzeugung des Stroms bestimmte, im OZE-G aufgelistete Einsatzstoffe zur Stromerzeugung nicht zu nutzen.

⁷⁰⁹ Art. 73 Abs. 4 OZE-G.

⁷¹⁰ Die Praxis wird zeigen, ob die Grenze von 1 MW Projektgröße ausreichend ist, um eine Vielfalt an Akteuren zu erreichen.

⁷¹¹ Art. 79 Abs. 5 OZE-G.

⁷¹² Art. 78 Abs. 6 OZE-G. Die Funktionsweise der Plattform wurde vor der ersten Sitzung drei Mal getestet, Bericht über die Tätigkeit des URE-Vorsitzenden im Jahr 2016, Stand April 2017, Seite 205. Die Plattform ist unter der Internetadresse <https://ipa.ure.gov.pl/abzurufen>.

⁷¹³ Art. 73 Abs. 7 OZE-G.

⁷¹⁴ Art. 78 Abs. 5 OZE-G.

⁷¹⁵ Art. 79 Abs. 6 OZE-G.

⁷¹⁶ Art. 79 Abs. 1 OZE-G.

⁷¹⁷ Art. 79 Abs. 4 OZE-G. Die Bieter haben dementsprechend dafür Sorge zu tragen, sich rechtzeitig vor dem Ausschreibungstermin einen entsprechenden elektronischen Zugang zu verschaffen.

⁷¹⁸ Art. 79 Abs. 2 OZE-G.

⁷¹⁹ Art. 79 Abs. 7 OZE-G.

⁷²⁰ Art. 81 Abs. 1 OZE-G.

⁷²¹ Art. 79 Abs. 3 Nr. 1 bis 9 OZE-G.

Den detaillierten Ablauf der Ausschreibungssitzung bestimmt eine Ausschreibungsordnung.⁷²² Diese ist durch den URE-Vorsitzenden nach Billigung durch den Energieminister zu erlassen und im Bulletin der Öffentlichen Information der URE zu veröffentlichen.⁷²³

Den Zuschlag erhalten die Bieter, die den niedrigsten Preis angeboten haben, bis die ausgeschriebenen Strommengen erreicht werden.⁷²⁴ Haben mehrere Bieter denselben Preis angeboten und überschreitet die angebotene die ausgeschriebene Strommenge, so entscheidet über den Zuschlag die Reihenfolge der Abgabe der Gebote.⁷²⁵ Ist das nächste Gebot nach dem letzten bezuschlagten Gebot größer als die noch verbliebene Strommenge, so wird diese Strommenge nicht verkauft.⁷²⁶ Es wird daher kein Zuschlag für (nicht beabsichtigte) Teilgebote erteilt.

Der URE-Vorsitzende annulliert die Ausschreibung in zwei Fällen: wenn alle eingereichten Gebote ausgeschlossen worden sind oder die Ausschreibung aus technischen Gründen nicht stattfinden kann.⁷²⁷

b. Nachrückverfahren

Das OZE-G sieht die Möglichkeit der Durchführung einer Art von Nachrückverfahren vor. Wenn Strommengen und -werte einer früheren Runde nicht ausgeschöpft wurden, können die folgenden Runden derselben Sitzung entsprechend angepasst werden.⁷²⁸ Die nicht veräußerten

⁷²² Art. 78 Abs. 8 bis 11 OZE-G. Die Ordnung soll den Verlauf und die Art und Weise der Zuschlagerteilung, Anforderungen an die Bearbeitung der Daten der Teilnehmer, technische Anforderungen an die Teilnahme, Mittel für die Sicherstellung der Sicherheit und Ordnungsmäßigkeit des Verlaufs der Ausschreibung sowie die Voraussetzungen der Sperrung des Zugangs zu der Ausschreibungsplattform bestimmen, Art. 78 Abs. 9 OZE-G. Bisher hat der URE-Vorsitzende eine Ausschreibungsordnung anlässlich der Ausschreibungssitzung am 30.12.2016 (siehe Seite 144 f.) erlassen: Regulamin Aukcji na sprzedaż energii elektrycznej wytwarzanej w instalacjach odnawialnego źródła energii, Warszawa 2016, Biuletyn Informacji Publicznej, „Ausschreibungsordnung 2016“. Die Ausschreibungsordnung 2016 bestimmt allerdings nicht nur den Verlauf der Ausschreibungsrunden, sondern konkretisiert an vielen Stellen das OZE-G. Während dies an manchen Stellen zulässig oder aus Praktikabilitätsgründen sogar geboten erscheinen mag (z.B. technische Anforderungen für die Teilnahme an der Plattform, § 16 Ausschreibungsordnung 2016), wecken andere Regelungen der Ordnung den Verdacht einer Überschreitung der Kompetenz des URE-Vorsitzenden. Beispielsweise legt die Ausschreibungsordnung 2016 die Mindestdauer der Garantie fest, die durch den Bieter zu erbringen ist (§ 11 Abs. 10 Ausschreibungsordnung 2016), während das OZE-G zu diesem Thema keine Angaben macht. Ein Augenmerk soll auch einer Bestimmung gewidmet werden, zu der das OZE-G keine Regelung trifft: Nach § 17 Abs. 9 Ausschreibungsordnung 2016 trägt der URE-Vorsitzende keine Haftung für Schäden, die auf eine technische Störung der Funktionsweise der Plattform zurückzuführen sind. Insbesondere im Hinblick auf die technischen Störungen bei der Durchführung der Ausschreibungsrunde am 30.12.2016 (siehe Seite 146 f.) und die möglichen, zu erwartenden Ansprüche der Bieter stellt sich die Frage nach dem Rechtscharakter der Ausschreibungsordnung (2016) sowie ihrem Verhältnis zu den allgemeinen Regeln des Zivilrechts (insbesondere der Schadensersatz- oder Amtshaftungsvorschriften).

⁷²³ Das OZE-G spricht von einer Ausschreibungsordnung. Unklar ist, ob eine (einzige) Ausschreibungsordnung für alle Ausschreibungssitzungen gelten soll oder ob die zuständigen Organe für eine Sitzung jeweils eine neue Ordnung erlassen können. Da jedoch die Möglichkeit der Novellierung der Ausschreibungsordnung grundsätzlich bestehen soll, hat diese Frage nur eine geringe praktische Relevanz.

⁷²⁴ Art. 80 Abs. 1 OZE-G. Das OZE-G schreibt also ein sog. Pay-as-bid-Verfahren vor, siehe Seite 78 f.

⁷²⁵ Art. 80 Abs. 2 OZE-G.

⁷²⁶ Art. 80 Abs. 3 OZE-G.

⁷²⁷ Art. 81 Abs. 3 OZE-G

⁷²⁸ Art. 73 Abs. 6 OZE-G.

Strommengen gehen daher nicht „verloren“ und können auf andere Ausschreibungsrunden verteilt werden. Welche nicht bezuschlagten Strommengen welcher Ausschreibungsrunden auf welche weiteren Runden übergehen, hängt von der Reihenfolge der Durchführung der Ausschreibungen ab.⁷²⁹

c. Bekanntgabe

Über den Ausgang der Ausschreibung werden die erfolgreichen Bieter unverzüglich benachrichtigt.⁷³⁰ Die anderen Bieter sowie die Öffentlichkeit erfahren die Ergebnisse durch die Information des URE-Vorsitzenden, die er unverzüglich nach dem Abschluss der Ausschreibung auf seiner Website zu veröffentlichen hat. Über die etwaige Annullierung der Auktion berichtet der URE-Vorsitzende unverzüglich über seine Internetplattform.⁷³¹

5) Höchstpreis und Förderdauer

Zwei Monate vor der geplanten Ausschreibungsrunde gibt der Energieminister gemäß der Verordnungsermächtigung zwei für die Förderung wesentliche Größen an: die maximale Höhe des Zuschlagspreises sowie die Höchstdauer der Förderung.

a. Höchstpreis

Das OZE-G enthält Bestimmungen zu der Höhe der Preise, die für die angebotenen Strommengen wirksam gefordert werden können. Danach dürfen die Bieter in ihren Geboten für den Ausschreibungsgegenstand einen Preis bis zu einer bestimmten maximalen Höhe in PLN für 1 MWh angeben.⁷³² Diesen sog. Referenzpreis legt der Energieminister fest und gibt ihn durch eine Verordnung mindestens 60 Tage vor der ersten Ausschreibungsrunde im jeweiligen Jahr bekannt. Gebote, die den Höchstpreis überschreiten, werden in der Ausschreibungsrunde nicht berücksichtigt.⁷³³ Regelungen zu einem Mindestpreis sind im OZE-G nicht vorgesehen.

Bei der Festlegung der Höhe des Höchstpreises für die Neuanlagen berücksichtigt der Energieminister die wissenschaftlichen Analysen bezüglich der durchschnittlichen Kosten der Erzeugung des Stroms aus erneuerbaren Energien.⁷³⁴ Einfluss auf die Höhe des Referenzpreises haben dementsprechend nicht nur die Elemente, die unmittelbar mit den

⁷²⁹ Siehe Fn. 713. Der im OZE-G festgelegte Inhalt der Verordnung über die Reihenfolge der Ausschreibungsrunden sieht keine Vorgaben zu dem Umstand vor, dass die Übertragung der nicht bezuschlagten Strommengen in weiteren Ausschreibungsrunden stattfinden soll. Die Möglichkeit eines solchen Nachrückverfahrens ergibt sich aus der allgemeinen Regelung des Art. 73 Abs. 6 OZE-G. Es fehlt eine Regelung dazu, wer, unter welchen Voraussetzungen und in welchem Umfang über das Nachrückverfahren bestimmen kann.

⁷³⁰ Art. 81 Abs. 5 OZE-G.

⁷³¹ Art. 81 Abs. 2 OZE-G, wonach in der Information die Bieter aufgezählt werden, die den Zuschlag erhalten haben, sowie minimaler und maximaler Preis, zu dem der Strom verkauft wurde, und Gesamtmenge und Wert des in der Ausschreibung verkauften Stroms angegeben werden.

⁷³² Art. 77 Abs. 1 OZE-G.

⁷³³ Art. 79 Abs. 8 OZE-G.

⁷³⁴ Dazu gehören: technische und ökonomische Parameter des Betriebs der EE-Anlagen, Investitionskosten für die Errichtung des Projekts und der Nebeneinrichtungen, Betriebskosten, technische Voraussetzungen der Arbeit der EE-Anlagen, Preise der CO₂-Zertifikate, Finanzierungskosten, nachhaltige Nutzung der Wasserressourcen, Einfluss der EE-Anlagen auf die Umwelt, wirtschaftliche und gesellschaftliche Ziele bezüglich der Schaffung neuer Arbeitsplätze, Art. 77 Abs. 3 OZE-G.

finanziellen Aspekten der Förderung von EE-Anlagen zusammenhängen. Die Berechnung des Referenzpreises wird ebenfalls durch politisch gesteuerte Faktoren beeinflusst. Durch die Steuerung der Höhe des Referenzpreises – und damit über die Festlegung der Attraktivität von Investitionen in bestimmte EE-Projekte – kann der Energieminister die Durchführung des Ausbaus von EE-Anlagen (nicht unwesentlich) beeinflussen.

Der Höchstpreis variiert nach Technologie und Anlagengröße.⁷³⁵ Er wird getrennt für die EE-Anlagen sowie für die nach dem Inkrafttreten des Kapitels 4. modernisierten EE-Anlagen in 21 Kategorien⁷³⁶ bekannt gegeben. Konkrete Berechnungsformeln oder Betragsspannen werden mit einer Ausnahme gesetzlich nicht vorgegeben: Der Höchstpreis der in Biogasanlagen erzeugten Strommengen, die in den Ausschreibungsrunden in den Jahren 2016 bis 2018 einen Zuschlag erhalten, darf den Betrag von 550,00 PLN/MWh (ca. 137,50 EUR/MWh) nicht überschreiten.

b. Förderdauer

Der Energieminister ist dafür zuständig und dazu verpflichtet, nicht nur wie bisher im Wege einer Verordnung lediglich die Höhe des Referenzpreises festzulegen, sondern auch die Förderdauer der bezuschlagten Anlagen zu bestimmen.⁷³⁷

Laut der Verordnungsermächtigung hat der Energieminister 60 Tage vor der ersten in dem Kalenderjahr geplanten Ausschreibungsrunde den Zeitraum anzugeben, für den ein Anspruch gegen den verpflichteten Verkäufer auf Erwerb des in der Anlage erzeugten Grünstroms gegen einen Abnahmepreis (Anlagen bis 500 kW installierter Leistung)⁷³⁸ oder ein Anspruch auf den Ausgleich eines sog. Minussaldos (Anlagen mit über 500 kW installierter Leistung)⁷³⁹ geltend gemacht werden kann. Dieser Zeitraum darf 15 Jahre ab der erstmaligen Stromerzeugung, die durch ein ausgestelltes Zertifikat bestätigt wurde, oder ab der erstmaligen Stromerzeugung nach dem Abschluss der Ausschreibung nicht überschreiten.⁷⁴⁰ Die Mindestdauer des Förderanspruchs wird nicht vorgegeben. Bei der Festlegung der Förderdauer hat der Energieminister die Energiepolitik des Staats, den Anteil von

⁷³⁵ Art. 77 Abs. 4 OZE-G.

⁷³⁶ Die genannten Gruppen sind: Agrarbiogas > 1 MW, Agrarbiogas < 1 MW, Mülldeponiegas, Klärgas, sonstiges Biogas, dezidierte oder hybride Mischfeuerungsanlagen (bis einschließlich 50 MW), Biogas/Biomasse/Agrarbiogas/flüssige Biokraftstoffe in dezidierten Mischfeuerungsanlagen, dedizierte oder hybride KWK-Mischfeuerungsanlagen (bis einschließlich 50 MW), dezidierte oder hybride Biomasse-KWK-Mischfeuerungsanlagen > 50 MW, aber bis 150 MW, Anlagen zur thermischen Müllverarbeitung, Anlagen mit ausschließlichem Einsatz von flüssigen Biokraftstoffen, Onshore ≤ 1 MW, Onshore > 1 MW, Wasserkraft ≤ 1 MW, Wasserkraft > 1 MW, Geothermie, PV ≤ 1 MW, PV > 1 MW, Offshore, hybride EE-Anlage ≤ 1 MW, hybride EE-Anlage > 1 MW, Art. 77 Abs. 4 Nr. 1 bis 21 OZE-G.

⁷³⁷ Art. 77 Abs. 1 Nr. 2 OZE-G.

⁷³⁸ Siehe Seite 134.

⁷³⁹ Siehe Seite 134 f.

⁷⁴⁰ Der Wortlaut der Rechtsnorm würde darauf hinweisen, dass der Zeitpunkt, ab dem die Dauer des Anspruchs berechnet wird, alternativ gewählt werden kann. Dies ist jedoch nach Ansicht der Autorin auf eine Ungeschicklichkeit in der Formulierung zurückzuführen und die Rechtsnorm bestimmt eigentlich zwei unterschiedliche Anfangszeitpunkte bei der Berechnung der Förderdauer je nachdem, ob Neu- oder Bestandsanlagen gemeint sind. Es ist anzumerken, dass die Verordnungsermächtigung keine Einschränkung der Anspruchsdauer in Bezug auf die modernisierten Bestandsanlagen vorsieht; diese haben bei den regulären Ausschreibungen einen Anspruch auf eine Förderdauer von 6 Monaten. Es besteht daher eine theoretische Möglichkeit, mittels einer entsprechend ausgestalteten Interventionsausschreibung die gesetzliche Förderdauer modernisierter Anlagen im Vergleich zu verlängern.

erneuerbaren Energien im Energiemix des Lands sowie die internationalen Verpflichtungen zu berücksichtigen.

c. Zwischenfazit

Durch die Verordnungsermächtigung wurde dem Energieminister die Zuständigkeit für die Festlegung der Dauer und der (maximalen) Höhe der Förderung übertragen. Dabei hat sich der Energieminister zwar an bestimmte – teilweise politisch gesteuerte – Faktoren zu halten, konkrete Werte werden allerdings nicht vorgegeben.

Das OZE-G eröffnet dem Energieminister eine weitreichende Befugnis zur Festlegung der zwei für die Finanzierung der EE-Projekte essenziellen Faktoren im Wege einer einfachen Verordnung. Wie sich die Faktoren gestalten, erfahren die Interessierten erst 60 Tage vor der geplanten Ausschreibungsrunde, wenn die entsprechende Verordnung erlassen wird. Zu dem Zeitpunkt müssten die EE-Projekte bereits sehr weit fortgeschritten sein, damit sie zu der geplanten Ausschreibung überhaupt zugelassen werden können. Die Bedeutung der in der Verordnung des Energieministers enthaltenen Angaben sowie die Kurzfristigkeit ihres Erlasses sind aus der Perspektive der Planungssicherheit der (künftigen) Betreiber von EE-Anlagen negativ zu beurteilen. Zu kritisieren ist auch die unscharfe Formulierung der Kriterien, anhand derer Höhe und Dauer der Förderung bestimmt werden. Dies erweitert zusätzlich den Spielraum der Exekutive bei der Festlegung der für das Ausschreibungsmodell wesentlichen Werte.⁷⁴¹

6) Rechte und Pflichten aus dem Zuschlag

Die Bieter, die den Zuschlag erhalten haben, erwerben grundsätzlich einen Anspruch auf Förderung im gesetzlich festgelegten Umfang. Mit der Entstehung des Förderanspruchs erwachsen den erfolgreichen Bietern ebenso zahlreiche Verpflichtungen. Der Förderanspruch aus dem Ausschreibungsmodell entsteht für den Anlagenbetreiber, wenn er sich erfolgreich an der Ausschreibungsrunde beteiligt und einen Zuschlag erhalten hat. Hier gilt eine zeitliche Einschränkung. Der Förderanspruch entsteht lediglich, wenn die Ausschreibungsrunde, in welcher der Zuschlag erteilt wurde, nicht später als am 30. Juni 2021 stattgefunden hat.⁷⁴²

Gegenstand des Förderanspruchs sind die in der Ausschreibung bezuschlagten, durch den erfolgreichen Bieter zu erzeugenden Grünstrommengen. Die Höhe des Förderanspruchs orientiert sich an der Höhe des in der Ausschreibung bezuschlagten Preises. Dieser Zuschlagspreis wird jährlich nach dem Verbraucherpreisindex für das Vorjahr aufgewertet.⁷⁴³

Wie die Höhe des Förderanspruchs für den jeweiligen Anlagenbetreiber berechnet und wie sie an ihn ausgezahlt wird, hängt von der Größe der Anlagen ab. Es gelten zwei unterschiedliche Modelle, getrennt für Anlagen mit installierter Leistung bis einschließlich 500 kW und für Anlagen mit installierter Leistung über 500 kW.

⁷⁴¹ Das Zusammenspiel der Tatsachen, dass in einer Ausschreibungsrunde mehrere Technologien mit unterschiedlichen Referenzpreisen miteinander konkurrieren können sowie dass sowohl der Referenzpreis als auch die Strommenge jährlich durch eine Verordnung bestimmt werden können, führt dazu, dass eine weitgehende (politisch bedingte) Steuerungsmöglichkeit bezüglich der Förderung einzelner Technologien eröffnet wird.

⁷⁴² Art. 92 Abs. 1, Art. 92 Abs. 5 OZE-G. Die Regelung kann als Ankündigung des polnischen Gesetzgebers verstanden werden, nach diesem Datum vorerst keine Ausschreibungen mehr zu organisieren.

⁷⁴³ Art. 92 Abs. 10 OZE-G.

a) EE-Anlagen mit installierter Leistung bis einschließlich 500 kW

Anlagen mit installierter Leistung bis einschließlich 500 kW erhalten mit dem Zuschlag einen Anspruch gegen den verpflichteten Verkäufer auf Erwerb des in der Anlage erzeugten Grünstroms für einen bestimmten Abnahmepreis.⁷⁴⁴ Der Abnahmepreis entspricht der Höhe des Zuschlagspreises, mit dem der begünstigte Anlagenbetreiber sich an der Ausschreibungsrunde erfolgreich beteiligt hat. Von den Strommengen, bezüglich derer der Anlagenbetreiber den Anspruch in dieser Höhe geltend machen kann, sind nur die Grünstrommengen begünstigt, zu deren Erzeugung er sich über die Ausschreibung verpflichtet hat (veräußerte Strommengen). Der Anlagenbetreiber kann den Förderanspruch bezogen auf die in dem Förderzeitraum erzeugten Strommengen erheben. Die Veräußerung weiterer Grünstrommengen, soweit die EE-Anlage einen höheren Ertrag erzielt als erwartet oder über einen den Förderzeitraum übersteigenden Zeitraum betrieben wird, kann der Anlagenbetreiber bereits außerhalb des Fördermodells nach allgemeinen zivilrechtlichen Regeln vornehmen.

Die Höhe des Förderanspruchs der Betreiber von Anlagen mit installierter Leistung bis einschließlich 500 kW kann unter Umständen reduziert werden. Sie verringert sich auf den durchschnittlichen Strompreis im Vorquartal bezüglich der Strommengen aus Anlagen mit installierter Leistung bis einschließlich 500 kW, denen infolge einer Kontrolle des URE-Vorsitzenden die grüne Qualität entzogen worden ist.⁷⁴⁵

b) EE-Anlagen mit installierter Leistung über 500 kW

Die Betreiber von begünstigten Anlagen mit installierter Leistung von über 500 kW erhalten mit dem Zuschlag einen Anspruch auf den Ausgleich ihres sog. Minussaldos.⁷⁴⁶ Den Anspruch macht der Anlagenbetreiber gegen die sog. Umlagezahlstelle geltend,⁷⁴⁷ deren Aufgaben die Abrechnungsverwaltung AG⁷⁴⁸ erfüllt.

Der Saldo des Anlagenbetreibers wird als Differenz zwischen zwei Werten berechnet. Die eine Größe ist die Multiplikation der in der begünstigten EE-Anlage erzeugten Grünstrommengen und des Nettopreises, für den der Anlagenbetreiber die zu erzeugenden Strommengen in der Ausschreibungsrunde verkauft hat. Die zweite Größe ist die Multiplikation dieser Strommengen mit dem durchschnittlichen gewogenen Nettotagespreis für den Tag nach der Lieferung der Strommengen und für den Folgetag.⁷⁴⁹

Zum Zwecke der Berechnung der ersten Größe werden die erzeugten Grünstrommengen um die Strommengen gemindert, die zu Stunden negativer Börsenpreise geliefert worden sind.⁷⁵⁰ Zudem werden bei dieser Berechnung die erzeugten Strommengen nicht berücksichtigt, die

⁷⁴⁴ Art. 92 Abs. 1 OZE-G.

⁷⁴⁵ Art. 92 Abs. 9 OZE-G.

⁷⁴⁶ Art. 92 Abs. 5 OZE-G.

⁷⁴⁷ Siehe Seite **Fehler! Textmarke nicht definiert..**

⁷⁴⁸ Siehe 56 f.

⁷⁴⁹ Art. 93 Abs. 2 Nr. 3 i.V.m. Art. 93 Abs. 2 Nr. 1 und 2 OZE-G.

⁷⁵⁰ Art. 93 Abs. 4 OZE-G. Damit führt der polnische Gesetzgeber die Gleichbehandlung mit Bestandsanlagen ein, die über das Fördersystem des Quotenmodells mit Zertifikate-Handel unterstützt werden, wonach die Erteilung von Zertifikaten für Strommengen, die zu Zeiten negativer Strombörsenpreise erzeugt wurden, ausgeschlossen ist.

auf eine Art und Weise erzeugt wurden, dass keine Feststellung der Stunde ihrer Erzeugung erlauben.⁷⁵¹ Die letztgenannte als vorletzte genannte Ausnahme gilt nur dann, wenn die negativen Preise an der Börse länger als 6 Stunden andauern. Die Verringerung der zu berücksichtigenden Mengen erzeugter grüner Energie wegen ihrer Lieferung zu negativen Börsenstrompreisen findet auch dann statt, wenn die Anlage nicht mit Messgeräten ausgestattet ist, welche die Zuordnung der Stromlieferung zu einer bestimmten Stunde ermöglichen. In diesem Fall erfolgt eine pauschale Minderung der zu berücksichtigenden Strommengen um die Mengen elektrischer Energie, die in der betroffenen Anlage hätten erzeugt werden können, wenn sie mit voller Leistung gearbeitet hätte.⁷⁵²

Ist der Betrag der Multiplikation der zu berücksichtigenden Strommengen und des durchschnittlichen, gewogenen Börsenpreises höher als der Betrag der Multiplikation der zu berücksichtigenden Strommengen und des bezuschlagten Strompreises, so entsteht zugunsten des Anlagenbetreibers ein Minussaldo. Der Anlagenbetreiber hat einen Anspruch auf den Ausgleich des Minussaldos, und zwar bis zur Höhe der Multiplikation der zu berücksichtigenden Strommengen und des durchschnittlichen gewogenen Börsenpreises.⁷⁵³ Die Abrechnung des Minussaldos erfolgt monatlich. Entsteht in dem jeweiligen Monat zu Ungunsten des Anlagenbetreibers ein Positivsaldo (die erste Größe ist höher als die zweite Größe), wird dieser Positivsaldo mit einem künftigen Minussaldo des Anlagenbetreibers ausgeglichen,⁷⁵⁴ sodass der Anlagenbetreiber zunächst keine Rückerstattung veranlassen muss. Sollte allerdings der Positivsaldo nicht bis zum Ende des Vergütungszeitraums durch Minussaldos ausgeglichen werden können, ist der Anlagenbetreiber verpflichtet, den Unterschied in 6 Monatsraten ab Ende des Vergütungszeitraums zu erstatten.⁷⁵⁵

d. Dauer des Förderanspruchs

Die Dauer der Förderung legt das OZE-G auf einen Zeitraum von maximal 15 Jahren fest. Sie wird vor der ersten Ausschreibungsrunde des jeweiligen Jahres in der Verordnung des Energieministers bestimmt und kann in jedem Ausschreibungsjahr unterschiedlich festgelegt werden.

Der Ablauf der Förderdauer wird für die sich am Ausschreibungsmodell beteiligenden Bestands- und Neuanlagen unterschiedlich berechnet.

Die Förderdauer für Strom aus Bestandsanlagen beginnt ab der erstmaligen Stromerzeugung in der Anlage zu laufen.⁷⁵⁶ Der Förderzeitraum beginnt an dem ersten Tag des Monats nach dem Monat zu laufen, in dem der Anlagenbetreiber den Zuschlag erhalten hat. Der Förderzeitraum wird allerdings ab der erstmaligen Stromerzeugung, die durch die Ausstellung der grünen Zertifikate bestätigt worden ist, berechnet. Der Beginn des Förderzeitraums liegt daher für die Bestandsanlagen in der Vergangenheit. Somit wird verhindert, dass die Bestandsanlagen infolge des Wechsels in das Ausschreibungsmodell auch die Gesamtförderdauer verlängern.

⁷⁵¹ Art. 93 Abs. 6 OZE-G.

⁷⁵² Art. 93 Abs. 8 OZE-G.

⁷⁵³ Art. 93 Abs. 10 f. OZE-G.

⁷⁵⁴ Art. 93 Abs. 5 OZE-G.

⁷⁵⁵ Art. 93 Abs. 6 OZE-G.

⁷⁵⁶ Art. 92 Abs. 6 OZE-G.

Eine abweichende Regelung zu der Berechnung des Anfangszeitpunkts der Förderdauer trifft das OZE-G in Bezug auf die Neuanlagen. In diesem Fall beginnt die Förderdauer ab der erstmaligen Stromeinspeisung in das Netz öffentlicher Versorgung⁷⁵⁷ zu laufen und wird ab der erstmaligen auf den Abschluss der Ausschreibungsrunde folgenden Stromerzeugung gerechnet.

Die maximal 15-jährige Dauer der Förderung darf das Datum des 31. Dezember 2035 und im Falle von Offshore-Anlagen des 31. Dezember 2040 nicht überschreiten.⁷⁵⁸ Die Frist gilt sowohl für Bestands- als auch für Neuanlagen. Damit spricht sich der Gesetzgeber eindeutig für ein Auslaufen der Förderung aus. Die Einführung maximaler Enddaten der Förderung bedeutet für bestimmte Anlagen eine Kürzung der gesetzlichen Förderdauer. Falls eine Anlage eine Ausschreibungsrunde gewinnt, die am 30. Juni 2021 stattgefunden hat (eventuell letzte Ausschreibungsrunde, bei der eine erfolgreiche Teilnahme noch zu dem Förderanspruch berechtigt), darf sie mit einer Förderdauer von maximal lediglich 14 Jahren und 6 Monaten rechnen – angenommen, dass sie spätestens am Tag des Abschlusses der Ausschreibungsrunde mit der geförderten Stromproduktion beginnt.

e. Verpflichtungen aus dem Zuschlag

Neben den Rechten entstehen den in der Ausschreibungsrunde erfolgreichen Bietern auch zahlreiche Verpflichtungen. Die Verpflichtungen, die dem Bieter im Zeitpunkt des Zuschlags erwachsen, sind insbesondere darauf gerichtet, die Realisierung der bezuschlagten Projekte voranzutreiben.

Erstens treffen den Betreiber einer förderberechtigten Anlage Informations- und Nachweispflichten. Er ist u.a. verpflichtet, dem URE-Vorsitzenden in regelmäßigen Abständen über die Realisierung des Finanz- und Sachplans, über die im Vorjahr erzeugten Strommengen sowie über den Zeitpunkt der durch den Netzbetreiber bestätigten erstmaligen Stromerzeugung zu berichten.⁷⁵⁹

Zweitens realisiert sich nach dem Zuschlag die Verpflichtung des Bieters, innerhalb eines bestimmten Zeitraums die bezuschlagten Strommengen erstmalig zu erzeugen.⁷⁶⁰ Die Frist wird in Monaten ab der Beendigung der jeweiligen Ausschreibungsrunde berechnet. Für Neuanlagen beträgt die Frist im Falle der PV-Anlagen 24 Monate, im Falle von Offshore-Anlagen 72 Monate und im Falle aller anderen Anlagen 48 Monate. Bestandsanlagen, die einen Zuschlag erhalten haben, sind verpflichtet, mit der Erzeugung der elektrischen Energie nicht später als am ersten Tag des Monats nach dem Ablauf eines Monats nach dem Monat, in dem die jeweilige Ausschreibung abgeschlossen worden ist, zu beginnen.⁷⁶¹ Die Versäumung

⁷⁵⁷ Art. 92 Abs. 6 OZE-G.

⁷⁵⁸ Art. 92 Abs. 6 OZE-G.

⁷⁵⁹ Art. 83 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 OZE-G.

⁷⁶⁰ Art. 79 Abs. 3 Nr. 8 OZE-G.

⁷⁶¹ Die Bedeutung der Regelung ist problematisch. Aus ihrer Formulierung kann die Voraussetzung herausgelesen werden, dass die Bestandsanlage vor dem Abschluss der Ausschreibung den Betrieb herunterfährt und nun verpflichtet ist, die Stromerzeugung unter dem neuen Förderregime aufzunehmen. Dies wäre aber mit dem Grundgedanken des OZE-G, die grüne Stromerzeugung anzuregen und zu fördern, unvereinbar. Die Verpflichtung, die Bestandsanlage vor dem Abschluss der Ausschreibungsrunde herunterzufahren, würde für die Anlagenbetreiber ein zusätzliches wirtschaftliches Risiko bedeuten: Mit dem Pausieren der Stromerzeugung verzichtet der Anlagenbetreiber auf die Einnahmen aus dem Zertifikate-Handel. Dies

der Frist wird mit einer Geldstrafe in Höhe der Hälfte des Zuschlagspreises geahndet.⁷⁶² Zudem darf der Erzeuger über einen Zeitraum von 3 Jahren ab dem Zeitpunkt, in dem er mit der Stromerzeugung beginnen sollte, an keiner weiteren Ausschreibung teilnehmen.⁷⁶³

Weiter ist der Betreiber der bezuschlagten Anlage verpflichtet, den Strom in den im Gebotsverfahren angebotenen Mengen zu erzeugen.⁷⁶⁴ Die Abrechnung der erzeugten Strommengen erfolgt in 3-jährigen Abschnitten, maximal aber über einen Zeitraum von 15 Jahren. In diesem Zeitraum hat der Anlagenbetreiber die Erzeugung von mindestens 85 % der in der Ausschreibung verkauften Strommengen nachzuweisen.⁷⁶⁵

Zusätzlich sind die Betreiber von Anlagen mit installierter Leistung bis 500 kW verpflichtet, innerhalb von 6 Monaten ab dem Tag des Abschlusses der Ausschreibung mit dem zuständigen verpflichteten Verkäufer einen Stromverkaufsvertrag abzuschließen.⁷⁶⁶ Dies ermöglicht es Berechtigten und Verpflichteten, die Abwicklung des Förderanspruchs durchzuführen.⁷⁶⁷

7) Aufsicht

Im Ausschreibungsmodell hat der Gesetzgeber zahlreiche Aufsichtsmaßnahmen vorgesehen. Sie bezwecken grundsätzlich die Überprüfung der Erfüllung der Verpflichtungen durch den

könnte die Betreiber von Bestandsanlagen von einem Wechsel des Fördermodells abhalten. Eine derartige Folge stünde aber im Widerspruch zu dem Willen des Gesetzgebers, den Fördersystemwechsel zu erleichtern (z.B. die Möglichkeit der Zulassung zur Ausschreibungsrunde durch die bloße Abgabe einer Teilnahmeerklärung statt durch den Abschluss des Präqualifikationsverfahrens). Nach Ansicht der Autorin ist die Verpflichtung zur Aufnahme der Stromerzeugung in Bestandsanlagen so zu verstehen, dass die nach dem Ablauf der Frist erzeugten Strommengen als unter der Förderung über das Ausschreibungsmodell erzeugt gelten sollen. Hat die bezuschlagte Bestandsanlage die Stromproduktion nicht heruntergefahren, tritt der Zeitpunkt schon sofort nach dem Abschluss der Ausschreibungsrunde ein.

Hinsichtlich der Förderung der Bestandsanlagen über das Quotenmodell schließt das OZE-G die Anwendung der Vorschriften über den Förderanspruch unter dem Quotenmodell ab dem Zeitpunkt aus, in dem die jeweilige Bestandsanlage beginnen soll, die Strommengen unter dem Ausschreibungsregime zu erzeugen (Art. 80 Abs. 9 OZE-G, siehe Seite 158). Da Art. 79 Abs. 8 OZE-G, auf den verwiesen wird, von einem „spätesten“ Zeitpunkt spricht, ist eine Auslegung dergestalt nicht auszuschließen, dass in dem Zeitraum von dem Abschluss der Ausschreibungsrunde bis zu dem Zeitpunkt, an dem spätestens mit der Erzeugung der Grünenergie unter dem Ausschreibungsmodell begonnen werden soll, eine Doppelförderung denkbar ist.

⁷⁶² Art.168 Nr. 15 i.V.m. Art. 170 Abs. 6 OZE-G.

⁷⁶³ Art. 83 Abs. 3 OZE-G.

⁷⁶⁴ Der Anlagenbetreiber hat in seinem Gebot die Strommenge anzugeben, die er in der Ausschreibungsrunde zu verkaufen beabsichtigt, siehe S. 129.

⁷⁶⁵ Art. 83 Abs. 2 OZE-G. Die Stelle, an der die Messung stattfindet, sowie weitere technische Voraussetzungen der Erzeugung und Messung des Stroms aus erneuerbaren Energien bestimmt die nach § 61 OZE-G erlassene Verordnung des Energieministers (zum Stichtag noch nicht erlassen). Die 85-%-Regelung anstatt einer 100-%-Regelung wurde auf Drängen der Windbranche eingeführt und kommt den Betreibern von Anlagen zur Stromerzeugung aus fluktuativen Energieträgern entgegen.

⁷⁶⁶ Art. 82 Abs. 1 OZE-G. Das OZE-G schreibt den Mindestinhalt des Vertrags vor. Unter anderem muss vereinbart werden, dass die Abweichung der bei dem Netzbetreiber angemeldeten Strommengen von den tatsächlich gelieferten nicht als Nicht- oder mangelhafte Erfüllung der vertraglichen Pflichten gilt. Die Formulierung lässt den Anlagenbetreibern den Weg offen, den Strom an andere Abnehmer zu verkaufen. In der Praxis werden die Netzbetreiber sich wahrscheinlich davor schützen, indem sie die Vereinbarung eines vertraglichen Andienungszwangs verlangen werden.

⁷⁶⁷ Siehe S. 133.

Anlagenbetreiber. Zu den Maßnahmen gehören u.a. die Durchführung von Kontrollen sowie die Auswertung von Informationen.

Die Kontrollen führt der URE-Vorsitzende oder eine durch ihn bevollmächtigte Institution oder Person durch.⁷⁶⁸ Die Kontrolleure haben das Recht, die Räumlichkeiten des Erzeugers zu betreten sowie die Vorlage von Unterlagen und die Erteilung von Informationen zu verlangen.⁷⁶⁹

Der URE-Vorsitzende oder seine Mitarbeiter sind u.a. zuständig zu überprüfen, ob kein Einsatz von unzulässigen Stoffen⁷⁷⁰ für die Stromerzeugung festzustellen ist oder ob bestimmte in dem Gebot abgegebene Erklärungen eingehalten worden sind. Stellt der URE-Vorsitzende Unregelmäßigkeiten fest, erlässt er einen Beschluss über die fehlende Möglichkeit der Einstufung der erzeugten Energie als Energie aus erneuerbaren Energiequellen⁷⁷¹ und teilt dies dem zuständigen verpflichteten Verkäufer mit. Dieser nimmt die Korrektur der erfassten Strommengen vor. Die angefochtenen Strommengen aus Anlagen mit installierter Leistung bis 500 kW werden dann nach den Bestimmungen des OZE-G mit einem gesetzlichen Festpreis in Höhe des durchschnittlichen Jahresquartalsstrompreises für das jeweilige Jahresquartal vergütet.⁷⁷²

Außerdem ist der Anlagenbetreiber verpflichtet, dem URE-Vorsitzenden über den Fortschritt in der Realisierung des Sach- und Finanzplans innerhalb von 30 Tagen nach der Beendigung des jeweiligen Kalenderjahres zu berichten.⁷⁷³

Des Weiteren kann die Rechtmäßigkeit der Ausübung der wirtschaftlichen Tätigkeit, die in der Erzeugung von Grünstrom besteht, kontrolliert werden. Dies erfolgt nach den Vorschriften des Gesetzes über die Freiheit wirtschaftlicher Tätigkeit.⁷⁷⁴

8) Strafen

Die gesetzmäßige Erfüllung der Verpflichtungen des erfolgreichen Bieters aus dem Zuschlag soll durch das System der Strafen im Fall von Versäumnissen gewährleistet werden. Das OZE-G beinhaltet ein Ahndungsmodell mit Konsequenzen zweierlei Natur. Zum einen wird ein bestimmter Verstoß gegen die Vorgaben des OZE-G wie eine Ordnungswidrigkeit⁷⁷⁵ mit einer Geldbuße geahndet. Zum anderen wirken sich diverse Verstöße des Erzeugers gegen die Regelungen des OZE-G in Form einer (nachträglichen) Reduzierung seines Förderanspruchs aus.

⁷⁶⁸ Art. 84 ff. OZE-G.

⁷⁶⁹ Art. 86 OZE-G.

⁷⁷⁰ Siehe Seite 102.

⁷⁷¹ Unklar ist, ob diese Einstufung sich auf die Grünstromqualität auswirkt, die für die Erteilung der Herkunftsnachweise erforderlich ist.

⁷⁷² Art 92 Abs. 9 OZE-G. Für den Fall schafft das OZE-G keine spezielle Regelung für die Anlagen mit installierter Leistung über 500 kW. Es ist daher anzunehmen, dass die Vergütung der eingespeisten Strommengen, deren grüne Qualität angefochten wurde, nach allgemeinen Regeln (z.B. des Bereicherungsrechts) erfolgt.

⁷⁷³ Art. 81 Abs. 1 OZE-G.

⁷⁷⁴ Art. 90 OZE-G. Das Gesetz vom 02.07.2004 über die Freiheit der unternehmerischen Tätigkeit, BGBl. 2004 Nr. 173 Pos. 1807.

⁷⁷⁵ Zum Charakter der Strafe siehe Seite 112 f.

a. Geldbuße

Die Geldbuße wird im OZE-G für eine Reihe von Verstößen gegen die gesetzlichen Regelungen vorgesehen.

Die Versäumung der Frist für die erstmalige Stromerzeugung wird mit einer Geldbuße in Höhe der Hälfte des Zuschlagspreises geahndet.⁷⁷⁶ Die Höhe der Geldbuße wird nach einem gesetzlichen Muster berechnet. Sie wird bestimmt durch die Multiplikation der Hälfte des bezuschlagten Preises mit den Strommengen, welche der Anlagenbetreiber hätte erzeugen müssen, um seine Verpflichtung vollständig zu erfüllen. Die Zahlung wird auch dann fällig, wenn der Anlagenbetreiber nicht mindestens 85 % der in der Ausschreibung versteigerten Strommengen in dem jeweiligen Abrechnungszeitraum erzeugt hat.⁷⁷⁷ Die Höhe der Strafe beträgt in diesem Fall die Hälfte der Multiplikation des in der Ausschreibung durch den betroffenen Anlagenbetreiber angebotenen Preises mit den Strommengen, deren Erzeugung unter 85 % der Stromerzeugungsverpflichtung bleibt.⁷⁷⁸

Der Anlagenbetreiber ist auch dann zur Strafzahlung verpflichtet, wenn er im Rahmen seiner Informationspflichten dem URE-Vorsitzenden gegenüber keine oder falsche Informationen erteilt.⁷⁷⁹ Weiter ist eine Strafe dafür vorgesehen, dass der Anlagenbetreiber die Durchführung der Kontrollen des URE-Vorsitzenden erschwert.⁷⁸⁰ In beiden Fälle beträgt die Geldbuße 10 000 PLN.⁷⁸¹

Für die Festsetzung der Geldbuße ist der URE-Vorsitzende zuständig.⁷⁸² Gegen seinen Bescheid kann der Anlagenbetreiber Widerspruch bei dem Wettbewerbsgericht einlegen.⁷⁸³

b. Konsequenzen mit Straffunktion

Neben der Geldbuße führt das OZE-G Vorschriften ein, die eine Straffunktion erfüllen, jedoch nicht ohne Weiteres dem Regime der Ordnungswidrigkeiten unterfallen.

Der Erzeuger ist beispielsweise verpflichtet, die bereits bezogene Förderung in voller Höhe zurückzuzahlen, wenn die gegenständlichen Anlagen in der jeweiligen Abrechnungsperiode den gesetzlich geforderten Ertrag nicht erreicht haben.⁷⁸⁴ Betroffen sind die Anlagen aus der ersten und zweiten Ausschreibungsgruppe:⁷⁸⁵ Anlagen mit einem Ertrag von über 3 504 MWh/MW/Jahr sowie Anlagen mit einem CO₂-Ausstoß von weniger als 100 kg/MWh und mit einem Ertrag von über 3 504 MWh/MW/Jahr. Um den Umständen, die zu der Nichterfüllung der Verpflichtung in Bezug auf den zu erreichenden Ertrag geführt haben, zumindest teilweise Rechnung zu tragen, werden Situationen genannt, die zugunsten des Betreibers gewertet werden sollen: gesetzlich definierte höhere Gewalt, Störung des

⁷⁷⁶ Art. 168 Nr. 15 i.V.m. Art. 170 Abs. 6 OZE-G.

⁷⁷⁷ Art. 168 Nr. 15 OZE-G.

⁷⁷⁸ Art. 170 Abs. 6 OZE-G.

⁷⁷⁹ Art. 168 Nr. 16 i.V.m. Art. 81 Abs. 1 OZE-G, siehe S. 136.

⁷⁸⁰ Art. 168 Nr. 17 OZE-G.

⁷⁸¹ Art. 169 Abs. 4 Nr. 1 OZE-G, 10 000 PLN = ca. 2 500 EUR.

⁷⁸² Art. 169 Abs. 1 Nr. 1 OZE-G.

⁷⁸³ Art. 169 Abs. 2 OZE-G.

⁷⁸⁴ Art. 83 Abs. 3a und 3b OZE-G.

⁷⁸⁵ Siehe unter 128 f.

Elektrosystems, Notwendigkeit der Gewährleistung der Betriebssicherheit des Netzes sowie die nach der Abgabe des Gebots geltenden gesetzlichen Regelungen. Die Förderung zahlt der Betreiber an die Abrechnungsstelle zurück. Während die Idee der Strafe für das Nichterreichen eines vorgeschriebenen Ertrags an sich positiv zu werten ist, ist die Ausgestaltung der Regelung kritisch zu beurteilen.⁷⁸⁶

Zudem kann in der Regelung, wonach Strommengen die grüne Qualität abgesprochen wird, bezüglich welcher bestimmte diese Qualität bestätigende Informationen dem URE-Vorsitzenden nicht vorgelegt wurden, eine Straffunktion gesehen werden. Diese Strommengen können nicht mehr in Höhe des bezuschlagten Preises vergütet werden.⁷⁸⁷

9) Deckelung der Förderhöhe

Die Höhe der Förderung, die ein Anlagenbetreiber bei einer erfolgreichen Teilnahme an dem Ausschreibungsmodell erzielen kann, wird durch die Bestimmungen des OZE-G gedeckelt. Die Deckelung soll der Überförderung der EE-Projekte vorbeugen⁷⁸⁸ und damit der Konformität der Förderregelungen mit den europäischen Beihilfenvorschriften dienen.⁷⁸⁹ Die Grenzen der Deckelung haben sowohl die Neuanlagen als auch die Bestandsanlagen, die in das Ausschreibungsmodell gewechselt haben, einzuhalten. Das OZE-G gibt ein entsprechendes Berechnungsverfahren vor. Der Verstoß ist mit dem Ausschluss aus der Förderung über das Ausschreibungsmodell sanktioniert. Die Einhaltung der Deckelung soll durch einen Kontrollmechanismus gewährleistet werden.

a. Grundlagen

Das OZE-G schreibt eine Methode der Berechnung der zulässigen Höhe der Förderung vor, die der jeweilige Anlagenbetreiber über das Ausschreibungsfördermodell von Strom aus erneuerbaren Energien maximal erhalten darf. Die zulässige Höhe der Förderung darf nicht die Höhe überschreiten, die sich aus der Berechnung nach der vorgegebenen Formel ergibt. Wie die Berechnung im Detail erfolgen soll, bestimmt der Energieminister in einer

⁷⁸⁶ Die Notwendigkeit der Rückerstattung der gesamten über das Ausschreibungsmodell erhaltenen Förderung (Strompreis in der bezuschlagten Höhe) erscheint als eine äußerst strenge Strafe für das Nichterreichen der vorgeschriebenen Ertragswerte. Der Anlagenbetreiber trägt danach über die ganze Förderdauer die volle Verantwortung dafür, dass seine Anlage auch nicht lediglich in Bezug auf einen Abrechnungszeitraum die vorgegebenen Ertragswerte verfehlt. Dabei ist zu beachten, dass es doch im Interesse des Erzeugers ist, die Anlage möglichst effizient und fortlaufend zu betreiben. Die Regelung, dass der Eintritt bestimmter Umstände zugunsten des Erzeugers gewertet wird, ist nicht ausreichend. Zum einen schreibt das OZE-G einen geschlossenen Katalog vor und es ist denkbar, dass bestimmte Situationen vorkommen können, die dort nicht erfasst sind (z.B. die Stilllegung der Anlage infolge eines rechtmäßigen, vom Erzeuger aber nicht verschuldeten Einsatzes von Rechtsorganen). Zudem regelt das OZE-G nicht, auf welche Art und Weise die Umstände zu berücksichtigen sind. Des Weiteren ist dem OZE-G nicht eindeutig zu entnehmen, welche Institution darüber zu entscheiden hat und aufgrund welchen Prozederes. Offen bleibt auch der Charakter der Regelung: Vieles weist auf eine zivilrechtliche Verpflichtung hin, allerdings lässt der dahinter stehende Strafgedanke einen anderen Charakter nicht ohne Weiteres ausschließen.

⁷⁸⁷ Siehe Seite 137.

⁷⁸⁸ Begründung zum OZE-G, S. 36.

⁷⁸⁹ *Skarżyński, Grzegorz/Kalek, Przemysław*, Ustawa o odnawialnych źródłach energii. Praktyczny komentarz inwestowania w energetykę wiatrową, PSEW 2015, S. 15.

Verordnung.⁷⁹⁰ Die Vorschriften des OZE-G regeln die Festlegung der Etappen, in die das Berechnungsverfahren aufgeteilt wird.⁷⁹¹

b. Berechnungsverfahren

Das in dem OZE-G beschriebene Verfahren für die Berechnung der Deckelungshöhe lässt sich in drei Etappen unterteilen.⁷⁹²

In der ersten Etappe wird die Gesamthöhe der Förderung berechnet, welche der jeweilige Berechtigte erlangt hat. Berücksichtigt werden vier Elemente. Das erste Element ist die Subtraktion der Multiplikation des Gebotspreises mit der Gebotsstrommenge und der Multiplikation der Gebotsstrommenge mit dem durchschnittlichen Strompreis am Tag der Gebotsabgabe. Entscheidend ist daher der Tag der Abgabe der Gebote, sodass der Anlagenbetreiber den Zeitpunkt und das Ergebnis der Berechnung in der Etappe in einem gewissen Rahmen selbst steuern kann. Das zweite Element sind die Einnahmen aus dem Erwerb der Zertifikate.⁷⁹³ Das dritte Element sind die Vergünstigungen und Befreiungen bezüglich der Steuer für die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energiequellen. Das vierte Element ist die andere Investitionshilfe für die Errichtung oder den Umbau der Anlage, ohne Berücksichtigung ihrer Form oder des Orts, wo sie erteilt wurde.⁷⁹⁴ Das fünfte Element bildet die operative Beihilfe betreffend die EE-Anlage, und zwar unabhängig von der Form oder dem Ort ihrer Gewährung.⁷⁹⁵

Die zweite Etappe besteht in der Festlegung der maximalen Höhe des Vergleichswerts des Förderniveaus. Diese Etappe wird als Subtraktion von zwei Elementen berechnet. Das erste Element ist die Multiplikation des Höchstpreises und der in der betroffenen Anlage erzeugten Strommengen in dem Förderzeitraum. Der Zeitraum wird für die Neu- und Bestandsanlagen entsprechend ab der erstmaligen Stromeinspeisung oder ab der durch die Ausstellung der Zertifikate bestätigten erstmaligen Stromerzeugung gemessen. Das zweite Element ist die

⁷⁹⁰ Art. 39 Abs. 11 OZE-G. Verordnung des Energieministers vom 01. Dezember 2016 über die Berechnung des Werts der Beihilfe für die Erzeuger von elektrischer Energie in Erneuerbare-Energien-Anlagen, BGBl. 2016, Pos. 1962, Nr. 0.

⁷⁹¹ Vgl. *Skarżyński, Grzegorz/Kalek, Przemysław*, Ustawa o odnawialnych źródłach energii. Praktyczny komentarz inwestowania w energetykę wiatrową, PSEW 2015, S. 15 f.

⁷⁹² Siehe Art. 39 Abs. 2a OZE-G.

⁷⁹³ Falls der Anlagenbetreiber die Zertifikate nicht veräußert hat, ergibt sich der in dem Element zu berücksichtigende Wert aus der Multiplikation der Menge der Zertifikate und der durchschnittlichen Zertifikatspreise für das Jahr, in dem sie erworben wurden. In die Berechnung der Höhe der Beihilfe fließen also die hypothetischen Einnahmen aus dem Zertifikate-Handel ein, auch wenn der Erzeuger die Einnahmen (noch) nicht erzielt hat und ggf. nicht erzielt, falls die Zertifikate unveräußert bleiben. Das OZE-G erwähnt hier Zertifikate, KWK-Zertifikate und weiße Zertifikate (Energieeffizienz).

⁷⁹⁴ Dabei soll der Nettowert zu berücksichtigen sein, also der Wert nach Abzug der Kosten, die unmittelbar mit ihrer Inanspruchnahme zusammenhängen, siehe in *Skarżyński, Grzegorz/Kalek, Przemysław*, Ustawa o odnawialnych źródłach energii. Praktyczny komentarz inwestowania w energetykę wiatrową, PSEW 2015, S. 16. Beispielsweise ist bei Krediten mit Vorzugszinsen in der Berechnung des Elements der Unterschied zwischen der Höhe der gewährten Vorzugszinsen und der Höhe der Marktzinsen zu berücksichtigen.

⁷⁹⁵ Das OZE-G definiert nicht, was konkret unter einer Investitionshilfe oder operativer Hilfe zu verstehen ist. In der Praxis wird der URE-Vorsitzende im Rahmen des Kontrollmechanismus im Einzelfall prüfen und entscheiden müssen, ob bestimmte Leistungen unter den Begriff der Investitionshilfe oder der operativen Hilfe fallen. Seine Bescheide samt eventuellen gerichtlichen Entscheidungen werden den unbestimmten Inhalt der Rechtsnorm nach und nach konkretisieren (müssen). Bis dahin sind die Erzeuger von einer Rechts- und Investitionsunsicherheit betroffen.

Multiplikation der genannten Strommengen und des durchschnittlichen Strompreises für das Jahr der Abgabe des Gebots.

In der dritten Etappe wird festgestellt, ob die maximale Höhe der Förderung die erlangte Förderung überschreitet. Zu diesem Zweck werden die Werte der zweiten Etappe von den Werten der ersten Etappe abgezogen.

c. Kontrollmechanismus

Für die Einhaltung der Deckelungsgrenzen führt das OZE-G einen Kontrollmechanismus ein. Die Prüfung wird vor dem Abschluss der Ausschreibungsrunde und in regelmäßigen Abständen nach der Erteilung des Zuschlags durchgeführt.

Für die Prüfung vor der Zuschlagserteilung hat der Anlagenbetreiber das Ergebnis des Berechnungsverfahrens dem URE-Vorsitzenden bei der Abgabe des Gebots vorzulegen.⁷⁹⁶ Übersteigt die berechnete Förderhöhe die Fördergrenzen, die aus den Vorschriften über die Deckelung der Förderhöhe resultieren, darf der Erzeuger zu der Ausschreibung nicht zugelassen werden.⁷⁹⁷

Nach dem Zuschlag ist der Anlagenbetreiber verpflichtet, in regelmäßigen Abständen Erklärungen über die Höhe der erzielten Förderung vorzulegen. Die Erklärungen sind erstmalig innerhalb von 90 Tagen nach dem Ablauf von vollen drei Jahren, für die der begünstigte Anlagenbetreiber förderberechtigt war, abzugeben. Weiter ist bei dem URE-Vorsitzenden nach dem Ablauf der Förderdauer eine Erklärung über die Einhaltung der Deckelungsgrenzen einzureichen.⁷⁹⁸

Legt der Begünstigte die Erklärung nicht oder nicht rechtzeitig vor oder ergibt sich aus der Erklärung oder aus der durchgeführten Prüfung der Erklärung, dass der Anlagenbetreiber die Deckelungsgrenze nicht eingehalten hat, erlässt der URE-Vorsitzende einen Bescheid über das Verbot der Teilnahme des Anlagenbetreibers an dem Ausschreibungsmodell bezüglich der in der betroffenen Anlage erzeugten Strommengen. Der URE-Vorsitzende bestimmt auch die Höhe der Förderung, die zurückzuzahlen ist. Über den Bescheid informiert der URE Vorsitzende unverzüglich die Abrechnungsstelle und den verpflichteten Verkäufer.⁷⁹⁹

Der unklare Wortlaut der Sanktion für die Nichteinhaltung der Fördergrenze verursacht diverse Interpretationsschwierigkeiten. Unklar ist beispielsweise, ob der Ausschluss aus dem Ausschreibungsmodell sich für die Zukunft oder auch für die Vergangenheit auswirkt und ab welchem Zeitpunkt.⁸⁰⁰ Der gesetzlichen Regelung ist auch nicht eindeutig zu entnehmen, ob der Ausschluss lediglich die Regelungen über die finanzielle Förderung betrifft oder ob er

⁷⁹⁶ Art. 39 Abs. 4 OZE-G.

⁷⁹⁷ Art. 39 Abs. 3 OZE-G. Die Folgenseite der Norm ist uneindeutig formuliert. Das OZE-G will im Falle der Überschreitung der Fördergrenzen dem Bieter die Teilnahme an der Ausschreibung verwehren. Allerdings nimmt der Anlagenbetreiber in dem Zeitpunkt der Abgabe des Gebots und der Erklärung zu der Überschreitung der Fördergrenze an der Ausschreibung bereits teil. Die Rechtsfolge des Art. 39 Abs. 3 OZE-G kann daher nur Nicht-Berücksichtigung des Gebots bedeuten.

⁷⁹⁸ Art. 39 Abs. 9 OZE-G.

⁷⁹⁹ Art. 39 Abs. 9 OZE-G.

⁸⁰⁰ Denkbar sind entsprechend z.B. Erlass des Bescheids des URE-Vorsitzenden, die Rechtskräftigkeit des Bescheids oder der Zeitpunkt der Überschreitung der zulässigen Förderhöhe.

sich auch auf zusätzliche Fördermechanismen⁸⁰¹ erstreckt. Im letztgenannten Fall wäre zu überprüfen, wie der Ausschluss faktisch durchgeführt werden kann.

2. Interventionsausschreibung

Unabhängig von den regulären Ausschreibungsrunden sieht das OZE-G die Möglichkeit vor, zusätzlich hierzu Interventionsausschreibungssitzungen durchzuführen.⁸⁰² Zuständig hierfür ist der URE-Vorsitzende. Bei einem entsprechenden Bedarf auf dem Markt erlässt der Energieminister eine Verordnung, welche die Regeln der Durchführung der Interventionsausschreibung festlegt.⁸⁰³ Als Gegenstand der Ausschreibung nennt das OZE-G einen Anspruch gegen den verpflichteten Verkäufer auf Erwerb des in der Anlage erzeugten Grünstroms gegen einen Abnahmepreis (Anlagen bis 500 kW installierter Leistung)⁸⁰⁴ oder einen Anspruch auf den Ausgleich eines sog. Minussaldos (Anlagen mit über 500 kW installierter Leistung).⁸⁰⁵ In der Ausschreibung des Energieministers wird u.a. der Zeitraum angegeben, in dem der erfolgreiche Teilnehmer den genannten Anspruch erhält. Dieser Zeitraum kann nicht länger dauern als 15 Jahre ab der erstmaligen Stromerzeugung, die durch ein ausgestelltes Zertifikat bestätigt worden ist, oder ab der erstmaligen Stromerzeugung nach dem Abschluss der Ausschreibung.⁸⁰⁶ Die Interventionsausschreibung kann lediglich für ausgewählte Technologien durchgeführt werden. Die Gruppen, für welche die Interventionsausschreibung durchgeführt werden kann, decken sich mit den Gruppen, für die getrennten Höchstpreise festgelegt werden.⁸⁰⁷ Der Energieminister hat auch in der Verordnung den Höchstpreis festzulegen.

Bei der Ausgestaltung der entsprechenden Verordnung ist der Energieminister verpflichtet, zwei Fragenkomplexe zu berücksichtigen.⁸⁰⁸ Zum einen sind dies wissenschaftliche Analysen bezüglich der durchschnittlichen Kosten der Erzeugung des Stroms aus erneuerbaren Energien, welche der Energieminister bei der Festlegung des Höchstpreises für die Neuanlagen zu beachten hat.⁸⁰⁹ Zum anderen sind es die Elemente, die in die Entscheidung des Ministerrats bei der Festlegung des Ausschreibungsvolumens einzufließen haben.⁸¹⁰ Eine Sonderregelung bezüglich der Höhe des Höchstpreises sieht das OZE-G für EE-Anlagen vor, die Strom ausschließlich aus Agrarbiogas erzeugen. In diesem Fall beträgt der Höchstpreis in den Ausschreibungen, die in den Jahren 2016 bis 2018 stattfinden, nicht weniger als 550 PLN/MWh (ca. 137,50 EUR/MWh).⁸¹¹

⁸⁰¹ Siehe Seite 164 ff.

⁸⁰² Art. 80 Abs. 4 bis 11 OZE-G. Die Vorschriften zur Interventionsausschreibung wurden im Zuge der Novelle vom 22.06.2016 hinzugefügt, eine entsprechende Gesetzesbegründung fehlt. Der Wortlaut der Regelungen ist weitgehend unpräzise und verursacht zahlreiche Interpretationsschwierigkeiten.

⁸⁰³ Art. 80 Abs. 4 OZE-G. Das OZE-G legt nicht fest, was konkret unter „Bedarf“ zu verstehen ist und welche Elemente zusammenkommen müssen, damit das Bestehen des Bedarfs angenommen werden kann.

⁸⁰⁴ Siehe Seite 134.

⁸⁰⁵ Siehe Seite 134 f.

⁸⁰⁶ Art. 80 Abs. 5 Nr. 5 OZE-G. Zu der Formulierung der Norm siehe Fußnote 740.

⁸⁰⁷ Art. 80 Abs. 5 Nr. 3 i.V.m. Art. 77 Abs. 4 OZE-G. Siehe Seite 131 f.

⁸⁰⁸ Art. 80 Abs. 6 OZE-G.

⁸⁰⁹ Siehe Fußnote 734.

⁸¹⁰ Siehe Seite 121 f.

⁸¹¹ Art. 80 Abs. 7 OZE-G. 550,00 PLN = ca. 137,50 EUR.

Die Interventionsausschreibung wird nach einem entsprechenden Arbeitszeitplan durchgeführt, den der Energieminister in der voranstehend erwähnten Verordnung festzulegen hat.⁸¹²

Wenige Monate nach dem Inkrafttreten der OZE-G-Novelle vom 28.06.2016 hat der Energieminister einen Entwurf einer Verordnung über die detaillierten Voraussetzungen der Interventionsausschreibung im Jahr 2016 vorgelegt.⁸¹³ Es wurde geplant, noch im Jahr 2016 eine Interventionsausschreibung für Wasserkraftanlagen mit installierter Leistung bis einschließlich 1 MW, die eine Teilnahmeerklärung abgegeben haben, durchzuführen.⁸¹⁴ Laut Energieminister war die geplante Verordnung notwendig, um den weiteren reibungslosen Betrieb kleiner Wasserkraftanlagen zu gewährleisten sowie das Potenzial polnischer Flüsse zu nutzen.⁸¹⁵ Die Verordnung sollte den Übergang der kleinen Wasserkraftanlagen in das neue Fördersystem erleichtern und damit den Anlagen einen weiteren Betrieb gewährleisten.⁸¹⁶ Dies sei nicht nur aus der Perspektive der möglichen Stromerzeugung, sondern auch aus der Sicht kleiner Wasserkraftanlagen (Retention) von nicht unerheblicher Bedeutung. Der Entwurf der Verordnung wurde verworfen. Stattdessen haben am 30. Dezember 2016 reguläre Ausschreibungsrunden stattgefunden.

3. Ausschreibungsrunden unter Teilnahme ausländischer Bieter

Im OZE-G wird eine Möglichkeit vorgesehen, wonach an den Ausschreibungsrunden Bieter teilnehmen dürfen, deren (geplante) Anlagen außerhalb des Gebiets der Republik Polen oder der polnischen AWZ liegen.⁸¹⁷ Das Gesetz bestimmt keine separate Ausschreibungsrunde für internationale Akteure, sondern trifft an diversen Stellen Regelungen, welche die allgemeinen Bestimmungen entsprechend anpassen.

Als zentrale Regelung erscheint die Bestimmung, dass internationale Akteure lediglich dann an den Ausschreibungen teilnehmen dürfen, wenn die Republik Polen mit dem jeweiligen Land, auf dessen Gebiet die Anlage errichtet ist (oder wird), einen völkerrechtlichen Vertrag abgeschlossen hat und wenn die Möglichkeit des physischen Transports der in der Anlage

⁸¹² Art. 80 Abs. 5 Nr. 1 OZE-G. Das OZE-G erklärt nicht, was unter dem Arbeitszeitplan konkret zu verstehen ist und ob sich der Begriff mit dem Begriff der Ausschreibungsordnung deckt, die grundsätzlich durch den URE-Vorsitzenden zu verabschieden ist.

⁸¹³ Verordnung über die detaillierten Voraussetzungen der Interventionsausschreibung im Jahr 2016, Entwurf vom 26.10.2016.

⁸¹⁴ Der Energieminister hat vorgeschlagen, 1 306 870 MWh für den Gesamtwert von 538 297 239 PLN auszuscheiden (ca. 134 574 309,75 EUR). Der Höchstpreis wurde auf dem Niveau von 400 PLN (ca. 100 EUR) festgelegt. Als Datum der Ausschreibung hat der Energieminister den 30.12.2016 vorgeschlagen. Für die Dauer des Stromabnahmeanspruchs, ggf. des Anspruchs auf den Ausgleich des Minussaldos wurde ein Zeitraum von 15 Jahren vorgeschlagen.

⁸¹⁵ Folgenabschätzung des Entwurfs der Verordnung über die detaillierten Voraussetzungen der Interventionsausschreibung im Jahr 2016, Entwurf vom 26.10.2016, Seite 1.

⁸¹⁶ Begründung des Entwurfs der Verordnung über die detaillierten Voraussetzungen der Interventionsausschreibung im Jahr 2016, Entwurf vom 26.10.2016, Seite 3 f.

⁸¹⁷ Der Grund für die Öffnung des nationalen Fördermechanismus für Akteure aus dem europäischen Ausland kann als europarechtlich veranlasst gesehen werden: Die entsprechende Öffnung wird in den Umweltschutzbeihilfeleitlinien (siehe Fn. 1235, dort Rn. 126) erwähnt. Der Trend zur Öffnung ist auch in der Praxis sichtbar, da diverse Staaten im Rahmen der Beihilfeverfahren der Kommission gegenüber eine entsprechende Verpflichtung erklärt haben (Deutschland, Vereinigtes Königreich, Luxemburg, Dänemark, Estland), siehe *Kahles, Markus/Pause, Fabian*, Öffnung nationaler Fördersysteme für Strom aus erneuerbaren Energien aus anderen Mitgliedstaaten. Renaissance der kooperativen Mechanismen? EuZW 2015, S. 776.

erzeugten Strommengen in das Netz öffentlicher Versorgung gewährleistet ist.⁸¹⁸ Bisher wurde kein derartiger völkerrechtlicher Vertrag abgeschlossen. Auch wie die Möglichkeit des Transports der erzeugten Strommengen auf das Gebiet der Republik Polen nachgewiesen werden kann, müsste näher erläutert werden.

Nach dem OZE-G sind die internationalen Bieter von zahlreichen formellen Voraussetzungen des Präqualifikationsverfahrens befreit. Dafür sind sie verpflichtet, die Unterlagen vorzulegen, die sich aus der völkerrechtlichen Vereinbarung ergeben, die auf die internationalen Ausschreibungen anzuwenden ist.⁸¹⁹

Für die Festlegung des Ausschreibungsvolumens für die internationalen Akteure ist der Energieminister zuständig.⁸²⁰ Er legt demnach die Menge und den Wert der Strommengen fest, die im Folgejahr ausgeschrieben und in EE-Anlagen erzeugt werden, die ihren Standort außerhalb des Gebiets der Republik Polen oder der polnischen AWZ haben. Dabei hat der Energieminister die polnische Energiepolitik, die Kapazitäten des polnischen Energiesystems in Bezug auf den Austausch zwischen den Energiesystemen sowie den Gesamtwert und die Gesamtmenge an Ausschreibungsvolumen in dem jeweiligen Jahr zu berücksichtigen. Die auszuschreibenden Strommengen dürfen einen Anteil von 5 % der Strommengen nicht überschreiten, die im Vorjahr über Ausschreibungen veräußert wurden. Die Verordnung ist jeweils bis zum 30. November des Vorjahrs zu erlassen. Die Verordnungsermächtigung ist unklar formuliert und wirft diverse Interpretationsschwierigkeiten auf.⁸²¹ Für das Jahr 2017 hat der Energieminister eine entsprechende Verordnung bereits erlassen, darin allerdings nur Null-Werte vorgesehen.⁸²² Wegen des Nichtvorliegens eines entsprechenden

⁸¹⁸ Art. 73 Abs. 10 OZE-G.

⁸¹⁹ Art. 75 Abs. 6 und 7 OZE-G.

⁸²⁰ Art. 73 Abs. 9 OZE-G.

⁸²¹ Unklar ist beispielsweise, ob die durch die Verordnung des Energieministers festgelegte Strommenge das „reguläre“ Ausschreibungsvolumen verringert oder zusätzlich zu diesem bestimmt wird. Die Ausschreibungsordnung 2016 (§ 3 Abs. 12) konkretisiert, dass die Ausschreibungsmengen und -werte, die für die internationalen Bieter in der Ausschreibungssitzung vorgesehen sind, bereits in den „regulären“ Ausschreibungsmengen und -werten enthalten sind. Zweifelhaft ist allerdings, ob die Regelung als bindend angesehen werden kann, da sie den Regelungsrahmen einer Ausschreibungsverordnung überschreitet und das OZE-G an einer Stelle konkretisiert (Verteilung der ausgeschriebenen Strommengen und -werte), für die keine entsprechende Ermächtigung (des URE-Vorsitzenden) existiert (siehe Fn. 723.).

Gegen die Verringerung des „regulären“ Ausschreibungsgegenstands zugunsten der Ausschreibungssitzungen mit Beteiligung ausländischer Bieter spricht zum einen der Umstand, dass in diesem Fall der Energieminister die Möglichkeit hätte, in die Zuständigkeit des Ministerrates einzugreifen und das Ausschreibungsvolumen zu beeinflussen, das für die Strommengen aus EE-Anlagen mit einem Standort in Polen oder in der polnischen AWZ vorgesehen ist. Zudem hat der Energieminister als Grundlage für die Festlegung des Ausschreibungsvolumens für die internationalen Ausschreibungen in seiner Entscheidung andere Aspekte – bis auf die Energiepolitik des Staats – heranzuziehen als die Elemente, die laut dem OZE-G bei der Festlegung des „regulären“ Ausschreibungsvolumens durch den Ministerrat für den Erlass der entsprechenden Verordnung zu berücksichtigen sind. Dies deutet auf eine beabsichtigte Trennung der gegenständlichen Tatbestände hin.

⁸²² Verordnung des Energieministers vom 24.11.2016 über die Menge und den Wert der elektrischen Energie, die in EE-Anlagen erzeugt wird, die ihren Standort außerhalb des Gebiets der Republik Polen oder der Polnischen Ausschließlichen Wirtschaftszone haben und die über die Ausschreibung im Jahr 2017 veräußert werden kann, BGBl. 2016, Pos. 1925, Nr. 0. Nach dem OZE-G besteht die Verpflichtung des Energieministers zum Erlass einer Verordnung über das Ausschreibungsvolumen von grenzüberschreitenden Ausschreibungen ohne die Bedingung, dass ein notwendiger völkerrechtlicher Vertrag besteht. Dies ist nach Ansicht der Autorin als ein Versehen des Gesetzgebers zu werten, welches allerdings kritisch zu betrachten ist. Die Null-Werte in der Verordnung sind nicht überraschend: Ein

völkerrechtlichen Vertrags zur Umsetzung von Kooperationsmechanismen⁸²³ können derzeit zu der Ausschreibung keine internationalen Akteure zugelassen werden.

4. Erste Ausschreibungssitzung für Strom aus erneuerbaren Energien

Die erste Ausschreibungsrunde wurde anderthalb Jahre nach dem Inkrafttreten des OZE-G und ein halbes Jahr nach dem Inkrafttreten der zweiten OZE-G-Novelle durchgeführt.

1) Ausschreibungssitzung vom 30. Dezember 2016

Die erste Ausschreibungssitzung unter dem OZE-G fand am 30. Dezember 2016 statt, also ca. anderthalb Jahre nach der Verabschiedung des Gesetzes und nach dem Inkrafttreten seiner beiden Novellierungen. In der einschlägigen Verordnung des Ministerrats⁸²⁴ wurden die maximalen Strommengen und Stromwerte für die vier Ausschreibungsrunden vorgesehen.⁸²⁵ Eine weitere Verordnung hat die Reihenfolge der geplanten Ausschreibungsrunden bestimmt.⁸²⁶ In Ausführung der Verordnungsermächtigung im OZE-G wurden Referenzpreise für die entsprechenden Anlagengruppen festgelegt.⁸²⁷

Die erste Runde bestand aus Bestandsagrariogasanlagen mit installierter Leistung bis einschließlich 1 MW.⁸²⁸ Die auszuschreibende Maximalstrommenge wurde auf einem Niveau von 2 113 887 MWh mit einem Maximalwert von 1 262 797 422 PLN (ca. 315 699 355,50 EUR, d.h. 149,34 EUR/MWh) bestimmt und auch entsprechend ausgeschrieben.⁸²⁹ An der ersten Runde haben sich erfolgreich sechs Bieter beteiligt, allesamt Mitglieder der Kapitalgruppe Polnische Biogasgruppe SA, denen insgesamt sieben Zuschläge erteilt worden sind.

völkerrechtlicher Vertrag, der die Durchführung grenzüberschreitender Ausschreibungen überhaupt erst ermöglichen könnte, existiert nicht.

⁸²³ Siehe S. 171 ff.

⁸²⁴ Verordnung des Ministerrates vom 27.10.2016 über maximale Menge und Wert der elektrischen Energie aus erneuerbaren Energiequellen, die über die Ausschreibung im Jahr 2016 veräußert werden kann, BGBl.2016, Nr. 0, Pos. 1846, in Kraft getreten am 30.11.2016.

⁸²⁵ Für die weiteren Runden wurde der Ausschreibungsgegenstand jeweils als Nullwert vorgegeben.

⁸²⁶ Verordnung des Ministerrates vom 27.10.2016 über die Reihenfolge der Durchführung der Ausschreibungsrunden über den Verkauf elektrischer Energie aus erneuerbaren Energiequellen im Jahr 2016, BGBl. 2015, Nr. 0, Pos. 1847. Die Ausschreibungsrunden sollen in folgender Reihenfolge stattfinden: Biogasbestandsanlagen mit installierter Leistung bis einschließlich 1 MW sowie Biogasbestandsanlagen mit installierter Leistung von über 1 MW, „andere“ EE-Neuanlagen mit installierter Leistung bis einschließlich 1 MW, Bestandsanlagen mit installierter Leistung bis einschließlich 1 MW sowie mit einem Ertrag von 3 504 MWh/MW/Jahr und CO₂-Ausstoß nicht über 100 kg/MWh.

⁸²⁷ Verordnung des Energieministers vom 17.10.2016 über den Referenzpreis der elektrischen Energie aus erneuerbaren Energien im Jahr 2016 sowie den Zeiträumen, die auf die Erzeuger anzuwenden sind, welche die Ausschreibungen im Jahr 2016 gewonnen haben, BGBl. 2016, Nr. 0, Pos. 1765. Danach betragen die Preise (ca. EUR [PLN:4]/MW): Agrarbiogas < 1 MW – 137,5; Agrarbiogas >1 MW – 137,5; Mülldeponiegas – 76,25; Klärgas – 83,75; sonstiges Biogas – 85,00; dezidierte oder hybride Mischfeuerungsanlagen (bis einschließlich 50 MW) – 103,75; Biogas/Biomasse/Agrarbiogas/flüssige Biokraftstoffe in dezidierten Mischfeuerungsanlagen – 77,5; dezidierte oder hybride KWK-Mischfeuerungsanlagen (bis einschließlich 50 MW) – 108,75; dezidierte oder hybride Biomasse-KWK-Mischfeuerungsanlagen > 50 MW, aber bis 150 MW_t – 105; Anlagen zur thermischen Müllverarbeitung – 96,25; Anlagen mit ausschließlichem Einsatz flüssiger Biokraftstoffe – 118,75; Onshore ≤ 1 MW – 75,00; Onshore > 1 MW – 96,25; Wasserkraft ≤ 1 MW – 117,50; Wasserkraft > 1 MW – 120; Geothermie – 113,75; PV ≤ 1 MW – 116,25; PV > 1 MW – 111,25; Offshore – 117,50; hybride EE-Anlagen ≤ 1 MW – 75; hybride EE-Anlagen > 1 MW – 107,50.

⁸²⁸ § 1 Nr. 4 der Verordnung des Ministerrates vom 27.10.2016.

⁸²⁹ URE-Vorsitzender, Bekanntmachung vom 30.11.2016 über die Reguläre Ausschreibung Nr. AZ/1/2016.

Der niedrigste gebotene Preis betrug 502,23 PLN/MWh (ca. 125,55 EUR/MWh), der maximal gebotene 504,57 PLN/MWh (ca. 126,14 EUR/MWh).⁸³⁰

Zu der zweiten Runde gehörten Bestandsagrariogasanlagen mit installierter Leistung von über 1 MW.⁸³¹ Ausgeschrieben wurde die Maximalstrommenge von 2 309 382 MWh für den Maximalwert von 1 365 351 905 PLN (ca. 341 337 976,25 EUR, also ca. 147,80 EUR/MWh)⁸³² und auch entsprechend bekannt gegeben. Die Ausschreibung in der zweiten Runde wurde nicht durchgeführt, da die Bieter weniger als 3 gültige Gebote abgegeben hatten.⁸³³

Die dritte Runde bildeten sog. „andere“ Neuanlagen (z.B. Windkraft, PV etc., siehe Seite 128 f.) mit installierter Leistung bis einschließlich 1 MW.⁸³⁴ In der einschlägigen Verordnung wurde die Maximalstrommenge von 1 575 000 MWh und ihr Maximalwert von 744 036 073 PLN (ca. 186 009 018,25 EUR/MWh, also ca. 118,10 EUR/MWh) vorgeschrieben sowie anschließend entsprechend bekannt gegeben.⁸³⁵ An der dritten Runde haben sich erfolgreich 62 Bieter beteiligt, darunter 2 Personengesellschaften, 2 Gewerbetreibende und 58 Kapitalgesellschaften. Insgesamt wurden 84 Zuschläge erteilt. Der niedrigste bezuschlagte Preis betrug 253,5 PLN/MWh (ca. 63,37 EUR/MWh), der maximale bezuschlagte Preis 408,8 PLN/MWh (ca. 102,20 EUR/MWh).⁸³⁶

Die letzte, vierte Runde betraf Bestandsanlagen mit installierter Leistung bis einschließlich 1 MW sowie einem Ertrag von 3 504 MWh/MW/Jahr und einem CO₂-Ausstoß nicht über 100 kg/MWh.⁸³⁷ Laut der entsprechenden Verordnung betrug die maximale auszuschreibende Strommenge 1 306 870 MWh mit einem Maximalwert von 538 297 239 PLN (ca. 134 574 309,75 EUR, also ca. 102,97 EUR/MWh), und so wurde es auch bekannt gegeben.⁸³⁸ An der vierten Runde haben sich erfolgreich 40 Bieter beteiligt, darunter 15 Kapitalgesellschaften, 11 Personengesellschaften sowie 14 Gewerbetreibende, denen insgesamt 49 Zuschläge erteilt wurden. Der niedrigste bezuschlagte Preis betrug 30 PLN/MWh (ca. 7,5 EUR/MWh), der höchste bezuschlagte Preis 468,00 PLN/MWh (ca. 117 EUR/MWh), in 15 Jahren 416 553,540 MWh für einen Preis von 155 049 022,96 PLN (ca. 38 762 255,74 EUR, also ca. 93,05 EUR/MWh).⁸³⁹

⁸³⁰ URE-Vorsitzender, Bekanntmachung vom 30.11.2016 über die Ergebnisse der Regulären Ausschreibung Nr. AZ/1/2016.

⁸³¹ § 2 Nr. 4 der Verordnung des Ministerrates vom 27.10.2016.

⁸³² URE-Vorsitzender, Bekanntmachung vom 30.11.2016 über die Reguläre Ausschreibung Nr. AZ/2/2016.

⁸³³ URE-Vorsitzender, Bekanntmachung vom 30.11.2016 über die Reguläre Ausschreibung AZ/2/2016.

⁸³⁴ § 5 Nr. 5 der Verordnung des Ministerrates vom 27.10.2016.

⁸³⁵ URE-Vorsitzender, Bekanntmachung vom 30.11.2016 über die Reguläre Ausschreibung Nr. AZ/3/2016.

⁸³⁶ URE-Vorsitzender, Bekanntmachung vom 30.11.2016 über die Ergebnisse der Regulären Ausschreibung Nr. AZ/3/2016.

⁸³⁷ § 1 Nr. 3 der Verordnung des Ministerrates vom 27.10.2016.

⁸³⁸ URE-Vorsitzender, Bekanntmachung vom 30.11.2016 über die Reguläre Ausschreibung Nr. AZ/4/2016.

⁸³⁹ URE-Vorsitzender, Bekanntmachung vom 30.11.2016 über die Ergebnisse der Regulären Ausschreibung Nr. AZ/4/2016.

2) Ergebnisse und Auswertung der Ausschreibungssitzung vom 30. Dezember 2016

Die Ergebnisse der ersten Ausschreibungssitzung unter dem Regime des OZE-G wurden am 03. Januar 2017 bekannt gegeben.⁸⁴⁰

Nach den Angaben des URE-Vorsitzenden wurden in der Ausschreibungssitzung insgesamt 209 Gebote abgegeben, darunter sieben in der ersten Ausschreibungsrunde, eines in der zweiten, 152 in der dritten und 49 Gebote in der vierten Ausschreibungsrunde.⁸⁴¹ Zudem blieben fünfzehn Gebote wegen formeller Fehler unberücksichtigt.⁸⁴²

Über eine Wettbewerbssituation kann dementsprechend lediglich in Bezug auf die dritte Ausschreibungsrunde betreffend die sogenannten anderen Neuanlagen (wie z.B. Windkraft, PV) mit installierter Leistung bis einschließlich 1 MW gesprochen werden. Dort überstieg das angebotene Volumen deutlich die in der einschlägigen Ausschreibung vorgesehenen Mengen.⁸⁴³ Ca. 44,1 % der abgegebenen Gebote erhielten einen Zuschlag. Bei den anderen drei Runden lag die Gesamtmenge des angebotenen Stroms nicht über der ausgeschriebenen Strommenge, sodass keines der abgegebenen Gebote wegen nicht ausreichender Menge des Ausschreibungsvolumens ausgeschlossen werden musste. Eine Runde (die zweite Runde betreffend Bestandsagrariogasanlagen mit installierter Leistung von über 1 MW) konnte nicht stattfinden, da die erforderliche Mindestanzahl von drei Geboten nicht eingehalten wurde.

Die Ausschreibungsrunden wurden überwiegend den Bestandsanlagen gewidmet (3 von 4 Ausschreibungsrunden). Die Neuanlagen (sog. andere Anlagen) konnten sich lediglich an einer Runde beteiligen. In dieser Runde war der größte Wettbewerb zu verzeichnen: 44,1 % der abgegebenen Gebote erhielten einen Zuschlag, während bei den anderen Runden, zu denen Bestandsanlagen zugelassen wurden, das Angebot jeweils die Anfrage überstieg. Die Ausschreibungssitzung wurde dementsprechend den Bestandsanlagen gewidmet, die ohnehin bereits eine Förderung (Quotenmodell mit Zertifikate-Handel) beziehen. Für die (zu errichtenden) Neuanlagen wurde lediglich eine Runde vorgesehen und zwar bezüglich des Ausschreibungsvolumens erst die drittumfangreichste. Aus der Perspektive der Erreichung der polnischen Ausbauziele für Strom aus erneuerbaren Energien ist dies negativ zu bewerten: Die Errichtung neuer Erzeugungskapazitäten wurde wesentlich weniger intensiv gefördert als die (Steigerung der) Erzeugung von Strom aus bereits bestehenden Anlagen.⁸⁴⁴

⁸⁴⁰ URE-Vorsitzender, Information vom 03.01.2017, Nr. 2/2017; URE-Vorsitzender, Information vom 03.01.2017, Nr. 3/2017; URE-Vorsitzender, Information vom 03.01.2017, Nr. 4/2017; URE-Vorsitzender, Information vom 03.01.2017, Nr. 5/2017.

⁸⁴¹ Mitteilung des URE-Vorsitzenden auf der Website der URE vom 03.01.2017 zu den Ergebnissen der Ausschreibung vom 30.12.2016, <https://www.ure.gov.pl/pl/urzed/informacje-ogolne/aktualnosci/6861,Wyniki-aukcji-z-30122016-na-sprzedaz-energii-elektrycznej-z-oze.print>, abgerufen am 16.05.2017.

⁸⁴² Information des Energieministers an den Sejmvorsitzenden vom 03.03.2017, Nr. DEO.I.058.4.2017, IK: 71182, S. 2.

⁸⁴³ Information des Energieministers an den Sejmvorsitzenden vom 03.03.2017, Nr. DEO.I.058.4.2017, IK: 71182, S. 3.

⁸⁴⁴ Analysen im Kontext der einschlägigen Verordnung des Ministerrates über die maximalen Mengen und den maximalen Wert von Strom in der Ausschreibungsrunde im Dezember 2016 zu der Auswahl der bestimmten Runden, die in die Ausschreibung 2016 gehen dürfen, konnten in allgemein zugänglichen Internetquellen nicht gefunden werden.

Die Spanne der Höhe der gebotenen Preise war ebenso rundenabhängig. In der ersten Runde wurden nahezu gleiche Preise angeboten. Allerdings ist dies auch die Runde, in der Gesellschaften derselben Kapitalgruppe geboten haben. Der Umstand, dass die Gesellschaften sich entschieden haben, nicht weit auseinanderliegende Preise zu bieten, anstatt eine breitere Spanne von Preisen zu bieten, kann u.a. auf zwei Arten gedeutet werden. Entweder entsprechen die Gebote der Strategie der Kapitalgruppe (z.B. wegen ähnlich ausgestalteter Projekte), oder die Kapitalgruppe hat keinen Bedarf gesehen, die Wahrscheinlichkeit der Erteilung von Zuschlägen durch eine differenziertere Preisgestaltung zu steigern. Hinsichtlich der Höhe der gebotenen Preise ist das Gebot in Höhe von 30,00 PLN/MWh (ca. 7,5 EUR/MWh), das in der vierten Runde abgegeben worden ist, überraschend; hier handelt es sich mit großer Wahrscheinlichkeit um ein Versehen des Bieters.⁸⁴⁵ Die breiteste Preisspanne ist in der dritten Runde zu beobachten, in der auch der größte Wettbewerb stattfand. Die Preise liegen dort von etwas unter dem durch die Ministerratsverordnung vorgegebenen Maximalwert für eine MWh bis zu ca. der Hälfte dieses Maximalwerts.

In der Ausschreibungssitzung vom 30. Dezember 2016 wurde kein Nachrückverfahren durchgeführt. Die Reihenfolge der Ausschreibungsrunden wurde zwar durch eine Verordnung entsprechend der Verordnungsermächtigung nach dem OZE-G vorgegeben, aber das entsprechende Potenzial blieb ungenutzt: Es hat keine Übertragung der „nicht ausgeschöpften“ Kapazitäten einer Runde auf eine spätere Runde stattgefunden.

Die Struktur der Akteure hinsichtlich der Rechtsform variierte je nach Ausschreibungsrunde. Am differenziertesten war sie in der Runde „anderer“ EE-Anlagen, in der u.a. Windkraftprojekte beteiligt waren. Eine relativ homogene Gruppe bildeten die Bieter der ersten Runde (Bestandsagrariobiogasanlagen ≤ 1 MW), an welcher sich die Akteure einer Kapitalgruppe beteiligten. Die vorhandenen Informationen erlauben keine aufschlussreiche Einschätzung der Akteursvielfalt, insbesondere hinsichtlich der Größe und regionalen Verteilung der Beteiligten.

Außer einfachen Analysen kann bezüglich der ersten Ausschreibungssitzung keine verlässliche Einschätzung durchgeführt werden. Zum einen wurden lediglich 4 von 7 möglichen Ausschreibungsrunden ausgeschrieben, ferner fand eine der ausgeschriebenen Runden nicht statt. Zum anderen fehlen Informationen dazu, welche konkreten Projekte an den Ausschreibungsrunden teilgenommen haben.⁸⁴⁶ Nicht möglich ist die Zuordnung der Bieter zu ihren Geboten. Es kann auch der Ausgang der Ausschreibungssitzung durch die während der Sitzung aufgetretenen technischen Probleme verzerrt worden sein. Nach Berichten aus der Branche haben die technischen Probleme die Abgabe diverser Gebote gehindert.⁸⁴⁷ Die erste Ausschreibungssitzung könnte daher eher als Testversuch für die

⁸⁴⁵ Möglich ist beispielsweise auch, dass die Aufnahme des Gebots in Höhe von ca. 7,5 EUR/MWh auf einen technischen Fehler der Ausschreibungsplattform zurückzuführen ist. Für die betroffene Bestandsanlage bedeutet der Zuschlag einen Wechsel von dem – für sie mit großer Wahrscheinlichkeit nicht weniger günstigen – Quotenmodell in das Ausschreibungsmodell ohne die Möglichkeit, in das alte Modell zurückkehren zu dürfen.

⁸⁴⁶ Die veröffentlichten Namen der erfolgreichen Bieter lassen zwar unter Umständen einen Rückschluss auf die Art des Projekts zu, allerdings nicht auf dessen Größe. Allerdings kann dieser Rückschluss nicht als Grundlage für eine fundierte Bewertung genommen werden.

⁸⁴⁷ Wiśniewski, Grzegorz, Pierwsza aukcja na energię z OZE i co z niej wynika, <http://www.odnawialne-zrodlaenergii.pl/oze-aktualnosci/item/3026-pierwsza-aukcja-na-energie-z-oze-i-co-z-niej-wynika>, abgerufen am 16.05.2017. Nach den Berichten der Teilnehmer betrafen die Schwierigkeiten Probleme beim Einloggen

weiteren Runden betrachtet werden. Diese Sichtweise würde ebenfalls erklären, warum lediglich 4 Ausschreibungsrunden organisiert worden sind.

Eine aufschlussreiche Auswertung der ersten Ausschreibungssitzung erweist sich als problematisch. Als Ursache ist zum einen zu nennen, dass nur wenige Informationen zur Verfügung stehen. Zum anderen wurde lediglich ein Teil der Ausschreibungssitzung den Neuanlagen gewidmet, und die Fristen für die Realisierung der Projekte sind noch nicht abgelaufen, sodass (noch) keine Aussage über die Realisierungsquote der Projekte getroffen werden kann. Auf dieser Grundlage kann auch keine umfassende Beurteilung bezüglich der Ausgestaltung des Fördermodells erfolgen.⁸⁴⁸

3) Ausblick: Ausschreibungsrunde 2017

Eine weitere Ausschreibungsrunde ist für das Jahr 2017 geplant. Die entsprechenden Verordnungen wurden bereits erlassen. Die Verordnung des Ministerrats über die maximale Menge und den Wert der zu veräußernden elektrischen Energie⁸⁴⁹ hat die Strommengen sowie deren Höchstwert festgelegt.⁸⁵⁰ Danach sollten im Jahr 2017 wesentlich mehr

in die Plattform, die Abgabe von Geboten, zahlreiche Fehlermeldungen sowie Probleme mit der Abgabe der elektronischen Gebote. Nach der Aussage des URE-Vorsitzenden für das Informationsportal wnp.pl vom 22.02.2017, http://energetyka.wnp.pl/prezes-ure-o-odwolaniach-od-wynikow-aukcji-oze-nie-moze-byc-mowmy,292631_1_0_0.html, abgerufen am 16.05.2017, kann die Ausschreibung nicht annulliert werden, da die aufgetretenen Schwierigkeiten während der Dauer der Ausschreibungssitzung nicht durchgehend fortbestanden. Nach der Mitteilung des Pressesprechers der Landesstaatsanwaltschaft in Warschau, Herrn Michał Dziekoński, wurde für das Informationsportal wysokienapiecie.pl ein Strafverfahren wegen der Unregelmäßigkeiten in der Funktionsweise der Ausschreibungsplattform eingeleitet, es wird ein Cyberangriff auf die Plattform vermutet, *Zasui/Rafał, Derski, Bartłomiej/Piszczałkowska, Justyna* Prokuratura wszczęła śledztwo w sprawie aukcji OZE, <http://wysokienapiecie.pl/oze/2271-prokuratura-wszczela-sledztwo-w-sprawie-aukcji-oze>, abgerufen am 16.05.2017. An dieser Stelle ist anzumerken, dass ein Hackerangriff nicht zu den gesetzlich aufgezählten Voraussetzungen gehört, die eine Annullierung der Ausschreibungsrunde bewirken können.

⁸⁴⁸ Es ist aber bereits jetzt ersichtlich, dass die Ergebnisse der ersten Ausschreibungssitzung auf eine langsame Annäherung an die europarechtlich vorgesehenen Ausbauziele hindeuten: Es ist damit zu rechnen, dass in den nächsten 2 Jahren die grüne Stromerzeugungskapazität um 70 MW, also um ca. 7 % der durchschnittlichen Anstiegswerte der letzten Jahre, steigt, *Wiśniewski, Grzegorz*, Pierwsza aukcja na energię z OZE i co z niej wynika, *cire.pl* 09.01.2017, <http://www.cire.pl/item,139631,13,0,0,0,0,-wisniewski-pierwsza-aukcja-na-energie-z-oze-i-co-z-niej-wynika.html>, abgerufen am 16.05.2017.

⁸⁴⁹ Verordnung vom 20.03.2017 über maximale Menge und Wert der elektrischen Energie aus erneuerbaren Energiequellen, die über die Ausschreibung im Jahr 2017 veräußert werden kann, BGBl. 2017, No. 0, Pos. 712.

⁸⁵⁰ Bestandsanlagen mit installierter Leistung bis einschließlich 1 MW und mit einem Ertrag von über 3 504 MWh/MW/Jahr: 1 659 047 MWh mit einem Wert von 556 174 673 PLN (ca. 139 043 668,25 EUR; also ca. 83,80 EUR/MWh); Bestandsanlagen mit installierter Leistung bis einschließlich 1 MW und einem CO₂-Ausstoß von nicht mehr als 100 kg/MWh und einem Ertrag von über 3 504 MWh/MW/Jahr: 1 484 764 MWh mit einem Wert von 631 329 732 PLN (ca. 157 832 433 EUR; also ca. 106,30 EUR/MWh); Bestandsbiogasanlagen mit installierter Leistung bis einschließlich 1 MW: 1 149 296 MWh mit einem Wert von 683 370 550 PLN (ca. 170 842 637,50 EUR; also ca. 148,64 EUR/MWh); Bestandsanlagen mit installierter Leistung über 1 MW und mit einem Ertrag von über 3 504 MWh/MW/Jahr: 10 502 338 MWh mit einem Wert von 3 768 589 370 PLN (ca. 942 147 342,50 EUR; also ca. 89,70 EUR/MWh); Bestandsbiogasanlagen mit installierter Leistung über 1 MW: 2 118 162 MWh mit einem Wert von 1 260 181 015 PLN (ca. 315 045 253,75 EUR; also ca. 148,73 EUR/MWh); Neuanlagen mit installierter Leistung bis einschließlich 1 MW und einem Ertrag von über 3 504 MWh/MW/Jahr: 825 000 MWh mit einem Wert von 308 182 262 PLN (ca. 77 045 565,50 EUR; also ca. 93,38 EUR/MWh); Neuanlagen mit installierter Leistung bis einschließlich 1 MW und einem CO₂-Ausstoß von nicht mehr als 100 kg/MWh und einem Ertrag von über 3 504 MWh/MW/Jahr: 540 000 MWh mit einem Wert von

Ausschreibungsrunden stattfinden als bei der Ausschreibungssitzung im Dezember 2016 (14 zu 4). Zum ersten Mal wird die Ausschreibungsrunde für „andere Anlagen“, zu denen u.a. Windkraft- und PV-Anlagen gehören, mit installierter Leistung von über 1 MW ausgeschrieben.

Die Analyse der Verordnung über die Referenzpreise verdeutlicht, dass die Höhe der Referenzpreise bei der überwiegenden Anzahl der Technologien gleich geblieben ist, teilweise aber auch gesunken ist oder angehoben wurde.⁸⁵¹

Die Reihenfolge der Durchführung der Ausschreibungsrunden wurde durch eine entsprechende Verordnung⁸⁵² festgelegt. Zu begrüßen ist, dass als erste die Runden mit Beteiligung von Bestandsanlagen und erst anschließend Runden für Neuanlagen stattfinden. Sollte daher – wie in der Ausschreibungsrunde im Dezember 2016 – ein Überangebot an Ausschreibungsvolumen eintreten und sollten bestimmte Ausschreibungskapazitäten nicht „ausgeschöpft“ werden, können die nicht verkauften Strommengen auf die späteren Ausschreibungsrunden mit Neuanlagen übertragen werden. In dieser Hinsicht ist positiv zu bewerten, dass als letzte Runde eine solche betreffend „andere“ Neuanlagen mit installierter Leistung von über 1 MW zur Durchführung geplant ist.

5. Abwälzungsmechanismus

In dem Fördermodell für Strom aus erneuerbaren Energien über Ausschreibungen hat der begünstigte Anlagenbetreiber einen finanziellen Förderanspruch gegen den verpflichteten

299 025 631 PLN (ca. 74 756 407,75 EUR; also ca. 138,43 EUR/MWh); Neubiogasanlagen mit installierter Leistung bis einschließlich 1 MW: 8 190 000 MWh mit einem Wert von 5 280 863 522 PLN (ca. 1 320 215 880,50 EUR; also ca. 161,19 EUR/MWh); andere Neuanlagen mit installierter Leistung bis einschließlich 1 MW: 4 725 000 MWh mit einem Wert von 2 182 908 687 PLN (ca. 545 727 171,75 EUR; also ca. 115,49 EUR/MWh); Neuanlagen mit installierter Leistung über 1 MW und einem Ertrag von über 3 504 MWh/MW/Jahr: 10 500 000 MWh mit einem Wert von 5 423 952 758 PLN (ca. 1 355 988 189,50 EUR; also ca. 129,141 EUR/MWh); Neuanlagen mit installierter Leistung über 1 MW Anlagen zur thermischen Müllverarbeitung: 4 644 000 MWh mit einem Wert von 2 242 015 403 PLN (ca. 560 503 850,75 EUR; also ca. 120,69 EUR/MWh); Neuanlagen mit installierter Leistung über 1 MW und einem CO₂-Ausstoß von nicht mehr als 100 kg/MWh und einem Ertrag von über 3 504 MWh/MW/Jahr: 540 000 MWh mit einem Wert von 305 387 878 PLN (ca. 76 346 969,50 EUR; also ca. 141,38 EUR/MWh); Neubiogasanlagen mit installierter Leistung über 1 MW: 3 510 000 MWh mit einem Wert von 2 263 227 224 PLN (ca. 565 806 806,00 EUR; also ca. 161,19 EUR/MWh); andere Neuanlagen mit installierter Leistung über 1 MW: 5 175 000 MWh mit einem Wert von 1 972 413 921 PLN (ca. 493 103 480,25 EUR; also ca. 95,28 EUR/MWh).

⁸⁵¹ Verordnung des Energieministers vom 16. März 2017 über den Referenzpreis der elektrischen Energien aus erneuerbaren Energien im Jahr 2017 sowie den Zeiträumen, die auf die Erzeuger anzuwenden sind, welche die Ausschreibungen im Jahr 2016 gewonnen haben, BGBl. 2017, Nr. 0, Pos. 634. Danach betragen die Preise (ca. EUR [PLN:4]/MW): Agrarbiogas < 1 MW – 137,5; Agrarbiogas > 1 MW – 137,5; Mülldeponiegas – 101,25; Klärgas – 91,25; sonstiges Biogas – 88,75; dezidierte oder hybride Mischfeuerungsanlagen (bis einschließlich 50 MW) – 103,75; Biogas/Biomasse/Agrarbiogas/flüssige Biokraftstoffe in dezidierten Mischfeuerungsanlagen – 81,25; dezidierte oder hybride KWK-Mischfeuerungsanlagen (bis einschließlich 50 MW) – 112,50; dezidierte oder hybride Biomasse-KWK-Mischfeuerungsanlagen > 50 MW, aber bis 150 MWt – 108,75; Anlagen zur thermischen Müllverarbeitung – 96,25; Anlagen mit ausschließlichem Einsatz flüssiger Biokraftstoffe – 118,75; Onshore ≤ 1 MW – 80,00; Onshore > 1 MW – 87,50; Wasserkraft ≤ 1 MW – 120,00; Wasserkraft > 1 MW – 120,00; Geothermie – 113,75; PV ≤ 1 MW – 112,50; PV > 1 MW – 106,25; Offshore – 117,50; hybride EE-Anlagen ≤ 1 MW – 113,75; hybride EE-Anlagen > 1 MW – 101,25.

⁸⁵² Verordnung des Ministerrates vom 20.03.2017 über die Reihenfolge der Durchführung der Ausschreibungsrunden für den Verkauf elektrischer Energie aus erneuerbaren Energiequellen im Jahr 2017, BGBl. 2017, Nr. 0, Pos. 713.

Verkäufer. Der verpflichtete Verkäufer muss diese Förderkosten nicht selbst tragen. Die Kosten der Finanzierung der Förderung für Strom aus erneuerbaren Energien über das Ausschreibungsmodell werden auf die Endverbraucher abgewälzt. Die Abwälzung erfolgt im Rahmen eines Ausgleichsmechanismus. Von den Endverbrauchern wird eine OZE-Umlage erhoben, die über eine Abrechnungsstelle an die begünstigten Anlagenbetreiber weitergeleitet wird. Der Abwälzungsmechanismus soll die Verfügbarkeit des Stroms aus erneuerbaren Energien im Stromsystem gewährleisten.⁸⁵³

1) Akteure

An dem Ausgleichsmechanismus im Rahmen des Fördermodells für Strom aus erneuerbaren Energien über das Ausschreibungsmodell sind mehrere Akteure beteiligt. Der Kreis der Akteure besteht zu Teilen aus bereits im Energiebereich tätigen Einrichtungen, denen neue Zuständigkeiten zugewiesen worden sind, damit sie jetzt auch Aufgaben im Rahmen des Ausgleichsmechanismus erfüllen können. Teilweise werden neue Einrichtungen mit dem Zweck gegründet, eine Rolle bei der Abwälzung der Förderkosten auf die Endverbraucher zu übernehmen.

a. Abrechnungsverwaltung AG

Die zentrale Stelle in dem Ausgleichsmechanismus räumt das OZE-G der Abrechnungsverwaltung AG ein. Sie erfüllt die Pflichten einer Umlagezahlstelle,⁸⁵⁴ welche die Zahlungen der Endabnehmer aus der OZE-Umlage in die Leistungen zum Ausgleich des Minussaldos an die Betreiber der Anlagen mit installierter Leistung ab 500 kW oder den verpflichteten Verkäufer „umwandelt“. Zu ihren Aufgaben gehört die Ansammlung und Verwaltung der finanziellen Mittel für die Deckung der Ansprüche auf den Ausgleich des Minussaldos sowie die Abrechnung des Minussaldos.⁸⁵⁵

b. Zahler

Die Aufgaben des Zahlers der OZE-Umlage hat das OZE-G dem Verteilungsnetzbetreiber zugewiesen.⁸⁵⁶ Der Zahler ist zur Berechnung der Höhe der OZE-Umlage und zu ihrer Erhebung verpflichtet. Der Zahler erhebt die OZE-Umlage von den Zahlungsverpflichteten, die an sein Netz angeschlossen sind.

c. Zahlungsverpflichtete

Das OZE-G bestimmt den Personenkreis, der zu der Zahlung der OZE-Umlage verpflichtet ist (Zahlungsverpflichteter).⁸⁵⁷ Danach wird die OZE-Umlage von einem direkt an das Verteilungsnetz des Zahlers angeschlossenen Endabnehmer erhoben. Ein weiterer Zahlungsverpflichteter ist nach dem OZE-G ein anderes Stromübertragungs- oder Stromverteilungselektrizitätsunternehmen als der Netzbetreiber, das an das Verteilungsnetz des Zahlers unmittelbar angeschlossen ist. Schließlich wird mit der OZE-Umlage ein Elektrizitätserzeugungsunternehmen belastet, das an das Verteilungsnetz des Zahlers angeschlossen ist und den Strom an mindestens einen Letztverbraucher oder ein Stromübertragungs- oder Verteilungs-

⁸⁵³ Art. 95 Abs. 1 S. 1 OZE-G.

⁸⁵⁴ Art. 106 OZE-G.

⁸⁵⁵ Art. 107 OZE-G. Siehe Seite 56.

⁸⁵⁶ Art. 95 Abs. 2 OZE-G.

⁸⁵⁷ Art. 95 Abs. 3 OZE-G.

elektrizitätsunternehmen veräußert, die keine Zahler sind und die gleichzeitig an die Einrichtungen, Anlagen oder Netze eines Elektrizitätserzeugungsunternehmens angeschlossen sind.

d. Anlagenbetreiber

Den Kreis der Akteure des Ausgleichsmechanismus schließen die Anlagenbetreiber, welche die OZE-Förderung über den Ausschreibungsmechanismus beziehen. Damit stehen die Anlagenbetreiber am Ende der Zahlungskette der OZE-Umlage. Ihre Förderung wird aus den Einnahmen aus der OZE-Umlage finanziert, wenn die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt sind.

2) Umlagekonto

Die Umlagestelle führt ein sog. Umlagekonto, das der Abrechnung der im Rahmen des Ausgleichsmechanismus fließenden Finanzmittel dient. Die Beträge aus der OZE-Umlage zahlt der Zahler auf das Bankkonto der Umlagestelle ein. Die finanziellen Mittel aus der OZE-Umlage dürfen angelegt und verzinst werden.⁸⁵⁸ Nach dem OZE-G soll die OZE-Umlage ausschließlich zur Deckung des Minussaldos⁸⁵⁹ sowie der Grundkosten der Abrechnungsverwaltung verwendet werden.⁸⁶⁰ Zur Deckung des Minussaldos sind ebenfalls die Zinsen und Bankanlagen der Umlagestelle bestimmt.⁸⁶¹ Falls weder die eingezahlten Finanzmittel aus der OZE-Umlage noch die auf dem Bankkonto oder als Geldanlagen vorhandenen Mittel der Umlagestelle für die Deckung des Minussaldos ausreichen, ist die Umlagestelle berechtigt, Verbindlichkeiten einzugehen, um die Finanzmittel entsprechend aufzustocken.⁸⁶² Zudem sieht das OZE-G eine weitere Alternative der Erhöhung der Finanzmittel auf dem Umlagekonto vor, falls die durch die Zahler eingezahlten Beträge für die Deckung der Ansprüche der Anlagenbetreiber auf den Ausgleich des Minussaldos nicht ausreichend sind. Die fehlenden Beträge können demnach alternativ mit Finanzmitteln aufgefüllt werden, die auf dem Konto für sogenannte Ausgleichszahlungen für die Ablösung der Stromabnahmedauerverträge angesammelt worden sind.⁸⁶³

Die Abrechnungsverwaltung AG trifft gegenüber dem URE-Vorsitzenden Informationspflichten u.a. bezüglich des Stands des OZE-Umlagekontos.⁸⁶⁴

⁸⁵⁸ Das OZE-G zählt auf, in welche Finanzinstrumente die OZE-Beträge angelegt werden dürfen, schweigt aber über andere Aspekte wie z.B. Höhe oder Dauer der Anlagen, Art. 105 OZE-G. Die Abrechnungsverwaltung hat daher einen großen Spielraum hinsichtlich der Art und Weise der Anlage der angesammelten Finanzmittel.

⁸⁵⁹ Siehe Seite 134 ff.

⁸⁶⁰ Art. 95 Abs. 1 S. 2 OZE-G.

⁸⁶¹ Art. 103 Abs. 1 OZE-G.

⁸⁶² Art. 102 Nr. 2 OZE-G. Das OZE-G regelt nicht, ob die Finanzierungskosten zu den Grundkosten der Abrechnungsverwaltung gehören.

⁸⁶³ Art. 102 Nr. 1 OZE-G; Gesetz vom 27.06.2007 über die Deckung der Kosten der Energieerzeuger im Zusammenhang mit einer vorzeitigen Auflösung der Dauerverträge über den Verkauf von Energie oder elektrischer Energie, BGBl. 2008, Pos. 905 mit späteren Änderungen. Nach dem OZE-G sind die von dem Konto entnommenen Beträge in voller Höhe zurückzuzahlen, die Frage einer etwaigen Zinszahlung wird nicht angesprochen.

⁸⁶⁴ Art. 102 Abs. 3, Art. 103 Abs. 2 OZE-G.

3) Verfahren

Das Verfahren, in dem der Ausgleichsmechanismus abgewickelt wird, wird durch das OZE-G bestimmt. Nachdem der Zahler die OZE-Umlage berechnet hat, erhebt er die anfallenden Beträge der Zahlungspflichtigen. Die Abhebung erfolgt im Namen und auf Rechnung der Umlagestelle. Nach dem Ende des Abrechnungszeitraums überweist der Zahler die Beträge auf das Bankkonto der Umlagestelle.⁸⁶⁵ Die Abrechnung⁸⁶⁶ zwischen der Umlagestelle und dem Zahler erfolgt monatlich. Bezüglich der Abrechnung der OZE-Umlage zwischen dem Zahler und den zu der Zahlung der OZE-Umlage verpflichteten Endverbrauchern sowie zwischen dem Zahler und den anderen Stromübertragungs- oder Stromversorgungsunternehmen, die keine Zahler sind, ist der jeweilige Abrechnungszeitraum derjenige für die Stromlieferung oder -übertragung/-verteilung.

Die Auszahlung der Förderung an die Anlagenbetreiber wickelt die Umlagestelle mithilfe des individuellen Umlagekontos ab. Die Beträge werden monatlich aus dem Umlagekonto zum Ausgleich des Minussaldos des jeweiligen Anlagenbetreibers eingezahlt. Nach der Überprüfung der Informationen zahlt die Umlagestelle entsprechend an den verpflichteten Verkäufer oder an den Betreiber der Anlagen ab 500 kW aus.⁸⁶⁷ Die Ausgleichszahlungen für die Betreiber von Anlagen bis 500 kW erfolgen durch Vermittlung des verpflichteten Käufers.⁸⁶⁸

4) Höhe

Der OZE-Umlagesatz wird durch den URE-Vorsitzenden nach dem gesetzlich vorgeschriebenen Muster für das jeweilige Kalenderjahr festgelegt und bis zum 30. November des Vorjahres in dem Bulletin der URE bekannt gegeben.⁸⁶⁹

Der Umlagesatz bildet eine Grundlage für die Berechnung der Umlagezahlung, die der jeweilige Zahlungsverpflichtete zu entrichten hat. Die konkrete Höhe der von dem jeweiligen Zahlungsverpflichteten zu entrichtenden OZE-Umlage berechnet jeweils der zuständige Zahler.⁸⁷⁰ Das Berechnungsmuster legt das OZE-G fest. Danach errechnet sich die zu entrichtende OZE-Umlage durch die Multiplikation des OZE-Umlagesatzes und der durch die zahlungspflichtigen Endabnehmer entnommenen und verbrauchten Strommengen.⁸⁷¹ Die Strommengen, die durch die Zahler, Stromübertragungs- oder Stromverteilungsunternehmen und Energieerzeugungsunternehmen für die Erzeugung, Übertragung oder Verteilung des Stroms verbraucht werden, werden dabei nicht berücksichtigt.⁸⁷²

⁸⁶⁵ Art. 101a OZE-G.

⁸⁶⁶ Art. 101 Abs. 1 OZE-G. Die Mittel auf dem OZE-Umlagekonto des URE-Vorsitzenden sowie die an den verpflichteten Verkäufer oder die Betreiber der Anlagen ab 500 kW ausgezahlten Mittel sind von der Einkommensteuer befreit, Art. 104 OZE-G.

⁸⁶⁷ Art. 93 Abs. 9 OZE-G.

⁸⁶⁸ Siehe Seite 134.

⁸⁶⁹ Art. 98 OZE-G. Für das Jahr 2017 beträgt die OZE-Umlage 3,70 PLN/MWh (= ca. 0,925 EUR/MWh), Information des URE-Vorsitzenden vom 22.11.2016 Nr. 62/2016.

⁸⁷⁰ Art. 95 Abs. 2 OZE-G.

⁸⁷¹ Art. 96 Abs. 1 OZE-G.

⁸⁷² Art. 96 Abs. 3 OZE-G.

5) Befreiungen für stromintensive Unternehmen

Das OZE-G sieht Befreiungen von der Zahlung der OZE-Umlage für bestimmte Industrieabnehmer vor. Ein Industrieabnehmer im Sinne des OZE-G ist ein Letztverbraucher, dessen Stromintensität 3 % nicht unterschreitet und der eine Tätigkeit in den im OZE-G bestimmten Wirtschaftssektoren nach der Polnischen Klassifikation der Wirtschaftszweige⁸⁷³ ausübt.⁸⁷⁴ Die Liste der Industrieabnehmer führt der URE-Vorsitzende.⁸⁷⁵ Der Umfang der Befreiung von der Zahlung der OZE-Umlage richtet sich nach der Stromintensität des jeweiligen Stromabnehmers. Mit wachsender Stromintensität verringern sich die Strommengen, die als Grundlage für die Berechnung der OZE-Umlage herangezogen werden.⁸⁷⁶ Beträgt die Stromintensität mindestens 3 %, aber nicht mehr als 20 %, hat der Industrieabnehmer die OZE-Umlage auf 80 % des durch den Industrieabnehmer aus dem Netz entnommenen und verbrauchten Stroms zu zahlen. Die Menge verringert sich auf 60 % bei einer Stromintensität über 20 % bis einschließlich 40 %. Beträgt die Stromintensität mehr als 40 %, ist die OZE-Umlage auf lediglich 15 % der entnommenen und verbrauchten Strommengen zu entrichten.

6. Zwischenfazit

Das Ausschreibungsmodell soll das neue Hauptfördermodell für Strom aus erneuerbaren Energien im polnischen Recht werden. Es handelt sich um ein öffentliches Ausschreibungsverfahren, an dem Interessenten teilnehmen dürfen, die bestimmte Voraussetzungen erfüllen. Es soll grundsätzlich für Anlagen gelten, die den Grünstrom zum ersten Mal nach dem Inkrafttreten der Förderhauptregelungen erzeugt haben; Bestandsanlagen können allerdings grundsätzlich auch in das neue Modell wechseln. Um zu der Ausschreibung zugelassen zu werden, sind die interessierten Projektentwickler grundsätzlich verpflichtet, ein formelles Präqualifikationsverfahren vor dem URE-Vorsitzenden zu absolvieren. Dies erfordert die Erfüllung diverser Voraussetzungen. Für das betroffene Projekt muss der interessierte Bieter u.a. ein fortgeschrittenes Stadium der Realisierung des Projekts durch die Vorlage behördlicher Entscheidungen und anderer Unterlagen nachweisen (sog. späte Ausschreibung). Überdies ist er verpflichtet, eine finanzielle Sicherheit zu erbringen. Weiterhin muss er die Voraussetzung der Erfüllung technischer Vorgaben bezüglich der zu errichtenden Anlage beachten. Zu den Ausschreibungen können ebenfalls bestimmte Bestandsanlagen zugelassen werden. Zu diesem Zweck benötigen sie lediglich die Abgabe einer Teilnahmeerklärung und sind von dem Erfordernis des Abschlusses des Präqualifikationsverfahrens befreit. Weitere Spezifizierungen, wie beispielsweise der Standort der (geplanten) Anlage, sind aus förderrechtlicher Sicht nicht vorgesehen.

Das Ausschreibungsdesign wurde als Mehrgüterkaufauktion organisiert. Ausgeschrieben werden Maximalmenge und -wert an Strom aus Erneuerbare-Energien-Anlagen. Das OZE-G sieht keinen Ausschreibungskorridor vor und der Ausschreibungsgegenstand wird jeweils durch eine Verordnung festgelegt. – Dies ermöglicht zwar eine spontane Anpassung der Ausschreibungsmengen an den aktuellen Stand des Ausbaus der erneuerbaren Energien,

⁸⁷³ Polska Klasyfikacja Działalności, sog. PKD, nach der Verordnung des Ministerrates vom 24.12.2007 über die Polnische Klassifikation der Wirtschaftszweige, BGBl. 2007 Nr. 251 Pos. 1885.

⁸⁷⁴ Art. 52 Abs. 6 OZE-G.

⁸⁷⁵ Art. 52 Abs. 3 - 4 OZE-G. Die von der teilweisen Zahlung der OZE-Umlage befreiten Unternehmen sind daher dieselben, die eine verringerte Quotenverpflichtung zu erfüllen haben, siehe Seite 97 ff.

⁸⁷⁶ Art. 96 Abs. 2 OZE-G.

schaftt allerdings gleichzeitig die Gefahr eines (übermäßigen) Einflusses der Regierungsverwaltung auf einen der wichtigsten Größenwerte des Fördermodells. Die Ausschreibungssitzungen sollen grundsätzlich lediglich einmal jährlich stattfinden, was mit großer Wahrscheinlichkeit ein stop-and-go der Realisierung der EE-Projekte zur Folge haben wird. Die Ausschreibungsrunden werden in einem sog. Pay-as-bid-Verfahren entschieden. Die Teilnehmer bieten auf die ausgeschriebenen Strommengen. Erfolgreich sind die Bieter mit dem niedrigsten angebotenen Preis, der jederzeit unter dem Höchstpreis liegen muss. Die Zuschläge sind nicht handelbar und unterliegen keinen Nachverhandlungen. Das Ausschreibungsdesign ist grundsätzlich technologieneutral zu verstehen, allerdings kann die Möglichkeit des Wettbewerbs zwischen Anlagen unterschiedlicher Technologien und mit unterschiedlichen Referenzpreisen in einer Ausschreibungsrunde eine wettbewerbliche Preisbildung verzerren.

Die erfolgreichen Bieter erhalten in Bezug auf die erzeugten und eingespeisten Strommengen einen Anspruch auf finanzielle Förderung entweder in Form eines Anspruchs auf Ausgleich des sog. Minussaldos (Anlagen über 500 kW installierter Leistung), den sie gegen die Umlagestelle geltend machen können, oder eines Anspruchs auf eine Direktzahlung (Anlagen bis 500 kW installierter Leistung) gegen den sog. verpflichteten Verkäufer. Im ersten Fall erhält der Anlagenbetreiber einen Anspruch auf die Zahlung der Prämie in Höhe des Unterschieds zwischen dem Zuschlagspreis und dem durchschnittlichen Stromtagespreis. Die erzeugten Grünstrommengen kann der Anlagenbetreiber an frei ausgewählte Abnehmer veräußern. Im zweiten Fall entspricht der Anspruch der Höhe des Zuschlagspreises; der Anlagenbetreiber ist demgemäß nicht mit der Notwendigkeit einer selbstständigen Veräußerung der erzeugten Strommengen belastet. Hinsichtlich der möglichen Förderhöhe müssen die erfolgreichen Bieter die Regelungen zur Deckelung der Förderhöhe beachten, nach denen die Förderung über das Ausschreibungsmodell und bestimmte andere finanzielle Unterstützungen gewisse Grenzen nicht überschreiten dürfen. Mit dem Zeitpunkt des Zuschlags entsteht für den Bieter die Verpflichtung, die EE-Anlagen zu einem bestimmten Zeitpunkt zu errichten und mit der Stromproduktion zu beginnen. Zudem ist der Anlagenbetreiber verpflichtet, in regelmäßigen Abrechnungszeiträumen mindestens 85 % der bezuschlagten Strommengen zu erzeugen. Für säumige Anlagenbetreiber sind Pönalen vorgesehen. Die Kosten des Fördermodells über Ausschreibungen werden im Rahmen eines zentralisierten Modells auf die Stromendverbraucher in Form einer OZE-Umlage abgewälzt. Mit der Abwicklung des Ausgleichsmechanismus wurde die Abrechnungsverwaltung AG (Umlagestelle) betraut. Bestimmte stromintensive Unternehmen sind partiell von dieser finanziellen Belastung befreit.

Das Ausschreibungsmodell zur Förderung der Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien in Polen setzt sich aus Elementen zusammen, die üblicherweise bei einem solchem Fördermodell erwartet werden können. Dem polnischen Ausschreibungsmodell ist der Begriff der Bürgerenergie eigentlich fremd. Diverse vereinzelte Erleichterungen für die kleineren Anlagen entziehen sich der Qualifikation als planmäßige Unterstützung der lokalen Player bei der Realisierung grüner Projekte.

Ob das Fördermodell richtig ausgestaltet worden ist, kann insbesondere daran beurteilt werden, ob seine Einführung zu dem gewünschten, weit zu verstehenden Erfolg (einmal angenommen, dass die Definition von „Erfolg“ einer Steuerungsmaßnahme in dem bestimmten Fall möglich ist) geführt oder seine Realisierung zumindest (in ausreichendem Umfang) vorangebracht hat. Die für die Beurteilung maßgebenden Überlegungen, z.B.

faktischer, wirtschaftlicher, soziologischer oder politischer Natur entziehen sich dem Umfang der vorliegenden Ausarbeitung. Aus juristischer Sicht kann auf diverse Elemente hingewiesen werden, die daran zweifeln lassen, dass das Modell gänzlich als Erfolg gewertet werden kann. Zu erwähnen sind hier insbesondere der in der Arbeit genannte unklare, nicht eindeutige Wortlaut zahlreicher rechtlicher Bestimmungen sowie dadurch verursachte Interpretationsschwierigkeiten. Die recht knappe Gesetzesbegründung hilft diesbezüglich lediglich eingeschränkt. Die betreffenden Sachverhalte müssen sodann bei der Umsetzung der gesetzlichen Regelungen geklärt werden. Ob hier ein reibungsloser Verlauf vollständig gewährleistet werden kann, bleibt abzuwarten. Allerdings zeigt bereits der Ablauf der ersten Ausschreibungssitzung vom 30. Dezember 2016 einen nicht nur marginalen Nachholbedarf.

Das Ausschreibungsmodell im Rahmen der Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien ist in Polen ein Novum, mit dem nicht nur neue rechtliche Normen eingeführt, sondern auch neue Akteure oder deren Zuständigkeiten geschaffen werden; dies erfordert eine Umstrukturierung des Markts und die Ausarbeitung einer neuen behördlichen und gerichtlichen Praxis. Im Zusammenhang mit dem unklaren Wortlaut des OZE-G entsteht das Risiko entsprechender Streitigkeiten. Dies führt zu einer Steigerung des (wirtschaftlichen) Risikos der Beteiligung potenziell interessierter Anlagenbetreiber an dem Fördermodell, Einbußen an Vertrauen der Investoren und folglich einer möglichen Gefährdung der Realisierung der Ausbauziele. Die Branche selbst ist den Regelungen gegenüber grundsätzlich skeptisch eingestellt.⁸⁷⁷ Allerdings darf nicht vergessen werden, dass jede wesentliche Änderung von komplexen, jahrelang geltenden Modelle mit gewissen Risiken behaftet ist, und es wäre realitätsfern zu erwarten, dass die in Polen durchgeführte Einführung des Ausschreibungsmodells von derartigen Risiken nicht betroffen wäre. Es ist damit zu rechnen, dass Polen bei der Beibehaltung des Fördermodells seine Ziele im Bereich der erneuerbaren Energien (15 % bis 2020) nicht wird erreichen können.⁸⁷⁸

IV. Übergang

Die Einführung des neuen Fördermodells für Strom aus erneuerbaren Energien in Form des Ausschreibungsmodells bedarf Übergangsbestimmungen, welche die Überführung des Modells entsprechend regeln. Danach wird festgelegt, welche Anlagen die Förderung über das alte und welche die über das neue Förderregime erhalten (dürfen) und ob ein Wechsel zwischen den beiden Modellen und ggf. mit welchen Konditionen möglich ist.

⁸⁷⁷ Nach der Umfrage des Institutes der Erneuerbaren Energie GmbH (IEO) vom 4. bis 24.12.2015 haben 64 % der Befragten das zum Zeitpunkt der Befragung noch nicht rechtskräftig gewordene Ausschreibungsmodell als zu kompliziert und als nicht zu den Investitionen in grüne Projekte anreizend eingestuft; lediglich 9 % der Befragten haben festgestellt, dass dieses Fördermodell sich gut bewähren kann, <http://www.ieo.pl/pl/aktualnosci/1066-szczegoowe-wyniki-ankiety-pt-co-sdzisz-o-ustawie-oze-.html>, abgerufen am 28.02.2016.

⁸⁷⁸ *Janeiro, Luis/Resch, Gustav*, Prognaza realizacji celu OZE dla Polski. Raport końcowy, Ecofys auf Antrag von PSEW, 09.03.2017, S. 25. Danach kann Polen bis 2020 einen EE-Anteil von 10,00 % bis 13,80 % erreichen. Ecofys stellt auch fest, dass das Fördermodell (Quotenmodell mit Zertifikate-Handel), das die Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien entsprechend den Vorgaben des Landesaktionsplans realisiert hat, abgelöst wurde und die im neuen Fördermodell (Ausschreibungen) (geplanten) bezuschlagten Kapazitäten nicht ausreichen werden, um die Ausbauziele zu verwirklichen.

1. Übergangsregelungen

Die Übergangsregelungen bestimmen, welche Regelungen des alten und welche Regelungen des neuen Förderregimes auf Bestands- und Neuanlagen anzuwenden sind. Von zentraler Bedeutung ist die Festlegung des entsprechenden Stichtags.

Grundsätzlich hat der Gesetzgeber bei der Verabschiedung des OZE-G sein Inkrafttreten auf 30 Tage nach der Verkündung festgelegt.⁸⁷⁹ Hiervon hat er zahlreiche Ausnahmen eingeführt. Insbesondere hat er eine knapp 8-monatige *Vacatio legis* für die Überleitung des Fördermodells vom Quotenmodell auf Ausschreibungen eingeführt und als Stichtag ursprünglich den 1. Januar 2016 gewählt. An diesem Tag sollte u.a. das für das Ausschreibungsmodell zentrale Kapitel 4. des OZE-G in Kraft treten.⁸⁸⁰ Anlagen, die vor dem Inkrafttreten des Kapitels 4. erstmalig Strom erzeugen, bleiben unter dem Regime des Quotenmodells mit der Möglichkeit, unter bestimmten Voraussetzungen in das neue Fördermodell zu wechseln. Die Vorschriften des OZE-G, welche die Umstellung vorbereiten sollen, gelten grundsätzlich bereits ab einem entsprechend früheren Zeitpunkt. Die OZE-G-Novelle vom Dezember 2015 hat den Stichtag kurzfristig auf dem 1. Juli 2016 verschoben.⁸⁸¹ Die Verzögerung der Umstellung soll dem Gesetzgeber die Zeit geben, eine zusätzliche Folgenabschätzung des Gesetzes vorzubereiten sowie Regelungen über den Standort der Onshore-Windkraftanlagen zu verabschieden.

Hinsichtlich weiterer Fragestellungen als jener der Festlegung des Stichtags für die Überführung des alten in das neue Fördermodell hat der Gesetzgeber komplizierte und umfangreiche weitere Übergangsbestimmungen getroffen, um die Überleitung entsprechend vorzubereiten und durchzuführen. Aus der Vielzahl der Übergangsbestimmungen lässt sich eine Grundregel dergestalt herauslesen, dass die vor dem Stichtag geführten Verfahren und Abläufe weiter nach alten Regeln stattfinden sollen. Die Regel kennt diverse Ausnahmen, die unter Umständen für den Einzelfall von entscheidender Bedeutung sein können.⁸⁸² Einige Übergangsregelungen werfen Fragen hinsichtlich der Einhaltung der Regeln des Bestandsschutzes auf.

2. Wechsel zwischen den Fördermodellen

Der Gesetzgeber hat diversen Bestandsanlagen das Recht eingeräumt, unter bestimmten Voraussetzungen in das neue Förderregime des Ausschreibungsmodells zu wechseln. Allerdings sind die Wechselmöglichkeiten relativ begrenzt. Um von dem jeweiligen Fördermodell zu profitieren, muss der Interessierte grundsätzlich die jeweiligen Anspruchsvoraussetzungen erfüllen.

Die Wahlmöglichkeit zwischen den Fördermodellen steht zum einen den Betreibern der Bestandsanlagen zur Verfügung, solange sie die Anspruchsvoraussetzungen für die Erteilung der Zertifikate sowie für die Teilnahme an einer Ausschreibungsrunde erfüllen. Allerdings

⁸⁷⁹ Art. 223 OZE-G. Das OZE-G wurde am 03.04.2015 verkündet und ist damit am 04.05.2015 in Kraft getreten.

⁸⁸⁰ Art. 223 Nr. 1 OZE-G.

⁸⁸¹ Art. 1 Abs. 5 der OZE-G-Novelle vom 29.12.2015, siehe Fn. 249.

⁸⁸² Die Übergangsregelungen des OZE-G sind sehr umfangreich und detailliert, sodass ihre umfassende Darstellung nicht zweckmäßig erscheint. Für das Verständnis der hier dargestellten Fördermodelle entscheidend ist die Kenntnis der durch das OZE-G eingeführten intertemporalen Grundregel, wonach die alten Sachverhalte dem alten und die neuen dem neuen Regime unterfallen.

fällt nach einer erfolgreichen Teilnahme an einer Ausschreibungsrunde der Anlagenbetreiber aus dem Quotenmodell heraus. Die Rückkehr zu der Förderung über das Quotenmodell ist für die im Ausschreibungsmodell erfolgreichen Bestandsanlagen ausgeschlossen.⁸⁸³

EE-Anlagen, die aufgrund des Datums ihrer Inbetriebnahme unter den zeitlichen Anwendungsbereich des Ausschreibungsmodells fallen, haben keine Möglichkeit, die Förderung über das Quotenmodell zu beziehen.

3. Bestandsschutz

Der Grundsatz des Bestandsschutzes ist im polnischen Rechtssystem im Verfassungsrecht verankert und erwächst aus dem Rechtsstaatsprinzip.⁸⁸⁴ Nach der Rechtsprechung des polnischen Verfassungsgerichts bedeutet der Bestandsschutz im Kern ein Gebot solcher Rechtsschöpfung und -anwendung, dass der Betroffene seine Angelegenheiten im Vertrauen führen kann, nicht mit im Zeitpunkt der Entscheidungsfindung unvorhersehbaren Rechtsfolgen rechnen zu müssen.⁸⁸⁵ Allerdings bedeutet nicht jede Verletzung des Vertrauens der Betroffenen gleichzeitig die Verletzung des Bestandsschutzprinzips.⁸⁸⁶ Aus dem Bestandsschutz ergibt sich keine Verpflichtung des Gesetzgebers andere Rechtssubjekte mit gleichlautenden Rechten auszustatten, wie die Begünstigten sie bereits innehaben.⁸⁸⁷

Nach polnischem Verfassungsrecht ist das Bestandsschutzprinzip auf jegliche materiellen Rechte anzuwenden.⁸⁸⁸ Unter den Bestandsschutz fallen alle privaten und öffentlich-rechtlichen Rechte, die abstrakt (z.B. durch ein Gesetz oder eine Verordnung) oder konkret (z.B. durch einen individuellen Bescheid) verliehen wurden.⁸⁸⁹ Der Umfang des Bestandsschutzes ist unterschiedlich bestimmt. Der am weitesten reichende Schutz wird dem Eigentumsrecht gewährt. Die anderen materiellen Rechte genießen den Bestandsschutz in Bezug auf ihr Bestehen und ihre Gleichbehandlung, nicht aber in Bezug auf die Unveränderbarkeit ihrer Form oder ihres Umfangs.⁸⁹⁰

1) Bestandsschutz in Bezug auf sogenannte maximale Anwartschaft

Die Regeln des Bestandsschutzes sind u.a. auf die polnische Rechtsfigur sog. maximaler Anwartschaften anzuwenden. Darunter sind jene Rechte zu verstehen, für deren Entstehung alle Voraussetzungen der geltenden Rechtsnormen erfüllt sind, unabhängig vom Inhalt der neuen Rechtsnormen.⁸⁹¹ Der Bestandsschutz der maximalen Anwartschaften ist insbesondere bezüglich solcher Konstellationen einschlägig, in denen der Berechtigte die materiellen Rechte infolge regelmäßig erbrachter Leistungen erwirbt.⁸⁹²

⁸⁸³ Art. 80 Abs. 9 und 10 OZE-G.

⁸⁸⁴ Art. 2 der polnischen Verfassung.

⁸⁸⁵ Urt. des poln. VerfG vom 02.06.1999, AZ.: 34/98.

⁸⁸⁶ Urt. des poln. VerfG vom 16.06.2003, AZ.: K 52/02.

⁸⁸⁷ Urt. des poln. VerfG vom 12.09.2000, AZ.: K 1/2000.

⁸⁸⁸ Urt. des poln. VerfG vom 13.04.1999, AZ.: K 36/98

⁸⁸⁹ Urt. des poln. VerfG vom 04.10.1989, AZ.: K 3/88; Urt. des poln. VerfG vom 25.02.1992, AZ.: K 3/91.

⁸⁹⁰ Vgl. Urt. des poln. VerfG vom 02.06.1999, AZ.: 34/98.

⁸⁹¹ Urt. des poln. VerfG vom 11.02.1992, AZ.: K 14/91; Urt. des poln. VerfG vom 23.11.1998, AZ.: SK 7/98; Urt. des poln. VerfG vom 22.06.1999, AZ.: K 5/99.

⁸⁹² Urt. des poln. VerfG vom 20.12.1999, AZ.: K 4/99, ergangen in Bezug auf die Rentenleistungen.

Im Rahmen des Fördermodells für Strom aus erneuerbaren Energien über das Quotenmodell mit Zertifikate-Handel kann die Rechtsfigur der maximalen Anwartschaft auf Betreiber von EE-Anlagen bezüglich der bereits erteilten Zertifikate angewendet werden. Die Anlagenbetreiber haben mit der Ausstellung der Zertifikate ein subjektives Recht auf Schutz des materiellen Rechts aus den Zertifikaten erworben. Des Weiteren begründet das Quotenmodell mit Zertifikate-Handel für den begünstigten Anlagenbetreiber die Anwartschaft der Ausstellung der handelbaren Zertifikate für den Fall der Fortsetzung der Erzeugung grüner Energie und bei der Erfüllung weiterer geltender rechtlicher Voraussetzungen. Das Quotenmodell kannte vor der Verabschiedung des OZE-G keine Förderdauer.⁸⁹³

Dieses Anwartschaftsrecht könnte dadurch verletzt werden, dass mit der Verabschiedung des OZE-G eine bestimmte Förderdauer für die über das Quotenmodell geförderten Anlagen eingeführt wurde. Nach dem neuen Recht können die Betreiber der Bestandsanlagen die Förderung nun in einem gesetzlich beschränkten Zeithorizont (15 Jahre) erhalten. Des Weiteren könnte durch die Beschränkung des Kreises der für die Erteilung der Zertifikate Berechtigten auf die Betreiber von Bestandsanlagen in Bezug auf die Betreiber von Neuanlagen das Recht auf Gleichbehandlung verletzt sein. Für die Grünstromerzeugung in Neuanlagen ist die Erteilung der Zertifikate ausgeschlossen.

Nach den allgemeinen Regeln zum Bestandsschutz soll der Gesetzgeber im Rahmen der Entscheidungsfindung über die Begrenzung oder den Entzug der Bestandsrechte das öffentliche und das private Interesse so gegeneinander abwägen, dass das öffentliche Interesse nicht unverhältnismäßig in das private Interesse eingreift.⁸⁹⁴ Gleichzeitig muss das Individuum damit rechnen, dass die Änderung der gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Gegebenheiten zu einer Änderung des geltenden Rechts führen kann, darunter auch zur Änderung der Rechtsgrundlagen, auf die es bisher seine subjektiven Rechte gestützt hat.⁸⁹⁵ Der Gesetzgeber aber hat das Recht, die einmal gewählten legislativen Lösungen nachträglich negativ zu beurteilen und sie entsprechend anzupassen.⁸⁹⁶ Die Änderungen können auch grundsätzlich zu Ungunsten der Betroffenen durchgeführt werden, sodass die Verschlechterung ihrer rechtlichen oder wirtschaftlichen Lage nicht immer einen Verstoß gegen das Vertrauensschutzprinzip bedeutet.⁸⁹⁷

Die Förderdauer durch das Quotenmodell wurde unter den Regelungen des EnR nicht vorgegeben. Die Anlagenbetreiber mussten damit rechnen (auch im Lichte der öffentlichen Debatte über die Anpassung des polnischen Rechts an die EU-Vorgaben), dass Änderungen des Fördermodells nicht ausgeschlossen sind.⁸⁹⁸ *A maiore ad minus* betrifft dies die anderen Akteure, welche die Errichtung eines EE-Projekts – aus wirtschaftlichen oder ideologischen Gründen – in Erwägung gezogen oder schon eingeleitet haben. Auch sie mussten das Risiko einkalkulieren, dass die gesetzlichen Grundlagen ihres Businessmodells geändert werden oder

⁸⁹³ In dem Sinne, dass die Anlagenbetreiber lediglich über einen bestimmten, zum Zeitpunkt der erstmaligen Inanspruchnahme gesetzlich vordefinierten Zeitraum berechtigt wären, die Erteilung der Zertifikate erfolgreich zu fordern.

⁸⁹⁴ Urt. des poln. VerfG vom 08.04.1998, AZ.: K 10/97.

⁸⁹⁵ Urt. des poln. VerfG vom 22.06.1999, AZ.: K 5/99; Urt. des poln. VerfG vom 04.01.2000, AZ.: K 18/99.

⁸⁹⁶ Urt. des poln. VerfG vom 28.06.1994, AZ.: K 6/93; Urt. des poln. VerfG vom 22.08.1990, AZ.: K. 7/90.

⁸⁹⁷ Urt. des poln. VerfG vom 19.11.1996, AZ.: K. 7/95.

⁸⁹⁸ Vgl. Urt. des poln. VerfG vom 16.09.2003, AZ.: K 55/02.

sogar ganz entfallen. Konsequenterweise kann auch keine Anwartschaft bezüglich der Höhe der Zertifikatspreise angenommen werden, wie sich dies manche Akteure der Branche wünschen mögen. Die gesetzlichen Regelungen gaben auch vor dem Inkrafttreten des OZE-G keine Höhe der Zertifikatspreise vor. Eventuelle Änderungen der bisherigen faktischen Preistendenzen infolge der Überführung des Fördermodells⁸⁹⁹ sind damit als ein wirtschaftliches Risiko des jeweiligen Anlagenbetreibers einzuschätzen.

Hinsichtlich der Förderdauer kann die Frage nach der Verletzung der Bestandsrechte unterschiedlich je nach Fortschrittstadium des Projekts ausfallen, wenn dem Anlagenbetreiber sogenannte schwebende Rechte entstanden sind.

2) Bestandsschutz in Bezug auf sogenannte schwebende Rechte

Die sogenannten schwebenden Rechte sind finanzielle oder wirtschaftliche Schritte, die in Verfolgung eines definierten Ziels unter Geltung des alten Rechts durch ein berechtigtes Subjekt eingeleitet worden sind.⁹⁰⁰ Die Einleitung derartiger Schritte ist grundsätzlich mit finanziellen Aufwendungen verbunden, sodass eine plötzliche Änderung der Rechtslage für den Betroffenen materielle Nachteile in nicht unerheblicher Höhe herbeiführen kann.⁹⁰¹ Allerdings müssen die perspektivisch planenden Unternehmen, falls das Gesetz keine zeitlichen Grenzen für das Bestehen eines Privilegs bzw. einer wirtschaftlichen Möglichkeit festsetzt, jederzeit mit einer Änderung der Rechtslage rechnen, insbesondere wenn dies die Anapassung der polnischen Rechtsordnung an die Vorgaben des (bereits geltenden) EU-Rechts erfordert. Die Rechtsänderungen gehören zu dem wirtschaftlichen Risiko der unternehmerischen Tätigkeit,⁹⁰² das jedoch nicht grenzenlos durch willkürliches Verhalten des Gesetzgebers verschärft werden darf. Der Gesetzgeber ist demnach verpflichtet, einen bestimmten Zeithorizont zu respektieren.⁹⁰³

Es kann infolgedessen mit guten Argumenten angenommen werden, dass in einer Etappe der Realisierung des EE-Projekts seitens des Entwicklers ein schwebendes Recht entsteht, welches verfassungsrechtlichen Bestandsschutz genießt. Ein möglicher Grenzpunkt kann beispielsweise die Erlangung der Baugenehmigung oder der Netzanschlussbedingungen sein, da die Absolvierung dieser Projektschritte durch den Projektentwickler einen nicht unerheblichen administrativen und finanziellen Aufwand bedeutet.

Für Projekte, die das Inkrafttreten der neuen Regelungen in diesem fortgeschrittenen Stadium „überrascht“, müsste daher der Gesetzgeber eine Option schaffen, die Realisierung und Durchführung des eingeleiteten Projekts nach den alten Regeln abschließen zu können. Der Umfang des Schutzes wird allerdings umgekehrt proportional zu der Dauer der Übergangsphase zwischen beiden Fördermodellen sein: Je länger die Vorlaufzeit vor dem Zeitpunkt der Umstellung auf das Ausschreibungsmodell, desto weniger notwendig scheint die Einführung der Option des eventuellen Verbleibens unter dem alten Regime zu sein. Die

⁸⁹⁹ *Andruszkiewicz, Jerzy/Hoppe, Kamil*, Analiza strategii obrotu świadectwami pochodzenia energii odnawialnej podczas notowań sesyjnych rynku praw majątkowych, Rynek energii, Politechnika Lubelska 2015, S. 7 ff.

⁹⁰⁰ Urt. des poln. VerfG vom 25.11.1997, AZ.: K 26/97.

⁹⁰¹ Urt. des poln. VerfG vom 25.11.1997, AZ.: K 26/97.

⁹⁰² Urt. des poln. VerfG vom 25.11.1997, AZ.: K. 26/97.

⁹⁰³ Beschl. des des poln. VerfG vom 25.11.2009, AZ.: SK 30/07.

Umstellung des Fördermodells auf Ausschreibungen wurde durch die EE-Branche in Polen wegen der nicht ausreichend langen Übergangsphase kritisiert. Der Gesetzgeber habe den Entwicklern der EE-Projekte zu wenig Zeit eingeräumt, die Entscheidung zu treffen, unter welchem Fördermodell sie ihr Vorhaben planen und anschließend realisieren wollen.⁹⁰⁴ Die Absprachen über die aus wirtschaftlicher Sicht entscheidenden Punkte, wie z.B. die Deckelung der Förderhöhe, haben sich bis zur letzten Minute vor der Verabschiedung des OZE-G hingezogen. Die Unsicherheit bezüglich des wirtschaftlichen Spielraums, in welcher der Gesetzgeber die Projektentwickler für die Planung ihrer Projekte gelassen hat, hat daher relativ lange ange dauert.

3) Zwischenfazit

Das OZE-G hat zahlreiche Regelungen getroffen, die den Bestandsschutz gewährleisten sollen. Allerdings ist tatsächlich die Gewährung eines ausreichenden Vertrauensschutzes zweifelhaft. Es kann zwar keine pauschale Verletzung des Vertrauensschutzes in Bezug auf die wesentlichen Änderungen des Quotenmodells mit Zertifikate-Handel, wie die Einführung einer beschränkten Förderdauer, angenommen werden. Allerdings kann in Bezug auf bereits sehr fortgeschrittene EE-Projekte eine relativ kurze *Vacatio legis* zu einer solchen Annahme führen.

4. Zwischenfazit

Die Überführung des Fördermodells vom Quotenmodell mit Zertifikate-Handel in das Ausschreibungsmodell hat es notwendig gemacht, zahlreiche Übergangsregelungen zu treffen. Nach dem allgemeinen Prinzip, das viele Ausnahmen kennt, sind alte Vorgänge nach dem alten Recht abzuschließen. Die neuen Förderregelungen gelten grundsätzlich für Neuanlagen. Als solche gelten die, die den Strom erstmalig nach dem Inkrafttreten des Kapitels 4. des OZE-G erzeugen. Die Bestandsanlagen haben aber das Recht, nach der Erfüllung gesetzlicher Vorgaben in das Ausschreibungsmodell zu wechseln. Die Übergangsregelungen für die Überführung des alten in das neue Fördersystem können insbesondere in Bezug auf EE-Projekte in fortgeschrittenem Stadium Zweifel an der Gewährleistung eines ausreichenden Niveaus an Vertrauensschutz wecken.

V. Ausblick

Die rechtlichen Rahmenbedingungen der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien in Polen werden aller Voraussicht nach in Kürze wieder zum Gegenstand einer Novellierung.⁹⁰⁵ Ein entsprechendes Projekt ist im Juni 2017 während der Sitzung des Parlamentarischen Ausschusses für Bergbau und Energie diskutiert worden; die Änderungsvorschläge sind im Energieministerium vorbereitet worden.⁹⁰⁶ Das Projekt⁹⁰⁷ sieht u.a. die Anpassung von diversen

⁹⁰⁴ Siehe Hajduk, Robert, Wątpliwa ochrona praw nabytych OZE, wnp.pl 23.09.2013, http://energetyka.wnp.pl/r-hajduk-norton-rose-fulbright-watpliwa-ochrona-praw-nabytych-oze,207170_1_0_0.html, abgerufen am 15.02.2016.

⁹⁰⁵ Information des Energieministers an den Sejmvorsitzenden vom 03.03.2017, Nr. DEO.I.058.4.2017, IK: 71182, S. 1.

⁹⁰⁶ Ausschuss für Bergbau und Energie, Angaben zu der Sitzung des Ausschusses auf der Internetpräsenz des Sejms, <http://www.sejm.gov.pl/Sejm8.nsf/agent.xsp?symbol=POSIEDZENIAZESP&Zesp=390>, abgerufen am 14.06.2017.

bestehenden und die Einführung neuer Definitionen (z.B. der Modernisierung) vor, außerdem eine Änderung der Regeln betreffend die Deckelung der Förderhöhe, die Einführung von Feed-in-Tariffs und Feed-in-Premium (z.B. für die Agrarbiogas-, Klärgas- und Wasserkraftanlagen, entsprechend der Größe der Anlagen). Zudem geraten wieder die Windkraftanlagen in den Fokus: Die Regelungen betreffend die Entwicklung von Investitionen in diesem Bereich werden erneut zum Gegenstand gesetzlicher Anpassungen. Das frühe Stadium der Projektentwicklung sowie der Detaillierungsgrad der zur Verfügung gestellten Informationen erlauben keine aussagekräftige Bewertung der geplanten Änderungen. Es lässt sich allerdings schon jetzt konstatieren, dass die kommende Novelle des OZE-G Bestimmungen zur Projektentwicklung sowie finanzielle Aspekte des Fördermodells tangieren wird. Die Entwicklungen bleiben abzuwarten.

VI. Zusammenfassung

In Polen wird die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien durch unterschiedliche Modelle gefördert. Ein Teil der Erneuerbare-Energien-Anlagen erhält grundsätzlich eine Unterstützung in Form des Quotenmodells mit Zertifikate-Handel. Danach wird der Verkauf physischer Energie von ihrer grünen Qualität entkoppelt. Für den eingespeisten Strom erhalten die Anlagenbetreiber einen festen Preis. Die grüne Stromqualität wird in Form von Zertifikaten auf dem Markt nach den Regeln von Angebot und Nachfrage veräußert. Letztere wird durch den Gesetzgeber durch die Einführung einer Quote für die zum Einkauf der Zertifikate verpflichteten Einrichtungen angekurbelt. Das Quotenmodell mit Zertifikate-Handel gilt grundsätzlich für Altanlagen – die damit in dem bisherigen Fördermodell verbleiben. Ob eine bestimmte Anlage durch dieses Fördermodell oder bereits durch das neue Fördermodell unterstützt wird, entscheidet sich nach den einschlägigen Übergangsregelungen. Das neue Fördermodell – Ausschreibungsmodell – ist grundsätzlich auf die Neuanlagen anzuwenden. In diesem Modell konkurrieren die Bieter miteinander um einen Zuschlag, der ihnen die Möglichkeit der Förderung eröffnet. Als Ausnahme wurde für die kleineren Anlagen bis 40 kW eine sog. Abrechnungsverpflichtung eingeführt, wonach der Anlagenbetreiber den erzeugten Grünstrom gegen den aus dem Netz öffentlicher Versorgung bezogenen Strom tauscht. Mit den Rechten aus den Fördermodellen gehen ebenfalls zahlreiche Pflichten einher, deren ordnungsgemäße Erfüllung durch einen Kontroll- und Strafmechanismus sichergestellt wird. Die Kosten der Fördermodelle werden im Endergebnis jeweils auf die Stromendverbraucher abgewälzt.

Das für die Fördermodelle zentrale Gesetz ist das sog. OZE-Gesetz. Es wurde nach langer Vorbereitungs- und Anpassungsphase eingeführt, um u.a. die polnischen Regelungen an die Bestimmungen des Rechts der europäischen Union anzupassen und die Förderkosten zu senken. Der Abschluss der Entscheidungsphase durch den Gesetzgeber wurde zwar durch die Branche begrüßt, allerdings stoßen diverse umgesetzte Lösungen samt zahlreicher Interpretationsschwierigkeiten auf offene Kritik seitens der Branchenakteure. Eine weitere Novellierung der Bestimmungen des OZE-G steht an. Eine aussagekräftige Auswertung der Fördermodelle in der aktuell geltenden Fassung wäre im Hinblick auf die Gültigkeitsdauer der einschlägigen Regelungen verfrüht. Es sind Stimmen vorhanden, welche die Erreichung der

⁹⁰⁷ Das Projekt des Energieministeriums hat noch keine Form eines Gesetzesentwurfs, sondern es handelt sich lediglich um eine allgemeine Power-Point-Präsentation, [http://orka.sejm.gov.pl/opinie8.nsf/nazwa/390_20170608/\\$file/390_20170608.pdf](http://orka.sejm.gov.pl/opinie8.nsf/nazwa/390_20170608/$file/390_20170608.pdf), abgerufen am 14.06.2017.

nationalen Ausbauziele für Strom aus erneuerbaren Energien unter den geltenden Regelungen bezweifeln.

F. Zusätzliche Mechanismen der Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien in Polen

Nachfolgend werden zusätzliche Fördermechanismen sowie allgemeine Regeln und Bedingungen für die Erzeugung von Grünstrom erläutert. Es folgt die Besprechung der Herkunftsnachweise und flexiblen Kooperationsmechanismen.

I. Regeln und Bedingungen der Stromerzeugung in Mikro-, Klein- sowie Agrarbiogasanlagen und Anlagen für flüssige Biobrennstoffe

Damit der Anlagenbetreiber von der Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien oder von weiteren Erleichterungen profitieren kann, hat er eine Reihe von gesetzlichen Voraussetzungen zu erfüllen. Neben den für das jeweilige Förderregime charakteristischen Vorgaben gelten weitere, anlagenspezifische Voraussetzungen für die grüne Stromerzeugung, zu deren Einhaltung der jeweilige Anlagenbetreiber verpflichtet (oder von deren Erfüllung er befreit) ist. Die spezifischen Regeln gelten insbesondere für Mikro- und Kleinanlagen sowie für die Stromerzeugung aus Agrarbiogas und aus flüssigen Biobrennstoffen.

1. Mikroanlagen

Die Erzeugung und Einspeisung elektrischer Energie aus erneuerbaren Energien durch den Prosumenten ist nicht als Ausübung einer wirtschaftlichen Tätigkeit eingestuft.⁹⁰⁸ Damit werden die privilegierten Betreiber von Mikroanlagen grundsätzlich von den Verpflichtungen befreit, die mit der Anmeldung und Führung eines Gewerbes verbunden sind. Zudem sieht das OZE-G in Bezug auf den Netzanschluss für die Betreiber von Mikroanlagen diverse Erleichterungen vor. Statt eines aufwendigen Netzanschlussverfahrens verlangt das OZE-G lediglich, gegenüber dem zuständigen Netzbetreiber eine entsprechende Mitteilung abzugeben.⁹⁰⁹

2. Kleinanlagen

Im Gegensatz zum Betrieb von Mikroanlagen wird die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien in Kleinanlagen als wirtschaftliche Tätigkeit eingestuft. Sie ist zudem eine regulierte Tätigkeit und erfordert eine Eintragung in das Register der Energieerzeuger in Kleinanlagen,⁹¹⁰ das durch den URE-Vorsitzenden geführt wird. Das Register ist öffentlich und wird in elektronischer Form geführt.⁹¹¹ Die Eintragung erfolgt auf Antrag⁹¹² des Kleinanlagenbetreibers.⁹¹³ Der URE-Vorsitzende prüft die Angaben und erlässt einen entsprechenden Bescheid. Diverse Verstöße, wie die Angabe von falschen Informationen oder die Nicht-

⁹⁰⁸ Art. 4 Abs. 8 OZE-G.

⁹⁰⁹ Art. 5 OZE-G, siehe auch Seite 186. Das OZE-G schreibt den Inhalt der Mitteilung vor: Anschlussfrist, Anschlussort, installierte Leistung, Technologie, mittels der die elektrische Energie erzeugt wird.

⁹¹⁰ Art. 7 OZE-G. <http://bip.ure.gov.pl/bip/rejstry-i-bazy/rejestr-wytworcow-energ/2138,Rejestr-wytworcow-energii-w-malej-instalacji.html>.

⁹¹¹ Art. 11 Abs. 2 bis 3 OZE-G.

⁹¹² Der Inhalt des Antrags ist gesetzlich vorgegeben und die Muster des Antrags legt der Wirtschaftsminister in einer Verordnung fest, Art. 10 OZE-G. In dem Antrag hat der Kleinanlagenbetreiber neben diversen Standardangaben eine Erklärung über die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben sowie u.a. darüber abzugeben, dass der Antragsteller keine Steuer- oder Sozialabgabenschulden hat.

⁹¹³ Art. 8 OZE-G.

einhaltung der Anforderungen an die Nachhaltigkeit, können mit der Löschung des Kleinanlagenbetreibers aus dem Register und einer dreijährigen Sperre für die Neueintragung sanktioniert werden.⁹¹⁴

Für die Stromerzeugung in Kleinanlagen ist der Betreiber zur Erfüllung diverser Vorgaben verpflichtet.⁹¹⁵ Zum einen muss er über ein Nutzungsrecht an der Kleinanlage und den Bauobjekten verfügen, in denen die wirtschaftliche Tätigkeit im Bereich der Stromerzeugung ausgeübt wird. Ein Eigentumsrecht wird hingegen nicht verlangt. Weiter muss der Kleinanlagenbetreiber die technischen, brandschutz-, sanitär- und umweltrechtlichen sowie weitere Vorschriften betreffend die Kleinanlage und die dazugehörigen Bauobjekte einhalten. Notwendig ist des Weiteren die Gewährleistung der Erfüllung der Vorgaben für die Nachhaltigkeit, wie z.B. kein Einsatz fossiler Energiequellen oder keine Beimischung unzulässiger Einsatzstoffe. Ferner trifft den Kleinanlagenbetreiber die Verpflichtung zur Führung der Dokumentation und Berichterstattung dem URE-Vorsitzenden gegenüber.

3. Stromerzeugung aus Agrarbiogas

Die Erzeugung von elektrischer Energie aus Agrarbiogas⁹¹⁶ in anderen EE-Anlagen als Mikroanlagen ist eine regulierte Tätigkeit und erfordert eine Eintragung in das Register der Agrarbiogaserzeuger.⁹¹⁷ Die Eintragung in das Register erfolgt auf Antrag des Anlagenbetreibers. Das OZE-G gibt den Mindestinhalt des Antrags vor.⁹¹⁸ Das Register ist öffentlich und kann in elektronischer Form geführt werden.

Der Anlagenbetreiber, der eine wirtschaftliche Tätigkeit im Bereich der Stromerzeugung aus Agrarbiogas plant oder realisiert, sowie ein Investor, der ein Projekt zu der Stromerzeugung aus Agrarbiogas plant oder realisiert, hat die Mitteilungspflichten nach der Verordnung (EU) Nr. 256/2014⁹¹⁹ zu erfüllen.⁹²⁰ Falls die Anlage bzw. das Projekt ein Volumen von 20 MW installierte Leistung übersteigt, sind Angaben zu der Infrastruktur des Vorhabens dem Vorsitzenden der Agrarmarktbehörde zu übermitteln. Der Anlagenbetreiber, der eine wirtschaftliche Tätigkeit im Bereich der Stromerzeugung aus Agrarbiogas ausübt, muss⁹²¹ über ein Nutzungsrecht an der Anlage und den Bauobjekten verfügen, in denen dieser wirtschaftlichen Tätigkeit nachgegangen wird. Ein Eigentumsrecht wird nicht verlangt. Weiter sind die technischen

⁹¹⁴ Art. 13 – 15 OZE-G. Unklar ist, ob die Sperre für die Wiedereintragung (und dementsprechend das Verbot der Ausübung der wirtschaftlichen Tätigkeit im Bereich der Stromerzeugung in einer Kleinanlage) anlagen- oder betreiberbezogen zu verstehen ist. Gegen den Bescheid kann sich der Anlagenbetreiber durch einen Widerspruch wehren, der an das Wettbewerbsgericht in Polen zu richten ist.

⁹¹⁵ Art. 9 OZE-G.

⁹¹⁶ Das OZE-G stellt detaillierte Anforderungen an die Erzeugung von Agrarbiogas; diesbzügliche Ausführungen gehören indessen nicht zum Gegenstand dieser Ausarbeitung. Die Regelungen zur Förderung von Stromerzeugung aus Biogas und flüssigen Biobrennstoffen wird vorliegend nur auszugsweise und nicht vollständig dargestellt.

⁹¹⁷ Art. 23 Nr. 2 OZE-G.

⁹¹⁸ Art. 26 OZE-G. Der Inhalt ist dem des Antrags auf die Eintragung in den Kleinanlagenregistern ähnlich und umfasst auch die oben erwähnten Erklärungen.

⁹¹⁹ Verordnung (EU) Nr. 256/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26.02.2014 über die Mitteilung von Investitionsvorhaben für Energieinfrastruktur in der Europäischen Union an die Kommission, zur Ersetzung der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 617/2010 des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 736/96 des Rates, ABl. L 84/61.

⁹²⁰ Art. 24 Abs. 3 OZE-G.

⁹²¹ Art. 25 OZE-G.

sowie brandschutz-, sanitär-, umweltrechtlichen und weitere rechtliche Vorgaben an die Anlage und die dazugehörigen Bauobjekte einzuhalten. In seiner Anlage darf der Anlagenbetreiber als Einsatzstoff zur Stromerzeugung ausschließlich Agrarbiogas nutzen. Zudem hat er diverse Mitteilungs- und Rapportpflichten dem Vorsitzenden der Agrarmarktbehörde gegenüber zu erfüllen. Dieser prüft die Angaben und erlässt einen entsprechenden Bescheid. Diverse Verstöße, wie z.B. die Angabe von falschen Informationen oder der Einsatz von anderen Stoffen als Agrarbiogas, können die Streichung aus dem Register und eine dreijährige Sperre für die Neueintragung nach sich ziehen.⁹²² Dem Vorsitzenden der Agrarmarktbehörde werden umfassende Kontrollrechte gewährt.⁹²³

Die Erzeugung von elektrischer Energie aus flüssigen Biobrennstoffen ist ebenso eine regulierte Tätigkeit und erfordert eine Eintragung in das Register der Erzeuger flüssiger Biobrennstoffe.⁹²⁴ Die Vorschriften bezüglich Führung und Inhalt des Registers der Agrarbiogaserzeuger sind auf das Register der Erzeuger flüssiger Biobrennstoffe analog anzuwenden.⁹²⁵

Der Anlagenbetreiber hat diverse Voraussetzungen zu erfüllen. Unter anderem muss er⁹²⁶ über ein Recht an der Anlage und den Bauobjekten verfügen, in denen die wirtschaftliche Tätigkeit im Bereich der Stromerzeugung aus flüssigen Biobrennstoffen ausgeübt wird. Ein Eigentumsrecht wird nicht verlangt. In seiner Anlage darf er als Einsatzstoff lediglich Biomasse oder vollwertiges Getreide nutzen. Ihn treffen umfangreiche Dokumentations- und Mitteilungspflichten gegenüber dem Vorsitzenden der Agrarmarktbehörde.

II. Zusätzliche Fördermechanismen

Die Modelle für die Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien im polnischen Recht werden um weitere Mechanismen ergänzt, welche die Realisierung und den Betrieb der EE-Projekte zusätzlich zu den allgemeinen Förderrahmen unterstützen. Zu diesen Mechanismen gehören sowohl formelle Instrumente, wie Verteilungs- und Übertragungsvorrang oder Netzanschlussvorrang, als auch wirtschaftliche, wie Kürzung der Netzanschlusskosten, Befreiung von Konzessionsgebühren und Verbrauchsteuerentlastung.

1. Netzanschlussvorrang

Im polnischen Modell der Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien genießen EE-Anlagen vor Anlagen zur Stromerzeugung aus fossilen Energiequellen einen Netzanschlussvorrang.⁹²⁷ Dieser wurde mit dem OZE-G eingeführt und soll zu der Vollziehung der Implementierung der Richtlinie 2009/28/EG beitragen.⁹²⁸ Der Netzanschlussvorrang bedeutet eine Privilegierung der EE-Anlagen im Rahmen des Netzanschlussverfahrens, das in Polen grundsätzlich aus der Phase der Einholung der Netzanschlussbedingungen und der Phase des Abschlusses eines Netzanschlussvertrags besteht. Über den Netzanschlussvorrang wird der

⁹²² Art. 30-31 OZE-G. Unklar ist, ob die Sperre für die Wiedereintragung anlagen- oder betreiberbezogen zu verstehen ist.

⁹²³ Art. 33 OZE-G.

⁹²⁴ Art. 34 OZE-G.

⁹²⁵ Art. 36 OZE-G.

⁹²⁶ Art. 35 OZE-G.

⁹²⁷ Art. 179 Abs. 2 lit. a OZE-G, der Art. 7 Abs. 1 EnR novelliert.

⁹²⁸ Begründung zum OZE-G, S. 72.

zuständige Netzbetreiber verpflichtet, den Netzanschlussvertrag mit den anschlusswilligen EE-Anlagen vorrangig vor einem Netzanschlussvertrag mit den an einem Netzanschluss interessierten Betreibern fossiler Stromerzeugungsanlagen zu schließen.

Weder das OZE-G noch die Gesetzgebungsmaterialien bieten eine Erklärung, wie der Netzanschlussvorrang konkret realisiert werden soll. Nach dem Wortlaut der neuen Regelung ist die Realisierung des Netzanschlussvorrangs an den Abschluss des Netzanschlussvertrags und damit an die Phase der Erlangung der Netzanschlussbedingungen geknüpft, die mit dem Abschluss eines Netzanschlussvertrags endet. Die fossile Anlage soll die Netzkapazitäten freistellen, bis die EE-Anlage die benötigten Netzkapazitäten erlangt und mit dem zuständigen Netzbetreiber einen Netzanschlussvertrag abschließt. Nach Ansicht der Autorin soll der Netzanschlussvorrang unabhängig von der Frage der (eingeschränkten) Netzanschlusskapazitäten ebenfalls in zeitlicher Hinsicht gewährleistet werden, sodass die EE-Anlagen stets vor fossilen Anlagen zum Zuge kommen, unabhängig von dem Zeitpunkt der Anmeldung des Netzanschlussbegehrens. Die Tragweite des so verstandenen Netzanschlussvorrangs kam insbesondere vor dem Stichtag der Umstellung des Fördermodells für Strom aus erneuerbaren Energien zur Geltung. Für die Überwachung der Einhaltung des Netzanschlussvorrangs ist der URE-Vorsitzende zuständig, den die Betreiber der EE-Anlagen über Fälle der Absage des Netzanschlusses informieren können.

2. Verteilungs-/Übertragungsvorrang

Ein weiterer der zusätzlichen Förderinstrumente im Rahmen der Förderung des Stroms aus erneuerbaren Energien ist der Übertragungsvorrang. Das OZE-G führt den im EnR geregelten Übertragungs- und Verteilungsvorrang für Strom aus erneuerbaren Energien fort.⁹²⁹

3. Kürzung der Netzanschlusskosten

Die Netzanschlusskosten stellen grundsätzlich einen großen Teil der Gesamtkosten der Realisierung eines EE-Projekts dar. Von nicht unerheblicher wirtschaftlicher Bedeutung für Projektentwickler, welche die Errichtung von EE-Anlagen anstreben, ist daher ein zusätzliches Förderinstrument: die gesetzliche Kürzung der anfallenden Netzanschlusskosten.⁹³⁰ EE-Anlagen mit installierter Leistung bis 5 MW sowie KWK-Anlagen mit installierter Leistung bis 1 MW haben an den zuständigen Netzbetreiber nur die Hälfte der Höhe der Anschlussgebühr zu entrichten. Die Mikroanlagen sind dagegen von der Zahlung der Anschlussgebühr im vollen Umfang befreit.

4. Befreiung von Konzessionsgebühren

Die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien ist prinzipiell eine konzessionspflichtige Tätigkeit. Für die Erlangung und den Erhalt der Konzession fallen grundsätzlich Gebühren an.

Als (wirtschaftliche) Begünstigung für die Projektentwickler bzw. die Betreiber von EE-Anlagen hat der Gesetzgeber die Befreiung bestimmter Anlagen von der Zahlung der Konzessionsgebühren geregelt. Anlagen mit installierter Leistung bis 5 MW sind von den Konzessionsgebühren vollumfänglich befreit.⁹³¹ Die Befreiung wird anlagen- und nicht betrei-

⁹²⁹ Art. 9c Abs. 6 EnR a.F.; Art. 179 Nr. 6 lit. a OZE-G, der den Wortlaut des Art. 9c Abs. 6 EnR novelliert.

⁹³⁰ Art. 7 Abs. 8 Nr. 3 lit. a und b EnR.

⁹³¹ Art. 34 Abs. 4 EnR.

berbezogen erteilt, sodass die installierte Leistung der einzelnen Anlagen des jeweiligen Betreibers bei der Berechnung der befreiungsfähigen Anlagengröße nicht summiert wird.⁹³²

5. Verbrauchsteuerentlastung

Elektrische Energie ist nach polnischem Steuerrecht grundsätzlich mit Verbrauchsteuer belastet. Die Verbrauchsteuer fällt u.a. an auf Erwerb, Verkauf, Verbrauch und Import elektrischer Energie.⁹³³ Besteuert wird demnach auch grundsätzlich der Eigenverbrauch.

Der Gesetzgeber hat sich für eine Entlastung von der Steuerzahlungspflicht lediglich in Bezug auf die Bestandsanlagen entschieden, die über das Quotenmodell mit Zertifikate-Handel gefördert werden.⁹³⁴ Vorgaben zu der zulässigen Größe, installierter Leistung der Anlage oder Stromerzeugungstechnologie existieren nicht. Die Entlastung greift allerdings nicht automatisch ein. Um von der Entlastung profitieren zu können, ist der Anlagenbetreiber verpflichtet, dem zuständigen Zollamt einen Nachweis über die Einziehung der Zertifikate vorzulegen.⁹³⁵ Dementsprechend können von der Entlastung von der Verbrauchsteuer nur die Anlagenbetreiber profitieren, welche die Förderung über das Quotenmodell mit Zertifikate-Handel in Anspruch genommen und die ausgestellten Zertifikate erfolgreich veräußert haben, die ferner ebenso eingezogen worden sein müssen.⁹³⁶

Mit dem Inkrafttreten des OZE-G und der Umstellung des Fördersystems für Strom aus erneuerbaren Energien auf das Ausschreibungsmodell hat der Gesetzgeber keine Erweiterung der Steuerbefreiung bezüglich des Grünstroms vorgenommen. Eine der Voraussetzungen für die Verbrauchsteuerentlastung bleibt weiterhin die Vorlage eines Nachweises über die Einziehung der Zertifikate. Anlagen, die entweder das Quotenmodell mit Zertifikate-Handel (z.B. wegen des Datums ihrer erstmaligen Stromerzeugung) nicht in Anspruch nehmen können oder endgültig in das Ausschreibungsmodell gewechselt haben, steht keine Möglichkeit offen, die Verbrauchsteuerentlastung zu erlangen. Die Einschränkung des Anwendungsbereichs der Verbrauchsteuerentlastung auf die Bestandsanlagen im Quotenmodell ist durch den Gesetzgeber bewusst erfolgt und entspricht seinem Bestreben nach Reduzierung der Gesamtkosten des Fördermodells für Strom aus erneuerbaren Energien bei gleichzeitiger Bewahrung der Bestandsrechte.⁹³⁷ Diesen Willen hat der polnische Gesetzgeber durch eine Klarstellung, welche die Novelle vom 22. Juni 2016 eingeführt hat, bestätigt. Danach unterliegt der Verbrauchsteuerlast auch die durch den Prosumenten erzeugte Grünenergie, die im Rahmen der Stromabnahmeverpflichtung abgenommen worden ist.⁹³⁸

⁹³² Allerdings kann die unklare Definition der EE-Anlagen (siehe Seite 67 ff.) auch hier zu Interpretationsschwierigkeiten führen.

⁹³³ Art. 9 Abs. 1 des Gesetzes vom 06.12.2008 über die Verbrauchsteuer (VerbrauchsteuerG), BGBl. 2009 Nr. 3 Pos. 11 mit späteren Änderungen.

⁹³⁴ Art. 30 Abs. 1 VerbrauchsteuerG.

⁹³⁵ Art. 30 Abs. 2 VerbrauchsteuerG.

⁹³⁶ Die Entlastung von der Verbrauchsteuer knüpft der Gesetzgeber damit an die Verwertung der grünen Qualität der elektrischen Energie aus erneuerbaren Energiequellen, die in dem Fördersystem selbst von dem Schicksal der physischen Energie entkoppelt ist. Die Steuerentlastung kann nicht vor dem Zeitpunkt gewährt werden, zu dem ein Nachweis über die Einziehung der Zertifikate erbracht wurde, Art. 30 Abs. 2 VerbrauchsteuerG.

⁹³⁷ Begründung des OZE-G, S. 50 f.

⁹³⁸ Art. 4 Abs. 10 OZE-G.

An dieser Stelle sei kurz angemerkt, dass die Erzeuger grüner Energie von der allgemeinen Steuerentlastung profitieren können, die auch für andere Stromerzeuger gilt: Von der Verbrauchsteuer ist grundsätzlich die elektrische Energie befreit, die zur Erzeugung von Strom oder zur Aufrechterhaltung der entsprechenden Betriebsvorgänge eingesetzt wird.⁹³⁹

6. Zwischenergebnis

Die zusätzlichen Fördermechanismen erleichtern, zumindest in wirtschaftlicher Hinsicht, den Projektentwicklern und den Anlagenbetreibern die Errichtung und den Betrieb der EE-Anlagen. Mit dem Netzanschlussvorrang, dem Verteilungs- und dem Übertragungsvorrang bleibt den (potenziellen) Erzeugern grüner Energie auf diesem Gebiet ein unmittelbarer Wettbewerb mit (potenziellen) Erzeugern fossiler Energie erspart. Wegen der unpräzisen, unvollständigen Formulierung dieser Vorrangsregelungen müssen die Berechtigten in der Praxis Schwierigkeiten bei der reibungslosen Durchsetzung ihrer Rechte befürchten.

Die vollständige Befreiung von Konzessionsgebühren oder Netzanschlusskosten oder deren Kürzung und die Verbrauchsteuerentlastung sollen die wirtschaftliche Attraktivität der EE-Projekte steigern. Allerdings wird von den Befreiungen nur ein relativ enger Berechtigtenkreis profitieren können. Zudem müssen die Berechtigten bei der Inanspruchnahme der Befreiungen die Deckelung der Höhe der Förderung beachten. Die gewährten Befreiungen sind im Rahmen der Berechnung der Gesamthöhe der Förderung zu berücksichtigen, was ggf. zur Kürzung ihrer Gesamthöhe führen kann. Die gewährten Befreiungen können daher nicht als ein Förderinstrument mit zusätzlichem Charakter gewertet werden.

III. Herkunftsnachweise

Die Erzeuger von Strom aus erneuerbaren Energien werden in Polen zusätzlich über das System der Herkunftsnachweise gefördert. Die Einführung der Herkunftsnachweise ist in Polen im Jahr 2013 mit dem Zweck der Erfüllung der Verpflichtung aus der Richtlinie 2009/28/EG erfolgt.⁹⁴⁰

Das System der Herkunftsnachweise stellt im polnischen Fördermodell für die Betreiber von EE-Anlagen eine zusätzliche Möglichkeit der Finanzierung der Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energiequellen dar. Laut der Gesetzesbegründung zum OZE-G soll das System der Herkunftsnachweise dem Endverbraucher eine Information über den Anteil des Grünstroms in den an ihn veräußerten Strommengen liefern.⁹⁴¹

Ein Herkunftsnachweis ist ein Dokument, das die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energiequellen und seine Einspeisung in das Übertragungs- oder Verteilungsnetz bescheinigt.⁹⁴² Ein Herkunftsnachweis wird mit einer Genauigkeit von 1 MW des Grünstroms⁹⁴³ in

⁹³⁹ Art. 30 Abs. 7 VerbrauchsteuerG. Allerdings handelt es sich im Falle von EE-Anlagen um Größen, die grundsätzlich keine entscheidende Bedeutung aufweisen.

⁹⁴⁰ Novelle des EnR vom 26.07.2016, BGBl. 2013, Pos. 984, sog. kleiner Energiedreipack, Drucksache Nr. 946, Begründung des Gesetzes, S. 46.

⁹⁴¹ Begründung des Gesetzes, Seite 49. Angesichts der Tatsachen, dass dem Endverbraucher physisch der Grünstrom in den Mengen geliefert wird, die dem Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energien im Elektrizitätssystem entsprechen, und dass die Nachfrageseite des Herkunftsnachweissystems noch nicht entsprechend ausgeprägt ist und damit die Herkunftsnachweise als Nachweissystem grüner Qualität noch nicht verbreitet sind, ist diese Aussage nur bedingt zutreffend.

⁹⁴² Art. 120 OZE-G.

elektronischer Form mit gesetzlich vorgegebenem Inhalt ausgestellt und automatisch an das Herkunftsnachweisregister weitergeleitet.⁹⁴⁴ Die Herkunftsnachweise sind ab der Erzeugung der Strommengen, für die sie beantragt worden sind, 12 Monate gültig.⁹⁴⁵ Nach dem Ablauf der Gültigkeitsdauer erlöschen sie.

Die Herkunftsnachweise stellt der URE-Vorsitzende auf einen Antrag des Berechtigten aus. Den Antrag hat der Berechtigte mit dem gesetzlich vorgesehenen Mindestinhalt innerhalb von 30 Tagen nach dem Ende der Erzeugung der jeweiligen Strommengen über den zuständigen Übertragungs- oder Verteilungsnetzbetreiber zu stellen. Der zuständige Netzbetreiber bestätigt die sich aus dem Antrag ergebende Grünstromerzeugung und leitet den Antrag an den URE-Vorsitzenden weiter.⁹⁴⁶ Den Ablauf des Verfahrens über die Ausstellung der Herkunftsnachweise regelt als *lex specialis* das OZE-G und ergänzend das polnische VVerfG.⁹⁴⁷

Es wird ein Herkunftsnachweisregister geführt,⁹⁴⁸ und zwar durch den Betreiber der polnischen Strombörse.⁹⁴⁹ Auf dem Registerkonto des jeweiligen Nutzers speichert der Registerbetreiber die gesetzlich geforderten Informationen ab. Zu diesem Zweck wird zwischen dem Registerbetreiber und dem URE-Vorsitzenden ein Informationsaustausch durchgeführt.

Die Herkunftsnachweise, die in den Mitgliedstaaten der EU, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der EFTA erstellt worden sind, werden in der Republik Polen auf einen schriftlichen Antrag des Begünstigten anerkannt. Die Verweigerung der Anerkennung darf nur bei Vorliegen begründeter Zweifel an deren Zuverlässigkeit oder Wahrhaftigkeit ausgesprochen werden. Die Europäische Kommission ist über die Verweigerung zu informieren.⁹⁵⁰

Die Herkunftsnachweise sind handelbar.⁹⁵¹ Die Republik Polen hat sich nicht für ein Verbot der Doppelförderung entschieden, sodass die Stromerzeuger, die für dieselbe aus erneuerbaren Quellen erzeugte Energie einen Herkunftsnachweis erhalten, gleichzeitig von der Förderung über das Quoten- oder Ausschreibungsmodell profitieren dürfen.⁹⁵² Die Übertragung der Herkunftsnachweise erfolgt unabhängig von der Übertragung der Zertifikate.⁹⁵³

⁹⁴³ Art. 122 Abs. 7 bis 14.

⁹⁴⁴ Art. 122 Abs. 8 OZE-G.

⁹⁴⁵ Art. 122 Abs. 3 und Abs. 4 OZE-G.

⁹⁴⁶ Art. 121 und 121 OZE-G.

⁹⁴⁷ Kodeks postępowania administracyjnego (KPA), Gesetz vom 14.06.1960, BGBl. 1960, Nr. 30, Pos. 168 mit weiteren Änderungen.

⁹⁴⁸ Art. 124 OZE-G. Zum 20.06.2017 hat das Herkunftsnachweisregister 245 Mitglieder gezählt, <https://tge.pl/pl/480/czlonkowie-rgp>, abgerufen am 20.06.2017.

⁹⁴⁹ <http://rgp.tge.pl/>.

⁹⁵⁰ Art. 123 OZE-G.

⁹⁵¹ Art. 124 Abs. 7 OZE-G.

⁹⁵² Siehe Art. 15 Abs. 2 S.7 RL 2009/28/EG. Die Anlagenbetreiber, die diese Möglichkeit nutzen, müssen allerdings die Regelungen zu der Beschränkung der maximalen Förderhöhe (siehe Seite 140 ff.) beachten.

⁹⁵³ Art. 120 Abs. 3 OZE-G.

IV. Flexible Kooperationsmechanismen

Die Harmonisierung der europäischen Fördersysteme konnte sich bisher politisch nicht durchsetzen. Hintergrund waren vor allem die Befürchtungen vieler Akteure, dass mit der Harmonisierung die Effizienz der Förderung sinken könnte und dass die Unsicherheiten für den EE-Markt zu groß wären, wenn teilweise gut etablierte nationale Fördersysteme durch die Einführung eines harmonisierten Fördersystems ersetzt werden würden.⁹⁵⁴ Auch derzeit werden keine verpflichtenden Maßnahmen eingeführt, um die existierenden Fördersysteme zu vereinheitlichen, sondern Mechanismen geschaffen, um die Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten zu ermöglichen bzw. zu erleichtern.⁹⁵⁵

1. Das Konzept der flexiblen Kooperationsmechanismen auf europäischer Ebene

Nach der Richtlinie 2009/28/EG soll die Kooperation zwischen zwei oder mehreren Mitgliedstaaten im Bereich der Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien der Erfüllung der Ausbauziele des jeweiligen Staats dienen.⁹⁵⁶ Damit sollen die ungleichen EE-Potenziale und -Kosten zwischen den Mitgliedstaaten effizient genutzt werden. Die Mitgliedstaaten mit niedrigem Potenzial und hohen Produktionskosten (*user country*) sollen durch die Kooperation mit Staaten mit höherem EE-Potenzial und niedrigeren Produktionskosten (*host country*) zu einer kosteneffektiven Zielerreichung beitragen und damit die Gesamtkosten der Zielerreichung für 2020 senken.⁹⁵⁷ Für diese Zwecke stehen den Mitgliedstaaten insbesondere drei Mechanismen zur Verfügung.

Im Rahmen des statistischen Transfers können sich die Mitgliedstaaten einigen und Vereinbarungen über den statistischen Transfer einer bestimmten Menge an Energie aus erneuerbaren Quellen aus einem Mitgliedstaat in einen anderen Mitgliedstaat treffen.⁹⁵⁸ Die überschüssigen Grünstrommengen aus einem Mitgliedstaat können auf die Erreichung der Ausbauziele des anderen Mitgliedstaats angerechnet werden; sie dürfen allerdings nicht die Erreichung der nationalen Ziele des anderen Mitgliedstaats gefährden.

Das Konzept der gemeinsamen Projekte gibt den Mitgliedstaaten die Möglichkeit, bei allen Arten von gemeinsamen Projekten zur Erzeugung von Elektrizität, Wärme oder Kälte aus erneuerbaren Quellen mit anderen Mitgliedstaaten oder Drittländern zusammenzuarbeiten. Die Zusammenarbeit kann private Betreiber einschließen.⁹⁵⁹

Die dritte Möglichkeit der internationalen Zusammenarbeit sind die gemeinsamen Fördermodelle. Die Mitgliedstaaten dürfen auf freiwilliger Basis beschließen, ihre nationalen

⁹⁵⁴ Bauknecht, Dierk/Sachs, Anja/Heinemann, Christoph, Durch Kooperation zu mehr erneuerbaren Energien und geringeren Gesamtkosten, ET 2012, Heft 11, S. 45.

⁹⁵⁵ Um die Vereinheitlichung der Systeme zu fördern, hat die Kommission z.B. die Leitlinien für die Ausgestaltung der Fördermodelle eingeführt: Komm Mitteilung vom 05.11.2013, Leitlinien für die Ausgestaltung von Fördersystemen für erneuerbare Energien, SWD (2013) 439 final.

⁹⁵⁶ Nr. 35 ff. EE-RL.

⁹⁵⁷ Bauknecht, Dierk/Sachs, Anja/Heinemann, Christoph, Durch Kooperation zu mehr erneuerbaren Energien und geringeren Gesamtkosten, ET 2012, Heft 11, S. 45.

⁹⁵⁸ Art. 6 Abs. 1 S. 1 EE-RL. Nach der Begründung der Novelle des sog. kleinen Dreipack Drucksache Nr. 946, S. 53, führt die Republik Polen Gespräche mit anderen Mitgliedstaaten der EU über den Empfang oder die Weiterleitung bestimmter Mengen von Strom aus erneuerbaren Energien im Rahmen des statistischen Transfers. Bis zum Tag des Abschlusses der vorliegenden Arbeit wurde keine einschlägige Vereinbarung getroffen.

⁹⁵⁹ Art. 7 EE-RL.

Förderregelungen zusammenzulegen oder teilweise zu koordinieren und dadurch die in einem Mitgliedstaat erzeugten Mengen von Grünstrom auf die nationalen Ausbauziele des anderen Mitgliedstaats anzurechnen.⁹⁶⁰

2. Flexible Kooperationsmechanismen im polnischen Recht

Von den drei in der Richtlinie definierten Kooperationsmechanismen hat sich die Republik Polen zugunsten des statistischen Transfers⁹⁶¹ und gemeinsamer Projekte⁹⁶² entschieden. Das gemeinsame Fördersystem wurde bislang mit keinem Mitgliedstaat umgesetzt.

1) Statistischer Transfer

Der statistische Transfer kann auf der Grundlage entweder von völkerrechtlichen oder zivilrechtlichen Verträgen zwischen den Beteiligten erfolgen, welche der Europäischen Kommission mitzuteilen sind.⁹⁶³ Die transferierten Strommengen werden entsprechend von den auf dem Gebiet der Republik Polen befindlichen EE-Anlagen entnommen oder hinzugerechnet.⁹⁶⁴ Danach ist es möglich, die EE-Anteile aus einem Projekt in einem Mitgliedstaat an einen anderen Mitgliedstaat, welcher die nationalen Zielvorgaben selbst nicht erreicht, abzugeben.

2) Gemeinsame Projekte

Ein Elektrizitätsunternehmen, das Strom aus erneuerbaren Energiequellen auf dem Gebiet der Republik Polen oder der ausschließlichen Wirtschaftszone erzeugt, kann sich an der Durchführung eines gemeinsamen Projekts mit einem anderen Unternehmen aus dem Gebiet der EU, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der EFTA beteiligen.⁹⁶⁵ Dabei muss die Elektrizität nicht zwingend in dem Gebiet des Mitgliedstaats erzeugt werden. Der Energieminister darf den in einem Drittstaat erzeugten Grünstrom auf die polnischen Ausbauziele anrechnen, wenn der Strom in einer nach dem 25. Juni 2009 in Betrieb genommenen oder modernisierten Anlage erzeugt und auf dem Gebiet der EU verbraucht wird und wenn für den Strom die Förderung für Grünstrom in dem Drittstaat nicht in Anspruch genommen worden ist.⁹⁶⁶

Als Beispiel eines gemeinsamen Projekts nennt das OZE-G die Errichtung einer Neuanlage oder die Modernisierung einer Bestandsanlage, die nach dem 25. Juni 2009 erfolgt ist, soweit die dort erzeugten Strommengen auf das polnische Nationalausbauziel angerechnet werden.⁹⁶⁷

⁹⁶⁰ Art. 11 EE-RL.

⁹⁶¹ Art. 161 ff. OZE-G. Der statistische Transfer wurde in die polnische Rechtsordnung mit der Novelle des EnR vom 26. Juli 2013, sog. kleines Dreipack (siehe Seite 40 ff.) eingeführt.

⁹⁶² Art. 164 ff. OZE-G.

⁹⁶³ Art. 161 Abs. 2 und Abs. 4 i.V.m. Art. 163 Abs. 2 OZE-G.

⁹⁶⁴ Art. 163 Abs. 3 OZE-G. Im Abs. 1 des Art. 163 OZE-G befindet sich eine Regelung mit einem für den gesamten Kooperationsmechanismus fatalen Wortlaut, der im Widerspruch zu den anderen Regelungen des Kapitels 8 (über statistischen Transfer) steht. Danach soll der statistische Transfer keinen Einfluss auf die Erreichung der Ziele des Anteils der erneuerbaren Energien im Bruttostromverbrauch haben. Meiner Ansicht nach handelt es sich um eine ungenaue Übersetzung des Art. 16 Abs. 1 S. 3 RL 2009/28/EG, wonach ein statistischer Transfer die Erreichung des nationalen Ziels des Mitgliedstaats, der den Transfer durchführt, nicht zu beeinträchtigen hat.

⁹⁶⁵ Art. 164 Abs. 1 OZE-G.

⁹⁶⁶ Art. 167 Abs. 1 OZE-G.

⁹⁶⁷ Art. 164 Abs. 2 OZE-G. Die Regelung ist nicht eindeutig formuliert, sodass nicht klar ist, ob der Stichtag des 25.06.2009 nur die Modernisierung oder auch den Neubau betrifft. Nicht eindeutig ist auch, ob die Voraussetzung der Anrechnung der in der Anlage erzeugten Strommengen im Falle von beiden oder nur

Die Beteiligung an einem gemeinsamen Projekt darf erst nach dem Erlass eines Bescheids des Energieministers erfolgen. Der Bescheid ergeht nach der Absprache mit dem Finanzminister und unter Berücksichtigung der Energiepolitik des Staats.⁹⁶⁸

3) Einschätzung

Die flexiblen Kooperationsmechanismen werden bisher in Europa kaum genutzt.⁹⁶⁹ Dies mag daran liegen, dass die Kooperationen keine verpflichtenden Mechanismen sind; die Vorgaben, welche die Mitgliedstaaten erfüllen müssen, wenn sie die Kooperationsmechanismen einführen wollen, sind allgemein formuliert und lassen viel Spielraum für eine nationale Ausgestaltung. Den Spielraum wird der jeweilige Mitgliedstaat grundsätzlich unter Berücksichtigung seiner Gegebenheiten und Ziele nutzen, sodass es schwierig wird, eine einheitliche Lösung, wenn auch nur in Bezug auf eine kleine Gruppe von Mitgliedstaaten, zu finden. Einer einheitlichen Lösung steht auch ein großer Abstimmungs- und Koordinierungsbedarf entgegen. Zu der Umsetzung der entsprechenden Maßnahmen kann die Mitgliedstaaten die Verpflichtung bewegen, die fehlenden Kooperationsmechanismen und Systemeröffnung rechtfertigen zu müssen.⁹⁷⁰ Daraus erwächst allerdings nicht automatisch der Wille zur Einführung oder einer praktikablen und erfolgreichen Durchführung solcher Mechanismen. Dass der Europäische Gerichtshof die Beschränkung des Fördermodells auf den im Inland erzeugten Strom als grundsätzlich mit dem Recht der EU vereinbar erklärt hat,⁹⁷¹ erleichtert den Mitgliedstaaten die Durchsetzung der national ausgerichteten Förderkonzepte.

V. Zusammenfassung

Neben den gesetzlichen Regelungen, die den Inhalt der Fördermodelle für Strom aus erneuerbaren Energien bestimmen, wurden in das polnische Rechtssystem Mechanismen eingeführt, welche die Funktionsweise der Fördermodelle unterstützen. Unter anderem trägt der Gesetzgeber der grünen Projektentwicklung von Mikro- und Kleinanlagen Rechnung und führt diverse Erleichterungen ein, welche die kleineren Anlagen im Vergleich zu den anderen EE-Anlagen genießen. Zudem profitieren die EE-Anlagen von Privilegien, die ihnen eine stärkere Position im Wettbewerb mit fossilen Stromerzeugungsanlagen verleihen. Zu diesen gehört u.a. der Vorrang in Bezug auf den Anschluss von EE-Anlagen an das Netz allgemeiner Versorgung sowie der Verteilungs- und Übertragungsvorrang von Grünstrom. Zudem sind die Betreiber von EE-Anlagen nur zu der Zahlung gekürzter Netzanschlussgebühren verpflichtet sowie von Entrichtung der Verbrauchsteuer für die erzeugten Grünstrommengen befreit. Ferner kennt das polnische Rechtssystem das Instrument der Herkunftsnachweise, das parallel zu dem Förderregime genutzt werden kann. Eine weitere Möglichkeit der Herstellung von Berührungspunkten zu Fördermodellen für Strom aus erneuerbaren Energien im europäischen

einem Projekt zu erfüllen ist. Die Formulierung, dass die genannten Projekte „beispielsweise“ als gemeinsames Projekt anerkannt werden können, wirft die Fragen nach der Bindungskraft der aufgezählten Voraussetzungen.

⁹⁶⁸ Art. 165. Das OZE-G schreibt der Mindestinhalt des Bescheides vor. Den Bescheid leitet der Energieminister an die Europäische Kommission weiter.

⁹⁶⁹ *Klessmann, Corinna/de Visser, Erika/Wigand, Fabian/Gephart, Malte/Resch, Gustav/Busch, Sebastian*, Cooperation between EU Member States under the RES Directive, Ecofys, 29.01.2014, S. 10.

⁹⁷⁰ Mitteilung der Kommission vom 09.04.2014, Leitlinien COM (2014) 2322 Rn. 116, 122.

⁹⁷¹ EuGH, Urt. vom 01.07.2014, C-573/12, Ålands Vindkraft; EuGH, Urt. vom 17.07.2008, C-206/06, Slg. 2008, I-5497, Essent Network Nord BV.

Ausland begründen die Vorschriften zu den flexiblen Kooperationsmechanismen: statistischer Transfer und gemeinsame Projekte. Ob es zukünftig zur Konkretisierung der gesetzlichen Vorgaben und einer faktischen Einleitung der Kooperationsmechanismen kommt, kann bezweifelt werden. Zumindest stehen in der aktuellen Diskussion in Polen zur Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien diese Fragenkomplexe nicht im Fokus.

G. Rechtlicher Rahmen der Projektentwicklung im Bereich der erneuerbaren Energien in Polen

Über den Erfolg des Fördermodells entscheiden nicht nur sein Bestehen an sich, die Höhe der möglichen Zahlungen oder die Existenz zusätzlicher Anreize, welche die potenziellen Investoren dazu bewegen sollen, in die grüne Projektentwicklung einzusteigen. Hohe Relevanz kommt den Ergebnissen der gesamtwirtschaftlichen Einschätzung des geplanten EE-Projekts zu. Die mögliche zu erzielende Höhe der finanziellen Förderung für die eingespeisten Strommengen aus EE-Anlagen ist lediglich eine der entscheidenden Komponenten. Von den Projektentwicklern werden gleichfalls die Gesamtdauer der Projektentwicklung von den ersten Projektskizzen bis zur Inbetriebnahme der Anlage, der Kompliziertheitsgrad und die Anzahl der Abläufe, die abzuschließen sind, bevor die Anlage Strom erzeugen und der Anlagenbetreiber die ersten Einnahmen beziehen kann, sowie etwaige bürokratische Hürden, die im Rahmen der Projektentwicklung zu nehmen sind, in Betracht gezogen.

Eine erfolgreiche Entwicklung der grünen Projekte ist mit der Notwendigkeit der Erfüllung einer Reihe von gesetzlichen, technischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen verbunden. Welche konkreten Voraussetzungen das sind, variiert projektabhängig. Die EE-Projekte sind nicht homogen und die anwendbaren gesetzlichen Regeln für deren Vorbereitung, Entwicklung, Errichtung und Betrieb hängen u.a. von Technologie, Größe, Standort oder Eigenschaften der Betreiber der geplanten EE-Anlagen ab. Ungeachtet zahlreicher Unterschiede in der Projektentwicklung lassen sich in der Realisierung der Projekte, welche die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien in Polen zum Ziel haben, insbesondere drei Säulen differenzieren. Dazu gehören die Durchführung eines Netzanschlusses, die Errichtung der EE-Anlage und die Erlangung einer Konzession.

I. Anschluss an das Stromnetz allgemeiner Versorgung

Ein Anschluss an das Netz allgemeiner Versorgung mit elektrischer Energie ist essenziell für den Erfolg unzähliger baulicher, industrieller oder infrastruktureller Investitionen. Bei (Netz-)Kapazitätsknappheit konkurrieren diverse Projekte miteinander um die Möglichkeit der Beziehung und/oder Einspeisung elektrischer Energie aus dem/in das Stromnetz. Die Schaffung von gesetzlichen Rechten und Pflichten für Anschlussnehmer und Netzbetreiber bzw. bestimmte Gruppen von diesen, die den Betreibern von Grünstromanlagen im Vergleich zu anderen Anschlusswilligen Netzanschluss und -nutzung erleichtern (sollen), kann folglich ein weiteres wichtiges Instrument bei der Förderung von erneuerbaren Energien darstellen.

Die ersten Vorschriften zu dem Anschluss von Energieerzeugungsanlagen an das Netz allgemeiner Versorgung enthielt bereits die erste Fassung des EnR vom 10. April 1997⁹⁷² und seitdem ist das Netzanschlussverfahren wesentlich evaluiert worden.⁹⁷³ Der Anschluss an das

⁹⁷² BGBl. 1997, Nr. 54, Pos. 348.

⁹⁷³ Im Laufe der Zeit wurde der Ablauf des Verfahrens durch den Gesetzgeber regelmäßig ausgebaut. In der Folge der Einführung des Zertifikatmodells mit der Novelle aus dem Jahr 2005 (Gesetz vom 04.03.2005,

Netz allgemeiner Versorgung erfolgt im Rahmen eines Verfahrens, das sich grob in drei Schritte unterteilen lässt. Nach dem Erlass von Netzanschlussbedingungen durch den zuständigen Netzbetreiber folgt der Abschluss eines Netzanschlussvertrags, nach dessen Regelungen der Netzanschluss tatsächlich durchgeführt wird.⁹⁷⁴

1. Netzanschlussvertrag

Der Netzbetreiber ist generell verpflichtet, allen Abnehmern und Unternehmen, die eine wirtschaftliche Tätigkeit bestehend aus dem Verkauf von gasförmigen Kraftstoffen oder Energie ausüben, Dienstleistungen der Übertragung oder Verteilung im gesetzlich festgelegten Umfang nach dem Prinzip der Gleichbehandlung zu gewährleisten; die Dienstleistung des Vertriebs und der Übertragung erfolgt aufgrund eines Dienstleistungsvertrags über den Vertrieb und die Übertragung der elektrischen Energie.⁹⁷⁵ In Bezug auf den Netzanschluss formuliert das Gesetz keine direkte Verpflichtung zu seiner Durchführung. Es besteht allerdings eine gesetzliche Verpflichtung des Netzbetreibers zum Abschluss eines Netzanschlussvertrags mit dem netzanschlusswilligen Anlagenbetreiber. Damit wird ein Kontrahierungszwang zwischen den Parteien des (eventuellen) Netzanschlussvertrags begründet. Das Gesetz gibt auch den Inhalt des Vertrags sowie die Regeln vor, die bei dem Vertragsabschluss beachtet werden müssen. Aus dem Vertrag muss sich überdies die Höhe der Gebühr ergeben, die der Netzanschlussberechtigte dem Netzanschlussverpflichteten für den Netzanschluss zu entrichten hat.

1) Kontrahierungszwang des Netzbetreibers

Nach den Bestimmungen des EnR ist der Netzanschlussbetreiber verpflichtet⁹⁷⁶, mit dem netzanschlusswilligen Anlagenbetreiber einen Netzanschlussvertrag abzuschließen.⁹⁷⁷ Die

BGBI 2005, Nr. 62, Pos. 552) hat sich gezeigt, dass die bestehenden Regelungen nicht der politisch gewünschten Förderung der Erneuerbaren Energien im Bereich des Netzanschlusses Rechnung tragen. So wurden allmählich Instrumente eingeführt, die der Weigerung der Netzbetreiber, die EE-Anlagen an das Netz anzuschließen, entgegenwirken sollten. Die Regelungen des EnR wurden dann in der Folge um diverse Maßnahmen erweitert. Dazu zählen beispielsweise die Bestimmungen zur Straffung des Netzanschlussverfahrens seitens der Netzbetreiber oder die Regelungen zum Ausschluss von unzuverlässigen Anschlusswilligen aus dem Rennen um freie Netzanschlusskapazitäten. Die Novellen waren allerdings meistens eher als praktische und wirtschaftliche Ad-hoc-Vorkehrungen gegen die in der Praxis auftauchenden Schwierigkeiten und weniger als Schritte zur Realisierung eines durchdachten, kohärenten Systems entworfen und umgesetzt, vgl. *Pokrzywniak, Jakub* Umowa o przyłączenie do sieci elektroenergetycznej, gazowej lub ciepłowniczej i obowiązek jej zawarcia, Warszawa 2013, Seite 112.

⁹⁷⁴ Der Projektentwicklungsschritt betreffend den Anschluss von EE-Anlagen an das Netz allgemeiner Versorgung wird etwas detaillierter erörtert als die Projektentwicklungsschritte betreffend die Errichtung der EE-Anlagen und die Erlangung einer Konzession für die Stromerzeugung, da die Sicherstellung des Netzanschlusses durch die Investoren als eine der kritischsten Projektentwicklungsphasen bei der grünen Projektentwicklung angesehen wird (siehe Seite 200 ff.); da der Netzanschluss in der späteren Phase der Projektentwicklung errichtet wird und die Vorlage von diversen Unterlagen aus anderen Projektschritten erfordert, kann ein guter Überblick über das Netzanschlussverfahren helfen, die Besonderheiten der grünen Projektentwicklung in Polen besser zu verstehen.

⁹⁷⁵ Art. 4 Abs. 2 EnR.

⁹⁷⁶ Der Rechtscharakter der Verpflichtung zum Abschluss des Netzanschlussvertrags nach Art. 7 Abs. 1 EnR ist strittig. Teilweise wird von einem privatrechtlichen, teilweise von einem öffentlich-rechtlichen Charakter ausgegangen (*Pokrzywniak, Jakub*, Umowa o przyłączenie..., S. 178 ff.). Für die Prüfung müssen diverse Aspekte herangezogen werden. Zu berücksichtigen ist, welche Interessen (private oder öffentliche) betroffen sind, obwohl oftmals die Unterscheidung zwischen öffentlichen (z.B. Klimaschutz und Recht auf die Versorgung mit Energie) und privaten Interessen (Unternehmensfreiheit in Bezug auf die Stromerzeugung und den Stromverkauf) nicht durchführbar ist. Außerdem sind die Folgen der

derart formulierte Regelung ist als ein einseitiger Kontrahierungszwang des Netzbetreibers zu verstehen.⁹⁷⁸ Ob der Anschlusswillige über die Vertragsverhandlungen erfolgreich zu einem Vertragsabschluss gelangen kann, macht das polnische Recht von der Erfüllung gesetzlicher Voraussetzungen abhängig, die lediglich teilweise im Einflussbereich des Anschlusswilligen gelagert sind. Die Verpflichtung zum Abschluss des Netzanschlussvertrags besteht demnach dann, wenn die technischen und wirtschaftlichen Bedingungen des Netzanschlusses sowie der Lieferung von gasförmigen Brennstoffen oder Energie vorhanden sind und der Anschlusswillige die Netzanschlussbedingungen erfüllt (hat).⁹⁷⁹

Weitere Voraussetzung für die Entstehung des Kontrahierungszwangs seitens des Netzbetreibers ist das Bestehen der Verfügungsgewalt des Netzanschlusswilligen über die Immobilie, das Objekt, zu dem die Energie geliefert wird.⁹⁸⁰ Die gesetzlichen Regelungen schreiben nicht vor, welches Recht dem Antragsteller zustehen muss, sodass davon auszugehen ist, dass Eigentum nicht unbedingt verlangt wird. Das Gesetz äußert sich auch nicht über die Eigentumsbeziehungen der Anlage selbst. Das EnR spricht lediglich von einem „Subjekt, das den Netzanschluss begehrt“ und nicht zum Beispiel von einem Anlagenbetreiber, Erzeuger oder Eigentümer.⁹⁸¹

2) Parteien

Die Parteien des Netzanschlussvertrags sind das Energieversorgungsunternehmen, das die elektrische Energie überträgt oder verteilt, sowie ein Subjekt, das den Netzanschluss begehrt.⁹⁸² Im Falle des Netzanschlusses von EE-Anlagen sind die Parteien des Netzanschlussvertrags der zuständige Netzbetreiber sowie ein Entwickler eines EE-Projekts bzw. bereits ein Anlagenbetreiber (Erzeuger).

3) Prinzipien

Nach den Bestimmungen des EnR soll der Abschluss des Netzanschlussvertrags grundsätzlich nach zwei Prinzipien vollzogen werden: nach dem Prinzip der Gleichbehandlung der Netz-

Nichterfüllung der Verpflichtung zum Abschluss des Netzanschlussvertrags zu berücksichtigen. Die Untersuchung dieser Aspekte lässt keine eindeutige Feststellung des Rechtscharakters der Verpflichtung zum Abschluss des Netzanschlussvertrags zu, da sie sowohl zivilrechtliche als auch verwaltungsrechtliche Aspekte aufweist. Dementsprechend ist von einem gemischten Rechtscharakter auszugehen.

⁹⁷⁷ Art. 7 Abs. 1 EnR.

⁹⁷⁸ Aus dem EnR ergibt sich ein allgemeiner Kontrahierungszwang. Das Gesetz schafft keine Regelungen, wonach der durch den Kontrahierungszwang betroffene Netzbetreiber ermittelt werden kann, wenn aufgrund des Standorts oder anderer Eigenschaften der EE-Anlage mehrere Netzbetreiber als Netzanschlussverpflichtete infrage kommen könnten. Da der Kontrahierungszwang den Netzanschlussverpflichteten betrifft und der Netzanschlusswillige auf ihn nach seinem Willen zurückgreifen kann, liegt die Annahme nahe, dass der eine Netzbetreiber sich von seinem Kontrahierungszwang nicht durch den Hinweis auf den Kontrahierungszwang des anderen Netzbetreibers befreien kann. Entscheidend ist die Absicht des Netzanschlussberechtigten – des Betreibers der EE-Anlage.

⁹⁷⁹ Art. 7 Abs. 1 EnR.

⁹⁸⁰ Art. 7 Abs. 3 Hs. 2 EnR.

⁹⁸¹ Die Regelungen zu den weiteren Voraussetzungen des Netzanschlusses lassen aber die Schlussfolgerung zu, dass der Antragsteller auch über die Anlage eine entsprechende Verfügungsgewalt haben muss. Sonst wäre die Erfüllung der Netzanschlussbedingungen, wie z.B. die Erfüllung umweltrechtlicher Anforderungen oder die Gewährleistung der Ausführung von Messungen praktisch nicht möglich. Ähnlich wie bei der Verfügungsgewalt über die Immobilie, das Objekt muss die Verfügungsgewalt nicht aus dem Eigentum herrühren. Ebenso *Pokrzywniak, Jakub*, Umowa o przyłączenie..., S. 65.

⁹⁸² Siehe Art. 7 Abs. 1 EnR.

anschlussberechtigten sowie nach dem Prinzip des Vorrangs der Betreiber von Anlagen für Strom aus erneuerbaren Energien.⁹⁸³

Der Gesetzgeber definiert den Begriff der Gleichbehandlung nicht. Nach allgemeinem Verständnis soll sie bedeuten, dass dem einen Anschlusswilligen dieselben Rechte gewährt werden wie einem anderen Anschlusswilligen.⁹⁸⁴ Eine Abweichung von der Regel kann ausschließlich durch Gegebenheiten des Einzelfalls begründet werden.⁹⁸⁵

Des Weiteren ist der Netzanschlussvertrag unter Beachtung des Prinzips des Netzanschlussvorrangs von Anlagen für Strom aus erneuerbaren Energien abzuschließen. Demnach ist den EE-Anlagen Vorrang vor den anschlusswilligen fossilen Anlagen zu gewähren.⁹⁸⁶

Das Prinzip des Netzanschlussvorrangs gerät in ein Spannungsverhältnis mit dem Prinzip der Gleichberechtigung von Netzanschlusswilligen. Der polnische Gesetzgeber hat diesbezüglich keine ausdrückliche Regelung getroffen. Nach Ansicht der Autorin soll das Prinzip der Gleichbehandlung der Netzanschlusswilligen hinter dem spezielleren Prinzip des Netzanschlussvorrangs zurücktreten.⁹⁸⁷ Zwischen den EE-Anlagen unter sich, die um dieselben freien Netzkapazitäten ringen, soll das Prinzip der Gleichbehandlung anzuwenden sein.

4) Inhalt

Ein Teil des Inhalts des Netzanschlussvertrags ist gesetzlich mittelbar und unmittelbar geregelt. Der Netzanschlussvertrag soll mindestens die dort aufgezählten standortbezogenen⁹⁸⁸ und zeitplanbezogenen⁹⁸⁹ Regelungen wie auch Vorgaben in Bezug auf

⁹⁸³ Art. 7 Abs. 1 EnR.

⁹⁸⁴ Siehe *Nowaczek-Zaremba, Malgorzata, Nowak, Donata*, Kommentar zu Art. 7 des EnR, Lex online, Stand 09.08.2010.

⁹⁸⁵ *Nowaczek-Zaremba, Malgorzata, Nowak, Donata*, Kommentar zu Art. 7 des EnR, Lex online, Stand 09.08.2010

⁹⁸⁶ Siehe Seite 166.

⁹⁸⁷ Die Anwendung des Netzanschlussvorrangprinzips und des Prinzips der Gleichberechtigung würde dann bedeuten, dass die fossilen Anlagen in dem Rennen um die freigestellte Netzkapazität nur dann zum Zuge kämen, wenn die netzanschlusswillige EE-Anlage von dem Netzanschluss absieht oder der Abschluss des Netzanschlussvertrags ihr rechtmäßig verwehrt wird und keine andere EE-Anlage ihr Netzanschlussbegehren äußert. Zu klären bleibt noch die Frage, auf welchen Zeitpunkt in dem Netzschlussverfahren für die Beurteilung und Durchsetzung des Netzanschlussvorrangs konkret abzustellen ist und wie Streitigkeiten aus der Nichtbeachtung oder nicht korrekten Beachtung des Netzanschlussvorrangs und seines Verhältnisses zu dem Gleichberechtigungsprinzip zu entscheiden sind.

⁹⁸⁸ Ort der Abgrenzung des Eigentums des Netzes des Elektrizitätsunternehmens und der Anlage, Anforderungen an den Standort des Mess- und Abrechnungssystems sowie seine Parameter, Bedingungen, zu denen dem Netzbetreiber der Standort der Anlage zum Bau oder Ausbau des für den Netzanschluss notwendigen Netzes zur Verfügung gestellt wird.

⁹⁸⁹ Frist der Durchführung des Anschlusses, Zeitplan des Anschlussverfahrens, voraussichtliche Frist des Abschlusses des Vertrags, aufgrund dessen die Lieferung der gasförmigen Brennstoffe oder der Energie erfolgt.

die Durchführung der Netzanschlussarbeiten⁹⁹⁰ sowie zur Vorbeugung von potenziellen Streitigkeiten⁹⁹¹ enthalten.⁹⁹²

Zum Inhalt des Netzanschlussvertrags wird kraft Gesetzes auch die „Anleitung über Leitung und Betrieb“ gemacht.⁹⁹³ Einen Einfluss auf den Inhalt des Netzanschlussvertrags kann ebenfalls die Entscheidung des Vorsitzenden der URE ausüben, die zum Beispiel im Rahmen eines Rechtswegverfahrens erlassen werden kann.⁹⁹⁴

5) Gebühr

Für den Anschluss von Anlagen, die EE-Strom einspeisen, berechnet der Netzanschlussverpflichtete dem Netzanschlussberechtigten grundsätzlich eine Gebühr.⁹⁹⁵ Die Höhe der Gebühr kalkuliert der Netzanschlussverpflichtete nach dem tatsächlich entstandenen Aufwand für die Realisierung des Anschlusses. Mit dem Aufwand sind lediglich die Kosten für den Bau des fehlenden Teils des Netzes gemeint.⁹⁹⁶ Für Anlagen mit installierter Leistung bis einschließlich 2 MW sind bei der Berechnung der Höhe der Anschlussgebühr die Kosten des Gutachtens über die Auswirkung der Anlage auf das Elektrizitätssystem⁹⁹⁷ zu berücksichtigen.⁹⁹⁸

Die Höhe der Gebühr kann durch die Parteien auf dem Vertragsweg nur ausnahmsweise bestimmt werden. Als einzige Ausnahme ist gesetzlich die Verweigerung des Netzanschlusses

⁹⁹⁰ Höhe der Netzanschlussgebühr, Umfang der bei der Durchführung des Anschlusses notwendigen Arbeiten, voraussichtlich zur Abnahme vorgesehene Menge der gasförmigen Brennstoffe oder der Energie, Anschlussleistung.

⁹⁹¹ Haftung der Vertragsparteien für die Nichteinhaltung der Vertragsbedingungen, insbesondere für die Verzögerung der Frist für die Durchführung der Arbeiten im Vergleich zu der vertraglich vereinbarten Frist, Bedingungen der Beendigung des Vertrags.

⁹⁹² Art. 7 Abs. 2 EnR. Sollten eine oder mehrere von diesen Bestimmungen in dem Netzanschlussvertrag fehlen, führt dies nicht zu dessen Unwirksamkeit, Wettbewerbsgericht, Urt. vom 24. Mai 2000, AZ.: XVII AmE 23/00, das aufgrund des Art. 5 Abs. 2 EnR zu dem Mindestinhalt des Vertrags über die Lieferung von Strom und gasförmigen Brennstoffen erlassen wurde. Der Netzanschlussvertrag kommt zustande, wenn die Parteien sich bezüglich der *essentialia negotii* geeinigt haben. Das Fehlen der gesetzlich vorgeschriebenen Regelungen kann die öffentlich-rechtliche Haftung des Netzbetreibers begründen. Die Verpflichtung zum Abschluss des Netzanschlussvertrags wird gesetzlich dem Netzbetreiber auferlegt und dementsprechend soll er für die nicht-gesetzeskonforme Erfüllung dieser Verpflichtung haften.

⁹⁹³ Art. 9g Abs. 12 EnR. Die Anleitung bestimmt detailliert die Bedingungen der Netznutzung und der Leitung, des Betriebs und der Planung des Netzausbaus, darunter des Netzanschlusses von Stromerzeugungsanlagen. Sie wird durch den jeweiligen Übertragungs- und Verteilernetzbetreiber erlassen und nach der Genehmigung durch den URE-Vorsitzenden und die Veröffentlichung in dem Bulletin URE für die Nutzer des jeweiligen Netzes verbindlich.

⁹⁹⁴ Siehe Seite **Fehler! Textmarke nicht definiert.**

⁹⁹⁵ Art. 7 Abs. 8 EnR.

⁹⁹⁶ SN, Urt. vom 12.04.2011, AZ.: III SK 42/10 mit der Argumentation, dass die Unterscheidung zwischen dem Anschluss und dem Netzausbau in Art. 7 Abs. 12 EnR geregelt ist, der Netzbetreiber nach Art. 4 Abs. 1 EnR zur Einhaltung der Netzkapazität verpflichtet ist und nach Art. 7 Abs. 5 und 6 EnR die Durchführung und Finanzierung des Netz(aus)baus zu gewährleisten hat, u.a. um die Nachfrage nach einem Netzanschluss zu befriedigen. Mit demselben Ergebnis: SN, Urt. vom 11.04.2012, AZ.: III SK 33/11. Dementsprechend können die Kosten für den für die Durchführung des Netzanschlusses notwendigen Umbau von anderen Einrichtungen oder für die Erweiterung der Netzkapazität nicht auf den Netzanschlusswilligen in Form der Netzanschlussgebühr abgewälzt werden.

⁹⁹⁷ Siehe Seite 180 f.

⁹⁹⁸ Art. 7 Abs. 8 f. EnR.

durch den Netzbetreiber wegen Unwirtschaftlichkeit⁹⁹⁹ vorgesehen.¹⁰⁰⁰ Für diesen Fall kann der Netzbetreiber die Netzanschlussgebühr in der mit dem Antragsteller im Netzanschlussvertrag vereinbarten Höhe festsetzen.

Für bestimmte EE-Anlagen sieht das EnR Ausnahmen von der Entrichtung der Netzanschlussgebühr in voller Höhe vor.¹⁰⁰¹ Für den Anschluss von EE-Anlagen mit installierter Leistung bis 5 MW sowie KWK-Anlagen mit installierter Leistung von unter 1 MW wird lediglich die Hälfte der Gebühr erhoben, deren Höhe sich aufgrund der faktisch getätigten Aufwendungen berechnet.¹⁰⁰² Die Mikroanlagen sind von der Entrichtung der Netzanschlussgebühr in Gänze befreit.¹⁰⁰³

2. Netzanschlussbedingungen

Der Netzanschlussvertrag, aufgrund dessen der Netzanschluss durchzuführen ist, kann erst dann abgeschlossen werden, wenn die sogenannten Netzanschlussbedingungen erfüllt sind.

Der Begriff der Netzanschlussbedingungen wurde in das EnR im Jahr 2010¹⁰⁰⁴ aufgenommen. Seitdem wurde der Begriff inhaltlich nicht genug konkretisiert. Einerseits beschreibt der Begriff der „Netzanschlussbedingungen“ ein durch den Netzbetreiber erstelltes Dokument, andererseits die Voraussetzungen, deren Erfüllung die Entstehung der Verpflichtung des Netzbetreibers zum Abschluss des Netzanschlussvertrags ermöglicht.¹⁰⁰⁵

Der Netzanschlusswillige beantragt die Erteilung der Netzanschlussbedingungen, um u.a. zu erfahren, unter welchen Voraussetzungen der Netzbetreiber bereit wäre, den Netzanschlussvertrag abzuschließen. Falls die Netzanschlussbedingungen Voraussetzungen inkludieren, die den Vorstellungen oder Möglichkeiten des Antragstellers nicht entsprechen, ist er frei, von dem Netzabschlussbegehren abzusehen. Erfüllt der Netzanschlusswillige die Netzanschlussbedingungen, ist der Netzbetreiber verpflichtet, den Netzanschlussvertrag abzuschließen. Der Wortlaut der einschlägigen Rechtsnorm deutet darauf hin, dass erst die faktische Erfüllung der Netzanschlussbedingungen durch den Antragsteller den Kontrahierungszwang des Netzbetreibers auslöst. Nach Ansicht der Autorin wäre es sinnvoller, die Erfüllung der Netzanschlussbedingungen nicht gleich im Zeitpunkt der Vertragsunterzeichnung zu verlangen; es sollte vielmehr ausreichend sein, wenn der Antragsteller sich verpflichtet hat, die Bedingungen zu einem späteren Zeitpunkt zu erfüllen.¹⁰⁰⁶

⁹⁹⁹ Siehe Seite 184.

¹⁰⁰⁰ Art. 7 Abs. 9 EnR.

¹⁰⁰¹ Zuerst eingeführt mit der Novelle des EnR vom 04.03.2005 BGBl 2005, Nr. 62, Pos. 552.

¹⁰⁰² Art. 7 Abs. 8 Nr. 3 a) EnR.

¹⁰⁰³ Art. 7 Abs. 8 Nr. 3 b) EnR, eingeführt mit der Novelle des EnR vom 23.07.2013, BGBl 2013 Pos. 984. Siehe Seite 164.

¹⁰⁰⁴ Art. 1 Abs. 5 b) und c) des Gesetzes vom 08.01.2010 über die Änderung des Gesetzes – Energierecht und Änderung bestimmter anderer Vorschriften, BGBl Nr. 21, Pos. 104.

¹⁰⁰⁵ Pokrzywniak, Jakub, Umowa o przyłączenie..., S. 110.

¹⁰⁰⁶ Siehe Franczak-Durczok, Katarzyna, Zawarcie umowy przyłączeniowej w ciepłownictwie, PUG 2009, Nr. 1, S. 6 f. Die Annahme, die Netzanschlussbedingungen erst zu einem späteren Zeitpunkt erfüllen zu können, würde die Verlagerung des Tatbestands der Erfüllung der Voraussetzungen aus der Phase des Abschlusses auf die Phase der Erfüllung des Netzanschlussvertrags bedeuten (Walażek-Pyziół, Anna, Pyziół, Wojciech, Obowiązek zawarcia umowy o przyłączenie do sieci elektroenergetycznej – węzłowe zagadnienia prawne, PUG 2006, Nr. 12, S. 5-6.). Diese Meinung würde aber zu unbilligen Folgen führen

1) Antrag

Die Erteilung der Netzanschlussbedingungen erfolgt auf Antrag des Netzanschlussberechtigten.¹⁰⁰⁷ Der obligatorische und der fakultative Inhalt des Antrags sind gesetzlich bestimmt und grundsätzlich für alle Netzanschlusswilligen gleich.¹⁰⁰⁸ Im Bereich der erneuerbaren Energien ist eine Erweiterung der Liste der mitteilungspflichtigen Informationen für den Netzanschluss von Windkraftanlagen vorgesehen.¹⁰⁰⁹

Dem Antrag auf die Erteilung von Netzanschlussbedingungen sind auch diverse Anlagen beizufügen. Die Art der notwendigen Anlagen hat eine Auswirkung auf den (frühest-)möglichen Zeitpunkt der Stellung des Antrags auf Erlass von Netzanschlussbedingungen innerhalb des Projektentwicklungsprozesses. Die Netzanschlussbedingungen können demnach nicht erfolgreich beantragt werden, wenn die Klärung von raumordnungsrechtlichen Fragen, die Standortsicherung oder die Auswahl von bestimmten Anlagenteilen nicht vorab abgeschlossen worden sind. Die netzanschlusswilligen (künftigen) Betreiber von EE-Anlagen sind demnach prinzipiell verpflichtet, u.a. einen Auszug aus dem Bebauungsplan, bzw. falls ein solcher Plan nicht erstellt worden ist, einen Beschluss über die Bedingungen der Bebauung und Bewirtschaftung der Flächen für den in dem Antrag genannten Standort (wenn dies nach

und bedarf daher einer Korrektur. Im Netzanschlussvertrag ist u.a. der Umfang der zur Durchführung des Netzanschlusses notwendigen Arbeiten (siehe Art. 7 Abs. 2 EnR) zu bestimmen. Der Netzanschlussvertrag ist dementsprechend einer der Schritte zur Bestimmung der Voraussetzungen für den Netzanschluss. Die Bindung des Netzbetreibers bezüglich der „Reservierung“ von Netzanschlusskapazitäten erfolgt schon bei dem Erlass von Netzanschlussbedingungen. Nach Ansicht der Autorin wäre es in dieser Hinsicht unschlüssig von dem Antragsteller zu verlangen, die Netzanschlussbedingungen schon bei dem Abschluss des Netzanschlussvertrags zu erfüllen.

¹⁰⁰⁷ § 7 Abs. 3a EnR, § 6 Abs. 1 SystemVO. Der Antragsteller kann die auf der Internetpräsenz des Netzbetreibers zur Verfügung gestellten Antragsformulare nutzen. Der Netzbetreiber hat die Einreichung des Antrags, insbesondere das Datum der Antragstellung schriftlich zu bestätigen (§ 7 Abs. 8h EnR). Diese Verpflichtung erleichtert dem Antragsteller die Nachweisführung für den Beginn der Frist nach Art. 7 Abs. 8g EnR.

¹⁰⁰⁸ Nach Art. 7 Abs. 3a EnR enthält der Antrag insbesondere die Bezeichnung des Standorts (im Sinne von Art. 7 Abs. 3 EnR) sowie die für die Erfüllung der technischen und betrieblichen Anforderungen nach Art. 7a EnR notwendigen Informationen. Die nicht abschließende Aufzählung im EnR wird durch die Bestimmungen der SystemVO ergänzt. Einschlägig ist hier § 7 Abs. 1 bis 3 SystemVO, wo die obligatorischen Angaben aufgeführt werden. Alle Antragsteller (Strombezugs- und Stromeinspeisungseinheiten) haben danach in dem Antrag auf Erlass der Netzanschlussbedingungen u.a. Angaben zum Antragsteller, zur Anschlussleistung, zu dem voraussichtlichen Zeitpunkt des ersten Strombezugs oder der ersten Stromeinspeisung sowie diverse technische Angaben zu machen. Die Stromerzeugungseinheiten haben zusätzlich z.B. Angaben zu den maximalen jährlichen Stromerzeugungsmengen, zur installierten Leistung, zu der Zahl der anzuschließenden Anlagen oder zur Blindleistungskompensation zu tätigen. Der Antrag kann auch fakultative Angaben enthalten. Diese sind in § 6 Abs. 4 SystemVO nicht erschöpfend aufgezählt und betreffen von den Standardparametern abweichende technische Parameter der elektrischen Energie oder Parameter ihrer Lieferung.

¹⁰⁰⁹ Nach § 6 Abs. 3 SystemVO haben die Windparks zusätzlich zu den zuvor genannten Angaben auch die technische Spezifikation der Turbine sowie die Charakteristik der Turbinenleistung in der Windgeschwindigkeitsfunktion anzugeben. Weder die SystemVO noch das EnR beinhalten eine Definition des „Windparks“; daher ist von einem Verständnis des Begriffs nach allgemeinem Gebrauch auszugehen. § 6 Abs. 3 SystemVO müsste daher Fälle betreffen, in denen der Netzanschluss für mindestens zwei Windkraftanlagen beantragt wird. Eine derartige Auslegung würde aber zu unbilligen Folgen führen. In der Praxis würde es bedeuten, dass beispielsweise eine 2,5 MW große Anlage nicht verpflichtet wäre, die Angaben nach § 6 Abs. 3 SystemVO zu tätigen, während ein kleiner Windpark mit zwei Anlagen von jeweils 500 kW dieser Verpflichtung unterliegen würde. Diese Folge kann vom Gesetzgeber nicht gewollt sein. Außerdem spricht die Wahl des Singulars des Worts „Turbine“ für die Annahme, dass auch in dem Antrag auf Anschluss einer einzelnen Windkraftanlage die Angaben nach § 6 Abs. 3 SystemVO zu machen sind.

den Raumordnungsvorschriften verlangt wird¹⁰¹⁰), vorzulegen, aus dem die Zulässigkeit der Errichtung der Anlage hervorgeht.¹⁰¹¹ Ferner ist im Falle der Errichtung einer Anlage auf dem polnischen Meeresgebiet eine Erlaubnis für die Errichtung und Nutzung einer künstlichen Insel, von Konstruktionen und Einrichtungen in polnischen Meeresgebieten¹⁰¹² vorzulegen.¹⁰¹³ Obligatorische Antragsanhänge sind ebenfalls Unterlagen, die den Standort der Anlage skizzieren¹⁰¹⁴ und das Nutzungsrecht des Antragstellers an der Standortimmobilie¹⁰¹⁵ belegen. Für Windparks ist überdies ein Bericht über die Qualität des erzeugten Stroms beizufügen.¹⁰¹⁶

Dem Antrag auf Erlass von Netzanschlussbedingungen ist grundsätzlich auch ein Gutachten über den Einfluss von Vorrichtungen, Anlagen oder Netzen auf das elektroenergetische System beizufügen, das im Rahmen von mit dem zuständigen Netzbetreiber vereinbarten Bedingungen erstellt worden ist.¹⁰¹⁷ Das Gutachten ist im Falle von Erzeugungsanlagen lediglich für Anlagen mit installierter Leistung von über 2 MW zu erstellen.¹⁰¹⁸

2) Einzahlung

Ein Antragsteller, der den Anschluss an das Netz der Anschlussleistung mit nicht mehr als 1 kV anstrebt, ist verpflichtet, eine Anzahlung auf die Netzanschlussgebühr zu entrichten.¹⁰¹⁹ Die Anzahlung ist in Höhe von 30 PLN für jedes Kilowatt der in dem Antrag auf Erlass der Netzanschlussbedingungen genannten Anschlussleistung zu entrichten, allerdings maximal in Höhe der Netzanschlussgebühr oder von 3 000 000 PLN.¹⁰²⁰

Wenn die Netzanschlussgebühr fällig wird, wird die Anzahlung auf sie angerechnet. Manche Netzanschlussverfahren werden abgebrochen, bevor es zur Berechnung der Netzanschlussgebühr kommt. In diesen Fällen muss die Anzahlung zurückerstattet werden.¹⁰²¹

¹⁰¹⁰ Art. 7 Abs. 8d Nr. 1 EnR.

¹⁰¹¹ Art. 7 Abs. 8d¹ EnR.

¹⁰¹² Gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 21.03.1991 über Meeresgebiete der Republik Polen und Meeresverwaltung (BGBl 2013, Pos. 934, Nr. 0 mit späteren Änderungen).

¹⁰¹³ Art. 7 Abs. 8d Nr. 3 EnR.

¹⁰¹⁴ § 7 Abs. 5 Nr. 2 SystemVO.

¹⁰¹⁵ Art. 7 Abs. 8d Nr. 4 EnR iVm § 7 Abs. 5 Nr. 1 SystemVO. Das Gesetz trifft keine Aussage dazu, wie und für welchen Zeitraum das Nutzungsrecht gesichert sein soll, ob die Art der Standortsicherung in der Zwischenzeit geändert werden kann und ob dies einen Einfluss auf den Erlass von Netzanschlussbedingungen oder das Netzanschlussprozedere hat.

¹⁰¹⁶ § 7 Abs. 5 Nr. 3 SystemVO.

¹⁰¹⁷ § 6 Abs. 5 Nr. 5 SystemVO.

¹⁰¹⁸ Art. 7 Abs. 8e S. 1 EnR i.V.m. § 7 Abs. 6 Nr. 1 SystemVO. Da die Erstellung des Gutachtens in der Regel zeitaufwendig ist und die dafür anfallenden Kosten die Höhe der Netzanschlussgebühr beeinflussen (siehe Seite 178), ist für die Projektentwickler die 2-MW-Größe eine kritische Grenze bei der Planung der Projektgesamtkosten.

¹⁰¹⁹ Art. 7 Abs. 8a EnR. Diese mit der Novelle vom 08.01.2010 eingeführte Regelung soll die Einreichung von Anträgen auf Erlass von Netzanschlussbedingungen solcher Antragsteller verhindern, die den Netzanschluss nicht ernsthaft anstreben. Damit soll der Handel von Netzkapazitäten unterbunden werden, so die Gesetzesbegründung zu der EnR-Novelle.

¹⁰²⁰ Art. 7 Abs. 8a und 8b EnR. Die Differenz zwischen der Höhe der Anzahlung und der Höhe der tatsächlichen Netzanschlussgebühr ist samt gesetzlichen Zinsen zurückzuzahlen.

¹⁰²¹ Das EnR nennt zwei Fälle, in denen der Netzanschlussverpflichtete dem Netzanschlussberechtigten die Anzahlung zurückzuzahlen hat. Der erste Fall ist, wenn der Netzbetreiber den Erlass der Netzanschluss-

3) Frist

Der Netzbetreiber hat die Netzanschlussbedingungen innerhalb einer gesetzlich bestimmten Frist zu erlassen.¹⁰²² Die Frist berechnet sich für den Anschluss von Energiequellen ab dem Tag der Einzahlung des Vorschusses auf die Netzanschlussgebühr. Sie beträgt im Falle des Antrags auf Anschluss an das Netz der Nennspannung von nicht höher als 1 kV 30 Tage und im Falle des Antrags auf Anschluss an das Netz der Nennspannung von höher als 1 kV 150 Tage.¹⁰²³

4) Folgen

Die Netzanschlussbedingungen sind zwei Jahre ab ihrer Zustellung an den Netzanschlussberechtigten gültig. Nach dem EnR stellen sie in dem Zeitraum der Gültigkeit eine bedingte Verpflichtung des Elektrizitätsunternehmens zum Abschluss des Vertrags über den Anschluss an das Elektrizitätsnetz dar. Der Wortlaut der Norm ist nicht eindeutig. Zu klären ist insbesondere, was „Gültigkeit“ der Netzanschlussbedingungen bedeutet und wie „bedingte“ Verpflichtung zum Abschluss des Netzanschlussvertrags zu verstehen ist.

Das Gesetz liefert keine Definition der Gültigkeit¹⁰²⁴ der Netzanschlussbedingungen. In der Begründung zu der Gesetzesnovelle vom 8. Januar 2010 führt der Gesetzgeber aus, wie sich

bedingungen oder den Abschluss des Netzanschlussvertrags wegen fehlender technischer oder wirtschaftlicher Bedingungen verweigert (Art. 7 Abs. 8j Nr. 1 EnR). Der Netzbetreiber ist auch verpflichtet, die Anzahlung zu erstatten, wenn er Netzanschlussbedingungen erlassen hat, die Gegenstand eines streitigen Verfahrens waren, dieses positiv für den Antragsteller entschieden und kein Netzanschluss realisiert wurde (Art. 7 Abs. 8j Nr. 3 EnR); in diesem Fall hat der Netzbetreiber dem Antragsteller Zinsen in der in Art. 7 Abs. 8k EnR genannten Höhe ab dem Tag der Entrichtung der Anzahlung zu zahlen. Nach Ansicht der Autorin ist davon auszugehen, dass die Anzahlung auch in anderen, gesetzlich nicht geregelten Fällen zurückzuzahlen ist, in denen die Parteien keinen Netzanschlussvertrag abgeschlossen haben. Diese Auffassung basiert auf dem Gedanken, dass Herr des Netzanschlussverfahrens der Anschlusswillige ist: Er profitiert von dem Kontrahierungszwang des Netzbetreibers. Die Entscheidung des Antragstellers, nach dem Erhalt der Netzanschlussbedingungen von dem Netzanschlussverfahren abzusehen, wird im Regelfall nicht auf seiner Böswilligkeit beruhen, sondern auf einer Wirtschaftlichkeitsanalyse des Vorhabens. Ohne den Antrag auf den Erlass von Netzanschlussbedingungen sowie die Anzahlung könnte der Antragsteller nicht in Erfahrung bringen, ob der Netzanschluss und somit die Durchführung des Projekts möglich sind. Das Risiko, die Anzahlung nicht zurückerstattet zu bekommen, falls er von der Weiterverfolgung des Netzanschlussbegehrens absieht, hätte für den Antragsteller bezüglich seines Bestrebens, einen Netzanschluss zu erhalten, eine hemmende Wirkung. Dies würde sich in der Praxis durch eine geminderte Zahl von Anträgen auf Erlass von Netzanschlussbedingungen und folglich eine geminderte Zahl von Netzanschlüssen und errichteten EE-Anlagen auswirken. Eine solche Folge kann durch den Gesetzgeber nicht gewollt sein. Dies gilt insbesondere in Bezug auf den Netzanschluss von Anlagen zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, die durch die gesetzten Ausbauziele eine besondere Bedeutung in der Rechtsordnung genießen.

¹⁰²² Art. 7 Abs. 8g EnR.

¹⁰²³ Art. 7 Abs. 8g Nr. 1 und Nr. 2 EnR. Die Frist verlängert sich, wenn der Netzbetreiber den Erlass der Netzabschlussbedingungen wegen fehlender technischer oder wirtschaftlicher Bedingungen verweigert, die auf nicht ausreichende Netzübertragungs- oder Netzanschlusskapazität zurückzuführen sind, Art. 7 Abs. 8d S. 2 EnR.

¹⁰²⁴ In der Literatur (*Walaszek – Pyziół, Anna; Pyziół, Wojciech* Obowiązek zawarcia umowy o przyłączenie do sieci elektroenergetycznej – węzłowe zagadnienia prawne, *Przegląd Ustawodawstwa Gospodarczego*, Nr. 12/2006, S. 3; *Franczak-Durczok, Katarzyna*, Zawarcie umowy przyłączeniowej w ciepłownictwie, *Przegląd Ustawodawstwa Gospodarczego* 2009, Heft 1, S. 7; *Bartuszek, Łukasz*, Charakter prawny warunków przyłączenia, *Bulletin URE* 2010, Nr. 5, S. 71) wurden Versuche unternommen, die Art der Verpflichtung des Netzbetreibers zum Abschluss des Netzanschlussvertrags nach dem Erlass der Netzanschlussbedingungen zu charakterisieren. Gegen einen rein informativen Charakter der Netzanschlussbedingungen (*Szambelańczyk, Maciej*, *Zasady podłączenia do sieci w projekcie nowelizacji*

der Netzbetreiber innerhalb der Gültigkeitsdauer der Anschlussbedingungen zu verhalten hat. Danach haben die Netzbetreiber bei der Einreichung von weiteren Anträgen auf den Erlass von Netzanschlussbedingungen die früher eingereichten Anträge zu berücksichtigen und dürfen nicht davon ausgehen, dass das entsprechende Projekt nicht realisiert wird. Der Gesetzgeber geht danach von einer Art „Reservierung“ der Anschlusskapazität seitens des Netzanschlussverpflichteten für einen bestimmten Netzanschlusswilligen aus.

5) Verweigerung des Erlasses der Netzanschlussbedingungen

a. Problematik der Verweigerung des Erlasses der Netzanschlussbedingungen

Im Regelfall ist der Netzbetreiber zum Erlass der Netzanschlussbedingungen auf Antrag des Netzanschlusswilligen verpflichtet. Allerdings ermöglicht es das EnR dem Netzbetreiber, den Erlass der Netzanschlussbedingungen zu verweigern,¹⁰²⁵ wenn wirtschaftliche oder technische Bedingungen in Bezug auf die Anschluss- oder Lieferungskapazität (in dem durch den Netzanschlussberechtigten beantragten Umfang) nicht erfüllt sind.¹⁰²⁶

Die gesetzlichen Regelungen bieten keine Definition der wirtschaftlichen oder technischen Bedingungen. Die Unbestimmtheit der gesetzlichen Regelung führt zu einem nicht unerheblichen Streitpotenzial zwischen den Beteiligten, nicht zuletzt weil die Abgrenzung der genannten Voraussetzungen in der Praxis oft schwierig ist.¹⁰²⁷ Als Folge wird die faktische Qualifikation der Erfüllung der gesetzlichen Prämissen im Einzelfall durch die verwaltungs-

Prawa energetycznego, Czysta Energia 2009, Nr. 4, S. 14.) spricht schon allein die Begründung der Verpflichtung des Netzbetreibers zum Abschluss des Vertrags. Auch von einer Einordnung als Angebot des Netzbetreibers an den Antragsteller ist nicht auszugehen, da die Netzanschlussbedingungen weder *essentialia negotii* noch einen konkreten Vorschlag des Vertragsabschlusses beinhalten (Franczak-Durczok, Katarzyna, Zawarcie umowy przyłączeniowej w ciepłownictwie, Przegląd Ustawodawstwa Gospodarczego 2009, Heft 1, S. 7, Walaszek – Pyziol, Anna; Pyziol, Wojciech, Obowiązek zawarcia umowy o przyłączenie do sieci elektroenergetycznej – węzłowe zagadnienia prawne, Przegląd Ustawodawstwa Gospodarczego, Nr. 12/2006, S. 3). Der Mangel der Bestimmung von *essentialia negotii* in den Netzanschlussbedingungen steht gleichfalls der Annahme der Einordnung der Netzanschlussbedingungen als Angebot des Netzbetreibers (oder der Annahme eines Angebots des Antragstellers) zum Abschluss eines Vorvertrags im Sinne von Art. 389 § 1 ZGB zum Abschluss des Netzanschlussvertrags entgegen. Teilweise wird den erlassenen Netzanschlussbedingungen der Charakter einer *invitatio ad offerendum* zugesprochen (Franczak-Durczok, Katarzyna, Zawarcie umowy przyłączeniowej w ciepłownictwie, Przegląd Ustawodawstwa Gospodarczego 2009, Heft 1, S. 7). Auch dem ist zu widersprechen. Denn dies würde bedeuten, dass der Erlass von Netzanschlussbedingungen die Verhandlungen zum Abschluss des Netzanschlussvertrags in dem durch die Netzanschlussbedingungen gedeckten Bereich einengt. Dies würde die Regelung des § 7 Abs. 1 S. 1 Hs. 2 EnR aushöhlen, wonach der Netzbetreiber zum Abschluss des Netzanschlussvertrags verpflichtet ist, wenn – zusätzlich zu der Erfüllung der Anschlussbedingungen durch den Antragsteller – die technischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen des Netzanschlusses und der Lieferung von Energie oder Brennstoffen erfüllt sind.

¹⁰²⁵ Nach Information des URE-Vorsitzenden haben im Jahr 2015 die zuständigen Netzbetreiber bezüglich folgender EE-Anlagen den Netzanschluss verweigert: 63 Windkraftparks mit installierter Leistung von 523,325 MW, 45 PV-Anlagen mit installierter Leistung von 38,303 MW, 1 Biogasanlage mit installierter Leistung von 1 MW, 1 Wasserkraftanlage mit installierter Leistung von 35, MW. Damit ist die Netzanschlussverweigerungsquote im Vergleich zum Jahr 2014 um 40 % gestiegen, Bericht über die Tätigkeit des URE-Vorsitzenden vom 2015, Seite 89.

¹⁰²⁶ Art. 8d³ EnR.

¹⁰²⁷ Z.B. wenn der Netzanschluss nach der Erweiterung der Netzkapazitäten möglich wäre, jedoch die finanziellen Mittel fehlen, um den Ausbau zu bezahlen.

und zivilrechtlichen Rechtsorgane im Rahmen der Entscheidung über ein Rechtsbehelfsverfahren durchgeführt.¹⁰²⁸

b. Verweigerungsgründe

Der Netzanschlussverpflichtete kann die Durchführung des Netzanschlusses in dem durch den Anlagenbetreiber beantragten Zeitraum wegen eines Mangel bezüglich der technischen Bedingungen verweigern, wenn der Mangel auf eine unzureichende Netzübertragungskapazität¹⁰²⁹ zurückzuführen ist.¹⁰³⁰ In diesem Fall ist er verpflichtet, eine Frist für den notwendigen Netzausbau oder die Erneuerung des Netzes sowie eine Netzanschlussfrist zu bestimmen. Dem Netzanschlussverpflichteten wurde infolgedessen nicht das Recht eingeräumt, den Erlass von Netzanschlussbedingungen zu verweigern, sondern lediglich die Möglichkeit, den durch den Netzanschlussberechtigten beantragten Zeitrahmen, in dem die für die Durchführung des Netzanschlussvertrags notwendige Netzübertragungskapazität hergestellt werden soll, zu ändern.

Der Netzanschlussverpflichtete kann den Erlass der Netzanschlussbedingungen auch dann verweigern, wenn die wirtschaftlichen oder technischen Bedingungen hinsichtlich der Netzanschlusskapazität fehlen. Davor ist er verpflichtet, den Netzanschlussberechtigten über die aktuelle freie Netzanschlusskapazität zu informieren. Der Netzanschlussberechtigte hat dann 30 Tage nach der Benachrichtigung, um dem Erlass der geänderten Netzanschlussbedingungen zuzustimmen. Falls der Antragsteller der neuen Netzanschlusskapazität zugestimmt hat, erlässt der Netzbetreiber die entsprechend geänderten Netzanschlussbedingungen.¹⁰³¹ Falls der Antragsteller seine Zustimmung nicht erteilt hat, verweigert der Netzbetreiber den Erlass der Netzanschlussbedingungen.¹⁰³²

Die Beweislast für einen Mangel bezüglich der wirtschaftlichen und/oder technischen Bedingungen trägt der Netzbetreiber.¹⁰³³

c. Wirtschaftliche und technische Bedingungen

Der Begriff der wirtschaftlichen Bedingungen geht weit über die Fragen der Rentabilität hinaus und betrifft auch die finanziellen Möglichkeiten des Netzbetreibers zur Übernahme der Kosten des Netzausbaus und ist damit viel weiter als nur eine wirtschaftliche Rechnung betreffend zu verstehen.¹⁰³⁴ Der Mangel der wirtschaftlichen Bedingungen kann demnach nur

¹⁰²⁸ *Walażek-Pyziół, Anna*, Świadczenie usług przesyłowych w prawie Unii Europejskiej i w polskim prawie energetycznym, PUG 2001, Nr. 7, S. 9.

¹⁰²⁹ Das EnR spricht lediglich von der „Übertragungs“kapazität und lässt die „Verteilungs“kapazität unerwähnt. Die Möglichkeit der Verweigerung des Erlasses der Netzanschlussbedingungen ist eine Ausnahme von der Pflicht, den Netzanschluss durchzuführen, und soll als solche eng ausgelegt werden.

¹⁰³⁰ Art. 7 Abs. 8d² EnR.

¹⁰³¹ Art. 7 Abs. 8d³ S. 1 Nr. 1 EnR.

¹⁰³² Art. 7 Abs. 8d³ S. 1 Nr. 2 EnR.

¹⁰³³ Wettbewerbsgericht, Urt. vom 15.06.2009, AZ.: XVII, AmE 114/08.

¹⁰³⁴ SA in Warschau, Urt. vom 19.09.2007, AZ.: VI ACa 479/07. Bei der Beurteilung, ob die wirtschaftlichen Bedingungen für die Netzanschlusskapazität erfüllt sind, sind diverse Aspekte zu untersuchen (die Kriterien der Beurteilung der wirtschaftlichen Effizienz des Netzanschlusses von Anlagen beschreibt die Stellungnahme des URE-Vorsitzenden Nr. 10/2010 vom 29.06.2010.) Entscheidend ist u.a., inwiefern die Kosten, die nicht durch die Netzanschlussgebühren gedeckt werden, den Netzbetreiber tatsächlich betreffen und/oder ob er diese Kosten über die Tarife für die Übertragungs- und Verteilungsdienstleistungen erstattet bekommen kann. Dies betrifft den Fall, in dem die Netzanschlussgebühr einen pauschalierten Charakter hat;

ausnahmsweise auftreten.¹⁰³⁵ Er kann zu der Änderung oder anschließend zu der Verweigerung der Netzanschlussbedingungen durch den Netzanschlussverpflichteten führen, wenn die Netzanschlusskapazität fehlt.

Der Begriff der technischen Bedingungen im Sinne von Art. 7 Abs. 1 EnR ist netzbezogen zu verstehen. Die Anforderungen technischer Natur, welche der Netzanschlussverpflichtete zu erfüllen hat, werden in den Netzanschlussbedingungen und dem Netzanschlussvertrag festgelegt. Die technischen Bedingungen sind erfüllt, wenn das Netz auf einem bestimmten Gebiet existiert und seine Parameter den Anforderungen an den Anschluss der konkreten Anlage entsprechen. Der Netzbetreiber trägt eine öffentlich-rechtliche Verpflichtung zum Ausbau des Netzes, um nicht nur die aktuelle, sondern auch die künftige Nachfrage (Bedarf) an Netzkapazitäten decken zu können.¹⁰³⁶ Es stellt sich somit die Frage, wie sich der Netzbetreiber auf fehlende technische Bedingungen berufen kann, wenn die Erfüllung dieser Bedingungen von ihm abhängig ist. Dies kann dann der Fall sein, wenn auf Gegebenheiten faktischer Natur abgestellt wird, also wenn ein technisches Hindernis besteht, das sich trotz Bemühungen nicht beheben lässt.¹⁰³⁷ Zum anderen ist die Voraussetzung der wirtschaftlichen Bedingungen zu beachten, die ebenfalls eine Grenze für die Verpflichtung des Netzbetreibers zum Netz(aus)bau setzen. In dieser Hinsicht greift die Verpflichtung des Netzbetreibers zum Netz(aus)bau so weit, bis die wirtschaftlichen Bedingungen nicht mehr erfüllt sind. Die wirtschaftlichen Bedingungen setzen den Bemühungen, welche der Netzbetreiber in Hinblick auf die Erfüllung der technischen Bedingungen unternehmen muss, Grenzen.¹⁰³⁸

6) Rechtsmittel

Mit der Entscheidung in streitigen Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Verweigerung des Abschlusses des Netzanschlussvertrags (also auch hinsichtlich der Verweigerung des Erlasses der Netzanschlussbedingungen) wurde der URE-Vorsitzende betraut.¹⁰³⁹ Über einen Widerspruch gegen die Entscheidung des Vorsitzenden entscheidet das Gericht für Wettbewerbs- und Verbraucherschutz als Gericht erster Instanz. Das gemischte Verfahren soll der Gewährleistung einer einheitlichen Entscheidungslinie im ganzen Land dienen.¹⁰⁴⁰

die Gebühr deckt dann nicht die volle Höhe der Netzanschlusskosten. Der fehlende Betrag kann dann bei der Bestimmung der Tarife für die Übertragung und/oder Verteilung einfließen. Weiter ist der Entwicklungsplan des Netzbetreibers im Sinne des § 16 EnR zu berücksichtigen. Anhand dieses Plans lässt sich einschätzen, ob die künftigen Einnahmen aus den an das Netz angeschlossenen Anlagen für die Übertragung und Verteilung die voraussichtlichen Netzanschlusskosten der entsprechenden Anlagen decken werden. Ferner sind die kommunalen planungsrechtlichen Unterlagen zu analysieren, wie zum Beispiel der Plan der Gemeinde über die Versorgung mit Elektrizität und Wärme.

¹⁰³⁵ Wettbewerbsgericht, Urt. vom 18.09.2002, AZ.: XVII AmE 100/01.

¹⁰³⁶ Kartellgericht, Urt. vom 07.04.1999, AZ.: XVII Ama 85/98.

¹⁰³⁷ Wettbewerbsgericht, Urt. vom 29.10.2010, AZ.: XVII AmE 80/10.

¹⁰³⁸ *Pokrzywniak, Jakub*, Umowa o przyłączenie..., S. 93.

¹⁰³⁹ Art. 8 Abs. 1 EnR. Im Jahr 2016 wurden dem URE-Vorsitzenden 18 Anträge auf Entscheidung einer Streitigkeit betreffend den Netzanschluss von EE-Anlagen übermittelt. In 7 Fällen hat der URE-Vorsitzende entschieden, dass seitens des Netzbetreibers keine Verpflichtung zum Abschluss eines Netzanschlussvertrags besteht. Das Bestehen einer solchen Verpflichtung hat der URE-Vorsitzende in 3 Fällen festgestellt. In 6 Fällen wurde das Verfahren eingestellt, in 2 Fällen blieb es ohne Entscheidung, Bericht über die Tätigkeit des URE-Vorsitzenden im Jahr 2016, Seite 229.

¹⁰⁴⁰ *Pokrzywniak, Jakub*, Umowa o przyłączenie (...) S. 131; dies ändert nichts an dem zivilrechtlichen Charakter der zu entscheidenden Angelegenheiten.

Die Parteien haben auch die Möglichkeit, die Streitigkeiten aus dem Netzanschlussvertrag einem Schlichtungsgericht für Energie bei der Kammer für Industrieenergiewirtschaft und Energieabnehmer in Warschau zur Entscheidung vorzulegen.¹⁰⁴¹ Dies gilt allerdings nur dann, wenn sie sich darauf entsprechend geeinigt haben.

3. Ausführung des Netzanschlussvertrags

Nach dem Abschluss des Netzanschlussvertrags kann die Durchführung des Netzanschlusses eingeleitet werden.

Für den Bau und/oder Ausbau der Teile des Netzes, welche die Anlage des Netzanschlusswilligen mit dem Netz allgemeiner Versorgung verbinden sollen, ist der beteiligte Netzbetreiber zuständig.¹⁰⁴² Der Netzanschlusswillige hat die Tätigkeit des Netzbetreibers in dem in den Netzanschlussbedingungen und im Netzanschlussvertrag bestimmten Rahmen zu unterstützen und ggf. zu ergänzen, z.B. hinsichtlich der Verbindung seiner EE-Anlage mit dem Teil des ausgebauten Netzes.

Allein die Erstellung einer Verbindung zwischen der EE-Anlage und dem Netz allgemeiner Versorgung ist nicht ausreichend, um dem eigentlichen Ziel des Netzanschlussvertrags gerecht zu werden: der dauerhaften Möglichkeit der Stromeinspeisung. Aus diesem Grunde ist anzunehmen, dass die Ausführung des Netzanschlussvertrags nicht nur im Bau des fehlenden Teils des Netzes besteht, sondern auch im notwendigen Umbau der Einrichtungen (z.B. der Trafostation), um die physikalische Einspeisung der elektrischen Energie zu ermöglichen. Die Gewährleistung der faktischen Stromeinspeisung ist damit allerdings nicht gemeint. Ungeachtet der Verpflichtung zur Vereinbarung über die Dauer des Vertrags ist dem Netzanschlussvertrag die Eigenschaft eines Dauerschuldverhältnisses nicht zuzusprechen. Im Umkehrschluss der Verpflichtung zum Abschluss des Netzanschlussvertrags kann jedoch konstatiert werden, dass der Netzbetreiber verpflichtet ist, die Anlagen an dem Netz angeschlossen zu halten.

4. Erleichterungen für Mikroanlagen

Für den Netzanschluss von Mikroanlagen zum Zwecke der Stromeinspeisung ist ein vereinfachtes Verfahren vorgesehen. Zum einen ist der Netzanschluss der Mikroanlage an das Verteilungsnetz aufgrund einer Anmeldung möglich, wenn der Betreiber der Mikroanlage bereits an das Netz als Endabnehmer angeschlossen ist.¹⁰⁴³ Das ist allerdings nur dann der Fall, wenn die installierte Leistung der anzuschließenden Anlage nicht die installierte Leistung übersteigt, die in den für den Netzanschluss des Endabnehmers bestimmten Netzanschlussbedingungen festgestellt worden ist. Die Anmeldung hat mindestens die Bezeichnung des Antragstellers sowie die für die Gewährleistung von technischen und betrieblichen Voraussetzungen nach Art. 7a EnR notwendigen Informationen zu enthalten.¹⁰⁴⁴ Die Vorlage eines Nachweises über die Nutzungsberechtigung des Standorts wird durch eine entsprechende eidesstattliche Erklärung des Anlagenbetreibers ersetzt.¹⁰⁴⁵ Zusätzlich hat der

¹⁰⁴¹ Sąd Arbitrażowy do spraw Energetyki przy Izbie Energetyki Przemysłowej i Odbiorców Energii w Warszawie.

¹⁰⁴² Art. 7 Abs. 6 EnR.

¹⁰⁴³ Art. 7 Abs. 8d⁴ EnR.

¹⁰⁴⁴ Art. 7 Abs. 8d⁵ EnR

¹⁰⁴⁵ Art. 7 Abs. 8d⁶ EnR.

Erzeuger in einer Mikroanlage eine Mitteilung mit weiteren Angaben abzugeben, wenn er die Förderung in Form der Stromabnahmeverpflichtung im Sinne des OZE-G in Anspruch nehmen möchte.¹⁰⁴⁶ Der zuständige Netzbetreiber hat eine Frist von 30 Tagen für die Errichtung des begehrten Netzanschlusses.¹⁰⁴⁷ Die Kosten der Einrichtung der notwendigen Sicherungs- sowie Mess- und Abrechnungssysteme trägt der Verteilungsnetzbetreiber.¹⁰⁴⁸ In allen anderen Fällen als dem voranstehend angeführten erfolgt der Anschluss der Mikroanlagen an das Verteilungsnetz aufgrund eines Netzanschlussvertrags.

5. Zwischenfazit

Einer der wichtigsten Schritte bei der Entwicklung der Projekte für die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien ist die Errichtung eines Anschlusses der Anlagen an das Netz allgemeiner Versorgung. Der Netzanschluss wird nach dem Prinzip der Gleichbehandlung der Netzanschlussberechtigten anhand eines Netzanschlussvertrags zwischen den Netzanschlusswilligen und dem Netzbetreiber ausgeführt. Die Anlagen für Strom aus erneuerbaren Energien genießen einen Vorrang vor den fossilen Anlagen. Der Inhalt des Netzanschlussvertrags ist weitgehend gesetzlich geregelt. Der Netzbetreiber hat einen gesetzlichen Kontrahierungszwang zum Vertragsabschluss. Der Kontrahierungszwang entsteht dann, wenn u.a. die technischen und wirtschaftlichen Bedingungen des Netzanschlusses sowie der Stromlieferung vorhanden sind und der Anschlusswillige die Netzanschlussbedingungen erfüllt (hat). Die notwendigen Netzanschlussbedingungen erlässt der zuständige Netzbetreiber auf Antrag des Anlagenbetreibers. Innerhalb der zweijährigen Gültigkeitsdauer der Netzanschlussbedingungen kann der Netzbetreiber den Anschluss nicht verweigern, wenn der Netzanschlusswillige die Bedingungen erfüllt. Ausnahmsweise kann der Netzbetreiber den Netzanschluss in zwei gesetzlich geregelten Fällen verweigern: wegen mangelnden Vorliegens der technischen Bedingungen, wenn der Mangel auf einer unzureichenden Netzübertragungskapazität beruht, sowie wegen eines Mangels bezüglich der wirtschaftlichen oder technischen Bedingungen hinsichtlich der Netzanschlusskapazität. Für den Netzanschluss hat der Netzanschlusswillige eine Gebühr zu entrichten. Bezüglich der Entscheidung etwaiger Streitigkeiten mit dem Netzbetreiber kann sich der Anlagenbetreiber u.a. an den URE-Vorsitzenden wenden. Für die Durchführung des Netzanschlusses ist generell der Netzbetreiber zuständig. Der Anlagenbetreiber ist verpflichtet, in einem bestimmten Umfang mitzuwirken.

II. Errichtung der EE-Anlagen

Einen weiteren Meilenstein in der Entwicklung von EE-Projekten stellt neben den netzanschlussbezogenen Fragenkomplexen die Errichtung der EE-Anlagen dar. Damit es zu dem Bau der EE-Anlage kommt, müssen insbesondere umweltrechtliche sowie raumordnungs- und baurechtliche Angelegenheiten geklärt werden.

1. Umweltverträglichkeitsbescheid

Im Bereich des Umweltrechts ist in einer Vielzahl der Projekte ein Umweltverträglichkeitsbescheid einzuholen. Der Umweltverträglichkeitsbescheid bestimmt die umweltbezogenen

¹⁰⁴⁶ Siehe Seite 164.

¹⁰⁴⁷ Art. 7 Abs. 8d⁷ EnR.

¹⁰⁴⁸ Art. 7 Abs. 8d⁴ S. 1 und S. 3 EnR.

Bedingungen der Realisierung der Erneuerbare-Energien-Projekte.¹⁰⁴⁹ Er legt damit einen ersten Rahmen der ihm folgenden (behördlichen und wirtschaftlichen) Entscheidungen fest. Der Umweltverträglichkeitsbescheid ist infolgedessen durch den Projektentwickler in einer frühen Projektrealisierungsphase, vor der Beschaffung diverser weiterer Bescheide – soweit solche erforderlich sind – einzuholen.¹⁰⁵⁰ In vielen Fällen ist das Zeitfenster, in dem die etwaigen weiteren notwendigen behördlichen Genehmigungen eingeholt werden müssen oder können, auf die Gültigkeitsdauer¹⁰⁵¹ des Umweltverträglichkeitsbescheids beschränkt. Dies fördert einerseits die Dynamik des gesamten Investitionsprozesses und fordert andererseits von dem Projektentwickler zusätzliche Organisationsmaßnahmen für den rechtzeitigen Abschluss der einzelnen Projektschritte.

Die Einholung eines Umweltverträglichkeitsbescheids ist nur in den gesetzlich vorgesehenen Fällen obligatorisch. Die Verpflichtung zur Einholung des Umweltverträglichkeitsbescheids besteht in Bezug auf Projekte, die erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt haben, und für Projekte, die möglicherweise erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt haben.¹⁰⁵² Welche Projekte unter welche dieser Kategorien fallen, ergibt sich aus der Verordnung des Ministerrats.¹⁰⁵³ Im Bereich der EE-Investitionen fallen unter die Projekte, die eine erhebliche Auswirkung auf die Umwelt haben (sog. Gruppe I), Onshore-Windkraftanlagen mit einer installierten Leistung von über 100 MW und alle Offshore-Anlagen,¹⁰⁵⁴ Wasserkraftanlagen mit einer Wasseraufstufungshöhe von mindestens 5 Metern,¹⁰⁵⁵ Brennstoffverbrennungsanlagen mit einer installierten Leistung von über 300 MW¹⁰⁵⁶ sowie Anlagen zur Verwertung und Beseitigung von Abfällen.¹⁰⁵⁷ Zu den Projekten, die möglicherweise eine Auswirkung auf die Umwelt haben (sog. Gruppe II), zählen andere als die unter die Gruppe I fallenden Windkraftanlagen,¹⁰⁵⁸ die eine Gesamthöhe von mindestens 30 m aufweisen oder auf einem Naturschutzgebiet errichtet worden sind.¹⁰⁵⁹ Außerdem gehören zur Gruppe II die übrigen Wasserkraftanlagen¹⁰⁶⁰ sowie im Bereich von Biogas und Biomasse Kraftwerke, in denen feste oder flüssige Einsatzstoffe verwendet werden und die eine installierte Leistung von mindestens 25 MW bzw. 10 MW haben¹⁰⁶¹; weiterhin Anlagen zur Erzeugung von Energie aus pflanzli-

¹⁰⁴⁹ Art. 71 Abs. 1 des Gesetzes vom 03.10.2008 über die Zuverfügungstellung der Umweltinformationen und über den Umweltschutz, die Beteiligung der Öffentlichkeit am Umweltschutz und über die Umweltverträglichkeitsprüfung, BGBl. 2008 Nr. 199, Pos. 1227 mit späteren Änderungen (UmweltG).

¹⁰⁵⁰ Z.B. grundsätzlich vor der Erlangung der individuellen Planfeststellung, des Baubescheides der wasserrechtlichen Genehmigung oder des Neuparzellierungsbescheides, Art. 72 Abs. 2 UmweltG.

¹⁰⁵¹ Gültigkeitsdauer beträgt 4, ausnahmsweise 6 Jahre, Art. 72 Abs. 3 und 4 UmweltG.

¹⁰⁵² Art. 71 Abs. 2 UmweltG.

¹⁰⁵³ Verordnung des Ministerrates vom 09.11.2010 über die Vorhaben, die eine erhebliche Auswirkung auf die Umwelt haben können, BGBl. 2010, Nr. 13, Pos. 1397 (Verordnung vom 09.11.2010), erlassen aufgrund der Verordnungsermächtigung nach Art. 60 UmweltG.

¹⁰⁵⁴ § 2 Abs. 1 Nr. 5 Verordnung vom 09.11.2010.

¹⁰⁵⁵ § 2 Abs. 1 Nr. 36 Verordnung vom 09.11.2010.

¹⁰⁵⁶ § 2 Abs. 1 Nr. 3 Verordnung vom 09.11.2010.

¹⁰⁵⁷ § 2 Abs. 1 Nr. 46 Verordnung vom 09.11.2010.

¹⁰⁵⁸ § 3 Abs. 1 Nr. 6 Verordnung vom 09.11.2010.

¹⁰⁵⁹ Im Sinne von Art. 6 Abs. 1 Pkt. 1 bis 5, 8 und 9 des Gesetzes vom 16.04.2005 über Naturschutz, BGBl. 2005, Nr. 151, Pos. 1220 mit späteren Änderungen.

¹⁰⁶⁰ § 3 Abs. 1 Nr. 5 Verordnung vom 09.11.2010.

¹⁰⁶¹ § 3 Abs. 1 Nr. 4 Verordnung vom 09.11.2010.

chen Produkten, mit Ausnahme von Agrarbiogasanlagen mit einer installierten Leistung bis einschließlich 0,5 MW¹⁰⁶², sowie Anlagen zur Verwertung und Beseitigung von Abfällen, mit Ausnahme von Agrarbiogasanlagen mit einer installierten Leistung bis einschließlich 0,5 MW.¹⁰⁶³

Das Verfahren für den Erlass eines Umweltverträglichkeitsbescheids ist auf einen Antrag des interessierten Projektentwicklers einzuleiten.¹⁰⁶⁴ Die Zuständigkeit der Umweltbehörde richtet sich je nach dem Gegenstand des Bescheids und liegt in den meisten Fällen bei dem Gemeindevorsteher/Bürgermeister (Stadtpräsidenten).¹⁰⁶⁵ In dem Verfahren soll die Beteiligung der Öffentlichkeit gewährleistet werden.¹⁰⁶⁶ Der Umweltverträglichkeitsbescheid wird stets projektbezogen erteilt¹⁰⁶⁷ und ist damit mit dem Projekt übertragbar.

Der schwierigste und umfangreichste Teil des Verfahrens für die Erteilung des Umweltverträglichkeitsbescheids ist die Erstellung der Umweltverträglichkeitsprüfung. Diese ist in Bezug auf die Vorhaben aus der Gruppe I obligatorisch zu erstellen.¹⁰⁶⁸ Die Projekte aus der Gruppe II unterfallen dem Prozedere grundsätzlich dann, wenn ein solcher Bedarf durch die für den Erlass des Umweltverträglichkeitsbescheids zuständige Behörde festgestellt worden ist.¹⁰⁶⁹

2. Raumordnung

Eine weitere Ebene, die bei der Realisierung der grünen Projekte zu beachten ist, bilden die raumordnungsrechtlichen Vorgaben.

Ähnlich wie in Deutschland ist die Raumordnung in Polen durch zwei leitende Instrumente geregelt: einen Flächennutzungsplan auf der ersten Planungsebene und einen Bebauungsplan auf der zweiten Planungsebene. Die diesbezüglichen rechtlichen Rahmenbedingungen legt das Gesetz vom 27. März 2003 über Planung und Raumordnung fest.¹⁰⁷⁰ Während der Flächennutzungsplan die allgemeine Raumpolitik der Gemeinde inkludiert, ist der Bebauungsplan verbindlich und kann als Grundlage für die verwaltungsrechtlichen Entscheidungen der Gemeinde dienen. Der Bebauungsplan muss mit den Vorgaben im Flächennutzungsplan übereinstimmen und diese konkretisieren. Für Investitionen, die auf Gebieten stattfinden sollen, für die noch kein Bebauungsplan erstellt worden ist, sieht das Gesetz über Planung und Raumordnung die Möglichkeit des Erlasses individueller verwaltungsrechtlicher Entscheidungen vor, wenn die gesetzlich vorgeschriebenen Voraussetzungen erfüllt werden. Der Umstand, ob ein Bebauungsplan zu Beginn des EE-

¹⁰⁶² § 3 Abs. 1 Nr. 45 Verordnung vom 09.11.2010.

¹⁰⁶³ § 3 Abs. 1 Nr. 80 Verordnung vom 09.11.2010.

¹⁰⁶⁴ Art. 73 UmweltG.

¹⁰⁶⁵ Art. 75 UmweltG.

¹⁰⁶⁶ Art. 79 UmweltG.

¹⁰⁶⁷ Art. 72a UmweltG.

¹⁰⁶⁸ Art. 59 Abs. 1 Nr. 1 UmweltG.

¹⁰⁶⁹ Art. 59 Abs. 1 Nr. 2 i.V.m. Art. 63 UmweltG. Bei der Beurteilung, ob die Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ist, hat die zuständige Behörde einen Katalog der gesetzlich aufgezählten Aspekte in Erwägung zu ziehen.

¹⁰⁷⁰ Gesetz vom 27.03.2003 über Planung und Raumordnung, BGBl. 2003, Nr. 80 Pos. 717 mit späteren Änderungen.

Projekts bereits erstellt worden ist, ist demzufolge für eine Raumordnungstauglichkeit des für eine EE-Investition ausgesuchten Standorts von nicht unerheblicher Bedeutung.

1) EE-Projekte auf der ersten Raumordnungsebene (Flächennutzungsplan)

Die Errichtung der EE-Anlagen ist aus der Perspektive der ersten Raumordnungsebene grundsätzlich nur möglich, wenn die jeweiligen Standortflächen schon im Flächennutzungsplan ausgewiesen worden sind. Aus dem Flächennutzungsplan müssen sich die Standortflächen der EE-Anlagen mit installierter Leistung von über 100 kW samt ihren Schutzzonen bezüglich der Beschränkungen in Bebauung, Bewirtschaftung und Nutzung ergeben.¹⁰⁷¹ Dies bedeutet nicht, dass für alle EE-Anlagen ein Bebauungsplan zwingend zu erstellen ist.¹⁰⁷² Ohne Berücksichtigung im Flächennutzungsplan können infolgedessen EE-Anlagen mit installierter Leistung von über 100 kW nicht errichtet werden. Der bestehende Flächennutzungsplan kann in Gänze oder zum Teil geändert werden,¹⁰⁷³ sodass ein bereits erstellter Flächennutzungsplan in bestimmten Teilen entsprechend angepasst werden kann.¹⁰⁷⁴

2) EE-Projekte auf der zweiten Raumordnungsebene (Bebauungsplan)

Der Bebauungsplan wird zum Zwecke der Bestimmung der Nutzung sowie Bewirtschaftung und Bebauung der Flächen erstellt.¹⁰⁷⁵ In den Bebauungsplan können je nach Bedarf die in dem Flächennutzungsplan vorgesehenen Flächen für die Errichtung von EE-Anlagen mit installierter Leistung von über 100 kW übertragen werden.¹⁰⁷⁶ Ist eine derartige Übertragung erfolgt, richtet sich die Möglichkeit der Errichtung der EE-Anlagen nach den Vorgaben des Bebauungsplans. Eine partielle Änderung des Bebauungsplans, die lediglich einen Teil der Gemeindefläche zum Gegenstand hat, ist möglich und wird durch die Investoren als ein Weg zur Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen für die Errichtung der EE-Projekte vergleichsweise oft eingeschlagen.¹⁰⁷⁷ Allerdings muss der Bebauungsplan mit den Regelungen des Flächennutzungsplans im Einklang bleiben.

Wenn die Gemeinde keinen Bebauungsplan erlassen hat, kann der raumordnungsrechtliche Rahmen für die Errichtung der EE-Projekte grundsätzlich mithilfe individueller Instrumente festgesetzt werden. Hier kommt ein individueller Planfeststellungsbeschluss in zwei Ausprägungen infrage:¹⁰⁷⁸ ein individueller Planfeststellungsbeschluss über den Standort einer Inves-

¹⁰⁷¹ Art. 10 Abs. 2a des Gesetzes über Planung und Raumordnung.

¹⁰⁷² Antwort des Staatssekretärs Jerzy Witold Piotrowicz auf die mündliche Anfrage des Parlaments Nr. 21082 vom 23.10.2013.

¹⁰⁷³ Das Verfahren über die Änderung des Flächennutzungsplans wird nicht auf Antrag des interessierten Investors, sondern aus einer Eigeninitiative der Gemeinde eingeleitet. Das Änderungsprozedere gleicht grundsätzlich dem Erstellungsprozedere und betrifft nur einen Ausschnitt der Gemeindefläche. Die Verfahrenskosten hat die Gemeinde zu tragen. Ein Projektentwickler, der eine Änderung des Flächennutzungsplans anstrebt, muss in Dialog mit der Gemeinde treten und entsprechende Überzeugungsarbeit leisten, um sie zu einer Änderung des Flächennutzungsplans zu bewegen.

¹⁰⁷⁴ Die teilweise Anpassung der Flächennutzungspläne wird in der Praxis oft genutzt als eine schnellere und gezielte Alternative der Herbeiführung der entsprechenden Rechtslage, da die Umstellung des gesamten Flächennutzungsplans mit einem unverhältnismäßig größeren Aufwand verbunden wäre.

¹⁰⁷⁵ Art. 14 Abs. 1 des Gesetzes über Planung und Raumordnung.

¹⁰⁷⁶ Art. 15 Abs. 3 Nr. 3a i.V.m. Art. 10 Abs. 2a des Gesetzes über Planung und Raumordnung

¹⁰⁷⁷ Vgl. die Ausführungen zur Änderung des Flächennutzungsplans in Fn. 1074.

¹⁰⁷⁸ Art. 4 Abs. 2 des Gesetzes über Planung und Raumordnung.

tition der öffentlichen Zweckbestimmung sowie ein individueller Planfeststellungsbeschluss über den Standort einer anderen als einer Investition öffentlicher Zweckbestimmung.¹⁰⁷⁹

Nach der ständigen Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte sind EE-Projekte keine Investitionen öffentlicher Zweckbestimmung,¹⁰⁸⁰ sodass die erste Variante des individuellen Planfeststellungsbeschlusses für die Realisierung der grünen Investitionen nicht in Betracht kommt.¹⁰⁸¹

Grundsätzlich möglich ist in Bezug auf EE-Projekte der Erlass eines individuellen Planfeststellungsbeschlusses über den Standort einer anderen als einer Investition öffentlicher Zweckbestimmung. Allerdings konfrontiert dieser Weg Schwierigkeiten. Eine rechtlich vorgesehene kumulative Erfüllung der vorgeschriebenen Voraussetzungen¹⁰⁸² ist nur im Falle weniger EE-Investitionen faktisch möglich. Der Erlass dieser Art des individuellen Planfeststellungsbeschlusses ist nämlich zulässig, wenn mindestens ein aus derselben öffentlichen Straße wie das Standortgrundstück zugängliches Nachbargrundstück¹⁰⁸³ so bebaut ist, dass sich die Parameter für die Kontinuität der Bebauung ermitteln lassen, das Standortgrundstück verschlossen und von einer öffentlichen Straße zugänglich¹⁰⁸⁴ ist und die Investition keiner Änderung der Landnutzung bedarf. Die nicht eindeutige Formulierung der Voraussetzungen für den Erlass dieser Art des individuellen Planfeststellungsbeschlusses räumt den zuständigen Behörden einen weiten Rahmen für Interpretationen ein und bedingt dementsprechend eine recht große Rechtsunsicherheit.

Eine Ausnahme von der Möglichkeit, Anlagen nach den Vorgaben eines individuellen Planfeststellungsbeschlusses zu errichten, bilden die Onshore-Windkraftanlagen, die lediglich auf der Grundlage eines Bebauungsplans errichtet werden können.¹⁰⁸⁵ Diese Regelung ist aus der Perspektive der Einheitlichkeit der raumordnungsrechtlichen Vorgaben zu begrüßen.

¹⁰⁷⁹ An dieser Stelle ist die Abstandsregelung bezüglich der Errichtung von Windkraftprojekten zu beachten, siehe S. 194 ff.

¹⁰⁸⁰ Z.B. Urt. des Obersten Verwaltungsgerichts vom 15.05.2008, AZ.: II OSK 548/07; Urt. des Verwaltungsgerichts in Krakau vom 30.01.2009, AZ.: II SA/Kr 735/08; Urt. des Verwaltungsgerichts in Stettin vom 06.05.2008, AZ.: II SA/Sz 224/08. Die Verwaltungsgerichte treten der Argumentation der Befürworter der Anwendung der Regelungen über den individuellen Planfeststellungsbescheid über den Standort einer Investition öffentlicher Zweckbestimmung auf EE-Projekte entgegen und versuchen, diese Investitionen unter den Katalog der Investitionen öffentlicher Zweckbestimmung nach Art. 6 des Gesetzes vom 21.08.1997 über die Immobilienwirtschaft (BGBl. 1997, Nr. 115, Pos. 741.) zu subsumieren. Während die Ablehnung der Subsumtion der EE-Projekte unter den Tatbestand des Art. 6 Nr. 2 (u.a. Errichtung und Betrieb von Einrichtungen für die Übertragung/Verteilung von Energie und entsprechender Hilfseinrichtungen) keine große Schwierigkeiten bereitet, ist die Ablehnung der Subsumtion unter Art. 6 Nr. 4 (Errichtung und Betrieb von Einrichtungen zum Umweltschutz) weniger eindeutig.

¹⁰⁸¹ Sollte den EE-Anlagen der Status von Investitionen öffentlicher Zweckbestimmung verliehen werden, könnten die beteiligten Projektentwickler als Konsequenz unter Umständen die Enteignung ausgewählter Standorte erzwingen.

¹⁰⁸² Art. 61 Abs. 1 des Gesetzes über Planung und Raumordnung.

¹⁰⁸³ Der Begriff „Nachbargrundstück“ wird durch die Verwaltungsgerichte weit definiert und bedeutet nicht nur ein Grundstück, das an das Standortgrundstück angrenzt, sondern das sich innerhalb eines bestimmten Betrachtungsgebiets befindet.

¹⁰⁸⁴ Auch bezüglich dieser Voraussetzung sind die Verwaltungsgerichte großzügig und nehmen ihre Erfüllung schon dann an, wenn der Zugang durch eine von diversen Arten der Landnutzung mittelbar gewährleistet wird.

¹⁰⁸⁵ Art. 7 des Gesetzes vom 20.05.2016 über die Investitionen im Bereich der Windenergie, BGBl. 2016, Nr. 0, Pos. 961, in Kraft getreten am 16.07.2016.

Allerdings kann eine sehr kurze *Vacatio legis*¹⁰⁸⁶ zu einer nicht unwesentlichen Verzögerung der Realisierung der Windkraftprojekte führen, wenn die als Anlagenstandort anvisierten Grundstücke nicht in dem Bebauungsplan erfasst worden sind.

3. Baugenehmigung

Ein weiterer Meilenstein in der Realisierung der EE-Projekte ist die Erlangung der Baugenehmigung. Die Grundsätze des Verfahrens, das zur Erteilung der Baugenehmigung führt, sind insbesondere im Baugesetzbuch¹⁰⁸⁷ verankert und denen nach dem deutschen Recht ähnlich. Grundsätzlich bedarf es für den Beginn aller Bauarbeiten einer Baugenehmigung, es sei denn, es liegt eine Ausnahme vor. Bestimmte durch die genannte Ausnahme erfasste Bauvorhaben können wiederum zur Meldung der Arbeiten verpflichtet werden.

1) Verfahren

Die Baugenehmigung ist durch die zuständige Behörde auf Antrag des interessierten Investors in Bezug auf das gesamte Bauvorhaben¹⁰⁸⁸ innerhalb von 65 Tagen¹⁰⁸⁹ zu erteilen. Dem Antrag muss der Investor die benötigten Bescheide, Stellungnahmen und Vereinbarungen beifügen¹⁰⁹⁰ und das Verfügungsrecht über die Standortimmobilie nachweisen.¹⁰⁹¹ Vor dem Erlass der Baugenehmigung untersucht die zuständige Behörde das geplante Projekt auf die Vereinbarkeit u.a. mit dem Bebauungsplan (ggf. mit dem individuellen Planfeststellungsbescheid), mit dem Umweltverträglichkeitsbescheid (soweit seine Einholung gesetzlich verlangt wird) und mit den bautechnischen Vorschriften.¹⁰⁹²

Nach den allgemeinen Grundsätzen muss die Baugenehmigung generell für jegliche Bauten eingeholt werden. Ausnahmsweise bedarf es keiner Baugenehmigung, wenn die jeweilige Projektart gesetzlich von der Verpflichtung befreit ist. Da eine Baugenehmigung in all den Fällen benötigt wird, in denen eine Umweltverträglichkeitsprüfung¹⁰⁹³ zu erstellen ist,¹⁰⁹⁴ können in der Praxis nur wenige EE-Projekte von der genannten Ausnahme (statt Einholung einer Baugenehmigung lediglich Meldung der Arbeiten erforderlich) profitieren.

Die erteilte Baugenehmigung erlischt, wenn die Arbeiten nicht innerhalb von 3 Jahren ab der Rechtskraft des Bescheids begonnen haben oder wenn sie für einen Zeitraum von länger als 3 Jahren unterbrochen worden sind.¹⁰⁹⁵

¹⁰⁸⁶ 14 Tage ab der Bekanntgabe, Art. 18 des Gesetzes über die Investitionen im Bereich der Windenergie.

¹⁰⁸⁷ Art. 28 ff. des Gesetz vom 07.07.1994 Baugesetzbuch, BGBl. 1994, Nr. 89, Pos. 414 mit weiteren Änderungen.

¹⁰⁸⁸ Z.B. den ganzen Windpark mit der notwendigen Infrastruktur.

¹⁰⁸⁹ Art. 35 Abs. 6 des Baugesetzbuchs.

¹⁰⁹⁰ Art 33. Abs. 4 Nr. 5 des Baugesetzbuchs. Die Liste der anzuhängenden Unterlagen variiert je nach Projekt(art). Infrage kommen z.B. ein Bescheid über den Ausschluss der Standortfläche aus der Landwirtschaftsproduktion, eine Genehmigung des Fahrwegbetreibers für die Errichtung einer Straßenabfahrt und Vereinbarungen über die Errichtung von Wasser- oder Gasanschlüssen.

¹⁰⁹¹ Art. 4 des Baugesetzbuchs.

¹⁰⁹² Art. 35 Abs. 1 des Baugesetzbuchs.

¹⁰⁹³ Siehe Seite 187.

¹⁰⁹⁴ Art. 29 Abs. 3 des Baugesetzbuchs.

¹⁰⁹⁵ Art. 37 des Baugesetzbuchs. Hat der Investor Interesse an der Projektentwicklung, hat er nach dem Ablauf der Gültigkeit des Baubescheides entsprechend eine neue Baugenehmigung oder einen Bescheid über die Wiederaufnahme der Arbeiten einzuholen.

2) Meldung der geplanten Arbeiten

Für bestimmte Vorhaben, die von der Pflicht zur Einholung einer Baugenehmigung befreit sind, besteht die Verpflichtung, die Bauarbeiten vor ihrem Beginn der zuständigen Behörde zu melden.¹⁰⁹⁶ Erhebt die zuständige Behörde innerhalb von 30 Tagen nach der Meldung keinen Widerspruch, kann mit dem Bau begonnen werden. In bestimmten Fällen, wie z.B. der Gefährdung der Sicherheit von Menschen, kann die zuständige Behörde dem Investor die Verpflichtung zur Einholung einer Baugenehmigung auferlegen.¹⁰⁹⁷

Von der Verpflichtung zur Meldung der Arbeiten erfasst sind im Bereich der Erneuerbaren-Energien-Projekte bis zu einer Höhe von 3 m, die auf Gebäuden angebracht sind.¹⁰⁹⁸

Die Verpflichtung, die von einer Baugenehmigung befreiten Projekte der zuständigen Behörde zu melden, wurde im EE-Bereich in zwei Fällen nicht begründet. Es handelt sich dabei um PV-Anlagen mit installierter Leistung bis 40 kW¹⁰⁹⁹ und Wasserablasseinrichtungen mit einer Wasseraufstauungshöhe bis 1 m.¹¹⁰⁰ Diese Anlagen bedürfen weder einer Baugenehmigung noch einer Meldung.

3) Ausführung der Arbeiten und Beginn der Anlagennutzung

Die Aufnahme der Bauarbeiten kann mit bestimmten Ausnahmen erst nach dem Erlass der Baugenehmigung oder nach Meldung der Arbeiten erfolgen.

In der Phase während oder nach der Errichtung der Anlagen, aber vor Beginn ihrer Nutzung kann es notwendig sein, weitere Unterlagen einzuholen, beispielsweise eine Genehmigung für das Betreten des Nachbargrundstücks,¹¹⁰¹ eine Genehmigung für Emissionsausstoß,¹¹⁰² einen Bescheid über den zulässigen Geräuschpegel,¹¹⁰³ eine Genehmigung für die Verarbeitung von Abfällen¹¹⁰⁴ oder eine Genehmigung über den Betrieb der technischen Einrichtungen.¹¹⁰⁵

¹⁰⁹⁶ Art. 30 des Baugesetzbuchs.

¹⁰⁹⁷ Art. 30 Abs. 7 des Baugesetzbuchs.

¹⁰⁹⁸ Art. 30 Abs. 1 Nr. 3 b) des Baugesetzbuchs, z.B. Aufdachwindkraftanlagen oder Aufdach-PV-Anlagen mit installierter Leistung über 40 kW. Der Investor kann sich entscheiden, trotzdem eine Baugenehmigung einzuholen.

¹⁰⁹⁹ Art. 29 Abs. 2 Nr. 16 Alt. 2 des Baugesetzbuchs.

¹¹⁰⁰ Art. 29 Abs. 1 Nr. 14 Alt. 2 des Baugesetzbuchs.

¹¹⁰¹ Art. 47 des Baugesetzbuchs. Das Betreten des Nachbargrundstücks kann notwendig sein, um die Baumaschinen aufzustellen.

¹¹⁰² Art. 180 Nr. 1 NaturschutzG. Die Ausnahmen regelt die Verordnung des Umweltministers vom 02.07.2010 über die Fälle, in denen die Abführung der Emissionen aus der Anlage in die Luft keiner Genehmigung bedarf, BGBl. 2010, Nr. 130, Pos. 881. Darunter fallen u.a. die Biomasseanlagen und die mit flüssigen Biobrennstoffen betriebenen Anlagen, beide mit einer Nennwärmeleistung bis maximal 15 MW. Bestimmte von der Genehmigungspflicht befreite Anlagen haben allerdings den Emissionsausstoß nach den Vorschriften der Verordnung des Umweltministers vom 02.07.2010 über die Anlagenarten, deren Betrieb einer Meldung bedarf, BGBl. 2010, Nr. 130, Pos. 880, zu melden. Darunter fallen z.B. die Biomasseanlagen und die mit flüssigen Biobrennstoffen betriebenen Anlagen mit einer installierten Nennwärmeleistung von über 1 MW (§ 2 Abs. 4 Nr. 1 NaturschutzG)

¹¹⁰³ Art. 115a UmweltschutzG. Der Bescheid wird auf Initiative der zuständigen Behörde erlassen, wenn aufgrund eigener Lärmmessungen, durch den Umweltschutzinspektor der Wojewodschaft oder durch eine andere zur Lärmmessung verpflichtete Person festgestellt wird, dass der zulässige Lärmpegel überschritten wurde.

¹¹⁰⁴ Art. 41 ff des Gesetzes vom 14.12.2013 über Abfälle, BGBl. 2013, Pos. 21 mit späteren Änderungen. In dem Anhang Nr. 1 zu dem Gesetz über Abfälle sind die Methoden der Abfallverarbeitung aufgezählt, für

Mit der Nutzung der EE-Anlage kann der Anlagenbetreiber grundsätzlich erst beginnen, wenn er den Abschluss der Bauarbeiten der zuständigen Behörde gemeldet hat.¹¹⁰⁶ Für die Anlagen, für die eine Baugenehmigung notwendig ist, sieht das Baugesetzbuch die Voraussetzung der Einholung einer Nutzungsgenehmigung vor.¹¹⁰⁷ Der Betrieb der Anlage hat im Einklang mit ihrem Verwendungszweck und den Vorgaben des Umweltschutzes sowie in einem angemessenen technischen und ästhetischen Zustand zu erfolgen.¹¹⁰⁸

4. Abstandsregelung

Mitte Mai 2016 wurde ein Gesetz über die Investitionen im Bereich der Windenergie verabschiedet, das sich auf die planungsrechtliche Situation der Onshore-Windkraftanlagen signifikant auswirkt und durch die Branche als „Antimühlengesetz“ bezeichnet wird.¹¹⁰⁹

die eine Genehmigung erteilt werden kann. Beispielsweise kommt für die Biogasanlagen die Rückgewinnung der organischen Stoffe (Kategorie R4) oder die Verteilung auf der Erdoberfläche (Kategorie R10) infrage.

¹¹⁰⁵ Z.B. für die Biogasanlagen, Art. 14 des Gesetzes vom 21.12.2000 über technische Aufsicht, BGBl. 200 Nr. 122, Pos. 1321 mit späteren Änderungen und die Verordnung des Ministerrates über die Arten der technischen Einrichtungen, die einer technischen Aufsicht unterliegen, vom 16.07.2002, BGBl. 2002, Nr. 120, Pos. 1021 mit späteren Änderungen.

¹¹⁰⁶ Art. 54 des Baugesetzbuchs. Die Behörde hat ab der Zustellung 14 Tage Zeit, um einen etwaigen Widerspruch zu erheben.

¹¹⁰⁷ Art. 55 des Baugesetzbuchs.

¹¹⁰⁸ Art. 5 Abs. 2 des Baugesetzbuchs.

¹¹⁰⁹ Gesetz vom 20.05.2016 über die Investitionen im Bereich der Windenergie, BGBl. 2016, Nr. 0, Pos. 961, in Kraft getreten am 16.07.2016. In der Gesetzesbegründung wird die Notwendigkeit der Einführung des Gesetzes damit erklärt, dass trotz der intensiven Entwicklung von Windenergie rechtliche Regelungen bezüglich des Standorts oder der Errichtung der Anlagen fehlen. Dies führe dazu, dass die Windkraftanlagen zu nah an der Wohnbebauung errichtet würden, was die Gesundheit oder das Leben der dort wohnenden Personen gefährden könne, z.B. wegen Lärmemissionen, Schwingung oder Vereisung von Rotorblättern. Aufgrunddessen ist es mehrfach zu zahlreichen Protesten der Lokalbevölkerung und Streitigkeiten mit der Gemeindeverwaltung gekommen, Gesetzesbegründung, S. 1. Dabei ist anzumerken, dass bei den Protesten der lokalen Bevölkerung die ökologischen und gesellschaftlichen Aspekte der Verteilung der Windkraftprojekte genannt werden, also bekannte, geläufige Argumente der Gegner der Windenergie. Ursache ist nicht nur Unwissenheit, sondern auch die Art und Weise der Durchführung von Verhandlungen von Investoren mit den Bewohnern der Ortschaften, wo die Anlagen errichtet werden sollen (siehe z.B. den Bericht der Unternehmensberatungsfirma TPA Horwarth „Efekty zwiększania obciążeń podatkowych w energetyce wiatrowej“ vom 20.05.2016 in Zusammenarbeit mit dem polnischen Windenergieverband PSEW (Bericht der Unternehmensberatungsfirma TPA Horwarth) <http://dobrywiatr.pl/uploads/entries/ff4936554592725569cfc0edcd9af9f7.pdf>, abgerufen am 01.06.2017, S. 75; *Bednakrek-Szczepańska, Maria*, *Polityka energetyczna*, Band 19, Heft 1, S. 53/72; *Waganowski, Jan*, *Walka z wiatrakami*, *Energiagigawat* 2-3/2013, http://www.cire.pl/pliki/2/Walka_z_wiatrakami.pdf, abgerufen am 06.06.2017).

Die Gesetzesbegründung zu dem Gesetz über die Investitionen im Bereich der Windenergie verkennt zudem den Umstand, dass die Errichtung von Windkraftanlagen, genauso wie die aller anderen Bauten (auch Industriebauten, die wesentlich intensivere Immissionen verursachen als Windkraftanlagen) bereits durch raumordnungs- und umweltrechtliche Vorschriften geregelt ist. Das Gesetz über die Investitionen im Bereich der Windenergie definiert weder noch regelt es – bis auf die Definition der Windkraftanlage selbst – ausschließlich für Windkraftanlagen spezifische Merkmale, die auf keine weiteren Bauten zutreffen können. Der Hauptgegenstand des Gesetzes bleibt allerdings die Abstandsregelung allein bezüglich von Windkraftanlagen. Zudem existieren im polnischen Rechtssystem diverse Sondergesetze, die fossile Stromerzeugungsprojekte unterstützen und zahlreiche Ausnahmen zugunsten dieser Projekten schaffen, z.B. das Gesetz vom 29.11.2000 Atomgesetz, BGBl. 2001, Nr. 3, Pos. 18. Dieser Umstand lässt es nicht vollkommen abwegig erscheinen, dass das Gesetz über die Investitionen im Bereich der Windenergie mit dem Ziel eingeführt worden sein könnte, den Ausbau der Windenergie in Polen einzudämmen, siehe z.B. *Malinowski, Andrzej*, *ustawa o inwestycjach w zakresie elektrowni wiatrowych – tzw. ustawa*

Danach können Onshore-Windkraftanlagen zu Wohngebäuden oder Gebäuden mit integrierter Wohnfunktion in einem Abstand gebaut werden, der mindestens dem Zehnfachen der Höhe der Windkraftanlage entspricht. Die einschlägige Höhe wird vom Boden bis zum höchsten Punkt der Anlage – die Länge des nach oben ausgestreckten Rotorblatts inbegriffen – gemessen.¹¹¹⁰ Dieser Abstand soll ebenfalls bei der Errichtung von Wohngebäuden oder Gebäuden mit Wohnfunktion in der Nähe von Windkraftanlagen gewahrt werden.¹¹¹¹ Die bestehenden Flächen- und Bebauungspläne behalten grundsätzlich ihre Wirksamkeit, allerdings haben die zuständigen Behörden bei der Erteilung der Baugenehmigung bereits die Regelungen des Gesetzes über die Investitionen im Bereich der Windenergie zu beachten.¹¹¹² Die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Investitionen im Bereich der Windenergie erteilten Baugenehmigungen bleiben in Kraft, es sei denn, dass innerhalb von 3 Jahren ab dem Inkrafttreten des Gesetzes keine Nutzungsgenehmigung erteilt worden ist.¹¹¹³

Zudem ist am Rande zu erwähnen, dass das Gesetz über die Investitionen im Bereich der Windenergie zu einer weitgehenden Unsicherheit bezüglich der steuerlichen Belastung der Windenergieprojekte geführt hat. Zuweilen wird die Auffassung vertreten, dass die in dem Gesetz eingeführte Definition der Windkraftanlage zu einer erhöhten Grundsteuerpflicht führt, da in die Berechnung des steuerlich relevanten Werts der Anlage nicht nur wie bisher der Turm, sondern auch die weiteren Anlagenteile einfließen sollen.¹¹¹⁴

Das Gesetz über die Investitionen im Bereich der Windenergie ist auf erheblichen Widerstand der Branche gestoßen. An dem Gesetz wurden nicht nur seine Verfassungswidrigkeit,¹¹¹⁵

odległościowa – sparaliżowała całą branżę, Rzeczpospolita vom 28.08.2016, abgerufen am 01.06.2017. An dieser Stelle ist auch anzumerken, dass für das Gesetz keine Folgenabschätzung vorbereitet wurde.

¹¹¹⁰ Art. 4 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über die Investitionen im Bereich der Windenergie.

¹¹¹¹ Art. 4 Abs. 1 Nr. 2 des Gesetzes über die Investitionen im Bereich der Windenergie.

¹¹¹² Art. 15 des Gesetzes über die Investitionen im Bereich der Windenergie.

¹¹¹³ Art. 13 Abs. 2 des Gesetzes über die Investitionen im Bereich der Windenergie.

¹¹¹⁴ Art. 17 i.V.m. Art. 2 Nr. 1 des Gesetzes über die Investitionen im Bereich der Windenergie. Auslegung gegen die Änderung der Steuerberechnungsgrundlage: z.B. Stellungnahme des Gemeindevorstehers der Gemeinde Odolany vom 12.01.2017, AZ.: WF.P.3120.II.2.2016.2017; Auslegung für die Änderung der Steuerberechnungsgrundlage: Urteil des Verwaltungsgerichts in Łódź vom 24.03.2017, AZ.: I SA/Łd 1/17, Urteil des Verwaltungsgerichts in Olsztyn vom 23. März 2017, AZ.: I SA/Ol 17/17. Die Fragenkomplexe werden höchstwahrscheinlich durch das Oberste Verwaltungsgericht geklärt werden (müssen). Zudem hat z.B. das Ministerium für Finanzen und Entwicklung angekündigt, Schritte zur Klärung der Rechtslage zu unternehmen, und gleichzeitig zum Ausdruck gebracht, es gehe von der Änderung der Steuerberechnungsgrundlage durch das o. g. Gesetz aus, Stellungnahme des Ministeriums vom 10.01.2017 auf die zahlreichen Anfragen diesbezüglich, AZ.: PS2.056.4.2016.

¹¹¹⁵ *Krzyżanowska, Anna*, Branza OZE apeluje do prezydenta: Ustawa o wiatrakach do TK, Gazeta Prawna vom 21.06.2016, <http://biznes.gazetaprawna.pl/artykuly/953556,branza-oze-do-prezydenta-ustawa-o-wiatrakach-do-tk.html>, abgerufen am 01.06.2017. Kritisiert wird die Verletzung des Gleichbehandlungsgebots, da die Abstandsregelung in der in dem Gesetz geregelten Form lediglich in Bezug auf Onshore-Windkraftanlagen und nicht bezüglich anderer ähnlicher Bauten, wie z.B. Telekommunikations- oder Strommasten, eingeführt wurde. Auf einen Antrag dreier Sejmagbeordneter (der liberal-konservativen Oppositionspartei „Platforma Obywatelska“, der Bauernpartei „Polskie Stronnictwo Ludowe“ und der liberalen Partei „Nowoczesna“) vom 19.12.2016 sowie auf Antrag einer Gruppe von Sejmagbeordneten (Leitung durch einen Abgeordneten der „Platforma Obywatelska“) vom 02.12.2016 wurde beim polnischen Verfassungsgericht ein Verfahren über die Prüfung der Verfassungsmäßigkeit zahlreicher Regelungen des Gesetzes über die Investitionen im Bereich der Windenergie eingeleitet, gemeinsames AZ.: K 51/16, <http://trybunal.gov.pl/s/k-5116/>, abgerufen am 02.06.2017.

Unvereinbarkeit mit EU-Recht¹¹¹⁶ oder die Unklarheit bestimmter Formulierungen¹¹¹⁷ kritisiert, sondern sogar eine Absicht des Gesetzgebers, eine weitere Entwicklung der Windenergiebranche zu stoppen¹¹¹⁸. Nach ersten Berechnungen der Branche mindern die standortbezogene Einschränkung der Möglichkeit der Errichtung neuer Windkraftanlagen an Land sowie die (mögliche) Erweiterung der Steuerpflicht deutlich die Rentabilität von Windkraftprojekten.¹¹¹⁹

5. Zwischenfazit

Die Errichtung der EE-Anlagen in Polen verläuft in mehreren Phasen, in denen insbesondere umwelt-, raumordnungs- und baurechtliche Vorschriften zu beachten sind. Ein wichtiger und verhältnismäßig aufwendiger Schritt ist die Einholung des Umweltverträglichkeitsbescheids (soweit ein solcher verlangt wird). Den Bescheid benötigen insbesondere die Betreiber sämtlicher Offshore-Windkraftanlagen, bestimmter Onshore-Windkraftanlagen und vieler Brennstoffverbrennungsanlagen. Für den Erlass des Bescheids bezüglich von Projekten, die erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt haben, ist die Einholung einer Umweltverträglichkeitsprüfung verpflichtend. In einer weiteren Phase der Realisierung grüner Projekte rücken standortbezogene Fragenkomplexe in den Fokus. Auf der ersten Raumordnungsebene ist die Errichtung von EE-Anlagen grundsätzlich dann zugelassen, wenn im Flächennutzungsplan die entsprechenden Flächen ausgewiesen sind. Eine Einschränkung besteht für Anlagen mit installierter Leistung von über 100 kW. Auf der zweiten Raumordnungsebene sind die Bestimmungen des Bebauungsplans zu beachten. Ist ein solcher nicht erstellt worden, besteht die Möglichkeit der Errichtung der EE-Anlagen aufgrund eines individuellen Planfeststellungsbeschlusses, wobei allerdings zahlreiche Hindernisse faktischer und rechtlicher Natur bestehen. Die Bauarbeiten können grundsätzlich erst dann beginnen, wenn eine gültige Baugenehmigung vorliegt. Für die kleineren Anlagen ist ein einfacheres Verfahren über die Meldung der Arbeiten vorgesehen. Neben den genannten Bescheiden kann es je nach Umfang und Charakter der geplanten Arbeiten notwendig sein, weitere Entscheidungen einzuholen. Die Anlagen, für die eine Baugenehmigung notwendig ist, können erst dann in Betrieb gehen, wenn für sie eine Nutzungsgenehmigung erteilt wurde.

¹¹¹⁶ Z.B. *Syp, Szymon/Brysiewicz, Krzysztof*, *Opinia prawna w przedmiocie zgodności projektu ustawy o inwestycjach w zakresie elektrowni wiatrowych z prawem europejskim*, <http://dobrywiatr.pl/uploads/entries/b76bfd2991a49b055b03883219ed5c72.pdf>, abgerufen am 01.06.2017; verstoßen werde u.a. gegen Art. 13 Abs. 1 RL 2009/28/EG und gegen Art. 49 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, Amtsblatt Nr. C 326 vom 26.10.2012 S. 0001 – 0390.

¹¹¹⁷ *Bokiej, Marta*, *Nowe przepisy dotyczące elektrowni wiatrowych*, [prawodlasamorządu.pl](http://prawodlasamorządu.pl/2016-03-21-nowe-przepisy-dotyczace-elektrowni-wiatrowych-html) vom 21.03.2016, <http://prawodlasamorządu.pl/2016-03-21-nowe-przepisy-dotyczace-elektrowni-wiatrowych-html>, abgerufen am 01.06.2017.

¹¹¹⁸ Z.B. *Derski, Bartłomiej*, *Ustawa antywiatrakowa uderzy w budżety gmin? Tego PiS się nie spodziewał*, [money.pl](http://www.money.pl/gospodarka/wiadomosci/artykul/ustawa-antywiatrakowa-uderzy-w-budzety-gmin,234,0,2100714.html) vom 07.06.1983, <http://www.money.pl/gospodarka/wiadomosci/artykul/ustawa-antywiatrakowa-uderzy-w-budzety-gmin,234,0,2100714.html>, abgerufen am 01.06.2017; siehe auch Fn. 1109. Für eine vertiefte Analyse siehe z.B. *Wojciech, Kukula* *Uwagi do projektu ustawy o inwestycjach w zakresie elektrowni wiatrowych*, 29.02.2016, <http://documents.clientearth.org/wp-content/uploads/library/2016-02-29-uwagi-do-projektu-ustawy-o-inwestycjach-w-zakresie-elektrowni-wiatrowych-ce-pl.pdf>, abgerufen am 02.06.2017.

¹¹¹⁹ Aussage von Wojciech Kukula vom ThinkThank ClientEarth für *Gazeta Prawna* vom 13.06.2016, <http://serwis.gazetaprawna.pl/energetyka/artykuly/951306,energetyka-nowe-zasady-budowy-wiatrakow.html>, abgerufen am 01.06.2017; Bericht der Unternehmensberatungsfirma TPA Horwath.

III. Konzession

In dem Investitionsprozess muss der Anlagenbetreiber noch einen weiteren Schritt beachten, um von der Erzeugung grüner Energie in dem ihm zugänglichen Fördermodell für Strom aus erneuerbaren Energien profitieren zu können. Er darf den Strom in der Anlage grundsätzlich nur dann erzeugen, wenn er über eine gültige Konzession für die Erzeugung elektrischer Energie verfügt.

1. Konzessionspflicht

Die unternehmerische Tätigkeit, die in der Erzeugung elektrischer Energie besteht, ist nach polnischem Recht eine regulierte Tätigkeit, deren Ausübung in Polen in der Regel einer gültigen Konzession bedarf (Konzessionspflicht).¹¹²⁰

Die Konzessionspflicht bedeutet, dass grundsätzlich nur die Personen, welche die für die Erteilung (und das Innehalten) der Konzession vorgesehenen Voraussetzungen erfüllen, die konzessionierte Tätigkeit ausüben dürfen. Von der Erteilung der Konzession kann auch die Inanspruchnahme von diversen Begünstigungen abhängig gemacht werden. Die Ausübung der konzessionspflichtigen Stromerzeugungstätigkeit ohne eine gültige Konzession ist mit freiheitsbeschränkenden Maßnahmen oder einer Geldbuße bedroht.¹¹²¹ Die für die Grünstromerzeuger relevanten speziellen konzessionsrechtlichen Vorschriften finden sich hauptsächlich im EnR und im OZE-G.

2. Betroffene EE-Anlagen

Von der Konzessionspflicht sind u.a. jene Anlagen erfasst, bei denen die Stromerzeugung gesetzlich als eine unternehmerische Tätigkeit eingestuft wird. Unter diese Voraussetzung fallen grundsätzlich sämtliche EE-Anlagen außer Mikroanlagen.¹¹²² Allerdings ist aus dem Anwendungsbereich der Konzessionspflicht *explizit* die Stromerzeugung in Mikroanlagen, Kleinanlagen, Agrarbiogasanlagen und in Anlagen, in denen ausschließlich flüssige Biobrennstoffe eingesetzt werden, ausgenommen.¹¹²³

Eine weitere Ausnahme von der Konzessionspflicht existiert in Bezug auf die Erzeugung von Grünstrom während des Probetriebs in EE-Anlagen, welche die Förderung über das Quotenmodell mit Zertifikate-Handel beziehen. Nach einer verordnungsrechtlichen Regelung gilt der in diesen Anlagen in der Phase des Probetriebs erzeugte Strom als Grünstrom.¹¹²⁴ Der Wortlaut der erwähnten Norm deutet darauf hin, dass die im Probetrieb erzeugten Strommengen von den Fördermaßnahmen profitieren können, ohne sämtliche

¹¹²⁰ Art. 32 EnR i.V.m. Art. 46 Abs. 1 Nr. 3 des Gesetz über die Freiheit der unternehmerischen Tätigkeit.

¹¹²¹ Art. 60 des Gesetzes vom 20.05.1971 über Ordnungswidrigkeiten, BGBl. 2013, Pos. 482 mit späteren Änderungen.

¹¹²² Siehe Seite 164.

¹¹²³ Art. 3 OZE-G.

¹¹²⁴ § 7 Abs. 2 der Verordnung vom 18.10.2012 über den detaillierten Umfang der Verpflichtung zum Erwerb und zur Einziehung der Zertifikate, die Einzahlung der Ersatzgebühr, den Kauf von elektrischer Energie oder Wärme aus erneuerbaren Energien und über die Verpflichtung zur Bestätigung der Angaben betreffend die aus erneuerbaren Energien erzeugten Strommengen, BGBl. 2012, Pos. 0, Nr. 1229 mit weiteren Änderungen.

Fördervoraussetzungen erfüllen zu müssen. Hinsichtlich des in der Probetriebsphase erzeugten Stroms wird vertreten, dass es hierfür keiner Konzession bedarf.¹¹²⁵

3. Erteilung

Die Konzession erteilt der URE-Vorsitzende¹¹²⁶ auf Antrag¹¹²⁷ des Anlagenbetreibers für einen Zeitraum von mindestens 10 bis maximal 50 Jahren.¹¹²⁸ In Bezug auf die EE-Anlagen wird die Konzession ausschließlich Anlagenbetreibern mit Sitz in EU- oder EWR-Staaten erteilt, die eine Reihe gesetzlich festgelegter Voraussetzungen erfüllen. Dazu gehören insbesondere das Vorhandensein ausreichender finanzieller und technischer Mittel, die Anstellung entsprechend qualifizierter Mitarbeiter¹¹²⁹ sowie das Nichtvorliegen gesetzlich geregelter Ausnahmetatbestände.¹¹³⁰ Für die Konzession sind eine Stempelsteuer¹¹³¹ und eine Jahresgebühr¹¹³² zu entrichten.

Während der Realisierung eines EE-Projekts verlangen die Kooperationspartner des Projektentwicklers einen Nachweis der Erteilung der Konzession oft noch vor dem Zeitpunkt, zu dem die Konzession naturgemäß erst vorliegen kann.¹¹³³ Um einer unnötigen Verzögerung der Projektentwicklung vorzubeugen, hat der Gesetzgeber die Möglichkeit der Erteilung einer Promesse der Konzession eingeführt.¹¹³⁴ Die Promesse hat die Wirkung, dass während ihrer Geltungsdauer (mindestens 6 Monate) die Erteilung der eigentlichen Konzession dem Anlagenbetreiber nicht verweigert werden kann, es sei denn, dass der faktische oder rechtliche Sachverhalt, aufgrund dessen die Promesse erteilt worden ist, sich verändert hat.¹¹³⁵

¹¹²⁵ URE-Vorsitzender, Information vom 31.03.2010, Nr. 5/2010; *Szambelańczyk, Maciej*, Uzyskanie świadectw pochodzenia w okresie rozruchu farmy wiatrowej. Cz. II, Czysta energia Nr. 6/2010. Damit begründet eine Rechtsnorm niedrigerer Hierarchiestufe mittelbar eine Ausnahme von einer höherrangigen Rechtsnorm, was durch ständige behördliche Praxis und herrschende Literaturmeinung angenommen wird.

¹¹²⁶ Art. 33 EnR.

¹¹²⁷ Art. 49 des Gesetzes über die Freiheit der unternehmerischen Tätigkeit; den Inhalt des Antrags beschreibt Art. 35 Abs. 1 EnR.

¹¹²⁸ Art. 36 EnR.

¹¹²⁹ Art. 33 Abs. 1 EnR.

¹¹³⁰ Art. 33 Abs. 3 EnR: z.B. wenn gegen den Anlagenbetreiber ein Insolvenz- oder Sanierungsverfahren eröffnet wurde, dem Antragsteller in den letzten 3 Jahren die Konzession (nach Art. 58 Abs. 2 des Gesetzes über die Freiheit der unternehmerischen Tätigkeit) entzogen wurde oder der Antragsteller wegen einer Straftat bezogen auf die konzessionierte Tätigkeit rechtskräftig verurteilt wurde.

¹¹³¹ Art. 62 des Gesetzes über die Freiheit der unternehmerischen Tätigkeit. Die Höhe bestimmt sich nach den Vorschriften des Gesetzes vom 16.11.2006 über die Stempelsteuer, BGBl. 2012, Pos. 1282 mit späteren Änderungen.

¹¹³² Art. 34 Abs. 1 EnR i.V.m. der Verordnung des Ministerrates vom 05.05.1998 über die Höhe und Erhebung der jährlichen Gebühren von den Elektrizitätsunternehmen, denen die Konzession erteilt wurde, durch den URE-Vorsitzenden, BGBl. 1998, Nr. 160, Pos. 387 mit späteren Änderungen. Die Höhe der Gebühr beträgt von mindestens 1 000,00 PLN bis maximal 500 000,00 PLN (ca. 250,00 EUR bis ca. 125 000,00 EUR), § 2 Abs. 1 der Verordnung. Die faktische Höhe der Gebühr wird ermittelt durch die Multiplikation der Höhe der jährlichen Einnahmen aus der konzessionierten Tätigkeit und eines bestimmten Faktors, der im Falle der Erzeugung von elektrischer Energie einen Wert von 0,0007 hat.

¹¹³³ Oft verlangen auch die Investoren und Finanzinstitute die Vorlage der Konzession, um (weitere) Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Daher sind die Interessenten häufig bestrebt, die Konzession in einem möglichst frühen Stadium der Projektentwicklung zu erhalten, um den Abschluss weiterer Projektschritte zu beschleunigen bzw. (finanzierungstechnisch) zu ermöglichen.

¹¹³⁴ Art. 43 ff. EnR.

¹¹³⁵ Art. 43 Abs. 4 EnR.

Mit Blick auf die Vorschriften des europäischen Beihilferechts hat der Gesetzgeber eine zusätzliche Voraussetzung der Erteilung der Promesse eingeführt, mit welcher die Anreizwirkung der Förderung belegt werden soll.¹¹³⁶ Danach bedarf es für die Erteilung der Promesse für EE-Anlagen, deren Errichtungsarbeiten nach dem Inkrafttreten des OZE-G begonnen haben, zusätzlich der Vorlage einer technisch-ökonomischen Beschreibung der Anlage. Die entsprechenden Formulare stellt der URE-Vorsitzende zur Verfügung. Nach der Überprüfung der Angaben erlässt er eine Bescheinigung, ob das entsprechende EE-Projekt ohne die Förderung in Form grüner oder KWK-Zertifikate realisiert worden wäre (Anreizeffekt der Förderung).¹¹³⁷ Gelangt der URE-Vorsitzende aufgrund des Inhalts der Beschreibung zu einem entgegengesetzten Ergebnis, wird dem Anlagenbetreiber die Erteilung grüner Zertifikate¹¹³⁸ und KWK-Zertifikate verwehrt. Die Regelungen zu dem Nachweis des Anreizeffekts der Förderung sind unklar. Einerseits betreffen sie als formale Voraussetzung des Antrags auf die Erteilung der Promesse alle Anlagen, deren Errichtungsarbeiten nach dem Inkrafttreten des OZE-G begonnen haben. Andererseits deuten der Inhalt des Nachweises und die eventuellen Konsequenzen einer Negativprüfung durch den URE-Vorsitzenden auf ihre Anwendung lediglich im Rahmen des Quotenmodells hin. Bei dieser Auslegung wären im Ergebnis nur wenige EE-Anlagen betroffen.

4. Konzession als Förderungsvoraussetzung

Die Vorlage einer gültigen Konzession kann eine gesetzliche Voraussetzung für die Inanspruchnahme von diversen Fördermaßnahmen sein. Dies ist bei der Zuteilung der grünen Zertifikate der Fall.¹¹³⁹ Im Antrag auf die Erteilung der grünen Zertifikate muss die Konzessionsnummer des antragstellenden Anlagenbetreibers genannt werden. Entsprechend den Ausnahmen von der Konzessionspflicht haben die Klein- und Agrarbiogasanlagenbetreiber die entsprechende Registernummer anzugeben und die Mikroanlagenbetreiber die Erklärung über die Meldung der Anlage bei dem zuständigen Netzbetreiber abzugeben.¹¹⁴⁰ Für Anlagen, die über das Ausschreibungsmodell gefördert werden, ist Nachweis der Vorlage einer gültigen Konzession nicht Fördervoraussetzung als solche. Sie haben allerdings die Konzessionsverpflichtung zu beachten.

5. Zwischenfazit

Die Erzeugung von elektrischer Energie in Polen ist grundsätzlich eine regulierte Tätigkeit, die der Einholung einer gültigen Konzession bedarf. Von der Konzessionspflicht sind Mikroanlagen, Kleinanlagen, Agrarbiogasanlagen und Anlagen, in denen ausschließlich flüssige Biobrennstoffe eingesetzt werden, ausgenommen. Für die Konzession sind Stempelsteuer und Jahresgebühr zu entrichten. Die Erteilung der Konzession ist einer der wichtigen Schritte, die der Entwickler grüner Projekte beachten und bei der Berechnung der Wirtschaftlichkeit des

¹¹³⁶ Siehe S. 224 f.

¹¹³⁷ Art. 43 Abs. 7 EnR.

¹¹³⁸ Der Art. 43 Abs. 7 EnR verweist auf die Regelung des Art. 9e EnR sowie Art. 44 Abs. 1 OZE-G, nach Art. 44 Abs. 1a OZE-G werden die Zertifikate getrennt für die grüne Stromerzeugung aus Agrarbiogasanlagen und anderen EE-Anlagen erteilt (sog. blaue und grüne Zertifikate). Dementsprechend ist davon auszugehen, dass die Verpflichtung nach Art. 43 Abs. 7 EnR konsequenterweise auch die blauen Zertifikate betrifft.

¹¹³⁹ Bis Ende 2015 war an die Vorlage einer gültigen Konzession die Obliegenheit des verpflichteten Verkäufers zum Erwerb des Grünstroms geknüpft, siehe Art. 188 Abs. 20 OZE-G.

¹¹⁴⁰ Art. 45 Abs. 2 Nr. 2 OZE-G.

Projekts einkalkulieren muss. Diverse Ausnahmen von der Konzessionspflicht für in der Regel kleinere Anlagen erleichtern kleineren Akteuren die grüne Projektentwicklung.

IV. Zusammenfassung

Bis zur Realisierung der Möglichkeit der Inanspruchnahme der finanziellen Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien muss der Projektentwickler die Stadien der Errichtung der EE-Anlage erfolgreich absolvieren. Dazu gehört die Erfüllung u.a. energie-, umwelt-, raumordnungs- und baurechtlicher Vorschriften. Die meisten EE-Anlagen sind dementsprechend verpflichtet, einen Umweltverträglichkeitsbescheid einzuholen. Um diesen zu erhalten, ist für bestimmte Anlagen eine Umweltverträglichkeitsprüfung notwendig. Bei der Auswahl der für die Errichtung der grünen Projekte geeigneten Standorte hat der Projektentwickler die Vorgaben des Flächennutzungs- und Bebauungsplans zu beachten. Grüne Anlagen mit installierter Leistung über 100 kW können generell nur auf den ausgewiesenen Flächen errichtet werden. Die Errichtungsarbeiten dürfen grundsätzlich erst beginnen, wenn der Projektentwickler eine gültige Baugenehmigung vorlegen kann oder im Falle kleinerer Anlagen die Arbeiten der zuständigen Behörde gemeldet hat. Je nach EE-Projekt kann es notwendig sein, weitere behördliche Entscheidungen einzuholen. Vor der Inbetriebnahme der Anlage ist grundsätzlich die Einholung einer Nutzungsgenehmigung verpflichtend. Zudem muss der Projektentwickler für den Anschluss der Anlage an das Netz allgemeiner Versorgung Sorge tragen. Vor dem Abschluss des Netzanschlussvertrags erfolgt der Erlass der Netzanschlussbedingungen. Die Möglichkeit des Netzbetreibers, in bestimmten Fällen mangels der Erfüllung wirtschaftlicher oder technischer Bedingungen den Netzanschluss zu verweigern, schwächt die Position des Anlagenbetreibers. Für die Erzeugung von Grünstrom bedürfen die Betreiber grundsätzlich einer gültigen Konzession.

Die langwierigen Verwaltungsverfahren können auf die Projektentwickler entmutigend wirken. Die Realisierung eines EE-Projekts kann 4 bis 5 Jahre in Anspruch nehmen.¹¹⁴¹ Während des langen Zeitraums der Realisierung des EE-Projekts steigt die Wahrscheinlichkeit der Änderung der einschlägigen gesetzlichen Regelungen in der Zwischenzeit signifikant. Dementsprechend erfolgt der Betrieb der EE-Anlagen oder ihre Errichtung nicht selten u.a. gesetzlichen Voraussetzungen als denen, die während der Erstellung des Projektkonzepts in Kraft waren.¹¹⁴² Die administrativen Kosten der Errichtung mittelgroßer demonstrativer EE-Anlagen können bis zu 70 % der Gesamtkosten (mit Ausnahme der Einrichtungen) betragen, während sie in Deutschland um 10 % liegen.¹¹⁴³ Eine weitere Herausforderung für die EE-Projekte ist die Erlangung des Netzanschlusses. Unzureichende Netzanschlusskapazität und unklare gesetzliche Regelungen bedingen, dass an die EE-Anlagen sehr strenge Anforderungen für den Netzanschluss gestellt werden.¹¹⁴⁴

¹¹⁴¹ Kraski, Leszek/Korzeniowski, Piotr, Model prawny odnawialnych źródeł energii, Centrum Badań i Innowacji Pro-Akademia, 2012, S. 170; Kassenberg, Andrzej, Perspektywy Rozwoju energetyki wiatrowej, Biuro Analiz Semowych, 1/2012, S. 227.

¹¹⁴² Kassenberg, Andrzej, Perspektywy Rozwoju energetyki wiatrowej, Biuro Analiz Semowych, Nr. 1/2012, S. 226.

¹¹⁴³ Kraski, Leszek/Korzeniowski, Piotr, Model prawny odnawialnych źródeł energii, Centrum Badań i Innowacji Pro-Akademia, 2012, S. 171.

¹¹⁴⁴ Kassenberg, Andrzej, Perspektywy Rozwoju energetyki wiatrowej, BAS Studies, Nr. 1/2012, S. 227.

H. Vereinbarkeit der polnischen Fördermodelle für Strom aus erneuerbaren Energien mit höherrangigem Recht

I. Vereinbarkeit der Regelungen über die Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien mit der polnischen Verfassung

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Umweltschutz sind in der polnischen Verfassung verankert. Die Sicherung des Umweltschutzes ist eine der Hauptaufgaben des polnischen Staats.¹¹⁴⁵ Dies soll unter Beachtung des Prinzips der nachhaltigen Entwicklung realisiert werden.¹¹⁴⁶ Die Umsetzung des Umweltschutzes kann die Begrenzung verfassungsrechtlicher Freiheiten und Rechte,¹¹⁴⁷ wie z.B. der verfassungsrechtlich geschützten Freiheit der wirtschaftlichen Tätigkeit,¹¹⁴⁸ erforderlich machen. Der Staat muss im Rahmen seiner Politik ausreichende Bedingungen für die Realisierung des Umweltschutzes gewährleisten.¹¹⁴⁹ Darüber hinaus sind die Organe der öffentlichen Gewalt verpflichtet, im Zusammenhang mit der Erfüllung der Verpflichtungen im Bereich des Gesundheitsschutzes der Umweltzerstörung vorzubeugen.¹¹⁵⁰ Der Umweltschutz ist ebenfalls im Kontext der Gewährleistung der energetischen Sicherheit des Staats von Relevanz¹¹⁵¹ und soll damit auch in dieser Hinsicht Berücksichtigung in der Staatspolitik finden. Spiegelbildlich zu den Verpflichtungen des Staats im Rahmen des Umweltschutzes ist auf die entsprechende Verpflichtung von Privatpersonen hinzuweisen. Jedermann ist für die Erhaltung des Umweltzustands verantwortlich und haftet für die selbst verursachte Verschlechterung.¹¹⁵² Alle diese Grundregeln verbindet das Prinzip der Sorge um das Gemeingut und der Verantwortung den künftigen Generationen gegenüber.¹¹⁵³

Die Umweltpolitik soll demgemäß differente Politikbereiche, die nachhaltige Landesentwicklung und die Harmonisierung wirtschaftlicher sowie gesellschaftlicher Ziele verknüpfen und mit den Zielen des Umweltschutzes in Einklang bringen. Als Instrumente der

¹¹⁴⁵ In Art. 5 der polnischen Verfassung wird der Umweltschutz neben der Wahrung der Unabhängigkeit und Unantastbarkeit des Territoriums, der Gewährleistung der Freiheits-, Menschen- und Bürgerrechte und des Schutzes des Nationalerbes erwähnt.

¹¹⁴⁶ Das polnische Verfassungsrecht enthält keine Definition der Nachhaltigkeit. Die Nachhaltigkeit wird als eine Auslegungsrichtlinie verstanden, die dort zum Einsatz kommt, wo Zweifel bezüglich der Richtung oder des Umfangs der Pflichten des Staats nach Art. 5 der polnischen Verfassung bestehen. Der Inhalt des Prinzips der Nachhaltigkeit wird durch die Solidarität der Republik Polen mit den Völkern der Welt und die Humanität geprägt. Die Grundlagen für ein solches Verständnis der Nachhaltigkeit sind in der Präambel der polnischen Verfassung zu sehen, die sich auf allgemeine Werte wie Gerechtigkeit, das Gute und die Schönheit bezieht. Siehe *Rakoczy, Bartosz*, Wolność działalności gospodarczej, a ochrona środowiska. Zasada zrównoważonego rozwoju, „Rzeczpospolita”, 31.05.2006, S. C4, *Rakoczy, Bartosz*, Komentarz do art. 5 Konstytucji Rzeczypospolitej Polskiej, 25.11.2013, Lex 29.30.2015. Zu Nachhaltigkeit siehe auch Fn. 152 und 341.

¹¹⁴⁷ Art. 31 der polnischen Verfassung.

¹¹⁴⁸ Art. 22 der polnischen Verfassung. Zur Kongruenz des grundrechtlich erfassten Umweltschutzes und Grundrechten von Unternehmen und Konsumenten nicht nur auf nationaler Ebene, sondern auch europä- und völkerrechtlich siehe *Ekardt, Felix*, Umweltverfassung und „Schutzpflichten“. Zugleich zu Nachhaltigkeit, Recht, Verhältnismäßigkeit und Abwägung, NVwZ 2013, 1105 (1109).

¹¹⁴⁹ Art. 74 der polnischen Verfassung.

¹¹⁵⁰ Art. 31 der polnischen Verfassung.

¹¹⁵¹ Urt. des poln. VerfG vom 06.06.2006, AZ.: K. 23/2005, OTK-A 2006, Nr. 6, Pos. 62.

¹¹⁵² Art. 86 der polnischen Verfassung.

¹¹⁵³ Vgl. *Bartosiewicz, Michał*, Komentarz do art. 74 Konstytucji Rzeczypospolitej Polskiej, Lex 2014.09.15.

Umweltpolitik des Staats kommen in erster Linie die Anpassung der Modelle der Produktion und Konsumtion, die Minderung der Material-, Wasser- und Energieintensität der Wirtschaft sowie die Entwicklung der besten verfügbaren Techniken und Good Practice der Landwirtschaft in Betracht.¹¹⁵⁴ Der Staat soll die Bedingungen für die Realisierung des Umweltschutzes unter Einbeziehung der Bürger schaffen.¹¹⁵⁵ Dazu gehört nicht nur das Recht auf Information, das u.a. das Bewusstsein für umweltfreundliches Handeln steigern sowie ein Instrument sein soll, mit dem die Bürger die Erfüllung der Verpflichtung durch den Staat kontrollieren können. Das weitere Element ist die staatliche Förderung von Bürgeraktivitäten in Bezug auf den Umweltschutz. Hierzu gehören u.a. zwei Komponenten: die Schaffung der rechtlichen Rahmenbedingungen sowie die Ausarbeitung einer entsprechenden Handlungspraxis der staatlichen Organe. Darin ist auch die Verpflichtung zur finanziellen Unterstützung der Bürgeraktivitäten zu sehen, gleich ob aus den nationalen (regionalen) Haushalten oder internationalen Förderquellen.¹¹⁵⁶ Ein derartiges staatliches Handeln kann die Begrenzung der wirtschaftlichen Freiheit der Einzelnen mit sich bringen.

Die Verfassungsmäßigkeit hinsichtlich der Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien wurde durch das polnische Verfassungsgericht einmal untersucht.¹¹⁵⁷ Zur Debatte stand u.a. die Vereinbarkeit der Stromeinkaufsverpflichtung mit dem polnischen Grundgesetz.¹¹⁵⁸ Für die Abwägung hat das polnische Verfassungsgericht u.a. das Prinzip des Umweltschutzes, der nachhaltigen Landesentwicklung und der Verhältnismäßigkeit sowie der Freiheit der wirtschaftlichen Tätigkeit herangezogen. Nach dem Urteil des Verfassungsgerichts ist die Stromeinkaufsverpflichtung als ein Element der Tätigkeit des polnischen Staats einzustufen, das die Vereinbarkeit der ökonomischen Effizienz mit dem verfassungsrechtlich legitimierten Bestreben nach Realisierung des Gemeinschaftsguts zum Ziel hat und damit mit der polnischen Verfassung vereinbar ist.¹¹⁵⁹ Es lässt sich mit guten Argumenten annehmen, dass das Verfassungsgericht hinsichtlich anderer rechtlicher Kernregelungen der Fördermodelle (wie z.B. Quotenverpflichtung, Ausschreibungsmodell) zu demselben Ergebnis gelangen würde; es könnte dabei u.a. argumentiert werden, dass die anderen Fördermodelle lediglich eine organisatorisch abweichende Ausprägung auf dem Weg zur Realisierung der Ziele darstellen, denen auch die verfassungsrechtlich untersuchte Stromeinkaufsverpflichtung dienen soll.¹¹⁶⁰ Damit ist von einer Vereinbarkeit der Fördermodelle für Strom aus erneuerbaren Energien mit der polnischen Verfassung grundsätzlich auszugehen.

¹¹⁵⁴ Vgl. Pankau, Feliks, in: Brodecki, Zdzisław [Hrsg.]/Gończ, Elżbieta/Lost-Siemńska, Dorota/Majkowska-Szulc, Sylwia/Pankau, Feliks/Pyć, Dorota/Tyszecki, Andrzej, Ochrona środowiska, Lex. 29.07.2014.

¹¹⁵⁵ Rakoczy, Bartosz, Komentarz do art.5 Konstytucji Rzeczypospolitej Polskiej, 25.11.2013, Lex 29.30.2015.

¹¹⁵⁶ Garlicki, Leszek, Konstytucja Rzeczypospolitej Polskiej. Komentarz, Band I, Wydawnictwo Sejmowe 1999, Art. 74, S. 4.

¹¹⁵⁷ Poln. VerfG, Urt. vom 25.07.2006, AZ.: P 24/05.

¹¹⁵⁸ Siehe Fn. 205.

¹¹⁵⁹ In Deutschland hat der BGH über die Verfassungsmäßigkeit des Anspruchs auf Stromabnahme und -vergütung nach den Vorschriften des Stromeinspeisungsgesetzes mit seinem Urteil vom 11.06.2003, Az.: VIII ZR 160/02 entschieden und festgestellt, dass gegen die Verfassungsmäßigkeit des Fördergesetzes keine durchgreifenden Bedenken bestehen; das Bundesverfassungsgericht hat eine hiergegen gerichtete Verfassungsbeschwerde nicht zur Entscheidung genommen; siehe Oschmann, Volker, Sösemann, Fabian, Erneuerbare Energien im deutschen und europäischen Recht – Ein Überblick, ZUR 2007, S. 1, Rn. 2.

¹¹⁶⁰ Eine vertiefte Analyse der Verfassungsmäßigkeit einzelner Regelungen des Quotenmodells mit Zertifikate-Handel, des Ausschreibungsmodells und der Abrechnungsverpflichtung (die Fördermodellqualität angenommen) würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen.

II. Vereinbarkeit der polnischen Regelungen über die Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien mit dem Recht der Europäischen Union

Das polnische Recht der Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien ist in breitem Umfang durch das europäische Recht geprägt.¹¹⁶¹ Weitere Veränderungen der nationalen Regelungen im Bereich der erneuerbaren Energien sind ebenfalls im Hinblick auf die wachsende Bedeutung der europäischen Energiepolitik zu erwarten und in einem bestimmten Umfang durch diese beeinflusst. Im Energiebereich lenkt die Europäische Union ihre Politik in Richtung u.a. der Förderung der Energieeffizienz und von Energieeinsparungen sowie der Entwicklung neuer und erneuerbarer Energien.¹¹⁶² Die europäischen Organe haben allerdings nur insoweit einen Spielraum, als ihnen Befugnisse zugewiesen oder Ziele gesetzt sind.¹¹⁶³ Die Europäische Union kann im Energiebereich lediglich tätig werden, wenn sie in der Lage ist, wirkungsvoller zu handeln als die Mitgliedstaaten.¹¹⁶⁴ Da das Hauptaugenmerk der gemeinschaftlichen Energiepolitik seit jeher den Bemühungen um die Schaffung eines funktionierenden Binnenmarkts gilt,¹¹⁶⁵ stellt sich die Frage des Einflusses der Fördermodelle auf den Wettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten. Der Fokus richtet sich hier insbesondere auf die Vereinbarkeit der staatlichen Regelungen mit europarechtlichen Beihilferegulungen sowie mit der Warenverkehrsfreiheit.

1. Vereinbarkeit der polnischen Fördermodelle für Strom aus erneuerbaren Energien mit Ausschreibungen im europäischen Primärrecht

1) Beihilferechtliche Bestimmungen im Recht der Europäischen Union

- a. Die europäischen Regelungen zu beihilferechtlichen Vorschriften im Bereich erneuerbarer Energien

Die fortschreitende Verdichtung der Handelsbeziehungen im Binnenmarkt und die Liberalisierung dem Wettbewerb vormals weitgehend entzogener Märkte wie z.B. Energie, hat der Stellenwert des Beihilfenrechts als Kontrollmechanismus zur Herstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen im Binnenmarkt zugenommen.¹¹⁶⁶ Aus dem europäischen Beihilferecht ergibt sich zuerst grundsätzlich ein Beihilfeverbot, das den Binnenmarkt vor Wettbewerbsverfälschungen schützen soll.¹¹⁶⁷ Danach sind staatliche oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen gleich welcher Art, die durch die Begünstigung bestimmter Unternehmen oder Produktionszweige den Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen, mit dem Binnenmarkt unvereinbar, soweit sie den Handel zwischen den Mitgliedstaaten beeinträchtigen.¹¹⁶⁸ Die Verbotsregelung wird durch einen Katalog der vereinbarten

¹¹⁶¹ Siehe u.a. Seite 28.

¹¹⁶² Art. 194 Abs. 1 lit. c) AEUV.

¹¹⁶³ Siehe *Ehricke, Ulrich*, in: *Frenz, Walter/Müggenborg, Hans-Jürgen*, EEG, 3. Auflage 2013, Einleitung, S. 151 Rn. 1.

¹¹⁶⁴ Subsidiaritätsprinzip, <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=uriserv:ai0024>, abgerufen am 20.10.2015.

¹¹⁶⁵ Siehe *Ehricke, Ulrich*, in: *Frenz, Walter/Müggenborg, Hans-Jürgen*, EEG, 3. Auflage 2013, Einleitung, S. 171 Rn. 38.

¹¹⁶⁶ *Haratsch, Andreas/Koenig, Christian/Pechstein, Matthias*, Europarecht, 10. Auflage 2016, Rn. 1206.

¹¹⁶⁷ *Haratsch, Andreas/Koenig, Christian/Pechstein, Matthias*, Europarecht, 10. Auflage 2016, Rn. 1205.

¹¹⁶⁸ Art. 107 Abs. 1 AEUV.

Beihilfen¹¹⁶⁹ und einen Katalog der Ermessensausnahmen¹¹⁷⁰ ergänzt, wonach bestimmte Beihilfen als mit dem EU-Recht vereinbar zugelassen sind bzw. zugelassen werden können. Die Einhaltung des Beihilfeverbots durch die Mitgliedstaaten soll ein Überprüfungsverfahren nach Art. 108 AEUV sicherstellen: Die Mitgliedstaaten dürfen die Beihilfen grundsätzlich nur nach der Genehmigung durch die Europäische Kommission einführen (Durchführungsverbot).¹¹⁷¹

a) Beihilfiebegriff

Der Begriff der Beihilfe ist im europäischen Beihilferecht nicht legaldefiniert¹¹⁷² und erfährt erst im Zuge der Rechtsprechungspraxis des EuGH seine Ausprägung. Danach wird eine Maßnahme dann als eine Beihilfe im Sinne des EU-Rechts angesehen, wenn die Tatbestandsvoraussetzungen des Beihilfeverbots nach Art. 107 Abs. 1 AEUV vorliegen.¹¹⁷³ Es muss sich diesbezüglich um eine staatliche oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfe handeln, die durch die Begünstigung bestimmter Unternehmen oder Produktionszweige den Wettbewerb verfälscht oder zu verfälschen droht, soweit sie den Handel zwischen Mitgliedstaaten beeinträchtigt. Dabei richtet sich die Qualifizierung einer Maßnahme als Beihilfe ausschließlich nach ihren Wirkungen; Gründe und Ziele ihrer Gewährung bleiben außer Betracht.¹¹⁷⁴

i. Staatlichkeit der Fördermittel

Damit die Gewährung einer staatlicher Beihilfe oder einer Beihilfe aus staatlichen Mitteln angenommen werden kann, müssen die Maßnahmen mittelbar oder unmittelbar aus staatlichen Mitteln gewährt werden¹¹⁷⁵ und dem Staat zuzurechnen sein.¹¹⁷⁶ Die Unterscheidung zwischen „staatlichen“ und „aus staatlichen Mitteln gewährten“ Beihilfen dient dazu, in den Beihilfiebegriff nicht nur die unmittelbar vom Staat gewährten Vorteile einzubeziehen, sondern auch diejenigen, die über eine vom Staat benannte oder durch ihn errichtete öffentliche oder private Einrichtung gewährt werden.¹¹⁷⁷

¹¹⁶⁹ Art. 107 Abs. 2 AEUV.

¹¹⁷⁰ Art. 107 Abs. 3 AEUV.

¹¹⁷¹ Zur Geeignetheit des Notifizierungsverfahrens in Bezug auf gesetzgestützte Förderregime für Strom aus erneuerbaren Energien siehe *Wolf, Maik*, in: *Die Förderung erneuerbarer Energien durch die Mitgliedstaaten der EU aus der Sicht des Europäischen Beihilfenrechts und der Grundfreiheiten*, 1/2014, S. 173 f.

¹¹⁷² In Literatur und Rechtsprechung wird regelmäßig der Versuch unternommen, den Begriff zu umschreiben, siehe z.B. *Dr. Kliemann, Annette*, in: *von der Groeben, Hans/Schwarze, Jörgen, Hatje, Armin*, *Europäisches Unionsrecht*, Band 3, 7. Auflage 2015, Art. 107, Rn. 5 mit weiterführenden Nachweisen; Europäische Kommission, *Bekanntmachung der Kommission zum Begriff der staatlichen Beihilfe im Sinne des Artikels 107 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union*, (2016/C 262/01), ABl. C 262/1.

¹¹⁷³ Z.B. EuGH, C-278/92 – C-280/92, Slg. 1994, I-4103, Spanien/Kommission, Rn. 20.

¹¹⁷⁴ *Cremer, Wolfram* in: *Callies, Christian/Ruffert, Matthias*, *EUV/AEUV, Das Verfassungsrecht der Europäischen Union mit Europäischer Grundrechtecharta*, Kommentar, 4. Aufl. 2011, Art. 107, Rn. 10.

¹¹⁷⁵ Z.B. EuGH vom 17.07.1999, C-295/97, Slg. 1999, I-2735, Piaggio, Rn. 35.

¹¹⁷⁶ Z.B. EuGH vom 21.03.1991, C-303/88, Slg. 1991, I-1433, Italien/Kommission, Rn. 11.

¹¹⁷⁷ EuGH, Urt. vom 13.03.2001, C-379/98, Slg. 2001, I-2099, Preussen Elektra, Rn. 58 und die dort genannte Rechtsprechung. Mangels Differenzierung in der Rechtsfolge können die Merkmale von staatlichen oder aus staatlichen Mitteln gewährten Beihilfen einheitlich geprüft werden, *Reschke, Elina*, *Das Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) und das europäische Beihilfenrecht*, 2014, S. 56.

In Bezug auf Fördermodelle von Strom aus erneuerbaren Energien kann die Frage der Staatlichkeit der Mittel je nach Finanzierung der Kosten der Fördermodelle auf differente Weise beantwortet werden.¹¹⁷⁸ Die Finanzierung kann insbesondere hinsichtlich von Quellen und Formen verschieden ausgestaltet sein, sodass diverse Argumente für oder gegen die Staatlichkeit der Mittel sprechen können.

Grundsätzlich wird für die Erfüllung der Voraussetzung der Staatlichkeit eine Belastung der Staatskasse¹¹⁷⁹ oder eine entsprechende Kontroll- oder Anweisungsmacht des Staats über private Mittel¹¹⁸⁰ gefordert. Der Belastung der Staatskasse muss nicht unbedingt eine direkte Übertragung staatlicher Mittel zugrunde liegen.¹¹⁸¹ Die Vorteile können auch über eine vom Staat benannte oder durch diesen errichtete öffentliche oder private Einrichtung gewährt werden.¹¹⁸² Dabei ist es ausreichend, wenn der Staat durch die Ausübung der Mehrheitsrechte in dieser Einrichtung Einfluss nehmen kann.¹¹⁸³ Allerdings kann die Kontroll- oder Anweisungsmacht nicht schon bei der bloßen Möglichkeit der Kontrollausübung bejaht werden; der Staat muss im konkreten Fall tatsächlich Einfluss genommen haben.¹¹⁸⁴ Auch wenn der Staat in der Lage ist, ein öffentliches Unternehmen zu kontrollieren und einen beherrschenden Einfluss auf dessen Tätigkeit auszuüben, kann nicht ohne Weiteres vermutet werden, dass diese Kontrolle in einem konkreten Fall tatsächlich ausgeübt wird.¹¹⁸⁵ Überdies kann in diesen Kontroll- und Anweisungsmaßnahmen ein Ausdruck des Willens des Staats zu erkennen sein, lediglich einen besonderen Rechtsrahmen für die beteiligten Akteure zu schaffen und zu verhindern, dass den Begünstigten finanzielle Lasten auferlegt werden, die ihre Entwicklung behindern können.¹¹⁸⁶

Ist eine Einflussnahme festzustellen, erstreckt sich die Beihilfe auf alle Geldmittel, auf welche die Behörden tatsächlich zur Unterstützung von Unternehmen zugreifen können, ohne dass es dafür eine Rolle spielt, ob diese Mittel auf Dauer zum Vermögen des Staats gehören. Auch wenn die aus der fraglichen Maßnahme resultierenden Beträge nicht auf Dauer dem Staat gehören, genügt folglich der Umstand, dass sie ständig unter staatlicher Kontrolle und somit den zuständigen nationalen Behörden zur Verfügung stehen, damit sie als staatliche Mittel qualifiziert werden können.¹¹⁸⁷ Eine Zweckbindung der Mittel ist nicht erforderlich.¹¹⁸⁸

¹¹⁷⁸ Kröger, James, Die Förderung erneuerbarer Energien im Europäischen Elektrizitätsbinnenmarkt, 1. Aufl. 2015, S. 208; siehe auch Ekardt, Felix, Energiewende und EU-Beihilfenrecht: EEG-Förderung, EEG-Ausnahmen, Atomrecht, Energiesteuern, S. 3, <http://felix-ekardt.eu/files/texts/Beihilfenrecht1.pdf>, abgerufen am 10.06.2017.

¹¹⁷⁹ EuGH, Urt. vom 17.03.1993, Slg. 1993, I-00887, Sloman Neptun/Ziesemer, Leitsatz 1.

¹¹⁸⁰ EuGH, Urt. vom 02.02.1998, Slg. 1988, S. 219, Van der Kooy, Rn. 35, Rn. 37.

¹¹⁸¹ von Wallenberg, Gabriela/Schütte, Michael, in: Grabitz, Eberhard/Hilf, Meinhard/Nettesheim, Martin [Hrsg.], Das Recht der Europäischen Union, Band II, 56. Ergänzungslieferung April 2015, Art. 107 Rn. 33.

¹¹⁸² EuGH, Urt. vom 13.03.2001, C-379/98, Slg. 2001, I-2099, Preussen Elektra; EuGH, Urt. vom 17.03.1993, Slg. 1993, I-00887, Rn. 19, Sloman Neptun/Ziesemer.

¹¹⁸³ EuGH, Urt. vom 02.02.1998, Slg. 1988, S. 219, Rn. 35, Van der Kooy, Rn. 36 f.

¹¹⁸⁴ EuGH, Urt. vom 16.05.2002, C-482/99, Slg. 2002, I-3271, Stardust Marine, Rn. 57.

¹¹⁸⁵ EuGH, Urt. vom 16.05.2002, C-482/99, Slg. 2002, I-4297, Frankreich/Kommission, Rn. 52 f.

¹¹⁸⁶ Vgl. EuGH, Urt. vom 07.05.1998, C-52/97, Slg. 1998, I-2629, Viscido, Rn. 13.

¹¹⁸⁷ EuGH, Urt. vom 16.05.2002, C-482/99, Slg. 2002, I-3271, Stardust Marine, Rn. 37.

¹¹⁸⁸ EuGH, Urt. vom 21.03.1991, C-303/88, Slg. 1991, I-1433, Italien/Kommission, Rn. 14.

Weiterhin muss grundsätzlich eine weitere Voraussetzung erfüllt werden. Zwischen der Abgabe und der Vorteilsgewährung muss ein zwingender Verwendungszusammenhang in dem Sinne bestehen, dass das Abgabenaufkommen notwendig für die Finanzierung der Vorteilsgewährung verwendet wird.¹¹⁸⁹ Hierzu müssen allerdings zusätzliche Kriterien für die Staatlichkeit der Mittel erfüllt werden: Die Mittel müssen dem Staat zur freien Verfügung stehen und der Verfolgung staatlicher Ziele dienen.¹¹⁹⁰ Das ist insbesondere der Fall, wenn die Abgabe durch eine staatlich kontrollierte Stelle erhoben, verwaltet und zweckgebunden eingesetzt wurde.¹¹⁹¹ Die Mittel gehen in das Vermögen des Staats über, bevor sie an die begünstigten Unternehmen ausgezahlt werden. Dies ist nicht der Fall, wenn die Beihilfen auf ihrem gesamten Erhebungs- und Verwaltungsweg ihren privatrechtlichen Charakter nicht verlieren,¹¹⁹² sodass der ganze Fluss der Mittel gegen potenzielle Eingriffe des Staats „geschlossen“¹¹⁹³ bleibt. Wenn der Staat den Fluss privater Mittel nur lenkt und den Staatshaushalt nicht belastet, handelt es sich um keine staatliche Maßnahme.¹¹⁹⁴

¹¹⁸⁹ EuGH, Urt. vom 13.05.2005, C-174/02, Slg. 2005, I-85, Streekgewest, Rn. 26; EuGH, Urt. vom 22.12.2008, C-333/07, Slg. 2008, I-10807, Société Régie Networks, Rn. 99.

¹¹⁹⁰ Hier gelangt man wieder zu der Voraussetzung der staatlichen bzw. der aus staatlichen Mitteln gewährten Beihilfe, siehe oben z.B. Preussen-Electra Fußnote 1177, EuGH Urt. vom 20.09.2007, T-136/05, Slg. 2007, II-4063, EARL Salvat père & fils, CIVDN, CNIV/Kommission, EuGH, Urt. vom 15.07.2004, C-345/02, Slg. 2004, I-7139, Pearle, Stardust Marine Fußnote 1184.

¹¹⁹¹ EuGH, Urt. vom 17.07.2008, C-206/06, Slg. 2008, I-5497, Essent Network Nord BV. Niederländische Netzbetreiber erhoben von ihren Kunden eine Abgabe in Höhe des staatlich festgelegten Tarifaufschlags. Die Aufschläge wurden dann an eine durch ein Gesetz gegründete Tochtergesellschaft von vier Erzeugungsunternehmen zum Zwecke der Deckung der „stranded costs“ einer Kohlevergasungsanlage und anderer Einrichtungen gezahlt, die vor der Liberalisierung des Markts in den Niederlanden errichtet wurden. Die überschüssigen Beträge mussten an einen Minister ausgezahlt werden. Die sich aus dem Essent-Urteil ergebende Bewertung bestätigten der EuGH und die Kommission in einer Reihe von Entscheidungen. In der Entscheidung vom 28. Januar 2009 über die von Luxemburg gewährte Beihilfe in Form der Einrichtung eines Ausgleichsfonds für die Stromwirtschaft (C 43/02 (ex NN 75/01), K (2009), 230, ABl. L 159 vom 20.06.2009, S. 11): Zum Zwecke einer gleichmäßigen Verteilung der Förderkosten unter allen Stromverbrauchern haben die Stromversorgungsunternehmen von den Stromverbrauchern anteilig nach den durch diese jeweils verbrauchten Strommengen Beitragszahlungen erhoben und diese in einen Ausgleichsfonds eingezahlt. Die Stromversorgungsunternehmen, die im jeweiligen Jahr mehr Ökostrom bezogen als ihren Marktanteil, erhielten aus dem Fonds eine Ausgleichszahlung; die Stromversorgungsunternehmen, die niedrigere Strommengen bezogen, hatten einen Beitrag an den Fonds zu entrichten. In einer weiteren Entscheidung (vom 08.02.2012, C (2012) 565 final, Staatliche Beihilfe SA.33384 (2011/N), Österreich Ökostromgesetz 2012) hielt die Kommission das Fördersystem für mit dem europäischen Beihilferecht nicht vereinbar, in dem eine Ökostromabwicklungsstelle – ein Unternehmen mit staatlicher Konzession – verpflichtet war, den Grünstrom zu Festpreisen abzunehmen und an die Stromhändler zu Marktpreisen zu veräußern. Um die Einspeisetarife zu finanzieren, waren die Netzbetreiber verpflichtet, von den an das Netz allgemeiner Versorgung angeschlossenen Verbrauchern eine Ökostrompauschale und einen Ökostrombeitrag zu erheben und an die Ökostromabwicklungsstelle weiterzuleiten. Von der Staatlichkeit der Mittel ist der EuGH in der Entscheidung Vent de Colère (EuGH vom 19.12.2013, C-262/12) ausgegangen. Die Anlagenbetreiber mit einer besonderen Konzession konnten von den (nicht-)staatlichen Energieversorgern den Abschluss eines Stromabnahmevertrags und die Abnahme des Grünstroms für einen auf Gesetzes- und Verordnungsebene festgelegten Mindestpreis verlangen. Für die Deckung der den Stromunternehmen aus der Erfüllung diverser Verpflichtungen erwachsenden Mehrkosten erhoben die Netzbetreiber von den Verbrauchern eine Abgabe in der durch eine Ministerverordnung festgelegten Höhe und zahlten diese auf ein Sonderkonto einer staatlichen Stelle ein.

¹¹⁹² EuGH, Urt. vom 30.05.2013, C-677-11, ABl. C 89 vom 24.03.2012, Doux Élevage, Rn. 32.

¹¹⁹³ Schlussanträge des Generalanwalts Jääskinen vom 11.07.2013, C-262/12, Rn. 52, Association Vent de Colère.

¹¹⁹⁴ *Beljin*, in: *Schulze, Reiner/Zuleeg, Manfred/Kadelbach, Stefan [Hrsg.]*, Europarecht. Handbuch für die deutsche Rechtspraxis, 3. Auflage 2014, § 28, Rn. 58.

Als weiteres Argument für die Annahme der Staatlichkeit der Mittel lässt sich aus der EuGH-Rechtsprechung das Kriterium der staatlichen Initiierung im Rahmen einer staatlich definierten Politik zur Bestimmung der Zurechenbarkeit eines konkreten Mitteleinsatzes zum Staat herleiten.¹¹⁹⁵ Insbesondere kann ein staatliches Gesetz, auch wenn es zwar exakt die Konditionen für Steuererleichterungen oder staatliche Beihilfen festlegt, aber nicht die Umsetzung bzw. Auszahlung anweist, unter Umständen als eine Beihilfe im Sinne von Art. 107 Abs. 1 AEUV qualifiziert werden. Anderenfalls würde einem Missbrauch durch die Mitgliedstaaten Tür und Tor geöffnet: Die Beihilfe müsste nur in Form eines Gesetzes gekleidet werden, damit die Kommission ihre Kontrollpflicht verliert.¹¹⁹⁶ Andererseits könnte die Annahme, dass ein (Förder-)Gesetz einen staatlichen Eingriff darstellt, der grundsätzlich das Potenzial zur Wettbewerbsverzerrung hat, zu einer beihilferechtlich bedingten Lähmung der Tätigkeit des Staats führen: Der Staat müsste in diesem Fall auf jede gesetzliche Lenkungsmöglichkeit verzichten, um sich dem Vorwurf der Verletzung des Beihilfeverbots nicht auszusetzen. Aus diesem Grund ist davon auszugehen, dass ein (Förder-)Gesetz an sich lediglich die staatlichen Rahmenbedingungen für die Ausgestaltung der Verhältnisse zwischen einzelnen Akteuren schafft und nicht als ein Anhaltspunkt für die Annahme des Vorliegens einer Beihilfe zu deuten ist.¹¹⁹⁷ Hier veranlasst der Staat lediglich den Fluss der finanziellen Mittel zwischen Privaten. Die Einschaltung einer Umverteilungs- oder Treuhandstelle führt nicht zu einer anderen Bewertung.¹¹⁹⁸

Die Staatlichkeit der Beihilfe lässt sich auch nicht dadurch begründen, dass der Staat infolge der Förderung niedrigere Steuereinnahmen erzielt. Diese Konsequenz ist als Nebenfolge der Fördermaßnahme anzusehen und dieser immanent.¹¹⁹⁹ Die Kosten der Förderung tragen letztlich die Verbraucher, auf die sie abgewälzt werden. Überdies kann argumentiert werden, dass durch die höheren Einnahmen die begünstigten Unternehmen höhere Steuern entrichten, sodass es zu keinen Steuerverlusten kommt.

Zu den quotenbasierten Fördermodellen für Strom aus erneuerbaren Energien ist zusätzlich anzumerken, dass die Staatlichkeit der Mittel insbesondere nicht mit dem Argument bejaht

¹¹⁹⁵ Kröger, James, Die Förderung erneuerbarer Energien im Europäischen Elektrizitätsbinnenmarkt, 1. Aufl. 2015, S. 200 mit Verweis auf die EuGH-Rechtsprechung: Urt. vom 20.09.2007, T-136/05, Slg. 2007, II-4063, EARL Salvat père & fils, CIVDN, CNIV/Kommission und Urt. vom 15.07.2004, C-345/02, Slg. 2004, I-7139, Pearle.

¹¹⁹⁶ Nagel, Bernhard, Die Vereinbarkeit des Gesetzes für den Vorrang Erneuerbarer Energien (EEG) mit dem Beihilferecht der EG, ZNER 2000, S. 107. Mit gleichem Ergebnis umfassend zur staatlichen Beihilfe durch Gesetzgebung Ekardt, Felix/Schmeichel, Andrea, Erneuerbare Energien, Warenverkehrsfreiheit und Beihilfenrecht – Nationale Klimaschutzmaßnahmen im EG-Recht, ZEuS 2000, 171 (206 ff.). Für die Annahme der Staatlichkeit der Mittel aufgrund gesetzlicher Umsetzung der Politik des Staats spricht sich der EuGH in seinem Urteil vom 10.05.2016 in der Rechtssache Deutschland/Kommission, AZ.: T-47/15, Rn. 96 ff. aus.

¹¹⁹⁷ Vgl. Kröger, James, Die Förderung erneuerbarer Energien im Europäischen Elektrizitätsbinnenmarkt, 1. Aufl. 2015, S. 197. Anders Bekanntmachung der Kommission zum Begriff der staatlichen Beihilfe im Sinne des Artikels 107 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, ABl. 2016 C 262, 1 Rn. 64, was allerdings abzulehnen ist, wenn durch die gesetzlichen Vorgaben die Unternehmen veranlasst werden, ihre privaten Mittel zu verwenden, und die Haushaltsmittel nicht eingesetzt werden, Stöbener de Mora, Patricia Sarah, Überall Beihilfen? – Die Kommissionsbekanntmachung zum Beihilfegriff, EuZW 2016, S. 685 (688).

¹¹⁹⁸ Siehe Bartosch, Andreas, EU-Beihilfenrecht, 2. Auflage 2016, Art. 107, Rn. 148; siehe Quigley, Conor, European State Aid Law and Policy, Third edition 2015, S. 28.

¹¹⁹⁹ EuGH, Urt. vom 17.03.1993, Slg. 1993, I-00887, Sloman Neptun/Ziesemer, Leitsatz 1.

werden kann, dass die Grünstromzertifikate den Begünstigten unentgeltlich zugeteilt werden, obwohl sie verkauft oder versteigert werden könnten.¹²⁰⁰ Eine entgeltliche Zuteilung der Grünstromzertifikate würde für die Anlagenbetreiber zusätzliche Kosten bedeuten und wäre mit dem Ziel der Förderung der Grünstromerzeuger durch die Begründung einer zusätzlichen Einnahmequelle in Form der Zuteilung handelbarer Grünstromzertifikate unvereinbar. Eine entgeltliche Vergabe der Zertifikate würde damit die Wirksamkeit des Fördermodells infrage stellen. Ein gleichlautendes Ergebnis ist in Bezug auf die Quotenverpflichtung anzunehmen. Für die Nichterfüllung der Quote haben die Quotenverpflichteten Ersatzzahlungen zu entrichten, die üblicherweise an eine staatlich kontrollierte Einrichtung gezahlt werden, sodass sie den privaten Sektor verlassen. Allerdings besteht zwischen den Ersatzzahlungen und der Förderung der Anlagenbetreiber im Quotensystem mit Zertifikate-Handel kein unmittelbarer Zusammenhang. Die Förderung erreichen die Anlagenbetreiber durch die weithin selbstgesteuerte Veräußerung der Zertifikate.

Die Frage der Staatlichkeit der Mittel stellt sich ebenso bezüglich der (teilweisen) Befreiung bestimmter energieintensiver Unternehmen von der Umlage für die Finanzierung des Fördermechanismus. Der finanzielle Beitrag, den die privilegierten Unternehmen aufgrund der Befreiung nicht leisten, wird entsprechend auf andere Stromabnehmer verteilt. Die privilegierten Unternehmen werden folglich nicht durch „staatliche Mittel“, sondern durch die übrigen Letztverbraucher und damit mit privaten Mitteln entlastet.¹²⁰¹ Werden in Bezug auf das Fördermodell die Elemente der Voraussetzung der Staatlichkeit der Mittel nicht erfüllt, kann folgerichtig keine Staatlichkeit der Mittel aufgrund gesonderter Befreiung von der Tragung der Finanzierungslast als solche angenommen werden.¹²⁰²

a. Begünstigung bestimmter Unternehmen oder Wirtschaftszweige

Damit eine Beihilfe im Sinne von Art. 107 Abs. 1 AEUV vorliegt, muss die Voraussetzung der Begünstigung erfüllt werden. Diese Begünstigung muss dann entweder Unternehmen oder Produktionszweige betreffen.

Zu einem Vorteil (Begünstigung) im beihilferechtlichen Sinne zählen Maßnahmen gleich welcher Art, die mittelbar oder unmittelbar bestimmte Unternehmen oder Produktionszweige begünstigen oder die als ein wirtschaftlicher Vorteil anzusehen sind, den das begünstigte Unternehmen unter normalen Marktbedingungen nicht erhalten hätte.¹²⁰³ Entscheidet ist die objektive Wirkung und die Form, Gründe, Ziele oder die Motivation..¹²⁰⁴

Der Begriff des Unternehmens entspricht den Regelungen in Art. 101 und 102 AEUV und ist funktional (im Wettbewerbsrecht) zu verstehen als jede Einrichtung, die eine wirtschaftliche

¹²⁰⁰ EuGH, Urt. vom 08.09.2011, C-279/08, Slg. 2011, I-7671, Kommission/Niederlande, Rn. 11.

¹²⁰¹ Kahles, Markus/Pause, Fabian/Stehle, Achim/Müller, Thorsten, EEG und Beihilfe: Kurzüberblick über aktuelle Fragestellungen aus rechtlicher Sicht, Würzburger Berichte zum Umweltenergierecht Nr. 1 vom 11.03.2013, S. 4.

¹²⁰² Entsprechende Ausführungen in Bezug auf die Regelungen des polnischen Rechts werden daher in diesem Kontext unterlassen.

¹²⁰³ von Wallenberg, Gabriela/Schütte, Michael, in: Grabitz, Eberhard/Hilf, Meinhard/Nettesheim, Martin [Hrsg.] Das Recht der Europäischen Union, Band II, 56. Ergänzungslieferung April 2015, Art. 107 Rn. 46. Das Kriterium einer angemessenen Gegenleistung wird durch die Kommission nicht geprüft, Reschke, Elina, Das Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) und das europäische Beihilfenrecht, 2014, S. 49.

¹²⁰⁴ Kleine/Sühnel, in: Birnstiel, Alexander/Bungenberg/Heinrich, Helge [Hrsg.] Europäisches Beihilfenrecht, 1. Auflage 2013, Rn. 90.

Tätigkeit ausübt – unabhängig von ihrer Rechtsform und der Art ihrer Finanzierung.¹²⁰⁵ Unter Produktionszweig ist extensiv jeder Wirtschaftszweig zu verstehen.¹²⁰⁶ Die Begünstigung kann je nach Fördermodell eine unterschiedliche Ausgestaltung aufweisen.

Der Vorteil bei preisbasierten Fördermodellen für Strom aus erneuerbaren Energien kann grundsätzlich in der garantierten Gewinnhöhe, die über dem Marktpreisniveau liegt, gesehen werden. Damit werden die Errichtung und der Betrieb von Projekten möglich gemacht, die unter normalen Umständen aus Wirtschaftlichkeitsgründen nicht entstehen könnten.¹²⁰⁷ Die Stellung der begünstigten Anlagenbetreiber wird in preisbasierten Fördermodellen zusätzlich durch die Stromabnahmeverpflichtung gestärkt, durch die der Absatz des Produkts (Grünstrommengen) gewährleistet wird. Eine derartige Kombination der Kaufpflicht mit differenzierten Preisen ist wie ein Gesamtprodukt¹²⁰⁸ zu sehen und bietet den begünstigten Akteuren ein erhebliches Maß an Investitionssicherheit. Der wirtschaftliche Vorteil der begünstigten Grünstromerzeuger ist nicht als Gegenleistung für die im Sinne des Allgemeinwohls erfolgende treibhausgasemissionsärmere Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien zu verstehen, sodass die Marktkonformität der Fördermaßnahmen an dem sog. „market economy investor“-Test des EuGH scheitert.¹²⁰⁹

In mengengesteuerten Fördermodellen kann ein beihilferechtlicher Vorteil insbesondere in einer kostenlosen Erteilung der Zertifikate und in der Begründung einer Zertifikatnachfrage durch die Einführung einer festen Quote gesehen werden. Zwar mögen die Zertifikate lediglich als behördlicher Nachweis der Grünstromerzeugung zugeteilt werden.¹²¹⁰ Sie werden allerdings anschließend zu immateriellen, handelsfähigen Vermögensgegenständen gemacht, die frei verkäuflich sind.¹²¹¹ Die Quotenverpflichtung sorgt für die Absatzmöglichkeit.

Unter bestimmten Voraussetzungen kann das Vorliegen des hier besprochenen Vorteils verneint werden. Ein Vorteil liegt beispielsweise dann nicht vor, wenn es sich bei einer staatlichen Maßnahme um einen Ausgleich handelt, den das Unternehmen für die Erfüllung seiner gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen erhält.¹²¹² Dafür muss das Unternehmen mit einer gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung betraut werden, die Parameter des Ausgleichs müssen vorher festgelegt werden, es darf keine Überkompensierung vorliegen und es muss

¹²⁰⁵ Kliemann, Annette in: von der Groeben, Hans/Schwarze, Jörgen/Hatje, Armin, Europäisches Unionsrecht, Band 3, 7. Auflage 2015, Art. 107, Rn. 32 f.

¹²⁰⁶ von Wallenberg, Gabriela/Schütte, Michael, in: Grabitz, Eberhard/Hilf, Meinhard/Nettesheim, Martin [Hrsg.], Das Recht der Europäischen Union, Band II, 56. Ergänzungslieferung April 2015, Art. 107 Rn. 40.

¹²⁰⁷ Vgl. EuGH, Urt. vom 13.03.2001, C-379/98, Slg. 2001 I-02099, Preussen-Elektra, Rn. 5. Siehe auch Entscheidung der Kommission vom 08.02.2012 C (2012) 565 final, Rn. 66.

¹²⁰⁸ Nagel, Bernhard, Die Vereinbarkeit des Gesetzes für den Vorrang Erneuerbarer Energien (EEG) mit dem Beihilferecht der EG, ZNER 2000, S. 107.

¹²⁰⁹ Kröger, James, Die Förderung erneuerbarer Energien im Europäischen Elektrizitätsbinnenmarkt, 1. Aufl. 2015, S. 185 f.; siehe dort die weiteren Nachweise zu der Diskussion über den Vorteilscharakter der preisbasierten Fördermodelle.

¹²¹⁰ Entscheidung der Kommission vom 28.11.2001, Beihilfe N 504/2000, C (2001) 3267 fin., Großbritannien - Renewables Obligation and Capital Grants for Renewable Technologies, S. 12.

¹²¹¹ EuGH, Urt. vom 10.04.2008, T-233/04, Slg. 2008, II-591, Niederlande/Kommission, Rn. 76.

¹²¹² EuGH, Urt. vom 24.06.2003, AZ.: C-280/00, Altmark Trans, Rn. 79, 85, 87.

ein durchschnittlich gut geführtes Unternehmen ausgewählt werden.¹²¹³ Die Ausnahme scheitert allerdings bereits an der ersten Voraussetzung. Die Entwicklung grüner Projekte und der Betrieb der EE-Anlagen erfolgt freiwillig und ist lediglich eine in der Regel gewinnorientierte Reaktion auf einen wirtschaftlichen Anreiz, den der Staat mit dem Fördergesetz geschaffen hat;¹²¹⁴ daher erfüllen die über die Fördermodelle für Strom aus erneuerbaren Energien begünstigten Stromerzeuger keine gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen (im beihilferechtlichen Sinne).

ii. Selektivität

Als weitere Voraussetzung für die Annahme einer Beihilfe im Sinne des Art. 107 Abs. 1 AEUV muss die Selektivität der Maßnahme bejaht werden können. Sie liegt dann vor, wenn von den Vorteilen lediglich bestimmte, ausgewählte Unternehmen oder Produktionszweige profitieren. Eine gattungsmäßige Umschreibung ist ausreichend.¹²¹⁵ Bei einem Produktionszweig handelt es sich um eine Branche bzw. in einem bestimmten Bereich tätige Unternehmen der Güterherstellung sowie Dienstleistungs- und/oder Handelsunternehmen.¹²¹⁶ Die Voraussetzung der Selektivität soll verhindern, dass Maßnahmen der allgemeinen Wirtschaftspolitik, welche die Volkswirtschaft eines Mitgliedstaats als Ganzes betreffen, unter das Beihilfeverbot fallen.¹²¹⁷

Sowohl bei den preisgesteuerten¹²¹⁸ als auch bei den mengengesteuerten Fördermechanismen¹²¹⁹ kann die Erfüllung des Tatbestands der Selektivität grundsätzlich bejaht werden, da zu dem Kreis der Begünstigten nur die Erzeuger grüner Energie aus erneuerbaren Quellen zählen.¹²²⁰ Zu dieser Gruppe gehören zwar differierende Technologien der Stromerzeugung. Allerdings darf unter Berücksichtigung der Möglichkeit der Abgrenzung zu dem Wirtschafts-

¹²¹³ Siehe Kahles, Markus/Grabmayr, Nora, Ausschreibungen im EEG 2014 und „Altmark Trans“. Beihilfefreie Ausgestaltung des EEG durch Einführung einer gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung und wettbewerblicher Ermittlung der Förderhöhe, ZUR 2016, S. 138.

¹²¹⁴ Europäische Kommission, Entscheidung vom 25.11.2014, C (2014) 8786 final. Dieser Bewertung kann auch nicht der Umstand entgegenstehen, dass ab einem bestimmten Zeitpunkt (z.B. ab der Zuschlagerteilung oder Erteilung einer Förderberechtigung) dem Anlagenbetreiber bestimmte Pflichten entstehen (können) (z.B. Pflicht zur Stromerzeugung). Es handelt sich um die Modalitäten der Gewährung der Fördermittel, die zwar einen gemeinwirtschaftlichen Charakter haben (können), aber durch den Anlagenbetreiber bewusst akzeptiert wurden und – je nach Art der Verpflichtung – sogar ein immaterieller Bestandteil des Businessmodells sein können (z.B. die erwähnte Verpflichtung zur Stromerzeugung). Anderer Ansicht: Kahles, Markus/Grabmayr, Nora, Ausschreibungen im EEG 2014 und „Altmark Trans“. Beihilfefreie Ausgestaltung des EEG durch Einführung einer gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung und wettbewerblicher Ermittlung der Förderhöhe, ZUR 2016, S. 138 ff.

¹²¹⁵ Sutter, in: Meyer, Heinz/Stöger, Karl, Kommentar zu EUV und AEUV, 171 a. Lieferung 2014, Art. 107 AEUV, Rn. 40.

¹²¹⁶ Nowak, in: Pechstein, Matthias/Nowak, Carsten/Häde, Ulrich, Frankfurter Kommentar zu EUV, GRC und AEUV, Band III, 2017, Art. 107 AEUV, Rn. 37.

¹²¹⁷ Kliemann, Annette in: von der Groeben, Hans/Schwarze, Jürgen, Hatje, Armin, Europäisches Unionsrecht, Band 3, 7. Auflage 2015, Art. 107, Rn. 44.

¹²¹⁸ Entscheidung der Kommission vom 08.02.2012, C (2012) 565 final, Österreich Ökostromgesetz, Rn. 66.

¹²¹⁹ Siehe Entscheidung der Kommission vom 25.07.2001, 550/2000, SG 2001, D/290545, Belgique Certificats verts dans le secteur de l'électricité, S. 6.

¹²²⁰ Reschke, Elina, Das Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) und das europäische Beihilfenrecht, 2014, S. 48.

zweig der Energieerzeuger aus fossilen Energiequellen die Selektivität angenommen werden.¹²²¹

Die Einbeziehung der Ziele des Umweltschutzes kann kein Argument für die Ablehnung der Selektivität sein.¹²²² Erstens trifft die Verfolgung der Ziele des Umweltschutzes nicht nur in Bezug auf die Betreiber der Anlagen für die Erzeugung von Grünstrom zu. Zweitens soll die Berücksichtigung der Umweltschutzelange erst im Rahmen der Prüfung der Rechtfertigung erfolgen.¹²²³ Des Weiteren ist für die Annahme der Beihilfequalität der Maßnahme nicht das verfolgte Ziel maßgebend. Zudem müsste nachgewiesen werden, dass die Differenzierung der Unternehmen durch Natur oder Ausgestaltung der Maßnahme gerechtfertigt ist.¹²²⁴

iii. Wettbewerbsverfälschung und Handelsbeeinträchtigung

Der Begriff der Beihilfe nach Art. 107 Abs. 1 AEUV verlangt eine (drohende) Verfälschung des Wettbewerbs. Diese ist dann anzunehmen, wenn der staatliche Eingriff ein Unternehmen im Vergleich zu anderen Wettbewerbern im gemeinschaftlichen Handel stärkt.¹²²⁵ Vergleichsmaßstab ist die Wettbewerbsposition ohne die begünstigende Maßnahme.¹²²⁶

Das Merkmal der Handelsbeeinträchtigung ist untrennbar mit dem Merkmal der Wettbewerbsverfälschung verbunden, denn es fordert, dass die Wettbewerbsverfälschung die Binnengrenzen nicht überschreitet. Der Begriff der Beeinträchtigung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten ist im Sinne einer Auswirkung der Wettbewerbsverzerrung auf diesen Handel oder nur der Möglichkeit einer solchen Auswirkung zu verstehen.¹²²⁷

Für den Nachweis der Handelsbeeinträchtigung genügt die potenzielle Eignung der eingesetzten Maßnahme.¹²²⁸ Falls die Gewährung staatlicher Mittel dem Erzeuger von Strom aus erneuerbaren Energien einen wirtschaftlichen Vorteil verschafft, ist es wenig zweifelhaft, dass dieser Vorteil das Potenzial aufweist, den Wettbewerb zu verzerren und den Handel zwischen den Mitgliedstaaten zu beeinflussen, da der Strommarkt durch die EE-Richtlinie für den Wettbewerb geöffnet wurde.¹²²⁹

¹²²¹ Komorowski, Thomas, Quotenmodelle zur Förderung erneuerbarer Energien, 2006, S. 76.

¹²²² EuGH, Urt. vom 08.09.2011, C-279/08 P, Slg. 2011, I-767, Niederlande/Kommission, Rn. 76.

¹²²³ EuGH, Urt. vom 22.12.2008, C-487/06, Slg. I-10515, Britisch Aggregates Association, Rn. 92.

¹²²⁴ EuGH, Urt. vom 10.04.2008, T-233/04, Slg. 2008, II-591, Niederlande/Kommission, Rn. 77.

¹²²⁵ Kliemann, Annette/Mederer, Wolfgang, in: von der Groeben, Hans/Schwarze, Jürgen/Hatje, Armin, Europäisches Unionsrecht, Band 3, 7. Auflage 2015, Art. 107, Rn. 56.

¹²²⁶ Müller-Graf, in: Vedder, Christoph/Heintschel von Heinegg, Wolff, Europäisches Unionsrecht, Handkommentar, 1. Auflage 2012, Art. 107, Rn. 20.

¹²²⁷ Segura Catalán, Maria, in: von der Groeben, Hans/Schwarze, Jürgen/Hatje, Armin, Europäisches Unionsrecht, Band 3, 7. Auflage 2015, Art. 107, Rn. 64 mit weiteren Nachweisen aus der EuGH-Rechtsprechung.

¹²²⁸ EuGH, Urt. vom 29.04.2000, C-298/00 P, Slg. 2004, I-4087, Italien/Kommission, Rn. 49.

¹²²⁹ Rusche, Tim Maxian, Die beihilferechtliche Bewertung von Förderregelungen für die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen: Ein Überblick über die Entscheidungspraxis der Europäischen Kommission, ZNER 2007, S. 143 (152); Jacobs, Max, Europäischer Emissionshandel, Erneuerbare-Energien Gesetz und das Recht der Umweltbeihilfen. Plädoyer für einen „more environmental approach“ im EU-Wettbewerb, 2016, S. 199 f.; Ismer, Roland/Karch, Alexandra, Das EEG im Konflikt mit dem Unionsrecht: Die Begünstigung der stromintensiven Industrie als unzulässigen Beihilfe, ZUR 2013, 526 (527).

b) Rechtfertigung

Maßnahmen, welche die Voraussetzungen des Beihilfeverbots im Sinne des Art. 107 Abs. 1 AEUV erfüllen, können dennoch erlaubt werden, wenn sie unter einen der Rechtfertigungsgründe nach Art. 107 Abs. 2 oder Art. 107 Abs. 3 AEUV fallen. Maßnahmen, die unter die Voraussetzungen des Art. 107 Abs. 2 AEUV subsumiert werden können, gelten als mit dem EU-Recht vereinbar, wenn sie die einschlägigen Tatbestandsvoraussetzungen erfüllen.¹²³⁰ Demgegenüber verfügt die Europäische Kommission in Bezug auf die unter Art. 107 Abs. 3 AEUV fallenden Maßnahmen über einen Ermessensspielraum.¹²³¹ In Ausübung des Spielraums erlässt sie bereichsspezifische (formelle oder informelle) Rechtsakte, die einen Kriterienkatalog für die Prüfung der staatlichen Maßnahmen auf die Vereinbarkeit mit dem EU-Recht beinhalten. Diese Rechtsakte sind keine (weiteren) Ausnahmen zu Art. 107 Abs. 3 AEUV, sondern eine Richtschnur für ein weiteres Vorgehen der Kommission (im Einzelfall).¹²³²

Die Beihilfen für die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien fallen als Betriebsbeihilfen unter den Rechtfertigungstatbestand des Art. 107 Abs. 3 AEUV.¹²³³ Bedeutend ist hier insbesondere die Ausnahme nach Art. 107 Abs. 3 c) AEUV,¹²³⁴ wonach Beihilfen zur Förderung der Entwicklung gewisser Wirtschaftszweige (...) mit dem Binnenmarkt vereinbar sein können, soweit sie die Handelsbedingungen nicht in einer Weise verändern, die den gemeinsamen Interesse zuwiderläuft. Die vorliegend einschlägigen Kriterien für die Ermessensentscheidung hat die Kommission in Leitlinien für staatliche Umweltschutzbeihilfen (Umweltschutzbeihilfeleitlinien)¹²³⁵ und in der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung¹²³⁶ (AGVO)¹²³⁷ festgelegt.

Während aus den Umweltschutzbeihilfeleitlinien eine Selbstbindung¹²³⁸ der Kommission resultiert, sodass die Entscheidung der Kommission weiterhin auf den Vertragsbestimmungen

¹²³⁰ Martenczuk, Bernd, in: von der Groeben, Hans/Schwarze, Jürgen/Hatje, Armin, Europäisches Unionsrecht, Band 3, 7. Auflage 2015, Art. 107 AEUV, Rn. 197.

¹²³¹ Mederer, Wolfgang, in: von der Groeben, Hans/Schwarze, Jürgen/Hatje, Armin, Europäisches Unionsrecht, Band 3, 7. Auflage 2015, Art. 107 AEUV, Rn. 213.

¹²³² EuGH, Urt. vom 24.02.1987, C-310/85, Slg. 1987- 00901, Deufil/Kommission, Rn. 22.

¹²³³ Cremer, Wolfram, in: Callies, Christian/Ruffert, Matthias, EUV/AEUV, Das Verfassungsrecht der Europäischen Union mit Europäischer Grundrechtecharta, Kommentar, 4. Aufl. 2011, Art. 107 AEUV, Rn. 78.

¹²³⁴ Unter Art. 107 Abs. 3 lit. c) AEUV fallen nur sektorale und regionale Beihilfen, und die Umweltschutzbeihilfen sind ein Beispiel der horizontalen Beihilfen. Die Entscheidungspraxis der Kommission hat allerdings Art. 107 Abs. 3 lit. c) AEUV zu einem Auffangtatbestand für horizontale Beihilfen gemacht, Lutz, Jana/Schütt, Manuel/Behlau, Volker, Klimaschutz durch nationale Energiebeihilfen. Möglichkeiten und Grenzen nationaler Maßnahmen zur Förderung Erneuerbarer Energien und Energieeffizienz unter dem europäischen Beihilferegime, ZUR 2011, S. 178 (180).

¹²³⁵ Europäische Kommission, Mitteilung vom 28.06.2014, Leitlinien für staatliche Umweltschutz- und Energiebeihilfen 2014–2020, ABl. EU C Nr. 200 S. 1.

¹²³⁶ Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17.06.2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, in Kraft getreten am 01.07.2014, ABl. 2014, L 187.

¹²³⁷ Zur Unionsrechtskonformität der AGVO siehe Vischer-Wagner, Anne, Die Rechtmäßigkeit der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung im Beihilfenrecht (VO (EG) Nr. 800/2008), 2013, S. 129 ff.

¹²³⁸ Schütt, Manuel, Die Auflösung des Spannungsverhältnisses zwischen Umweltschutz und Binnenmarkt im europäischen Beihilferecht – ein Rechtsrahmen für nationale Umweltschutzbeihilfen, ZNER 2012, S. 133 (137).

beruhen muss und die Rechtsakte lediglich im Rahmen der Entscheidungsbegründung herangezogen werden können,¹²³⁹ gilt die Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung unmittelbar gegenüber den Mitgliedstaaten.¹²⁴⁰ Die durch die AGVO erfassten Beihilfen sind von der Notifizierungspflicht befreit und unterliegen statt einer präventiven einer Post-ante-Kontrolle durch die Europäische Kommission.¹²⁴¹ Beihilfen, die in ihrer Beihilfeintensität über die in der AGVO zulässigen Schwellenwerte hinausgehen, sind am Maßstab der Leitlinien für Umweltschutzbeihilfen im Rahmen einer eingehenden Prüfung zu bewerten.¹²⁴²

i. Umweltschutzbeihilfeleitlinien

Die Umweltschutzbeihilfeleitlinien sollen den Umweltschutz verbessern und dergestalt zur Verwirklichung der europäischen Kernziele zur Schaffung der Voraussetzungen für nachhaltiges, intelligentes und integratives Wachstum – zu denen aktuell auch die „40-27-30“-Klima- und Energieziele¹²⁴³ gehören – beitragen.¹²⁴⁴ In diesen Leitlinien legt die Kommission die Voraussetzungen dar, die Energie- und Umweltbeihilfen – darunter die Beihilfen für erneuerbare Energien – erfüllen müssen, damit sie nach Art. 107 Abs. 3 c) AEUV als mit dem Binnenmarkt vereinbar erachtet werden können.¹²⁴⁵ Beihilfen, die unter durch die Kommission festgelegten Anmeldeschwellen bleiben und über eine Ausschreibung gewährt wurden, sind von der Notifizierungspflicht befreit. Die Kommission prüft die Beihilfen anhand folgender Kriterien:¹²⁴⁶ Beitrag zu einem genau definierten Ziel von gemeinsamem Interesse,¹²⁴⁷ Erforderlichkeit,¹²⁴⁸ Geeignetheit,¹²⁴⁹ Anreizeffekt,¹²⁵⁰ Angemessenheit,¹²⁵¹

¹²³⁹ Mederer, Wolfgang, in: von der Groeben, Hans/Schwarze, Jürgen/Hatje, Armin, Europäisches Unionsrecht, Band 3, 7. Auflage 2015, Art. 107, Rn. 219.

¹²⁴⁰ Lutz, Jana/Schütt, Manuel/Behlau, Volker, Klimaschutz durch nationale Energiebeihilfen. Möglichkeiten und Grenzen nationaler Maßnahmen zur Förderung Erneuerbarer Energien und Energieeffizienz unter dem europäischen Beihilferegime, ZUR 2011, S. 178 (180 f.)

¹²⁴¹ Art. 3 und Art. 10 AGVO. Siehe Grabmayr, Nora/Münchmeyer, Helena/Pause, Fabian/Stehle, Achim/Müller, Thorsten, Förderung erneuerbarer Energien und EU-Beihilferahmen, Würzburger Studien zum Umweltenergie recht Nr. 2 vom März 2014, S. 24.

¹²⁴² Kröger, James, Die Förderung erneuerbarer Energien im Europäischen Elektrizitätsbinnenmarkt, 1. Aufl. 2015, S. 242.

¹²⁴³ Siehe Seite **Fehler! Textmarke nicht definiert.** ff.

¹²⁴⁴ Umweltschutzbeihilfeleitlinien, Rn. 3, 5, 30.

¹²⁴⁵ Umweltschutzbeihilfeleitlinien, Rn. 10 u. Rn. 18 e). Zur Tauglichkeit der Leitlinien für die Rechtfertigung der Beihilfen siehe Ekardt, Felix, EEG-Novelle 2014: Verfassungs- und europarechtliche Probleme, Rechtsgutachten im Auftrag des Solarenergie - Fördervereins Deutschland e.V., Endfassung vom 21.05.2014, https://www.sfv.de/pdf/SFVEEGGutachten_mS.pdf, abgerufen am 15.10.2015, S. 23 ff.; Burgi, Martin/Wolff, Daniel, Der Beihilfiebegriff als fortbestehende Grenze einer EU-Energieumweltpolitik durch Exekutivhandeln, EuZW 2014, S. 647 (649 f.); Kahl, Hartmut, Viele Wege führen nach Rom: Die Preisfindung bei der Förderung erneuerbarer Energien im Beihilferecht der EU und Subventionsrecht der WTO, ZUR 2015, S. 67 (68 f.).

¹²⁴⁶ Umweltschutzbeihilfeleitlinien, Abschnitt 3.2.1.

¹²⁴⁷ Umweltschutzbeihilfeleitlinien, Abschnitt 3.2.1.

¹²⁴⁸ Umweltschutzbeihilfeleitlinien, Abschnitt 3.2.2.

¹²⁴⁹ Umweltschutzbeihilfeleitlinien, Abschnitt 3.2.3.

¹²⁵⁰ Umweltschutzbeihilfeleitlinien, Abschnitt 3.2.4.

¹²⁵¹ Umweltschutzbeihilfeleitlinien, Abschnitt 3.2.5.

Vermeidung übermäßiger negativer Auswirkungen auf den Wettbewerb und den Handel zwischen den Mitgliedstaaten¹²⁵² sowie Transparenz.¹²⁵³

Die Beihilfen zur Förderung erneuerbarer Energien haben zusätzlich allgemeine und besondere Voraussetzungen zu erfüllen. Unter anderem müssen die Beihilfen grundsätzlich zur Marktintegration von Grünstrom beitragen.¹²⁵⁴ Die Betriebsbeihilfen für die Grünstromerzeugung sollen prinzipiell auch anderen EWR-Staaten und den Vertragsparteien des Vertrags zur Gründung der Energiegemeinschaft offenstehen, um die Verfälschungen des Wettbewerbs insgesamt zu begrenzen.¹²⁵⁵ Die Umweltschutzbeihilfeleitlinien schaffen für die Beihilfen zur Förderung erneuerbarer Energien die allgemeine Vermutung, dass sie geeignet sind und die beihilfebedingten Wettbewerbsverfälschungen begrenzt sind.¹²⁵⁶ Für die Auktionen und Ausschreibungen wird angenommen, dass die Beihilfen in ihrer Höhe grundsätzlich angemessen sind.¹²⁵⁷

Eine weitere Voraussetzung für die Rechtfertigung im Sinne der Umweltschutzbeihilfeleitlinien besteht darin, dass der Grünstrom direkt auf dem Markt verkauft werden und Marktverpflichtungen unterliegen muss. Die Gewährung der Beihilfen ist demnach so zu gestalten, dass diese im Rahmen des Marktprämienmodells zu zahlen sind, dass Maßnahmen zur Vermeidung von Anreizen zur Stromerzeugung zu negativen Preisen getroffen wurden und dass die Beihilfeempfänger grundsätzlich einer Standardbilanzausgleichsverantwortung unterliegen.¹²⁵⁸ Dies gilt nicht für Anlagen mit installierter Leistung bis 500 kW (im Falle von Windkraftanlagen bis 3 MW oder bis 3 Erzeugungseinheiten) und Demonstrationsanlagen.¹²⁵⁹

Ab 2017 sollen die Beihilfen in der Regel über Ausschreibungen anhand eindeutiger, transparenter und diskriminierungsfreier Kriterien gewährt werden.¹²⁶⁰ Ausnahmen bestehen für Anlagen mit installierter Leistung bis 1 MW (im Falle von Windkraftanlagen liegt die Schwelle bei 6 MW installierter Leistung oder 6 Erzeugungseinheiten) oder Demonstrationsanlagen.¹²⁶¹ Die Beihilfen dürfen nur für den Zeitraum bis zur vollständigen Abschreibung der Anlage gewährt werden.¹²⁶² Als Voraussetzung für die Gewährung der Beihilfen ist es den Mitgliedstaaten gestattet, raumplanerische Erwägungen zu berücksichtigen.¹²⁶³

¹²⁵² Umweltschutzbeihilfeleitlinien, Abschnitt 3.2.6.

¹²⁵³ Umweltschutzbeihilfeleitlinien, Abschnitt 3.2.7.

¹²⁵⁴ Umweltschutzbeihilfeleitlinien, Rn. 123.

¹²⁵⁵ Umweltschutzbeihilfeleitlinien, Rn. 122.

¹²⁵⁶ Umweltschutzbeihilfeleitlinien, Rn. 116.

¹²⁵⁷ Umweltschutzbeihilfeleitlinien, Rn. 109.

¹²⁵⁸ Umweltschutzbeihilfeleitlinien, Rn. 124.

¹²⁵⁹ Umweltschutzbeihilfeleitlinien, Rn. 125.

¹²⁶⁰ Umweltschutzbeihilfeleitlinien, Rn. 126. Eine diskriminierungsfreie Durchführung der Ausschreibungen begründet bei der Kommission die Vermutung, dass die Beihilfen angemessen sind und den Wettbewerb nicht in einem dem Binnenmarkt zuwiderlaufenden Maß verfälschen. Die Beschränkung der Ausschreibungen auf bestimmte Technologien ist möglich, wenn anderes aus den in Rn. 126 genannten Gründen nicht zu einem optimalen Ergebnis führen würde.

¹²⁶¹ Umweltschutzbeihilfeleitlinien, Rn. 127.

¹²⁶² Umweltschutzbeihilfeleitlinien, Rn. 129. Investitionsbeihilfen sind von den Betriebsbeihilfen abzuziehen.

¹²⁶³ Umweltschutzbeihilfeleitlinien, Rn. 124.

Die Umweltschutzbeihilfeleitlinien erlauben Beihilfen in Form von Zertifikatmodellen, nach denen die Anlagenbetreiber durch zusätzliche Erlöse resultierend aus der Veräußerung von Zertifikaten für einen marktbasierten Preis unter garantierter Nachfrage unterstützt werden.¹²⁶⁴ Für derartige Beihilfen müssen die Mitgliedstaaten nachweisen, dass eine derartige Unterstützung für die Rentabilität der betroffenen Anlagen der betreffenden erneuerbaren Energiequellen unverzichtbar ist, dass Überforderung vermieden wird und sie kein Hindernis für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Anlagenbetreiber darstellen.¹²⁶⁵ Außerdem hat der Mitgliedstaat nachzuweisen, dass eine Differenzierung der Form der Beihilfen notwendig ist.¹²⁶⁶

ii. Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung

Die Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung gilt nicht für Beihilfen, welche die folgenden Schwellen überschreiten: Betriebsbeihilfen für die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energiequellen und Betriebsbeihilfen zur Förderung erneuerbarer Energien in kleinen Anlagen: 15 Mio. EUR pro Unternehmen und Vorhaben; wenn die Beihilfe auf der Grundlage einer Ausschreibung nach Artikel 42 AGVO gewährt wird: 150 Mio. EUR pro Jahr unter Berücksichtigung der Mittel, die insgesamt für alle unter Artikel 42 AGVO fallenden Anlagen bereitgestellt werden.¹²⁶⁷

Von den Regelungen der AGVO können ausschließlich Modelle profitieren, die bestimmte Anforderungen erfüllen. Die Modelle müssen zum einen einen Anreizeffekt entwickeln. Das Vorliegen eines Anreizeffekts wird angenommen, wenn der Beihilfeempfänger vor Beginn der Arbeiten für das Vorhaben oder die Tätigkeit einen schriftlichen Beihilfeantrag in dem betreffenden Mitgliedstaat gestellt hat.¹²⁶⁸ Zum anderen müssen die Beihilfen die Anforderungen an Transparenz¹²⁶⁹ erfüllen. Als transparent gelten u.a. Beihilfen in Form von zusätzlich zum Marktpreis gezahlten Prämien, sofern die weiteren Voraussetzungen erfüllt sind.¹²⁷⁰

Zu den weiteren Voraussetzungen in Bezug auf Beihilfen für Strom aus erneuerbaren Energien zählt, dass sie nur für den Zeitraum bis zur vollständigen Abschreibung gewährt werden dürfen, wobei die bereits enthaltenen Investitionsbeihilfen abzuziehen sind.¹²⁷¹ Sie sind als Prämie im Marktprämienmodell¹²⁷² zu gewähren und müssen anhand eindeutiger, transparenter und diskriminierungsfreier Kriterien im Rahmen einer Ausschreibung ermittelt werden, an der sämtliche Erzeuger von Strom aus erneuerbaren Energien zu

¹²⁶⁴ Umweltschutzbeihilfeleitlinien, Rn. 135.

¹²⁶⁵ Umweltschutzbeihilfeleitlinien, Rn. 136.

¹²⁶⁶ Umweltschutzbeihilfeleitlinien, Rn. 136. Es sind die Gründe für die Differenzierung nach Rn. 126 heranzuziehen.

¹²⁶⁷ Art. 4 Abs. 1 v) AGVO.

¹²⁶⁸ Art. 6 Abs. 1 und 2 AGVO. An Beihilfen in Form von Steuervergünstigungen stellt die AGVO zusätzliche Anforderungen, Art. 6 Abs. 3 AGVO. Von Beihilfen in Form von Umweltsteuerermäßigungen nach der Richtlinie 2003/96/EG wird, sofern die Voraussetzungen des Artikels 44 dieser Verordnung erfüllt sind, kein Anreizeffekt verlangt, ggf. wird dieser angenommen, Art. 6 Abs. 5 e) AGVO.

¹²⁶⁹ Art. 5 Abs. 1 AGVO.

¹²⁷⁰ Art. 5 Abs. 1 j) AGVO.

¹²⁷¹ Art. 42 Abs. 11 AGVO.

¹²⁷² Art. 42 Abs. 4 AGVO; zum Marktprämienmodell siehe Seite 238 ff.

diskriminierungsfreien Bedingungen teilnehmen können.¹²⁷³ Auf die Ermittlung der Höhe der Beihilfen im Wege von Ausschreibungen kann der Mitgliedstaat im Falle von Anlagen mit installierter Leistung von weniger als 1 MW¹²⁷⁴ (im Falle von Windkraftanlagen von weniger als 6 MW installierter Leistung oder Anlagen mit weniger als 6 Erzeugungseinheiten) verzichten.¹²⁷⁵ Bei negativen Preisen dürfen keine Beihilfen gewährt werden.¹²⁷⁶ Die Pflicht zur Einführung des Marktprämienmodells sowie das Beihilfeverbot zu Zeiten von Negativpreisen gelten nicht für Anlagen mit installierter Leistung von weniger als 500 kW (im Falle von Windkraftanlagen von weniger als 3 MW oder Anlagen mit weniger als 6 Erzeugungseinheiten). Die Beihilfen für die von den Ausschreibungen nach den obigen Regeln ausgeschlossenen Anlagen dürfen pro Energieeinheit die Differenz zwischen den Gesamtgestehungskosten der Energie aus der jeweiligen erneuerbaren Quelle und dem Marktpreis der jeweiligen Energieform überschreiten, wobei die Stromgestehungskosten mindestens einmal pro Jahr zu aktualisieren sind.¹²⁷⁷

c) Beihilfekontrolle durch die Europäische Kommission

Die Zuständigkeit dafür, dass die Beihilferegeln eingehalten und Ausnahmen in der gesamten EU gleichermaßen angewendet werden, trägt die Europäische Kommission.¹²⁷⁸ Die Mitgliedstaaten sind verpflichtet, geplante Beihilfemaßnahmen, die Art. 107 Abs. 1 AEUV unterfallen, der Europäischen Kommission zu notifizieren und ihre Umsetzung erst nach der Genehmigung durch die Kommission durchzuführen (Durchführungsverbot).¹²⁷⁹ Der Umstand, dass die Beihilfen unter den Rechtfertigungsgrund nach Art. 107 Abs. 2 oder Art. 107 Abs. 3 AEUV fallen, befreit die Mitgliedstaaten nicht von der Notifizierungspflicht.¹²⁸⁰ Die Prüfung erfolgt nach den in der Beihilfeverfahrensverordnung¹²⁸¹ sowie den Durchführungsmaßnahmen¹²⁸² verankerten Regeln. Falls die Kommission im Rahmen der Vorprüfung¹²⁸³ Zweifel an der Vereinbarkeit der Maßnahme mit EU-Recht hat, eröffnet sie ein förmliches Prüfverfahren.¹²⁸⁴ Dieses endet

¹²⁷³ Art. 42 Abs. 2 AGVO. Unter bestimmten Voraussetzungen kann die Ausschreibung auf bestimmte Technologien begrenzt werden, Art. 42 Abs. 3 AGVO.

¹²⁷⁴ Für die Berechnung der Höchstkapazitäten werden Anlagen mit einem gemeinsamen Anschlusspunkt an das Stromnetz als eine Anlage gewertet, Art. 42 Abs. 10 AGVO.

¹²⁷⁵ Art. 48 Abs. 8 AGVO.

¹²⁷⁶ Art. 42 Abs. 7 AGVO.

¹²⁷⁷ Art. 42 Abs. 8 i.V.m. Art. 43 Abs. 5 AGVO.

¹²⁷⁸ <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=URISERV:26045>, abgerufen am 07.10.2015.

¹²⁷⁹ Art. 108 Abs. 3 AEUV, Art. 2 und 3 VO 659/1999/EG.

¹²⁸⁰ Siehe *Cremer, Wolfram*, in: *Callies, Christian/Ruffert, Matthias*, EUV/AEUV, Das Verfassungsrecht der Europäischen Union mit Europäischer Grundrechtecharta, Kommentar, 4. Aufl. 2011, Art. 108, Rn. 9.

¹²⁸¹ Verordnung (EG) Nr. 659/199 des Rates vom 22.03.1999 über Besondere Vorschriften für die Anwendung von Artikel 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, ABl. L 083, 27.03.1999, p.1) mit weiteren Änderungen.

¹²⁸² Verordnung (EG) Nr. 794/2004 der Kommission vom 21.04.2004 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 659/1999 des Rates über die besondere Vorschriften für die Anwendung von Artikel 93 des EG-Vertrags (BBl. L 140 vom 30.04.2004) sowie Verordnung (EG) Nr. 375/2014 vom 09.04.2014 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 794/2004 in Bezug auf die Berechnung bestimmter Fristen, die Bearbeitung von Beschwerden und die Kenntlichmachung und den Schutz vertraulicher Informationen (ABl. L 109 vom 12.04.2014).

¹²⁸³ Art. 4 VO 659/1999/EG.

¹²⁸⁴ Art. 6 VO 659/1999/EG.

mit einer endgültigen Entscheidung:¹²⁸⁵ entweder mit einer Positiventscheidung (Feststellung der Vereinbarkeit der Maßnahme mit dem Binnenmarkt; Maßnahme darf durchgeführt werden), einer Negativentscheidung (Feststellung der Unvereinbarkeit der Maßnahme mit dem Binnenmarkt; Maßnahme darf nicht durchgeführt werden) oder einer verbundenen Entscheidung (Feststellung der Vereinbarkeit der Maßnahme mit dem Binnenmarkt, Maßnahme darf durchgeführt werden, wenn in der Entscheidung auferlegte Bedingungen und Auflagen erfüllt werden). Bis zu ihrer Entscheidung kann die Kommission die Aussetzung oder sogar die Rückforderung der Beihilfen aussprechen.¹²⁸⁶ Im Falle einer Negativentscheidung entscheidet die Kommission, dass der betreffende Mitgliedstaat sämtliche notwendigen Maßnahmen für die Rückforderung der Beihilfe vom Empfänger zu treffen hat.¹²⁸⁷

- b. Vereinbarkeit der polnischen Fördermodelle für Strom aus erneuerbaren Energien mit dem europäischen Beihilferecht
 - a) Vereinbarkeit des polnischen Fördermodells über das Quotenmodell mit Zertifikate-Handel mit dem europäischen Beihilferecht

Das polnische Quotenmodell mit Zertifikate-Handel für die Förderung der Grünstromerzeugung basiert grundsätzlich auf einer Abnahmeverpflichtung des Grünstroms für einen garantierten Preis, gebührenfreier Zuteilung der Grünstromzertifikate durch den Staat an die Anlagenbetreiber sowie einer gesteuerten Nachfrage für die Zertifikate durch die Einführung der Quotenverpflichtung.

i. Staatlichkeit der Fördermittel

Im Ergebnis erfüllt keines der Elemente der Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien über das Quotenmodell mit Zertifikate-Handel in Polen die Voraussetzungen der Staatlichkeit der Beihilfemittel im Sinne des Art. 107 Abs. 1 AGVO.

Die Staatlichkeit der Mittel im Sinne des europäischen Beihilferechts kann in Bezug auf die Stromabnahmeverpflichtung im polnischen Fördermodell nicht bejaht werden. Nach der Entscheidungspraxis des EuGH ist die Verpflichtung von Elektrizitätsversorgungsunternehmen, den in ihrem Versorgungsgebiet erzeugten Strom aus erneuerbaren Energiequellen zu Mindestpreisen abzunehmen, die über dem tatsächlichen wirtschaftlichen Wert dieses Stroms liegen und durch welche die sich aus dieser Verpflichtung ergebenden finanziellen Belastungen zwischen diesen Elektrizitätsversorgungsunternehmen und den privaten Betreibern der vorgelagerten Stromnetze aufgeteilt werden, keine staatliche Beihilfe im Sinne von Art. 107 Abs. 1 AEUV.¹²⁸⁸

Auch die Quotenverpflichtung – und somit die Stärkung der Nachfrageseite an Zertifikaten – erfüllt nicht die Voraussetzung der Staatlichkeit der Mittel. Die Quotenverpflichtung ist im

¹²⁸⁵ Art. 7 VO 659/1999/EG.

¹²⁸⁶ Art. 11 VO 659/1999/EG

¹²⁸⁷ Art. 14 VO 659/1999/EG.

¹²⁸⁸ EuGH, Urt. vom 13.03.2001, C-379/98, Slg. 2001 I-02099, Preussen-Electra, Rn. 66.

Prinzip mit der Stromabnahmeverpflichtung vergleichbar,¹²⁸⁹ sodass die Beihilfeprüfung auch hier negativ ausfallen muss.

Die Ausgestaltung der Quote mit der Obliegenheit zur Entrichtung einer Ersatzzahlung im Falle der Nichterfüllung der Quotenverpflichtung kann ebenfalls nicht zur Annahme der Erfüllung der Voraussetzung der Staatlichkeit der Mittel führen. Die Ersatzzahlungen werden zwar auf das Konto des Nationalfonds für Umweltschutz und Wasserwirtschaft¹²⁹⁰ gezahlt und damit an eine Einrichtung, die keinen privaten Charakter hat. Die Ersatzzahlungen sind nach der Zahlung an den Nationalfonds zur Verwirklichung seiner Satzungsziele bestimmt. Diese Mittel werden nicht rückwirkend in den Umlauf (an die Begünstigten und Verpflichteten des Fördermodells) des Fördermodells gebracht, sodass sie zu keiner Zeit dessen Akteuren im Rahmen des durch dieses Modell geschaffenen Zahlungsumlaufs zugutekommen. Insbesondere werden sie den Verpflichteten nicht als Kompensation für die Erfüllung der Quote ausgezahlt.¹²⁹¹ In der Leistung der Ersatzzahlungen an den Nationalfonds und nicht beispielsweise an die Staatskasse kann wegen des Verzichts des Staats auf die Einnahmen aus der Ersatzzahlung keine Beihilfe gesehen werden. Eine derartige Annahme wäre nicht damit vereinbar, dass der Regelfall der Erfüllung der Quote durch die Vorlage der Zertifikate zur Einziehung selbst nicht als Verzicht des Staats auf die Einnahmen angesehen werden kann.

Der Weg zur Annahme der Staatlichkeit der Mittel bezüglich der Ersatzzahlung ist auch nicht darüber eröffnet, dass der Staat auf Geldbußen (Strafzahlungen) verzichtet, wenn der zur Erfüllung der Quotenverpflichtung Verpflichtete durch den Erwerb einer vorgeschriebenen Menge an Zertifikaten seiner Quotenverpflichtung nachkommt. Eine Beihilfe in Form des Verzichts auf eine Geldbuße setzt einen Rechtsverstoß voraus, der mit einer Geldbuße sanktioniert ist; ausschließlich in diesem Fall würde das Unternehmen von einer Belastung befreit, die es normalerweise zu tragen hätte.¹²⁹²

Die Art und Weise der Preisbildung für die Zertifikate kann im polnischen Fördermodell beihilferechtlich ebenso nicht beanstandet werden. Die Höhe der Preise für Zertifikate im polnischen Quotenmodell wird durch einen Mechanismus von Angebot und Nachfrage gesteuert. Es fehlt an Preisgarantieelementen wie garantierter Preis¹²⁹³ oder Minimalpreis,¹²⁹⁴ die als ein Argument für die Staatlichkeit der Mittel nicht ausgeschlossen sein dürfen. Im

¹²⁸⁹ Entscheidung der Kommission vom 28.11.2001, C (2001), 3267 fin., S. 11. Mit demselben Ergebnis siehe auch z.B. Entscheidung der Kommission vom 02.08.2002, C (2002) 2904 fin., Beihilfe N 14/2002 – Belgien - Beihilfe Régime fédéral belge de soutien aux énergies renouvelables, S. 3.

¹²⁹⁰ Siehe kurz zur Natur des Fonds auf Seite 57 f.

¹²⁹¹ Siehe Entscheidung der Kommission vom 28.11.2001, Beihilfe N 504/2000, C (2001) 3267 fin., Großbritannien - Renewables Obligation and Capital Grants for Renewable Technologies, S. 12.

¹²⁹² Herrmann, Christoph, Anmerkung zum Urt. des EuGH vom 14.01.2015, C-518/13, The Queen auf Antrag von Eventech Ltd/Parking Adjudicator, NVwZ 2015, S. 422 (426).

¹²⁹³ Entscheidung der Kommission vom 05.02.2003, C (2003) 382 final, Beihilfe N 789/2002, Schweden - Green certificates, S. 5.

¹²⁹⁴ Entscheidung der Kommission vom 13.07.2001, C (2011) 4938, A. 33134 2011/N, Rumänien - Green certificates for promoting electricity from renewable sources.

Falle des Überangebots der Zertifikate sieht das Fördermodell auch keinen Abfangmechanismus durch einen Interventionskauf seitens des Staats vor.¹²⁹⁵

ii. Begünstigung bestimmter Unternehmen oder Wirtschaftszweige und Selektivität der Maßnahmen

Die Voraussetzung der Begünstigung von bestimmten Unternehmen oder Wirtschaftszweigen ist in Bezug auf das polnische Fördermodell von Strom aus erneuerbaren Energien über das Quotenmodell mit Zertifikate-Handel grundsätzlich zu bejahen. Eine kostenlose Zuteilung der Zertifikate, die handelbar sind und auf dem Markt veräußert werden können, eröffnet einen Weg zur Generierung zusätzlicher Einnahmen und ist damit als ein Vorteil für die Begünstigten anzusehen.¹²⁹⁶ Ebenso erfüllt die Abnahmeverpflichtung die Begünstigungsvoraussetzung. Der Abnahmeverpflichtung der Netzbetreiber steht keine entsprechende Gegenleistung der begünstigten Grünstromerzeuger gegenüber. Ein fester Stromabnahmepreis steigert die Investitionssicherheit der Anlagenbetreiber, sodass sie diesbezüglich nur reduzierte Risiken tragen müssen.

Von der Regelung zu der Zuteilung der Zertifikate, zu der Abnahmeverpflichtung oder zu der Stromabnahmeverpflichtung profitieren ausschließlich Erzeuger grüner Energie und damit ein abgegrenzter Wirtschaftszweig. Damit kann die Erfüllung der weiteren Voraussetzung der Staatlichkeit der Mittel – Selektivität – angenommen werden.

iii. Wettbewerbsverfälschung und Handelsbeeinträchtigung

Gegen die Erfüllung der Voraussetzung der Handelsbeeinträchtigung und der Wettbewerbsverfälschung lassen sich keine schlüssigen Argumente anführen.

Die kostenlose Gewährung der Grünstromzertifikate ermöglicht es den begünstigten Anlagenbetreibern, die Zertifikate zu veräußern und damit zusätzliche Einnahmen zu generieren. Die Nachfrageseite erhält durch die Quotenregelung Impulse. Zusätzlich stärkt die Stromabnahmeverpflichtung die Investitionssicherheit der grünen Stromerzeuger. Die Vorteile haben das Potenzial, den Wettbewerb zu verfälschen.¹²⁹⁷

iv. Zusammenfassung

Das polnische Fördermodell für Strom aus erneuerbaren Energien in Form des Quotenmodells mit Zertifikate-Handel ist keine Beihilfe im Sinne des Art. 107 Abs. 1 AEUV, da nicht alle Voraussetzungen des Beihilfebegriffs erfüllt sind. Das Fördermodell begünstigt zwar selektiv die Erzeuger von Grünstrom, was zur Wettbewerbsverfälschung und Handelsbeeinträchtigung im Binnenmarkt führen kann. Allerdings kann nicht festgestellt werden, dass im Rahmen des Fördermodells eine staatliche Beihilfe oder eine Beihilfe aus staatlichen Mittel gewährt wird. Da die Voraussetzungen einer Beihilfe nicht erfüllt sind, ist die Prüfung einer eventuellen Rechtfertigung entbehrlich. Die Kommission hat das polnische Fördermodell für Strom aus

¹²⁹⁵ Entscheidung der Kommission vom 24.06.2003, C (2003) 1761 fin., Beihilfe N 35/2003, Niederlande – NOx emission trading scheme, S. 8.

¹²⁹⁶ Siehe *Pfromm, René A.*, Emissionshandel und Beihilfenrecht, 2010, S. 85.

¹²⁹⁷ Entscheidung der Kommission vom 04.05.2015, Beihilfe Nr. 37177 (2015/NN), C (2015) 2886 cor, Rn. 46.

erneuerbaren Energien über das Quotenmodell mit Zertifikate-Handel als mit dem europäischen Recht vereinbar erachtet.¹²⁹⁸

b) Vereinbarkeit des polnischen Fördermodells für Strom aus erneuerbaren Energien über Ausschreibungen mit dem europäischen Beihilferecht

Ferner ist die Vereinbarkeit des polnischen Fördermodells für Strom aus erneuerbaren Energien über Ausschreibungen mit dem europäischen Beihilferecht zu prüfen.¹²⁹⁹ Das Fördermodell von Strom aus erneuerbaren Energien über Ausschreibungen basiert in Polen auf einem Stromabnahmeanspruch zu einem im Ausschreibungsverfahren ermittelten Abnahmepreis. Die Finanzmittel für die Zahlung des Preises gelangen im Rahmen eines Ausgleichsmechanismus von den Endverbrauchern über eine Umlagestelle an die begünstigten Anlagenbetreiber.

i. Staatlichkeit der Fördermittel

Für die Prüfung der Beihilfequalität des Fördermodells ist als erstes die Erfüllung der Voraussetzung der Staatlichkeit der Förderung zu untersuchen. Die Kosten der Förderung für Strom aus erneuerbaren Energien über Ausschreibungen werden in Polen auf die Endverbraucher abgewälzt und letztlich durch diese getragen. Die finanziellen Mittel fließen allerdings nicht direkt von den Endverbrauchern an die begünstigten Anlagenbetreiber, sondern im Rahmen eines Ausgleichsmechanismus, in dem die Umlagestelle eine zentrale Rolle spielt.

Die Aufgaben der Umlagestelle erfüllt ein Unternehmen des Privatrechts, die Abrechnungsverwaltung AG. Zwar kann allein ein privatrechtlicher Charakter der Abrechnungsverwaltung AG nicht zu einer pauschalen Verneinung der Staatlichkeit der Mittel führen. Für die Annahme der Staatlichkeit der Mittel könnte sprechen, dass die Abrechnungsverwaltung AG eine 100%ige Gesellschaft des polnischen Staats ist und die Regierungsmitglieder einen Einfluss auf die Besetzung ihrer Gesellschaftsorgane ausüben können. Allerdings bedeutet die Tatsache, dass eine Stelle von staatlichem Einfluss rechtlich nicht vollkommen unabhängig ist, nicht automatisch, dass die Maßnahme eine staatliche Beihilfe darstellt.¹³⁰⁰ Es handelt sich dabei allerdings nicht um eine behördliche Aufsicht oder eine behördliche Kontrolle. Die (aktienrechtliche) Beteiligung des polnischen Staats an der Abrechnungsverwaltung AG samt privatrechtlichen Mechanismen zum Schutz der Existenz und der Liquidität der Abrech-

¹²⁹⁸ Entscheidung der Kommission vom 02.08.2016, Nr. C (2016) 4944 final, AZ.: SA.37345 (2015/NN), in der die Kommission aber angenommen hat, dass eine staatliche Beihilfe im Sinne des Art. 107 Abs. 1 AEUV vorliegt (Ziff. 133 ff. Entscheidung der Kommission vom 02.08.2016). Allerdings sind nach der Entscheidung der Kommission vom 02.08.2016 die als Beihilfe eingestuften Maßnahmen nach Art. 107 Abs. 3 lit. c. AEUV beihilferechtskonform, da sie die Voraussetzungen der Umweltbeihilfeleitlinien, insbesondere der Ziff. 3.3.2.4 (Beihilfen in Form von Umweltzertifikaten) erfüllen: Das Quotenmodell mit Zertifikate-Handel sei in Polen auf die Erreichung der europarechtlich vorgeschriebenen Ausbauziele ausgerichtet und unerlässlich, um die Wirtschaftlichkeit der grünen Stromerzeugung zu gewährleisten (siehe Ziff. 107 Umweltbeihilfeleitlinien), ferner liege ein Anzeizeffekt (Ziff. 49 Umweltbeihilfeleitlinien) vor, siehe Ziff. 207 ff. Entscheidung der Kommission vom 02.08.2016. Bezüglich der näheren Ausführungen wird auf den Text der Entscheidung der Kommission vom 02.08.2016 verwiesen.

¹²⁹⁹ Die Kommission prüft die Vereinbarkeit des Ausschreibungsmodells mit Regelungen des europäischen Beihilferechts in dem Verfahren mit dem AZ. SA.43697.

¹³⁰⁰ Soltész, in: Säcker, Franz Jürgen/Montag, Frank [Hrsg.], European State Aid Law. A Commentary, 2016, Art. 107, Rn. 290.

nungsverwaltung¹³⁰¹ ist nicht als Kontrolle des Staats zu verstehen, sondern vielmehr als Maßnahme zum Schutz der finanziellen Fördermittel, die von den Endverbrauchern über die Abrechnungsverwaltung AG an die begünstigten Anlagenbetreiber fließen, auszulegen. Die Umlagestelle wird zum Zwecke der Umverteilung der Mittel zwischen den Privaten eingesetzt und bleibt damit Teil eines privatrechtlichen Ausgleichsmechanismus, der durch den Staat mittels gesetzlicher Regelungen des OZE-G lediglich veranlasst worden ist. Auch im Fall der Nichtabführung der entsprechenden Beiträge durch die Zahler muss die Umlagestelle übliche privatrechtliche Maßnahmen ergreifen, um die Finanzmittel beizutreiben, da sie diesbezüglich über keinerlei Vorrecht öffentlich-rechtlicher Art verfügt.¹³⁰²

Die beschriebenen Maßnahmen für die Sicherheit des Finanzflusses der Fördermittel führen auch nicht zur Verschiebung der Finanzmittel aus dem privaten in den öffentlichen Bereich. Die Umlagestelle hat zwar die Möglichkeit, die im Rahmen des Ausgleichsmechanismus angesammelten finanziellen Mittel anzulegen. Die Laufzeitdauer der Anlagen soll dabei an die Fristen der Ausgleichung des Minussaldos angepasst werden.¹³⁰³ Nach den Bestimmungen des OZE-G dürfen die Mittel aus der OZE-Umlage und aus den infolge der Anlage erzielten Einnahmen ausschließlich für den Ausgleich des Minussaldos und für die Deckung der Kosten der Tätigkeit der Umlagestelle verwendet werden. Damit ist in dieser Hinsicht klar die Möglichkeit einer anderweitigen Verwendung der Mittel aus der OZE-Umlage ausgeschlossen; die „geliehenen“ Finanzmittel sind zurückzuzahlen. Die Einnahmen der Umlagestelle sind von der Erwerbssteuer befreit,¹³⁰⁴ sodass der Staat auch nicht auf diesem Weg die Kontrolle über die Fördermittel erlangt. Dementsprechend kann der Staat auf die sich im Umlauf des Ausgleichsmechanismus befindlichen Fördermittel tatsächlich nicht zurückgreifen, da die Umlagestelle selbst nach den Vorgaben des OZE-G über die Verwendung dieser Mittel entscheidet und sie ausschließlich für die im OZE-G bestimmten Ziele verwenden darf.¹³⁰⁵

Dem steht auch nicht entgegen, dass die Finanzmittel von dem Umlagekonto zeitweise auf das Konto der Abrechnungsverwaltung AG übertragen werden können, aus dem die Deckung der Erzeugerkosten, die infolge der Beendigung der Dauerverträge über den Verkauf der elektrischen Energie entstanden sind, erfolgt.¹³⁰⁶ Nach dem OZE-G kann dies die Erfüllung der Verpflichtungen der Umlagestelle nicht gefährden und die Finanzmittel sind entsprechend auf das Umlagekonto zurückzuzahlen.¹³⁰⁷ Die übergangsweise Zurverfügungstellung der Finanzwerte aus dem Abwälzungsmechanismus für die Erfüllung anderer Statutverpflichtungen der Abrechnungsverwaltung AG ist nach Ansicht der Autorin als ein interner Vorgang des Privatunternehmens (der Abrechnungsverwaltung AG) bezüglich der Freistellung der Werte für einen anderweitigen Einsatz zu sehen, berührt jedoch nicht ihre dortige Verwendung: Die Finanzmittel werden an der anderen Stelle nicht in dem Sinne

¹³⁰¹ Siehe Seite 152 f.

¹³⁰² Siehe EuGH, Urt. vom 30.05.2013, C-677-11, ABl. C 89 vom 24.03.2012, *Doux Élevage*, Rn. 32. Siehe auch *Lünenbürger/Münchmeyer*, in: *Müller, Thorsten/Kahl, Hartmut [Hrsg.]*, Erneuerbare Energien in Europa, 1. Auflage 2015, S. 197.

¹³⁰³ Art. 105 Abs. 2 OZE-G.

¹³⁰⁴ Art. 104 OZE-G.

¹³⁰⁵ EuGH, Urt. vom 30.05.2013, AZ.: C-677-11, ABl. C 89 vom 24.03.2012, *Doux Élevage*, Rn. 36.

¹³⁰⁶ Siehe Fn. 320.

¹³⁰⁷ Art. 105a OZE-G.

verbraucht, dass sie dort entwertet und dem Umlagekonto auf Dauer entnommen werden; sie kehren anschließend auf das Umlagekonto zurück. Zudem wird kein „Schlupfloch“ für einen Eingriff der Staatsgewalt geschaffen: Der Vorgang erfolgt innerhalb der Strukturen und Aufgaben der Abrechnungsverwaltung AG. Der Staat kann den Finanzfluss und die Zweckbestimmung der Mittel aus der OZE-Umlage lediglich durch eine entsprechende Gesetzesänderung beeinflussen und die Einflussnahme durch die Gesetzgebung selbst erlaubt keine Annahme der Staatlichkeit der Mittel.

Aus den voranstehenden Ausführungen ergibt sich ein Bild, wonach die Beiträge der Endverbraucher für die Finanzierung der Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien über Ausschreibungen ihren privatrechtlichen Charakter auf dem gesamten Erhebungs- und Verwendungsweg behalten und nicht den Haushalt des Staats oder einer anderen öffentlichen Einheit des Staats durchlaufen. Mit der Schaffung der Umlagestelle hat der Gesetzgeber also eine Art technischen Verwalter der für die Finanzierung der OZE-Förderung fließenden Mittel gegründet. Infolge der Aktivität der Umlagestelle, deren Aufgaben aktuell die Abrechnungsverwaltung AG erfüllt, verlassen die Finanzmittel nicht den privaten Sektor – in ihrem Umlauf absolvieren sie lediglich eine zusätzliche Station, die es verwaltungstechnisch ermöglicht, die Finanzmittel von den Endverbrauchern an die begünstigten Anlagenbetreiber zu übertragen und entsprechende, mit der Übertragung zusammenhängende wirtschaftliche Risiken zu minimieren.

In Bezug auf die Stromabnahmeverpflichtung wird auf die obigen Ausführungen zu dem Quotenmodell mit Zertifikate-Handel verwiesen.

ii. Begünstigung und Selektivität

Durch die finanzielle Förderung der Grünstromerzeugung über das Ausschreibungsmodell erhalten die Erzeuger von Strom aus erneuerbaren Energien eine Begünstigung, die anderen Unternehmen nicht zur Verfügung steht. Damit sind auch diese Voraussetzungen der Beihilfe im Sinne des Art. 107 Abs. 1 AEUV erfüllt.

iii. Wettbewerbsverfälschung und Handelsbeeinträchtigung

Das Ausschreibungsmodell führt auch zur Wettbewerbsverfälschung und Handelsbeeinträchtigung. Durch die Förderung über das Ausschreibungsmodell erhalten die berechtigten Anlagenbetreiber für die erzeugten Strommengen Zahlungen in einer Höhe, welche die Marktpreise überschreitet. Damit wird ihnen im Vergleich zu den anderen Marktteilnehmern ein Vorteil gewährt, der den Handel beeinträchtigen kann.

iv. Zusammenfassung

Das polnische Fördermodell für Strom aus erneuerbaren Energien in Polen über Ausschreibungen ist mit den beihilferechtlichen Vorgaben des Rechts der Europäischen Union vereinbar. Zwar werden durch die finanzielle Förderung bestimmte Gruppen von Unternehmen begünstigt, was zu einer Wettbewerbsverfälschung und Handelsbeeinträchtigung führen kann. Den begünstigten Unternehmen werden allerdings keine staatlichen Mittel gewährt. Die Mittel für die Finanzierung der Förderzahlungen verlassen auf ihrem Weg von den Endverbrauchern über die Umlagestelle bis zu den begünstigten Anlagenbetreibern nicht den privaten Sektor und behalten ihren privaten Charakter. Die Voraussetzungen des Beihilfebegriffs im Sinne des Art. 107 Abs. 1 AEUV sind damit nicht erfüllt.

c) Vereinbarkeit der Förderung über Abrechnungsverpflichtung mit dem europäischen Beihilferecht

In dem Kontext der Vereinbarkeit der polnischen Fördermodelle für Strom aus erneuerbaren Energien mit dem europäischen Beihilferecht ist auch die Beihilferechtskonformität der Abrechnungsverpflichtung anzusprechen (ihre Förderungsqualität angenommen). Danach erhält der Betreiber einer EE-Anlage für die in das Netz allgemeiner Versorgung eingespeisten Strommengen einen Anspruch auf den Bezug von Strommengen aus dem Netz, die allerdings unter den eingespeisten Mengen liegen. Es findet daher eine Art von Tausch mit einer für den Grünstromerzeuger negativen Bilanz statt. Fraglich ist zudem, ob im Lichte des allgemeinen Stromübertragungs- und Verteilungsvorrangs sowie des Netzanschlussvorrangs die Verpflichtung des Netzbetreibers zur Grünstromabnahme im Rahmen der Abrechnungsverpflichtung (und dies mit einer für den Anlagenbetreiber negativen Bilanz) als ein Vorteil gewertet werden kann. Aus diesen Gründen ist die Erfüllung der Voraussetzungen des Beihilfiebegriffs zu verneinen.

Sollte dennoch die Verpflichtung des zuständigen Netzbetreibers zur Abnahme der in den durch das Modell berechtigten Anlagen erzeugten Strommengen als Vorteil angesehen werden, ist von einer Konformität mit dem europäischen Beihilferecht auszugehen. Die Bestimmungen über die Abrechnungsverpflichtung sind in die Förderstrukturen der Stromeinkaufsverpflichtung des Quotenmodells mit Zertifikate-Handel eingebettet. Der Mechanismus der Abrechnungsverpflichtung entspricht weitgehend dem Mechanismus der Stromeinkaufsverpflichtung. Dementsprechend ist von seiner Vereinbarkeit mit dem Beihilferecht auszugehen.¹³⁰⁸

d) Hilfsweise: Rechtfertigung

Wie zuvor ausgeführt sind in Bezug auf die gesetzlichen Regelungen zur Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien im polnischen Recht die Voraussetzungen von nach Art. 107 Abs. 1 AEUV verbotenen Beihilfen nicht erfüllt. Die Prüfung scheitert jeweils an der Voraussetzung der Staatlichkeit der Mittel. Da jedoch wegen der ständigen Entwicklung der einschlägigen Rechtsprechung des EuGH demnächst eine andere Bewertung begründet sein kann,¹³⁰⁹ ist ansatzweise die Möglichkeit der eventuellen beihilferechtlichen Rechtfertigung der Fördermodelle zu überprüfen.¹³¹⁰

i. Umweltschutzbeihilfeleitlinien

Für die Prüfung der Möglichkeit der Rechtfertigung der Fördermaßnahmen für Strom aus erneuerbaren Energien im polnischen Recht könnten grundsätzlich die Bestimmungen der Umweltschutzbeihilfeleitlinien herangezogen werden. Allerdings ist zu beachten, dass die

¹³⁰⁸ Siehe S. 217 ff.

¹³⁰⁹ *Ekardt, Felix* spricht in dem Beitrag „Die Energiewende als Beihilfe?“ vom 10.05.2015 in Bezug auf das Urteil des EuGH vom 10.05.2016, Az. T-47/15, zur deutschen Einspeisevergütung als Beihilfe von einer Ausdehnung des Beihilfiebegriffs (<http://www.lto.de/recht/hintergruende/h/eug-urteil-t4715-eeg-strom-umlage-beihilfe-ausdehnung-begriff-energiewende-deutschland/>, abgerufen am 01.06.2017).

¹³¹⁰ Sollte die Staatlichkeit der Mittel angenommen werden, kann mit guten Argumenten davon ausgegangen werden, dass die Kommission diese als beihilferechtskonform erklärt, siehe z.B. Entscheidung Kommission vom 24.04.2007, Beihilfe-Nr. C -7/2005, L-219/9 2007, nach *Ekardt, Felix/Schmeichel, Andrea*, Erneuerbare Energien, Warenverkehrsfreiheit und Beihilfenrecht – Nationale Klimaschutzmaßnahmen im EG-Recht, ZEuS 2000, 171 (215).

Regelungen der Leitlinien keine Voraussetzungen des zu untersuchenden Rechtfertigungstatbestands darstellen, da diese sich ausschließlich aus den Bestimmungen des Art. 107 Abs. 3 AEUV ergeben; die Umweltschutzbeihilfeleitlinien dienen lediglich als Richtschnur für die Prüfung der Beihilfequalität der jeweiligen staatlichen Maßnahme durch die Europäische Kommission. Des Weiteren ist mit Blick auf die Einführung des Ausschreibungsmodells vor dem Erlass eines Bescheids durch die Europäische Kommission in dem Notifizierungsverfahren¹³¹¹ nicht auszuschließen, dass eine Verletzung des Durchführungsverbots vorliegt und mit entsprechenden Konsequenzen zu rechnen ist.¹³¹² Vor diesem Hintergrund führt eine mögliche Vereinbarkeit der Fördermodelle für Strom aus erneuerbaren Energien nach dem OZE-G mit den Bestimmungen der Umweltbeihilfen im Endergebnis nicht (automatisch) zu der aus beihilferechtlicher Perspektive unbeanstandeten Fortführung der Fördermodelle, wie sie durch das OZE-G angebahnt wurden. Diese praktischen Erwägungen rechtfertigen an dieser Stelle die Unterlassung der Prüfung der Vereinbarkeit der Fördermodelle mit den Bestimmungen der Umweltschutzbeihilfeleitlinien.

ii. AGVO

Das Augenmerk ist auf die Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung zu richten, bei welcher es sich um einen Rechtfertigungsgrund mit einer wesentlich höheren Relevanz handelt. Laut der Gesetzesbegründung zum OZE-G sollen seine Regelungen an die Bestimmungen der AGVO dergestalt angepasst werden, dass hinsichtlich der eingeführten Fördermodelle keine Notifizierungspflicht zu erfüllen ist.¹³¹³ Allerdings lässt sich die Erfüllung der Voraussetzungen der AGVO durch die Bestimmungen des OZE-G nicht ohne Zweifel annehmen.

Problematisch kann insbesondere die Einhaltung der Förderschwellen sein. Nach den Bestimmungen der AGVO fallen unter ihren Anwendungsbereich lediglich Beihilfen mit einem Volumen von unter 150 Mio. EUR pro Jahr, wenn die Beihilfen auf der Grundlage einer Ausschreibung nach Artikel 42 AGVO gewährt werden.

Die geschätzten Kosten der Förderung über Ausschreibungen nach dem OZE-G übersteigen womöglich die in der AGVO gesetzte Grenze. Spätestens ab dem Jahr 2018¹³¹⁴ drohen die Kosten die 150 Mio. EUR-Schwelle zu überschreiten. Sie wurden für das Jahr 2018 auf 630 Mio. PLN (ca. 157 Mio. EUR), das Jahr 2019 auf 676 Mio. PLN (ca. 169 Mio. EUR) und das Jahr 2020 auf 701 Mio. PLN (ca. 175 Mio. EUR) geschätzt.¹³¹⁵

¹³¹¹ Siehe Fn. 1299.

¹³¹² Siehe Seite 216.

¹³¹³ Begründung zum OZE-G, S. 9. Diese Feststellung bezieht sich allerdings auf das OZE-G in der Fassung vom 20.02.2015 und berücksichtigt nicht die Änderungen der Fördermodelle, die im Zuge von Novellierungen des OZE-G eingetreten sind.

¹³¹⁴ Für das Jahr 2016 sollen die Kosten 355 Mio. PLN (ca. 89 Mio. EUR) und für das Jahr 2017 504 Mio. PLN (ca. 126 Mio. EUR) betragen, Folgenabschätzungsanalyse zum OZE-G (in der Fassung vom 20.02.2015), S. 120.

¹³¹⁵ Folgenabschätzungsanalyse zum OZE-G (in der Fassung vom 20.02.2015), S. 120. Die Berechnung wurde für den Fall der Berücksichtigung der Option im OZE-G durchgeführt, wonach die gewährten Fördersätze nach dem Verbraucherpreisindex korrigiert werden. Die Förderkosten nach der Option ohne Indexierung fallen höher aus: 759 Mio. PLN (ca. 189 Mio. EUR) im Jahr 2017, 942 Mio. PLN (ca. 235 Mio. EUR) im Jahr 2018, 1029 Mio. PLN (ca. 257 Mio. EUR) im Jahr 2019 und 1050 Mio. PLN (ca. 262 Mio. EUR) im Jahr 2020.

2) Warenverkehrsfreiheit

Aus der Perspektive des Rechts der Europäischen Union sind die erneuerbaren Energien aufgrund national ausgerichteter Fördersysteme zum Störfaktor für den Elektrizitätsbinnenmarkt geworden.¹³¹⁶ Die Spannung reicht von der grenzüberschreitenden technischen Belastung der Netze durch (im Übermaß) eingespeiste erneuerbare Energie bis zu der Tatsache, dass die vorrangige Einspeisung nationalen Grünstroms den mitgliedstaatlichen Import behindert.¹³¹⁷ Zudem hat seit der Entscheidung des EuGH Ålands Vindkraft¹³¹⁸ aus dem Jahr 2014 die juristische (und politische) Debatte hinsichtlich der Europarechtskonformität der Fördermaßnahmen für Strom aus erneuerbaren Energien an Schärfe gewonnen.¹³¹⁹

a. Warenverkehrsfreiheit im Recht der Europäischen Union

a) Anwendbarkeit der Regelungen über die Warenverkehrsfreiheit

Die beihilferechtlichen Vorschriften des AEUV verfolgen das gemeinsame Ziel, den freien Warenverkehr zwischen den Mitgliedstaaten unter unverfälschten Wettbewerbsbedingungen sicherzustellen, sodass eine mögliche Qualifikation einer einzelstaatlichen Maßnahme als Beihilfe die Anwendbarkeit der Vorschriften über die Warenverkehrsfreiheit¹³²⁰ nicht ausschließt.¹³²¹

Die Anwendbarkeit der Regelungen über die Warenverkehrsfreiheit ist nicht durch das europäische Sekundärrecht gesperrt. Die EE-RL gibt den Mitgliedstaaten die Möglichkeit, sich zwischen unterschiedlichen Fördersystemen zu entscheiden, und koordiniert lediglich die nationalen Vorschriften, ohne sie zu harmonisieren.¹³²² Die Sperrwirkung könnte auch nicht aufgrund der – an dieser Stelle vorausgesetzten – Vereinbarkeit der polnischen Fördermodelle mit europäischem Sekundärrecht eintreten: Die Sperrwirkung des Sekundärrechts zulasten des Primärrechts würde die Gefahr eines Verstoßes gegen den Grundsatz der Normenhierarchie bergen.¹³²³

Ungeachtet der Anwendbarkeit der europäischen beihilferechtlichen Vorschriften ist daher die Anwendbarkeit der rechtlichen Bestimmungen über die Warenverkehrsfreiheit nicht ausgeschlossen.

¹³¹⁶ Gundel, Jörg, Die Vorgaben der Warenverkehrsfreiheit für die Förderung der erneuerbaren Energien – Neue Lösungen für ein altes Problem? EnWZ 2014, S. 99 (100 f.).

¹³¹⁷ Gundel, Jörg, Die Vorgaben der Warenverkehrsfreiheit für die Förderung der erneuerbaren Energien – Neue Lösungen für ein altes Problem? EnWZ 2014, 99 (101).

¹³¹⁸ Siehe Fußnote 971.

¹³¹⁹ Brückmann, Robert/Steinbach, Armin Die Förderung erneuerbarer Energien im Lichte der Warenverkehrsfreiheit, EnWZ 2014, S. 346.

¹³²⁰ Art. 28 bis 37 AEUV.

¹³²¹ EuGH, Urt. vom 20.03.1990, 21/88, Slg. 1990, I-889, Rn. 20, Du Pont de Nemours Italiana SpA.

¹³²² Scholz, Rupert/Moensch, Christoph/Herz, Benjamin, Verfassungs- und europarechtliche Grundsatzfragen einer EEG-Reform, 1. Auflage 2014, S. 133.

¹³²³ Scholz, Rupert/Moensch, Christoph/Herz, Benjamin, Verfassungs- und europarechtliche Grundsatzfragen einer EEG-Reform, 1. Auflage 2014, S. 134.

b) Schutzbereich

Die Regelungen über die Warenverkehrsfreiheit finden im sachlichen Schutzbereich auf die Waren Anwendung, die aus den Mitgliedstaaten stammen oder sich in den Mitgliedstaaten im freien Warenverkehr befinden.¹³²⁴ Vom persönlichen Schutzbereich sind als Begünstigte in jedem Fall die Mitgliedstaatsangehörige und als Verpflichtete die Mitgliedstaaten und Unionsorgane erfasst.¹³²⁵

c) Beschränkungswirkung

Die Warenverkehrsfreiheit¹³²⁶ ist darauf ausgerichtet, den Warenverkehr zwischen den Mitgliedstaaten gegen mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen sowie gegen alle Maßnahmen gleicher Wirkung zu schützen.

Eine mengenmäßige Einfuhrbeschränkung ist grundsätzlich unter jeder staatlichen Maßnahme zu verstehen, welche die Einfuhr einer Ware der Menge oder dem Wert nach begrenzt oder völlig (auf Dauer oder zeitweise) verbietet.¹³²⁷ Maßnahme gleicher Wirkung ist als jede Handelsregelung der Mitgliedstaaten zu verstehen, die geeignet ist, den innergemeinschaftlichen Handel unmittelbar oder mittelbar, tatsächlich oder potenziell zu behindern (Dassonville).¹³²⁸ Dies kann im Falle einer Preisregelung dann festgestellt werden, wenn die Ware ohne die fragliche Regelung auf dem Markt nicht gewinnbringend abgesetzt werden kann oder wenn der sich aus dem niedrigeren Gestehungspreis ergebende Wettbewerbsvorteil neutralisiert wird.¹³²⁹ Sonst gelten Maßnahmen, die auf die Begünstigung inländischer Ware abstellen, als unter den Schutzbereich der Warenverkehrsfreiheit fallende verbotene Absatzregelungen.¹³³⁰ Die Anwendung der Dassonville-Formel ist grundsätzlich bei allgemeinen Verkaufsmodalitäten ausgeschlossen (sog. Keck-Rechtsprechung).¹³³¹

d) Rechtfertigung

Eine Rechtfertigung kommt nur dann in Betracht, wenn der entsprechende Bereich nicht durch das Sekundärrecht abschließend geregelt ist.¹³³²

Die Rechtfertigung der Maßnahmen kann auf vier geschriebene Gruppen von Schutzgründen gestützt werden, und zwar auf die Gründe der öffentlichen Sittlichkeit, der Ordnung und der Sicherheit, des Schutzes der Gesundheit und des Lebens von Menschen, Tieren und Pflanzen, des Schutzes des nationalen Kulturguts von künstlerischem, geschichtlichem oder archäologischen Wert und des Schutzes des gewerblichen und kommerziellen Eigentums. Des

¹³²⁴ Ehlers, Dirk [Hrsg.], Europäische Grundrechte und Grundfreiheiten, 4. Auflage 2014, S. 316, Rn. 7. Art. 28 Abs. 2 AEUV.

¹³²⁵ Ehlers, Dirk [Hrsg.], Europäische Grundrechte und Grundfreiheiten, 4. Auflage 2014, S. 320 f., Rn. 16 ff. Zu der begünstigten Seite sollen auch die Drittstaatsangehörigen gehören; ob zu der Seite der Verpflichteten auch die Privatpersonen gehören, ist noch nicht abschließend geklärt, vgl. derselbe.

¹³²⁶ Art. 34 – 36 AEUV.

¹³²⁷ Müller-Graf, Peter-Christian, in: von der Groeben, Hans/Schwarze, Jürgen/Hatje, Armin, Europäisches Unionsrecht, Band 3, 7. Auflage 2015, Art. 34 Rn. 16.

¹³²⁸ EuGH vom 11.07.1974, 8/74, Slg. 1974, 873, Rn. 5, Dassonville.

¹³²⁹ EuGH vom 24.01.1978, 82/77, Slg. 1978, 25, Rn. 13/15, Van Tiggele

¹³³⁰ Müller-Graf, Peter-Christian, in: von der Groeben, Hans/Schwarze, Jürgen/Hatje, Armin, Europäisches Unionsrecht, Band 3, 7. Auflage 2015, Art. 34 Rn. 90.

¹³³¹ EuGH, Urt. vom 24.11.1993, 267/91 u. 268/91, Slg. 1993, I-06097, Rn. 16, Keck und Mithouard.

¹³³² Ehlers, Dirk [Hrsg.], Europäische Grundrechte und Grundfreiheiten, 4. Auflage 2014, S. 338, Rn. 62 f.

Weiteren kann die Rechtfertigung auf notwendige, zwingende Erfordernisse gestützt werden, mit denen ein im allgemeinen Interesse liegendes Ziel verfolgt wird, das den Erfordernissen des freien Warenverkehrs dient, der eine der Grundlagen der Gemeinschaft darstellt.¹³³³ Zu den genannten zwingenden Erfordernissen zählt u.a. der Umweltschutz.¹³³⁴

Unter den Rechtfertigungsgrund der öffentlichen Sicherheit fällt u.a. die Energieversorgungssicherheit.¹³³⁵ Die Primärerzeugung erneuerbarer Energien hatte 2014 in der EU-28 mit 196 Mio. Tonnen Rohöleinheiten (t RÖE) einen Anteil von 25,4 % an der gesamten Primärenergieerzeugung aller Energieträger¹³³⁶ und leistet damit einen wichtigen Beitrag zu der Energieversorgungssicherheit in der Union.¹³³⁷

Die Gesundheit und das Leben von Menschen, Tieren und Pflanzen können nicht als Rechtfertigungsgrund für die Einführung der Fördermodelle von Strom aus erneuerbaren Energien herangezogen werden. Eine positive Auswirkung auf das Leben und die Gesundheit von Menschen, Tieren und Pflanzen – die in gewissem Maße jede Maßnahme des Umweltschutzes zeitigt¹³³⁸ – ist lediglich eine mittelbare¹³³⁹ Auswirkung der Maßnahmen im Rahmen von Fördermodellen. Allerdings kann die Beeinträchtigung der Warenverkehrsfreiheit durch Fördermodelle für Strom aus erneuerbaren Energien in Bezug auf Belange des Umweltschutzes gerechtfertigt sein,¹³⁴⁰ die als ein zwingendes Erfordernis im Sinne der Cassis-Formel anzusehen sind.¹³⁴¹

Liegt ein Rechtfertigungsgrund vor, muss die jeweilige Maßnahme noch dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit genügen: Die betreffende Maßnahme muss zur Verfolgung des angestrebten Ziels geeignet sein, das mildeste Mittel darstellen (erforderlich) sowie angemessen sein.¹³⁴² Hinsichtlich der Fördermodelle für Strom aus erneuerbaren Energien ist die Erfüllung der Voraussetzungen der Verhältnismäßigkeit grundsätzlich zu bejahen.

¹³³³ EuGH, Urt. vom 20.02.1979, 120/78, Slg. 1979, 00649, Rn. 8, Cassis de Dijon.

¹³³⁴ EuGH, Urt. vom 14.07.1998, C-284/95, Slg. 1998, I-4301, Safety Hi-Tech, Rn. 64. Dies gilt, obwohl der Umweltschutz nicht in Art. 36 AEUV genannt ist.

¹³³⁵ EuGH, Urt. vom 10.07.1984, 72/83, Slg. 198, 0272, Campus Oil.

¹³³⁶ Eurostat, Angaben für das Jahr 2014, Stand Juli 2016 (Aktualisierung geplant für September 2017), http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Renewable_energy_statistics/de, abgerufen am 02.06.2017.

¹³³⁷ Dies wäre für die ganze Europäische Union zu beurteilen. Allerdings ist es fraglich, ob der hohe durchschnittliche Anteil an Grünstrom in Europa zur Rechtfertigung der nationalen Fördersysteme geeignet ist, da die im jeweiligen Mitgliedstaat erzeugten Strommengen größtenteils in dem Stromsystem dieses Staats verbleiben und nicht durch alle Mitgliedstaaten verteilt werden. Diese Zweifel können bei der Verbesserung der Netzinfrastruktur ausgeräumt werden.

¹³³⁸ Heselhaus, EuZW 2001, S. 645 (647).

¹³³⁹ Lecheler, RdE 2001, S. 140 (149).

¹³⁴⁰ Der ungeschriebene Rechtfertigungsgrund kann auch auf die diskriminierenden Maßnahmen angewendet werden, siehe EuGH im Urt. vom 13.03.2001, C-379/98, Slg. 2001, 2099, Preussen-Elektra, Rn. 74 ff. mit Berufung auf die Querschnittsklausel des Art. 11 AEUV, die sich aus dem Kyoto-Protokoll ergebenden Verpflichtungen der EU sowie die Erwägungsgründe der 1. Elektrizitätsbinnenmarkt-Richtlinie.

¹³⁴¹ EuGH, Urt. vom 20.09.1988, 302/86, Slg. 1988, 4607, 4630, Rn. 8 f., Kommission/Dänemark.

¹³⁴² Ehlers, Dirk [Hrsg.], Europäische Grundrechte und Grundfreiheiten, 4. Auflage 2014, S. 348, Rn. 93. Derselbe zu der Definition der Elemente der Verhältnismäßigkeitsprüfung: Geeignet ist eine Maßnahme, wenn sie das verfolgte Ziel grundsätzlich zu erreichen vermag (Rn. 101); die Erforderlichkeit einer Maßnahme ist immer dann gegeben, wenn das angestrebte Schutzziel durch den Warenverkehr weniger einschränkende Maßnahmen nicht erreicht werden kann (Rn. 102); bei der Angemessenheit geht es um die

Angesichts der (noch relativ) hohen Kosten des Einsatzes der erneuerbaren Technologien sowie eines bestimmten Marktversagens im Bereich der Grünstromerzeugung sind die Fördermodelle für die Erzeugung von Grünstrom geeignet, Anreize für die Projektentwicklung in diesem Bereich zu schaffen und folglich den Ausbau der erneuerbaren Energien zu fördern.¹³⁴³

Die Erforderlichkeit der Beschränkung der Anwendbarkeit der Fördermodelle auf die im Inland erzeugten Grünstrommengen ist ebenso grundsätzlich zu bejahen. Das Argument der Unerheblichkeit des Standorts der Stromerzeugung für die Erreichung der Ausbauziele greift nicht durch. Nur eine auf das Inland beschränkte Förderung der Grünstromerzeugung erlaubt eine planvolle Steuerung der Technologieentwicklung, gewährleistet eine dem Anteil des Grünstroms in dem Stromsystem entsprechende Belastung der nationalen Endstromverbraucher und unterstützt die Vermeidung von Mitnahmeeffekten.¹³⁴⁴ Zudem gewährleistet eine inlandsbezogene Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien sichere Bedingungen für Investitionen, weil es auf europäischer Ebene an vereinheitlichter entsprechender Harmonisierung fehlt.¹³⁴⁵ Darüber hinaus können grundsätzlich sowohl das Ausschreibungsmodell als auch das Quotenmodell mit Zertifikate-Handel sowie die Einspeisevergütung als gleich wirksame Mittel zur Erreichung des Ziels angesehen werden.¹³⁴⁶

Die Fördermodelle für Strom aus erneuerbaren Energien erfüllen auch das Erfordernis der Angemessenheit. Im Vergleich zu der Tragweite des Umweltschutzes in der europäischen Politik ist der Eingriff der Fördermodelle in die Warenverkehrsfreiheit als gering einzuschätzen,¹³⁴⁷ da sie weiterhin einen relativ niedrigen Anteil an dem gesamten Strom betreffen.

b. Vereinbarkeit der polnischen Fördermodelle mit den europarechtlichen Regelungen zur Warenverkehrsfreiheit

a) Schutzbereich

Der Schutzbereich der Warenverkehrsfreiheit ist eröffnet. Strom ist als Ware im Sinne des Art. 34 AEUV zu qualifizieren.¹³⁴⁸ Unter den Warenbegriff des Art. 34 AEUV fallen auch die Zertifikate, welche die grüne Qualität der erzeugten Strommengen bescheinigen.¹³⁴⁹

Abwägung zwischen der Beeinträchtigung des freien Warenverkehrs und ggf. der Einschränkung von Grundrechten einerseits und dem verfolgten Schutzinteresse andererseits (Rn. 103).

¹³⁴³ Kröger, James, Die Förderung erneuerbarer Energien im Europäischen Elektrizitätsbinnenmarkt, 1. Aufl. 2015, S. 273.

¹³⁴⁴ Kröger, James, Die Förderung erneuerbarer Energien im Europäischen Elektrizitätsbinnenmarkt, 1. Aufl. 2015, S. 274 f. mit weiteren Nachweisen aus der Literatur.

¹³⁴⁵ EuGH, Urt. vom 01.07.2014, C-573/12, Rn. 103, Åland Vindkraft.

¹³⁴⁶ Siehe Komorowski, Thomas, Quotenmodelle zur Förderung erneuerbarer Energien. Rechtsrahmen und Gestaltungsoptionen des Gesetzgebers. 2006, S. 159.

¹³⁴⁷ Siehe Komorowski, Thomas, Quotenmodelle zur Förderung erneuerbarer Energien. Rechtsrahmen und Gestaltungsoptionen des Gesetzgebers. 2006, S. 160.

¹³⁴⁸ EuGH, Urt. vom 27.4.1994, C-393/92, Slg. I-1477, Rn. 28, Almelo.

¹³⁴⁹ Komorowski, Thomas, Quotenmodelle zur Förderung erneuerbarer Energien. Rechtsrahmen und Gestaltungsoptionen des Gesetzgebers. 2006, S. 100 ff.

b) Beschränkungswirkung

Der grenzüberschreitende Bezug kann durch die Möglichkeit des Handels mit dem Strom zwischen den Mitgliedstaaten begründet werden. Ferner ist es nicht auszuschließen, dass die Förderung des Grünstroms in einem Mitgliedstaat, infolge derer der dortige Erzeuger eine über den Marktpreis liegende Vergütung erhält, sich negativ auf den Absatz des in einem anderen Mitgliedstaat erzeugten Stroms in diesem Mitgliedstaat auswirkt.

Die Beschränkungswirkung kann sich auch aus der Abnahmeverpflichtung ergeben. Durch die Abnahmeverpflichtung sind die Abnahmeverpflichteten daran gehindert, ihr Stromportfolio frei zu gestalten und ggf. ihren Strom vollständig durch Stromimporte aus anderen Mitgliedstaaten zu beschaffen.¹³⁵⁰ Infolge dieser verringerten Absatzmöglichkeiten wird für ausländische Stromerzeuger bzw. -händler der Zugang zum inländischen Strommarkt (teilweise) gesperrt.¹³⁵¹

In preisgesteuerten Fördermodellen wird den inländischen Betreibern von Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien ein Strompreis garantiert, der unter normalen Wettbewerbsbedingungen nicht zu realisieren wäre, sodass erst die Zahlung der Mindestpreise oder Prämien die Teilnahme dieser Erzeuger am Strommarkt ermöglicht.¹³⁵² Eine vergleichbare Wirkung entfalten die Zuteilung der kostenlosen und handelbaren Zertifikate an die inländischen Grünstromerzeuger und die quotenbasierte Schaffung der Nachfrage nach Zertifikaten. Infolge der Förderregelung wird den inländischen Stromerzeugern die Möglichkeit der Erzielung von zusätzlichen Einnahmen eröffnet, auf die ausländische Stromerzeuger keinen Anspruch haben.¹³⁵³ Diese begünstigte Stellung der inländischen Stromerzeuger verschlechtert die Wettbewerbsstellung der ausländischen Grünstromerzeuger bei ihrer Teilnahme am Strommarkt des Mitgliedstaats, der die Förderregelungen anwendet. Aus diesen Gründen ist das Vorliegen einer Beschränkungswirkung der preis- und mengengesteuerten Modelle zu bejahen.

Die Ausnahme nach der Keck-Rechtsprechung kann nicht angenommen werden. Die rechtlichen Bestimmungen zur Vergütung und Abnahme der aus erneuerbaren Energien erzeugten Strommengen nehmen keine produktbezogenen Regelungen vor, sondern berühren vielmehr die Modalitäten des Verkaufs und des Absatzes grünen Stroms.¹³⁵⁴ Die Berücksichtigung ausschließlich inländischer Stromerzeuger bei der Gewährung der Vorteile nach dem jeweiligen Fördermodell bedeutet keine unterschiedslose Behandlung inländischer und ausländischer (Grün-)Stromerzeuger und entfaltet eine beschränkende Wirkung.

¹³⁵⁰ EuGH, Urt. v. 13.3.2001, C-379/98, Slg. 2001, 2099, Preussen-Elektra, Rn. 70.

¹³⁵¹ Kröger, James, Die Förderung erneuerbarer Energien im Europäischen Elektrizitätsbinnenmarkt, 1. Auflage 2015, S. 251 f. mit weiteren Nachweisen.

¹³⁵² Kröger, James, Die Förderung erneuerbarer Energien im Europäischen Elektrizitätsbinnenmarkt, 1. Auflage 2015, S. 253 mit weiteren Nachweisen. Damit wird auch der Anreiz der staatlichen Beihilfe begründet.

¹³⁵³ Komorowski, Thomas, Quotenmodelle zur Förderung erneuerbarer Energien. Rechtsrahmen und Gestaltungsoptionen des Gesetzgebers. 2006, S. 107 ff.

¹³⁵⁴ Kröger, James, Die Förderung erneuerbarer Energien im Europäischen Elektrizitätsbinnenmarkt, 1. Auflage 2015, S. 255 mit weiteren Nachweisen.

c) Rechtfertigung

Das OZE-G dient dem Ausbau der erneuerbaren Energien und verfolgt damit Ziele des Umweltschutzes, da ihr Ausbau einen Beitrag zur Verhinderung der Emission von Treibhausgasen und damit des Klimawandels leisten kann.¹³⁵⁵

Der Anteil der erneuerbaren Energien im polnischen Stromsystem beträgt 7 % und ist damit zwar nicht zu vernachlässigen, kann jedoch (noch) nicht als entscheidend für die Energieversorgungssicherheit des Staats betrachtet werden. Die Steigerung der Versorgungssicherheit war einer der Gründe für die Einführung des Fördermodells.

Die Mitgliedstaaten können sich bei der Realisierung eigener EE-Ausbauziele nicht auf den Ausbau der erneuerbaren Energien in anderen Mitgliedstaaten berufen,¹³⁵⁶ sodass Polen die Erreichung der nationalen Ausbauziele nicht durch den grenzüberschreitenden Einkauf der Grünstrommengen erfüllen kann. Ohne die Förderregelungen könnten (aus wirtschaftlichen Gründen) nicht ausreichend EE-Anlagen errichtet werden, damit Polen seine EE-Ausbauziele erreicht. Damit sind die Förderregelungen erforderlich.¹³⁵⁷

d) Zusammenfassung

Es kann grundsätzlich davon ausgegangen werden, dass die polnischen Fördermodelle für Strom aus erneuerbaren Energien mit der Warenverkehrsfreiheit im Sinne der Art. 28 ff. AEUV vereinbar sind. Eine Beschränkungswirkung der Fördermaßnahmen kann angenommen werden, da die Unterstützung der nationalen Stromerzeuger die Absatzmöglichkeit von Strom aus dem Ausland beeinträchtigen kann. Die Fördermodelle sind allerdings notwendig, um den Ausbau der erneuerbaren Energien entsprechend den europarechtlichen Vorgaben voranzutreiben.

2. Grundsätzliche Vereinbarkeit der polnischen Fördermodelle für Strom aus erneuerbaren Energien mit dem europäischen Sekundärrecht

Nach der Prüfung der Vereinbarkeit der gesetzlichen Regelungen zu den Fördermodellen für Strom aus erneuerbaren Energien mit europäischem Primärrecht ist die Konformität mit den Bestimmungen des europäischen Sekundärrechts anzusprechen.

1) Grundsätzliche Vereinbarkeit mit der Erneuerbare-Energien-Richtlinie

Die Erneuerbare-Energien-Richtlinie bildet einen Rechtsrahmen für drei Grundeinsatzbereiche der erneuerbaren Energien: Elektrizität, Verkehr und die Erzeugung von Kälte und Wärme. Sie setzt das für jeden Staat verbindliche nationale Gesamtziel für den Anteil von Energie aus erneuerbaren Quellen fest.¹³⁵⁸ Um diese Ziele zu erreichen, ist es den Mitgliedstaaten gestattet, nationale Förderregelungen oder Kooperationsmechanismen zwischen den Mitgliedstaaten einzuführen.¹³⁵⁹ Überdies steht es den Mitgliedstaaten frei, in welchem Umfang sie die in einem anderen Mitgliedstaat erzeugte grüne Energie fördern

¹³⁵⁵ EuGH, Urt. vom 01.07.2014, C-573/12, Ålands Vindkraft, Rn. 78.

¹³⁵⁶ Siehe Art. 5 Abs. 1 lit. a) i.V.m. Abs. 3 EE-RL.

¹³⁵⁷ Näher zur Rechtfertigung des Eingriffs in die Warenverkehrsfreiheit siehe z.B. *Brückmann, Robert/Steinbach, Armin*, Die Förderung erneuerbarer Energien im Lichte der Warenverkehrsfreiheit, *EnWZ* 2014, S. 346.

¹³⁵⁸ Art. 3 EE-RL, Anhang 1.

¹³⁵⁹ Art. 3 Abs. 3 EE-RL. Zu den Kooperationsmechanismen siehe Seite 171 ff.

wollen.¹³⁶⁰ Die EE-RL schafft dementsprechend kein gemeinsames Fördermodell und animiert lediglich die Mitgliedstaaten, nationale Förderregelungen zu etablieren.¹³⁶¹ Die EE-RL skizziert die Handlungsspielräume,¹³⁶² in denen sich die Mitgliedstaaten bei der Ausgestaltung der Fördermodelle bewegen können. Es soll insbesondere das ungestörte Funktionieren der Fördermodelle gewährleistet werden, indem die Mitgliedstaaten die Kosten und die Wirksamkeit der Modelle entsprechend ihrem jeweiligen Potenzial kontrollieren können. Die EE-RL zielt auf die Erleichterung der grenzüberschreitenden Förderung von Grünstrom, allerdings muss die Entscheidung über die EU-Öffnung den Mitgliedstaaten überlassen werden und die EE-RL darf die nationalen Förderregelungen nicht beeinträchtigen.

Inhaltliche Anforderungen an die nationalen Förderregelungen stellt die Richtlinie nicht.¹³⁶³ Sie regelt lediglich, was unter einer Förderung zu verstehen ist.¹³⁶⁴ Danach ist die Förderung ein Instrument, eine Regelung oder ein Mechanismus, das bzw. die bzw. der von einem Mitgliedstaat oder einer Gruppe von Mitgliedstaaten angewendet wird und die Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen dadurch fördert, dass die Kosten dieser Energie gesenkt werden, ihr Verkaufspreis erhöht wird oder ihre Absatzmenge durch eine Verpflichtung zur Nutzung erneuerbarer Energie oder auf andere Weise gesteigert wird. Dazu zählen u.a. Investitionsbeihilfen, Steuererstattungen, Förderregelungen, die zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen verpflichten, einschließlich solcher, bei denen grüne Zertifikate verwendet werden, sowie direkte Preisstützungssysteme einschließlich Einspeisetarife und Prämienzahlungen.

Im Lichte der obigen Ausführungen kann eine grundsätzliche Vereinbarkeit der polnischen Fördermodelle für Strom aus erneuerbaren Energien mit den Bestimmungen der EE-RL angenommen werden.¹³⁶⁵ Preisstützungsinstrumente und Zertifikatmodell sind nach der EE-RL ausdrücklich zulässig.¹³⁶⁶ Die Abwälzung der Kosten der Fördermodelle auf die Endverbraucher ist Teil des jeweiligen Fördermodells und damit grundsätzlich auch mit der EE-RL vereinbar.

Allerdings können gewisse Zweifel an einer korrekten und/oder vollständigen Umsetzung der EE-RL in Bezug auf die Regelungen aufkommen, die zwar selbst kein Fördermodell bilden, die jedoch die Rahmenbedingungen für die Entwicklung der grünen Projekte bestimmen oder beeinflussen.

¹³⁶⁰ Art. 3 Abs. 3 UAbs. 2 EE-RL. Die Frage der EU-Öffnung ist unabhängig von der EU-Öffnung nach den Umweltbeihilfeleitlinien zu verstehen.

¹³⁶¹ Lehnert, Wieland/Vollprecht, Jens, Neue Impulse von Europa: Die Erneuerbare-Energien-Richtlinien der EU, ZUR 2009, S. 307 (308).

¹³⁶² Rn. 25 EE-RL.

¹³⁶³ Scholz, Rupert/Moensch, Christoph/Herz, Benjamin, Verfassungs- und europarechtliche Grundsatzfragen einer EEG-Reform, 1. Auflage 2014, S. 118.

¹³⁶⁴ Art. 2 lit. k) EE-RL.

¹³⁶⁵ Siehe die Tabelle zu der Entsprechung der EE-RL mit der Version 6.3. des Entwurfs des OZE-G vom 28.03.2014 unter Berücksichtigung der Anmerkungen des Ministerrates RCL–24.04.2014.

¹³⁶⁶ Für die Untersuchung des Quotenmodells mit Zertifikate-Handel auf die Vereinbarkeit mit der EE-RL vor dem Inkrafttreten des OZE-G siehe Rybski, Robert, in: *Fundacja ClientEarth Poland*, Implementacja prawa klimatyczno-energetycznego Unii Europejskiej w Polsce, Stand für den 14.09.2013, S. 20 ff. Zu dem Verfahren und zu den politischen Umständen der Umsetzung der EE-RL in Polen siehe Ancygier, Andrzej, Misfit of Interests instead of the “Goodness of Fit”? Implementation of European Directives 2001/77/EC and 2009/28/EC in Poland, Hamburg 2013, S. 313 ff.

Zum einen ist dies in dem Umfang der Fall, in dem die Mitgliedstaaten aufgefordert werden, angemessene netz- und marktbezogene betriebliche Maßnahmen zu ergreifen, um Beschränkungen der Einspeisung von Elektrizität aus erneuerbaren Energiequellen möglichst gering zu halten.¹³⁶⁷ Die gesetzlichen Bestimmungen, welche die Gewährung des Netzzuganges von der Erfüllung technischer und wirtschaftlicher Bedingungen abhängig machen,¹³⁶⁸ können im Einzelfall de facto eine Beschränkung des Netzzugangs für Grünstrom bedeuten oder weisen zumindest eine Beschränkungswirkung auf.¹³⁶⁹ Zum anderen können Bedenken in Bezug auf eine korrekte Umsetzung der EE-Richtlinie in dem Kontext der Aufforderung der Mitgliedstaaten zur Reduzierung der bürokratischen Hürden bei der Realisierung der grünen Projekte bestehen.¹³⁷⁰ Insbesondere die Regelungen des polnischen Rechts in Bezug auf Umwelt, Raumordnung und Konzessionierung lassen gewisse Zweifel an der Vereinbarkeit des polnischen Rechts im Bereich erneuerbarer Energien mit der EE-Richtlinie aufkommen.

2) Grundsätzliche Vereinbarkeit mit der Elektrizitätsbinnenmarkt-Richtlinie

Mit der Elektrizitätsbinnenmarkt-RL¹³⁷¹ soll das Ziel erreicht werden, die Hindernisse für den Verkauf von Strom in der EU zu den gleichen Bedingungen und ohne Diskriminierung zu beseitigen.¹³⁷² Zu den Aufgaben der Mitgliedstaaten gehört u.a. die Festlegung der Kriterien für die Errichtung der Stromerzeugungsanlagen. Dabei steht es den Mitgliedstaaten frei, u.a. den Einspeisevorrang für Grünstrom zu begründen.¹³⁷³ Dieser Vorrang bezieht sich allerdings auf die Stromerzeugung im Allgemeinen und nicht auf ihre geografische Herkunft.¹³⁷⁴ Dennoch ist ein auf den inländischen Grünstrom beschränktes Förderinstrument mit der Elektrizitätsbinnenmarkt-RL vereinbar. Das Tor hierzu öffnet die EE-RL, die als *lex specialis* zu der Elektrizitätsbinnenmarkt-RL zu lesen ist.¹³⁷⁵ Danach können die Mitgliedstaaten frei entscheiden, in welchem Umfang sie die Marktöffnung für Strom aus dem europäischen Ausland vollziehen wollen.¹³⁷⁶

¹³⁶⁷ Art. 16 Abs. 2 lit. c EE-RL.

¹³⁶⁸ Siehe Seite 184 ff.

¹³⁶⁹ Bestimmte Ausnahmen und Erleichterungen im Hinblick auf den Netzzugang kleinerer Anlagen (siehe Seite 164 ff.) sind nicht ausreichend, um die Zweifel an der vollständigen und richtigen Umsetzung des Art. 16 Abs. 2 lit. c EE-RL auszuräumen. Die EE-RL führt in dieser Hinsicht keine Unterscheidung in Bezug auf Größe oder Technologie der EE-Anlagen ein. Die in der Fn. 1365 genannte Tabelle zu der Vereinbarkeit der nationalen Vorschriften mit den Bestimmungen der EE-RL führt lediglich die anwendbaren Vorschriften auf. Allein aus der Zitierung der anwendbaren Vorschriften lässt sich allerdings an vielen Stellen keine Begründung der Annahme der korrekten und vollständigen Umsetzung bestimmter Artikel der EE-RL herleiten, so z.B. in Bezug auf die Gewährleistung des Netzzugangs (Art. 16) oder die Reduzierung der bürokratischen Hürden (Art. 13).

¹³⁷⁰ Art. 13 EE-RL.

¹³⁷¹ Richtlinie 2009/72/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13.07.2009 über gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/54/EG ABl. L 211/55, Elektrizitätsbinnenmarkt-RL.

¹³⁷² Siehe Rn. 4 Elektrizitätsbinnenmarkt-RL.

¹³⁷³ Art. 25 Abs. 4 Elektrizitätsbinnenmarkt-RL.

¹³⁷⁴ Scholz, Rupert/Moensch, Christoph/Herz, Benjamin, Verfassungs- und europarechtliche Grundsatzfragen einer EEG-Reform, 1. Auflage 2014, S. 119 mit weiteren Nachweisen.

¹³⁷⁵ Altröck, Martin/Oschmann, Volker, in: Altröck, Martin/Oschmann, Volker/Theobald, Christian [Hrsg.], EEG. Kommentar, 4. Aufl. 2014, Rn. 114, mit weiteren Nachweisen.

¹³⁷⁶ Die Öffnung ist auch aus Sicht der Warenverkehrsfreiheit nicht erforderlich, vgl. Urt. des EuGH vom 01.07.2014 in der Sache Ålands Vindkraft, C-573/12. Ebenso wird eine Öffnung nach den Vorgaben der

3. Zusammenfassung

Es ist grundsätzlich von der Vereinbarkeit der polnischen Fördermodelle für Strom aus erneuerbaren Energien mit dem Primär- und Sekundärrecht der Europäischen Union auszugehen, zumindest mit dem Beihilferecht und der Warenverkehrsfreiheit sowie der Erneuerbare-Energien-Richtlinie und den Elektrizitätsbinnenmarkt-Richtlinien.

Die Autorin ist der Auffassung, dass die untersuchten Fördermodelle die Voraussetzungen des Beihilfebegriffs im Sinne von Art. 107 Abs. 1 AEUV nicht erfüllen, da keine Staatlichkeit der Finanzmittel, die im Rahmen der Fördermodelle an die berechtigten Anlagenbetreiber ausgezahlt werden, vorliegt. Die Fördermittel verlassen nicht den privaten Bereich und erfahren keinen beihilferechtswidrigen Eingriff der staatlichen Gewalt. Damit ist es unschädlich, dass weitere Voraussetzungen des Beihilfebegriffs erfüllt sind. Da bereits keine Beihilfe vorliegt, erübrigt sich die Prüfung einer möglichen Rechtfertigung der Zahlung. Die Rechtfertigungsebene kommt allerdings im Falle der Warenverkehrsfreiheit zum Tragen: Ein Verstoß gegen die Regelungen der Warenverkehrsfreiheit liegt zwar vor, wird jedoch mit dem Argument des Umweltschutzes durch die Fördermodelle gerechtfertigt.

Grundsätzlich geht die Autorin auch von der Vereinbarkeit der polnischen Fördermaßnahmen für Strom aus erneuerbaren Energien mit dem Sekundärrecht aus. Eine detaillierte Prüfung würde indessen über den Rahmen der vorliegenden Arbeit hinausreichen.

I. Rechtsvergleichende Betrachtung

In der Lehre wird aktuell stets rechtsvergleichend gearbeitet.¹³⁷⁷ Die Rechtsvergleichung dient insbesondere der Erkenntnis und als solche erweitert als solche die Diskursperspektive. Sie ermöglicht es, den Prozess der Entwicklung optimaler Modelle durch das Auffinden von zusätzlichen Angaben und Lösungsmöglichkeiten zu bereichern. Die Rechtsvergleichung kann demgemäß als Werkzeug für den Gesetzgeber dienen, eigene Vorstellungen zu revidieren und im Ausland eingesetzte Lösungen auf die nationalen Fragenkomplexe zu übertragen. Nichts anderes gilt für die Regelungen zu der Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien. Eine rechtsvergleichende Analyse kann ebenfalls eine weitere Aufgabe erfüllen. Eines der Ziele der vorliegenden Arbeit besteht darin, den mit den deutschen Fördermodellen für Strom aus erneuerbaren Energien vertrauten Lesern die Förderstrukturen für Grünstrom in Polen näherzubringen. Eine rechtsvergleichende Betrachtung mit einem Verweis auf diverse Ähnlichkeiten oder Unterschiede der beiden Förderregelungen unterstützt den Erkenntnisgewinn. Die potenziell am polnischen Grünstromerzeugungsmarkt interessierten deutschen Akteure erlangen ergänzende Informationen sowie Denkanstöße für eine bessere Einschätzung der Marktsituation im Nachbarland.

Energie- und Umweltbeihilfeleitlinien nicht verlangt. Allerdings kann durch die Verabschiedung der Energie- und Umweltbeihilfeleitlinien, die eine marktförmigere Ausgestaltung der Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien beabsichtigen und zu diesem Zweck die Ausschreibungsmodelle einführen, die mittelfristig europaweit funktionieren sollen, die Tendenz erkannt werden, den Handlungsspielraum der Mitgliedstaaten bezüglich der Beschränkung der Förderung auf nationale Grünstromerzeuger nicht über das europäische Sekundär-, sondern durch das Beihilferecht begrenzen zu wollen (*Glinski, Carola*, Kein Zwang zur Öffnung nationaler Fördersysteme für erneuerbare Energien zugunsten ausländischer Hersteller, EuR 2014, S. 567 (575)).

¹³⁷⁷ von Hoffmann, Bernd/Thorn, Karsten, Internationales Privatrecht einschließlich der Grundzüge des Internationalen Zivilverfahrensrechts, 8. Auflage 2005, S. 61.

I. Fördermodelle für Strom aus erneuerbaren Energien in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung des Ausschreibungsmodells

1. Allgemeine Fördergrundsätze nach den Regelungen des EEG 2017

In Deutschland basiert die Förderung für Strom aus erneuerbaren Energien auf einem zivilrechtlichen Mechanismus, dessen Grundlage das Erneuerbare-Energien-Gesetz, das sog. EEG,¹³⁷⁸ bildet. Grundsätzlich müssen die EE-Anlagen vorrangig an das Netz allgemeiner Versorgung angeschlossen werden, der erzeugte Strom darf vorrangig eingespeist und für jede erzeugte Kilowattstunde gefördert werden. Die Förderkosten werden bundesweit auf die Endverbraucher abgewälzt und über die EEG-Umlage refinanziert.¹³⁷⁹ Jahrelang war das Hauptfördermodell für Strom aus erneuerbaren Energien in Deutschland die Einspeisevergütung, mit welcher der Ausbau der Erneuerbaren Energien in Deutschland eine Erfolgsgeschichte geworden ist.¹³⁸⁰ Allerdings ist das EEG und das darin verankerte Fördermodell ungeachtet dieses Erfolgs an mehreren Fronten unter Druck geraten:¹³⁸¹ Die Kosten der Förderung der Grünstromerzeugung haben sich erhöht, es wurden Zweifel an der Vereinbarkeit des Fördermodells nach dem EEG mit europäischem Recht¹³⁸² und mit der Finanzverfassung¹³⁸³ geäußert und geprüft. Aus einem Spannungsfeld zwischen fortbestehendem Förderbedarf einerseits und einem kosteneffizienten und marktkonformen Ausbau andererseits¹³⁸⁴ ist in Deutschland der Bedarf nach einem Wechsel des Fördermodells erwachsen. In einem großen Konsens¹³⁸⁵ wurde erstmals der Grundstein für die Überleitung von dem bisherigen System der administrativ-politisch festgelegten Höhe der Förderung für Strom aus erneuerbaren Energien zum Ausschreibungsmodell gelegt.¹³⁸⁶ Damit wurde den

¹³⁷⁸ Das Kerngesetz zur Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien wurde im Laufe der Zeit mehrmals umgewandelt: Das Gesetz über die Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien in das öffentliche Stromnetz (Stromeinspeisungsgesetz) vom 07.12.1990 (BGBl. 1990, 2366) wurde ersetzt durch das Gesetz über den Vorrang Erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG) sowie zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes und des Mineralölsteuergesetzes vom 29.03.2000 (BGBl. 2000, 301) – sog. EEG 2000; anschließend wurde das Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG) vom 21.07.2004 (BGBl. 2008, 2074), das sog. EEG 2004 verabschiedet, gefolgt von dem Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG) vom 25.10.2008 (BGBl. 2008, 2074) – sog. EEG-2009, das durch das Gesetz vom 28.07.2011 (BGBl. 2011, 1634) – sog. EEG 2012 zuletzt geändert wurde, und dieses wiederum zuletzt durch das Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG 2014) vom 21.07.2014 (BGBl. 2014, 1066) – sog. EEG 2014 ersetzt; dieses wurde anschließend durch das Gesetz vom 22.12.2016 (BGBl. 2016, 3106) – sog. EEG 2017 – geändert.

¹³⁷⁹ *Wustlich, Guido*, Grundlegend neu – aber auch grundlegend anders?, NVwZ 2014, S. 113.

¹³⁸⁰ *Kohls, Malte/Wustlich, Guido*, Die Pilotausschreibungen für Photovoltaikanlagen. Eine Einführung in die Freiflächenausschreibungsverordnung. NVwZ 2015, S. 313; anders in Bezug auf Deutschland und die EU *Ekardt, Felix*, Jahrhundertaufgabe Energiewende. Ein Handbuch, 1. Auflage 2014, S. 31 ff.

¹³⁸¹ *Wustlich, Guido*, Grundlegend neu – aber auch grundlegend anders?, NVwZ 2014, 113.

¹³⁸² Die Europäische Kommission hat am 18.12.2013 gegen Deutschland ein Hauptprüfverfahren nach Art. 108 Abs. 2 AEUV zur Überprüfung der Vereinbarkeit des EEG mit dem europäischen Beihilferecht eingeleitet, ABl. EU C 37 vom 07.02.2014, S. 73. Außerdem wurde die Vereinbarkeit der Regelung zu der Begrenzung der Förderung auf Anlagen mit einem Standort in Deutschland mit bezweifelt (Art. 34 AEUV).

¹³⁸³ Bezweifelt wurde insbesondere, dass das EEG eine unzulässige Sonderabgabe regelt. Die Zweifel hat die Entscheidung des BGH vom 25. Juni 2014 (Az.: VIII ZR 169/13) beseitigt.

¹³⁸⁴ *Kohls, Malte/Wustlich, Guido*, Die Pilot-Ausschreibung für Photovoltaikanlagen. Eine Einführung in die Freiflächenausschreibungsverordnung, NVwZ 2015, S. 313.

¹³⁸⁵ Eckpunktepapier des BMWi vom 8. Dezember 2015, S. 1.

¹³⁸⁶ *Wustlich, Guido*, Grundlegend neu – aber auch grundlegend anders?, NVwZ 2014, S. 120.

Vorschlägen der Fortsetzung der Förderung über die Einspeisevergütung oder des Wechsels in das Quotenmodell (erst einmal) eine Absage erteilt.¹³⁸⁷ Um das Risiko von Fehlsteuerungen bei dem Wechsel des Förderungsmodells zu minimieren, ging der Systemumstellung eine Pilotphase voran, in der die Vorgaben der neuen Förderregeln am Beispiel der PV-Freiflächenanlagen erprobt werden sollten.¹³⁸⁸ Die Erfahrungen dieser zweijährigen (2015 und 2016) Pilotphase sollten bei der Erstellung der neuen Vorgaben für die Förderung des Stroms aus erneuerbaren Energien bezüglich aller Technologien berücksichtigt werden.¹³⁸⁹ Wegen der Umsetzungsfrist von 2 Jahren bis zur Inbetriebnahme kann zu dem in dieser Arbeit angenommenen Stichtag zur Realisierungsquote keine abschließende Einschätzung getroffen werden.¹³⁹⁰ Es lässt sich allerdings feststellen, dass Ausschreibungen mit ihrer wettbewerblichen Ermittlung der Vergütungshöhe zwar zur Marktintegration von erneuerbaren Energien beitragen können, jedoch die Ziele des Fördersystemwechsels (wie eine verbesserte Mengensteuerung oder eine Senkung der Förderkosten) keineswegs Selbstläufer sind.¹³⁹¹

¹³⁸⁷ BT-Drs. 18/2939, S. 2. Soweit es zu dem bestehenden System der staatlich festgelegten Förderhöhe für die erneuerbaren Energien mit den Ausschreibungsmodellen eine Alternative gibt, sah das EEG 2014 vor, dass diese Alternative erprobt (§ 53) und evaluiert (§ 95) werden sollte. Weitere Alternativen (z.B. die Einführung eines Quotenmodells oder einer technologieutralen Förderung) wurden geprüft, aber gerade im Hinblick auf Ziel, Zweck und Grundsätze des EEG 2014 (§§ 1, 2) verworfen (BT-Drs. 18/1304, S. 89).

¹³⁸⁸ Die Ausgestaltung der Pilot-Ausschreibungen für PV-Freiflächenanlagen wurde auf diverse Rechtsakte verteilt. Die Grundzüge beschrieb das EEG-2014. Dieses gab das politische Ziel der Umstellung des Fördermodells auf Ausschreibungen vor und verpflichtet die Bundesnetzagentur, nach dem Ablauf einer kurzen Übergangsfrist die Höhe der Förderung für Freiflächenanlagen durch Ausschreibungen zu ermitteln (§ 55 EEG-2014). Näheres beschreibt die Freiflächenausschreibungsverordnung, die aufgrund der Verordnungsermächtigung in § 88 EEG-2014 erlassen wurde: Verordnung zur Ausschreibung der finanziellen Förderung für Freiflächenanlagen (Freiflächenausschreibungsverordnung – FFAV) vom 06.02.2015 (BGBl. I S. 108), außer Kraft seit 01.01.2017. Einschlägig waren auch die Anlagenregisterverordnung, die u.a. Meldung der PV-Anlagen und ihre Genehmigungen in dem durch die Bundesnetzagentur geführten Anlagenregister regelte (Verordnung über ein Register für Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien und Grubengas (Anlagenregisterverordnung - AnlRegV) vom 01.08.2014 (BGBl. I S. 1320) mit weiteren Änderungen) sowie die Freiflächenausschreibungsgebührenverordnung, die das Ausschreibungsdesign für PV-Freiflächenanlagen bestimmte (Verordnung über Gebühren und Auslagen der Bundesnetzagentur im Zusammenhang mit der Freiflächenausschreibungsverordnung (Freiflächenausschreibungsgebührenverordnung - FFAGebV) vom 06.02.2015 (BGBl. I S. 108, 120)).

¹³⁸⁹ Die Ergebnisse der Pilotphase für die PV-Freiflächenanlagen können für die Ausgestaltung des Ausschreibungsdesigns für andere Technologien wegen des abweichenden Zeitrahmens und der abweichenden Voraussetzungen der Projektrealisierung nur bedingt ausschlaggebend sein, siehe z.B. *Lehnert, Wieland*, Direktvermarktung und Netzintegration von Strom aus erneuerbaren Energien im EEG 2014: Gesetzliche Vorgaben und Rechtspraxis, ZUR 2015, S. 277 (278). Zu den Einzelheiten der Ausgestaltung des Ausschreibungsverfahrens unter der FFAV sowie zur Einbettung der FFAV in das höherrangige Recht siehe z.B. *Kohls, Malte/Wustlich, Guido*, Eine Einführung in die Freiflächenausschreibungsverordnung, NVwZ 2015, S. 313 ff. oder *Stelter, Christian*, Die Freiflächenausschreibungsverordnung. Pilotprojekt für die zukünftige Förderung der Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien, EnWZ 2015, S. 147 ff.

¹³⁹⁰ Ausschreibungsbericht nach § 99 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG 2014), Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, S. 9. Danach gingen die Projektentwickler laut einer telefonischen Umfrage von einer Realisierungsrate von 75 % aus, was deutlich über den Werten von PV-Ausschreibungen im Ausland liege.

¹³⁹¹ *Gawel, Erik/Purkus, Alexandra/Bruttel, Franziska*, Auktionen als Förderinstrument für erneuerbare Energien. Erfahrungen mit den Ausschreibungsrunden 2015 nach FFAV und Implikationen für die Weiterentwicklung im EEG 3.0, EnWZ 2016, S. 153 (158). Die Bundesnetzagentur hat in ihrem Erfahrungsbericht diverse Verbesserungsvorschläge dargestellt, die auf eine weitere Vereinfachung des Verfahrens abzielen. Bundesnetzagentur Bericht Pilotausschreibungen zur Ermittlung der Förderhöhe für

Die durch das EEG 2014 eingeleitete Umstellung¹³⁹² des Fördermodells für Strom aus erneuerbaren Energien auf Ausschreibungen wurde durch die weitere EEG-Novelle umgesetzt.¹³⁹³ Das Ausschreibungsdesign des EEG 2017 ist durch drei Leitgedanken geprägt: Einhaltung des Ausbaukorridors für erneuerbare Energien, Geringhaltung der Kosten des EEG und Gewährleistung der Akteursvielfalt.¹³⁹⁴ Für Anlagen in drei Technologien, die als Volumensträger der Energiewende bezeichnet werden¹³⁹⁵ (PV, Wind an Land und Wind auf See), sowie für Biomasseanlagen¹³⁹⁶ hat der Gesetzgeber die Idee verfolgt, ein eigenes, „wie ein Maßanzug“ zugeschnittenes¹³⁹⁷ Ausschreibungsdesign festzulegen, welches diverse Gemeinsamkeiten aufweist. Für die weiteren grünen Technologien sowie Anlagen, die durch das Ausschreibungsmodell nicht erfasst sind, wird die Förderung grundsätzlich nach dem im EEG 2014 verankerten Prinzip fortgeführt: Die Grünstromerzeuger vermarkten den Strom direkt und erhalten einen Anspruch auf die Auszahlung einer Förderung, wobei in mehreren Fällen die Förderung über das Einspeisungsmodell erfolgt. Die Reform sieht zudem eine Öffnung von 5 % der jährlichen Ausschreibungsmenge für die Teilnahme von Anlagen in anderen Mitgliedstaaten vor.¹³⁹⁸

1) Ausbauziele für erneuerbare Energien in Deutschland

Die Analyse der (festgelegten), noch zu erreichenden Ausbauziele kann einen Überblick über die voraussichtlich zu erwartenden Anstrengungen des Ausschreibers für die Unterstützung der grünen Stromerzeugung verschaffen.¹³⁹⁹ Das aktuell in Deutschland geltende EEG, das EEG 2017, verfolgt weiter die durch das EEG 2014 festgelegten ambitionierten Ziele für den Ausbau der erneuerbaren Energien. Demnach soll der Anteil des aus erneuerbaren Energien erzeugten Stroms am Bruttostromverbrauch bis zum Jahr 2025 40 bis 45 % und bis zum Jahr 2035 55 bis 60 % betragen und bis zum Jahr 2050 auf mindestens 80 % steigen.¹⁴⁰⁰ Im

Photovoltaik-Freiflächenanlagen, 13.01.2016, S. 17 f.; darunter nennt die Bundesnetzagentur die Erhöhung der auszuschreibenden Menge, um im Ausschreibungsvolumen einen Puffer (z.B. 20 %) für die Nichtrealisierung vorzusehen, oder die Reduzierung der einzureichenden Unterlagen. In seiner Auswertung stellte das Bundeswirtschaftsministerium auch fest, dass nach internationalen Erfahrungen die Ausschreibungen dann erfolgreich sind, wenn das konkrete Ausschreibungsdesign zu den lokalen Gegebenheiten und Marktstrukturen passt und ausreichend Wettbewerb erzeugt wird, Ausschreibungsbericht nach § 99 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG 2014), Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, S. 11.

¹³⁹² Die Einführung der Ausschreibungen wurde eines der Kernelemente des Koalitionsvertrags für die 18. Legislaturperiode von CDU, CSU und SPD (siehe auch die Begründung zum EEG 2017, S. 110).

¹³⁹³ Eckpunktepapier des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie vom 08.12.2015, S. 1.

¹³⁹⁴ Gesetzesbegründung zum EEG 2017, S. 110.

¹³⁹⁵ Referentenentwurf vom 14.04.2016, S. 2.

¹³⁹⁶ Die Biomasse wurde erst einmal in den Plänen der Systemumstellung nicht berücksichtigt, Eckpunktepapier des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie vom 31.07.2015, S. 2.

¹³⁹⁷ Eckpunktepapier des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie vom 08.12.2015, S. 2 ff.

¹³⁹⁸ Verordnungsermächtigung nach § 88a EEG 2017 und aufgrund dessen erlassene Verordnung zur grenzüberschreitenden Ausschreibung von Zahlungen für Strom aus erneuerbaren Energien (Grenzüberschreitende-Erneuerbare-Energien-Verordnung-GEEV) vom 11.06.2016, BGBl. I S. 1629 mit weiteren Änderungen (§ 43 Abs. 2 Nr. 2 lit. a GEEV).

¹³⁹⁹ Jenseits der Fragen der faktischen Machbarkeit der Erreichung dieser Ziele, der (europarechtlichen) Rechtmäßigkeit der Maßnahmen, des politischen Umfelds, der Einsatzfähigkeit der Akteure.

¹⁴⁰⁰ § 4 EEG 2017.

Rahmen dieser Ziele ist für bestimmte Technologien die Realisierung von gesetzlich festgelegten Ausbaupfaden vorgesehen.¹⁴⁰¹

2) Allgemeine Förderungsbedingungen

Nach dem EEG 2017 wird grundsätzlich die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien gefördert.¹⁴⁰² Das Fördermodell basiert auf gesetzlich festgeschriebenen Kernelementen, zu denen insbesondere gehören: der Anspruch des Erzeugers auf unverzüglichen vorrangigen Netzanschluss an die Netze allgemeiner Versorgung,¹⁴⁰³ die Pflicht der Netzbetreiber zur unverzüglichen vorrangigen Abnahme, Übertragung und Verteilung des Grünstroms¹⁴⁰⁴ (einschließlich der Pflicht zum Netzausbau),¹⁴⁰⁵ die Gewährleistung einer in der Regel 20-jährigen Vergütung¹⁴⁰⁶ sowie der bundesweite Ausgleich des abgenommenen Stroms und der gezahlten Förderung.¹⁴⁰⁷ Um in den Genuss der Förderung zu kommen, müssen die Anlagenbetreiber die vorgeschriebenen Förderanspruchsvoraussetzungen erfüllen. Beispielsweise sind hier die Eintragung in das Anlagenregister,¹⁴⁰⁸ die Gewährleistung der Fernsteuerbarkeit¹⁴⁰⁹ der Anlagen und die Erfüllung einer Reihe von Nachweis- und Informationspflichten¹⁴¹⁰ zu nennen.

Die Förderung erhält der Anlagenbetreiber (nach der Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen) für die erzeugten und eingespeisten Strommengen. Ihm stehen vier Formen des Stromverkaufs zur Verfügung:¹⁴¹¹ Direktvermarktung mit Marktprämie, nicht geförderte Direktvermarktung sowie zwei Arten der Einspeisevergütung (in bestimmten Fällen als Regelfall, in weiteren Fällen als eine Art von Notfalloption). Die Direktvermarktung (ob gefördert oder nicht) ist der Regelfall¹⁴¹² der Veräußerungsformen und für die betroffenen Anlagen grundsätzlich verpflichtend.¹⁴¹³ Nur bei der Erfüllung bestimmter gesetzlich vorgesehener Voraussetzungen kann der Anlagenbetreiber auf andere Veräußerungs- bzw. Förderungsformen ausweichen. Hinsichtlich der anfallenden Förderbeträge hat der Anlagen-

¹⁴⁰¹ § 4 EEG 2017: Windenergie an Land: Zubau von 2.800 MW (brutto) in den Jahren 2017 bis 2019 und 2 900 MW (brutto) ab dem Jahr 2020; Windenergie auf See Steigerung auf 6 500 MW bis 2020 und auf 15 000 MW bis 2030; PV: Zubau von 2 500 MW (brutto) pro Jahr; Biomasse: Zubau von 150 MW (brutto) in den Jahren 2017 bis 2019 und 200 MW (brutto) in den Jahren 2020 bis 2022.

¹⁴⁰² Für die Biomasse hat der Gesetzgeber auch eine Förderung für die Bereitstellung der Kapazität eingeführt, §§ 50 ff. EEG 2017.

¹⁴⁰³ § 8 EEG 2017.

¹⁴⁰⁴ § 11 EEG 2017.

¹⁴⁰⁵ § 12 EEG 2017.

¹⁴⁰⁶ § 25 EEG 2017, plus das Inbetriebnahmejahr, für das die Höhe des anzusetzenden Werts durch die Ausschreibung ermittelt wird.

¹⁴⁰⁷ § 56 ff. EEG 2017; siehe *Ohms, Martin J.*, Recht der Erneuerbaren Energien, C.H. Beck 2014, Rn. 413.

¹⁴⁰⁸ § 6 EEG 2017 und die Verordnung über ein Register für Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien und Grubengas (Anlagenregisterverordnung – AnlRegV) vom 01.08.2014, BGBl. I, 1320 mit weiteren Änderungen.

¹⁴⁰⁹ § 20 Abs. 1 Nr. 3 EEG 2017.

¹⁴¹⁰ Z.B. Führung eines Einsatzstoff-Tagebuchs im Falle der Inanspruchnahme der Förderung für Strom aus Biomasse, Mitteilungspflichten gegenüber den Netzbetreibern, §§ 70 ff. EEG 2017.

¹⁴¹¹ § 19 EEG 2017.

¹⁴¹² BR-Drs. 157/14, S. 159.

¹⁴¹³ § 2 Abs. 2 EEG 2017.

betreiber gegen den zuständigen Netzbetreiber einen Anspruch auf Zahlung entsprechender monatlicher Abschläge.¹⁴¹⁴

3) Direktvermarktung

a. Begriff der Direktvermarktung

Die Direktvermarktung soll als Instrument einer besseren Integration der erneuerbaren Energien in den Markt dienen.¹⁴¹⁵ Sie bedeutet die Veräußerung von Strom aus erneuerbaren Energien oder aus Grubengas an Dritte, es sei denn, der Strom wird in unmittelbarer räumlicher Nähe zur Anlage verbraucht und nicht durch ein Netz geleitet.¹⁴¹⁶ Möglich ist die Teilnahme an der Direktvermarktung in zwei Ausprägungen dieser Veräußerungsform: mit und ohne Bezug einer Marktprämie.

In der Regel können die Anlagenbetreiber für Strom aus erneuerbaren Energien und Grubengas, den sie direkt vermarkten, tatsächlich einspeisen und der durch einen Dritten abgenommen wird, von dem Netzbetreiber eine Marktprämie verlangen.¹⁴¹⁷ Die Prämie stellt einen Aufschlag auf den erzielten Vermarktungserlös dar.¹⁴¹⁸ Sie wird durch Subtraktion des Monatsmarktwerts des Stroms von dem sog. anzulegenden Wert der betroffenen Anlage ermittelt.¹⁴¹⁹ Der Monatsmarktwert berechnet sich bei Strom aus steuerbaren Energiequellen als Monatsmittelwert der Stundenkontrakte für die Preiszone Deutschland/Österreich am Spotmarkt der EPEX Spot SE. Für den Strom aus fluktuativen Energiequellen ist dementsprechend der Monatsmittelwert des Marktwerts von Wind- oder PV-Strom am Spotmarkt der EPEX Spot SE maßgebend. Unter dem anzulegenden Wert ist ein für die einzelnen Technologien jeweils zugrunde zu legender Betrag zu verstehen.¹⁴²⁰

Neben der geförderten Direktvermarktung ist die Inanspruchnahme einer sog. sonstigen Direktvermarktung möglich.¹⁴²¹ Diese kann der Anlagenbetreiber dann verlangen, wenn die Voraussetzungen aus der Definition der Direktvermarktung zwar erfüllt sind, die Marktprämie allerdings nicht in Anspruch genommen werden kann. Der Vorteil für den Anlagenbetreiber besteht darin, dass er weiterhin von den anderen Privilegien des Förderregimes profitieren kann.

¹⁴¹⁴ § 23b EEG 2017.

¹⁴¹⁵ § 2 Abs. 2 EEG 2017. Zu Fördersystematik und Direktvermarktung (EEG 2014) siehe z.B. *Herz, Steffen/Valentin, Florian*, Ein Überblick über den neuen Rechtsrahmen und die verschiedenen Optionen für die Vermarktung von Strom aus Erneuerbaren Energien, *EnWZ* 2014, S. 358 ff. sowie *Schäfer-Stradovsky, Simon/Doderer, Hannes*, Rechtlicher Überblick: Was hat sich 2016 für die nachhaltige Stromerzeugung geändert?, *EnWZ*, 2017, S. 153 ff.

¹⁴¹⁶ § 3 Nr. 16 EEG 2017.

¹⁴¹⁷ § 19 Abs. 1 Nr. 1 EEG 2017.

¹⁴¹⁸ Für den Stromverkauf ist der Anlagenbetreiber selbst verantwortlich, kann sich allerdings der Hilfe von Direktvermarktungsunternehmen bedienen. Je besser der Verkauf gelingt, desto höhere Gesamterlöse kann der Anlagenbetreiber erzielen.

¹⁴¹⁹ § 23 f. EEG 2017.

¹⁴²⁰ § 3 Nr. 3 EEG 2017. In bestimmten Fällen kann die Höhe des anzulegenden Werts verringert werden, z.B. bei negativen Strombörsenpreisen, der Inanspruchnahme einer Einspeisevergütung, einer Stromsteuerbefreiung oder bei diversen Pflichtverstößen, siehe § 23 EEG 2017.

¹⁴²¹ § 21a EEG 2017.

b. Ermittlung der Höhe des anzulegenden Werts

Die Höhe des anzulegenden Werts, welche die Grundlage für die Berechnung der Marktprämie bildet, wird auf zwei Wegen ermittelt: über gesetzlich festgelegte Werte oder im Rahmen eines wettbewerblichen Ausschreibungsverfahrens. Die Zuordnung zu dem jeweiligen Modell richtet sich in aller Regel nach der Technologie, in der die jeweilige Anlage betrieben wird, sowie nach der Größe der Anlage.

Das Ausschreibungsverfahren ist auf 4 Technologien zur grünen Stromerzeugung anzuwenden: Onshore, Offshore, PV und Biomasse. In Bezug auf die weiteren Technologien zur Erzeugung von Grünstrom hat der Gesetzgeber die Wettbewerbssituation als zu gering eingeschätzt, um Ausschreibungen sinnvoll durchführen zu können.¹⁴²² Das Ausschreibungsverfahren ist jedoch nur auf die Anlagen, die in den durch dieses erfassten Technologien betrieben werden, anzuwenden, soweit hinsichtlich der Größe gewisse Grenzen überschritten werden. Für die Biomasseanlagen liegt die Mindestgrenze bei 150 kW und für die weiteren Technologien bei 750 kW installierter Leistung.¹⁴²³ Für Solaranlagen und für Biomasseanlagen wurde eine maximale installierte Leistung eingeführt, die entsprechend 10 MW bzw. 20 MW installierter Leistung beträgt. Anlagen, welche die Mindestgröße unterschreiten, fallen unter die Regeln der Einspeisevergütung.

Der Gesetzgeber regelt ebenfalls den zeitlichen Anwendungsbereich der Förderumstellung. Das EEG 2017 ist am 1. Januar 2017 in Kraft getreten.¹⁴²⁴ Ab diesem Datum ist auch die Umstellung des Fördersystems für die genannten Technologien vollzogen worden. Allerdings werden die Ausschreibungen für Windenergieanlagen auf See erst ab dem Jahr 2021 eingeführt.¹⁴²⁵

Für Anlagen, bei denen der anzulegende Wert nicht über Ausschreibungen ermittelt wird, legt das EEG 2017 den anzulegenden Wert fest. Dieser Wert dient als Grundlage entweder für die Berechnung der Marktprämie oder für die Ermittlung der Höhe der Einspeisetarife.

4) Bundesweiter Wälzungsmechanismus

Die Kosten der Förderung der Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien werden im Rahmen eines bundesweiten Belastungsausgleichs auf die Endverbraucher abgewälzt. Vereinfacht dargestellt, wird der eingespeiste Grünstrom durch die Verteilernetzbetreiber¹⁴²⁶ entgegengenommen und vergütet sowie anschließend an die Übertragungsnetzbetreiber verkauft. Die Übertragungsnetzbetreiber verkaufen die vergüteten Strommengen an der Strombörse zum Börsenpreis. Die Erlöse werden auf ein EEG-Konto gebucht und mit den geleisteten EE-Förderbeiträgen saldiert. Die Differenz aus Einnahmen und Ausgaben wird im

¹⁴²² Gesetzesentwurf der Bundesregierung. Entwurf eines Gesetzes zur Einführung von Ausschreibungen für Strom aus erneuerbaren Energien und zu weiteren Änderungen des Rechts der erneuerbaren Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG 2017), S. 2.

¹⁴²³ § 30 Abs. 2 EEG 2017.

¹⁴²⁴ Art. 23 des Gesetzes zur Einführung von Ausschreibungen für Strom aus erneuerbaren Energien und zu weiteren Änderungen des Rechts der erneuerbaren Energien vom 13.10.2016, BGBl I S. 2258.

¹⁴²⁵ Siehe Seite 245.

¹⁴²⁶ Bei entsprechend großen Anlagen durch die Übertragungsnetzbetreiber.

Rahmen eines bundesweiten EEG-Aufschlags auf den gesamten Stromverbrauch umgelegt. Auf diese Weise wird eine bundesweite EEG-Umlage je kWh errechnet.¹⁴²⁷

Für bestimmte stromintensive Unternehmen und Schienenbahnen sieht das EEG 2017 eine besondere Ausgleichsregelung¹⁴²⁸ vor, die den privilegierten Unternehmen erlaubt, sich auf Antrag nur anteilig an der EEG-Umlage zu beteiligen. Je nachdem, zu welcher der gelisteten Branchen das jeweilige Unternehmen gehört, muss es eine bestimmte Stromintensität aufweisen, um in den Genuss der Befreiungsregelung zu kommen. Auch in weiteren Fällen besteht die Möglichkeit einer (teilweisen) Befreiung von der EEG-Umlage (z.B. Eigenverbrauch¹⁴²⁹).

2. Fördermodelleregulungen für Strom aus erneuerbaren Energien im deutschen Recht

Die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien in Deutschland wird durch zwei Modelle gefördert: Ausschreibungen und Einspeisevergütung. Über welches Modell die jeweilige EE-Anlage unterstützt wird, hängt von ihrer Größe sowie von der Technologie ab, in welcher der Strom erzeugt wird.

1) Ausschreibungsmodell

Nach der Testphase der FFAV, in welcher die Ausgestaltung der Ausschreibungen für PV-Freiflächenanlagen erprobt worden ist, führt der Gesetzgeber mit dem EEG 2017 für bestimmte weitere EE-Anlagen die Ausschreibungen als obligatorische Methode der Ermittlung der Förderhöhe ein. Für jegliche durch das neue Modell erfassten Anlagen bestimmt der Gesetzgeber vorab ein gemeinsames regulatorisches Gerüst, das anschließend technologiespezifisch modifiziert wird.

a. Allgemeine rechtliche Rahmenbedingungen des Ausschreibungsmodells

a) Ausschreibungsgegenstand und Ausschreibungsvolumen

Das Ausschreibungsvolumen wird unterschiedlich für jede der ausgeschriebenen Technologien festgelegt und auf die für das jeweilige Jahr vorgesehenen Gebotsrunden verteilt.¹⁴³⁰ Für Solaranlagen beträgt das Volumen grundsätzlich 2 500 MW jährlich. Für Windenergieanlagen auf See beträgt das Ausschreibungsvolumen 6 500 MW im Jahr 2020 und 15 000 MW im Jahr 2030.¹⁴³¹ Das für Windenergie an Land zur Verfügung stehende Ausschreibungsvolumen beträgt grundsätzlich von 2 800 MW (in den Jahren 2017 bis 2019) bis zu 2 900 MW (ab dem Jahr 2020). Für die Biomasseanlagen wird jährlich ein

¹⁴²⁷ Siehe z. B. BDEW, Informationen zur Systematik der EEG-Umlage und ihre Entwicklung, Oktober 2014, S. 2. Der Wälzungsmechanismus basiert grundsätzlich auf der Verordnung zum EEG-Ausgleichsmechanismus (Ausgleichsmechanismusverordnung – AusglMechV) vom 17.02.2015, BGBl. I S. 146.

¹⁴²⁸ §§ 63 ff. EEG 2017.

¹⁴²⁹ §§ 61 ff. EEG 2017.

¹⁴³⁰ § 4 EEG 2017, § 28 EEG 2017.

¹⁴³¹ Die Hauptregelungen zu der Förderung von Windenergie auf See wurden in das Gesetz zur Entwicklung und Förderung der Windenergie auf See vom 13.10.2016, BGBl. I S. 2258, 2310 mit späteren Änderungen (Windenergie-auf-See-Gesetz, WindSeeG) ausgegliedert.

Ausschreibungsvolumen von 150 MW (für die Jahre 2017 bis 2019) festgelegt, welches sodann auf 200 MW steigt (für die Jahre 2020 bis 2022).¹⁴³²

b) Begünstigte

Zu der Teilnahme an Ausschreibungen sind grundsätzlich die im Zeitpunkt des Gebotstermins nicht in Betrieb genommenen Neuanlagen in vier Technologien zugelassen: Wind an Land, Wind auf See, Photovoltaik und Biomasse. Lediglich im Falle von Biomasse ist die Teilnahme von Bestandsanlagen möglich. Damit soll insbesondere den effizienten bestehenden Biomasseanlagen eine wirtschaftliche Anschlussperspektive geboten werden.¹⁴³³ Neben den technologiespezifischen Festlegungen des Kreises der zu der Teilnahme an Ausschreibungen zugelassenen Stromerzeuger trifft das OZE-G anlagengrößenbezogene Vorgaben, sodass nicht jede Anlage der jeweiligen Technologie sich an dem Ausschreibungsmodell beteiligen kann bzw. muss (siehe dazu unten).

c) Teilnahmevoraussetzungen

Zu der Teilnahme an einer Ausschreibungsrunde können lediglich die Anlagen zugelassen werden, welche die gesetzlich festgelegten Voraussetzungen erfüllen. Bei den Teilnahmevoraussetzungen sind grundsätzlich zwei Arten zu nennen: die materiellen Präqualifikationsanforderungen, mit denen ein bestimmtes Realisierungsstadium des grünen Projekts nachgewiesen werden soll, und die finanziellen Voraussetzungen, also die Erbringung einer finanziellen Sicherheit. Die konkreten Vorgaben und die einzureichenden Unterlagen variieren von einer sog. späten Ausschreibung im Falle der Windkraftanlagen, bei der die Bundesmissionsschutzgenehmigung bereits vor der Ausschreibungsrunde vorzulegen ist, bis hin zu vergleichsweise wenig umfangreichen Anforderungen hinsichtlich der PV-Projekte. Die Spezifika der Entwicklung von Offshore-Projekten erfordern die Vorlage von besonderen Unterlagen.

Zusätzlich zu den materiellen Präqualifikationsanforderungen müssen die Bieter bis zum jeweiligen Gebotstermin eine Sicherheit in Form einer Bürgschaft eines Kreditinstituts oder eines Kreditversicherers oder in Form einer Einzahlung auf das Verwahrkonto der Bundesnetzagentur leisten.¹⁴³⁴ Die Höhe der Sicherheit wird ebenso technologiespezifisch bestimmt und teilweise in Erst- und Zweitsicherheit unterteilt.¹⁴³⁵

¹⁴³² Das Ausschreibungsvolumen für den jeweiligen Energieträger in einer bestimmten Runde verringert sich im jeweiligen Kalenderjahr um eine bestimmte Menge der installierten Leistung, wenn die entsprechenden rechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind, z.B. um die Mengen, die im vorangegangenen Kalenderjahr bezüglich Anlagen aus dem europäischen Ausland bezuschlagt wurden. Eine Erhöhung des Ausschreibungsvolumens des nächsten Gebotstermins erfolgt grundsätzlich um die Mengen, die in der früheren Ausschreibungsrunde nicht durch Zuschläge ausgeschöpft wurden. Das EEG 2017 verzichtet auf das in der FFAV getestete Nachrückverfahren und entspricht damit der Empfehlung der BNetzA, dieses Verfahren als eine der Ursachen für eine starke Verzögerung des Ausschreibungsverfahrens abzuschaffen.

¹⁴³³ Gesetzesbegründung, S. 178.

¹⁴³⁴ § 31 EEG 2017.

¹⁴³⁵ 30 EUR/kW installierter Leistung für Windkraft an Land (§ 36a EEG 2017), 50 EUR/kW installierter Leistung der PV-Anlagen (§ 37a EEG 2017), 60 EUR/kW installierter Leistung von Biomasse-Anlagen (§ 39a EEG 2017), 200 EUR/kW installierter Leistung von Offshore-Anlagen (§ 21 WindSeeG).

d) Gebotsverfahren

Die Ausschreibungsrunden gibt die Bundesnetzagentur frühestens acht und spätestens fünf Wochen vor dem jeweiligen Gebotstermin bekannt.¹⁴³⁶ Die Gebotstermine sind allerdings im EEG 2017 fest vorgeschrieben. Der Inhalt der Gebote wird durch das EEG 2017 bestimmt.¹⁴³⁷ Der jeweilige Bieter hat das Recht, gleichzeitig mehrere Gebote abzugeben, jedoch müssen sich die Gebote auf unterschiedliche Anlagen beziehen. Die Gebote sind der Bundesnetzagentur schriftlich zu übersenden.¹⁴³⁸ Das EEG 2017 gibt der Bundesnetzagentur die Möglichkeit, ganz oder teilweise zu einem elektronischen Verfahren zu wechseln. In bestimmten gesetzlich vorgesehenen Fällen hat die Bundesnetzagentur die Möglichkeit, Gebote¹⁴³⁹ oder Bieter¹⁴⁴⁰ auszuschließen.

Nach dem Gebotstermin öffnet die Bundesnetzagentur die eingegangenen Gebote, prüft ihre Zulässigkeit und sortiert sie aufsteigend nach dem jeweiligen Gebotswert, im Falle desselben Gebotswerts aufsteigend nach der jeweiligen Gebotsmenge.¹⁴⁴¹ Falls die Gebotswerte und Gebotsmengen gleich sind, entscheidet das Los. Bezuschlagt werden die Gebote mit den niedrigsten Vergütungssätzen, bis das ausgeschriebene Volumen gedeckt ist.¹⁴⁴² Der Zuschlagswert entspricht grundsätzlich dem Gebotswert (sog. pay-as-bid). Im Falle von Bürgerwindparks¹⁴⁴³ und Bestandsbiogasanlagen¹⁴⁴⁴ entspricht der Zuschlag dem höchsten noch bezuschlagten Gebot desselben Gebotstermins (sog. uniform-pricing). Der Zuschlagswert entspricht (unabhängig von dem Gebotswert, zu dem der Zuschlag erteilt worden ist) dem anzulegenden Wert, der über die Höhe der finanziellen Förderung entscheidet (für Onshore-Anlagen wird die Förderhöhe ausnahmsweise unter Anwendung eines gesetzlich festgelegten Korrekturfaktors angepasst).

Der erteilte Zuschlag kann in bestimmten Fällen entwertet werden.¹⁴⁴⁵

Die maximale Höhe der möglichen Gebote ist begrenzt. Die Höchstgrenzen werden für jede Technologie individuell eingeführt. Eine Mindesthöhe der Gebote ist nicht vorgesehen.

a) Förderberechtigung und Förderanspruch

Der Zuschlag in der Ausschreibungsrunde berechtigt den Anlagenbetreiber zur Inanspruchnahme der finanziellen Förderung in der gesetzlich festgelegten Form: Die ersteigerte Höhe der Förderung wird im Rahmen der Direktvermarktung in Bezug auf den anzulegenden Wert

¹⁴³⁶ § 29 EEG 2017.

¹⁴³⁷ § 30 EEG 2017.

¹⁴³⁸ § 30a EEG 2017.

¹⁴³⁹ § 33 EEG 2017, z.B. wenn ein begründeter Verdacht besteht, dass auf den in dem Gebot angegebenen Flurstücken bereits eine Anlage in Betrieb genommen worden ist, oder wenn die angegebenen Flurstücke mit Flurstücken, die in einem anderem Gebot angegeben wurden, übereinstimmen.

¹⁴⁴⁰ § 34 EEG 2017, z.B. wenn der Bieter mit anderen Bietern Absprachen über die Gebotswerte getroffen hat oder wenn die Gebotsmengen mehrerer Zuschläge eines Bieters aus mindestens zwei vorangegangenen Ausschreibungen vollständig entwertet worden sind.

¹⁴⁴¹ § 32 EEG 2017.

¹⁴⁴² § 32 EEG 2017; siehe Begründung zum EEG 2017, S. 225.

¹⁴⁴³ § 36g Abs. 5 EEG 2017.

¹⁴⁴⁴ § 39 f. Abs. 1 EEG 2017.

¹⁴⁴⁵ § 35a EEG 2017, beispielsweise wenn der Zuschlag nach Zeitablauf seine Wirksamkeit verliert oder wenn eine Zahlungsberechtigung nachträglich aufgehoben wird.

bestimmt.¹⁴⁴⁶ Hinsichtlich der Höhe der finanziellen Unterstützung führt das EEG 2017 ein Kumulierungsverbot ein: Danach können die Anlagenbetreiber eine sonstige Beihilfe lediglich dann beziehen, wenn die Zahlungen zusammen mit dem Erlös aus dem Verkauf der erzeugten grünen Energie die Erzeugungskosten der Energie nicht überschreiten.¹⁴⁴⁷ Mit dieser Regelung soll einer Überkompensierung der Anlagen vorgebeugt werden.¹⁴⁴⁸

Der Zahlungsanspruch beginnt grundsätzlich mit dem Zeitpunkt der Inbetriebnahme der Anlage zu laufen und kann grundsätzlich über die ganze Förderdauer geltend gemacht werden.¹⁴⁴⁹ Die Förderdauer wird für alle Technologien einheitlich bestimmt und beträgt grundsätzlich 20 Jahre ab der Inbetriebnahme der Anlage.¹⁴⁵⁰

Mit dem Zuschlag entstehen den Bietern nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten. Eine der wichtigsten Pflichten ist die Obliegenheit zur Inbetriebnahme der Anlage und zwar innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Fristen.

b) Strafen

Das deutsche Fördermodell für Strom aus erneuerbaren Energien über Ausschreibungen führt ein System von Pönalen ein, welches die Erfüllung der gesetzlichen Pflichten der beteiligten Akteure und damit die Realisierung der Ziele und Zwecke des Fördergesetzes sichern soll. Die beteiligten, berechtigten Anlagenbetreiber haben bei Verstößen die Pönale prinzipiell in zweierlei Form zu befürchten:¹⁴⁵¹ Zum einen droht ihnen die Kürzung der Höhe der gewährten Förderung¹⁴⁵² und zum anderen die Verpflichtung zur Leistung einer Zahlung (Pönale).¹⁴⁵³

b. Modalitäten des Ausschreibungsdesigns für die einzelnen Technologien

Die allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen über die Ausgestaltung des Ausschreibungsdesigns modifiziert das EEG 2017 technologiespezifisch.

a) PV

Für die Solaranlagen führt das EEG 2017 eine Beschränkung der zuschlagsfähigen Flächen ein und bestimmt die förderfähige Flächenkulisse.¹⁴⁵⁴ Beispielsweise hat die Bundesnetzagentur dafür Sorge zu tragen, dass auf bestimmten benachteiligten Ackerflächen nicht mehr als 10 Gebote einen Zuschlag erhalten.

¹⁴⁴⁶ Die Höhe des Zahlungsanspruchs verringert sich im Falle der Erfüllung bestimmter Tatbestandsvoraussetzungen, z.B. in Zeiten von Negativpreisen, bei Stromsteuerbefreiung, Übertragung der Zahlungsberechtigung an eine andere Solaranlage und bei diversen Verstößen, § 23 EEG 2017.

¹⁴⁴⁷ § 80a EEG 2017.

¹⁴⁴⁸ Gesetzesbegründung, S. 299.

¹⁴⁴⁹ § 25 EEG 2017.

¹⁴⁵⁰ § 25 EEG 2017.

¹⁴⁵¹ § 55 EEG 2017.

¹⁴⁵² Z.B. bei negativen Preisen (§ 51 EEG 2017) oder bei diversen Pflichtverstößen, wie z.B. Nutzung des Stroms zur Eigenversorgung, Nichtanmeldung zum Anlagenregister etc. (§ 52 EEG 2017)

¹⁴⁵³ Z.B. bei Nichteinhaltung der Frist zur Inbetriebnahme der Anlage oder zur Leistung einer Zweitsicherheit, § 55 EEG 2017.

¹⁴⁵⁴ § 37c i.V.m. § 37 Abs. 1 EEG 2017. Im Vergleich zur FFAV wurde die Flächenkulisse etwas erweitert.

Für Solaranlagen beträgt der Höchstwert 8,91 Ct/kWh und verringert sich ab dem 1. Februar 2017 um 0,5 % gegenüber dem in dem jeweils vorangegangenen Kalendermonat geltenden anzulegenden Wert. Die monatliche Absenkung erhöht oder verringert sich entsprechend bei Über- oder Unterschreitung des Ausbaukorridors für Solaranlagen.¹⁴⁵⁵ Der anzulegende Wert für Solaranlagen entspricht grundsätzlich dem Zuschlagswert des bezuschlagten Gebots.¹⁴⁵⁶

Hinsichtlich der Erbringung der finanziellen Sicherheit hat sich der Gesetzgeber für die Unterteilung in eine Erst- und eine Zweitsicherheit entschieden.¹⁴⁵⁷ Die Bieter haben eine Erstsicherheit in Höhe von 5 EUR/kWh vor dem Gebotstermin zu leisten. Nach der Bekanntgabe des Zuschlags ist eine Zweitsicherheit zu erbringen. Für Freiflächenanlagen hängt ihre Höhe von dem Projektentwicklungsstadium ab und beträgt 20 oder 45 EUR/kWh.¹⁴⁵⁸

Im Falle der Zuschlagserteilung benötigen die Solaranlagen noch eine Zahlungsberechtigung der Bundesnetzagentur, um die Vergütung beziehen zu können.¹⁴⁵⁹ Die Zahlungsberechtigung wird erst nach der Erfüllung diverser Voraussetzungen ausgestellt. So wird beispielsweise geprüft, ob die Anlagen auf entsprechenden Flächen errichtet worden sind oder ob die Zweitsicherheit eingezahlt worden ist. Die Zahlungsberechtigung kann erst nach der Inbetriebnahme der Anlage ausgestellt werden und ist dieser dauerhaft zugeordnet, sie darf somit nicht auf ein anderes Projekt übertragen werden. Zudem ist für Freiflächenanlagen die Zahlungsberechtigung lediglich an Anlagen mit installierter Leistung von bis zu 10 MW auszustellen, wodurch *de facto* eine Begrenzung der Größe der Projekte eingeführt wurde.

b) Onshore

Bei den Ausschreibungen für Windenergie an Land ist die Zuschlagsgrenze an eine Obergrenze gebunden. In den Gebieten mit besonders stark belasteten Übertragungsnetzen (Netzausbaug Gebiet) dürfen die Zuschläge jährlich für nicht mehr als 58 % der installierten Leistung, die im Jahresdurchschnitt in den Jahren 2013 bis 2015 in diesem Gebiet in Betrieb genommen worden ist, erteilt werden.¹⁴⁶⁰

In Bezug auf die Sicherheitsleistung schafft das EEG 2017 Ausnahmen für die Bürgerenergiegesellschaften, welche die finanziellen Risiken der Realisierung der Bürgerprojekte reduzieren sollen.¹⁴⁶¹ Die Sicherheit wird in eine Erst- und eine Zweitsicherheit aufgeteilt. Danach ist eine Erstsicherheit in Höhe von 15 EUR/kW noch vor dem Zuschlag zu leisten. Die Zweitsicherheit in Höhe von weiteren 15 EUR/kW wird nach der Erteilung der

¹⁴⁵⁵ § 37b i.V.m. § 49 EEG 2017.

¹⁴⁵⁶ § 38b EEG 2017.

¹⁴⁵⁷ § 37a EEG 2017.

¹⁴⁵⁸ Die Höhe der Zweitsicherheit verringert sich auf 20 EUR, wenn die Bieter dem Gebot einen Offenlegungsbeschluss oder einen beschlossenen Bebauungsplan beigelegt haben. Die Dachanlagen haben eine Zweitsicherheit in Höhe von 45 EUR zu leisten, vgl. Gesetzesbegründung S. 262.

¹⁴⁵⁹ § 38f EEG 2017. Die Zahlungsberechtigung wird im Falle von Ausschreibungen nach GEEV nicht durch die Bundesnetzagentur, sondern durch die ausschreibende Stelle erteilt, § 21 GEEV.

¹⁴⁶⁰ § 36c EEG 2017. Die Netzausbaug Gebiete sind über eine Verordnung nach Maßgabe des § 88b EEG festzulegen. Mit dieser Regelung soll der Zubau der Windkraft im Norden für eine Übergangszeit begrenzt werden, bis der Netzausbau ein entsprechendes Entwicklungsstadium erreicht, Begründung zum EEG 2017, S. 254.

¹⁴⁶¹ Gesetzesbegründung, S. 257.

Genehmigung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz fällig.¹⁴⁶² Die Nicht-Bürgerprojekte haben eine Sicherheit in Höhe von 30 EUR/kW zu erbringen.¹⁴⁶³

Der Höchstwert des Gebots wird für Windkraftanlagen an Land für das Jahr 2017 festgeschrieben und beträgt 7,00 Ct./kWh für den Referenzstandort. Ab dem Jahr 2018 erhöht sich das Höchstgebot um 8 % erhöhten Durchschnitt für das jeweils höchste noch bezuschlagte Gebot der letzten drei Ausschreibungen.¹⁴⁶⁴

Als Ausnahme zu der Regel, dass der anzulegende Wert dem Gebotswert entspricht, bestimmt das EEG 2017, dass der anzulegende Wert für Windkraftanlagen an Land nach dem einstufigen Referenzmodell berechnet wird.¹⁴⁶⁵ Danach wird der Wert des Zuschlags durch einen Gütefaktor korrigiert, der von der Windhöffigkeit des Standorts abhängt. Bei einem 100-%-Referenzstandort ändert sich der Zuschlagswert nicht. Ist die Windhöffigkeit des bezuschlagten Standorts besser oder schlechter als an dem 100-%-Referenzstandort, so sinkt oder erhöht sich entsprechend der Korrekturfaktor. Dies führt konsequenterweise zu einer entsprechenden Änderung der Höhe des anzulegenden Werts. Der tatsächliche Referenzertrag der Anlagen wird in fünfjährigen Abständen geprüft und die Höhe des anzulegenden Werts unter Umständen nachträglich korrigiert. Bei einer Abweichung von über 2 % entstehen Nach- oder Rückzahlungspflichten.

Der Betreiber einer Windkraftanlage an Land hat nach der öffentlichen Bekanntgabe des Zuschlags 30 Monate Zeit, um die Anlage in Betrieb zu nehmen.¹⁴⁶⁶ Die Frist kann in bestimmten Fällen verlängert werden. Allerdings beginnt der Zahlungsanspruch spätestens 30 Monate nach der Bekanntgabe des Zuschlags.¹⁴⁶⁷

c) Offshore

Die Regelungen zu dem Förderregime für Strom aus Offshore-Anlagen wurden zum Teil aus dem EEG 2017 ausgegliedert und in das Windenergie-auf-See-Gesetz (WindSeeG) eingefügt.¹⁴⁶⁸ Ziel des WindSeeG ist es, die installierte Leistung von Windenergieanlagen auf See ab dem Jahr 2021 auf insgesamt 16 GW bis zum Jahr 2030 zu steigern.¹⁴⁶⁹ Das neue Gesetz führt ein sog. zentrales Modell ein: Die Bieter konkurrieren in der Ausschreibung um die Errichtung eines Windparks auf einer staatlich voruntersuchten Fläche.¹⁴⁷⁰ Kernanliegen des Gesetzes ist es, den Ausbau von Windenergieanlagen und den Ausbau der für die Übertragung des darin erzeugten Stroms erforderlichen Offshore-Netzanbindungsleistungen auch unter Berücksichtigung der Netzverknüpfungspunkte an Land aufeinander abzustimmen: Es soll ein Gleichlauf der jeweiligen Planungen, Zulassungen, Errichtungen und

¹⁴⁶² § 36g Abs. 2 EEG 2017.

¹⁴⁶³ § 36a EEG 2017.

¹⁴⁶⁴ § 36b EEG 2017.

¹⁴⁶⁵ § 36h EEG 2017.

¹⁴⁶⁶ § 36a EEG 2017.

¹⁴⁶⁷ § 36i EEG 2017. Für Bürgerenergiegesellschaften entsteht der Förderanspruch ab der Bekanntgabe der Zuordnungsentscheidung.

¹⁴⁶⁸ Siehe Fußnote 1431.

¹⁴⁶⁹ § 1 Abs. 2 S. 1 WindSeeG. Diese Zielsetzung fand sich allerdings bereits im EEG 2014, § 3 Nr. 2 EEG 2014.

¹⁴⁷⁰ BTDRs, Nr. 18/8860, S. 150.

Inbetriebnahmen erreicht werden.¹⁴⁷¹ Mit dem Zuschlag erwirbt der Bieter ein ausschließliches Recht zur Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens zur Errichtung und zum Betrieb von Offshore-Anlagen auf den jeweiligen Flächen, einen Anspruch auf die Marktprämie sowie (im Umfang der bezuschlagten Gebotsmengen) einen Anspruch auf den Anschluss der Anlage an die festgelegte Anbindungsleitung und auf die zugewiesene Netzanbindungskapazität.¹⁴⁷² Die Realisierungsfristen werden in Abhängigkeit von dem Zeitpunkt des Zuschlags und von den Fertigstellungsterminen für die Offshore-Anbindungsleitung bestimmt.¹⁴⁷³ Die Sicherheit beträgt 200 EUR/kW.¹⁴⁷⁴

Die vollständige Systemumstellung soll ab dem 01. Januar 2026 erfolgen.¹⁴⁷⁵ Anzumerken ist, dass im Falle von Offshoreanlagen der Gesetzgeber auf die Festlegung von Höchstpreisen verzichtet: Der Höchstwert entspricht dem niedrigsten bezuschlagten Gebotswert zum Gebotstermin 01. April 2018.¹⁴⁷⁶

d) Biomasse

Die Höhe des anzulegenden Werts wird auch im Falle von Biomasseanlagen laut EEG 2017 über Ausschreibungen ermittelt. Durch die Regelungen erfasst sind grundsätzlich Neuanlagen. Für sie wurde die sog. späte Ausschreibung eingeführt. Die Anlagenbetreiber können an den Ausschreibungen erst dann teilnehmen, wenn sie u.a. eine Baugenehmigung oder eine Genehmigung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz vorweisen können sowie in den entsprechenden Registern eingetragen sind.¹⁴⁷⁷ Zu der Teilnahme an Ausschreibungen sind lediglich Anlagen zugelassen, welche die Grenze von 20 MW installierter Leistung nicht überschreiten.¹⁴⁷⁸ Der Höchstwert wurde für das Jahr 2017 auf 14,88 EUR/kWh festgelegt.¹⁴⁷⁹ Er verringert sich ab dem 1. Januar 2018 um 1 % pro Jahr gegenüber dem im jeweils vorangegangenen Kalenderjahr geltenden Höchstwert. Die Sicherheit für Biomasseanlagen beträgt 60 EUR pro kW installierter Leistung. Die Realisierungsfrist des Biomasseprojekts beträgt 24 Monate.¹⁴⁸⁰

Neben den Biomasseneuanlagen können an den Ausschreibungen ebenfalls bestimmte Bestandsbiomasseanlagen teilnehmen.¹⁴⁸¹ Eine der Voraussetzungen ist, dass die an der Ausschreibung interessierte Anlage vor dem 1. Januar 2017 in Betrieb genommen wurde und zum

¹⁴⁷¹ Dannecker, Marcus/Ruttloff, Marc, Kein Vertrauensschutz für Offshore-Windprojekte?, EnWZ 2016, S. 490 (498).

¹⁴⁷² § 24 WindSeeG, Dannecker, Marcus/Ruttloff, Marc, Kein Vertrauensschutz für Offshore-Windprojekte?, EnWZ 2016, S. 490 (491 f.).

¹⁴⁷³ Art. 59 WindSeeG. Die Bieter haben zu diesem Zweck die Fristen für die Einreichung von gesetzlich festgelegten Unterlagen einzuhalten.

¹⁴⁷⁴ § 21 WindSeeG. Für bestehende Projekte beträgt die Höhe der Sicherheit 100 EUR/kW, § 32 WindSeeG.

¹⁴⁷⁵ § 7 WindSeeG. Zwischen dem 31.12.2020 und dem 01.01.2025 gilt eine Übergangsphase für bestimmte in Entwicklung befindliche Projekte.

¹⁴⁷⁶ § 22 Abs. 1 WindSeeG, wobei die Bundesnetzagentur das Recht hat, unter bestimmten Voraussetzungen den Wert nach oben oder nach unten zu korrigieren, § 22 Abs. 2 WindSeeG.

¹⁴⁷⁷ § 39 EEG 2017.

¹⁴⁷⁸ § 39 Abs. 4 EEG 2017.

¹⁴⁷⁹ § 39b EEG 2017.

¹⁴⁸⁰ Sollte in dieser Zeit die Biomasseanlage nicht in Betrieb genommen werden, erlischt das Gebot mit allen Konsequenzen, § 39d EEG 2017. Eine Verlängerung der Zeit ist unter bestimmten Bedingungen möglich.

¹⁴⁸¹ § 39f EEG 2017.

Zeitpunkt der Ausschreibung der bisherige Zahlungsanspruch nach dem EEG in höchstens 8 Jahren abläuft. Nach der Bekanntgabe der Zuschlagserteilung bestimmt der Anlagenbetreiber einen Zeitpunkt von 1 bis 3 Jahren, ab dem die neu ermittelte Vergütung die alte Vergütung ersetzen soll. Ab diesem Tag gilt die Biogasanlage als neu in Betrieb genommen. Unabhängig von dem Höchstwert der Gebote haben die Bestandsbiomasseanlagen eine weitere Einschränkung hinzunehmen. Die neue Förderhöhe darf den nach dem EEG 2017 berechneten Durchschnitt der alten Förderhöhe nicht überschreiten. Mit dieser Anschlussförderung kommt der Gesetzgeber dem Investitionsbedarf bestimmter Bestandsanlagen entgegen.¹⁴⁸²

e) Technologieübergreifende Ausschreibungen

Das EEG 2017 kündigt für die Jahre 2018 bis 2020 die Einführung von technologieübergreifenden Ausschreibungen an: Bis spätestens zum 1. Mai 2018 sollen aufgrund der entsprechenden Ermächtigungen im EEG 2017¹⁴⁸³ die Verordnungen zu gemeinsamen Ausschreibungen für Windenergie an Land, Solaranlagen und Innovationsausschreibungen verabschiedet werden.

Im Falle der gemeinsamen Ausschreibungen für Onshore und PV werden die erfassten Anlagen miteinander im Wettbewerb stehen. Bei der Ausgestaltung der Ausschreibungen ist zu beachten, dass u.a. ein hinreichend diversifizierter Zubau erfolgt und die festgelegten Ausbauziele nicht gefährdet werden.¹⁴⁸⁴

f) Innovationsausschreibungen

Der deutsche Gesetzgeber kündigt im EEG 2017 an, in den Jahren 2018 bis 2020 Innovationsausschreibungen durchzuführen, die für einzelne erneuerbare Energien, Kombinationen oder Zusammenschlüsse verschiedener erneuerbarer Energien offenstehen.¹⁴⁸⁵ Der innovative Charakter der Anlagen kann beispielsweise durch innovative Ansätze zum Bau und Betrieb systemdienlich ausgelegter Anlagen, innovative Beiträge von Anlagen zu einem optimierten Netzbetrieb mit hohen Anteilen erneuerbarer Energien oder innovative Ansätze zur Steigerung der Flexibilität belegt werden.¹⁴⁸⁶ Durch die Innovationsausschreibungen können insbesondere Kombinationen aus Erzeugungsanlage und Speicher bzw. Sektorenkopplungsinstrumenten angesprochen werden.¹⁴⁸⁷

¹⁴⁸² Gesetzesbegründung, S. 269.

¹⁴⁸³ Entsprechend §§ 39i i.V.m. 88c und §§ 39j i.V.m. 88d EEG 2017.

¹⁴⁸⁴ Bei der Ausgestaltung können zusätzliche Kriterien eingeführt werden, z.B. nach der Region, in der die Anlage angeschlossen ist, nach der Netzebene, an welche die Anlage angeschlossen ist, nach den Systemintegrationskosten der Anlage, nach dem Einfluss auf die Netzbelastung etc., § 88c Abs. 4 lit. c EEG 2017. Mit den technologieübergreifenden Ausschreibungen samt entsprechenden korrigierenden Regelungen könnte eine regionale, zeitliche und jahreszeitliche Differenzierung zwischen den Technologien erreicht werden, *Vollprecht, Jens/Altrock, Martin*, Die EEG-Novelle 2017: Von Ausschreibungen bis zuschaltbare Lasten, EnWZ 2016, S. 387 (392).

¹⁴⁸⁵ § 39j EEG 2017. Eine entsprechende Verordnung soll auf der Grundlage der Verordnungsermächtigung in § 88d EEG 2017 bis zum 01.03.2018 erlassen werden; anhand von Erfahrungswerten soll geprüft werden, ob ab dem Jahr 2021 die Innovationsausschreibungen weiterhin organisiert werden sollen.

¹⁴⁸⁶ § 39j und § 88d Pkt. 3 EEG 2017. Das Ausschreibungsvolumen soll 50 MW pro Jahr betragen, § 28 Abs. 6 EEG 2017.

¹⁴⁸⁷ *Schäfer-Stradovsky, Simon/Doderer, Hannes*, Rechtlicher Überblick: Was hat sich 2016 für die nachhaltige Stromerzeugung geändert?, EnWZ 2017, S. 153 (154).

c. Sonderregelungen für Bürgerenergie

Im EEG 2017 wird die Bürgerenergie direkt thematisiert – allerdings nur in Bezug auf Onshore-Projekte.¹⁴⁸⁸ Durch die Auswahl von Gestaltungsmodalitäten soll das Gesetz zur Realisierung des Ziels des Erhalts der Akteursvielfalt beitragen und damit eine positive Auswirkung auf die Realisierungsrate haben.¹⁴⁸⁹ Die Ausnahmeregelungen erfassen Projektentwicklungsgesellschaften, die u.a. die Anforderungen an Anzahl, Stimmberechtigungsquoten und Wohnort der beteiligten Akteure erfüllen.¹⁴⁹⁰ Der Gesetzgeber erwähnt hier beispielsweise die Mindestgröße von Anlagen von 1 MW, die Flexibilisierung der Realisierungsfristen sowie die Auszahlung der Förderung in Form einer Marktprämie. Überdies genießen die Bürgerenergiegesellschaften weitere Erleichterungen, zum Beispiel ist die Teilnahme an der Ausschreibung noch vor der Erteilung der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung und mit einer verringerten Sicherheit möglich.

d. Öffnung des EEG für Strom aus anderen EU-Mitgliedstaaten

Im Rahmen der beihilferechtlichen Genehmigung des EEG 2014 hat sich die deutsche Regierung mit der Europäischen Kommission auf eine sogenannte „anteilige Öffnung“ geeinigt.¹⁴⁹¹ Dementsprechend sollen zumindest 5 % des Ausschreibungsvolumens für Anlagen in anderen EU-Mitgliedstaaten geöffnet werden (sog. EU-Öffnung“).¹⁴⁹² Dieser Ansatz entspricht den Regelungen der Erneuerbare-Energien-Richtlinie zu flexiblen Kooperationsmechanismen sowie der Umweltschutzbeihilfeleitlinien, welche die Mitgliedstaaten dazu anhalten, die durch die Mechanismen geschaffenen Chancen intensiver zu nutzen.¹⁴⁹³

Aufgrund der bereits im EEG 2014 enthaltenen Verordnungsermächtigung hat das Kabinett eine Grenzüberschreitende-Erneuerbare-Energien-Verordnung (GEEV)¹⁴⁹⁴ erlassen. Die EU-Öffnung soll entweder in Form der Zulassung der Teilnahme von Anlagen mit einem Standort in einem der Mitgliedstaaten an in Deutschland organisierten Ausschreibungen oder über eine gemeinsame Durchführung von Ausschreibungen durch Deutschland und einen oder mehrere Mitgliedstaaten erfolgen. Die Öffnung ist an drei Bedingungen geknüpft: Es muss eine entsprechende völkerrechtliche Vereinbarung zwischen den beteiligten Mitgliedstaaten bestehen, die EU-Öffnung muss auf Gegenseitigkeit beruhen und der Strom muss physikalisch importiert werden.¹⁴⁹⁵ Die GEEV enthält allgemeine Regeln zu der Durchführung der Ausschreibungen; die konkreten Ausgestaltungsoptionen festzulegen ist Aufgabe der

¹⁴⁸⁸ § 36g EEG 2017.

¹⁴⁸⁹ Begründung zum Referentenentwurf, Bearbeitungsstand 14.04.2016, 23:25 Uhr, S. 116.

¹⁴⁹⁰ § 5 Nr. 15, § 36g EEG 2017.

¹⁴⁹¹ Beschluss der Kommission vom 23.07.2014, AZ.: C(2014), 5081 final.

¹⁴⁹² § 5 Abs. 2 EEG 2017. Ein Grundkonzept der EU-Öffnung ist schon im EEG 2014 zu finden, § 6 Abs. 2, sowie eine Verordnungsermächtigung nach 88 Abs. 2-4 EEG 2014.

¹⁴⁹³ Siehe Seite 171 ff.

¹⁴⁹⁴ Siehe Fußnote 1398.

¹⁴⁹⁵ Während die Umsetzung der ersten beiden Voraussetzungen grundsätzlich politischer oder wirtschaftlicher Natur ist, erfordert die dritte Bedingung vor allem eine technische Lösung insbesondere in Bezug auf den Nachweis ihrer Erfüllung.

Kooperationsvereinbarung.¹⁴⁹⁶ Die GEEV wird als eine Pilotphase für die Einführung der EU-Öffnung für weitere Technologien verstanden.¹⁴⁹⁷

Die erste grenzüberschreitende Ausschreibung hat Deutschland gemeinsam mit Dänemark organisiert.¹⁴⁹⁸

2) Einspeisevergütung

Von dem Regelfall der Förderung über Ausschreibungen (und Direktvermarktung) sieht das EEG 2017 Ausnahmen in Form der Einspeisevergütung vor.

Zum einen können die Betreiber von Kleinanlagen abweichend von der grundsätzlich verpflichtenden Direktvermarktung einen Anspruch auf die Einspeisevergütung gegen den Netzbetreiber geltend machen.¹⁴⁹⁹ Die Möglichkeit steht den Betreibern von Anlagen mit installierter Leistung bis höchstens 100 kW offen.¹⁵⁰⁰ Die größeren Anlagen werden durch die Direktvermarktung gefördert – es sei denn, sie werden durch die Regelungen zum Ausschreibungsmodell erfasst. Die Höhe der Vergütung orientiert sich an dem gesetzlich für die Berechnung festgelegten anzulegenden Wert, wobei für Wind- und Solarenergie 0,4 Ct./kWh und für die anderen Technologien 0,2 Ct./kWh abzuziehen ist.¹⁵⁰¹

Zum anderen steht den Anlagenbetreibern die sogenannte Ausfallvergütung zur Verfügung. Die Betreiber von Anlagen, die nicht durch die voranstehend beschriebene Einspeisevergütung gefördert werden, können in Ausnahmefällen auf die Förderung durch feste Tarife zugreifen.¹⁵⁰² Diese Ausfallvergütung ist lediglich auf Ausnahmesituationen¹⁵⁰³ beschränkt und durch den Gesetzgeber absichtlich wirtschaftlich unattraktiv ausgestaltet worden.¹⁵⁰⁴ Sie kann ausschließlich für einen Zeitraum von maximal drei aufeinander folgenden Monaten und insgesamt für bis zu sechs Kalendermonate pro Kalenderjahr und zwar mit einem Abschlag in Höhe von 20 % des jeweils anzulegenden Werts¹⁵⁰⁵ bezogen werden.

¹⁴⁹⁶ Einführung zur GEEV, S. 2.

¹⁴⁹⁷ Siehe z.B. „Öffnung des EEG für Strom aus anderen EU-Mitgliedstaaten im Rahmen der Pilot-Ausschreibung für Photovoltaik-Freiflächenanlagen“, Eckpunktepapier des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, Stand 04.03.2016.

¹⁴⁹⁸ Die Ausschreibungsrunde fand am 23.11.2016 statt. Weitere Informationen zu der Ausschreibungsrunde finden sich u.a. auf der Website der Bundesnetzagentur, https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Sachgebiete/ElektrizitaetundGas/Unternehmen_Institutionen/ErneuerbareEnergien/Ausschreibungen/Internat_Ausschreibungen/PV_Daenemark_23_11_2016/23112016_PV_DK_node.html, abgerufen am 18.06.2017.

¹⁴⁹⁹ § 21 Abs. 1 und 2 EEG 2017.

¹⁵⁰⁰ § 21 Abs. 1 Nr. 1 EEG 2017.

¹⁵⁰¹ § 53 EEG 2017.

¹⁵⁰² § 21 Abs. 1 Nr. 2 EEG 2017.

¹⁵⁰³ Wie z.B. Insolvenz des Direktvermarkters.

¹⁵⁰⁴ BT-Drs. 18/1304, S. 139 zum EEG 2014 sowie Begründung zum EEG 2017, S. 161.

¹⁵⁰⁵ § 52 Abs. 3 Nr. 3 EEG 2017.

II. Vergleich des Fördermodells für Strom aus erneuerbaren Energien über Ausschreibungen im polnischen und im deutschen Recht

1. Ziel und Vergleichbarkeit

Die Fördermodelle für Strom aus erneuerbaren Energien können unter diversen Gesichtspunkten miteinander verglichen werden.¹⁵⁰⁶ Infrage kommen Kriterien wie beispielsweise der Beitrag zur Erreichung der nationalen Ausbauziele, die Vereinbarkeit mit den Prinzipien des Elektrizitätsbinnenmarkts, die Berücksichtigung der Besonderheiten der differenten erneuerbaren Energiequellen und der unterschiedlichen Technologien wie auch der regionalen Gegebenheiten, die Wirksamkeit (sowie Einfachheit und Effizienz) der Förderung oder Investitionssicherheit.¹⁵⁰⁷ Es ist weder mit dem Gegenstand dieser juristischen Untersuchung vereinbar noch praktikabel, jegliche Vergleichskriterien zu erörtern und die Fördermodelle auf dieser Grundlage zu analysieren.¹⁵⁰⁸

Der Vergleich wird sich daher auf ausgewählte Aspekte der juristischen Ausgestaltung der Fördermodelle für Strom aus erneuerbaren Energien in Deutschland und in Polen konzentrieren. Da die Regelungen zu der Förderung grüner Stromerzeugung über das Quotenmodell (mit Zertifikate-Handel) in der deutschen Rechtsordnung bisher keinen Platz gefunden haben, unterbleiben entsprechende Ausführungen.¹⁵⁰⁹ Es unterbleiben ebenfalls Ausführungen zum möglichen Vergleich der Abrechnungsverpflichtung in Polen mit der Einspeisevergütung in Deutschland, nicht zuletzt wegen der relativen Marginalität der einschlägigen Regelungen im polnischen Rechtssystem.¹⁵¹⁰

¹⁵⁰⁶ Siehe *Schaller, Markus*, Subvention von erneuerbarer Energie, Heidelberg, http://archiv.ub.uni-heidelberg.de/volltextserver/6194/1/Diss_final.pdf, abgerufen am 28.11.2015, S. 137 f.

¹⁵⁰⁷ *Häder, Michael*, Einspeisevergütung vs. Quoten-/Zertifikatsysteme – eine ökonomische Analyse der nationalen Systeme zur Förderung der regenerativen Stromerzeugung in der Europäischen Union, 05.07.2005, https://www.hochschule-bochum.de/fileadmin/media/fb_w/Haeder/EnWa/EE-Foerdersysteme.pdf, abgerufen am 30.5.2017.

¹⁵⁰⁸ Wegen der Vielzahl der eventuell zu vergleichenden Einzelregelungen sowie möglichen Fallkonstellationen, die – aus der in dieser Arbeit vergleichsweise besonders hervorgehobenen Perspektive der Branchenakteure (z.B. Projektentwickler- oder Investorenperspektive) – unterschiedlich bewertet werden können, sowie aus dem Umstand heraus, dass über die Attraktivität des Modells (oder seiner Ausprägung) für bestimmte Fallkonstellationen Regelungen von Bedeutung sein können, die für andere Sachverhalte unbeachtlich sind, beschränkt sich die Rechtsvergleichung auf allgemeine, ausgewählte Fragenkomplexe.

¹⁵⁰⁹ Eine vergleichende Zusammenstellung des Quotenmodells mit anderen Fördermodellen ist möglich und wird oft vorgenommen (z.B. *Diekmann, Jochen/Kempf, Claudia/Neuhoff, Karsten/Schill, Wolf-Peter/Traber, Thure*, Erneuerbare Energien: Quotenmodell keine Alternative zum EEG, DIW Wochenbericht Nr. 45.2012; *Dees, Philip*, Preisbildung in Quotenmodellen zur Förderung Erneuerbarer Energien: Modellierung mit stochastischem Ansatz am Beispiel des schwedischen Quotenmodells, <http://docplayer.org/7206711-Preisbildung-in-quotenmodellen-zur-foerderung-erneuerbarer-energien-modellierung-mit-stochastischem-ansatz-am-beispiel-des-schwedischen-quotenmodells.html>, abgerufen am 11.06.2017). Sie geht allerdings über einen juristischen Diskurs und daher über den Rahmen der vorliegenden Arbeit hinaus.

¹⁵¹⁰ Bereits der Anwendungsbereich der beiden Modelle ist weitgehend unterschiedlich: Die Einspeisevergütung in Deutschland wird zwar nicht auf Förderung von Technologien, die sog. Träger der Energiewende sind, beschränkt, bleibt trotzdem ein einziges Fördermodell für diverse andere Technologien, während die Stromabnahmeverpflichtung in Polen grundsätzlich nur auf bestimmte kleine Anlagen Anwendung findet (bis maximal 40 kW installierter Leistung). Zudem ist es fraglich, ob die Stromabnahmeverpflichtung überhaupt als Förderung grüner Stromerzeugung angesehen werden kann: Der Anlagenbetreiber erhält keine finanzielle Unterstützung, sondern die Möglichkeit des Austauschs der

Der Rechtsvergleich der Fördermodelle findet in einem allgemeinen Rahmen statt. Dies ist u.a. dem Umstand geschuldet, dass die Fördermodelle in Deutschland und in Polen sich zum Stichtag in einer Umbruchphase befinden. Die aktuellen Hauptfördermodelle (zumindest bezogen auf die Anwendbarkeit auf die – neu zu errichtenden – Volumensträger der grünen Stromerzeugung) wurden in beiden Vergleichsländern erst vor Kurzem eingeführt. Da die Fristen für die Realisierung der in den bereits organisierten Ausschreibungsrunden bezugschlagenen Projekte noch nicht abgelaufen sind, können keine aussagekräftigen Schlussfolgerungen hinsichtlich der Effektivität der neuen Fördermodelle oder ihrer Ausgestaltung gezogen werden. Zudem befinden sich die einschlägigen rechtlichen Regelungen im ständigen Wandel; es steht entweder eine Novellierung des Hauptfördergesetzes oder zumindest der Erlass diverser Rechtsverordnungen im Raum, sodass verschiedene Aspekte der Fördermodelle bestimmten Anpassungen unterliegen (könnten), die (im Einzelfall) einen (nicht unerheblichen) Einfluss auf die Realisierung grüner Projekte haben können. Der Vergleich der Fördermodelle ist daher als eine Art Momentaufnahme zu sehen. Zudem würde ein vertiefter Vergleich der Fördermodelle das Ziel der Ausarbeitung zu verfehlen drohen: Der Rechtsvergleich der Fördermodelle für Strom aus erneuerbaren Energien in Deutschland und in Polen soll insbesondere einem besseren Verständnis der polnischen Regelungen dienen und nicht z.B. (detailliert) die Unterschiede der Fördermodelle darstellen.

2. Allgemeines

Sowohl in Polen als auch in Deutschland ist eine Tendenz zum Wandel der Ausgestaltung der bestehenden Fördermodelle zu beobachten. Nach mehreren Jahren der Förderung der Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien über eine Einspeisevergütung in Deutschland und über das Quotenmodell mit Zertifikate-Handel in Polen erleben die Förderrahmen für die grüne Stromerzeugung in den beiden Ländern einen Umbruch. Sowohl Polen als auch Deutschland weichen (zumindest zum Teil) von den bestehenden Fördermodellen u.a. mit dem Ziel ab, die finanzielle Unterstützung für die grüne Stromerzeugung kosteneffektiver zu betreiben, ohne dabei Einbußen, wie einen für die Erreichung der Ausbauziele unzureichenden Zubau, zu riskieren. Die Tendenz zur Kostenreduzierung ist insbesondere in Polen deutlich, was u.a. an den strikten Regelungen zur Deckelung der zulässigen Förderhöhe erkennbar ist. Die Nachbarländer stellen, nicht zuletzt unter dem Einfluss der Entwicklungen auf europäischer Ebene, die Fördermodelle für Strom aus erneuerbaren Energien auf Ausschreibungen um und sammeln die ersten einschlägigen Erfahrungen.

Die Einführung der Förderung für Strom aus erneuerbaren Energien über Ausschreibungen hat sowohl in Polen als auch in Deutschland zur Koexistenz mehrerer Fördermodelle geführt. In den Rechtssystemen beider Nachbarländer soll ungeachtet der geplanten Einführung des Ausschreibungsmodells die Förderung der Bestandsanlagen grundsätzlich nach dem bisherigen Fördersystem beibehalten werden: über eine Einspeisevergütung in Deutschland und über das Quotenmodell mit Zertifikate-Handel in Polen. Zusätzlich entscheidet sich Polen unter bestimmten Bedingungen und in bestimmtem Umfang für die Möglichkeit des Wechsels vom Quoten- in das Ausschreibungsmodell.¹⁵¹¹ Die Unterscheidung zwischen den diversen

erzeugten gegen die aus dem Netz allgemeiner Versorgung bezogenen Strommengen (mehr hierzu siehe oben S. 114 ff.)

¹⁵¹¹ In Deutschland können die Bestandsbiogasanlagen grundsätzlich eine Anschlussförderung über Ausschreibungen erhalten.

Formen der Förderung für Strom aus erneuerbaren Energien ist nicht nur in Bezug auf Alt- und Neuanlagen geplant. In beiden Ländern sollen auf Neuanlagen unterschiedliche Fördermodelle anzuwenden sein. In Deutschland werden die Anlagen, die nicht durch das Ausschreibungsmodell erfasst werden, grundsätzlich durch das Regime der Einspeisevergütung unterstützt. In Polen dagegen soll das Ausschreibungsmodell ein Hauptfördermodell werden, wobei die Altanlagen weiterhin durch das Quotenmodell unterstützt werden. Die Förderung von kleineren Anlagen – die Stromabrechnungsverpflichtung – hat einen Ausnahmecharakter erhalten. Der Anwendungsbereich des Förderregimes über das Ausschreibungsmodell ist daher in Polen wesentlich breiter als in Deutschland.

3. Vergleich ausgewählter Aspekte der Fördermodelle über Ausschreibungen

1) Ausbauziele und Einführung des Fördermodells über Ausschreibungen

Die Fördermodelle für Strom aus erneuerbaren Energien werden grundsätzlich eingeführt, um die grüne Stromerzeugung anzukurbeln und damit u.a. den Anteil der grünen Energie in dem Energiemix des jeweiligen Lands zu steigern. Hinsichtlich der Ausbauziele gelten für die Länder obligatorische (durch die bindenden internationalen Verpflichtungen vorgegebene) oder freiwillige (eine Art der Selbstverpflichtung) Ausbauziele. Die obligatorischen Ziele gelten unabhängig davon, ob sie in dem Text der nationalen Gesetze wiederholt wurden. Die Aufnahme der Ausbauziele in den Wortlauttext einer nationalen Regelung macht sie aber in dem nationalen (Rechts-)Diskurs präsenter, kann sich (intensiver) auf die Auslegung der Gesetzesnormen auswirken und entsprechend das Bewusstsein der Rechtsgeber sowie -anwender prägen. Der deutsche Gesetzgeber macht sich dieses Instrumentarium zunutze und nennt im EEG die (selbst-)verbindlichen Ausbauziele, die über den sich aus internationalen Verpflichtungen ergebenden Werten liegen. Zudem legt er auch die Ausbaukorridore für die einzelnen Technologien fest. Unabhängig von der Kritik, dass diese Obergrenzen den Ausbau bestimmter Anlagengruppen bremsen können, kann in dem Instrumentarium ein Beweis für eine tiefere Auseinandersetzung mit der aktuellen Lage sowie mit Ausbaubedarf und -möglichkeiten gesehen werden. Der polnische Gesetzgeber beschränkt sich auf die Nennung der durch das Recht der Europäischen Union vorgeschriebenen Ausbauziele in dem Text der Gesetzesbegründung zum OZE-G. Damit lässt er zu, dass die Tragweite der Realisierung der (verbindlichen) Ausbauziele eine gewisse Einbuße an Ansehen der Öffentlichkeit erleidet. Die jährlichen oder technologiebezogenen Ausbaupfade werden nicht genannt.¹⁵¹² Dies wiederum kann sich negativ auf die Planungssicherheit im Bereich der Grünstromerzeugung auswirken.

Gegenstück der Ausbauziele ist das Instrumentarium, um diese zu erreichen. Die Fördermodelle für Strom aus erneuerbaren Energien in Deutschland und in Polen befinden sich aktuell in einer Umbruchphase. Sowohl in Polen als auch in Deutschland ist das Fördermodell für Strom aus erneuerbaren Energien ein erst kürzlich – zumindest im Vergleich zu der Gesamtdauer der Fördermodelle für die Grünstromerzeugung – eingeführtes Modell. Obwohl angenommen werden kann, dass die „Geburt“ der Ausschreibungen in beiden

¹⁵¹² Es konnte auch nicht in Erfahrung gebracht werden, ob Analysen zu den möglichen Ausbaupfaden durchgeführt wurden. Der Umstand, dass das Ausschreibungsvolumen der jeweiligen Ausschreibungssitzung und -runde im Wege einer jährlich neu zu erlassenden Verordnung festgelegt wird, ohne durch strikte gesetzliche Vorgaben gebunden zu sein, lässt auf eine gewisse Spontaneität schließen, die unter Umständen auch Merkmale von Eingenmächtigkeit erfüllen kann.

Ländern im Jahr 2015 stattfand, wurden seitdem auf beiden Seiten der Oder unterschiedlich intensive Erfahrungswerte gesammelt. Während der polnische Gesetzgeber das Inkrafttreten des Fördermodells mehrmals verschoben sowie umgestaltet hat, hat Deutschland bereits erste praktische Erkenntnisse gesammelt und sich dabei für eine „weiche“ Umstellung entschieden. Der Einführung des Ausschreibungsmodells in Deutschland ist eine Testphase vorausgegangen, die sich ausschließlich auf eine Technologie (PV-Freiflächenanlagen) bezog. Es kann zwar bemängelt werden, dass die Erkenntnisse aus den Pilotausschreibungen für PV-Freiflächenanlagen für ihre Übertragung auf andere Technologien nicht (in vollem Umfang) geeignet sind. Dennoch eröffnet die Pilotphase einen Anreiz sowie einen gewissen Meinungsaustausch und erlaubt den Akteuren der EE-Branche sich besser auf die kommenden Änderungen vorzubereiten. Sie erlaubt auch dem Gesetzgeber, die ersten Beobachtungen – nicht zuletzt die technischen Aspekte des Ablaufprozederes betreffend – zu sammeln und (ggf.) in die Entscheidung über die Ausgestaltung des Fördermodells einfließen zu lassen. Während der Dauer dieser Testphase ist in Deutschland auch die Entscheidung gefallen, bestimmte Technologien aus dem Ausschreibungsdesign auszuschließen und ihnen die Förderung über die Einspeisevergütung (weiter) zu gewähren.

In Polen fand dagegen gleich ein vollständiger Umstieg auf das neue Fördermodell statt – zumindest bezüglich der Neuanlagen, da die Bestandsanlagen grundsätzlich durch das alte Förderregime unterstützt werden. Die polnischen Akteure hatten nicht die Chance, sich in ihren neuen Rollen und Aufgaben zu erproben.¹⁵¹³ So ist in Polen die erste Ausschreibungssitzung *de facto* zu einer Art Probesitzung geworden. Dies verdeutlicht auch die Kritik der Branchenakteure an der Durchführung und dem Ausgang dieser Runde. In Anbetracht des Umstands, dass zu der Teilnahme an dieser Ausschreibung nur eine relativ kleine Gruppe von EE-Anlagen vorgesehen wurde und erst die Sitzung im Jahr 2017 einen breiteren Kreis von EE-(Neu-)Anlagen umfassen wird, kann in Polen von einer weiteren faktischen Verzögerung der Umstellung des Fördermodells die Rede sein. Die Auswertung der Effektivität des Fördermodells in Polen – gemessen an der Realisierungsquote der an der Ausschreibung teilnehmenden Projekte – wird voraussichtlich auch auf sich warten lassen. Die Ausschreibungssitzungen sollen plangemäß nicht öfter als einmal jährlich stattfinden, wobei die genauen Daten erst (relativ) kurzfristig bekannt gegeben werden. In dieser Hinsicht bietet die durch den deutschen Gesetzgeber gewählte Lösung mehr Planungssicherheit: Die mehrmals im Jahr stattfindenden Ausschreibungssitzungen an den im Voraus bekannten, da im EEG 2017 festgeschriebenen, Daten tragen zudem zur Vermeidung von Stop-and-go der Realisierung der grünen Projekte bei.

Die Dauer der Testphase sowie die geplanten Übergangsfristen von mehreren Monaten oder sogar Jahren für bestimmte Technologien in Deutschland haben den Akteuren die Chance auf

¹⁵¹³ Die privaten Vertreter der Branche haben vor der ersten Ausschreibungssitzung nach den Bestimmungen des OZE-G zwar in eigener Regie Probeausschreibungsrunden organisiert und über die Ergebnisse entsprechend berichtet (z.B. PSEW). Es handelte sich allerdings um eine Art von (Zusatzleistungs-)Angebot, währenddessen das Bieterverfahren simuliert werden konnte. Aus vielerlei Gründen, z.B. der mangelnden Notwendigkeit der Einreichung (echter) Unterlagen, mangelnder Überprüfung der Echtheit der angegebenen Informationen, nicht erfolgter Nutzung der offiziellen Ausschreibungsplattform etc., konnten die Ergebnisse nur ansatzweise dienlich sein. Allerdings bewirken praktische Erfahrungen bei der Benutzung einer Ausschreibungsplattform unter ausschreibungsverfahrensähnlichen Bedingungen unter Umständen einen Zusatzwert für die Beteiligten hinsichtlich der organisatorischen Vorbereitung auf die offiziellen Ausschreibungssitzungen.

die Vorbereitung der Systemumstellung eröffnet und damit eine positive Auswirkung auf die Investitionssicherheit der Projektentwicklung. In dieser Hinsicht fällt der Rechtsvergleich für Polen ungünstig aus. In Polen kommt die Umstellung wenn nicht überraschend, so doch zumindest mit Anzeichen einer gewissen Eile. Die komplette Umstellung des Fördermodells sollte innerhalb von knapp 8 Monaten vollzogen werden. Daraufhin wurde 2 Tage vor dem geplanten Modellwechsel der Stichtag um weitere 6 Monate verschoben. Diese Schwankungen stigmatisieren die Erneuerbare-Energien-Branche als ein instabiles Investitionsumfeld und können durch den Verlust des Vertrauens unter interessierten Investoren bezüglich grüner Projekte unter Umständen die Realisierung der polnischen Ausbauziele gefährden.

2) Allgemeines zur Ausgestaltung der Fördermodelle über Ausschreibungen

Die Ausgestaltung des Ausschreibungsdesigns im polnischen und im deutschen Recht ist in ihren Grundzügen ähnlich. Ihre Einbettung oder Ausgestaltung weist allerdings diverse Unterschiede auf, die teilweise mit der geschichtlichen Entwicklung der Fördermodelle für Strom aus erneuerbaren Energien zusammenhängen (können). So bleibt es beispielsweise in Deutschland bei einer Direktvermarktung (mit Marktprämie), auch wenn die Höhe des anzulegenden Werts nicht wie bei der Einspeisevergütung gesetzlich, sondern in einem wettbewerblichen Verfahren ermittelt wird. In Polen wiederum haben die begünstigten Anlagenbetreiber einen Anspruch auf eine feste Vergütung in der ersteigerten Höhe, ähnlich wie sie es aus der gesetzlich geregelten Stromeinkaufsverpflichtung im Rahmen des Quotenmodells mit Zertifikate-Handel kennen.

Die beiden Länder haben sich für die Einführung von Mehrgüter*kauf*auktionen entschieden, wonach die Wettbewerber um das ausgeschriebene Gut (Strommenge) mit Geboten von möglichst niedrigem Wert ringen. Hier bevorzugen beide Länder grundsätzlich ein einstufiges Pay-as-bid-Verfahren, in dem der erfolgreiche Bieter den Zuschlag in Höhe des gebotenen Preises erhält. Beide Fördermodelle sind auch zentral gesteuert und folgen dem Prinzip des sog. Single Buyers. Dabei ist der Staat der Hauptregulierer, unterstützt allerdings durch ausführende (öffentliche) Einrichtungen. Der Kreis der Berechtigten des Fördermodells erstreckt sich auf jede Einheit, welche die Teilnahmevoraussetzungen erfüllt, sodass es sich jeweils um sog. öffentliche Ausschreibungen handelt. Die Zuschläge sind an das an der Ausschreibung teilnehmende Projekt gebunden und können nicht weiter- oder abgegeben werden, ohne dass dem Bieter Nachteile erwachsen (Ausnahme: PV-Anlagen in Deutschland). Eine weitere Ähnlichkeit in der Ausgestaltung des Ausschreibungsdesigns ist der Ausschluss von Nachverhandlungen in Bezug auf die bezuschlagten Strommengen. Beide Länder haben sich für die Nachverfolgung der Realisierung der bezuschlagten Projekte sowie die Sanktionierung von diversen Verstößen entschieden. Die eingeführten Strafsysteme sind sich in ihrer Ausgestaltung ähnlich: Der gegen die gesetzlichen Vorgaben verstoßende Anlagenbetreiber hat entweder mit einer Kürzung seiner Fördervergütung oder mit einer Strafzahlung zu rechnen. Die Tatbestände, die zu der Bestrafung führen können, sind auf die jeweilige Ausprägung des Fördermodells zugeschnitten.

3) Auswahl der Vergleichskategorien

Im Folgenden werden ausgewählte Aspekte des Ausschreibungsdesigns im Fördermodell nach polnischem und deutschem Recht verglichen.

a. Berechtigte

In dem in Polen eingeführten Modell der Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien über Ausschreibungen zählen zu dem Kreis der Berechtigten in der Regel die Betreiber von Anlagen, die nach dem Inkrafttreten der zentralen Rechtsbestimmungen für die Förderung von Grünstrom zum ersten Mal erzeugt haben. Die Hauptgruppe der Berechtigten bilden daher die Betreiber von Neuanlagen. Unter bestimmten Umständen können diverse Bestandsanlagen sich an dem Ausschreibungsmodell beteiligen und damit von ihrem alten Fördermodell über das Quotenmodell mit Zertifikate-Handel endgültig wechseln. Auch nach dem deutschen Recht sind von dem neuen Förderregime grundsätzlich die nach einem Stichtag in Betrieb genommenen Anlagen erfasst. Bestimmten Bestandsanlagen – Biogasbestandsanlagen – wird die Möglichkeit der Beteiligung an dem Ausschreibungsmodell gegeben. Der Eröffnung der Möglichkeit für Bestandsanlagen, sich am Ausschreibungsmodell zu beteiligen, liegt in den beiden Ländern ein unterschiedliches Verständnis zugrunde: Während in Deutschland der Modellwechsel als Möglichkeit für die Erlangung einer Anschlussvergütung konzipiert wird, wird in Polen der Zeitraum der Unterstützung über das alte Fördermodell (Quotenmodell mit Zertifikate-Handel) grundsätzlich auf die Förderung durch das neue Regime angerechnet und damit lediglich als eine Option der Förderform verstanden.

Bezüglich der Größe der Anlagen oder der Stromerzeugungstechnologie erfassen die Bestimmungen des OZE-G einen viel breiteren Kreis. An den Ausschreibungen sollen sich grundsätzlich alle (bis auf die kleinsten) Anlagen beteiligen. Diesen Fragenkomplex geht der deutsche Gesetzgeber differenzierter an und führt technologie- und größenbezogene Unterscheidungen ein. An den Ausschreibungen dürfen sich lediglich PV-, Windkraft- (on- und offshore) sowie Biomasseanlagen beteiligen. Die Gruppe der zur Teilnahme an dem Ausschreibungsmodell Berechtigten in Deutschland soll demnach auf die Volumensträger der Energiewende beschränkt werden.¹⁵¹⁴ Für die Förderung über Ausschreibungen hat Deutschland weitreichende Ausnahmen in Bezug auf die Mindest- und Maximalgröße der Anlagen eingeführt. So werden zu den Ausschreibungssitzungen die PV-Anlagen mit einer Größe von 750 kW bis 10 MW installierter Leistung oder die Biomasseanlagen mit einer Größe von bis maximal 20 MW installierter Leistung zugelassen. Die nicht durch das Ausschreibungsmodell erfassten Anlagen werden grundsätzlich über die Einspeisevergütung gefördert. – Diese Ausgestaltungsoption (mit Ausnahme der Stromabnahmeverpflichtung) wird im polnischen Recht nicht angeboten, da die Umstellung auf das neue Förderregime grundsätzlich vollumfänglich erfolgen soll.

Ein weiterer Unterschied ergibt sich in Bezug auf die Standorte der über Ausschreibungen geförderten Anlagen. Nach dem polnischen Modell dürfen sich an den Ausschreibungsrunden Anlagen beteiligen, die an Standorten errichtet sind, die u.a. allgemeine raumordnungs- oder umweltrechtliche Voraussetzungen erfüllen. Das OZE-G engt den Kreis der zulässigen Standorte nicht besonders ein und gibt hierzu keine zusätzliche fördermodellspezifische Steuerung vor.¹⁵¹⁵ In dieser Hinsicht ist der deutsche Gesetzgeber aktiver, greift im Rahmen des Fördermodells und neben den raumordnungsrechtlichen Vorgaben regulierend ein und

¹⁵¹⁴ Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Eckpunktepapier vom 31.07.2015, S. 2.

¹⁵¹⁵ Das sog. Antimühlengesetz, das die 10H-Regelung für die Errichtung von Onshore-Anlagen einführt, gehört zu den planungs- und raumordnungsrechtlichen Rechtsbestimmungen.

fokussiert gezielt bestimmte Problemkomplexe. In den Fokus geraten dabei die Technologien, die in der letzten Zeit den intensivsten Ausbau verzeichnet haben. In Bezug auf die PV-Freiflächenanlagen strebt der deutsche Gesetzgeber die Verteilung der Anlagen auf Flächen an, die einen relativ niedrigen umweltrechtlichen Nutzen entwickeln können. Die Standortfragen spielen auch im Rahmen der Förderung von Windkraftanlagen eine Rolle. Im Offshore-Bereich führt das Wind-auf-See-Gesetz die Regel ein, dass die Offshore-Windkraftanlagen sich an den Ausschreibungen beteiligen dürfen, wenn sie auf den durch den Staat voruntersuchten Flächen errichtet werden. Bezüglich der Onshore-Anlagen gilt ein sog. Referenzmodell, wonach Anlagen an Standorten mit einer schlechteren Windhöffigkeit eine höhere Vergütung erlangen als solche, die an Orten mit besserer Eignung errichtet werden. Die Standortfrage ist auch in einem weiteren Kontext von Bedeutung: In sog. Netzausbaugebieten, in denen die Stromeinspeisungsmengen zur Übertragungsnetzbelastung führen, bestimmt das EEG 2017 eine jährliche Maximalzubaugrenze. Der Einsatz von standortbezogenen oder anderen Steuerungsinstrumenten in Bezug auf die räumliche Verteilung der EE-Anlagen kann einerseits auf den ersten Blick als mit dem Bestreben einer besseren Marktintegration der erneuerbaren Energien nicht vollständig kompatibel erscheinen. Andererseits können dadurch die positiven Folgen der optimalen räumlichen Kapazitätsverteilung zum Tragen kommen, wie z.B. die Auswirkung auf die Stabilität des Energiesystems, die Senkung der Transportkosten und die Senkung der Kosten für den Übertragungs- oder Speicherausbau. Wie bei jeder gezielten Steuerung ausgewählter Fragenkomplexe sind nicht nur die unmittelbaren Folgen, sondern auch die Auswirkungen auf andere Bereiche zu überprüfen. Zu beachten ist, dass eine regulatorische Dichte ein Risiko der Widersprüche mit anderen Normen und die Fehleranfälligkeit steigert. Die Auswirkungen dieser gezielten Steuerung bleiben abzuwarten.

b. Ausschreibungsgegenstand und Ausschreibungsvolumen

In Bezug auf den Ausschreibungsgegenstand haben sich Polen und Deutschland für unterschiedliche Ausgestaltungsoptionen entschieden.

Im polnischen Fördermodell werden die kontrahierenden Güter und konkret gesagt eine zu erzeugende Energiemenge (Arbeit) ausgeschrieben. Der in der Ausschreibung erfolgreiche Anlagenbetreiber ist verpflichtet, innerhalb eines bestimmten Abrechnungszeitraums die bezuschlagten Energiemengen, mindestens aber 85 % hiervon zu erzeugen. Der deutsche Gesetzgeber stellt bei der Wahl des Ausschreibungsgegenstands auf die Leistung der zu errichtenden EE-Anlagen ab. Der Bieter wird aus dem Zuschlag verpflichtet, innerhalb eines vorgegebenen Zeitraums eine EE-Anlage in einer bestimmten Größe zu errichten und mit der Stromerzeugung zu beginnen. Bei der Wahl des Ausschreibungsgegenstands haben sich beide Länder für Größen entschieden, mit denen sie in den bisherigen Fördermodellen bereits Erfahrungen gemacht haben. Die Akteure der EE-Branche sind daher mit diesen Größen vertraut und es fällt ihnen leichter, sie bei diversen Berechnungen zu berücksichtigen.¹⁵¹⁶

¹⁵¹⁶ Der Vorteil der Ausschreibung der Arbeit besteht u.a. darin, dass dies den Anlagenbetreiber zur Einspeisung der verfügbaren Leistung motiviert. Diese Motivation kann allerdings durch andere Anreize erzeugt werden, wie z.B. eine Sanktionierung der Unterschreitung der Erzeugung bestimmter Mengen. Außerdem ist davon auszugehen, dass der Anlagenbetreiber sonst bestrebt ist, die grünen Strommengen zu erzeugen, um die Förderung erhalten zu können. Die Einnahmen aus der Förderung sind ebenso eine Motivation des Anlagenbetreibers in dem Fördersystem mit Kapazität als Ausschreibungsgegenstand. Der

Ungeachtet unterschiedlicher Ausschreibungsgegenstände wird sich sowohl in Deutschland als auch in Polen die Vergütung auf die Arbeit beziehen. Die Höhe der Vergütung richtet sich grundsätzlich nach der erzeugten Energiemenge sowie der Höhe der sogenannten gleitenden Prämie, die in Abhängigkeit von dem Strompreis an der Börse und von der Marktprämie berechnet wird. Nach dem polnischen Modell erhält der Anlagenbetreiber die Vergütung in bezuschlagter Höhe für grundsätzlich jede in der Anlage erzeugte Strommenge. Das deutsche Modell führt keine Mengenbeschränkungen ein. Nach polnischem Modell ist der Anspruch auf die Vergütung auf die Strommengen beschränkt, die nicht über die bezuschlagte Arbeit hinausgehen. Der Anlagenbetreiber im deutschen Fördermodell scheint daher durch den Anspruch auf die Förderung ohne Mengenbeschränkung wirtschaftlich intensiver dazu animiert zu werden, den Grünstrom über mindestens die volle Förderdauer zu erzeugen, ohne Rücksicht auf die bereits erzeugten Strommengen nehmen zu müssen. Im polnischen Modell kann mit der Erreichung der bezuschlagten Strommengen der Anlagenbetreiber de facto die Möglichkeit der Inanspruchnahme der finanziellen Förderung nicht mehr nutzen. Danach kann der Anlagenbetreiber für den erzeugten Strom lediglich einen Marktpreis erzielen. Der wirtschaftliche Anreiz des Anlagenbetreibers zur grünen Stromerzeugung (falls die Kosten der Anlage sich bis zum Ablauf der Förderung amortisiert haben) sinkt signifikant.

Auch bezüglich des Ausschreibungsvolumens zeigen sich Unterschiede hinsichtlich der in Deutschland und in Polen gewählten Lösungen. Der deutsche Gesetzgeber hat sich für ein gesetzlich festgelegtes Ausschreibungsvolumen dergestalt entschieden, dass dieses für jede Ausschreibungssitzung konkret vorgegeben wird. Die Erreichung der – ebenso gesetzlich – festgesetzten Ausbauziele (die Problematik der Realisierungsquote einmal außen vor lassend) lässt sich damit entsprechend nachvollziehen. Durch die Einführung des Ausbaupfads schafft das EEG 2017 für die Investoren eine Grundlage für eine bessere Einschätzung der „Nachfrage“ nach dem Ausschreibungsgegenstand. Damit können die künftigen Bieter anhand des jeweiligen Ausschreibungsvolumens sowie unter Einsatz eigener Marktkennntnisse ihre Zuschlagschancen bei der Ausschreibungssitzung besser einschätzen und dementsprechend die Entwicklung ihrer Projekte (in ggf. individuellen Machbarkeitsgrenzen) gestalten. Dies fördert die Planbarkeit der grünen Vorhaben. In Polen dagegen wird das Ausschreibungsvolumen jeweils vor der kommenden Ausschreibungssitzung und lediglich bezogen auf diese bekannt gegeben. Die Werte für die kommenden Jahre sind vorerst offen. Diese Lösung hat einen niedrigeren Grad an Investitionssicherheit zur Folge. In Verbindung mit relativ selten organisierten Ausschreibungsrunden (grundsätzlich einmal jährlich) kann dies bedeuten, dass in der Projektentwicklung lediglich die Akteure bleiben, die über entsprechende finanzielle und/oder organisatorische Kapazitäten für die Überbrückung von Durststrecken verfügen. Der genannte Umstand hat damit das Potenzial, sich negativ auf die Akteursvielfalt auszuwirken.

Ausschreibungsgegenstand hat aber auch zusätzlich den Vorteil, dass er eine effektivere und einfachere Mengensteuerung des Ausbaus erlaubt. Die Arbeit als Ausschreibungsgegenstand beinhaltet zusätzlich ein Pönerisiko mit sich, das sich im Falle der Unterproduktion der bezuschlagten Strommengen realisiert. Die Bieter werden versuchen, dieses Risiko in die Bieterpreise einzupreisen.

c. Präqualifikationsanforderungen

Sowohl in Polen als auch in Deutschland werden zu den Ausschreibungsrunden voraussichtlich nur die Projekte zugelassen, die entsprechende Präqualifikationsanforderungen erfüllt haben.

Deutschland und auch Polen führen formelle Voraussetzungen ein, die von dem Projekt den Nachweis eines bestimmten Entwicklungsstadiums verlangen. Die Frage der Präqualifikation geht der deutsche Gesetzgeber relativ differenziert an. Die Unterlagen, die ein interessierter Projektentwickler vorzulegen hat, um zu der Teilnahme an der Ausschreibung zugelassen zu werden, variieren projektbezogen. Darin kann ein Bestreben des deutschen Gesetzgebers erkannt werden, den Besonderheiten bei der Realisierung von Projekten in einzelnen Technologien Rechnung zu tragen. In Polen dagegen hat sich der Gesetzgeber grundsätzlich für eine späte Ausschreibung entschieden. Die Bieter müssen im Regelfall u.a. einen Auszug aus dem Bebauungsplan oder – falls kein Bebauungsplan besteht – einen Auszug aus dem Bauvorbescheid, einen Netzanschlussvertrag oder Netzanschlussbedingungen sowie eine Baugenehmigung vorlegen, um an der Ausschreibungssitzung teilnehmen zu dürfen. Die diesbezüglichen Anforderungen sind für alle Anlagen grundsätzlich gleich. – Die Unterschiede an einzureichenden Unterlagen ergeben sich aus den speziellen Vorschriften außerhalb des Fördermodells, die in der Projektentwicklungsphase anzuwenden sind.

In beiden Ländern sind ebenfalls finanzielle Teilnahmevoraussetzungen in Form einer Sicherheit vorgesehen. Ihre Höhe wird in festen Beträgen pro kWh installierter Leistung vorgegeben. Allerdings variiert in Deutschland die Höhe der Sicherheit je nach Energieträger, während in Polen sämtliche Bieter die Sicherheit in derselben Höhe zu erbringen haben. Die Ausgestaltung der Höhe der Sicherheit in Deutschland trägt damit besser den unterschiedlichen wirtschaftlichen Volumen Rechnung, die für die Realisierung der Projekte in der jeweiligen Technologie eingesetzt werden müssen.¹⁵¹⁷

In Polen ist zudem die geforderte Sicherheit vor dem Beitritt zu der Ausschreibungssitzung in voller Höhe zu entrichten. In Deutschland dagegen wird die Sicherheit in bestimmten Fällen (Bürgerwindparks und PV-Anlagen) in eine Erst- und eine Zweitsicherheit aufgeteilt, sodass die eine Tranche vor der Ausschreibungsrunde und die zweite im Rahmen der Entwicklung des bereits bezuschlagten Projekts zu zahlen ist. Polen spricht sich auch für die Einführung der Sicherheiten in fester Höhe, allerdings ohne Staffelung ihrer Höhe aus.¹⁵¹⁸

¹⁵¹⁷ Die Länder scheinen auch ein unterschiedliches Verständnis der Gerechtigkeit zum Ausdruck zu bringen – angenommen, dass die Gerechtigkeitsgedanken mitentscheidend bei der Festlegung der Höhe der Sicherheit waren. Während der polnische Gesetzgeber für alle Anlagenbetreiber dieselben Regeln aufsetzt („jeder gleich“), scheint sich der deutsche Gesetzgeber für den Ansatz „jeder wie er kann“ zu entscheiden, wobei der Einsatz der Idee der Verhältnismäßigkeit der Belastung durch die Sicherheit zu den Gesamtkosten des Projekts führen kann.

¹⁵¹⁸ Da in Polen grundsätzlich eine späte Ausschreibung in Bezug auf alle Anlagen eingeführt wurde, ist die Einheitlichkeit der Höhe der Pönale grundsätzlich als eine gerechte Lösung positiv zu werten. Allerdings könnte sich eine entsprechende Kürzung für kleinere Akteure empfehlen, um ihnen die finanzielle Vorbereitung auf den Start in der Ausschreibungsrunde zu vereinfachen. Außerdem wäre die Einführung einer Erst- und Zweitsicherheit nach dem Vorbild der Regelungen des EEG überlegenswert.

d. Förderberechtigung und Pönalen

In beiden Rechtssystemen begründet der Zuschlag für den Bieter eine Reihe von Rechten und Pflichten. Eines der wichtigsten Rechte ist das Recht auf die Inanspruchnahme der Förderung. Die Höhe der Förderung wird durch die Höhe des Zuschlags bestimmt und ihre Auszahlung jeweils entsprechend den im jeweiligen Land geltenden Strukturen vorgenommen: Während in Deutschland der berechtigte Anlagenbetreiber die Förderung grundsätzlich im Rahmen einer Direktvermarktung mit Marktprämie erhält, hat sich der begünstigte polnische Grünstromerzeuger an die Umlagestelle (ggf. Netzbetreiber) auf die Festsetzung eines festen Betrags zu wenden.

In Polen hat der Anlagenbetreiber hinsichtlich der Höhe der Förderung wesentliche Einschränkungen hinzunehmen. Die Förderhöhe wird gedeckelt: Die über die Ausschreibung erteilte Förderung kann der Anlagenbetreiber grundsätzlich dann nicht in Anspruch nehmen, wenn die gesamte Förderhöhe, zu der auch die Steuervergünstigungen oder andere finanzielle Hilfen gehören, nicht die Förderhöhe überschreitet, die sich aus dem Zuschlag ergibt. Die Begrenzung der Förderhöhe mag zwar der Begrenzung der Gesamtkosten des Fördermodells dienen, führt allerdings zur Senkung der Höhe der Beiträge, die dem Anlagenbetreiber zur Verfügung gestellt werden. Die im deutschen Recht gewählte Förderobergrenze in Höhe der Stromerzeugungskosten stellt eine sinnvollere Alternative dar: Sie erlaubt es einerseits, von dem Mehrwert der bezuschlagten Förderung zu profitieren und andererseits, eine Überförderung zu vermeiden.

In beiden Nachbarländern wird die mögliche Förderdauer von vornherein eingeschränkt. Dabei kann der in Deutschland förderberechtigte Grünstromerzeuger mit einer Förderdauer von grundsätzlich 20 Jahren rechnen. In Polen ist die Förderdauer gesetzlich grundsätzlich auf 15 Jahre beschränkt, sodass der Anlagenbetreiber weniger Zeit zur Herbeiführung der Amortisierung der Projektkosten hat. Für eine besondere Unsicherheit hinsichtlich der Projektkostenplanung sorgt die Regelung, dass die Förderdauer im Wege einer Ministerverordnung vor der jeweiligen Ausschreibungsrunde für die in dieser Runde bezuschlagten Projekte bekannt gegeben wird. Dies führt dazu, dass der Projektierer das grüne Vorhaben in Unkenntnis über die Förderdauer, d.h. auch über die im Zeitpunkt der (finanziellen) Planung der Entwicklung des Projekts, planen muss.

Sowohl in Deutschland als auch in Polen verfolgt der Ausschreiber das Schicksal des bezuschlagten Projekts. Der in der Ausschreibungsrunde erfolgreiche Bieter hat innerhalb einer bestimmten Zeit die Anlage zu errichten und es wird erwartet, dass er dann mit der Stromerzeugung beginnt. In Deutschland hat der erfolgreiche Bieter grundsätzlich eine Frist von 30 Monaten im Falle von Onshore-Anlagen und von 24 Monaten im Falle von PV- und Biomasseanlagen, um die Stromeinspeisung zu starten. Die Fristen sind im polnischen Recht großzügiger: grundsätzlich 48 Monate für alle Technologien mit Ausnahme der PV-Anlagen (24 Monate) und der Onshore-Anlagen (72 Monate). In diesem Kontext stellt sich die Frage nach der Notwendigkeit der relativ langen Frist im polnischen Modell ungeachtet der Einführung einer sog. späten Ausschreibung, an der sich in der Realisierungsphase fortgeschrittene Projekte beteiligen. Bezüglich der Frist für die Realisierung der Projekte ist ein weiterer Unterschied existent. Das polnische Recht sieht die Realisierungsfrist sehr starr und ihre Überschreitung führt im Endergebnis zum Wegfall der Vergütung unabhängig davon, welches Projekt aus welchem Grund betroffen ist. Nach deutschem Recht wiederum besteht im Rahmen einer Ausnahmeregelung die Möglichkeit der Verlängerung der

Realisierungsfrist, wenn z.B. das Projekt wegen einer Klage einer Drittperson nicht verwirklicht werden konnte, oder im Falle von Bürgerwindparks.

Beide Länder tendieren auch zur Einführung von Pönalen in Falle der Nicht- oder nicht vollständigen Realisierung des bezuschlagten Projekts oder der Nichterfüllung von gesetzlichen Verpflichtungen. Das Prinzip der Pönale ist in beiden Ländern vergleichbar ausgestaltet. Bei der Erfüllung bestimmter Tatbestandsvoraussetzungen droht dem Teilnehmer des Ausschreibungsmodells ein (teilweiser) Verlust der Förderung oder die Verpflichtung zur Entrichtung einer Pönale.

e. Innovationsausschreibungen und grenzüberschreitende Ausschreibungen

Beide Länder haben gesetzliche Regelungen hinsichtlich innovativer Lösungen als auch grenzüberschreitender Ausschreibungen eingeführt.

Bezüglich der Einführung der Fördermöglichkeit für innovative Anlagenkonstellationen hat sich der polnische Gesetzgeber recht mutig gezeigt. Bereits bei der ersten Ausschreibungssitzung existierte eine (theoretische) Möglichkeit der Abgabe eines gemeinsamen Gebots durch in unterschiedlichen Technologien betriebene EE-Anlagen. Zu diesem Zweck wurden im OZE-G u.a. neue Begrifflichkeiten eingeführt. Das neue Konstrukt eröffnet den polnischen Akteuren Ausgestaltungsmöglichkeiten von Grünprojekten, die den deutschen Entwicklern (noch) nicht geboten werden. Allerdings sorgte die Formulierung der gesetzlichen Regelungen in der Branche für einige Interpretationszweifel. Die Praxis und ggf. die Rechtsprechung werden die Grenzen und Möglichkeiten der neuen Lösungen ausloten (müssen). In Deutschland wiederum wird das Thema etwas bedachter angegangen. Hier ist die Durchführung der Innovationsausschreibungen erst angekündigt und die Innovation soll sich nicht in Zusammenschluss von Anlagen unterschiedlicher Stromerzeugungstechnologien erschöpfen.

In beiden Nachbarländern wurden Regelungen eingeführt, welche die Öffnung der Ausschreibungsmodelle für Akteure aus dem europäischen Ausland vorbereiten sollen. Diese europarechtlich veranlassten Bestimmungen sind in beiden Ländern an vergleichbare Bedingungen geknüpft. In Deutschland wird die Öffnung bereits gelebt, während sie in Polen erst einmal auf einer theoretischen Ebene verbleibt, da u.a. keine einschlägige völkerrechtliche Vereinbarung mit einem etwaigen Partnerland abgeschlossen worden ist.

4. Zusammenfassung

Der Vergleich der Fördermodelle für Strom aus erneuerbaren Energien in Polen und in Deutschland kann aus diversen Betrachtungspunkten durchgeführt werden, sodass eine auf u.a. Ziele dieser Arbeit zugeschnittene Auswahl der Vergleichskategorien zu treffen ist.

Die Fördermodelle für Strom aus erneuerbaren Energien befinden sich sowohl in Deutschland als auch in Polen im Wandel, dessen Einleitung u.a. der Wunsch des Gesetzgebers nach Steigerung der Kosteneffizienz der Modelle zugrunde liegt. Die Systemumstellung und die Gewährleistung des Bestandsschutzes haben zur Folge, dass parallel mehrere Fördermodelle existieren. Die Ausgestaltung sowie die Art und Weise der Einführung der neuen Fördermodelle bedeuten für die Projektentwickler in Deutschland mehr Plansicherheit. Während in Deutschland die Ziele, das Ausschreibungsvolumen und die Daten der Durchführung von Ausschreibungsrunden gesetzlich vorgeschrieben wird, sind diese Angaben in Polen nicht ggf. durch eine Verordnung (kurzfristig) bekannt gegeben. Zudem durfte in Deutschland die

Umstellung durch eine Pilotphase geprobt werden, während in Polen der Umstieg direkt vollzogen wurde.

Hinsichtlich der Ausgestaltung des Fördermodells haben sich sowohl Deutschland als auch Polen für Mehrgüterkaufauktionen mit grundsätzlichem Pay-as-bid-Verfahren entschieden. Die Verfahren sind ähnlich ausgestaltet. Beispielsweise sind Nachverhandlungen ausgeschlossen und für die Nichtrealisierung der Projekte sind Pönale vorgesehen. Allerdings in Bezug auf die durch das Ausschreibungsmodell erfassten Technologien besteht ein großer Unterschied: Außer von den kleinsten Anlagen bis 40 kW umfasst das Ausschreibungsmodell in Polen alle Anlagen und in Deutschland lediglich die sog. Träger der Energiewende. Ausnahmen für die Beteiligung an dem Ausschreibungsmodell sind für Bestandsanlagen in beiden Ländern vorgesehen – in Deutschland jedoch ausschließlich in Form von Anschlussförderung für Biomassenanlagen.

Obwohl in beiden Ländern jeweils die erzeugte (und eingespeiste) Grünstrommenge vergütet wird, hat Deutschland als Ausschreibungsgegenstand Menge und Polen Arbeit festgelegt. Die Anlagenbetreiber in Deutschland dürften daher besser motiviert sein, die technischen Kapazitäten ihrer Anlagen für die maximale Stromproduktion auszunutzen. Die Förderregelungen sehen für die Anlagenbetreiber einen festen Zeitraum vor, in dem die erzeugten Strommengen vergütet werden können. Diese Förderdauer ist in Deutschland mit 20 Jahren um 5 Jahre länger als in Polen. Hinsichtlich der Erfüllung des Förderanspruchs hat sich der begünstigte polnische Grünstromerzeuger an die Umlagestelle (ggf. Netzbetreiber) auf die Festsetzung eines festen Betrags zu wenden, während der berechnete Anlagenbetreiber in Deutschland im Rahmen einer Direktvermarktung mit Marktprämie erhält. In beiden Ländern werden die Kosten der Förderung auf Endverbraucher umgewälzt.

Das Erfordernis eines erfolgreichen Abschlusses von Präqualifikationsanforderungen wird sowohl von deutschen als auch polnischen Anlagenbetreibern verlangt. Allerdings sieht das polnische Modell lediglich sog. späte Ausschreibungen vor. In Deutschland ist die Voraussetzung differenzierter ausgestaltet und besondere Erleichterungen genießen sog. Bürgerprojekte. Das Thema Bürgerenergie findet dagegen im polnischen Modell keine besondere Beachtung. Eine differenzierte Herangehensweise übt Deutschland auch in Bezug auf die Pflicht zur Erbringung einer Sicherheit. In Polen wird die Pflicht einheitlich ausgestaltet. Die beiden Vergleichsländer führen die Pflicht ein, die Projekte innerhalb eines gesetzlich festgelegten Zeitraums – gerechnet ab der Erteilung des Zuschlags – zu realisieren. Die Fristen in Polen sind zwar großzügiger als in Deutschland, dafür ohne Möglichkeit ihrer Verlängerung in bestimmten Fällen.

Der deutsche Gesetzgeber baut in das Fördermodell diverse Bestimmungen ein, welche die Steuerung von punktuellen Fragenkomplexen, wie z.B. Bodennutzung oder regionale Verteilung bestimmter EE-Anlagen adressieren. Der polnische Gesetzgeber hingegen hat solche Steuerungsmechanismen nicht eingeführt.

Sowohl im polnischen als auch im deutschen Recht sind Regelungen zu grenzüberschreitenden Ausschreibungen sowie zu Innovationsausschreibungen vorgesehen. Allerdings begründet die Ausgestaltung der in Polen eingeführten Regelungen die Annahme, dass die erwähnten Arten von Ausschreibungen lediglich auf theoretischer Ebene zugelassen sind.

J. Zusammenfassung in Thesen

1. Die Regelungen zur Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien in Polen betreffen ein Regelungsfeld, in dem der Grünstrom mit 7 % im Energiemix bereits einen festen Platz hat und gleichzeitig die Stromerzeugung aus Stein- und Braunkohle weiterhin dominant bleibt.
2. Die Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien ist im Kontext internationaler und europäischer Klimapolitik zu sehen. Neben der Energieeffizienz und dem Emissionszertifikate-Handel bleibt die Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien eine der wichtigsten Klimaschutzmaßnahmen. Aufgrund des sich ständig verändernden Umfelds lassen sich neue sektorenübergreifende Trends erkennen, die durch Ergebnisse der Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien tangiert werden.
3. Bestehen, Ausgestaltung und Umsetzung der Fördermodelle für Strom aus erneuerbaren Energien ist in Polen an politisch-strategische Entscheidungen geknüpft, die in allgemeinen und bereichsspezifischen Dokumenten der Klimapolitik festgehalten werden. Die Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien wird allerdings grundsätzlich nicht als Ziel an sich erwähnt, sondern als Maßnahme zur Realisierung von anderen Bestrebungen verstanden.
4. Die Rechtsnormen zur Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien in Polen haben ihre Wurzeln in der Regelung betreffend kleine Wasserenergiewirtschaft aus den 1980er-Jahren. Die weitere Entwicklung des Regelungswerks zeigt sich eher als Reflexreaktionen auf die in der Praxis festgestellten Schwierigkeiten und weniger als Verfolgung einer klaren Strategie der Förderung der grünen Stromerzeugung.
5. Im Bereich der Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien in Polen sind zahlreiche Akteure beteiligt, deren Kreis von der Gesetzgebungsebene über die ausführende Gewalt der Regierung und Verwaltung, Justiz bis zu Privaten und ihren Zusammenschlüssen reicht.
6. Die rechtlichen Fragenkomplexe betreffend die Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien werden auf allen Ebenen der Normenhierarchie insbesondere aus den Bereichen Energiewirtschaft, Umweltrecht, Raumordnung und Baurecht direkt oder indirekt geregelt. Damit werden alle Schritte von der Planung der Stromerzeugungsanlagen bis zur Inanspruchnahme der Förderung geregelt. Die zentralen Normen sind in dem Gesetz über Erneuerbare Energie und in dem Gesetz über die Energiewirtschaft zu finden. Die relativ große Anzahl an Normengebern und diverse Mängel der Gesetzgebungstechnik erschweren die Ermittlung des aktuellen Normeninhalts und beeinflussen die Rechtsanwendung damit negativ.
7. Systematisch können Fördermodelle für Strom aus erneuerbaren Energien u.a. in preisgesteuerte (z.B. Einspeisevergütung) und mengengesteuerte (z.B. Quotenmodell und Ausschreibung) Modelle untergliedert werden. Zur Ausgestaltung dieser Modelle stehen zahlreiche Optionen zur Verfügung, die diverse Steuerungsmöglichkeiten bieten, gleichzeitig aber Gefahren der Fehllenkung mit sich bringen. In Polen funktionieren parallel Zertifikate-Modell und Ausschreibungsmodell.
8. Das Zertifikate-Modell ist in Polen ein auslaufendes Fördermodell, von dem nur die vor dem Inkrafttreten der zentralen Regelungen des OZE-G in Betrieb genommenen Anlagen profitieren dürfen. Das Modell läuft Ende 2035 aus. Der Ausschluss der Neuanlagen von der Teilnahme an dem Zertifikate-Modell kann aufgrund kurzer Vacatio legis in Bezug auf bestimmte Projekte zur Annahme der Verletzung des verfassungsrechtlichen Bestandsschutzes führen.

9. Das Zertifikate-Modell wird in Polen um eine Quotenverpflichtung erweitert, mit der eine Nachfrage an Zertifikaten gesetzlich gesteuert wird. Die Quote kann durch die verpflichteten Energieunternehmen entweder durch die Einziehung der Zertifikate oder durch die Leistung einer festen Ersatzzahlung bestehen, die unterschiedlich für sog. grüne Zertifikate und für KWK-Zertifikate festgelegt wird. Die im Falle der Nichterfüllung der Verpflichtung zu entrichtende Strafzahlung wird in die Staatskasse eingezahlt und kommt damit nicht zwingend den Maßnahmen zur Unterstützung der grünen Stromerzeugung zugute.
10. Die steigende Grünstromproduktion bewirkt die Senkung der Zertifikatspreise. Die hohen Zertifikatspreise bewegen die Verpflichteten, auf die Möglichkeit der Ersatzzahlung umzusteigen. Die im Zuge der Novelle eingeführten Maßnahmen zur Stärkung der Position der Anlagenbetreiber den Verpflichteten gegenüber erweisen sich als unzureichend und bereiten Interpretationsschwierigkeiten.
11. Die digital in einem Zertifikate-Register erfassten Zertifikate bescheinigen die grüne Qualität der erzeugten Strommengen und werden in sog. grüne Zertifikate, Agrarbiogaszertifikate sowie KWK-Zertifikate je nach Art der Erzeugungsanlage unterteilt und können mit gewissen Einschränkungen kombiniert werden. Spezielle Regelungen, insbesondere für modernisierte Bestandsanlagen, Mischfeuerungsanlagen und die zur Zeiten der negativen Strombörsenpreisen erzeugten Strommengen, werden generiert.
12. Zertifikate sind handelbar. Die zentrale Rolle im Zertifikate-Handel spielt die Energiewarenborse. Langjährige, bilaterale Zertifikate-Kaufverträge sind möglich und bieten den Vertragsparteien Schutz vor schwankenden Zertifikate-Preisen.
13. Neben dem Verkauf von Zertifikaten kann der Grünstromerzeuger die Einnahmen aus dem Verkauf des physischen Stroms erzielen. Die Stromeinkaufsverpflichtung bedeutet die gesetzliche Verpflichtung der Netzbetreiber zum Kauf der angebotenen Grünstrommengen zum festgelegten Preis. Die Freiheit der Stromerzeuger, den Strom – je nach aktueller Preislage anderweitig zu veräußern – wird durch die 90-tägige Andienungspflicht eingeschränkt.
14. Für die Betreiber von Eigenversorgungsanlagen mit installierter Leistung von 40 kW wurde eine sog. Abrechnungsverpflichtung eingeführt. Die erzeugten, in das Netz allgemeiner Versorgung eingespeisten Strommengen dürfen sie gegen die bezogenen Strommengen abrechnen, allerdings nur maximal zu 80 %. Dieses in anderen europäischen Ländern unbekannte Modell kann nicht in Kategorien eines Fördermodells, sondern eher als eine Belastung der Stromerzeuger betrachtet werden.
15. Das Ausschreibungsmodell ist für die Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien in Anlagen konzipiert, die grundsätzlich nach dem Inkrafttreten der zentralen Regelungen des OZE-G in Betrieb genommen wurden. Von dem Ausschreibungsmodell können auch sog. Energiecluster und Energiegenossenschaften profitieren, wobei der Inhalt der neuen Rechtsbegriffe unklar ist. Obwohl theoretisch vorgesehen, ist die Teilnahme von internationalen Akteuren praktisch ausgeschlossen.
16. Die umfassenden formellen Präqualifikationsanforderungen (z.B. grundsätzlich Vorlage einer Baugenehmigung) bedeuten eine sog. späte Ausschreibung, sodass das (finanzielle) Risiko der Nichtrealisierung des Projekts (des fehlenden Zuschlags) überwiegend bei dem Projektentwickler besteht. Die technischen und finanziellen Anforderungen sorgen einerseits für eine bestimmte Qualität der Projekte, andererseits steigern sie den Schwierigkeitsgrad der Projektrealisierung.

17. Die Bestandsanlagen dürfen von dem Zertifikate-Modell in das Ausschreibungsmodell wechseln und sind dabei von dem Präqualifikationsverfahren befreit.
18. Die bezuschlagten Projekte sind in einem gesetzlich vordefinierten, relativ großzügigen Zeitraum zu realisieren. Die Betreiber von Anlagen bis 500 kW erhalten einen Förderanspruch gegen sog. verpflichtete Verkäufer. Die Betreiber von größeren Anlagen werden infolge einer komplizierten Berechnung des Ausgleichs eines sog. Minussaldos vergütet.
19. Wenige Erleichterungen für Bürgerwindenergieprojekte können nicht als planmäßige Unterstützung dieser Akteursgruppe qualifiziert werden.
20. Das auf der Verordnungsebene festgelegte Ausschreibungsvolumen und lediglich jährlich organisierte Ausschreibungsrunden können in stop-and-go der Realisierung der grünen Projekte, in einem übermäßigen Einfluss der Verwaltung und damit fehlender Planungssicherheit der potenziellen Projektentwickler resultieren. Schwierigkeiten in der Ermittlung des Regelungsinhalts von zahlreichen Normen und die knappe oder fehlende Gesetzesbegründung von zentralen Normen lassen aus juristischer Sicht den erwarteten Erfolg des Fördermodells bezweifeln. Die Zweifel bestätigen die Ergebnisse der ersten Ausschreibungsrunde.
21. Das Funktionieren der Fördermodelle soll durch einen Kontroll- und Strafmechanismus, dessen zentrale Figur der Vorsitzende der Energieregulierungsbehörde ist, gewährleistet werden.
22. Die Kosten des Fördermodells werden im Rahmen eines Abwälzungsmechanismus an die Endverbraucher abgewälzt. Die berechtigten Kosten der Förderung über Zertifikate-Modelle berücksichtigen die verpflichteten Verkäufer in der Stromrechnung. Auch die im Rahmen des Zertifikate-Modells durch die Verpflichteten bezahlte Ersatzgebühr kann umgewälzt werden, was als systemfeindlich einzustufen ist. Für die Umwälzung der Kosten des Ausschreibungsmodells wurde ein Umwälzungsmechanismus mit der Abrechnungsverwaltung AG als zentraler Stelle geschaffen. Die Endverbraucher sind zur Zahlung einer sog. OZE-Umlage, deren Höhe nach einem gesetzlich vorgeschriebenen Muster berechnet wird, verpflichtet.
23. Die Befreiungen für stromintensive Unternehmen sowohl im Rahmen des Zertifikate- als auch des Ausschreibungsmodells sorgen für die Entlastung dieser Gruppe.
24. Zusätzlich zu den Fördermodellen führte der polnische Gesetzgeber Maßnahmen für die Unterstützung von Mikro- und Kleinanlagen sowie Stromerzeugung aus Agrarbiogas in Bezug auf Netzanschluss-, Verteilungs- und Übertragungsvorrang, Netzanschlusskosten, Höhe der Konzessionsgebühren und Verbrauchsteuerentlastung ein. Die positive (wirtschaftliche) Wirkung der Mechanismen wird dadurch reduziert, dass die Vorteile bei der Berechnung der Höhe der Gesamtförderung hineingezogen werden und damit zur Deckelung der Förderhöhe führen.
25. Die formellen Rahmen für die Nutzung der Herkunftsnachweise und Aktivität im Rahmen von flexiblen Kooperationsmechanismen (statistischer Transfer und gemeinsame Projekte) wurden geschaffen, allerdings ist das Regelungswerk nicht komplett, sodass die Möglichkeiten der Mechanismen noch nicht (vollständig) ausgeschöpft werden können.
26. Die Realisierung der Projekte im Bereich der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien ist auf drei Hauptsäulen gestützt: Netzanschluss, Errichtung der Stromerzeugungsanlage und Erlangung der Konzession, die durch ein komplexes Regelungswerk geregelt werden.

27. Der Anlagenbetreiber hat grundsätzlich einen Anspruch auf Anschluss der Anlage an das Netz allgemeiner Versorgung. Der Kontrahierungszwang entsteht allerdings erst dann, wenn technische und wirtschaftliche Anschlussbedingungen erfüllt werden, was teilweise im alleinigen Einflussbereich des Netzbetreibers liegt. Dies sowie die Anschlussgebühr in nicht unerheblicher Höhe, umfassende Unterlagen, die für den Erlass der Netzanschlussbedingungen durch den Netzbetreiber eingereicht werden müssen, unklare Regelungen und begrenzte Möglichkeit des Einflusses auf die Entscheidungen des Netzbetreibers erschweren die Durchführung des Netzanschlusses wesentlich.
28. Die Privilegien für die Erzeuger grüner Energie in Form von Netzanschlussvorrang und Verteilungs-/Übertragungsvorrang kompensieren die rechtlichen und faktischen Schwierigkeiten in Bezug auf Netzzugang und -nutzung nur teilweise.
29. Die meisten EE-Projekte fallen unter die Gruppe von sogenannten Projekten, die möglicherweise eine Auswirkung auf die Umwelt haben, sodass die Einholung eines Umweltverträglichkeitsbescheids obligatorisch ist.
30. Die Errichtung einer EE-Anlage mit installierter Leistung von über 100 kW ist raumordnungsrechtlich dann zugelassen, wenn der Standort sich in dem durch den Flächennutzungsplan dafür vorgesehenen Bereich befindet. Eine entsprechende Regelung hat auch der Bebauungsplan zu enthalten. Existiert kein Bebauungsplan, kann der Projektentwickler die Genehmigung aufgrund eines individuellen Planfeststellungsbeschlusses bewirken. Die Zulässigkeit dieses Wegs ist allerdings strittig. Grundsätzlich ist auch eine Baugenehmigung einzuholen.
31. Die Hürde der Berücksichtigung der EE-Standorte bereits im Flächennutzungsplan sowie ein sog. Antimühlengesetz, welches die 10-H-Regelung vorschreibt, schränken die Zahl der zur Verfügung stehenden Standorte wesentlich ein.
32. Grundsätzlich alle Anlagen – außer Mikro- und Kleinanlagen – haben für ihre Stromerzeugungstätigkeit eine Konzession einzuholen, die gleichzeitig eine der Fördervoraussetzungen ist.
33. Die Fördermodelle für Strom aus erneuerbaren Energien sind mit höherrangigem Recht vereinbar.
34. In der polnischen Verfassung ist zwar kein direkter Bezug auf die erneuerbaren Energien zu finden. Die Unterstützung der grünen Stromerzeugung lässt sich aus dem Gebot des Umweltschutzes herleiten.
35. Die Erfüllung der Voraussetzungen des Beihilfenbegriffs in Bezug auf das Quotenmodell mit Zertifikate-Handel (Quotenverpflichtung, Stromabnahmeverpflichtung, Ersatzzahlung) scheitert an der Voraussetzung der Staatlichkeit der Mittel.
36. Da die Staatlichkeit der Mittel auch im Falle des Ausschreibungsmodells zu verneinen ist, stellt auch dieses Modell keine Beihilfe dar. Insbesondere die Einschaltung der Abrechnungsverwaltung AG als Zentralstelle des Umwälzungsmechanismus führt nicht zur Annahme der Staatlichkeit der Mittel, die von den Endverbrauchern an die Grünstromerzeuger fließen.
37. Die Fördermodelle für Strom aus erneuerbaren Energien in Polen sind mit der Warenverkehrsfreiheit im Sinne §§ 28 AEUV vereinbar, da sie notwendig sind, um den Ausbau der grünen Stromerzeugung voranzutreiben.

38. Von einer grundsätzlichen Vereinbarkeit der Fördermodelle für Strom aus erneuerbaren Energien in Polen mit sekundärem Europäischen Recht kann ausgegangen werden.

Literatur

Gesetze, Gerichtsurteile und Fundstellen in den Bundestagsdrucksachen (z.B. Gesetzesbegründungen) werden nicht in das Literaturverzeichnis aufgenommen.

Abrechnungsverwaltung AG, Mitteilung, <http://www.zrkd.pl/ofirmie.php>, abgerufen am 25.08.2016.

Agora Energiewende, Ausschreibungen für erneuerbare Energien, Juni 2014.

Altrock, Martin/Oschmann, Volker, in: *Altrock, Martin/Oschmann, Volker/Theobald, Christian [Hrsg.]*, EEG. Kommentar, 4. Aufl. 2014.

Ancygier, Andrzej/Szulecki, Kasper, Die polnische Energie- und Klimapolitik in der Verantwortung von PiS, Deutsches Polen Institut, Polen-Analysen, Nr. 175, S. 2 ff., http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen175.pdf?utm_source=newsletter&utm_medium=email&utm_campaign=Polen-Analysen+Nr.+175, abgerufen am 02.06.2017.

Ancygier, Andrzej, Misfit of Interests instead of the “Goodness of Fit”? Implementation of European Directives 2001/77/EC and 2009/28/EC in Poland, Hamburg 2013.

Andruszkiewicz, Jerzy/Hoppe, Kamil, Analiza strategii obrotu świadectwami pochodzenia energii odnawialnej podczas notowań sesyjnych rynku praw majątkowych, Rynek energii, Politechnika Lubelska 2015, S. 7 ff.

Ausschuss für Bergbau und Energie, Angaben zu der Sitzung des Ausschusses auf der Internetpräsenz des Sejm, <http://www.sejm.gov.pl/Sejm8.nsf/agent.xsp?symbol=POSIEDZENIAZESP&Zesp=390>, abgerufen am 14.06.2017.

Austrian Wind Energy Association, Vergleich der Fördersysteme für erneuerbare Energien, Februar 2015, <https://www.igwindkraft.at/mmedia/download/2015.03.25/142729200772414.pdf>, abgerufen am 28.11.2015.

Bąk, Mieczysław/Bednarz, Paulina/Kulawczuk, Przemysław/Szcześniak, Anna, Kodeks rzetelnych praktyk legislacyjnych, Instytut Badań nad Demokracją i przedsiębiorstwem prawnym, Warszawa Januar 2007, <http://iped.pl/pliki/publikacje/kodeks2007-1.pdf>, abgerufen am 18.06.2017.

Bartosiewicz, Michał, Komentarz do art. 74 Konstytucji Rzeczypospolitej Polskiej, Lex 2014.09.15.

Bartosch, Andreas, EU-Beihilfenrecht, 2. Auflage 2016.

Bartuszek, Łukasz, Charakter prawny warunków przyłączenia, Biuletyn URE 2010, Nr. 5, S. 71.

Bauknecht, Dierk/Sachs, Anja/Heinemann, Christoph, Durch Kooperation zu mehr erneuerbaren Energien und geringeren Gesamtkosten, ET 2012, Heft 11, S. 45.

Bednarek-Szczepańska, Maria, Polityka energetyczna, Band 19, Heft 1, S. 53/72.

Behlau/Lutz/Schütt, in: Behlau, Volker/Lutz, Jana/Schütt, Manuel, Klimaschutz durch Beihilfen. Eine Analyse des beihilferechtlichen Rahmens für energie- und umweltpolitische Maßnahmen, 2012.

Ben Amer, Anis Białe certyfikaty – czyli o tym, że początki bywają trudne, http://knpers.amu.edu.pl/?page_id=968, abgerufen am 01.06.2017.

Bergmann, Heidi/Timpe, Christof/Klann, Uwe/Langniß, Ole/Nitsch, Joachim/Cames, Martin/Voß, Jan-Peter, Umsetzungsaspekte eines Quotenmodells für Strom aus erneuerbaren Energien, Abschlussbericht im Auftrag des Ministeriums für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg, Freiburg-Stuttgart-Heidelberg, August 2011.

Berninghaus, Siegfried/Ehrhart, Karl-Martin/Güth, Werner, Strategische Spiele, Eine Einführung in die Spieltheorie, 3. Aufl. 2010, S. 231.

Bokiej, Marta, Nowe przepisy dotyczące elektrowni wiatrowych, [prawodlasamorządu.pl](http://prawodlasamorządu.pl/2016-03-21-nowe-przepisy-dotyczace-elektrowni-wiatrowych-html) vom 21.03.2016, <http://prawodlasamorządu.pl/2016-03-21-nowe-przepisy-dotyczace-elektrowni-wiatrowych-html>, abgerufen am 01.06.2017.

Brückmann, Robert/Steinbach, Armin Die Förderung erneuerbarer Energien im Lichte der Warenverkehrs-freiheit, EnWZ 2014, S. 346.

Bukowska, Joanna/Ejdys, Joanna/Poskrobko, Bazyli, Ekonomiczne i prawne aspekty wykorzystania energii odnawialnych w Polsce, Prawo i Środowisko 1999, Nr. 1, S. 82 ff.

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, www.bmwi.de/DE/Themen/Industrie/Industrie-und-Umwelt/klimaschutz,did=338374.html, abgerufen am 07.05.2017.

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Eckpunktepapier vom 31.07.2015.

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Eckpunktepapier, Öffnung des EEG für Strom aus anderen EU-Mitgliedstaaten im Rahmen der Pilot-Ausschreibung für Photovoltaik-Freiflächenanlagen, Stand 04.03.2016.

Burgi, Martin/Wolff, Daniel, Der Beihilfebegriff als fortbestehende Grenze einer EU-Energieumweltpolitik durch Exekutivhandeln, *EuZW* 2014, S. 647.

Busch, Per-Olof, Die Diffusion von Einspeisevergütungen und Quotenmodellen: Konkurrenz der Modelle in Europa, Rapport der Forschungsstelle für Umweltpolitik der FU Berlin vom März 2003, <http://userpage.fu-berlin.de/ffu/download/rep-2003-03.pdf>, abgerufen am 28.11.2015.

ClientEarth, Mitteilung, <http://www.documents.clientearth.org/wp-content/uploads/library/2016-05-31-poprawki-do-nowelizacji-ustawy-o-odnawialnych-zrodlach-energii-druk-476-ce-pl.pdf>, abgerufen am 19.05.2017.

ClientEarth, Ustawa o efektywności energetycznej wymaga nowelizacji, <https://www.pl.clientearth.org/ustawa-o-efektywnosci-energetycznej-wymaga-nowelizacji/>, abgerufen am 01.06.2017.

ClientEarth, Zmiany w ustawie o OZE: polskim rodzinom odebrano taryfy gwarantowane vom 06.05.2016, <https://www.pl.clientearth.org/zmiany-w-ustawie-o-oze-polskim-rodzinom-odebrano-taryfy-gwarantowane/>, abgerufen am 19.05.2017.

Cremer, Wolfram in: Callies, Christian/Ruffert, Matthias, EUV/AEUV, Das Verfassungsrecht der Europäischen Union mit Grundrechtscharta, Kommentar, 4. Aufl. 2011.

Dannecker, Marcus/Rutloff, Marc, Kein Vertrauensschutz für Offshore-Windprojekte? *EnWZ* 2016, S. 490.

de Vos, Rolf/Klessman, Corinna, How to design a successful auction for renewable energy projects, *Energypost*, 22.05.2014, <http://www.energypost.eu/design-successful-auction-renewable-energy-projects/>, abgerufen am 07.05.2017.

Dees, Philip, Preisbildung in Quotenmodellen zur Förderung Erneuerbarer Energien: Modellierung mit stochastischem Ansatz am Beispiel des schwedischen Quotenmodells, <http://docplayer.org/7206711-Preisbildung-in-quotenmodellen-zur-foerderung-erneuerbarer-energien-modellierung-mit-stochastischem-ansatz-am-beispiel-des-schwedischen-quotenmodells.html>, abgerufen am 11.06.2017.

Derski, Bartłomiej, Kto straci na współspalaniu?, <http://wysokienapiecie.pl/oze/548-kto-straci-na-wspolspalaniu> vom 16.12.2014, abgerufen am 25.04.2017.

Derski, Bartłomiej, Ustawa antywiatrakowa uderzy w budżety gmin? Tego PiS się nie spodziewał, *money.pl* vom 07.06.1983, <http://www.money.pl/gospodarka/wiadomosci/artukul/ustawa-antywiatrakowa-uderzy-w-budzety-gmin,234,0,2100714.html>, abgerufen am 01.06.2017.

Diekmann, Jochen/Kemfert, Claudia/Neuhoff, Karsten/Schill Wolf-Peter/Traber, Thure, Erneuerbare Energien: Quotenmodell keine Alternative zum EEG, *DIW Wochenbericht* Nr. 45.2012.

Drillisch, Jens, Quotenmodell für regenerative Stromerzeugung. Ein umweltpolitisches Instrument auf liberalisierten Elektrizitätsmärkten, Oldenbourg Instrieverlag, München 2001.

Dul, Marek, Geldy towarowe. Komentarz, ABC 2006, LEX.

Ehlers, Dirk [Hrsg.], Europäische Grundrechte und Grundfreiheiten, 4. Auflage 2014.

Ehricke, Ulrich, in: Frenz, Walter/Müggenborg, Hans-Jürgen, EEG, 3. Auflage 2013.

Ekardt, in: Ekardt, Felix [Hrsg.], Generationengerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit. Philosophische, juristische, ökonomische, politologische und theologische Neuansätze, 2006.

Ekardt, Felix Die Energiewende als Beihilfe? <http://www.lto.de/recht/hintergruende/h/eug-urteil-t4715-eeg-strom-umlage-beihilfe-ausdehnung-begriff-energiewende-deutschland/>, abgerufen am 01.06.2017.

Ekardt, Felix, Information, Partizipation, Rechtsschutz. Prozeduralisierung von Gerechtigkeit und Steuerung in der Europäischen Union, 2004.

Ekardt, Felix, Jahrhundertaufgabe Energiewende. Ein Handbuch, 1. Auflage 2014.

Ekardt/Hennig, in: Ekardt, Felix/Hennig, Bettina/Hyla, Anna, Landnutzung, Klimawandel, Emissionshandel und Bioenergie 2010.

Ekardt, Felix/Holzappel, Nadine/Ulrich, Andrea E., Nachhaltigkeit im Bodenschutz – Landnutzung und Ressourcenschonung, Phosphor-Düngung und Bodenbiodiversität als Rechtsproblem, Umwelt- und Planungsrecht 2010, S. 260 ff.

Ekardt, Felix, Theorie der Nachhaltigkeit. Ethische, rechtliche, politische und transformative Zugänge – am Beispiel von Klimawandel, Ressourcenknappheit und Welthandel, 2., wesentlich überarbeitete Auflage, 2016.

Ekardt, Felix, Energie- und Klimawende, Hemmnisse, Suffizienz, Mengensteuerung und die Grundrechte, Einige Fragen von Nachhaltigkeit und erneuerbaren Energien, Februar 2012.

Ekardt, Felix, Suffizienz: Politikinstrumente, Grenzen von Technik und Wachstum und die schwierige Rolle des guten Lebens, Soziologie und Nachhaltigkeit 2015, Nr. 4.

Ekardt, Felix/Spangenberg, Joachim/Hennig, Bettina/Wessel, Magnus/Henkel, Marianne/Wieding, Jutta, Ökonomische Bewertung und ökonomische Instrumente im Natur- und Biodiversitätsschutz, BUND 2015.

Ekardt, Felix/Valentin, Florian, Das neue Energierecht, 1. Auflage 2015.

Ekardt, Felix, EEG-Novelle 2014: Verfassungs- und europarechtliche Probleme, Rechtsgutachten im Auftrag des Solarenergie - Fördervereins Deutschland e.V., Endfassung vom 21.05.2014, https://www.sfv.de/pdf/SFVEEGGutachten_mS.pdf, abgerufen am 15.10.2015.

Ekardt, Felix, Energiewende und EU-Beihilferecht: EEG-Förderung, EEG-Ausnahmen, Atomrecht, Energiesteuern, S. 3, <http://felix-ekardt.eu/files/texts/Beihilfenrecht1.pdf>, abgerufen am 10.06.2017.

Ekardt, Felix, Umweltverfassung und „Schutzpflichten“. Zugleich zu Nachhaltigkeit, Recht, Verhältnismäßigkeit und Abwägung, NVwZ 2013, 1105 (1109).

Ekardt, Felix/Schmeichel, Andrea, Erneuerbare Energien, Warenverkehrsfreiheit und Beihilfenrecht – Nationale Klimaschutzmaßnahmen im EG-Recht, ZEuS 2000, 171.

Ekardt, Felix, Jahrhundertaufgabe Energiewende. Ein Handbuch. 1. Auflage 2014.

Ekardt, Felix/Hennig, Bettina, Ökonomische Instrumente und Bewertungen der Biodiversität. Lehren für den Naturschutz aus dem Klimaschutz?, 2015, S. 34.

Hennig, Bettina in: *Ekardt/Felix/Hennig, Bettina/Unnerstall, Herwig [Hrsg.]*, Erneuerbare Energien. Ambivalenzen, Governance, Rechtsfragen, 2012.

Ekardt, Felix/Neumann, Nina, Liberalisierter Welthandel und Umweltschutz. Produktionsbezogene Handelsbeschränkungen und Border Tax Adjustments für umweltschädlich im Ausland hergestellte Produkte, ZfU 2/2008.

Ekardt, Felix/Neumann, Werner/Wieding, Jutta/Schmidt-Kanefendt, Hans-Heinrich, Grundlagen und Konzepte einer Energiewende 2050, BUND.

Ekardt, Felix/Susnjar, Davor, Tatsachen und Tatsachenunsicherheiten im nationalen, europäischen und internationalen Umweltrecht. Zugleich zur Sein-Sollen-Scheidung im Recht, UTR 93 (2007), S. 277 ff.

Ekardt, Felix/van Riesten, Hilke/Hennig, Bettina, CCS al Governance- und Rechtsproblem, ZfU 4/2011, S. 409.

Ekardt, Felix/Wieding, Jutta, Rechtlicher Aussagegehalt des Paris-Abkommen – eine Analyse der einzelnen Artikel, ZfU-Spezial Paris abkommen, 2016, S. 36 ff.

Energieministerium, Angaben zum Landesaktionsplan für Energieeffizienz 2014, <http://www.me.gov.pl/Energetyka/Efektywnosc+energetyczna/KPDEE>, abgerufen am 31.05.2017.

Energieministerium, Entwurf einer Gesetzesnovelle, [http://orka.sejm.gov.pl/opinie8.nsf/nazwa/390_20170608/\\$file/390_20170608.pdf](http://orka.sejm.gov.pl/opinie8.nsf/nazwa/390_20170608/$file/390_20170608.pdf), abgerufen am 14.06.2017.

Energieministerium, Meldung zum Entwurf der „Energiepolitik Polens bis 2050“, <http://www.me.gov.pl/Energetyka/Polityka+energetyczna>, abgerufen am 20.04.2017.

Energiewarenbörse AG, Mitteilung, <http://www.tge.pl/pl/51/czlonkostwo-w-rsp>.

Energiewarenbörse AG, Mitteilung, <https://tge.pl/pl/536/ceny-okresowe-oze>, abgerufen am 28.04.17.

Energiewarenbörse AG, Ordnung über Zertifikatsregister http://www.tge.pl/fm/upload/RSP---Dokument/2017/REGULAMIN_RP23022017.pdf, abgerufen am 28.04.2017.

Eine, Astrid in: von *Landmann, Robert/Rohmer, Gustav [Hrsg.]*, Umweltrecht, 75. Ergänzungslieferung 2015.

Ernst and Young Global Limited, Renewable energy country attractiveness index, Mai 2013.

Ernst and Young Global Limited, Renewable energy country attractiveness index, Mai 2017.

Europäische Kommission, Bekanntmachung der Kommission zum Begriff der staatlichen Beihilfe im Sinne des Artikels 107 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, (2016/C 262/01), ABl. C 262/1.

Europäische Kommission, EU-Roadmap für eine Dekarbonisierung der europäischen Energieversorgung bis 2050, Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und

Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, Energiefahrplan 2050, Brüssel 15.12.2011, KOM (2011) 885.

Europäische Kommission, Fortschritte auf dem Weg zur Vollendung des Energiebinnenmarktes, Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, Brüssel 13.10.2014, COM (2014) 634.

Europäische Kommission, Mitteilung an das Europäische Parlament, den Rat, den Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank. Saubere Energie für alle Europäer, Brüssel 30.11.2016, COM (2016) 860 final.

Europäische Kommission, Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, Brüssel, 22.01.2014, KOM (2014) 015.

Europäische Kommission, Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank. Rahmenstrategie für eine krisenfeste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzstrategie, Brüssel 25.02.2015, COM (2015) 80.

Europäische Kommission, Mitteilung der Kommission an den Europäischen Rat und das Europäische Parlament. Eine Energiepolitik für Europa, Brüssel 10.01.2007, KOM (2007) 1.

Europäische Kommission, Pressemitteilung Energy Efficiency: Commission requests ESTONIA and POLAND to fully transpose the EU Energy Efficiency Directive, <http://ec.europa.eu/energy/en/energy-efficiency-commission-requests-estonia-and-poland-fully-transpose-eu-energy-efficiency>, abgerufen am 01.06.2017.

Europäische Kommission, Pressemitteilung vom 21.03.2013, abrufbar unter http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-259_de.htm, abgerufen am 29.01.2016.

Europäische Kommission, Pressemitteilung vom 26.02.2015, http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-4499_de.htm, abgerufen am 12.05.2017.

Europäische Kommission, Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (Neufassung) vom 23.02.2017, COM (2016) 767 final.

Europäische Kommission, Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und Rates über die Einrichtung und Anwendung einer Marktstabilitätsreserve für das EU-System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten und der Änderung der Richtlinie 2003/87/EG, Brüssel 22.01.2014, COM (2014) 20.

Europäischer Rat, Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates, Brüssel 20.03.2015, EUCO 11/15.

Europäischer Rat, Schlussfolgerungen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030, Tagung des Europäischen Rates 23./24.10.2014, SN 79/14.

Eurostat, Angaben, http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Renewable_energy_statistics/de, abgerufen am 02.06.2017.

Frąckowiak, Adam/Szambelańczyk, Maciej, Spółdzielnie energetyczne – sposoby wdrożenia w Polsce, Czysta Energia, Nr. 1/2015, http://www.cire.pl/pliki/2/prawo_szambelanczykpo_kor_po_adpo_kor.pdf, abgerufen am 02.05.2017.

Franczak-Durczok, Katarzyna, Zawarcie umowy przyłączeniowej w ciepłownictwie, PUG 2009, Nr 1, S. 6.

Franczak-Durczok, Katarzyna, Zawarcie umowy przyłączeniowej w ciepłownictwie, Przegląd Ustawodawstwa Gospodarczego 2009, Heft 1, S. 7.

Franzius, Claudio, Die Herausbildung der Instrumente indirekter Verhaltenssteuerung im Umweltrecht der Bundesrepublik Deutschland, Schriften zum Umweltrecht, Band 99.

Freiherr von Bredow, Hartwig, Energieeffizienz als Rechts- und Steuerungsproblem unter besonderer Berücksichtigung der erneuerbaren Energien, 2013.

Franzius, in: Müller, Thorsten/Kahl, Hartmut [Hrsg.], Erneuerbare Energien in Europa, 1. Auflage 2015.

Frenz in: Frenz, Walter/Müggenborg, Hans-Jürgen/Cosack, Tilman/Ekardt, Felix [Hrsg.], EEG, Erneuerbare-Energien-Gesetz Kommentar, 4. Auflage.

Garlicki, Leszek, Konstytucja Rzeczypospolitej Polskiej. Komentarz, Band I, Wydawnictwo Sejmowe 1999, Art. 74.

Gawel, Erik/Purkus, Alexandra/Bruttel, Franziska, Auktionen als Förderinstrument für erneuerbare Energien. Erfahrungen mit den Ausschreibungsrunden 2015 nach FFAV und Implikationen für die Weiterentwicklung im EEG 3.0, EnWZ 2016, S. 153.

- Gerner, Daria*, Zuteilung der CO₂-Zertifikate in einem Emissionshandelssystem, Kassel University Press 2012.
- Giermek, Krzysztof/Włodarczyk, Witold*, Rozwój odnawialnych źródeł energii w latach 1999-2004 – ocena mechanizmów wspierania, Bulletin URE, Nr. 1/2005.
- Glinski, Carola*, Kein Zwang zur Eröffnung nationaler Fördermodelle für erneuerbare Energien zugunsten ausländischer Hersteller, EuR 2014, S. 567.
- Grabmayr, Nora/Münchmeyer, Helena/Pause, Fabian/Stehle, Achim/Müller, Thorsten*, Förderung erneuerbarer Energien und EU-Beihilferahmen, Würzburger Studien zum Umweltenergie recht Nr. 2 vom März 2014.
- Gundel, Jörg*, Die Vorgaben der Warenverkehrsfreiheit für die Förderung erneuerbaren Energien – Neue Lösungen für ein altes Problem? EnWZ 2014, S. 99.
- Häder, Michael*, Einspeisevergütung vs. Quoten-/Zertifikatsysteme – eine ökonomische Analyse der nationalen Systeme zur Förderung der regenerativen Stromerzeugung in der Europäischen Union, 05.07.2005, https://www.hochschule-bochum.de/fileadmin/media/fb_w/Haeder/EnWa/EE-Foerdersysteme.pdf, abgerufen am 30.5.2017.
- Hajduk, Robert*, Wątpliwa ochrona praw nabytych OZE, wnp.pl 23.09.2013, http://energetyka.wnp.pl/r-hajduk-norton-rose-fulbright-watpliwa-ochrona-praw-nabytych-oze,207170_1_0_0.html, abgerufen am 15.02.2016.
- Hauser, Eva/Weber, Andreas/Zipp, Alexander/Leprich, Uwe* Bewertung von Ausschreibungsverfahren als Finanzierungsmodell für Anlagen erneuerbarer Energienutzung, Institut für Zukunftsenergiesysteme GmbH, Endbericht (korrigierte Endversion) 26.06.2014.
- Hennig, Bettina*, Nachhaltige Landnutzung und Bioenergie, Ambivalenzen, Governance, Rechtsfragen, März 2017.
- Herrmann, Christoph*, Anmerkung zum Urt. des EuGH vom 14.01.2015, C-518/13, The Queen auf Antrag von Eventech Ltd/Parking Adjudicator, NVwZ 2015, S. 422.
- Herz, Steffen/Valentin, Florian*, Ein Überblick über den neuen Rechtsrahmen und die verschiedenen Optionen für die Vermarktung von Strom aus Erneuerbare Energien, EnWZ 2014, S. 358.
- Himmer, Richard-E.*, Energiezertifikate in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Eine rechtsvergleichende und europarechtliche Analyse quotengestützter Zertifikatshandelssysteme zur Förderung erneuerbarer Energien, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 1. Auflage 2015.
- Horodko, Krzysztof/Sztuba, Wojciech*, Analiza scenariusza rozwoju polskiej energetyki odnawialnej. Polskie Stworzenie Energetyki Wiatrowej, August 2013.
- Institut der Erneuerbaren Energie GmbH (IEO)*, Umfrage, <http://www.ieo.pl/pl/aktualnosci/1066-szczegoowe-wyniki-ankiety-pt-co-sdzisz-o-ustawie-oze-.html>, abgerufen am 28.02.2016.
- Ismer, Roland/Karch, Alexandra*, Das EEG im Konflikt mit dem Unionsrecht: Die Begünstigung der stromintensiven Industrie als unzulässigen Beihilfe, ZUR 2013, 526.
- Jacobs, Max*, Europäischer Emissionshandel, Erneuerbare-Energien Gesetz und das Recht der Umweltbeihilfen. Plädoyer für einen „more environmental approach“ im EU-Wettbewerb, 2016.
- Janeiro, Luis/Resch, Gustav*, Prognoza realizacji celu OZE dla Polski. Raport końcowy, Ecofys auf Antrag von PSEW, 09.03.2017.
- Jerzy Witold Piotrowicz*, Antwort auf die mündliche Anfrage des Parlaments Nr. 21082 vom 23.10.2013.
- Jodłowski, Adam/Kasnowski, Jakub*, Klaster energii – nowość w ustawie o OZE, Wysokie Napięcie, 27.07.2016, <http://wysokienapiecie.pl/oze/1638-klaster-energii-nowosc-w-ustawie-o-oze>, abgerufen am 02.05.2017.
- Kahl, Hartmut*, Viele Wege führen nach Rom: Die Preisfindung bei der Förderung erneuerbarer Energien im Beihilferecht der EU und Subventionsrecht der WTO, ZUR 2015, S. 67.
- Kahles, Markus/Grabmayr, Nora*, Ausschreibungen im EEG 2014 und „Altmark Trans“. Beihilfefreie Ausgestaltung des EEG durch Einführung einer gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung und wettbewerblicher Ermittlung der Förderhöhe, ZUR 2016, S. 138.
- Kahles, Markus/Pause, Fabian*, Öffnung nationaler Fördersysteme für Strom aus erneuerbaren Energien aus anderen Mitgliedstaaten. Renaissance der kooperativen Mechanismen? EuZW 2015, S. 776.
- Kanzlei des Premierministers*, Angaben zu „Nationalen Rahmen der Entwicklungspolitik der Alternativkraftstoffe“, <http://bip.kprm.gov.pl/kpr/form/r2094,Krajowe-ramy-polityki-rozwoju-infrastruktury-paliw-alternatywnych.html>, abgerufen am 24.04.17.
- Kanzlei des Premierministers*, Information auf der Website des Bulletins der Kanzlei,

<http://bip.kprm.gov.pl/kpr/form/r2094,Krajowe-ramy-polityki-rozwoju-infrastruktury-paliw-alternatywnych.html>,
abgerufen am 24.04.17.

Karski, Leszek/Piotr, Korzeniowski, Model prawny regulacji odnawialnych źródeł energii, Centrum Badań i Innowacji Pro-Akademia, 2012, S. 175.

Kassenberg, Andrzej, Perspektywy Rozwoju energetyki wiatrowej, Biuro Analiz Semowych, 1/2012, S. 227.

Kleine/Sühnel, in: *Birnstiel, Alexander/Bungenberg/Heinrich, Helge [Hrsg.]* Europäisches Beihilfenrecht, 1. Auflage 2013, Rn. 90.

Klessmann, Corinna/de Visser, Erika/Wigand, Fabian/Gephart, Malte/Resch, Gustav/Busch, Sebastian Cooperation between EU Member States under the RES Directive, Ecofys, 29.01.2014.

Kliemann, Annette/Mederer, Wolfgang, in: *von der Groeben, Hans/Schwarze, Jörgen/Hatje, Armin*, Europäisches Unionsrecht, Band 3, 7. Auflage 2015.

Kliemann, Annette in: *von der Groeben, Hans/Schwarze, Jörgen/Hatje, Armin*, Europäisches Unionsrecht, Band 3, 7. Auflage 2015.

Kohls, Malte/Wustlich, Guido, Eine Einführung in die Freiflächenausschreibungsverordnung, NVwZ 2015, S. 313.

Kohls, Malte/Wustlich, Guido, Die Pilotausschreibungen für Photovoltaikanlagen. Eine Einführung in die Freiflächenausschreibungsverordnung, NVwZ 2015, S. 313.

Kołodziej, Roman, Doświadczenia z pierwszego przetargu na białe certyfikaty, <http://www.bialecertyfikaty.com.pl/artykuly/doswiadczenia-z-pierwszego-przetargu-na-biale-certyfikaty>,
abgerufen am 01.06.2017.

Komorowski, Thomas, Quotenmodelle zur Förderung erneuerbarer Energien, Rechtsrahmen und Gestaltungsoptionen des Gesetzgebers, Schriftenreihe Umwelt-Recht-Gesellschaft 2006.

Kröger, James, Die Förderung erneuerbarer Energien im Europäischen Elektrizitätsbinnenmarkt, Nomos 2015.

Krüper, Julian, Grundlagen des Rechts, 3. Auflage 2017.

Krzyżanowska, Anna, Branza OZE apeluje do prezydenta: Ustawa o wiatrakach do TK, Gazeta Prawna vom 21.06.2016, <http://biznes.gazetaprawna.pl/artykuly/953556,branza-oze-do-prezydenta-ustawa-o-wiatrakach-do-tk.html>,
abgerufen am 01.06.2017.

Kulagowski, Wojciech, Możliwości wzrostu wykorzystania energii odnawialnej ze źródeł odnawialnych w Polsce – intencje a rzeczywistość, Rynek Energii 2000, Nr. 3, S. 7 f.

Lasocki, Karol, Czego nie ma w projekcie ustawy o OZE, cire.pl, 09.01.2012.

Lehnert, Wieland, Direktvermarktung und Netzintegration von Strom aus erneuerbaren Energien im EEG 2014: Gesetzliche Vorgaben und Rechtspraxis, ZUR 2015, S. 277.

Lehnert, Wieland/Vollprecht, Jens, Neue Impulse von Europa: Die Erneuerbare-Energien-Richtlinien der EU, ZUR 2009, S. 307.

Lowitzsch, Jens/Goebel, Katarzyna, Zur Reform des polnischen Energierechts, ZNER 2013, S. 30.

Lutz, Jana/Schütt, Manuel/Behlau, Volker, Klimaschutz durch nationale Energiebeihilfen. Möglichkeiten und Grenzen nationaler Maßnahmen zur Förderung Erneuerbarer Energien und Energieeffizienz unter dem europäischen Beihilferegime, ZUR 2011, S. 178.

Malinowski, Andrzej, ustawa o inwestycjach w zakresie elektrowni wiatrowych – tzw. ustawa odległościowa - sparaliżowała całą branżę, Rzeczpospolita vom 28.08.2016, abgerufen am 01.06.2017.

Martenczuk, Bernd, in: *von der Groeben/Schwarze, Jörgen/Hatje, Armin*, Europäisches Unionsrecht, Band 3, 7. Auflage 2015.

Mathes, Felix, Ch., Der Instrumenten-Mix einer ambitionierten Klimapolitik im Spannungsfeld von Emissionshandel und anderen Instrumenten, von Mai 2010, <http://www.oeko.de/oekodoc/1020/2010-078-de.pdf>,
abgerufen am 07.05.2017.

Maurer, Luiz, T.A./Barroso, Luiz A. Electricity Auctions: An overview of efficient practices, The World Bank, Washington D.C. 2011.

Mederer, Wolfgang, in: *von der Groeben, Hans/Schwarze, Jörgen/Hatje, Armin*/Europäisches Unionsrecht/. Band 3, 7. Auflage 2015, Art. 107.

Ministerrat, Strategie Energiesicherheit und Umwelt, verabschiedet am 15.04.2014, http://www.kigeit.org.pl/FTP/PRCIP/Literatura/008_3_Strategia_Bezpieczenstwo_Energetyczne_i_Srodowisko_

2020.pdf, abgerufen am 20.04.17.

Müller-Graf, in: Vedder, Christoph/Heintschel von Heinegg, Wolff, Europäisches Unionsrecht, Handkommentar, 1. Auflage 2012

Müller-Graf, Peter-Christian, in: von der Groeben, Hans/Schwarze, Jörgen/Hatje, Armin, Europäisches Unionsrecht, Band 3, 7. Auflage 2015.

Nagel, Bernhard, Die Vereinbarkeit des Gesetzes für den Vorrang Erneuerbarer Energien (EEG) mit dem Beihilferecht der EG, ZNER 2000, S. 107.

Nowaczek-Zaremba, Małgorzata, Nowak, Donata, Kommentar zu Art. 7 des EnR, Lex online, Stand 09.08.2010.

Nowak, in: Pechstein, Matthias/Nowak, Carsten/Häde, Ulrich, Frankfurter Kommentar zu EUV, GRC und AEUV, Band III, 2017

Nusser, Jan, Zweckbestimmungen in Umweltschutzgesetzen, S. 28.

Ohms, Martin J., Recht der Erneuerbaren Energien, C.H. Beck 2014.

Oschmann, Volker, Sösemann, Fabian, Erneuerbare Energien im deutschen und europäischen Recht – Ein Überblick, ZUR 2007, S. 1 f.

Oschmann, Volker, Strom aus erneuerbaren Energien im Europarecht, Nomos Verlagsgesellschaft, 1. Aufl. 2002.

Pankau, Felix, in: Brodecki, Zdzisław [Hrsg.]/Gończ, Elżbieta/Lost-Siemńska, Dorota/Majkowska-Szulc, Sylwia/Pankau, Feliks/Pyć, Dorota/Tyszecki, Andrzej, Ochrona środowiska, Lex. 29.07.2014.

Pfromm, René A., Emissionshandel und Beihilfenrecht, 2010.

Pieklowski, Tadeusz, Dobra zmiana w ustawie oze? Newsletter Energie odnawialne, Rödl&Partner, März 2017.

Pokrzywniak, Jakub Umowa o przyłączenie do sieci elektroenergetycznej, gazowej lub ciepłowniczej i obowiązek jej zawarcia, Warszawa 2013.

Quigley, Conor, European State Aid Law and Policy, Third edition 2015

Rakoczy, Bartosz, Komentarz do art. 5 Konstytucji Rzeczypospolitej Polskiej, 25.11.2013, Lex 29.30.2015.

Rakoczy, Bartosz, Wolność działalności gospodarczej, a ochrona środowiska. Zasada zrównoważonego rozwoju, „Rzeczpospolita”, 31.05.2006, S. C4.

Reschke, Elina, Das Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) und das europäische Beihilfenrecht, 2014.

Ratajczyk, Witold, Prądem pisane, 2000, Nr. 1-2, S. 14.

Ritter, Ernst-Hasso, Umweltpolitik und Rechtsentwicklung, NVwZ 1987, 929.

Romaniszyn, Wojciech, Ekofinanse 1998, Nr. 8.

Roßegger, Ulf, Förderung Erneuerbarer Energien zur Stromerzeugung in Deutschland und im Vereinigten Königreich, BWV 2014.

Rusche, Tim Maxian, Die beihilferechtliche Bewertung von Förderregelungen für die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen: Ein Überblick über die Entscheidungspraxis der Europäischen Kommission, ZNER 2007, S. 143.

Rybski, Robert, in: Fundacja ClientEarth Poland, Implementacja prawa klimatyczno-energetycznego Unii Europejskiej w Polsce, Stand für den 14.09.2013.

Rybski, Robert/Stoczkiewicz, Marcin, Analiza prawna “Mały Trójpak” a dyrektywa 2009/28/WE z dnia 23 kwietnia 2009 r. w sprawie promowania stosowania energii ze źródeł odnawialnych, ClientEarth, 24.06.2013.

Sachajko, Marek, Kommentar zum Art. 56 EnR, Stand 09.08.2010, lex sigma online.

Savigny, System des heutigen Römischen Rechts I, 1984, S. 213.

Schäfer-Stradovsky, Simon/Doderer, Hannes, Rechtlicher Überblick: Was hat sich 2016 für die nachhaltige Stromerzeugung geändert? EnWZ 2017, S. 153.

Schaller, Markus, Subvention von erneuerbarer Energie, Heidelberg, http://archiv.ub.uni-heidelberg.de/volltextserver/6194/1/Diss_final.pdf, abgerufen am 28.11.2015.

Schneidewind, Uwe, Fünf Megatrends im Ressourcenschutz, EnWZ 2017, 145.

Scholz, Rupert/Moensch, Christoph/Herz, Benjamin, Verfassungs- und europarechtliche Grundsatzfragen einer EEG-Reform, 1. Auflage 2014.

Schulz, Thomas/Losch, Ruth, Die geplante Neufassung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie, EnWZ 2017, S. 107 ff.

Schulze, Reiner/Zuleeg, Manfred/Kadelbach, Stefan [Hrsg.], Europarecht. Handbuch für die deutsche Rechtspraxis, 3. Auflage 2014.

Schütt, Manuel, Die Auflösung des Spannungsverhältnisses zwischen Umweltschutz und Binnenmarkt im europäischen Beihilferecht – ein Rechtsrahmen für nationale Umweltschutzbeihilfen, ZNER 2012, S. 133.

Skarżyński, Grzegorz/Kalek, Przemysław, Ustawa o odnawialnych źródłach energii. Praktyczny komentarz inwestowania w energetykę wiatrową, PSEW 2015.

Sliwiok-Born, Daniel, Wettbewerb statt EEG-Umlage? Ein Vorschlag zur Entlastung der Stromverbraucher durch Förderung von Verkaufsgemeinschaften für Strom aus erneuerbaren Energien, Mohr Siebeck 2014.

Soltész, in: Säcker, Franz Jürgen/Montag, Frank [Hrsg.], European State Aid Law. A Commentary, 2016.

Sowa, Mariusz, Niezależne organy administracji, Polskie wydawnictwo ekonomiczne 2012, S. 158.

Steffens, Juliane, in: Säcker, Franz Jürgen, [Hrsg.], EEG 2014, Energierecht Sonderband, 3. Auflage 2015.

Steininger, Andreas, Die Jurisprudenz auf Erkenntnissuche? – Ein Plädoyer für eine Neuorientierung der Rechtswissenschaft, NJW 2015, 1072.

Stelter, Christian, Die Freiflächenausschreibungsverordnung. Pilotprojekt für die zukünftige Förderung der Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien, EnWZ 2015, S. 147.

Stöbener de Mora, Patricia Sara, Überall Beihilfen? – Die Kommissionsbekanntmachung zum Beihilfebegriff, EuZW 2016, 685.

Stoczkiewicz, Marcin/Warso-Buchanan, Agnieszka [Hrsg.], Derogacje od transformacji. Bezpłatne uprawnienia EU ETS dla elektroenergetyki w Polsce, ClientEarth 2015, <https://www.documents.clientearth.org/wp-content/uploads/library/2016-06-10-derogacje-od-transformacji-ce-pl.pdf>, abgerufen am 07.06.2017.

Strombörse AG, Mitteilung, <https://tge.pl/pl/480/czlonkowie-rgp>.

Schwintowski, Hans-Peter, Juristische Methodenlehre, 2005.

Sutter, in: Meyer, Heinz/Stöger, Karl, Kommentar zu EUV und AEUV, 171 a. Lieferung 2014

Syp, Szymon/Brysiewicz, Krzysztof, Opinia prawna w przedmiocie zgodności projektu ustawy o inwestycjach w zakresie elektrowni wiatrowych z prawem europejskim, <http://dobrywiatr.pl/uploads/entries/b76bfd2991a49b055b03883219ed5c72.pdf>, abgerufen am 01.06.2017.

Szambelańczyk, Maciej, Obowiązek zakupu energii elektrycznej z odnawialnych źródeł energii przez sprzedawcę zobowiązanego – wybrane zagadnienia, cire.pl vom 14.12.2015, <http://www.cire.pl/item,122045,2,0,0,0,0,obowiazek-zakupu-energii-elektrycznej-z-odnawialnych-zrodel-energii-przez-sprzedawce-zobowiazanego---wybrane-zagadnienia.html>, abgerufen am 28.04.2017.

Szambelańczyk, Maciej, Uzyskanie świadectw pochodzenia w okresie rozruchu farmy wiatrowej. Cz. II, Czysta energia Nr. 6/2010.

Szambelańczyk, Maciej, Zasady podłączenia do sieci w projekcie nowelizacji Prawa energetycznego, Czysta Energia 2009, Nr. 4, S. 14.

Sztuba, Wojciech/Horodko, Krzysztof/Ratajczak, Mikołaj/Kajetanowicz, Krzysztof/Palusiński, Marcin/Kamiński, Paweł/Prusak, Maciej/Soltysiak, Dominik/Leśniewski, Łukasz Energetyka wiatrowa w Polsce 2015/2016.

Szydłowski, Kamil, Klaster to nie wyspa energetyczna, Teraz Środowisko, 09.09.2016, <https://www.teraz-srodowisko.pl/aktualnosci/Klaster-to-nie-wyspa-energetyczna-2542.html>, abgerufen am 02.05.2017.

Towarzystwo Rozwoju Małych Elektrowni Wodnych (TRMEW), Stellungnahme, Pierwsza Aukcja zakończona fiaskiem, http://trmew.pl/index.php?id=71&tx_ttnews%5Btt_news%5D=271&cHash=a74d642e7fd19b2d22f4b56ff2f51049, abgerufen am 02.06.2017.

TPA Horwarth, Efekty zwiększania obciążeń podatkowych w energetyce wiatrowej, vom 20.05.2016, <http://dobrywiatr.pl/uploads/entries/ff4936554592725569cfc0edcd9af9f7.pdf>, abgerufen am 01.06.2017.

Umweltministerium, Erklärung, https://www.mos.gov.pl/misja_wizja/, abgerufen am 25.01.2015.

URE-Vorsitzender, Information Nr. 4/2017.

URE-Vorsitzender, Aussage, http://energetyka.wnp.pl/prezes-ure-o-odwolaniach-od-wynikow-aukcji-oze-nie-moze-byc-mowy,292631_1_0_0.html, abgerufen am 16.05.2017.

URE-Vorsitzender, Bekanntmachung vom 30.11.2016 über die Ergebnisse der Regulären Ausschreibung Nr. AZ/1/2016.

URE-Vorsitzende, Bekanntmachung vom 30.11.2016 über die Ergebnisse der Regulären Ausschreibung Nr. AZ/3/2016.

URE-Vorsitzende, Bekanntmachung vom 30.11.2016 über die Ergebnisse der Regulären Ausschreibung Nr. AZ/4/2016.

URE-Vorsitzender, Bekanntmachung vom 30.11.2016 über die Reguläre Ausschreibung Nr. AZ/1/2016.

URE-Vorsitzender, Bekanntmachung vom 30.11.2016 über die Reguläre Ausschreibung Nr. AZ/2/2016.

URE-Vorsitzender, Bekanntmachung vom 30.11.2016 über die Reguläre Ausschreibung Nr. AZ/3/2016.

URE-Vorsitzender, Bekanntmachung vom 30.11.2016 über die Reguläre Ausschreibung Nr. AZ/4/2016.

URE-Vorsitzender, Bericht über die Tätigkeit des URE-Vorsitzenden vom 2015.

URE-Vorsitzender, Bericht über die Tätigkeit des Vorsitzenden der Energieregulierungsbehörde für das Jahr 2016, Warschau April 2017.

URE-Vorsitzender, Information vom 03.01.2017, Nr. 2/2017.

URE-Vorsitzender, Information vom 03.01.2017, Nr. 3/2017.

URE-Vorsitzender, Information vom 03.01.2017, Nr. 5/2017.

URE-Vorsitzender, Information vom 14.04.2017, erlassen gemäß Art. 199 Abs. 2 i.V.m. 52 Abs. 3 OZE-G.

URE-Vorsitzender, Information vom 21.12.2015 über die Anwendung der Vorschriften des OZE-G.

URE-Vorsitzender, Information vom 31.03.2010, Nr. 5/2010.

URE-Vorsitzender, Mitteilung über die Verpflichtung zur Durchführung eines energetischen Audits seit dem Inkrafttreten des Energieeffizienzgesetzes am 01. Oktober 2016, Warschau 27.09.2016, Nr. 46/2016.

URE-Vorsitzender, Mitteilung vom 13.01.2017 über die Rückerstattung der Sicherheit in Form einer Kautions oder einer Bankbürgschaft nach Art. 78 Abs. 3 des Gesetzes über erneuerbare Energien (BGBI. vom 2005, Pos. 478 mit späteren Änderungen).

URE-Vorsitzender, Mitteilung vom 14.03.2017 über die Erfüllung der Quotenverpflichtung durch Erlangung und Einziehung von Zertifikaten für die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien oder durch Leistung einer Ersatzzahlung im Lichte der Regelung des Art. 47 OZE-G, Nr. 14/2017.

URE-Vorsitzender, Mitteilung vom 28.03.2017, Nr. 17/2017.

URE-Vorsitzender, Mitteilung vom 28.03.2017, Nr. 18/2017.

URE-Vorsitzender, Mitteilung vom 30.05.2017, Nr. 26/2016.

URE-Vorsitzender, Mitteilung, <https://www.ure.gov.pl/pl/urzed/informacje-ogolne/aktualnosci/6861,Wyniki-aukcji-z-30122016-na-sprzedaz-energii-elektrycznej-z-oze.print>, abgerufen am 16.05.2017.

URE-Vorsitzender, Stellungnahme vom 29.06.2010, Nr. 10/2010.

Vischer-Wagner, Anne Die Rechtmäßigkeit der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung im Beihilfenrecht (VO (EG) Nr. 800/2008), 2013.

Vollprecht, Jens/Altrock, Martin, Die EEG-Novelle 2017: Von Ausschreibungen bis zuschaltbare Lasten, EnWZ 2016, S. 387.

von Hoffmann, Bernd/Thorn, Karsten, Internationales Privatrecht einschließlich der Grundzüge des Internationalen Zivilverfahrensrechts, 8. Auflage 2005.

von Wallenberg/Schütte, in: *Grabitz, Eberhard/Hilf, Meinhard/Nettesheim, Martin [Hrsg.]*, Das Recht der Europäischen Union, Band II. Ergänzungslieferung April 2015.

von Weizsäcker, Ernst Ulrich/Hargroves, Karlosn/Smith, Michael, Faktor Fünf: die Formel für nachhaltiges Wachstum, 2010

Waganowski, Jan, Walka z wiatrakami, Energiagigawat 2-3/2013, http://www.cire.pl/pliki/2/Walka_z_wiatrakami.pdf, abgerufen am 06.06.2017.

Walaszek – Pyziol, Anna/Pyziol, Wojciech Obowiązek zawarcia umowy o przyłączenie do sieci elektroenergetycznej – węzłowe zagadnienia prawne, Przegląd Ustawodawstwa Gospodarczego, Nr. 12/2006, S. 3.

Walażek-Pyziol, Anna, Świadczenie usług przesyłowych w prawie Unii Europejskiej i w polskim prawie energetycznym, PUG 2001, Nr. 7, S. 9

Wirtschaftsminister, Angaben zur Energieeffizienz, www.mg.gov.pl/bezpieczenstwo+gospodarcze/Energetyka/Efektywnosc+energetyczna, abgerufen am 02.09.2015; siehe auch die Website des Projekts <http://www.esd-ca.eu/>, abgerufen am 17.06.2017.

Wirtschaftsminister, Krajowy Plan Działan w zakresie energii ze źródeł odnawialnych, beschlossen durch Ministerrat am 07.12.2010, http://www.me.gov.pl/files/upload/12326/KPD_RM.pdf, abgerufen am 24.04.2017.

Wirtschaftsminister, Rapport des Wirtschaftsministers von 2013 über insbesondere die Informationen zu der Realisierung des nationalen Ziels im Bereich des sparsamen Umgangs mit Energie sowie des Landesaktionsplans für Energieeffizienz für das Jahr 2011 samt der Einschätzung und Schlussfolgerungen aus ihrer Durchsetzung, Monitor Polski vom 02.08.2013, Pos. 673.

Wirtschaftsministerium, Entwurf des Landesprogramms der Reduktion der Treibhausgasemissionen vom 04.08.2015, http://www.me.gov.pl/files/upload/10460/NPRGN_konsultacje%20i%20uzgodnienia%20zewn%C4%99trzne.pdf, abgerufen am 24.04.2017.

Wirtschaftsministerium, Entwurf des Nationalen Plans der Entwicklung der emissionsarmer Wirtschaft vom 04.08.2015, S. 50, http://www.mg.gov.pl/files/upload/10460/NPRGN_konsultacje%20i%20uzgodnienia%20zewn%C4%99trzne.pdf, abgerufen am 23.11.2015.

Wirtschaftsministerium, Entwurf des Nationalen Programms der Entwicklung einer emissionsarmen Wirtschaft, Version 4 vom 04.08.2015, http://konsultacje.gov.pl/sites/default/files/project-files/Narodowy%20Program%20Rozwoju%20Gospodarki%20Niskoemisyjnej_1.pdf, abgerufen am 17.06.2017.

Wirtschaftsministerium, Krajowy Plan Działan dotyczący efektywności energetycznej Polski 2014 vom 20.10.2014 http://www.me.gov.pl/files/upload/14830/KPDzEE%202014%20wer.1.9_OSTATECZNA.pdf, abgerufen am 14.04.2017.

Wiśniewski, Grzegorz, Pierwsza aukcja na energię z OZE i co z niej wynika, <http://www.odnawialnezrodlaenergii.pl/oze-aktualnosci/item/3026-pierwsza-aukcja-na-energie-z-oze-i-co-z-niej-wynika>, abgerufen am 16.05.2017.

Wojciech Kukula, ClientEarth, Aussage, Gazeta Prawna vom 13.06.2016, <http://serwisy.gazetaprawna.pl/energetyka/artykuly/951306,energetyka-nowe-zasady-budowy-wiatrakow.html>, abgerufen am 01.06.2017.

Wojciech Kukula Uwagi do projektu ustawy o inwestycjach w zakresie elektrowni wiatrowych, ClientEarth vom 29.02.2016, <http://documents.clientearth.org/wp-content/uploads/library/2016-02-29-uwagi-do-projektu-ustawy-o-inwestycjach-w-zakresie-elektrowni-wiatrowych-ce-pl.pdf>, abgerufen am 02.06.2017.

Wolf, Maik, in Die Förderung erneuerbarer Energien durch die Mitgliedstaaten der EU aus der Sicht des Europäischen Beihilfenrechts und der Grundfreiheiten, 1/2014.

Wolfstetter, Elmar, Auktionen und Ausschreibungen, Bedeutung und Grenzen des „linkage“-Prinzips, <http://edoc.hu-berlin.de/series/sfb-373-papers/1998-31/PDF/31.pdf>, abgerufen am 17.11.2015.

Wustlich, Guido, Grundlegend neu – aber auch grundlegend anders?, NVwZ 2014, S. 113.

Zajdler, Robert, Regulacje prawa krajowego dotyczące inwestycji w farmy wiatrowe (wybrane aspekty), Insytut Sobieskiego 2012.

Zasuń, Rafał/Derski, Bartłomiej/Piszczałkowska, Justyna Prokuratura wszczęła śledztwo w sprawie aukcji OZE, <http://wysokienapiecie.pl/oze/2271-prokuratura-wszczela-sledztwo-w-sprawie-aukcji-oze>, abgerufen am 16.05.2017.

Zippelius, Reinold, Juristische Methodenlehre, 6. Auflage 1994, S. 1.

Zippelius, Reinhold, Verhaltenssteuerung durch Recht und kulturelle Leitideen, Wissenschaftliche Abhandlung von Reden zur Philosophie, Politik und Geistesgeschichte, Band 33.